C 21734 D



Der Lockheed-Skandal S. 8

Arbeiterkampf

Jg.6 Nr.74 16.2.76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–



Hamburg (11.2.76): 2.300 demonstrieren gegen § 218

Am 12. Februar wurde in 2. und 3. Lesung die „Neuregelung" des § 218 im Bundestag durchgezogen und von der SPD/FDP mehrheitlich beschlossen.

Während der „Beratungen" war der Bundestag fast leer. Erst zur Abstimmung am Nachmittag füllten sich plötzlich die Reihen. Es wurde wieder einmal deutlich, mit welchem Zynismus und welcher Kaltschnäuzigkeit diese „Volksvertreter" über eine Frage entscheiden, die Millionen Frauen und Männer angeht.

Die „Beratungen" brachten noch einmal das schon gewohnte Schauspiel: Vertreter der Regierung Lobten ihren „Neureglungs"-Entwurf als großartige Erleichterung für die Frauen. Vertreter der CDU/CSU beschworen sämtliche Ladenhüter der Reaktion. Die CDU/CSU und die katholische Kirche seien die wahren Freunde der Frauen, Kinder und Familien.

Die 2. und 3. Lesung war für Teile der Bewegung gegen den § 218 wiederum ein Anlaß, den Protest gegen das Abtreibungsverbot auf die Straße zu tragen. Die bundesweit gebildete „Aktion gegen das Abtreiungsverbot" (in der u.a. der KB mitarbeitet) hatte zu Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Aktionen am 11. und 12. Februar aufgerufen.

Der KBW beteiligte sich mit seinen „Komitees" mancherorts an Aktionen. Insgesamt hat der KBW jedoch den 21. Februar als nationalen Aktionstag für seine „Komitees" festgelegt. Teilweise werden sich auch die örtlichen Träger der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" am 21. Februar an den von den „Komitees" angesagten Aktionen beteiligen, weil sie die Möglichkeit einer Mobilisierung aus eigener Kraft am 11./12. Februar für gering halten.

Die Demonstrationen aus Anlaß der Bundestags„beratung" waren insgesamt ziemlich schwach. Ausnahmen machten im wesentlichen nur Hamburg (2300 Menschen), Bielefeld (700 Menschen, die Demonstration wurde von Gewerkschaftsgruppen und der DKP unterstützt) und mit Abstand auch Frankfurt (400-500 Menschen; es war eine Aktionseinheit der „Aktion..." mit dem KBW zustande gekommen).

Wahrscheinlich werden auch die Demonstrationen am 21. Februar kein anderes Bild zeigen. Nachdem mit dem 12. Februar die Diskussion um den § 218 und seine „Neuregelung" erst einmal abgeschlossen ist, wird es zukünftig zweifellos zunächst schwer werden, gegen das Abtreibungsverbot zu mobilisieren. Für viele ist die Sache erst einmal gelaufen.

Die DKP beteiligte sich am 11./12. Februar fast nirgendwo an Aktionen. Mehr hat sie aber auch im vorigen Jahr kaum getan. Als mobilisierende Kraft gegen den § 218 spielte sie keine Rolle. Auch linke Sozialdemokraten beteiligten sich offenbar insgesamt kaum noch. Vielfach lehnten es die Frauengruppen ab, noch etwas zu unternehmen. Oft war das mit massiven Antikommunismus („keine Aktionseinheit mit K-Gruppen") und mit tiefer Resignation verbunden; man müsse sich jetzt auf „Selbsthilfe" beschränken.

Nach dem 12. Februar stehen alle, die den Kampf gegen den § 218 fortführen wollen, verstärkt vor dem Problem, wie der Kampf lebendig zu halten ist, was weiter unternommen werden kann. Sicher ist, daß die Behauptung des KBW und seiner „Komitees" unrealistisch ist, als ob sich die Bewegung gegen den § 218 im Zustand eines immer weiteren Wachstums befindet und als gäbe es praktisch nach dem 12. Februar gar keine Schwierigkeiten.

Perspektiven der weiteren Arbeit wurden am 8.2. in Bielefeld auf einer Arbeitstagung der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" diskutiert (siehe Artikel in diesem AK).

Forts. Seite 25

Fast ganz Angola ist befreit!

VR Angola in die OAU aufgenommen

Die Söldnerhorden des Imperialismus sind in Angola vernichtend geschlagen. In nur vier Tagen (!) hat das angolanische Volk unter Führung der MPLA nahezu alle größeren Städte Angolas befreit. Der Zusammenbruch der Konterrevolution begann am 9.2. mit der endgültigen Befreiung der „Hauptstadt" der FNLA-UNITA-„Regierung" Huambo (Nova Lisboa), zwei Tage später wurden die Mörderbanden von UNITA und FNLA aus den wichtigen Hafenstädten Lobito und Benguela vertrieben und nur einen Tag darauf standen Silva Porto (Militärisches Hauptquartier der UNITA), sowie die beiden großen Städte des Südens, Sa de Bandeire und Mocamedes unter Kontrolle der Volksmacht. Bereits am 8.2. war der letzten Brückenkopf der FNLA in Nordangola, die im äußersten Nordwesten liegende Stadt San Antonio do Zaire, befreit worden. Die Befreiung Angolas und die Vertreibung der konterrevolutionären Truppen hat dieselben Formen angenommen wie im Mai 1975 die endgültige Befreiung Süd-Vietnams und die Vernichtung des verhaßten Thieu-Regimes in Saigon.

Die befreiten Städte sind keineswegs in blutigen Schlachten konventioneller Kriegsführung erobert worden (wie UNITA weismachen will, wenn sie demagogisch behauptet, „die MPLA massakriert durch schweres Artilleriefeuer die Zivilbevölkerung Huambos" – „FAZ", 1o.2.), vielmehr ist in den letzten Tagen der enorme Druck der Volksmassen (vor und hinter den „offiziellen Fronten") sowie die innere Zersetzung der FNLA/UNITA zum Durchbruch gelangt. So hatte beispielsweise in Huambo am 15. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes (4.2.) ein Generalstreik der Bevölkerung für MPLA stattgefunden! Die UNITA-Banden hatten in den letzten Tagen vor der Befreiung Plünderzüge durchgeführt und waren dann kampflos abgezogen (siehe hierzu ausführlich: „Le Monde", 10.2.).

Hierzu kommt noch die offensichtlich massenhafte Desertation hunderter zwangsrekrutierter UNITA/ FNLA-Soldaten („SZ", 10.2.).

Der rasche Erfolg der Befreiungskräfte zeigt, daß die Faschisten ohne soziale Basis die okkupierten Städte wie Stützpunkte besetzt hielten, andererseits jedoch die Aufrufe der MPLA an die Massen im Süden, sich gegen die Unterdrücker zu erheben (siehe z.B. „Welt", 30.1.), befolgt wurden. Schon vor dem Zusammenbruch der Reaktion hatte es immer wieder hunderte Kilometer hinter der „Front" bewaffnete Zusammenstöße gegeben, an der sich übrigens auch – auf Seiten des angolanischen Volkes und der MPLA – die militanten Genossen der namibischen Befreiungsfront SWAPO beteiligten („SZ", 11.2. und „Neue Züricher Zeitung", 12.2.).

Deutlicher als in den letzten Tagen hat sich kaum bisher gezeigt, daß die angolanischen Massen den Krieg entscheiden, und die von der bürgerlichen Presse demagogisch hochgespielten „sowjetischen Waffen und cubanischen Truppen" durchaus wichtige, allerdings zweitrangige Unterstützung des Massenkampfes darstellen. Die fehlende soziale Basis der Pro-Imperialisten als Grund ihres Exodus wird zwischenzeitlich auch von der bürgerlichen Presse teilweise eingestanden: *„Den in drei Wochen ausgebildeten Rekruten auf FNLA/UNITA-Seite – die MPLA hat sich klüger* (?!) *verhalten und an der „Basis"* (!) *gearbeitet – haben keine politische Schulung erhalten. Den UNITA und den FNLA Truppen fehlte daher die Motivation zum Kampf (!). Zu einer Mobilisierung der Bevölkerung* (!) *fehlte sowohl Savimbi . . . als auch Roberto . . . die Zeit* (??)"

Der rasche Durchbruch der Befreiungskräfte zeigt ebenfalls auf, welche dominante Rolle die Armee der „Republik Südafrika" (RSA) bisher – beim Halten der „Front" – spielte.

Sie hatte offensichtlich die „Front" weitestgehend allein gehalten; sich aber Ende Januar auf südlichere Positionen zurückgezogen, als der militärische Druck der MPLA so stark wurde, daß ein Bremsen dieses Ansturms nur mit dem totalen Einsatz der RSA-Kriegsmaschinerie möglich gewesen wäre. Andererseits hatten die Imperialisten augenscheinlich gehofft, den Rückzug der RSA-Truppen durch den Einsatz tausender Söldner ausgleichen zu können (siehe hierzu „Söldner morden in Angola").

Ist dieser Plan auch gescheitert, so werden sowohl die Söldner als auch die faschistische Armee der RSA dem angolanischen Volk noch einen erheblichen Blutzoll abverlangen (siehe weiter unten).

VR Angola – 47. Staat der OAU!

Am 11.2. wurde die VR Angola endlich – auf den Tag genau drei Monate nach ihrer Gründung – von der OAU anerkannt. Die MPLA wurde somit auch von der Organisation Afrikanischer Staaten als „einzig legitime Vertreterin des angolanischen Volkes" bestätigt. Dieser zweifellos wichtige diplomatische Erfolg ist sicher in erster Linie Ergebnis des politischen und militärischen Sieges in Angola selbst, der die pro-imperialistischen Staaten zwang, ihre demagogische Position einer anzustrebenden „Regierung der nationalen Einheit" (für die sich noch im Januar 22 afrikanische Staaten ausgesprochen hatten) aufzugeben. Der Ausschluß

Forts. Seite 3



Die meisten Toten gehen auf Laugerud Garcias Konto

Die endgültige Zahl der Toten des schweren Erdbebens in Mittelamerika vom 3.2. – 6.2.76 wird in Guatemala 20.000 übersteigen. Annähernd 60.000 Menschen wurden schwer verletzt und die Zahl der Obdachlosen übersteigt die Millionengrenze („Frankfurter Rundschau", 11.2.).

Diese verheerenden Auswirkungen werden durch die Stärke des Bebens und den ungünstigen Zeitpunkt seines ersten Auftretens nachts um 3.00 Uhr nur zu einem geringen Teil erklärt. Schuld daran sind vielmehr die Herrschenden Guatemalas mit der Regierung Laugerud Garcia an der Spitze, die auf die gewaltsame Intervention der Truppen des US-Imperialismus gegen die fortschrittliche Regierung Arbenz 1954 zurückgeht. Seitdem haben die reaktionären Regimes nichts getan, um die arme Bevölkerung vor Erdbeben zu schützen, obwohl diese voraussehbar sind: 1773 wurde z.B. die alte Hauptstadt Antigua dem Erdbeben gleich gemacht, 1902 und 1917 die jetzige Hauptstadt Guatemala City weitgehend zerstört, und 1972 kamen im benachbarten Nicaragua 20.000 Menschen durch ein Erdbeben ums Leben.

Mangelhafte Vorsorge:

1. Die Massen der Arbeiter und Bauern wohnen in Hütten aus ausgetrockneten Lehmziegeln, die, weil Zement unerschwinglich teuer, von getrocknetem Erdschlamm zusammengehalten werden. Diese Gebäude brachen schnell zusammen und begruben die Menschen lebendig, während es an allen modernen Betonbauten in Guatemala City *„bis auf zuersplitterte Fensterscheiben keine Schäden gegeben"* hat. („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.2.). Maschinen zum Abräumen von Häuserschutt fehlten. Die sowieso nur viel zu wenigen Straßen konnten nicht freigeräumt werden, so daß 6.2.). Maschinen zum Abräumen von Häuserschutt fehlten. Die sowieso nur viel zu wenigen Straßen konnten nicht freigeräumt werden, so daß Hilfstrupps und Ärzte oft gar nicht zu den Verschütteten vordringen konnten. Für die noch lebenden – oft verletzten – Verschütteten kam daher meistens jede Hilfe zu spät. Überlebende berichteten, daß über diesen Gebieten unerträglicher Verwesungsgestank laste („Neue Zürcher Zeitung", 11.2.). Weitere Folgen: Tödliche Seuchen.

2. Wasservorräte wurden von der Regierung nicht angelegt. Zur Zeit gibt es für die Massen der guatemaltekischen Bevölkerung im gesamten Land kein einwandfreies Trinkwasser, selbst wegen Verseuchung ungenießbares Wasser wird knapp („NZZ", 11.2.).

Da schon normalerweise kaum einer der guatemaltekischen Arbeiter und Bauern über mehr als das für die Befriedigung der primitivsten Lebensbedürfnisse unbedingt Notwendige – eine Handvoll Mais oder Bohnen, dürftigste Kleidung und die überfüllte Elendshütte – verfügt, konnten diese Menschen natürlich keine Lebensmittelvorräte horten. Staatliche Vorräte gab es nicht, und mit dem wenigen Vorhandenen, z.T. aus Hilfslieferungen anderer Länder, scheffelt die Bourgeoisie mit Spekulations- und Schwarzmarktpreisen (Preissteigerungen mehrere Hundert Prozent) unermeßliche Profite. So berichtete z. B. ein AP-Fotograf in der „FR" vom 13.2. über die mächtige Großgrundbesitzer-Familie Alvarado im Norden des Landes folgendes: „Sie habe sich zum „Notstandshilfeausschuß" ernannt und Hilfssendungen unter ihre Kontrolle gebracht: *„Sie ließen Hunderte von Familien ohne Nahrungsmittel. Aber sie schlugen sich den Wanst voll und warfen sogar noch manches weg – vor den Augen einer Gruppe Kinder, die durch den Stacheldraht um das Alvarado-Lager starrte."* Dieser Fall ist kein einzelner. Er wurde nur bekannt, weil der Alvarado-Clan im Freien kampieren mußte und es zu offensichtlich trieb. Laugerud Garcia mußte daher sogar ankündigen, wenn das zutreffe, werde er an der Familie *„ein Exempel statuieren"* lassen.

Die Hungersnot der Bevölkerung ist so groß, daß viele Überlebende Ratten essen müssen („FR", 9.2.). Gegen die Teile der Bevölkerung, die nicht bereit waren, dies so hinzunehmen, und von den Besitzenden die Herausgabe von Lebensmitteln verlangten bzw. sich selbst durch Einbrüche und „Diebstähle" das Lebensnotwendige verschafften, hatte der Präsident allerdings sofort folgende Maßnahmen ergriffen: Er rief den Notstand aus, ließ die Truppen mobilisieren und kündigte schon am 4.2. an, daß *„jeder ertappte Dieb ein toter Dieb"* sei.

Allein nach den sicherlich zu niedrigen offiziellen Angaben haben mehrere Hundert Menschen ihre verzweifelten Versuche zur Beschaffung von Lebensmitteln mit dem Tode bezahlt – darunter viele durch nicht legalisierte paramilitärische Banden der Großgrundbesitzer und Kapitalisten.

3. Keine medizinische Vorsorge. Es gab keine Vorräte an Verbandsmaterial, Medikamenten, Impfstoffen etc.. Ärzte erklärten, sie könnten nur ausgewählte Patienten behandeln, andere müßten sie einfach sterben lassen („FR", 11.2.). Für die Gefahr einer Typhusepidemie reiche z.B. der vorhandene Impfstoff trotz der Lieferungen aus dem Ausland überhaupt nicht aus (ebenda). Teilweise vorhandene Impfstoff trotz der Lieferungen aus dem Ausland überhaupt nicht aus (ebenda). Teilweise sind die überfüllten Krankenhäuser nicht erdbebensicher gebaut worden. Z.B. mußten die 1.800 Patienten eines Krankenhauses in der Hauptstadt ins Freie umquartiert werden.

Hilfe aus dem Ausland behindert:

Gegenüber der Hilfe aus dem Ausland verhielt sich die Regierung verbrecherisch. Z.B. dauerte es drei Tage, bis sich zivile und militärische Stellen über die Einrichtung einer Luftbrücke zum Einfliegen von Medikamenten geeinigt hatten („Süddeutsche Zeitung", 9.2.). Um das Maß der eigenen Schuld zu vertuschen, erklärten die Behörden teilweise, „die Regierung habe genügend eigene Vorräte zur Verfügung" (ebenda"). Von -zig Hilfssendungen bekam die Bevölkerung nichts ab, sie versackten in den Taschen der korrupten Staatsfunktionäre. Hilfslieferungen aus Großbritannien, auf dessen Kolonie Belize Guatemala Anspruch erhebt, wurden aus *„Gründen der nationalen Würde"* zurückgewiesen („FR", 11.2.).

Die kubanische Regierung bot Hilfsgüter und die Entsendung von Fachleuten an, die bei Erdbeben in Nicaragua und Honduras geholfen hatten. Laugerud Garcia lehnte aus politischen Gründen ab. Dieser Faschist ließ lieber ein paar Tausend Menschen mehr sterben, als daß er humanitäre Hilfe aus dem sozialistischen Kuba beansprucht. •

Lateinamerika-Kommission

„Ustascha"-Faschisten ermorden jugoslawischen Konsul

Am 7. Februar '76 wurde in Frankfurt der jugoslawische Konsul Edvin Zdovc von zwei bisher unbekannten Männern erschossen. Täter waren offensichtlich Mitglieder der faschistischen „Ustascha". Die „Ustascha" operiert nunmehr seit fast fünfzig Jahren innerhalb und außerhalb Jugoslawiens und unterhält eine weitverzweigte Organisation zur Durchführung von Terrorakten.

Gestützt auf die „Kroatische Bauernpartei" unter Führung von S. Radic entstand in den 20iger Jahren die „Ustascha -Bewegung". Ihr Ziel war die Trennung Kroatiens vom damaligen „Königreich der Slowenen, Kroaten und Serben", ein „unabhängiges, katholisches (!)" Kroatien.

Damals wie heute versuchten die „Ustascha"-Banden ihre Pläne mit Attentaten und Bombenterror durchzusetzen. Schon frühzeitig wurden diese Mörderbanden vom Imperialismus unterstützt. Der „Stern" 24/71 schreibt dazu: *„In den frühen dreißiger Jahren befand sich das Informations- und Propagandazentrum der Ustascha in Berlin. Enge Beziehungen zur Gestapo und anderen Behörden des NS-Reiches bestanden während des 2. Weltkrieges, als die Ustascha unter dem Krotatenführer Ante Pavelic einen mörderischen Vernichtungsfeldzug gegen Serben und Juden führte, dem nach Belgrader Angaben 500.000 Menschen zum Opfer fielen."*

In den militant antikommunistischen Nachkriegsjahren wurden die nach Westdeutschland emigrierten „Freiheitskämpfer für ein unabhängiges Kroatien" mit finanziellen Spritzen von Bundesregierung und westlichen Geheimdiensten aufgepäppelt. Diese Zusammenarbeit bewährte sich bis in unsere Tage. Das „Kroatische Nationalkomitee" hat seinen Sitz in West Berlin und der 1972 verstorbene Führer der Kroaten-Mafia in Westdeutschland, Jelic, war Mitglied von CDU und CSU und einer der Begründer der rechtsradikalen „Freundeskreise der CSU".

„Jahrelang war die Ustascha mit Geldern des Vertriebenenministeriums, des Kanzleramtes und der Geheimdienste geschmiert." („Stern", 24/71) Außerdem werden gerade in der BRD viele jugoslawische Kollegen von den Faschisten bedroht und um Geld erpreßt.

1970 wurde die „HORA" („kroatische Befreiungs- und Revolutionsarmee") gegründet. Als Teil der „Ustascha" ist sie für viele Terrorakte innerhalb und außerhalb Jugoslawiens verantwortlich.

So geht die Ermordung des jugoslawischen Botschafters in Stockholm und die Sprengung eines Passagierflugzeuges über der CSSR vor drei Jahren auf ihr Konto. Die „FAZ" (23.10.74) schreibt: *„In einer späteren Phase* (hat) *die HORA mit kroatischen nationalistischen Emigrantenorganisationen in Kanada, München, Stuttgart und in Frankreich Kontakte aufgenommen. Ziel* (ist) *nicht nur die Sprengung von Brücken, Eisenbahnanlagen und Kraftwerken gewesen, sondern nicht weniger als die Lostrennung Kroatiens vom jugoslawischen Staat und die Bildung eines ‚Freien Staates Kroatien' innerhalb historischer Grenzen."*

Am 17. September '75 explodierte in Zagreb erneut eine Bombe. Dieser Anschlag hatte sich gegen Tito gerichtet, der einen Tag zuvor in der Halle sprach, die zerstört wurde.

Zur Bekämpfung der Banden in Jugoslawien wurden Sondereinheiten aufgestellt, die sich in den letzten Jahren immer wieder Schießereien mit den Faschisten liefern mußten. Ende 1974 wurden über 40 „Ustascha"-Verbrecher zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Der nach wie vor bestehende Nationalismus und Separatismus in Kroatien ist immer noch der Nährboden für derlei faschistische Umtriebe, wobei eine Unterstützung durch Emigranten und westliche Geheimdienste schon fast selbstverständlich ist.

Angesichts der zu erwartenden unruhigen Entwicklung Jugoslawiens nach dem Tode Titos wächst die Gefahr, daß sich der Imperialismus diese Situation zunutze macht, um seinen Vorherrschaftsplänen im Mittelmeerraum näher zu kommen. •

RGW-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg





Vize-Konsul Edvin Zdoc wurde in seiner Garage erschossen

Keine Abschiebung der türkischen Antifaschisten

Am 31. Januar wurde in Köln von dem berüchtigten Richter Somoskeoy das Urteil gegen vier türkische Antifaschisten der PEF (Patriotische Einheitsfront der Türkei) gefällt:

Zwei Jahre für Ömer Özerturgut und Mustafa Tutkun, 21 Monate für Hatice Yurtdas, 18 Monate für Yüksel Ugurlu! Ömer, Mustafa und Hatice sind inzwischen in Abschiebehaft genommen worden, obwohl sie den Antrag auf politisches Asyl in der BRD gestellt haben. Werden sie in die Türkei abgeschoben, erwarten sie dort Folter, jahrelange Kerkerhaft, unter Umständen auch der Tod.

Sowohl die Umstände, unter denen der Prozeß gegen die türkischen Antifaschisten stattgefunden hat, als auch die Gründe, die zur Verurteilung führten, sind ungeheuerlich. Drei der vier Angeklagten saßen bereits 21 Monate in Untersuchungshaft, davon teilweise in strengster Isolation, bevor es zum Prozeß kam.

Drei Angeklagte sperrte der Richter und baltische Baron de Somoskeoy für das letzte Drittel des Prozesses ganz aus, weil sie ausgesprochen hatten, was jedermann im Gerichtssaal deutlich merkte: das Urteil stand von Anfang an fest.

Vorgeworfen wurde den türkischen Genossen die Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung". Als „Beweismittel" wurden anfänglich eine gefundene Pistole und falsche Pässe hochgespielt, was aber im Laufe der Verhandlung zu Gunsten einer anderen „Argumentationskette" zurücktrat.

Mehrere Prozeßtermine verbrachte Somoskeoy damit, aus Schriften Mao-Tse-Tungs und anderer marxistischer Klassiker vorzulesen, die bei den Angeklagten gefunden worden waren. Aus der Tatsache, daß sich die Angeklagten zum Marxismus-Leninismus bekannten, schlußfolgerte Somoskeoy, daß es sich bei ihnen um eine Vereinigung handele, die sich dem Prinzip des demokratischen Zentralismus verpflichtet fühle. Kriminell sei die Vereinigung deswegen, weil in den gefundenen Schriften (Marx, Engels, Lenin, Mao und Literatur über Partisanen- und Guerilla-Kampf) oft von Gewalt die Rede sei. Durch die Beschäftigung mit dieser Literatur, so Somoskeoy, hätten die Angeklagten *„Straftaten gedanklich in die Planung"* einbezogen.

Das bedeutet, daß allein aufgrund der Tatsache, daß bei den Angeklagten revolutionäre Schriften gefunden worden waren, dieser reaktionäre Urteilsspruch gefällt wurde.

Als es nach diesem empörenden Urteil zu Sprechchören seitens der Zuhörer kam, ließ Somoskeoy die Zuhörer aus dem Saal prügeln.

Noch größere Gefahr droht jetzt Ömer Özerturgut, Mustafa Tutkun und Hatice Yurtdas.

Nach dem Urteil wurden die Haftbefehle zwar aufgehoben, die drei Genossen kamen aber sofort in Abschiebehaft. Ömer und Mustafa wurden in ein Gefängnis in Duisburg-Ruhrort gebracht, das als letzte Station vor der Abschiebung gilt. Und dies, obwohl alle vier Verurteilten politisches Asyl beantragt haben. Politische Verfolgte dürfen laut Grundgesetz nicht abgeschoben werden, ihnen muß politisches Asyl gewährt werden. Aufgehoben werden kann dieses Recht allerdings mit Hinweis auf das reaktionäre Ausländergesetz, das jede Abschiebung zuläßt, wenn eine „Gefährdung der Sicherheit der BRD" vorliegt.

Die drei türkischen Genossen, denen jetzt die Ausweisung droht, werden in der Türkei – nach Auskunft von Amnesty International – gesucht. Nach Ömer Özerturgut wurde bereits über den Rundfunk unter Androhung von Schußwaffengebrauch gefahndet.

Die Verbreitung revolutionärer Schriften, die im Kölner Prozeß als „Beweismittel" aufgefahren wurden, können in der Türkei mit dem Tode bestraft werden.

Unter der Regierung Demirel wurden allein 40 politische Gefangene zu Tode gefoltert und über 1.000 schwer verletzt (nach Angaben von „Amnesty").

Die geplante Ausweisung der türkischen Antifaschisten zeigt einmal mehr die skrupellose Zusammenarbei der westdeutschen Bourgeoisie mit dem türkischen faschistischen Regime.

Wir fordern:

Sofortige Rücknahme der Ausweisungsverfügung!

Freiheit für die vier türkischen Antifaschisten! •

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)



Forts. von S. 1

Fast ganz Angola ist befreit!

der VR Angola aus der OAU war nicht mehr aufrechtzuerhalten, nachdem Sierra Leone (30.1.) und Kamerun (2.2.) durch ihre Anerkennung der MPLA für klare Mehrheitsverhältnisse gesorgt hatten; am Tag der OAU-Anerkennung zogen dann noch Uganda, Liberia und Gabun nach („NZZ", 12.2.); einen Tag später die Republik Elfenbeinküste als 28. OAU-Staat („SZ", 13.2.).

Sicher wäre es aber illusorisch anzunehmen, daß Staaten wie Zaire, Sambia, Gabun, Zentralafrikanische Republik etc., die afrikanischen Filialen der imperialistischen FNLA/UNITA-Unterstützung, ihre Wühlarbeit gänzlich einstellen. So hatte z.B. Bokassa (Zentralafrikanische Republik) seine Unterstützung für FNLA/UNITA begründet *„damit sie ihre Waffenlieferung aus Südafrika* (!!) *erhielten"* (Voice of Uganda, 25.1. nach Monitor Dienst).

Präsident Mobuto (Zaire) hatte zwar offiziell verboten, daß Söldner über Zaire nach Angola eingeschleust werden („FR", 4.2.), gleichzeitig jedoch betont, daß diese Maßnahme keine Änderung in der Politik seiner Unterstützung von FNLA/UNITA be-
keine Änderung in der Politik seiner Unterstützung von FNLA/UNITA be-
deute („SZ", 5.2.).

Auch nach der OAU-Anerkennung geht die zairische Kriegshetze gegen die Volksrepublik weiter: *„Wir haben Grund zur Annahme, daß die Sowjets und Cubaner in Angola nicht halt machen werden* (!). *Sie könnten versucht sein, ein Haus weiter zu ziehen"* (Außenminister Karl-i-Bond nach „SZ", 14.2.).

MPLA hat mehrmals deutlich gemacht, daß ihr die reale Unterstützung wesentlich wichtiger erscheint, und daß diplomatische Anerkennung sich als Folge der unaufhaltsamen Siege einstellen wird. Als reale Unterstützung der letzten 14 Tage muß vor allem die (bestätigte) Entsendung freiwilliger Kämpfer aus Guinea-Conacry („NZZ", 11.2.) und eine größere Kampagne zur Gewinnung von Freiwilligen in der VR Benin (ehemals Dahomey) genannt werden. An einer in Luanda veranstalteten „Internationalen Solidaritätskonferenz für Angola" nahmen achzig Delegationen aus 65 Ländern teil! („FAZ", 3.2.).

RSA-Faschisten – raus aus Angola!

Die größte Gefahr für das angolanische Volk und für die Befreiung des gesamten Angola geht nach wie vor von der faschistischen Armee Südafrikas aus. Ihre Truppen stehen in Südangola bis zu 200 km im Landesinneren („Kurier am Mittag", 13.2.), die SWAPO hat die Truppenstärke auf 12.000 beziffert. (Am Rande sei bemerkt, daß die „Schätzungen" der hiesigen bürgerlichen Presse bezüglich RSA-Truppen zwischen 1.000 und 1.500 pegelten, bis RSA-Kriegsminister Botha sie selbst mit 4.000 - 5.000 angab! – ein deutlicher Hinweis, was von der ebenfalls – mit umgekehrten Effekt – „geschätzten" cubanischen Truppenstärken zu halten ist.)

Mit der in der Geschichte wohl einmaligen „Begründung", Staudämme schützen zu wollen, planen die RSA-Faschisten den Aggressionskrieg fortzusetzen, möglicherweise um einen faschistischen Pufferstaat zwischen Angola und dem ebenso widerrechtlich besetzten Namibia zu schaffen.

„Wie die Israelis, so müssen sich auch die Südafrikaner an den Gedanken gewöhnen, einige Jahre (!) in einer Kriegssituation zu leben", lautet nur eine der zahlreichen
in einer Kriegssituation zu leben", lautet nur eine der zahlreichen
Kriegsparolen, ausgegeben vom Militärchef Neil Webster („Le Monde", 4.2.).

Der Einsatz der (neben der ägyptischen) stärksten Luftwaffe Afrikas wird offen geplant: *„Es würde von der Situation abhängen, ob wir Mirage einsetzen oder nicht"* (Luftwaffensprecher Blake nach „Rand Daily Mail" – „FAZ", 7.2.).

Bezeichnend für die Situation in Angola ist heute, daß von den Kräften der internen Reaktion FNLA/UNITA die geringste Gefahr ausgeht; zwar haben Savimbi und Roberto mehrfach behauptet, jetzt den „Guerillakampf zu beginnen" (die Kampfform, die den höchsten Grad der Verankerung in den Massen erfordert !!), aber an einen dadurch bedingten Erfolg mag nicht einmal die bürgerliche Presse glauben (mit Ausnahme der „KVZ" des KBW vielleicht).

Der organisierte bewaffnete Befreiungskampf der MPLA ist nunmehr 15 Jahre alt, seine Erfolge sind Beweis genug, um absolut sicher zu sein, daß das angolanische Volk auch die noch anstehenden Hindernisse zu seiner völligen Befreiung aus dem Weg räumen wird. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vom Imperialismus eingesetzt
Söldner morden in Angola

Tausende von weißen Söldnern aus allen Zentren des Imperialismus strömen gegenwärtig nach Angola. Sie dokumentieren eindrucksvoll die absolut fehlende soziale Basis der pro-imperialistischen Tarnorganisationen FNLA/UNITA, zu deren Rettung sie eingesetzt werden. Söldner als Gegner des afrikanischen Befreiungskampfes sind durchaus nichts Neues. Sie sind vielmehr eine besondere Waffe des Imperialismus unterhalb der Schwelle einer konventionellen militärischen Aggression.
Imperialistische Söldner wurden u.a. im Kongo (1961 und 1964), in Biafra (1967), im Tschad (1970), im Sudan (1969) eingesetzt. Der größte Einsatz von imperialistischen Söldnern in Afrika fand im Algerienkrieg (1954 - 1962) statt, wo 35.000 Fremdenlegionäre aus aller Herren Länder auf Seiten Frankreichs das algerische Volk und die FNL mit Massakern, Folter, Zwangsdeportierungen und Plünderungen in die Knie zwingen wollten.
Alle Söldnereinsätze haben gemein, daß sie nicht nur objektiv im Interesse des Imperialismus funktionierten, sondern nachweisbar von dessen Schaltstellen (CIA und anderen Geheimdiensten) angeleitet wurden. Angola bildet hier keine Ausnahme.

Im folgenden geben wir einen kurzen, selbstverständlich unvollständigen, Überblick der bisher von der bürgerlichen Presse gemachten Angaben über Söldnerstärke und Hintermänner. Auch wenn diese Zahlen mit Sicherheit untertrieben sind, geben sie doch eindrucksvoll einen Einblick, gegen welche geballte Aggression das angolanische Volk zu kämpfen hat.

Nach Angaben der „Sunday Times" befinden sich gegenwärtig ca. 1.000 englische Söldner in Angola, viele gehörten Spezialeinheiten an, die bereits in Oman (Süd-Arabien) gegen die Befreiungsbewegungen kämpften.

562 Söldner, überwiegend Exil-Kubaner, wurden in den USA von einem der vielen Vermittlungsbüros bereits nach Angola gesandt, sie stießen dort auf über 300 amerikanische Söldner im Einsatz, die durch weitere 150 Hubschrauberpiloten und Techniker verstärkt wurden. Nach der US-Zeitung „Christian Science Monitor"
niker verstärkt wurden. Nach der US-Zeitung „Christian Science Monitor"
ist das ganze eine Aktion des CIA.

Ein weiteres Vermittlungsbüro des CIA in Kalifornien (David Bufkin) meldete die Versendung von 400 Söldnern an die UNITA, die Flugtickets würden vom CIA bezahlt.

Einige Tage später, am 29.1., schrieb die „Welt", daß abermals 200 farbige Vietnam-Veteranen in den USA zur Abreise bereitstünden. 17 antikommunistische Südvietnamesen sind bereits in Angola im Einsatz.

Am 31.1. meldete die „Frankfurter Rundschau", daß in Südafrika Söldner aus Westeuropa (BRD, Schweiz, England, Belgien, Portugal), Australien und den USA bereitstehen, die „Welt" bezifferte dieses Kontingent mit 1.500 Mann.

Roy Innes, US-Vorsitzender des CIA-„Kongreß für rassische Gleichheit", gab an, sein Trupp für die UNITA hätte bereits Bataillonsstärke erreicht (ca. 500).

Am 1.2. beschrieb „Bild" den Abflug von 465 Söldnern in fünf Chartermaschinen aus Brüssel, der ohne Aufruf und Ankündigung auf der Leuchttafel (also mit Genehmigung höchster Stellen) stattfand. Beiläufig erwähnte die „Süddeutsche Zeitung" (2.2.), daß zur FNLA-Kampftruppe Chipendas, die plündernd und mordend durch Südangola zog (vergl. Artikel dazu in diesem AK), 3.000 (!) Söldner gehören. Am 3.2. meldete die „Welt", daß der ehemalige englische Offizier Hoare, der bereits unter Tschombe das Oberkommando der Kongo-Söldner hatte, mit weiteren 1.500 Söldnern nach Angola auf dem Weg ist. Er hat mit UNITA einen Vertrag über zehn Millionen US-Dollar für seine Killertruppe abgeschlossen.

Am 5.2. zitierte die „SZ" einen Aufruf der UNITA an alle „schwarzafrikanischen Brüder", die in Vietnam für den US-Imperialismus gemordet haben, *„nach Angola zu kommen und dort im Lande ihrer Ahnen für die Freiheit ihrer Brüder und Schwestern zu kämpfen"*.

Sogar die argentinische Rundfunkstation Belgrano berichtete von Söldneranwerbung in Buenos Aires. „Le Monde" vom 8.2. meldete die Landung von weiteren 600 Söldnern in Lobito.

Im Hintergrund: Regierungen und Geheimdienste

Im Hintergrund: Regierungen und Geheimdienste

Dafür, daß die Hauptlast der Finanzierung beim CIA liegt, gibt es zahlreiche Hinweise. Wir wollen hier nur die Aussage des britischen Werbers Banks anführen, der seine CIA-Verbindungen aufdeckte, nachdem die ersten 48 englischen Söldner nach England zurückgekehrt waren. („SZ" v. 11.2.)! Banks selbst war Offizier der Anti-Guerilla-Einheit der englischen Armee, die jetzt in Nordirland als Terrorgruppe eingesetzt ist. Er war zugleich Major der FNLA („Guardian", 24.1.76).

Die Aktivitäten des amerikanischen Imperialismus finden die volle Rückendeckung bei den kapitalistischen Staaten Westeuropas. Obwohl Söldneranwerbung in Groß Britannien nach einem Gesetz von 1870 streng verboten ist, hat die englische Labour-Regierung außer geheuchelter „Empörung" keine einzige Maßnahme ergriffen, die massenhaften Söldnerabflüge zu unterbinden. Nachdem bei der faschistischen FNLA 14 britische Söldner ihren eigenen Spießgesellen zum Opfer fielen, will Wilson aber eine „Untersuchungskommission" einsetzen.

„Untersucht" werden sollen allerdings nicht die Umstände des Söldner-Unwesens, sondern lediglich die Frage, ob bei der Tötung der 14 Berufskiller („britische Staatsangehörige"!) womöglich ein Verbrechen mit im Spiel war.

Auch die belgische Regierung sieht dem Treiben der Werber in der Hauptstadt Brüssel nicht nur tatenlos zu, sondern man muß die Bedingungen, unter denen die Abflüge der Söldner sich vollziehen (s.o.), als offene Unterstützung werten.

Die zunehmende Beteiligung von BRD-Söldnern am Krieg gegen die MPLA hat in Bonn zu keinen besonderen Reaktionen geführt (obwohl Söldneranwerbung offiziell verboten ist). Im Gegenteil kann der Botschafter von Zaire in Bonn mit Wissen des Auswärtigen Amts ungestört Söldneranwerbung betreiben. Ein entsprechender Bericht der „New York Times" über die Aktivitäten des BRD-Botschafters von Zaire hat weder zu einer Anfrage an die Botschaft Zaires geführt, noch sind die zuständigen Behörden zu Nachforschungen angeregt worden, verlautet aus dem „AA" („Extra Dienst", 30.1.).

Ein wahres Eldorado für Söldner-Werber ist die USA. Offen werben eine ganze Anzahl von darauf spezialisierten Werbebüros des CIA mit Anzeigen wie: „Jetzt Söldner gesucht". Die Exilkubaner Pratts und Martinez z.B., die für die UNITA bereits 562 Söldner geworben haben, können auf einschlägige Erfahrungen zurückblikken. Damals heuerten sie im Auftrag des CIA Exil-Kubaner an, die die amerikanischen Transport- und Bomberflugzeuge gegen die kongolesischen Befreiungskämpfer lenkten.

Das größte und wichtigste Ausbildungszentrum für die imperialistischen Söldnerhorden befindet sich nach einer Meldung der „San Diego Tribune" in San Diego, Kalifornien. Es besteht aus zahlreichen „spezialisierten" Unternehmen, die Söldner vor allem für Angola, Zimbabwe (Rhodesien), Israel und andere Staaten ausbilden. Auf diese Weise konzentriert z.B. eine Organisation „Aliyah" ihre Anstrengungen auf die Einstellung von Söldnern für die israelische Armee, die Organisation „Anubis LTD" wiederum ist auf der Suche nach Killern für das rassistische Regime in Zimbabwe und auf eine Invasion Kubas spezialisiert.

Nach Angaben derselben Zeitung sind auf der ganzen Welt ca. 100.000 US-Söldner im Einsatz! (Siehe auch AK 73).

Keine „verrückten Einzelgänger" sondern Profi-Killer

In der rechten bürgerlichen Presse werden die Söldner als „Glücksritter" („Welt") bewußt verharmlost und verniedlicht, ja sogar idealisiert und hinter einem Vorhang ekelerregender „Romantik" versteckt, die es „in die Ferne lockt", die „Abenteuer erleben wollen, denen es in ihren Herkunftsländern „zu bürokratisch und langweilig" ist („Bild am Sonntag"). Aber diese Söldner sind keine „Einzelgänger", sondern sie sind als Profi-Killer voll ins imperialistische System integriert. Die „Kongo-Müller", Steiner, Thelen, Hoare, die heute in An-
Killer voll ins imperialistische System integriert. Die „Kongo-Müller", Steiner, Thelen, Hoare, die heute in An-
gola ungestraft Mordtaten gegen das angolanische Volk verüben, haben ihre „Qualitäten" für die Imperialisten bereits in Algerien, Kongo, Nigeria, Tschad „nachgewiesen". Sie sind alles andere als „verrückt", sondern skrupellos und eiskalt, wenn es darum geht, mit Massakern, Mord, Plünderungen, Vergewaltigungen und Brandschatzungen ihre hochdotierten Verträge mit den imperialistischen Geheimdiensten und Konzernen zu „erfüllen". Im Kongo z.B. hatten die Söldner als „Schocktrupp" die Aufgabe, alles niederzumetzeln, was sich ihnen in den Weg stellte, Mann, Frau, Kind und Hund. („Spiegel", 15/1968).

Die bürgerliche Presse nannte diesen Massenmord „ganze Arbeit leisten" („Westberliner Tagesspiegel", 19.2.64) und „den Spuk der Rebellion endgültig beseitigen" („NZZ" v. 18.9.64).

Diese Killer sind ein Spiegelbild des Imperialismus in seiner verkommensten und unmenschlichsten Gestalt. „Kongo-Müller" (ein persönlicher und politischer Freund des „Welt"-Afrika-Korrespondenten Germani) ließ sich filmen, wie er mit den Schädeln enthaupteter Freiheitskämpfer Fußball spielte. Er ließ sich fotografieren, als er einem gefangenen Kongolesen den Kopf mit einem Buschmesser abschlug. Für ihn war das *„eine Jagd auf Neger – eine dolle Sache – keine Gefahr – alles okay – es ist nur gegen die Rebellen"* („Spiegel", 53/1966). Dieselbe zynische Massenverachtung, gepaart mit aggressivem Antikommunismus, beherrscht das Denken der heutigen Söldner in Angola: *„In Angola mal richtig gegen die Kommunisten reinhauen. Nicht Stubendienst schieben und Schlappschwänze ausbilden wie bei der Bundeswehr"*, charakterisierte ein westdeutscher Reserveoffizier seinen bevorstehenden Einsatz auf Seiten von UNITA/FNLA in Angola („Spiegel", 7/1976)!

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die UNITA/FNLA, die mit diesem Bodensatz des Imperialismus den Sieg der revolutionär-demokratischen MPLA in letzter Stunde verhindern wollen.

Nicht viel besser aber sind auch die, die diese Organisationen nach wie vor als „Befreiungsbewegungen" unterstützen und sogar nicht davor zurückschrecken, die faschistischen Söldnerhorden mit den kubanischen Genossen auf eine Stufe zu heben! ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Nigeria: Jugendliche und Studenten der Hauptstadt Lagos demonstrieren ihre Solidarität mit der VR Angola. Auf Transparenten fordern sie die südafrikanischen Truppen zum Rückzug aus angolanischem Gebiet auf und protestieren gegen die ausländische Aggression

Portugal: Beginn der Reprivatisierung

Anfang Februar beschloß die 6. Provisorische Regierung, die „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves" – einen seit Mitte 1975 unter staatlicher Intervention stehenden Textilbetrieb – an seinen früheren Eigentümer zurückzugeben. Dieser erste bekanntgewordene Fall einer Reprivatisierung steht sicherlich nur am Anfang eines viel umfassenderen Prozesses, in dem umfangreiche Teile der Produktion und Dienstleistung, deren Kontrolle der Bourgeoisie im Verlauf des revolutionär-demokratischen Prozesses durch Verstaatlichung, staatliche Intervention oder Übergang in Arbeiterselbstverwaltung entzogen worden war, reprivatisiert werden dürften. Nicht zufällig setzt die zu erwartende Reprivatisierungswelle gerade bei der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves" ein, wo besondere Voraussetzungen die ideologische Verbrämung ihrer Rückgabe an den früheren Eigentümer erleichtern.

Der Fall der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves"

Die Fabrikationsstätten der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves", die 3.160 Arbeiter beschäftigt, finden sich in Vila Nova de Famalicão, im nordportugiesischen Distrikt Braga. Sie ist eines der bedeutendsten Unternehmen der portugiesischen Textilindustrie und steht an achter Stelle unter den wichtigsten Exportfirmen des Landes. Nach dem 25. April 1974 praktizierte der Besitzer des Unternehmens seine Art der Wirtschaftssabotage, indem er hohe Kredite bei den (damals noch privaten) inländischen Banken aufnahm und diese Mittel nicht investierte, sondern ins Ausland verschob oder für den persönlichen Konsum verwendete; so war das Unternehmen am Jahresende 1974 mit 725 Mio. Escudos bei portugiesischen Banken verschuldet, und bis Mitte 1975 war die Verschuldung bereits auf eine Milliarde Escudos (etwa 100 Mio. DM) angewachsen („Jornal do Comercio", 10.9.75). In dieser Situation beschlossen die gewählte Arbeiterkommission und die Gewerkschaftsdelegierten des Betriebs, den Unternehmer und alle Verwaltungsratsmitglieder vor die Tür zu setzen, und beantragten eine staatliche Intervention.

Den Reaktionären von Famalicão gelang es jedoch, einen beträchtlichen Teil der Arbeiter des Werkes (zum großen Teil Leute, die zwar noch eine kleine Parzelle Land bewirtschafteten, ihren Lebensunterhalt aber hauptsächlich durch Fabrikarbeit bestreiten) gegen die Arbeiterkommission aufzuwiegeln. So brachten sie am 1. August 1975 eine Demonstration zustande, bei der mehrere hundert Leute mit Parolen wie „Wir wollen unseren Freund, den Unternehmer, das Personal ist mit dir!" (Queremos o patrão amigo, o pessoal está contigo) vor das Verwaltungsgebäude des Betriebs zogen und die Entlassung aller Gewerkschaftsdelegierten sowie die Absetzung der Arbeiterkommission verlangten; im Anschluß daran überfiel die Menge noch die örtlichen Parteibüros von MDP und PCP und brannte sie nieder („O Século", 2.8. 75).

Die 5. Provisorische Regierung Vasco Gonçalves unterstützte damals die Arbeiterkommission, beschloß eine staatliche Intervention des Unternehmens und ernannte staatliche Verwalter; die 6. Provisorische Regierung unter dem Reaktionär Azevedo hingegen ging vor allem nach dem 25. November 1975 daran, dem früheren Eigentümer nachdrücklich zu seinem „Recht" zu verhelfen. Als Vorwand dienten ihr dabei mehrere Vollversammlungen der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves", auf denen unter erheblichen Manipulationen und Einschüchterung fortschrittlicher Kollegen eine reaktionäre Arbeiterkommission gewählt worden war, die unter Streikandrohung die Rückkehr des früheren Eigentümers und die Entlassung von 17 fortschrittlichen Arbeitern verlangte („O Século", 5.1.76).

Dem „Wunsch der Arbeiter" nach Reprivatisierung des Unternehmens hat die Regierung nunmehr voll stattgegeben und kann sich propagandistisch dabei immer darauf berufen, daß die Rückgabe an den früheren Eigentümer schließlich auf Verlangen der Basis zustandegekommen sei.

Angriffe gegen selbstverwaltete Betriebe

Weiter sind gegenwärtig vor allem selbstverwaltete Betriebe heftigen Angriffen ausgesetzt; dabei handelt es sich überwiegend um Klein- und Mittelbetriebe, deren Eigentümer ihren Profit vornehmlich aus dem extrem niedrigen Lohnniveau zur Zeit des faschistischen Regimes gezogen hatten. Diese Kapitalisten hatten nach dem 25. April 1974 vielfach nach dem Prinzip verfahren, kurzfristig noch alles herauszuholen, was überhaupt noch aus dem Betrieb herauszuholen war, um sich dann in kapitalistenfreundlichere Länder wie Spanien oder Brasilien abzusetzen. Während in dieser Situation zahlreiche Arbeiterkommissionen zur Weiterführung der Produktion und Rettung ihrer Arbeitsplätze eine staatliche Intervention durchsetzten, übernahmen andere den Betrieb in Selbstverwaltung; das Arbeitsministerium stellte dann üblicherweise den Arbeiterkommissionen dieser Betriebe ohne Umschweife ein Beglaubigungsschreiben aus, mit dem sie zur Vornahme von Kontobewegungen, Vertragsabschlüssen usw., d.h. zur Führung des Betriebs, ermächtigt wurden.

Mit Erlaß des Arbeitsministeriums vom 26. Dezember 1975 wurde nun verfügt, daß diese Beglaubigungsschreiben Ende Januar ihre Gültigkeit verlieren; sie können zwar neu beantragt werden, doch wird zugleich den früheren Eigentümern der selbstverwalteten Betriebe die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt, die Übernahme in Selbstverwaltung anzufechten – mit der ausdrücklichen Begründung, *„Fälle von Betrieben, die mißbräuchlich in das System der Selbstverwaltung überführt wurden, zu revidieren"* („Jornal do Comércio", 30.12.75).

Nachdem zahlreiche selbstverwaltete Betriebe und Gewerkschaften gegen diese Maßnahme protestiert hatten, sah sich der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Marcelo Curto („Gewerkschaftsexperte" der PS), zu einer Stellungnahme veranlaßt, in der er erklärte: *„Es gibt einige Prinzipien, die wir berücksichtigen werden: den Arbeiterkommissionen, die den Betrieb nach ausgewogenen Verwaltungsprinzipien führen, und bei denen die Selbstverwaltung einen legal und moralisch gerechten Ursprung hatte, werden die Beglaubigungsschreiben nicht entzogen werden; es wird aber keine automatische Verlängerung der Beglaubigungsschreiben geben"* („O Século", 30.1. 76).

Dies und der zusätzliche Hinweis Marcelo Curtos, daß diese Beglaubigungsschreiben früher (d.h. vor Amtsantritt der 6. Provisorischen Regierung) in leichtfertiger und unkontrollierter Weise ausgestellt worden seien, läßt auf eine bevorstehende Welle der Rückgabe selbstverwalteter Betriebe an ihre früheren Eigentümer schließen.

Revidierung der Verstaatlichung in Vorbereitung

Die Reprivatisierung der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves" und die zu erwartende Rückgabe selbstverwalteter Betriebe an ihre früheren Eigentümer zeigen, daß die Bourgeoisie mit der Wiedereroberung der Produktionsbereiche, die vorübergehend ihrer Kontrolle entzogen waren, genau in den Sektoren angesetzt hat, in denen der geringste Widerstand zu erwarten war. Bei der „Emprêsa Textil Manuel Gonçalves" läßt sich die Reprivatisierung leicht als Aktion darstellen, die lediglich dem Wunsch der Arbeiter des Betriebs entspricht, und bei den selbstverwalteten Betrieben dürfte im allgemeinen das Argument von der mangelnden Rentabilität verfangen.

Zugleich ist jedoch schon absehbar, daß auch die Reprivatisierung einiger zur Zeit der 4. und 5. Provisorischen Regierung verstaatlichter Sektoren vorbereitet wird. So dementiert etwa der „Expresso" diese Vorbereitungen folgendermaßen:

„Die in letzter Zeit in Lissabon häufig kursierenden Gerüchte über die Revidierung von Verstaatlichungen (dabei waren sogar die Banken im Gespräch) scheinen nach zuverlässigen Quellen ihren Ursprung in der Tatsache zu haben, daß einige der Unternehmen, die mit der Verstaatlichung der Banken zusätzlich an den Staat übergingen, erneut an den privaten Sektor übergehen könnten" (17.1.76).

Nach dieser harmlos klingenden Formulierung wäre es ohne weiteres möglich, beispielsweise nahezu sämtliche Unternehmen des früheren Espírito Santo-Konzerns zu reprivatisieren – sie waren ja schließlich nur über die Verstaatlichung des „Banco Espírito Santo e Comercial de Lisboa", des Kernstücks des Konzerns, miterfaßt worden! Inzwischen wird aber nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, sondern ganz hochoffiziell von einer notwendigen „Zurücknahme einiger Verstaatlichungen" gesprochen. So erklärte Vítor Constâncio, Staatssekretär für Wirtschaftsplanung, in einer Rede vor dem American Club von Lissabon: *„Es ist erforderlich, die Aktionsbereiche des öffentlichen und privaten Sektors streng abzugrenzen und festzulegen, welche Verstaatlichungen aufrechterhalten werden sollen und welche zu revidieren sind"* („Jornal do Comercio", 31.1.76).

Auf der anderen Seite befaßt sich gegenwärtig eine ministerielle Arbeitsgruppe mit der Frage der Entschädigung von Kapitaleignern solcher Betriebe, deren Verstaatlichung aufrechterhalten werden soll. Dabei scheint bereits beschlossene Sache zu sein, daß an diese Leute staatliche Schuldscheine mit 20-jähriger Laufzeit ausgegeben werden sollen – umstritten ist anscheinend noch, ob diese Schuldscheine für den Erwerb von Anteilen am Kapital anderer privater Unternehmen zugelassen werden sollen! („Expresso", 17.1.76). Und schließlich berichtet „O Século" (27.1.76) auch schon von Unterhandlungen des (Konter-)Revolutionsrats mit den früheren Monopolkapitalisten Melo und Champalimaud über ihre Rückkehr! ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach dem Rechtsputsch regnet es Kredite

„Dieser Besuch ist eine politische Geste und sollte als solche verstanden werden", erklärte BRD-Außenminister Genscher anläßlich seines Staatsbesuchs in Lissabon am 5.2.76.

Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen der BRD und Portugal seit dem Rechtsputsch vom 25. November 75 in eine neue Phase eingetreten:

Vor dem 25. November bestanden sie einerseits in engen Kontakten der bürgerlichen Parteien, insbesondere einem massiven Eingreifen der SPD gegenüber der PS, und andererseits in verschiedensten ökonomischen und politischen Boykottmaßnahmen gegenüber dem demokratischen Portugal. Dies geschah vor allem unter Einschluß der geheimdienstlichen Ebene und der Finanzierung des Aufbaus reaktionärer und faschistischer Organisationen.

In dieser Phase „versprachen" die BRD-Regierung wie auch die US-Regierung wiederholt Kredite – *„wenn Portugal zur Demokratie gefunden hat"!*

Diese Bedingung scheint für die Imperialisten nach dem Rechtsputsch vom 25. November erfüllt zu sein.

Belohnung für die Ausschaltung der fortschrittlichen Kräfte

Bereits am 5. Dezember 75, als die Verhaftungsaktionen durch die reaktionären Polizei- und Militäreinheiten noch nicht einmal vorläufig abgeschlossen waren, gab die BRD-Regierung einen ersten Kredit in Höhe von 70 Millionen Mark, hauptsächlich für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, frei, mit dem sie bereits seit dem Mai 75 gewedelt hatte, den Willi Brandt wiederholt als „Zeichen des guten Willens" gehörig herausgeputzt hatte, der jedoch nie gezahlt worden war!

Am 17. Dezember kündigte Helmut Schmidt einen weiteren Millionenkredit nach dem Muster des Italienkredits an.

Ende Dezember gewährte der internationale Währungsfonds einen Kredit in Höhe von 85,43 Mio. US-Dollar („Jornal do Comerico",27.12 76). Die Gewährung eines weiteren Kredits aus dieser Quelle in derselben Höhe wurde laut „Jornal do Comerico" vom 9.1.76 von diversen Auflagen, wie z.B. einer Abwertung des Escudo (portugiesische Währung) um 30 %, sowie einer Verschärfung der Krisenpolitik der Regierung abhängig gemacht.

Ende Januar räumte die nordamerikanische Import-Export-Bank einen Kredit von 10 Mio. US-Dollar für den Kauf von Ausrüstungsgegenständen der Ölraffinerie Sines ein „Espresso", 24.1.76).

Ebenfalls Ende Januar sagte die US-Regierung für das Jahr 76 insgesamt 50 Mio. Dollar für „Militärhilfe" zu, mit denen wohl portugiesische Waffenkäufe in der amerikanischen Rüstungsindustrie finanziert werden sollen. („O Século",31.1.76).

Weitere 50 Mio. US-Dollar sagte die Schweizer Nationalbank (gegen Golddeckung) zu, und die norwegische Regierung garantierte einen Kredit in Höhe von 100 Mio. norwegischen Kronen („Jornal do Comerico", 5.2.76).

Ein wichtiges Gesprächsthema zwischen dem portugiesischen Ministerpräsidenten Azevedo und einem neuen „Weltpolizisten", Genscher, stellte unter anderem die *„Bekämpfung des internationalen Terrorismus"*, zu der Genscher die portugiesische Regierung nachdrücklich einlud („A Capital"). Die offensichtlich „heitere Atmosphäre", die das Photo zeigt, ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Genscher gerade ein paar Schnacks gemacht hat, wie in der BRD mit den „Terroristen" umgesprungen wird.

BRD-Imperialisten sichern sich den Haupteinfluß

Den größten Brocken steuerte jedoch Genscher anläßlich seines zweitägigen Besuchs im Auftrag der BRD-Kapitalisten bei: Einen Kredit in Höhe von 250 Mio. US-Dollar (640 Mio. DM) zu denselben Bedingungen wie den Milliardenkredit an Italien.

Dieser Kredit, den Schmidt bereits im Dezember 75 angekündigt hatte, hat im Gegensatz zu allen anderen Krediten eine Laufzeit von nur einem halben Jahr und kann nur zweimal um jeweils ein weiteres halbes Jahr verlängert werden. Er wird abgesichert durch eine entsprechende Menge Gold, die die Bank von Portugal in die Tresore der Bundesbank nach Frankfurt liefern muß. Portugal begibt sich damit in völlige Abhängigkeit vom BRD-Imperialismus.

Ergänzt wird das Abkommen durch weitere Vereinbarungen, die darauf hinauslaufen, daß Portugal mit diesem Geld Investitionsgüter aus der BRD kaufen muß sowie besondere Garantien für Investitionen der BRD-Imperialisten in Portugal übernehmen muß. Konkrete Vereinbarungen zu diesem Zweck sollen in einer zweiten Verhandlungsrunde im März dieses Jahres getroffen werden.

Dadurch werden die Beziehungen zwischen Portugal und der BRD wieder ähnlich eng wie zuzeiten des portugiesischen Faschismus, als die BRD einen großen Teil der Finanzierung des portugiesischen Kolonialkriegs übernahm und im Gegenzug den Hauptnutznießer bei der Ausplünderung des portugiesischen und der kolonialen Völker spielen durfte.

Als Land mit den niedrigsten Löhnen und schlechtesten Sozialleistungen Europas war Portugal schon früher das bevorzugte Investitionsgebiete der BRD-Imperialisten und soll es offenbar nun auch wieder werden. Auf die alten guten Verbindungen machte Genscher demonstrativ aufmerksam, als er zum Abschluß seines Besuchs die Lissabonner Filiale des Hoechst-Konzerns besuchte („A Capital", 4.6.76).

„Brücke" der Imperialisten zur „Dritten Welt"

Die enge politische Verknüpfung der portugiesischen Kolonialpolitik mit dem BRD-Imperialismus ist den afrikanischen Völkern, insbesondere dem angolanischen Volk, nur zu gut bekannt. Zweifellos will der BRD-Imperialismus davon profitieren, daß Portugal nach der Entkolonialisierung neue Beziehungen zu den Volksrepubliken, die aus den ehemaligen Kolonien hervorgegangen sind, entwickelt hat.

Genscher sagte dazu: *„Portugal hat heute eine wichtige Aufgabe im Dialog Europas mit den Staaten der Dritten Welt. Vielen von uns hat sich jene historische Stunde tief eingeprägt, als Portugal der Vollversammlung der Vereinten Nationen seine Entscheidung mitteilte, seinen afrikanischen Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren, und als die jungen Staaten der Dritten Welt Portugal als einem neugewonnenen Freund Applaus spendeten"* („A Capital", 5.2.76).

Und davon – bitteschön – möchte jetzt vor allem der BRD-Imperialismus kräftig profitieren! ●

Portugal-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Portugal: Die Presse weiter nach rechts gedrängt

Nachdem unmittelbar nach dem 25. November die Pressefreiheit in Portugal durch eine Reihe von Maßnahmen nahezu erstickt wurde (insbesondere durch die Unterstellung der verstaatlichten Zeitungen unter die bürgerlichen Parteien und durch Massenentlassungen fortschrittlicher Journalisten), setzt sich nun die Ausrichtung der Presse zu Propaganda-Instrumenten der Bourgeoisie fort.

Besonders in Vorbereitung der Wahlen, die im April stattfinden sollen, erstrecken sich die Säuberungsaktionen der Redaktionen nicht mehr nur auf Linke, sondern die einzelnen Parteien setzen alles daran, in den Presseorganen, die sie kontrollieren, ausschließlich ihre Parteilinie durchzusetzen.

So kündigte der ehemalige Chef-Redakteur der „Republica", Paul Rego, der führendes Mitglied der PS ist, umfangreiche Entlassungen in der Belegschaft der „Republica" an, nachdem der (Konter-) Revolutionsrat die Rückgabe der „Republica" an die PS verfügt hatte. Um diese Maßnahmen zu unterstützen, setzte der Konterrevolutionsrat eine „Untersuchungskommission" ein, die die Selbstverwaltung der Republica durch die Arbeiter aburteilen soll.

Inzwischen wurde auch der Direktor der fortschrittlichen Zeitung „A Capital" abgelöst und durch Sousa Tavares, einen bedingungslosen Parteigänger von Mario Soares ersetzt.

Eine weitere relativ fortschrittliche Tageszeitung, das „Jornal do Comersio", soll seine Existenz als eigenständige Zeitung überhaupt verlieren und als „Wirtschaftsbeilage" einer der anderen rechtsgetrimmten Tageszeitungen erscheinen.

Auf der anderen Seite hat die reaktionäre Zeitung „O Dia" Joao Coito zu ihrem neuen Chefredakteur bestellt, der unter dem faschistischen Caetano-Regime als offizieller „Herausgeber" verschiedener faschistischer Zeitungen fungierte.

Bezeichnend dafür, wie weit die Rechtsentwicklung in der Presse inzwischen geht, ist der Fall der rechten Zeitung „Jornal Novo".

Dort wurde der bisherige Direktor Portela Filho entlassen, der sich während seiner gesamten Tätigkeit als ausgemachter Antikommunist erwiesen hatte.

Portelas Hauptaufgabe hatte während der 4. und 5. Regierung (unter Goncalves) darin bestanden, über die damaligen MFA-Repräsentanten wie Goncalves, Jesuino, Rosa Coutinho, Carvalho und andere Kübel von Dreck auszugießen. Seine Stärke bestand in der persönlichen Diffamierung mit frei erfundenen „Skandalen".

Nach dem 25. November, als seine Zielscheiben im Gefängnis saßen oder aus ihren Funktionen entlassen waren, setzte er auf die sozialdemokratische „Gruppe der Neun" um Melo Antunes, die inzwischen allerdings weitgehend isoliert und entmachtet ist.

Er machte sich zum publizistischen Sprachrohr dieser Gruppe, die in letzter Zeit wiederholt vor einer realen faschistischen Gefahr in Portugal warnte.

Die Tatsache, daß Portela im Zusammenhang mit dem Belagerungszustand nach dem 25. November von einer „Gefahr für die Freiheit" gesprochen hatte, wurde jetzt vom Aufsichtsrat der Zeitung zum Anlaß für seine Entlassung genommen.

Portela habe *„auf der Unvereinbarkeit von Revolution und Demokratie beharrt und der Revolution den Vorzug gegeben"*, hieß es demagogisch in der Begründung des Aufsichtsrats.

Während die Vollversammlung der Redaktion sich hinter Portela stellte und in einer Resolution jeden Versuch der Aktionäre, sich in die redaktionelle Linie des Blattes einzumischen, zurückwies, suchte der Aufsichtsrat fieberhaft nach einem portugiesischen Peter Boehnisch (nach „Le Monde" und „A Capital" vom 4.2.76). ●

Portugal-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Kundgebung des CLARP in Lissabon

Am 3. Februar hielt das kürzlich gegründete CLARP – **„Komitee für die Befreiung der gefangenen Antifaschisten und Revolutionäre"** – in Lissabon im Sportpalast eine Kundgebung ab, die unter der Parole stand: **„Freiheit für Otelo (Carvalho) und die anderen gefangenen Revolutionäre".**

Carvalho, dessen schwankende Haltung die Vorbereitung und das Gelingen des Rechtsputsches begünstigt hatte, war im Januar unter der absurden Anschuldigung verhaftet worden, an dem (von der Reaktion erfundenen!) „Linksputsch" am 25. November beteiligt gewesen zu sein. Inzwischen hat er eine Erklärung abgegeben, daß er nicht bereit ist, sich freisetzen zu lassen, solange nicht auch alle anderen gefangenen Antifaschisten aus der Haft entlassen werden. Ungeachtet der früheren Schwankungen und Manöver Carvalhos führt heute die revolutionäre Linke eine Kampagne zu seiner Unterstützung durch.

Auf der CLARP-Kundgebung wurde folgende Resolution angenommen: *„Die anwesenden Antifaschisten haben von der Haltung erfahren, die Otelo eingenommen und dem Revolutionsrat mitgeteilt hat, daß er nicht ohne die noch gefangenen Genossen freigelassen werden will. Sie unterstützen diese Haltung, die sie für korrekt und eines wahren Revolutionärs würdig halten. Sie ermuntern den Genossen Otelo und alle anderen gefangenen Genossen, ihren Kampf gegen den Faschismus an der Seite des Volkes fortzusetzen".*

In einer anderen Resolution wurde beschlossen, **„eine große Demonstration gegen den Faschismus, für die Freiheit der gefangenen Revolutionäre und für die demokratischen Freiheiten"** durchzuführen.

Auf der Kundgebung sprachen u.a. Afonso Dias, Abgeordneter der UDP in der Verfassungsgebenden Versammlung, Nuno Pereira von der Politischen Kommission des MES, die Frau eines in Custoias gefangenen Offiziers, sowie Arbeiter und Gewerkschafter. ●



„Autopark" der PSP und GNR

„Autopark" der PSP und GNR

Erste Kundgebung der CDS in Lissabon

Die reaktionäre „christdemokratische" Partei CDS hielt am 8. Februar ihre erste Kundgebung in Lissabon ab, zu der mehrere tausend Menschen gekommen waren.

Die CDS verkündete ihr „Regierungsprogramm" der „nationalen Versöhnung". Vor allem soll den **„unschuldigen Opfern des 25. April"** endlich „Gerechtigkeit" geschehen. Als „unschuldige Opfer" betrachtet die CDS beispielsweise die nach dem endlich „Gerechtigkeit" geschehen. Als „unschuldige Opfer" betrachtet die CDS beispielsweise die nach dem 25. April verhafteten faschistischen Folterknechte und Geheimpolizisten sowie die entlassenen faschistischen Beamten, Angestellten etc. Demagogischerweise nannte der CDS-Sprecher unter den „unschuldigen Opfern des 25. April" auch „die hundertausende Arbeitslose"!

Die CDS betonte auf der Kundgebung das ihr von der CDU gelieferte „Konzept der sozialen (?) Marktwirtschaft", als da wären „Privatinitiative", „Privateigentum" und sonstige kapitalistische Ladenhüter. Dem Staat käme lediglich die Rolle zu, die „Schlüsselsektoren" zu kontrollieren (?) und die Kapitalisten bei der „Lösung von Konflikten mit den Arbeitern" zu unterstützen.

Ein starkes Aufgebot der Polizei und der GNR schützte die CDS-Kundgebung. Es hatten sich etwa 2000 antifaschistische Gegendemonstranten eingefunden, die Parolen riefen wie **„Tod dem Faschismus, die CDS kommt nicht durch!"** ●

Faschistischer Terror

Wie in AK 73 berichtet, hat nach dem Rechtsputsch vom 25. November der faschistische Terror in Portugal zugenommen. Hier wiederum eine (unvollständige) Übersicht (nach „A Capital").

Am 28. Januar zerstörte ein Brand vollständig das Büro der UDP in Covilha. Die Büros von MES und FSP im selben Haus wurden beschädigt. Im selben Haus befindet sich ein Büro der pseudo-„linken" antikommu- Im selben Haus befindet sich ein Büro der pseudo-„linken" antikommu-nistischen MRPP. Bewohner benachbarter Häuser konnten beobachten, wie MRPPler einige Stunden vor dem Brand ihre Büroeinrichtungen in Sicherheit brachten. Die UDP vermutete daher die Brandstifter bei der MRPP. Möglich ist aber auch, daß die MRPP von faschistischen Terroristen, mit denen sie gelegentlich zusammenarbeitet, vorher einen „kameradschaftlichen" Tip über den geplanten Anschlag bekam.

Am selben Tag explodierten sechs Bomben in Braga, Hochburg des Klerikalfaschismus in Nordportugal. Betroffen waren u.a. Büroräume der Bauarbeiter-Gewerkschaft, der Metaller-Gewerkschaft und der UDP (letzteres völlig zerstört).

In A-Ver-O-Mar explodierte eine Bombe im Haus des örtlichen Pfarrers. Er hat einen Rechtsstreit mit dem faschistischen Erzbischof von Braga.

Am 29. Januar explodierte eine Bombe in der Wohnung eines Mitglieds der MDP, die der revisionistischen PCP nahesteht.

In einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in Nordportugal wurden Gebäude durch Brandstiftung zerstört.

Am 31. Januar zerstörte eine Plastikbombe das Auto eines antifaschistischen Offiziers. Die faschistische Terrorgruppe ELP bekannte sich mit Wandparolen und Hakenkreuz-Schmierereien zu dem An- sich mit Wandparolen und Hakenkreuz-Schmierereien zu dem An-schlag.

Die reaktionäre CDS („christdemokratische" Partei) beklagte am 1. Februar in einem Kommunique die „Unfähigkeit der Behörden" und beschuldigte zugleich niederträchtig die PCP, die Gewerkschaften und die UDP, alle Bomben der letzten Tage in ihren Büros s e l b s t gelegt zu haben!

Am 3. Februar wurde das Büro der PCP in Mirandela von einer aufgeputschten Menge überfallen und zerstört. Damit sind – wie es in einem Kommunique der PCP hieß – alle ihre fünf Büros im Bezirk Braganca (Nordportugal) zerstört.

Am 7. Februar wurde das Taxi ei- PS(!)-Mitgliedes durch eine Bombe zerstört.

Nach Angaben der Gewerkschaften gab es in Nordportugal im Januar 43 Bombenanschläge. Am 30. Januar und 3. Februar fanden einstündige Streiks aus Protest gegen die faschistischen Terroranschläge statt. ●



GNR und Gegendemonstranten

Spanische Arbeiter fordern Wiedereinstellung entlassener Kollegen

Während der Streiks, die sich über den ganzen Monat Januar hinzogen und die ihr Zentrum in Madrid und Barcelona hatten, sind viele Arbeiter entlassen worden. In Madrid sollen es allein tausend Arbeiter sein, die von den Kapitalisten „zur Strafe" für ihren Streik gekündigt worden sind. Eine Hauptforderung der Kollegen zahlloser Betriebe war neben ihren Lohnforderungen daher die Wiedereinstellung der Entlassenen. Tausende spanischer Arbeiter weigerten sich, über ihre Löhne zu verhandeln, solange die Kapitalisten die Kündigungen nicht zurücknahmen. In vielen Fällen haben sie sich erfolgreich durchsetzen können oder zumindest die Entlassungen in „mildere Strafen" wie Lohnentzug umwandeln können.

Immer wieder gibt es Beispiele, daß streikende Arbeiter die Wiedereinstellung von schon vor vielen Jahren entlassenen Kollegen fordern! In einer großen Zahl spanischer Betriebe hat sich in jahrelangen Kämpfen die Solidarität so weit entwickelt, daß man sagen kann, daß dort kein Arbeiter, der aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen entlassen wurde, jemals von seinen Kollegen vergessen wird.

– Als bei der großen Automobilfabrik SEAT (Madrid) am 14. Januar die „Tarifverhandlungen" mit dem staatlichen Syndikat begannen, weigerten sich die Arbeiter, einen Tarifvertrag abzuschließen, solange die SEAT-Geschäftsleitung nicht die 300 Entlassungen zurücknimmt, die im Zusammenhang mit dem großen Streik von Oktober 74 bis Februar 75 ausgesprochen wurden. Die SEAT-Kapitalisten drohten, daß es keinen Tarifvertrag gebe, wenn diese Forderung nicht vom Tisch kommt (nach „Cambio 16", 12.1.76).

– Bei der Madrider Firma Lumicalor sind die Arbeiter erst wieder an ihren Arbeitsplatz erschienen, nachdem die Firma 25 Entlassungen zurückgenommen hatte.

Forts. Seite 6



Demonstration für Amnestie und Unabhängigkeit Kataloniens in Barcelona.

Spanien: Neue Schritte zur Demokratisierung

Ministerpräsident Arias verkündete am 28.1. vor dem Ständeparlament den Weg zur „spanischen Demokratie" für die nächsten zwei Jahre.

– Auf „parlamentarischer" Ebene sollen zwei Kammern geschaffen werden. Die eine (Cortes, das faschistische Ständeparlament) soll durch „allgemeine, direkte" Wahlen bestimmt werden (womöglich nach dem Vorbild der gerade gelaufenen Gemeindewahlen, wo durch -zig Beschränkungen nur altgediente Faschisten „gewählt" werden durften). Die zweite Kammer (Senat) wird von der Regierung „eingesetzt". Ihr sollen nur Mitglieder des „Nationalrats der Bewegung", d.h. der falangistischen Einheitspartei angehören. Beide Kammern sollen „gleiche Machtbefugnisse" haben! Anfang Februar wurde eine Kommission eingesetzt, die eine „Verfassungsreform" ausarbeiten soll. Außer einigen „gemäßigteren" Mitgliedern der Regierung („Frankfurter Allgemeine Zeitung") gehören dieser Kommission die bekannten Altfalangisten Solis, Suarez und General Santiago an. Vom „Nationalrat" sind die übelsten Scharfmacher wie Girón, Primo de Rivera und andere dabei.

– Das geplante neue Wahlgesetz soll nur für politische Verbände gelten, die auf dem Boden der faschistischen „Nationalen Bewegung" stehen. Arias erwähnte die Zulassung von politischen Parteien mit keinem einzigen Wort!

– Die „Gerichte für öffentliche Ordnung" (Sondergerichte für Antifa-

– Die „Gerichte für öffentliche Ordnung" (Sondergerichte für Antifa-

schisten) sollen abgeschafft werden. Es sollen jedoch *„Terrorakte gegen die in der Verfassung niedergelegten Einrichtungen sowie solche Verbrechen, die von bewaffneten paramilitärisch organisierten Terrorgruppen verübt werden, weiter vor den Militärgerichten verhandelt werden"* („FAZ", 9.2.76). Da in Spanien Terror alles das ist, was sich gegen den Fortbestand des faschistischen Staates richtet, ist mit dieser Regelung der Terrorjustiz Tor und Tür geöffnet.

– Eine Generalamnestie für politische Gefangene wurde von Arias rundweg abgelehnt.

– Veränderungen auf gewerkschaftlichem Gebiet wurden von Arias ebenso abgelehnt. D.h., daß die einzig rechtmäßigen Organisationen der spanischen Arbeiterklasse, die Arbeiterkommissionen, illegal bleiben sollen. IG-Metall-Chef Loderer, der um den 10.2. in Spanien war, hatte nichts Besseres zu tun, als die spanischen Arbeiter vor den „Gefahren ihres Aufbruchs" zu warnen. Ihre Streikaktionen seien „durchaus verständlich", aber sie könnten eine Reaktion der Rechten hervorrufen ... Das ist bundesdeutsche Gewerkschaftsmoral angesichts der totalen



Knebelung der spanischen Arbeiter! („Süddeutsche Zeitung", 11.2.76).

– Für Basken und Katalanen wurden größere Selbstverwaltungs-

– Für Basken und Katalanen wurden größere Selbstverwaltungs-

rechte angekündigt, aber die sollen von den heutigen (faschistischen) regionalen Verwaltungen aus entwickelt werden!

– Die angekündigte Erweiterung der Rechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sind inzwischen den Cortes zur Ratifizierung vorgelegt worden. Danach sollen jetzt Versammlungen über 20 Personen nicht mehr der Polizei-Genehmigung bedürfen. Ausgeschlossen von dieser Regelung sollen Anarchisten, Kommunisten, „Terroristen" und separatistische Gruppen sein, also kurz: die gesamte linke Opposition!

– Das jetzt fast ein Jahr bestehende „Anti-Terror-Gesetz", das praktisch den permanenten Ausnahmezustand über Spanien verhängte, wurde in einigen Punkten abgeändert. So steht jetzt auf Tötung eines Polizisten oder eines anderen Staatsdieners nicht mehr automatisch die Todesstrafe. Die Reaktion der spanischen Opposition sowie die große Protestwelle im Ausland gegen die fünf Hinrichtungen vom 28. September 75 hat der faschistischen spanischen Regierung mehr geschadet, als daß ihr der „Abschreckungseffekt" der blinden Vergeltung irgendwelchen Nutzen gebracht hätte. Im Gegenteil, die brutalen Hinrichtungen von fünf Antifaschisten haben die Solidarität der gesamten spanischen Opposition gestärkt, und sogar die Sozialdemo-

der gesamten spanischen Opposition gestärkt, und sogar die Sozialdemo-

kraten und Gewerkschaften der bürgerlichen Staaten Westeuropas waren zu scheinheiligen Protesten gezwungen.

Insofern hat die Zurücknahme dieses Terror-Artikels nur taktischen Wert. In kraft bleiben die Artikel, wonach die spanischen Bullen jederzeit Hausdurchsuchungen machen können und „Verdächtige" 72 Stunden lang auf den Kommissariaten ausquetschen und foltern können, bevor sie einem Richter vorgeführt zu werden brauchen.

In aller Unverfrorenheit wird das ganze Paket von Maßnahmen auch noch als Schritt zur Integration in die EG und Nato interpretiert.

Gute und reiche Freunde bestätigen dies. CDU-von-Hassel erklärte nach Gesprächen mit Juan Carlos und Arias vor Journalisten in Madrid, er habe *„nicht den leisesten Zweifel", „daß es die Absicht aller sei, demokratische Grundrechte einzuführen, Parteien zuzulassen und freie Wahlen abzuhalten"* („SZ", 29.1.76).

Für wie dumm halten dieses Herren eigentlich das spanische Volk?

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Letzte Meldung

Die Journalisten der spanischen Tageszeitung „Nuevo Diario" stehen im Streik. Einer ihrer Kollegen, Vazquez Prada, ist vom Madrider Militärgericht angeklagt worden, weil er sich weigerte, Namen von Mitgliedern der „Demokratischen Militärunion" (UMD) zu nennen, die am 22. Dezember eine geheime Pressekonferenz gegeben hatten, an der dieser Journalist teilgenommen hatte. Vazquez muß mit 6 Jahren Gefängnis rechnen!

Aus Protest gegen diese Anklage hatten sich etwa 200 Madrider Journalisten am 10.2. in den Räumen der Pressegewerkschaft eingeschlossen. Die Vereinigung der ausländischen Pressekorrespondenten (von denen in den letzten Wochen viele Opfer von Knüppeleien und anderer Gewalttätigkeiten der Polizei waren) haben sich mit den spanischen Journalisten solidarisiert.

Die spanischen Journalisten fordern die gesetzliche Festlegung des journalistischen Berufsgeheimnisses. Die spanische Regierung hat am 19.2. eine geplante Demonstration der Madrider Journalisten untersagt.

Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg





Streik-Demonstration der Feuerwehrleute und anderer städtischer Angestellter Barcelonas für höhere Löhne

FORTSETZUNG VON SEITE 5

– Die 6.500 Arbeiter bei Pegaso (Madrid) erreichten einen Vertrag, wonach der Betrieb keine einzige Strafe gegen irgendeinen Arbeiter verhängen durfte (bei Pegaso wurde mehrere Wochen gestreikt). Außerdem wurde eine Lohnerhöhung von 1.300 Peseten rückwirkend ab 1. Januar erwirkt (das sind etwa 60 Mark). Nach einem halben Jahr wird der Lohn der Inflationsrate angepaßt. Eine Bezahlung der Streikzeit konnten die Arbeiter nicht durchsetzen.

– Bei John Deere (Madrid) kam es immer wieder zu Arbeitsniederlegungen, weil der Betrieb 14 Kollegen entlassen hatte.

– Die Automobilfirma Chrysler (Madrid) ersetzte die ursprünglich ausgesprochenen 84 Entlassungen durch Lohnsperren zwischen 18 und 24 Tagen.

– Bei Laforsa (Madrid) nahmen die Kapitalisten von 157 Kündigungen alle bis auf 12 zurück. Die Arbeiter beharrten auf ihrer Forderung: Keine einzige Entlassung!

– 11.000 Bergarbeitern der staatlichen Mine „Hunosa" wurde am 3.2. für 4 Tage der Lohn gesperrt, weil sie einen Tag später als „angeordnet" zur Arbeit erschienen waren. Diese Strafe folgte auf eine „Vorstrafe" von zwei Wochen Lohnentzug aus demselben Grund der „verspäteten Arbeitsaufnahme". Die asturischen Bergarbeiter hatten sich mit 6 verhafteten Kollegen solidarisiert.

Auch andere Minen setzten ihren Streik aus demselben Grund fort.

– Auch in den Madrider Betrieben Kelvinator, Siemens, Belly Iberica war die Wiedereinstellung der Entlassenen die Hauptforderung.

Die spanischen Arbeiter konnten zum Teil erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzen, die der Lohnstop-Politik der Juan-Carlos-Regierung voll ins Gesicht schlagen. Die Kapitalisten von Intelsa (Madrid) boten 3.800 Peseten (=etwa 160 Mark) monatlich und eine jährliche Kündigung des Vertrages an. Die Arbeiter beharrten auf 6.500 Peseten (etwa 300 Mark) und halbjährlicher Kündigung des Tarifvertrages.

– In den beiden Betrieben der Provinz Vizcaya (Baskenland) Ibemo und Alconza zahlen die Kapitalisten zwischen 3.000 und 5.000 Peseten mehr!

Wenngleich die Streikwelle vorerst im wesentlichen abgeebbt ist, kommt es doch immer wieder zu Streiks in einer Anzahl von Betrieben. So wurde wegen wiederholter Arbeitsniederlegungen der große Automobilbetrieb Fasa-Renault (Valladolid) am 3.2. auf unbestimmte Zeit geschlossen, d.h. die Arbeiter wurden ausgesperrt. Die Kapitalisten verschicken reihenweise Kündigungsbriefe. Die Arbeiter machen ständige Versammlungen, um die Situation zu untersuchen und geeignete Maßnahmen zu diskutieren.

Am 3.2. riefen die Arbeiter von SAFEN-Michelin (Valladolid) den Generalstreik aus, für ihre Forderung nach einer 45-Stunden-Woche (!) und der Wiedereinstellung der Entlassenen.

In Tarragona und Valencia stehen immer noch mehrere tausend Bauarbeiter im Streik. Sie fordern ebenfalls mehr Lohn.

Auch die spanischen Frauen haben sich verstärkt an den Kämpfen der vergangenen Wochen beteiligt. Bekannt wurde besonders die Frauendemonstration vom 16. Januar zum Madrider Regierungsgebäude, auf der gleiches Recht für Mann und Frau (bei Löhnen und allen gesellschaftlichen Rechten) von über 2.000 Frauen gefordert wurde. Am 31. Januar schlossen sich 40 Arbeiterinnen, die wegen ihres Streiks bei „Fiesta S.A." gekündigt worden waren, in einer Kirche ein. Etwa 500 Arbeiter aus anderen Betrieben kamen zu ihnen, um über Solidaritätsaktionen zu sprechen.

In der Textilfabrik Bershire streikten 500 Arbeiterinnen für 4.000 Peseten mehr. Sie bekommen einen Hungerlohn von etwa 400 Mark monatlich. Am 30.1. gingen spanische Bullen mit Knüppeln und Tränengas gegen eine Demonstration von ca. 300 Frauen und Kindern vor, die in Solidarität mit den 5.000 streikenden Lehrern stattfand (die spanischen Volksschullehrer erhielten nach dem Streik eine 40%ige Gehaltsaufbesserung auf 19.030 Peseten – etwa 950 Mark! Die Oberschullehrer bekommen jetzt etwa 1.100 Mark! – nach „YA", 31.1.76). (Sämtliche Angaben nach den spanischen Tageszeitungen „YA" und „La Vanguardia").

Spanien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Indien: Ausnahmezustand auf Dauer!

Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Indien am 26.Juni des letzten Jahres wurde die Einschränkung der demokratischen Freiheiten durch zahlreiche Maßnahmen der Regierung Indira Gandhi weiter verschärft. Mit dem Ausnahmezustand waren in einem ersten Schritt die Versammlungsfreiheit aufgehoben und die Zensur der Presse eingeführt worden. Gleichzeitig hatten die ersten Massenverhaftungen eingesetzt (vgl. AK 63). Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes waren die Voraussetzungen geschaffen worden, die bürgerliche Demokratie Indiens weiter zu demontieren. Außerdem waren damit der Regierung die Mittel in die Hand gegeben worden, die sie brauchte, um aufkommende Proteste gegen ihre Maßnahmen massiv und „legal" zu unterdrücken. So verbot die Zensur jede Kritik an der Regierung in der Presse.

Im Dezember 1975 wurden die Zensurbestimmungen weiter ausgedehnt und drastisch verschärft. Eine neue Verordnung verbot die unzensierte Wiedergabe aller im Parlament gehaltenen Reden. Dies geschah, obwohl die parlamentarische Opposition vorher bereits durch zahlreiche Verhaftungen von Abgeordneten ohnehin dezimiert worden war. Andere Abgeordnete mußten im Untergrund leben, da sie von einer Verhaftung bedroht waren. Selbst Abgeordnete der regierenden Congress Party waren von diesen Verhaftungen betroffen. Mit der neuen Zensurverordnung waren praktisch auch die letzten Reste einer parlamentarischen Demokratie abgeschafft worden, und zwar ohne daß die Form der parlamentarischen Demokratie beseitigt worden wäre.

Mit einer zweiten Verordnung - ebenfalls im Dezember 1975 - wurde der indische Presserat aufgelöst. Dieser Presserat war 1966 als berufsständisches Organ zum Schutz der Presse gegen staatliche Übergriffe gegründet worden. Seine Auflösung wurde damit begründet, daß *„er die von der indischen Regierung gewünschte ‚Selbstzensur (!) nicht ge*gegründet worden. Seine Auflösung wurde damit begründet, daß *„er die von der indischen Regierung gewünschte Selbstzensur (!) nicht geleistet habe"* (FR, 12.12.75).

Gleichzeitig wurde auf dem Verordnungswege ein „Kultur-Kontrollgesetz" in Kraft gesetzt. Dieses Gesetz erklärt den *„Druck, die Veröffentlichung und den Vertrieb von ‚anstößigem Material' zu einer strafbaren Handlung, die mit Geldbußen, Gefängnis, Konventionalstrafen und der Schließung und Enteignung des Druckereibetriebes geahndet werden kann. ‚Anstößig' im Sinne des Gesetzes ist unter anderem, was ‚Unzufriedenheit mit der Zentral- und Landesregierung erregt' oder ‚Besorgnis und Angst' unter der Bevölkerung hervorruft und so die ‚öffentliche Ruhe' und ‚öffentliche Ordnung' gefährdet"* (FR, 2.1.76). Außerdem ist jede „Verunglimpfung" von Regierungsmitgliedern „anstößig" im Sinne des Gesetzes. Unter das „Kultur-Kontrollgesetz" fallen ebenfalls *„alle visuellen Darstellungen"*, also beispielsweise *„Bücher, Zeichnungen, Fotografien, Landkarten"* (FR, 2.1.76). Ebenso ist jede öffentlich gemachte verbale Äußerung den Strafbestimmungen dieses Gesetzes unterworfen! Auch Musikprogramme werden kontrolliert, selbst das Singen von Liedern ist ein Verbrechen, wenn es sich dabei um *„unpatriotische Gesänge"* (FR, 2.1.76) handelt.

Die Zensur ist also total und erfaßt inzwischen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens! Die Einhaltung dieses Gesetzes überwachen Beauftragte der Regierung. In jedem Dorf gibt es einen offiziellen Beauftragten, der bei der konkreten Auslegung und Anwendung des Gesetzes völlig freie Hand hat. Selbst bei Verdacht auf Verstoß gegen das Gesetz dürfen die lokalen Beauftragten ohne weiteres *„Haussuchungen und Schließungen von Verlagsgebäuden und Druckereien anordnen, ‚anstößiges Material' beschlagnahmen und die Hinterlegung von Kautionssummen fordern. Post- und Zollbehörden sind ermächtigt, verdächtiges Material zu öffnen und zu konfiszieren"*! (FR, 2.1.76).

Werden Maßnahmen staatlicher Instanzen mit diesem Gesetz begründet, so besitzen die Betroffenen das „Recht" auf Widerspruch und Überprüfung. Allerdings: die erste Revisionsinstanz ist die Regierung selbst! Damit ist eine Rücknahme von Willkürmaßnahmen gegen den Willen der Regierung praktisch unmöglich!

Verbunden mit Zensur und Bespitzelung betreibt das indische Informationsministerium die Knebelung und Gleichschaltung der Nachrichtenagenturen und der Presse.

Mitte Dezember 1975 forderte Informationsminister Shukla die vier unabhängigen Nachrichtenagenturen ultimativ auf, ihre angeblichen Schulden bei der Postverwaltung zu bezahlen, andernfalls würden die Fernschreibleitungen stillgelegt.

Shukla beabsichtigt, die Nachrichtenagenturen unter staatliche Kontrolle zu stellen.



Alle Grundrechte außer Kraft gesetzt

Neben der schrittweisen Abschaffung der Informations- und Meinungsfreiheit und der damit verbundenen ideologischen Formierung der indischen Gesellschaft wurden nach und nach alle wesentlichen Grundrechte durch präsidiale Verfügungen außer Kraft gesetzt und damit praktisch abgeschafft. So war der Ausnahmezustand, der am 26. Juni 1975 verhängt worden war, zunächst auf zwei Monate begrenzt gewesen. Nach Ablauf dieser Zeit wurde er jedoch (zunächst befristet) verlängert. Ende Dezember wurde verfügt, daß niemand mehr ein Gericht anrufen darf, um die Einhaltung von Art. 19 der indischen Verfassung gerichtlich zu erzwingen. Dieser Artikel 19 soll jedem indischen Bürger die „sieben Freiheiten" garantieren: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit im Inland, Erwerb und Besitz von Eigentum, freie Berufsausübung und freie Wahl des Wohnsitzes. Die Gerichte wurden angewiesen, Klagen auf Einhaltung dieses Verfassungsparagraphen zu ignorieren. Damit sind die darin garantierten Grundrechte praktisch abgeschafft. Die Gerichte wurden außerdem angewiesen, Anträge von Häftlingen auf Überprüfung ihrer Inhaftierung nicht mehr zuzulassen. Es wurde zum Grundsatz erhoben, *„daß während des Notstandes alle Maßnahmen zur Einschränkung der persönlichen Rechte und Freiheiten möglich seien, selbst wenn solche Maßnahmen unter normalen Umständen als gesetzwidrig anzusehen wären"* (SZ, 30.12.75).

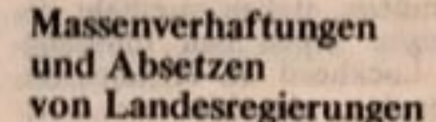
Ausnahmezustand auf unbestimmte Zeit verlängert!

Im Januar begann eine neue parlamentarische Sitzungsperiode. Die Reihen der Abgeordneten waren allerdings stark gelichtet. Insbesondere alle führenden Oppositionspolitiker saßen im Gefängnis. So konnten alle parlamentarischen Beschlüsse mit überwältigender Mehrheit verabschiedet werden. Als erstes wurde beschlossen, den Ausnahmezustand auf unbestimmte Zeit zu verlängern! Zweitens wurden die im März dieses Jahres anstehenden Parlamentswahlen um „zunächst" ein Jahr verschoben. Als weiterer zentraler Punkt der „parlamentarischen Arbeit" sollen grundlegende Verfassungsänderungen erörtert worden sein. Dabei ging es hauptsächlich um die Frage, wie die Verfassung Indiens *„endgültig den Aspirationen* (=Bestrebungen) *des Volkes anzupassen"* („Neue Zürcher Zeitung", 6.1.76) sei.

Auf dem Weg zum „Präsidialsystem"

Bisher war der indische Parlamentarismus nach britischem Vorbild organisiert. So gibt es beispielsweise auch ein Oberhaus, in dem der politische Einfluß der mächtigen indischen Feudalaristokratie auf der Ebene des Parlaments institutionalisiert ist. Durch die neue Verfassung ist beabsichtigt, ein Präsidialsystem nach US-amerikanischem Vorbild zu schaffen. Dies bedeutet im wesentlichen, daß der institutionalisierte politische Einfluß der Feudalaristokratie im indischen „Oberhaus" beseitigt wird. Außerdem soll an der Spitze des Staates ein Präsident stehen, der über *„nahezu absolute Vollmachten"* (NZZ, 8.12.75) verfügt! *„Und daran, daß bei ... Einführung des Präsidialsystems die nächste (Präsidentschafts-)Kandidatin Indira Gandhi heißen werde, zweifeln weder ihre Opponenten noch ihre Anhänger"* (NZZ, 8.12.75).

In der Diskussion um die Verfassungsänderung machte Indira Gandhi *„unmißverständlich klar, daß dem Volk als solchem kein Mandat zur Änderung der Verfassung zugebilligt werde, sondern daß diese Entscheidung einzig und allein dem Parlament obliege"* (NZZ, 6.1.76). Angesichts der Verhältnisse im Parlament bedeutet dies, daß auch die beabsichtigte Verfassungsänderung von der Regierung Indira Gandhis diktatorisch durchgesetzt werden soll.



Massenverhaftungen und Absetzen von Landesregierungen

Nach Angaben der indischen Opposition sollen gegenwärtig bereits rund 100.000 politische Gefangene inhaftiert sein. Die letzten größeren Massenverhaftungen wurden Anfang Januar in dem südindischen Bundesstaat Tamil Nadu durchgeführt, wo innerhalb einer Woche etwa 10.000 Menschen verhaftet worden sein sollen. Dort war kurz zuvor die Landesregierung durch eine Verfügung der Regierung Indira Gandhi (Bundesregierung) abgesetzt und direkt der Bundesregierung unterstellt worden. Tamil Nadu war einer der beiden letzten indischen Bundesstaaten gewesen, deren Regierung von einer Oppositionspartei gebildet worden war. In dem Bundesstaat Gujarat regiert noch eine rechte Oppositionspartei, aber *„auch dort wird nun bald mit der Absetzung der Landesregierung gerechnet"* („Süddt. Ztg.", 3.2.76).

Damit würde die Congress-Partei in allen 22 indischen Bundesstaaten die Regierung selbst stellen. Eine weitere Voraussetzung wäre geschaffen, um den direkten Einfluß der Regierung Indira Gandhi auf alle Bereiche der indischen Gesellschaft zu gewährleisten.

Der Gewinner dieser Entwicklung: die Großbourgeoisie

Die gegen das Volk gerichteten Unterdrückungsmaßnahmen sind vor dem Hintergrund verstärkter Bemühungen der indischen Großbourgeoi-

Die gegen das Volk gerichteten Unterdrückungsmaßnahmen sind vor dem Hintergrund verstärkter Bemühungen der indischen Großbourgeoi-sie und der sie repräsentierenden Congress-Partei zu sehen, den Einfluß der Grundbesitzer und der Feudalklassen zurückzudrängen.

Gezielt werden privatkapitalistische Initiativen unterstützt und Hilfen *„für Umstrukturierungen und Modernisierungen"* der Industrieproduktion gegeben (Nachrichten für Außenhandel, NfA, 10.12.75).

So sollen in einem ersten Schritt die Investitionen der Kapitalisten durch den Staat besonders begünstigt werden. Für Investitionen *„soll auf dem Kapitalmarkt durch Verbesserung der Ausgabebedingungen für ‚Gratisaktien' ein günstigeres Klima geschaffen werden"* (NfA, 10.12.75). Insgesamt bekundete die Regierung *„Verständnis für die Probleme der Privatwirtschaft"* (NfA, 10.12.75). Dies ist der Hintergrund für die von der Regierung ausgegebene Losung ***„Es gibt nur eine Wundermedizin gegen die Armut – harte Arbeit!"*** (Hamburger Abendblatt, 28.1.76). Die Betonung liegt dabei eindeutig auf „harter Arbeit", wie in letzter Zeit sich häufende Meldungen über Produktivitätssteigerungen und eine ***„erstaunliche Zunahme der Arbeitsdisziplin"*** beweisen. *„Im 1.Halbjahr des Finanzjahres 1975/76 (wiesen) ...nach offiziellen Angaben 49 Branchen ... eine durchschnittliche Steigerung von etwa 5% (Vorjahr + 3%) auf. ... Die Staatsbetriebe erzielten eine Produktionszunahme um 19%"*! (NfA, 5.1.76).

Als wesentlicher Grund für den Produktionsanstieg von 13% in der Stahlindustrie 1974/75 wurde der Rückgang der Arbeitskämpfe angegeben (NfA, 16.12.75).

Ausnahmezustand, Streikverbot usw. sind jetzt natürlich noch „günstigere" Bedingungen für die Entwicklung des nationalen Kapitalismus.

Die werktätigen Massen profitieren von diesem ökonomischen Aufschwung nicht. Hunger und Elend gehören noch immer zum indischen Alltag.

In der zynischen Fachsprache der Bourgeois-Ideologen heißt das: *„Die Konsumenten zeigten aber wegen der hohen Preise wenig Verbrauchsneigung"* (NfA, 10.12.75). ●

Indien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Ein „Diktator" sieht keine Diktatur in Indien

Kürzlich war der bayerische Ministerpräsident Goppel (CSU) zu Besuch in Indien. Nach dem Bericht einer Presseagentur soll er dabei gesagt haben, *„er könne nichts von einer Diktatur in diesem Lande entdecken"* („Süddeutsche Zeitung", 24.1.76). Von der Reise wieder heimgekehrt korrigierte Goppel diese bemerkenswerte Feststellung flugs wieder: *„Er hatte nur den Eindruck gewonnen, daß die indische Regierung den herrschenden Ausnahmezustand **nicht** als Hebel zur Einschränkung der Demokratie nutzen werde"* („SZ", 24.1.76). Wahrlich, eine nicht minder bemerkenswerte Feststellung!

Indien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Zwei Revolutionäre hingerichtet!

Am 1.12.75 wurde in Hyderabad ein bereits 1971 gefälltes Todesurteil an den beiden Revolutionären Jangam Bhoomaiah und Kista Gowd vollstreckt: Tod durch Erhängen. Jangam Bhoomaiah war 49 Jahre alt gewesen, Landarbeiter. Kista Gowd zwei Jahre jünger und Kleinbauer. Beide Männer hatten 1969 im Verlaufe eines bewaffneten Aufstandes den lokalen Diktator, Großgrundbesitzer Latcha Patel, getötet.

Diese beiden Todesurteile sind die ersten, die seit 1974 an politischen Gefangenen vollstreckt wurden. Allerdings geht die Zahl der bei Demonstrationen und bewaffneten Aufständen ermordeten Regimegegnern mittlerweile in die Zehntausende. „Vorsichtige" Schätzungen sprechen von 30.000 Menschen, die seit 1969 auf offener Straße und in den Gefängnissen ermordet wurden!!

Indien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Lockheed-Skandal:

„Geld regiert die Welt"

Die Enthüllungen eines Kongreßausschusses der USA über die unlauteren Geschäftspraktiken der großen US-Konzerne zieht immer weitere Kreise. Nachdem bereits die Generaldirektoren des Flugzeugkonzernes Northrop und der Gulf Oil zurücktreten mußten, stehen nunmehr die Ermittlungen gegen den Flugzeugkonzern Lockheed im Mittelpunkt. Gegen Boeing, ebenfalls ein Luftfahrtkonzern, wurden inzwischen Ermittlungen wegen krimineller Geschäftsmethoden eingeleitet.

Wie in einen Strudel werden Regierungsbeamte, Politiker und Kapitalisten, die großen und die kleinen Gauner durch die Enthüllungen von einem Korruptionsskandal in den nächsten gerissen. Geschmiert wurden Adlige und Faschisten, Sozialdemokraten und „Sozialisten". Kissinger und Ford befürchten *„schwerwiegende internationale Auswirkungen der Bestechungsskandale...für die Stabilität und innenpolitische Lage"* in den betroffenen Ländern („Süddeutsche Zeitung", 14.2.1976).

Nach den bisher vorliegenden Informationen sollen *„mehr als 20 amerikanische Großunternehmen in den vergangenen Jahren weit über 300 Mio Dollar (!!) zur ‚Verkaufsförderung' im Ausland ausgegeben haben"* („SZ", 13.2.76).

Allein Northrop und Lockheed haben dafür in der letzten Zeit mehr als 50 Mio Dollar locker gemacht, davon Lockheed seit 1970 bis 1974 mindestens 22 Mio.

Northrop zahlte u.a. mehrere Millionen nach Saudi-Arabien, 2,3 Mio Dollar an Luftwaffenoffiziere in Brasilien, 1,8 Mio in die Schweiz und *„kleinere Beträge"* in die BRD.

Lockheed-Schmiergelder gingen u.a. nach Japan (mehr als zwölf Mio Dollar), in die Niederlande (1,1 bis 1,3 Mio), nach Mexiko, Kolumbien, Schweden,

Lockheed-Schmiergelder gingen u.a. nach Japan (mehr als zwölf Mio Dollar), in die Niederlande (1,1 bis 1,3 Mio), nach Mexiko, Kolumbien, Schweden,

Italien, in die Türkei, in die BRD, nach Südafrika, Spanien, Nigeria, Hongkong. Aber die Ermittlungen stehen ja erst am Anfang...

In mindestens acht Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas sind inzwischen strafrechtliche bzw. parlamentarische Untersuchungen angelaufen (nach „SZ", 13.2.1976).

Die Lockheed-Kapitalisten jedenfalls sind sich angesichts der selbst eingestandenen Bestechungen keiner Schuld bewußt: Schließlich seien *„ihre Zahlungen nötig gewesen, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Die Konkurrenz habe es schließlich auch nicht anders getrieben. Geschenke* (!) *...seien in vielen Ländern üblich, ... oft eine Voraussetzung dafür, überhaupt als Lieferant in Erwägung gezogen zu werden"* („FAZ", 13.2.76).

In einer unter den US-Konzernen durchgeführten Umfrage *„gaben drei Viertel der befragten Geschäftsleute an, daß ausländische Beamte bei Wirtschaftsverhandlungen Extrabeträge verlangt hätten"* („SZ", 14.2.1976).

Besonders hohe Wellen haben die Bestechungsskandale in Japan und den Niederlanden geschlagen. In der BRD ist – wie könnt' es anders sein – der CSU-Vorsitzende und ehemalige Kriegsminister F.J. Strauß ständig damit beschäftigt, Dementi über Dementi (u.a. sogar an US-Zeitungen!) zu schreiben.

Wir wollen diese Fälle kurz darstellen:

JAPAN

Helle Empörung haben in Japan Meldungen ausgelöst, wonach die amerikanische Flugzeugfirma Lockheed an verschiedene Figuren der japanischen Rechten insgesamt mindestens 12,5 Millionen Dollar gezahlt haben soll. Den Löwenanteil von mehr als sieben Millionen Dollar strich – laut Aussagen vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses („FAZ", 7.2.76) – Joschio Kodama ein, Kriegsverbrecher und zwielichtigster politischer Drahtzieher Japans mit Zugang zu höchsten Regierungs- und Wirtschaftskreisen sowie zur Unterwelt.

Kodama gehörte in der Vorkriegszeit einer Bewegung an, der zahlreiche Politiker zum Opfer fielen. Er wurde wegen eines Mordanschlags auf einen Premier verhaftet, aber wieder freigelassen, gründete in Schanghai in Zusammenarbeit mit der japa-

reiche Politiker zum Opfer fielen. Er wurde wegen eines Mordanschlags auf einen Premier verhaftet, aber wieder freigelassen, gründete in Schanghai in Zusammenarbeit mit der japa-

nisch-kaiserlichen Marine eine private Spionageorganisation und war aktiv an der brutalen Knechtung und Ausbeutung Chinas durch die japanischen Imperialisten im zweiten Weltkrieg beteiligt. Aus dieser Zeit stammt sein Riesenvermögen. Von 1945 bis 1948 saß er als Kriegsverbrecher der Kategorie „A" hinter Gittern. Heute kontrolliert der fanatische Anhänger des traditionellen Kaiserkults die Rechte Japans. Kodamas rechte Hand ist der gebürtige Koreaner Machii, der einem weitverzweigten Untergrundsyndikat vorsteht und an der Entführung des südkoreanischen Oppositionspolitiker Kim Dae Jbng aktiv beteiligt war. Kodamas Verbindungen zur liberaldemokratischen Regierungspartei sind bestens. Er war es, der die Gründung der Partei und die Wahl ihres ersten Ministerpräsidenten finanzierte. Dies wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die liberaldemokratische Partei Japans. Seit 1958 steht Kodama in Diensten von Lockheed. Die Flugzeugfirma Lockheed zahlte Schmiergelder an Kodama, um mit seiner Hilfe die Konkurrenz auszuschalten und ihr Flugzeug F-104 (in der BRD als Starfighter bekannt) an die Japaner zu verkaufen. Kodama strich die Millionen ein und nutzte dafür seine guten Beziehungen zu Regierungspartei und Militärs. Er beeinflußte die Entscheidung der Beschaffungsausschüsse der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte, die Luftwaffe Japans mit dem Lockheedflugzeug F-104 auszurüsten. In den letzten 18 Jahren wurden Hunderte von Lockheed-Flugzeugen erworben, darunter allein 230 Starfighter. Kodama setzte sich auch für den Kauf des Lockheed-Großraumflugzeuges Tristar, einen airbus für den innerjapanischen Passagierverkehr, durch die japanische Fluggesellschaft All Nippon Airways (ANA) ein. Hierbei nutzte er seine guten Beziehungen zu einem anderen Reaktionär, der einflußreicher Aktionär bei der ANA ist, und zwang über diesen die Gesellschaft zum Kauf der Tristar, obwohl eigentlich ein ganz anderes Modell erworben werden sollte. Sieben Millionen Dollar Schmiergeld für die üblen Machenschaften des Faschisten Kodama sind kein Einzelfall. So erhielt das Handelshaus Marubeni drei Millionen Dollar und eine Werbeagentur zwei Millionen Dollar zur Journalistenbestechung.

NIEDERLANDE

NIEDERLANDE

Als ein weiterer Schmiergeldempfänger wurde in den Niederlanden inzwischen Prinz Bernhard entlarvt. Eine dreiköpfige Untersuchungskommission wurde gebildet.

Belastet wird der Blaublütige – der selbstverständlich alle Vorwürfe entrüstet von sich weist – vom Lockheed-Chef Kotchian höchstpersönlich. Bernhard hat in den Jahren 1961 oder 1962 (genau konnte sich Kotchian nicht erinnern) zwischen 1,1 bis 1,3 Millionen Dollar erhalten, 1972 flossen abermals 100.000 Dollar in seine offenen Taschen. Daneben wird noch ein hoher Beamter der niederländischen Fluggesellschaft KLM belastet, Bestechungsgelder angenommen zu haben („SZ", 10.2.1976).

Dem Prinzen werden ausgezeichnete Verbindungen zu dem ehemaligen Lockheed-Boß Thomas Jones nachgesagt, der im vergangenen Jahr wegen bereits bekannt gewordener Schmiergeldaffairen zurücktreten mußte. Darüber hinaus unterhält er zu dem früheren Generaldirektor des US-Konzerns, T. Gross, freundschaftliche Beziehungen. Einer seiner Intimfreunde in den sechziger Jahren war der damalige BRD-Kriegsminister F.J. Strauß, der – da selbst kräftig geschmiert – den Prinzen bewogen hat, den Lockheed-Starfighter in Lizenz zu produzieren.

Zu diesem Zeitpunkt war Bernhard Aufsichtsratsmitglied der Fokker-Werke, die diesen Lizenzauftrag übernahmen.

Der Prinz selbst ist dafür bekannt, auf seinen umfangreichen Reisen viele Großaufträge für die niederländische Industrie abzuschließen. Eine holländische Zeitung wurde deshalb zu der sicherlich berechtigten Frage bewogen, auf welcher Gehaltsliste er denn nun eigentlich stehe: *„auf der des Außenministeriums oder auf der von Shell, Fokker oder Philips?"* („Welt", 10.2.1976).

BRD

In diesem illustren Kreis kann natürlich ein Mann nicht fehlen, der bereits von einer Reihe anderer Skandale genug Dreck am Stecken hat: Strauß.

Strauß und seine CSU werden insbesondere durch die Aussagen seines früheren Intimfreundes Hauser, einem früheren Lockheed-Verkaufsagenten, stark belastet. Hauser sagte inzwischen vor dem US-Kongreßausschuß aus, Strauß und der CSU im Auftrage des Flugzeugkonzerns mehrere Millionen Dollar für den Ankauf des „Starfighters" überwiesen zu haben. Unterstützt werden diese Aussagen durch Hausers Tagebuch, dessen Echtheit inzwischen von Experten beglaubigt worden ist. Wie nicht anders zu erwarten, streiten jedoch Strauß und seine Mannen sämtliche Vorwürfe wacker ab und werfen ihrerseits Hauser kriminelle Vergehen vor. Strauß dürfte allerdings in Zukunft in dieser Angelegenheit einen schweren Stand haben, denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird der US-Kongreß am 17. Februar weitere Beweise für Hausers Anklagen vorlegen .... ●

Japan-Kommission und AK-Redaktion



Von welchen Schmiergeldern hat er sich wohl diesmal seine Wampe vollgehauen?

Prinz Bernhard studiert seine Kontoauszüge...

Imperialistischer Größenwahn?

Durch zwei US-Senatoren wurde letzte Woche bekannt, was sich zunächst wie die aberwitzige Vision eines verrückten „Science-Fiction"-Autors anhört: Auf dem Höhepunkt des Watergate-Skandals hat der damalige US-Präsident (und heutige Chinareisende) Richard Nixon einer Gruppe von US-Abgeordneten auf makabre Weise seine Macht demonstriert: *„Ich gehe"* – so Nixon – *„einfach nebenan in mein Büro, greife zum Telefon und 25 Minuten später sind 60 Millionen Menschen tot."* Nixon habe damals mit dem Griff zum *„roten Telefon gespielt"*

Der Kriegsverbrecher Nixon hatte damals auf eine Tatsache angespielt, die ihn jederzeit befugt, einen atomaren Krieg zu entfesseln. Tatsächlich ist der US-Präsident als oberster Befehlshaber der US-Streitkräfte und damit auch des strategischen Bomberkommandos, der verbunkerten Atomraketen usw. in der Lage, durch einen einzigen Befehl den Einsatz dieser Waffen anzuordnen. Mit dem einmal erfolgten Befehl zum Abschuß der atomaren Waffen setzt sich eine Automatik in Bewegung, die durch nichts mehr aufzuhalten ist. Die Vernichtung des größten Teils, wenn nicht der gesamten Menschheit, wäre die unausbleibliche Konsequenz. Immerhin wurde die obige Äußerung Nixons von den US-Abgeordneten derart „ernst" genommen, daß sie sich wenig später mit dem damaligen Kriegsminister Schlesinger in Verbindung setzten, da die *„Notwendigkeit besteht, einen amoklaufenden* (?) *Präsidenten davon abzuhalten, uns in ein Inferno zu stürzen."* Schlesinger selbst gab daraufhin einen Befehl an alle Truppenteile der US-Armee heraus, wonach kein *„ungewöhnliches"* militärisches Kommando ausgeführt werden darf, ohne daß er zuvor befragt worden wäre.

Nun wäre es sicherlich Unsinn zu glauben, die US-Imperialisten würden einen „Amokläufer" oder „Psychopathen" zum Präsidenten bestimmen. Der „atomare Amoklauf" liegt hier weniger in der Person eines einzelnen Menschen begründet (obwohl auch dies nie ganz auszuschließen ist), als vielmehr im imperialistischen System selbst. Sein gesteigerter Drang zur Aggressivität gegen alles, was sich seiner Logik entgegenstellt, birgt ständig die Gefahr eines atomaren Krieges in sich. Das wird nicht zuletzt durch die „Hochrechnungen" des US-Kriegsministeriums, wieviel Tote ein atomarer „Schlagabtausch" mit der Sowjetunion kosten würde, bestätigt. Die US-Imperialisten waren es auch, die erneut im vergangenen Jahr die Doktrin des „atomaren Erstschlages" gegen die UdSSR zur gültigen Militär-Doktrin erhoben (übrigens formuliert durch Schlesinger!).

Daß dieses System dennoch die Entscheidung über Tod oder Leben, über die Verseuchung des gesamten Erdballs in der letzten Konsequenz von dem Wort eines einzelnen Mannes abhängig macht, beweist nur den Irrsinn und die Irrationalität, zu dem der Imperialismus fähig ist. Die Niederringung des imperialistischen Weltsystems ist längst zu einer Frage des Überlebens der Menschheit geworden!

(Zitate nach „Süddeutsche Zeitung", 11.2.1976.) ●

BRD-Imperialismus auf dem Vormarsch 2. Teil

Im ersten Teil dieses Artikels (s. AK 73) haben wir gezeigt, wie sich der BRD-Kapitalexport, als ein wesentliches Instrument zur Erweiterung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Einflußgebiete, erhöht hat. Der BRD-Imperialismus steht mit in seinen auswärtigen Kapitalanlagen (Direktinvestitionen) von derzeit rund 52 Mrd. DM an dritter Stelle hinter den USA und Großbritannien. Wenn auch der Abstand zu den Kapitalanlagen dieser imperialistischen Staaten im Ausland noch sehr groß ist, so zeigt sich in den um ein vielfaches höheren Zuwachsraten des westdeutschen Kapitalexportes das Bestreben, diesen Abstand zu verringern. Dieser rasche Zuwachs der ausländischen Kapitalanlagen der BRD hat gegen Ende der sechziger Jahre eingesetzt und beweist anschaulich die gesteigerten Expansionsbestrebungen des BRD-Kapitals.

Im letzten Artikel haben wir dazu die a l l g e m e i n e n Zahlen für den Kapitalexport des BRD-Kapitals angeführt. Aber der Imperialismus als höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist zugleich das m o n o p o l i s t i s c h e Stadium des Kapitalismus, das „Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen" (Lenin). Dementsprechend wird die Expansion nach außen, die u.a. im Kapitalexport zum Ausdruck kommt, besonders von den Monopolen getragen, die schon auf dem inneren Markt das „Wirtschaftsleben" beherrschen. Diese Monopole sind die Schrittmacher der Außenexpansion und des Kapitalexports, während die übrigen Betriebe des nationalen Kapitals dabei eine relativ untergeordnete Rolle spielen. Dies soll im folgenden an einigen Zahlen verdeutlicht werden. Daneben wollen wir in diesem Artikel die Frage behandeln, welche Konsequenzen der Aufbau ausländischer Produktionsstätten für die Arbeitsplätze in der BRD in sich birgt.

Die Außenexpansion der BRD - Monopole

Wie der bürgerliche Ökonom Holthus in seinem 1974 erschienenen Buch „Die deutschen multinationalen Unternehmen" schreibt, durchläuft *„die deutsche Industrie zur Zeit einen ausgeprägten Prozeß der Internationalisierung. Diese Tendenz wird sich in Zukunft in verstärktem Maße fortsetzen"* (S. 169).

Diese allgemeine Aussage ist insofern ungenau, als es vor allem bestimmte sog. Wachstumsindustrien und hier wiederum die sie beherrschenden Monopole sind, die ihre Expansion mehr und mehr verstärken. Mehr als zwei Drittel der Nettokapitalleistungen der BRD im Ausland entfielen 1974 auf die hochmonopolisierten Bereiche der Chemie–, Elektro–, Automobil– und Stahlindustrie. Die chemische Industrie ist bei den Auslandsinvestitionen die expansivste Branche der verarbeitenden Industrie. Gefolgt von der Elektroindustrie. Der Kapitalexport der Chemieindustrie betrug 1974 über 7 Mrd. DM (neue Zahlen für 1975 liegen noch nicht vor). Mit weitem Abstand folgt dann die Elektro– und Elektronikindustrie mit fast 4 Mrd. DM, die Eisen– und Stahlindustrie mit 2,9 Mrd. DM, der Maschinenbau mit 2,7 Mrd. DM. Die westdeutsche Automobilindustrie hat für 2,65 Mrd. DM Anlagen im Ausland, die westdeutschen Monopolbanken investierten 2,73 Mrd. DM im Ausland (nach „SZ", 19. 3. 75).

Hierbei ist zu bedenken, daß diese Zahlen längst nicht mehr die tatsächliche Höhe der auswärtigen Kapitalanlagen der BRD-Monopole widerspiegeln, da – wie Holthus über die Chemie-Konzerne schreibt – *„zur Finanzierung von Auslandsinvestitionen zunehmend ausländisches Kapital herangezogen wird. Die Muttergesellschaften treten in erster Linie noch bei größeren Investitionen in neuen Anlageländern in Aktion"* (S. 48/49).

Auch für die Konzerne der Elektro–Industrie *„gilt der Grundsatz, daß das Auslandsgeschäft im Ausland finanziert wird"* (S. 70).

Die beherrschende Rolle der Monopole beim Kapitalexport wird daran deutlich, daß in der Elektroindustrie allein die drei Konzerne Siemens, AEG und Bosch rund 75% aller Auslandsanlagen dieser Branche bestreiten; die drei I. G. – Farben Nachfolgegesellschaften (Hoechst, Bayer und BASF) beherrschen zwei Drittel (IPW – Berichte, 1/75, S.29).

In der Automobilindustrie beherrschen VW und Daimler Benz sogar über 91% der auswärtigen Kapitalanlagen (Holthus, S. 73).

Noch einige weitere Zahlen, die den bereits hohen Grad der „Internationalisierung" der westdeutschen Monopole veranschaulichen:

– Der Umsatz der Auslandgesellschaften der 15 (!) größten BRD-Konzerne erhöhte sich von 1960 (4,0 Mrd. DM) bis 1971 (27,1 Mrd. DM) um 580%. Damit hat dieser Umsatz fast viermal so rasch zugenommen, wie der Inlandsumsatz der selben Konzerne!

– Rund 50% des Gesamtumsatzes dieser 15 Konzerne wurde auf dem internationalen Markt durch Export bzw. Auslands produktion erzielt; dabei lag diese Rate bei einzelnen Konzerngruppierungen weitaus höher: bei der Konzerngruppe der I. G. Farben Nachfolger waren es 1971 59% (darunter Bayer mit 65%), bei VW waren es sogar 72%. Obwohl der größte Teil des Auslandsumsatzes immer noch auf den Export entfällt, ändert sich diese Relation immer stärker zu Gunsten der Auslandsproduktion (Zahlen nach Tammer, „BRD-Monopole auf dem Kurs zu internationalen Dimensionen, S. 108/109).

– Aber diese Konzentration des Kapitalexports auf einige wenige Firmen setzt sich selbst in der Gruppe der 15 größten Konzerne fort: Rund ein Drittel der Auslandsproduktion entfiel allein auf vier Konzerne, die je mehr als 2,5 Mrd. DM Auslandumsatz erzielten. Allein der VW-Konzern bestritt 1971 über 10% der gesamten Auslandsproduktion (nach Holthus, a.a.O., S. 147).

Diese Zahlen aus dem Jahr 1971 sind nur insofern veraltet, als sie durch die tatsächliche Expansion der größten BRD-Monopole bereits überholt sind.

Dafür ein Beispiel: Der Anteil des Auslandsgeschäfts (Export und Auslandsproduktion) am Gesamtkonzernumsatz von Siemens betrug 1960 unter 29%, 1971 bereits 40,1% und Ende 1974 schon 45,6%.

Durch diese expansive Geschäftspolitik haben die größten BRD-Monopole Größenordnungen erlangt, mit denen sie seit Jahren zu den größten in der kapitalistischen Welt gehören. Siemens beispielsweise hat sich von 1969 bis 1973 (also in nur fünf Jahren!) in der Rangliste der umsatzstärksten Konzerne der Welt vom 40. auf den 21. Platz vorgearbeitet, in der Elektroindustrie vom 10. auf den 6. Platz („SZ",6.2.75).

Einen noch größeren Expansionserfolg konnten die BRD-Imperialisten auf dem Chemie-Markt erringen. Während noch 1964 der damals größte Chemiekonzern der Welt, DuPont de Nemours (USA), den Umsatz der drei I. G. – Farben Nachfolger um jeweils mehr als das doppelte übertraf, hatten die drei BRD-Monopole bereits 1971 einen fast gleich hohen Umsatz zu verzeichnen (Tammer, a.a.O., S. 119/120). Im letzten Jahr konnte zumindest Hoechst (wahrscheinlich auch BASF und Bayer) DuPont überrunden und mit einem Weltumsatz von 21 Mrd. DM zum größten Chemiekonzern aufsteigen („SZ", 9.1.76).

Hierbei ist noch zu bedenken, daß diese drei Konzerne sowohl in ihrem Produktionsprogramm als auch in ihrer regionalen Expansion a r b e i t s t e i l i g vorgehen und aus diesem Grund als e i n e riesige Konzerngruppierung anzusehen sind. Selbst ein bürgerlicher Ökonom wie Holthus spricht in seinem oben genannten Buch im Zusammenhang mit der Expansion dieser drei Konzerne immer nur von den „I. G. Farben Nachfolgern" (dieser damals größte Chemiekonzern der Welt wurde nach 1945 in die heutigen drei Chemiekonzerne „entflochten"). Zusammengenommen haben diese drei im letzten Geschäftsjahr über 60 MRD. Umsatz erzielt und gehören damit zur weitaus größten Chemiegruppierung in der gesamten kapitalistischen Welt.

Konzerninterne Arbeitsteilung

Die „Internationalisierung" der BRD-Monopole, der Aufbau eines weltweiten Netzes von Vertriebs- und vor allem Produktionsgesellschaften hat entscheidende Auswirkungen auf die konzerninterne Organisationsstruktur. Langfristig gesehen wird diese Entwicklung auch entscheidende Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitsplätze in der BRD haben.

Während in der Vergangenheit, die einzelnen Produktionsgesellschaften im Ausland vor allem für den dortigen Binnenmarkt produzierten, *„ist in den letzten Jahren jedoch eine deutliche Tendenz zu verstärkten Exporten festzustellen"* (Holthus, S. 163). So harmlos sich diese Worte zunächst auch anhören, so tragen sie doch weitreichende Konsequenzen für die Arbeitsplätze der „Muttergesellschaften" in sich: Während die Gesellschaften früher vor allem für die Auslandsgesellschaften Zulieferer von Grundstoffen u.ä. waren, verläuft in den letzten Jahren die Tendenz genau umgekehrt. Das Ziel ist es, eine konzerninterne Arbeitsteilung mit einer *„internationalen Produktionsverflechtung"* (Holthus) zu erreichen, wie sie heute schon bei den amerikanischen Konzernen wie z.B. IBM (Computer)besteht. Das sieht konkret so aus, daß die einzelnen Produktionsgesellschaften in verschiedenen Ländern für e i n Produkt bestimmte Komponenten anfer-

Forts. Seite 10

(aus: FAZ, 24.7.1974)



FORTSETZUNG VON SEITE 9

tigen, die dann zusammen mit den Komponenten anderer Betriebe aus anderen Ländern in einem Land montiert werden.

„Unser Weg geht von regionalen Fertigungsstätten zu sogenannten Weltmarktfabriken, von denen aus unsere internationale Vertriebsorganisation beliefert wird. Die Absicherung der Konkurrenzfähigkeit erfordert immer mehr einen weltweiten Produktions- und Vertriebsverbund ..." (Groebe, Vorstandsvors. der AEG-Telefunken, zitiert bei „Antiimperialistisches Informationsbulletin, 7-8/75).

Holthus schreibt in seiner Analyse, daß von den Elektro-Monopolen *„in zunehmendem Maße auch für die Belieferung von Drittländern und Exporten nach Deutschland (!) eingesetzt (werden). Die Firmen sind dabei, ein internationales ‚Verbundsystem' aus ‚Weltmarktfabriken' (Siemens) aufzubauen ..."* (S. 67).

Sehr deutlich werden die Auswirkungen der angestrebten konzerninternen Arbeitsteilung am Volkswagen-Konzern, der in den letzten Jahren über 50 000 Arbeitsplätze wegrationalisierte.

Unternehmenspolitisches Konzept der VW-Kapitalisten ist es, die Inlandsproduktion in der BRD auf eine reine Zuliefer- und Montagefertigung zu beschränken. Nach Aussagen der Konzernleitung ist der Tag nicht mehr fern, *„wo europäische VW-Händler ihre Autos aus den amerikanischen Produktionsstätten beziehen, zusammengesetzt aus Teilen einer internationalen Verbundproduktion"* (zitiert nach „IPW-Berichte", 8/75, S. 70). Den Kapitalisten schafft eine derartige Konzernstruktur weitere Möglichkeiten für Rationalisierungen und Entlassungen.

Schon heute zeichnet sich diese zukünftige Struktur des Konzerns ab: Das VW-Werk in Mexiko beliefert über 64 Länder mit Ersatzteilen, Komponenten für die Montage und fertigen PKWs. Von Brasilien aus wird der lateinamerikanische Markt, der Mittlere Osten und Südafrika beliefert. Vom Iran soll der Nahe und Ferne Osten gegen die japanische Konkurrenz beliefert werden.

Ein VW-Werk in Jugoslawien liefert seit 1972 Ersatz- und Serienteile im Wert von jährlich 15 Mio. DM an das westdeutsche Werk.

In Zukunft soll dieses oder jenes Aggregat aus Brasilien oder Mexiko geholt werden, das brasilianische Werk soll täglich 500 Motoren und 500 Getriebe für die Werke in der BRD liefern usw. usf. Für die Arbeiterklasse in der BRD wird diese Auswirkung des verstärkten Kapitalexportes, die gegenwärtig noch längst nicht in vollem Umfange zum Tragen gekommen ist, weitreichende und direkte Konsequenzen haben. ●

Wirtschaftskommission/KB-Gruppe Hamburg



Imperialisten immer aggressiver: Nato-Verbände jetzt auch im Südatlantik

Auf dem NATO-Treffen der Regierungschefs im Mai 1975 machte Imperialisten-Häuptling Ford seinesgleichen den Vorschlag, *„die NATO politisch und wirtschaftlich* (und natürlich auch militärisch – d. Red.) *nicht länger nur als regionale Organisation zu betrachten...* (sondern) *eine globale Reichweite der Bündnisinteressen für die Zukunft"* anzustreben („SZ", 20.5.75).

Das bedeutet die globale Verantwortung der NATO für die Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems in der Welt, was durch überall präsente Militärverbände der Imperialisten durchgesetzt werden soll. Nach dem sich jetzt abzeichnenden endgültigen Sieg des angolanischen Volkes über die imperialistische Intervention, sehen die NATO-Strategen nunmehr offensichtlich den Zeitpunkt gekommen, offener als bisher diese Vorstellungen zu verwirklichen.

Unter dem demagogischen Vorwand, dem „sowjetischen Neokolialismus" in Afrika und der Bedrohung lebenswichtiger Seerouten um das Kap der Guten Hoffnung entgegentreten zu müssen, schlug der Vorsitzende des „NATO-Militärausschusses", Hill-Norten, die *„Bildung einer 'NATO-Interessenzone' vor"* („Hamburger Abendblatt", 22.1.76). Die NATO solle ständige Flottenkontingente im Südatlantik unterhalten.

In der Vergangenheit war der NATO-Bereich auf die Regionen nördlich des Wendekreises des Krebses beschränkt (diese Linie verläuft auf der Höhe von Kuba, dem nördlichen Senegal und dem südlichen Ägypten).

Dieser „Zuständigkeitsbereich soll nunmehr bis zur Südspitze Afrikas erweitert werden! Über dieses Vorhaben der Imperialisten brachte die „FAZ" am 5. Februar weitere Informationen: Seit mehreren Jahren sei der 'NATO-Oberbefehlshaber Atlantik' von vierzehn Regierungen *„mit einer Notfallplanung für den Einsatz eines national gemischten Flottenverbandes im Südatlantik beauftragt... Gedacht ist an ein Zerstörer– und Fregattengeschwader, dessen Schiffe aus mehreren NATO-Marinen abgerufen werden können."* In Frage kommen allerdings nur einige Staaten der Militärallianz, die über hochseefähige Schiffe verfügen. *„Das sind bisher die Amerikaner, Kanadier, Briten, Niederländer, Norweger und die Deutschen."* Das Geschwader solle nicht ständig im Südatlantik kreuzen, dondern *„nur von Fall zu Fall versammelt werden, wie das jetzt bei der 'mobilen Streitmacht' des Oberbefehlshabers Europa der Fall ist, der sogenannten NATO-Feuerwehrbrigade"* (s. nebenstehenden Artikel).

Das war seit langem geplant!

Von den Imperialisten werden *„diese Pläne für ein ad hoc-NATO-Geschwader im Südatlantik als etwas seit langem Bekanntes (? !), keineswegs Neues* (aha) *und eigentlich Selbstverständliches (!!) dargestellt..."* („FAZ" 5.2.76).

In der Tat wird die Diskussion über die Erweiterung des NATO-„Zuständigkeitsbereiches" unter den imperialistischen Strategen bereits seit längerem geführt. Wen wundert es noch, daß hier insbesondere auch die BRD-Imperialisten „ein Wörtchen" mitgeredet haben und die Ausweitung der „Bündnisinteressen" auf südliche Regionen des Erdballs gefordert haben? !

Der anerkannte BRD-Militärstratege Wolfgang Höpker kommt in seinem Buch „Wetterzone der Weltpolitik" zu dem Schluß, daß sich die selbstauferlegte geographische Beschränkung *„lähmend"* auf die NATO ausgewirkt habe und sich als eine *„Fehldisposition"* erwiesen habe. *„Die Westallianz kommt nicht umhin, ihren 'maritimen Horizont' zu erweitern und auch den Südatlantik in ihr Verteidigungskonzept einzubeziehen"* (S. 168).

Höpker betont dabei die besondere Rolle, die in diesem Zusammenhang Flottengeschwadern (insbesondere Flugzeugträgern) in Kombination mit einem ausgedehnten Stützpunktsystem an den Küsten *„wie auch die Weiterentwicklung der Strategie des Raketenangriffs auf militärische Ziele"* zukommt.

„Die Übertragung von Abschreckungsfähigkeit auf die Meere läßt den Flotten Aufgaben zuwachsen, die über die Offenhaltung oder die Unterbrechung von Seewegen weit hinausgehen..." (S. 169).

Unausweichlich sei – so Höpker – der Ausbau des Systems westlicher Luft- und Seebasen entlang der maritimen Handelslinien der kapitalistischen Staaten, *„vor allem der großen Route um das Kap der guten Hoffnung"*.

Langsam wachse in der NATO-Führung das Bewußtsein, daß der gesamte Seeweg zwischen Asien und Europa um das Kap (!) *„im Visier des Bündnisses liegen muß"* (S. 175).

Welchen überragenden Stellenwert die Imperialisten der nunmehr beschlossenen Entsendung eines Flottenverbandes in den Südatlantik beimessen, sei durch ein letztes Zitat dieses Militaristen belegt: *„eine militime Epoche ist angebrochen, Seemacht ist ausschlaggebend für Weltmacht"* (S. 176).

Hier drückt sich die Absicht der Imperialisten aus, durch mobile Eingreifreserven zur See und aus der Luft, denen als Rückgrat ein ausgebautes Stützpunktsystem zur Verfügung steht, ein ständiges aggressives Militärpotential gegen den sich immer schneller entwickelnden Befreiungskampf der Völker zu unterhalten.

BRD-Imperialismus immer dabei!

In diesem Zusammenhang erscheint der jüngst von der Bundesregierung beschlossene Bau von sechs Fregatten des Typs 122 im Wert von mehreren Milliarden DM in einem ganz anderen Licht. Offizieller militärischer Auftrag dieser hochmodernen Hochseekampfschiffe soll die Offenhaltung der Zugänge der Nord- und Ostsee, die Unterbrechung feindlicher Nachschublinien und die Abwehr feindlicher Landungsverbände sein. Tatsächlich wäre für die Erfüllung dieser militärischen Aufträge niemals ein derart aufwendiger Kriegsschiffbau zu rechtfertigen. In Wirklichkeit sind diese Schiffe u.a. für Operationen im Atlantik konzipiert: *„Die plausibelste (!) Begründung zugunsten des neuen Schiffes mit dem großen Radius aber glaubte man wohl aus politischen Rücksichten zurückhalten zu müssen."* Die „Süddeutsche Zeitung" nennt diese Aufgaben der neuen Kriegsschiffe deutlich beim Namen: *„Die Sicherung der langen und empfindlichen Ölrouten...Hier hätte eine leistungsfähige deutsche Fregatte im Sinne der Marine Zukunft(!!)"* („SZ", 9.2.76).

US-Imperialisten drohen

Die in diesem neuen NATO-Flottenprogramm zum Ausdruck kommende Entschlossenheit der Imperialisten, zukünftig noch aggressiver gegen die Befreiungsbewegungen der Völker vorzugehen, wurde durch weitere eindeutige Aussagen der USA unterstrichen.

In den vergangenen Tagen drohten Ford und Kissinger mehrmals der Sowjetunion im Zusammenhang mit Angola „Konsequenzen an: Die USA würden *„diese Handlungsweise* (der UdSSR und Cubas – d. Red.) *nicht ein zweites Mal dulden"*. Keiner dürfe annehmen – so Kissinger – daß die USA *„der Entsendung von Expeditionskorps und umfangreichen Waffenlieferungen ... lange gleichgültig zusehen würden – vor allem wenn diese...aus einem Land in der westlichen Hemissphäre* (gemeint ist Cuba – d.Red.) *kommen"*. („SZ", 5.2.76).

Das ist nicht nur eine Drohung gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker, das ist zugleich eine Drohung gegen all die fortschrittlichen Staaten auf der Welt, die diesen Befreiungskampf moralisch und materiell unterstützen! ●

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

Enge Zusammenarbeit Kriegsmarine – Handelsmarine

Zwischen der westdeutschen Handelsflotte und der Bundeswehr findet seit langem eine enge Zusammenarbeit statt. Sei es, daß Marineoffiziere mit Genehmigung der Bundeswehr einen Teil ihres Dienstes auf Handelsschiffen versehen, daß Nautiker der Handelsschiffahrt in Manövern auf Kriegsschiffen der Bundeswehr arbeiten, daß Bundeswehrsoldaten „zwecks Ausbildung" be- und entladen, oder daß „Nothäfen für den Verteidigungsfall" hergerichtet werden. So ganz nebenbei sparen die Schiffahrtskapitalisten dabei auch so einige Kosten ein. Doch dies ist diesen Schiffahrtshaien noch nicht genug. Im Hamburger „Täglichen Hafenbericht" (Herausgeber Blumenfeld, CDU) wird unter der Überschrift *„Militärischer Schutz reicht nicht aus – Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Handelsmarine verstärken"* noch mehr gefordert und ein ganzes Konzept entwickelt. Der Reederverband – wie immer mit Hapag-Lloyd an der Spitze – fordert die Notwendigkeit einer nationalen Handelsflotte und ihre Absicherung durch die Bundesmarine. Begründet wird dies damit, daß die westlichen Linienreeder *„... es mit einem Gegner zu tun haben, den sie nicht allein mit kommerziellen Mitteln bekämpfen können ... Im Rahmen der NATO-Strategie und im nationalen Interesse fällt der Bundesmarine dabei eine Schlüsselrolle insofern zu, als diese für die Aufrechterhaltung der Seeverbindungen im Bereich der Nord- und Ostsee der Handelsschiffahrt den erforderlichen Flankenschutz geben muß"*.

Mit diesen Vorschlägen sollen Handels- und Bundesmarine noch enger im militärischen Sinne verzahnt werden. (Nach: „Die Tat", 6.2.76). ●

Wie kranke Soldaten dienstverpflichtet werden

Eine besonders üble Schikane haben sich die Militaristen in einer hessischen Kaserne ausgedacht, um selbst noch kranke Soldaten zum Dienst zu treiben. Hier ist die reguläre Weckzeit 6.00 Uhr, aber bereits um 6.15 Uhr müssen sich kranke Soldaten im Sanbereich krankgemeldet haben, was sie in der Regel nicht erreichen. Andererseits erscheinen die krankschreibenden Stabsärzte erst nach 7.00 Uhr. Die Soldaten müssen also schon am Vorabend wissen, ob sie am nächsten Tag krank sind, denn es gilt: wer auch nur zehn Minuten zu spät kommt, muß Dienst machen. (Nach: „Die Tat", 6.2.76).

Die Grundlage für diese Schikane bildet eine neue Verordnung über den Sanitätsdienst der Bundeswehr, die das Krankmelden insgesamt erschweren soll. ●

Menschenschinderei bis zum Tod

Nach einer Meldung der „Bild-Zeitung" ist Ende Januar ein erst seit acht Tagen einberufener Soldat am Ende seines ersten Marsches tot zusammengebrochen. In der Personalakte wird der Rekrut als groß, kräftig, gesund und volltauglich eingestuft, was nur zeigt, daß die Musterung nicht darauf angelegt ist, den wahren Gesundheitszustand eines Soldaten festzustellen.

Die Hauptursache für dieses Todesfall liegt in dem menschenfeindlichen Drill, mit dem so ein Marsch durchgeführt wird. Schon allein die Tatsache, daß nach kurzer Zeit ein solcher Marsch angesetzt wird, ist ein Skandal.

Anstatt zu beobachten, wie die Soldaten so einen Marsch durchstehen und ihn notfalls aus dem Marsch herauszunehmen, wird „Durchhalten" befohlen. Der üble Kommentar des Kompaniechefs dazu: *„Der Marsch war ein Spaziergang"!* Und „Bild" bagatellisiert: *„Als der Zugführer merkte, daß der Soldat schwitzte, nahm er ihm sofort Tornister und Gewehr ab"*, so als ob nur einer geschwitzt hätte.

Die Schinderei von Nagold ist in der Bundeswehr weiter an der Tagesordnung. ●

Bundesdelegiertenkonferenz der ZDL

Am 24./25. Januar fand die erste Bundesdelegierten-Konferenz der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden statt. Dabei haben sie im wesentlichen folgende Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit festgelegt:

1. Der Kampf gegen die beabsichtigte Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate gegenüber nur 15 Monaten Wehrdienst. Als Kampfmittel sind u.a. Schwerpunktstreiks der Zivildienstleistenden in Großstädten im Gespräch.
2. Der Kampf um eine höhere Besoldung (100 DM mehr), um höheren Urlaub und um eine gerechte Regelung der Überstunden. Dabei soll mit der Gewerkschaft ÖTV zusammengearbeitet werden. Gleichzeitig wenden sie sich dagegen, im öffentlichen Dienst als Lückenbüßer und Lohndrücker eingesetzt zu werden.
3. Sie wollen verstärkt für Abrüstung und Kürzung des Rüstungshaushalts eintreten. ●

(Nach: „Die Tat", 6.2.76).

Devisenausgleichszahlungen durch die BRD verweigert

Bis Mitte 1975 hat die BRD die US-Imperialisten für den Unterhalt US-amerikanischer Truppen in Westdeutschland mit sogenannten „Devisenausgleichszahlungen" bezahlt, die zuletzt zur Hälfte aus Rüstungskäufen und aus der Übernahme von US-Schatzanweisungen (Staatsschulden der USA) bestanden.

Die Verhandlungen über die Zahlungen gestalteten sich in den letzten Jahren zusehends schwieriger, da mit Erstarken der BRD-Rüstungsindustrie immer weniger Rüstungsgüter aus den USA gebraucht wurden, und die BRD-Imperialisten ihren US-Konkurrenten nicht Gelder überlassen wollten, die von 1973 bis 1975 immerhin 6,65 Mrd. DM betrugen. Insgesamt sind über 40 Mrd. DM gezahlt worden. Die Bundeswehr deckt sich heute in der Hauptsache mit bundesdeutschen oder europäischen Produkten ein.

Aus dieser Stärkeposition heraus erklärte Bundeskanzler Schmidt in Washington, die BRD werde nichts mehr zahlen (lt. „Spiegel" 5/76) und drohte sogar mit dem Abzug von Krediten, falls die USA auf Devisenausgleichsverhandlungen beharren. So wird auch in dieser Frage die Wiedererstarkung des BRD-Imperialismus deutlich. ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Der Rüstungshaushalt der BRD für 1976

Wie schon seit Jahren ist der Posten Kriegsausgaben im Bundeshaushalt der mit Abstand größte Einzelposten. Offiziell werden als Rüstungsausgaben lediglich 31,4 Mrd. DM ausgewiesen. Danach ständen die Rüstungsausgaben erst an zweiter Stelle hinter den etwas höheren Sozialausgaben. Aber das ist der alte Trick: Ausgaben, die in der NATO ganz allgemein zu den Rüstungskosten gezählt werden (und von der Bundesregierung gegenüber der NATO auch so eingestuft werden!), werden im Bundeshaushalt unter anderen Posten versteckt. Die wichtigsten Posten in dieser Hinsicht sind: Devisenausgleichszahlungen (1975 über 3,3 Mrd. DM), Berlin-Hilfe (6,7 Mrd.), Ruhegelder für ausgediente Offiziere u. ä. (3,2 Mrd.), Stationierungsstreitkräfte (über 0,9 Mrd.), Bundesgrenzschutz (768 Mio.), Zivildienst (243 Mio.), „zivile Verteidigung" (530 Mio.).

Diese Posten hinzuaddiert (und noch einige kleinere hier nicht einzeln aufgeführte Posten) ergibt schon die stattliche Summe von über 48 Mrd. DM. Berücksichtigen muß man dabei, daß ein Großteil der Forschungsausgaben, Steuerbegünstigungen für die Rüstungsindustrie, die Finanzierung der Bundeswehrhochschulen auch hier immer noch nicht mit eingerechnet sind. (Alle Angaben nach: „Die Tat" vom 13.12.75).

Insgesamt kann man davon ausgehen, daß ca. 50 Mrd. DM allein für die Rüstung ausgegeben werden. Das ist fast ein Drittel des Bundeshaushaltes! Selbst ein FDP-Abgeordneter des Bundestages bezifferte die Rüstungsausgaben auf 47,5 Mrd. DM.

Wichtig ist jedoch vor allem, wo denn im Rüstungshaushalt die Schwerpunkte gesetzt worden sind, bzw. wie sie sich gegenüber dem Vorjahr verschoben haben.

Um 8,5 % sind die „verteidigungsintensiven" Ausgaben gestiegen und zwar auf einen Gesamtanteil von 32 % (ca. 10,3 Mrd.). Dies entspricht schon der Politik der letzten Jahre . Noch stärker gestiegen sind die Ausgaben für militärische Beschaffung. Sie sollen um 11,4 % auf 6,48 Mrd. DM steigen.

Der Forschungs- und Entwicklungsanteil wächst um knapp 5 % auf 1,49 Mrd. DM (Zahlen nach „ami" 12/75.

In Lebers neuem „Weißbuch" werden als Schwerpunkte für Beschaffung die Ausrüstung der Truppen mit neuen Panzern verschiedener Art angegeben. Diese Kosten erhöhen sich im nächsten Jahr abermals durch die In-Dienst-Stellung des MRCA-Bombers und Alpha-Jets durch die Luftwaffe. Zusätzliche Mittel wurden durch Rationalisierungen bei den Betriebsausgaben der Bundeswehr (um 0,1 % auf 21,46 reduziert) und bei den Personalausgaben (358 Mio. DM weniger) für die „reine" Aufrüstung bereitgestellt.

Mit diesem Rüstungshaushalt baut die BRD ihre Position in der NATO weiter aus. Der Schwerpunkt liegt dabei eindeutig auf der Stärkung ihres aggressiven Potentials durch bessere Bewaffnung und Ausrüstung.

Auch ein Vergleich mit den Rüstungshaushalten der anderen westeuropäischen NATO-Länder ergibt, daß die BRD die höchsten Zuwachsraten hat. ●

Atomraketenträger für Israel

Nach Angaben aus amerikanischen Regierungskreisen, wollen die USA die Zionisten in der nächsten Zeit mit etwa 100 „Lance"-Raketen ausrüsten. Zur fachgerechten Bedienung dieser Waffe wurden bereits israelische Soldaten in US-Trainingcamps ausgebildet.

Die „Lance"-Rakete ist ein taktischer, für das Gefechtsfeld vorgesehener Lenkflügelkörper und kann mit taktisch-nuklearem (!) oder konventionellem Sprengkopf ausgerüstet werden. Die Rakete wird auf Ketten- oder Radfahrzeugen transportiert, die gleichzeitig als mobile Abschußrampe dienen. Mit Überschallgeschwindigkeit erreicht die „Lance" eine Reichweite von 120 km. Die USA haben sich bisher offiziell geweigert, den Zionisten geforderte Atomwaffen zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich aber sind die Zionisten nach eigenen Angaben in der Lage, eigene Atomsprengköpfe herzustellen. Mit der neuen Waffe besitzen sie damit auch eine Trägerrakete, um neue Aggressionen gegen das palästinensische und arabische Volk vorzubereiten (nach: „Welt", 6.2.76). ●

Illegale Beschlagnahme von Soldatenzeitung

Eine antimilitaristische Arbeit innerhalb der Bundeswehr soll immer stärker erschwert werden. In der letzten Zeit sind dabei selbst Verteiler von Soldatenzeitungen v o r den Kasernentoren vor Verfolgungen nicht mehr sicher – egal ob hierbei noch die geltenden Gesetze von den Staatsbehörden eingehalten werden.

So konnten jüngst Verteiler der SDAJ-Soldatenzeitung „Links um" nur kurze Zeit vor einer Kaserne in Ingolstadt stehen. Offiziere hatten die Polizei informiert und die beschlagnahmte – widerrechtlich – ohne richterliche Anordnung sämtliche Zeitungen!

Gehört das Beschlagnahmen von Soldatenzeitungen innerhalb der Kasernen schon zum militaristischen Alltag, so stellt diese Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Bullen bei der Verfolgung von Verteilern eine neue Dreistigkeit dar! ●

(Nach „Die Tat", 30.1.76).

Die „Nato-Feuerwehr" – Bürgerkriegstruppen der Nato!

Die im Artikel „NATO jetzt auch im Südatlantik" erwähnten Marinestreitkräfte, die aus Verbänden mehrerer NATO-Staaten bestehen und als „Eingreifreserve" fungieren, gibt es in anderer Form schon seit 1960.

– zum einen sind dies die „Allied Mobile Forces" (AMF). Diese Truppe besteht aus verschiedenen Heereseinheiten in der Stärke einer Brigade (ca. 3.000 Mann). Die AMF ist aus Soldaten und Einheiten verschiedener NATO-Staaten zusammengesetzt. Die BRD stellt u.a. ein Fallschirmjägerbatallion, eine Mörserkompanie, eine Panzerabwehr- und Pionierkompanie, eine Hubschrauber- und Heeresfliegertransportstaffel usw. Die AMF kann an jedem beliebigen Ort innerhalb der NATO in der Zeit von maximal 24 Stunden eingesetzt werden.

– außerdem gibt es den „Ständigen Eingreifverband Atlantik", Eingreifverbände für den Nord- und Ostseeraum und die Unterstützungs - streitkräfte-Süd. Die Verbände bestehen aus Marineeinheiten verschiedener NATO-Länder.

Die AMF-Truppe hat seit 1962 regelmäßige Manöver vor allem in der Türkei, Griechenland und Norwegen durchgeführt. *„Deutsche Soldaten haben in den zurückliegenden Jahren an insgesamt zwölf Übungen in Griechenland, Italien und der Türkei teilgenommen."* („Truppenpraxis", 7/75).

Die Funktion der AMF wird von Oberst Kubis in der erwähnten Zeitschrift wie folgt angegeben: *„Die über ein Jahrzehnt bestehende und inzwischen zu einer engen Gemeinschaft zusammengewachsenen AMF-Truppe bildet für das NATO-Oberkommando Europas ein wichtiges Instrument zur Lösung von Krisenlagen."* Drei Beispiele sollen zeigen, wo und wann die AMF „parat" war:

– Anfang 1970 wurde in der Türkei als Antwort der Imperialisten gegen die wachsenden Kämpfe der türkischen Arbeiter eine Militärdiktatur errichtet. Zur gleichen Zeit fand in der Türkei die NATO-Feuerwehr-Übung „Deep-Express" statt.

– in Griechenland fand 1973 zur Zeit des Sturzes der Militärdiktatur das Manöver „Alexander-Express" statt.

– in Norwegen fand einige Wochen vor den Abstimmungen zum EWG-Beitritt Norwegens das Manöver „Strong Express" statt.

In diesem Zusammenhang bestätigte die „Times" vom 11.9.73 einen Sinn und Zweck von „Strong Express": *„Die NATO-Befehlshaber hoffen zweifellos, daß es (das Manöver) ... sie (die norwegischen Arbeiter) auch daran errinnern wird, daß ihre eigene zukünftige Sicherheit bei einem mit den USA verbundenen Europa im Rahmen der NATO liegt..."* Anhand der Übungen zeigt sich, daß die „NATO-Feuerwehr" dann eingesetzt wird, wenn die politische Entwicklung in einem Land der NATO den Imperialisten zu unsicher wird. Dabei ist die Form der Übung nur die erste Stufe zu einem direkten militärischen Einsatz.

(Alle Angaben aus: „Truppenpraxis" 7/75).

In jüngster Zeit fanden Übungen im Mittelmeer statt. Im Dezember letzten Jahres probten die AMF-Landstreitkräfte in Großbritannien den Bürgerkrieg!

Bisher erfüllten die AMF-Truppen für die Imperialisten eher „abschreckende" Wirkungen gegenüber der Arbeiterklasse; die gut gedrillte und aus Elitesoldaten bestehende Truppe (alle Soldaten sind im Orts- und Häuserkampf ausgebildet!) dient aber auch dem Zweck, in sich verschärfenden Klassenausandersetzungen in den NATO-Ländern gegen die Arbeiterklasse eingesetzt zu werden – neben den nationalen Unterdrückungsarmeen. ●

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

Soldatenkämpfe in Holland: VVDM bricht Verhandlungen mit „Verteidigungs"Ministerium ab

Zu den dringendsten Forderungen der niederländischen Soldatenbewegung gehören die Kompensation (Ausgleich von zusätzlichen Diensten durch Freizeit), 100 Tage Urlaub für die in der Bundesrepublik stationierten Soldaten und die Abschaffung der Abzüge vom Sold für Unterkunft und Verpflegung.

Besonders für di. Forderung nach Kompensation haben immer wieder Streiks und Demonstrationen stattgefunden.

Im August '75 hatte Staatssekretär van Lent der Soldatengewerkschaft VVDM zugesagt, in Kürze neue Vorstellungen zur Kompensation vorzulegen, nachdem ein erster Vorschlag von der VVDM als unzureichend zurückgewiesen worden war. Weiterhin versprach er, die Abzüge für Unterbringung zu senken und für die Verpflegung ein von der VVDM gefordertes Essenmarken-System einzuführen.

Am 11. Dezember fanden neue Verhandlungen zwischen VVDM und van Lent statt, bei denen der Staatssekretär plötzlich alle Forderungen der Soldaten für unerfüllbar erklärte. Dabei berief er sich auf die internationale Wirtschaftskrise und einen in der Vorwoche getroffenen Kabinettsbeschluß der Regierung den Uyl, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten nicht mehr zuzulassen.

Daraufhin brach die VVDM die Verhandlungen ab. „Verhandeln ist wichtig, aber nicht allein-seligmachend ... Jetzt werden wir den Kampf für unsere gerechten Forderungen auf andere Art und Weise fortsetzen. Vredeling kann ruhig sagen, daß uns Aktionen kein Stück der Kompensation näher bringen. Wir wissen es besser. Gerade durch Aktionen in den Kasernen verstärken wir die Position der VVDM. Erst dann wird auch Vredeling und dem Verteidigungsminister deutlich werden, daß wir Soldaten keine Spielchen mit uns treiben lassen" („twintig" 1/76, Ztg. d. VVDM).

Soldaten demonstrieren für Kompensation

Am 18.12. protestierten etwa 400 Soldaten in Ede mit einem Fackelzug gegen die Ablehnung ihrer Forderungen. Auf der Abschlußkundgebung betonte ein VVDM-Sprecher, daß dies erst der Anfang sei für eine Welle weiterer Aktionen im neuen Jahr.

Ein Mitglied des BVD (Bond Voor Dienstpflichtigen), einer sozialistischen Soldatenorganisation, wertete die Ablehnung der Kompensation als nur eine von zahlreichen Maßnahmen, mit denen die Regierung versuche, die Lasten der Wirtschaftskrise auf die ohnehin Benachteiligten abzuwälzen.

Massenhafte Dienstverweigerung in den Bosch

Am 17. November weigerte sich eine ganze Kompanie aus der Willem-I-Kaserne, ihre Sachen zu packen, um ins Bivak zu gehen.

Die Einheit hatte in der vorangegangenen Zeit sehr viele Übungen fahren müssen, was neben den zusätzlichen Strapazen vor allem bedeutete, daß viele sonst dienstfreie Abende „im Grünen" verbracht werden mußten.

Als der Befehl kam, die Ausrüstung zusammenzupacken, ignorierten die Soldaten dies und begannen statt dessen, ihre Stuben auf Hochglanz zu bringen und die Spinde aufzuräumen.

Der Kompaniechef mußte angesichts der Geschlossenheit der Truppe zurückstecken: Das Bivak fand zwar statt, aber ohne Nachtübungen, und jeden Abend wurden die Soldaten in die Kaserne zurückgefahren und hatten dienstfrei.

Befehlsverweigerung wegen Einsatz in Beilen

Als ein Zug der 45. Panzerinfantriebrigade in Steewijk abkommandiert wurde zum Einsatz bei der Geiselnahme in Beilen, weigerte sich der Soldat André v. d. Berg, diesen Befehl zu befolgen, da er schon vorher aus Gewissensgründen jeden Dienst mit geladener Waffe abgelehnt hatte. André wurde festgenommen. Daraufhin erklärte sein Zug sich solidarisch mit ihm und beschloß, ihn zur moralischen Unterstützung geschlossen bis hin zum Militärgefängnis zu begleiten.

Obwohl der Kommandeur mit dem Kriegsrecht drohte (!), ließen sich die Soldaten nicht einschüchtern und führten ihr Vorhaben durch. Um weitere gemeinschaftliche Aktionen zu verhindern, wurde der Zug danach auseinandergerissen und auf andere Einheiten verteilt.

A. v. d. Berg ist mittlerweile aus der Armee entlassen worden und muß Ersatzdienst ableisten. ●

Holland-Kommission
KB / Gruppe Bremerhaven

Es tut sich was in einem Frankfurter Ortsverein

In dem größten Frankfurter SPD-Ortsverein, Sachsenhausen-Ost, wird zur Zeit ein Lehrstück innerparteilicher Demagogie in der SPD uraufgeführt. Direktor der Vorstellung ist der SPD-„Linke" Rudi Arndt, gleichzeitig Frankfurter Oberbürgermeister und Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. Das Stück heißt „Parteiordnungsverfahren – diesmal anders". Und das kam so:

Auf der Hauptversammlung dieses Ortsvereins, am 30. Oktober 1975, beschloß die große Mehrheit der Mitglieder ein Parteiordnungsverfahren gegen den SPD-Justizminister Günter und den SPD-Kulturminister Krollmann!! Begründung: „*Die beiden verstießen permanent gegen Beschlüsse des Bundesparteitages der SPD in der ‚Radikalenfrage'*" („Extra-Dienst", 3.2.76).
(Günter und Krollmann sind Verfechter eines harten Kurses gegen Linke im öffentlichen Dienst.)

Doch diese Inszenierung gefiel Rudi Arndt überhaupt nicht. Zwei Tage nach der Hauptversammlung erreichte die Sachsenhausener SPD'ler ein Arndt-Brief, in dem er behauptete, „*bei der Versammlung wären zahlreiche Gegner der Partei, nämlich Mitglieder und Sympathisanten der KPD, des KBW und der DKP anwesend gewesen*" („Extra-Dienst", 3.2.).

Auf einer beiliegenden Postkarte sollten die Sachsenhausener sich durch ein entsprechendes Kreuz von dem Beschluß, die Rechten rauszuschmeißen, distanzieren.

Arndt wollte den Beschluß vollends in sein Gegenteil verkehren durch Erpressung zweier Jusos. Er verlangte, daß sie ihren Antrag gegen Günter und Krollmann zurückziehen, andernfalls würde er gegen sie ein Verfahren mit dem Ziel des Ausschlusses (!) einleiten.

Noch ist der letzte Vorhang nicht gefallen ... •

Eppler betreibt Juso-Disziplinierung

Mit einer Rüge gegen den siebenköpfigen ehemaligen Stuttgarter Juso-Kreisvorstand endete vorerst ein Parteiordnungsverfahren, das der SPD-„Linke" Eppler angestrengt hatte. („Extra-Dienst", 23.1.76). Die Jusos hatten einen Aufruf des „Koordinierungsausschusses der ‚Bürgerinitiativen gegen Berufsverbote" unterzeichnet, in dem auch Kommunisten mitarbeiten sollen.

Das war ihnen vom Landesvorstand der baden-württembergischen SPD verboten worden. Der Landesvorstand beschloß, sämtliche Parteifunktionen der Jusos aufzuheben und strebte ein Parteiordnungsverfahren an. Daraufhin traten die Jusos als Kreisvorstand zurück.

Jetzt soll ein neuer Kreisvorstand gewählt werden, der als erstes eine neue Satzung ausarbeiten soll, die von der Partei genehmigt werden muß. „*Damit sollen künftig gemeinsame Aktionen der Jusos mit den Gegnern von Berufsverboten unterbunden werden*" („Extra-Dienst,23.1.).

Der Maulkorb schließt sich immer enger um die Juso-Häupter! •



Westberlin: Das geht ja auch zu weit!

„Die Berliner SPD hat ihre Jungsozialisten aufgefordert, sich vom Inhalt eines Flugblattes zu distanzieren, das die Juso-Hochschulgruppe gemeinsam mit den ‚Adsen' (‚Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten', an der die Sozialistische Einheitspartei West-Berlin, SEW, beteiligt ist) und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) herausgegeben hat. In dem Flugblatt wird nach Angaben eines SPD-Sprechers dem SPD/FDP-Senat vorgeworfen, er setze seine ‚undemokratische und unsoziale Bildungspolitik' fort."

(aus: „Frankfurter Rundschau" vom 11.2.76). •

CDU erklärte „Falken" zu Verfassungsfeinden!

In der schleswig-holsteinischen Stadt Lütjenburg wurden die Falken, eine der SPD nahestehende Jugendorganisation, von der im Rathaus herrschenden CDU aus dem Jugendzentrum ausgesperrt. Begründung: **„Die ‚Falken' sind Verfassungsfeinde. Wir sind schon 1933 zu spät aufgewacht (!!). Das wollen wir nicht noch einmal erleben. Wir können die Verantwortung nicht dafür tragen, daß Verfassungsfeinde im Haus der Jugend tätig werden"** („Extra-Dienst", 3.2.76).

Die CDU-Ortsherren setzten eine Änderung in der Satzung des Jugendzentrums durch, nach der das Haus allen Jugendlichen **„mit Ausnahme derjenigen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen"** offensteht! („Extra-Dienst", 3.2.76).

Die schwarz-braunen CDU'ler haben ja schon lange gesagt, daß in der SPD (sogar in der SPD-Bundestagsfraktion!) „Marxisten" sind, und die sind natürlich „Verfassungsfeinde", werden bespitzelt, fallen unter die „Berufsverbote" usw.

Die „Falken" zogen vor Gericht und die CDU gab (vorerst?) nach. Sie machte die Änderung der Satzung rückgängig. •

Lohnsteuer-Jahresausgleich: Den Kapitalisten keine unfreiwillige Spende!

EIN DRITTEL AUS DER LOHNTÜTE

Entwicklung der Lohn- und Einkommensteuer in Milliarden Mark (1974 geschätzt)

LOHNSTEUER: 1968 22,1; 69 27,1; 70 35,1; 71 42,8; 72 49,8; 73 61,3; 74 72,0; 1975 81,7

EINKOMMENSTEUER: 1968 16,3; 69 17,0; 70 16,0; 71 18,3; 72 23,1; 73 26,5; 74 26,8; 1975 27,5

Lohnsteuer 81,7 – Einkommensteuer 27,5 – Verbrauchssteuer insgesamt 32,0, davon: 17,0 Mineralölsteuer, 5,3 Kraftfahrzeugsteuer – 19,0 Gewerbesteuer – 11,0 Körperschaftsteuer – 23,8 übrige Steuern – 56,0 Mehrwert- und Einfuhrumsatzsteuer – 256,4

Geschätzte Steuereinnahmen 1975: 256,4 Milliarden Mark. Davon sind 81,7 Milliarden Mark (31,9%) Lohnsteuern

Nach einer Mitteilung der „Neuen Wirtschaftsbriefe" („NWB", 42, Seite 1730) reichen von rund 20 Millionen Lohnsteuerpflichtigen nur 14 Mio. einen Antrag auf Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs ein. Damit verzichten Jahr für Jahr ca. 6 Mio. „Arbeitnehmer" auf die Rückforderung zuviel gezahlter Lohnsteuer.

Das ist kein Zufall oder gar Bequemlichkeit! Zum einen liegt es an dem für Laien undurchdringlichen Wald der Steuergesetzgebung, zum anderen daran, daß Berufstätigen die Möglichkeit geraubt wird, sich durch das Finanzamt beraten zu lassen. Die Sprechstunden liegen in der Arbeitszeit und Behördengänge dieser Art werden in den Tarifverträgen (ÖTV, IGM) als „Angelegenheiten im eigenen Interesse" bezeichnet, somit wird die Zeit nicht bezahlt!

Ganz besonders hart betroffen sind die ausländischen Kollegen. Jahrelang haben „Lohnsteuerhilfebüros" sich von den „Gastarbeitern" ihren Rückforderungsanspruch abtreten lassen. So behielt z. B. die Primo-Finanz in Frankfurt regelmäßig 25 % des Betrages ein („Frankfurter Rundschau" vom 2.2.74). Einige dieser dubiosen Firmen schickten „Schlepper" in die Bahnhofshallen, um sich hier der Lohnsteuerkarten der ausländischen Kollegen zu bemächtigen. An diesen kriminellen Praktiken der meist illegal arbeitenden ca. 250 „Lohnsteuerhilfe-Vereinen" wird auch das zum 1.1.76 geänderte Gesetz über die Lohnsteuerberatung kaum etwas ändern, zumal die Durchführungsbestimmungen immer noch fehlen.

Ein Ziel der „Steuerreform" sollte die verwaltungsmäßige Vereinfachung sein, d. h. durch höhere Pauschalfreibeträge sollte eine Grundlage für Rückforderungen entfallen. Tatsache ist aber, daß stärker noch als vorher überhöhte Beträge monatlich durch die „Arbeitgeber" zwangsabgeführt werden. Der „Spiegel" (3.2.75) schreibt dazu: „*Der aufgetürmte Steuerkredit kommt einer Sondersteuer gleich, denn nach wie vor zahlt der Staat für die zwangsweise eingezogenen Gelder keine Zinsen ... Bei einem Sparbuchzins von 6 % und einjähriger Verzögerung werden den Lohnsteuerzahlern still und heimlich rund 540 Mio. Mark nebenher abgeluchst!*"

Ganz anders sieht die Seite der Kapitalisten aus: Durch Betriebsprüfungen wurden 1974 Nachforderungen von 3,658 Milliarden aufgedeckt, hauptsächlich in Großbetrieben („NWB" 42, S. 2319).

Ein Blick auf das Schaubild zeigt, daß die Kapitalisten nur gut ein Zehntel des Steueraufkommens tragen, alle anderen Steuern werden direkt oder indirekt von den Lohnabhängigen gezahlt! •

Eine Teilnehmerin des Lesekreises Bezirk Eimsbüttel

Steuern: Ausplünderung der Werktätigen

	1960		1965		1970		1974	
	MRD DM	%	MRD DM	%	MRD DM	%	MRD DM	%
Steuern insges.	68,5	100	105,4	100	154,1	100	239,6	100
darunter: Lohnsteuer	8,1	11,8	16,7	15,9	35,1	22,8	72,0	30,0
Einkommenst.	9,0	13,1	14,8	14,3	16,0	10,4	26,8	11,2
Bruttosozialprod.	302,3		460,4		685,6		996,0	

Zwischen 1960 und 1974 blieb der Anteil der Steuern am Bruttosozialprodukt der BRD mit rund 23 % annähernd konstant. In absoluten Zahlen hat sich das Steueraufkommen im gleichen Zeitraum jedoch mehr als verdreifacht (s. Tabelle). Den Löwenanteil hiervon mußten stets die Werktätigen tragen. Einmal über die Verbrauchssteuern (Tabak-, Mineralöl-, Mehrwertsteuer usw.), die gerade die sogenannten „Bezieher niedriger Einkommen" relativ stärker treffen. Zum anderen über die Steuern auf das Einkommen. Hier zeigt sich in besonders krasser Weise, wie der westdeutsche Staat seit 1960 immer unverschämter die Arbeiter und Angestellten bestiehlt.

Während 1974 neunmal mehr Lohnsteuern als 1960 eingetrieben wurden, stiegen die Steuern der Kapitalisten und ihrer Agenten nur um knapp das Dreifache.

Die persönliche Einkommenssteuer aller Selbständigen und Bezieher hoher Gehälter machte 1960 noch 13,1 % des gesamten Steueraufkommens aus. Die Lohnsteuer dagegen „nur" 11,8 %. Mittlerweile hat sich das Bild gewandelt. Allein die Belastung des Lohnes der Werktätigen finanziert fast ein Drittel des Bundesbudgets. Die Einkommenssteuer mit 11,2 % wirkt dagegen eher bescheiden.

Der tatsächliche Anteil der Kapitalisten und ihrer gutbezahlten Agenten am Steueraufkommen dürfte in Wirklichkeit noch erheblich niedriger liegen, denn die Einkommenssteuer erfaßt auch alle selbständigen kleinen Handwerker, Händler usw. Bei vielen von ihnen übersteigen die Nettoeinkommen nicht den durchschnittlichen Arbeiterlohn.

Gerade die Großverdiener können zudem aber wesentlich leichter sämtliche Register des legalen und illegalen Steuerbetrugs ziehen. So erklärt sich die gesunkene Einkommenssteuerquote auch aus der Ausbootung zahlreicher Kleinbetriebe, die gerade nicht die Chance haben, Kapitalflucht ins Ausland zu begehen oder fette Subventionen, Sonderabschreibungen etc. einzuheimsen. Gab es 1960 noch 3,2 Mio. Selbständige, so waren es 1974 nur noch 2,6 Mio. („Statist. Jahrbuch 1970", 1975).

Das Steuersystem der BRD fördert somit gezielt die Ausplünderung und die relative Verelendung der Masse der Lohnabhängigen und treibt zugleich die Konzentration des Kapitals voran. •

Commerzbank 41 Millionen ergaunert

In einem der größten Wirtschaftsprozesse der Nachkriegsgeschichte wird die Commerzbank eines illegalen Gold- und Devisengeschäftes in einer Milliardenhöhe beschuldigt! Ihr wird vorgeworfen 1970 mit Hilfe der „Banca di Roma" und der „Cridit Suisse" 250 Tonnen Gold im Wert von 950 Milliarden DM aus Italien über die Schweiz in die BRD gebracht zu haben. In Italien lag seinerzeit der Goldpreis 5 % unter dem Weltmarktpreis, während der Preis in der BRD höher war als auf dem Weltmarkt.

Der Hauptangeklagte und damalige Prokurist der Commerzbank, Willi Edler, soll von dem Erlös dieses Geschäftes (41 Millionen DM) allein 36 Millionen DM auf das schweizerische Konto des Mitangeklagten und „Mann im Hintergrund" geltenden Tax überwiesen haben!

Dieser betont allerdings seine Unschuld. „*Eigentlich wollte er das Geschäft machen. Die Commerzbank habe es ihm aber weggeschnappt*".

Licht in diese dunkle Geschichte wollen jetzt die beiden Anwälte der Angeklagten bringen. Sie sind der Meinung, „*wenn eine Bank von internationalem Ruf, wie die Commerzbank, beschuldigt werde, gegen EG-Bestimmungen eines befreundeten EWG-Staates verstoßen zu haben, sei dringend die Aufklärung geboten*". Nun, daraus wird wohl nichts werden....
(Angaben, Zitate aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", 3.2.1976.) •

Anzeige

aus Betrieb und Gewerkschaft

METALL

Metall-Tarifrunde '76
Warnstreiks in allen Tarifbezirken

Mit einer Welle spontaner Streiks reagierten die Metallarbeiter auf die provokatorische Haltung der Kapitalisten in der diesjährigen Tarifrunde. Allein in den drei Tarifbezirken Baden-Württembergs beteiligten sich in den letzten zwei Wochen 160 000 der 800 000 Metaller an Warnstreiks, die bis zu einer Stunde dauerten.

War man in den letzten Jahren schon gewohnt, daß die Kapitalisten in den ersten Verhandlungen keine Angebote über Lohnerhöhungen unterbreiteten, so gingen sie jetzt noch einen gehörigen Schritt weiter: bei den Gesprächen für das Gebiet Nordbaden/Nordwürttemberg verlangten sie in ultimativer Form, daß die IG Metall auf alle weiteren Forderungen aus anderen gekündigten Tarifverträgen (u. a. Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) verzichten sollte; erst dann seien die Metallkapitalisten bereit, über konkrete Zahlen für einen Lohnabschluß zu sprechen. In der Tagesschau bezeichnete der Kapitalistensprecher diesen Vorschlag sogar noch als konstruktiv! Die IGM-Delegation brach daraufhin die Verhandlungen ab. Markig erklärte Bezirksleiter Franz Steinkühler, er gebe den Verhandlungsauftrag an die Betriebe zurück.

Worum es den Kapitalisten in diesem Jahr geht, machte der Hauptgeschäftsführer des Industrie- und Handelstages in Bonn klar: *„Es geht nicht um eine einmalige, sondern um eine dauerhafte (!) Korrektur der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen."* Notwendig sei eine mittelfristige Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmergewinne, darüber hinaus steuerliche Erleichterungen. – Eine klare Kampfansage an die gesamte Arbeiterklasse!

Und die Metaller reagierten prompt: In fast sämtlichen größeren Metallbetrieben Baden-Württembergs legten sie für einige Zeit die Arbeit nieder. Bei den Verhandlungen für Südwürttemberg/Hohenzollern, die einige Tage später stattfanden, drangen eine Reihe Kollegen, die an einer 400-köpfigen Demonstration teilgenommen hatten, in den Verhandlungsraum ein und empfahlen den anwesenden Kapitalisten-Vertretern in Sprechchören: *„Kommt vom hohen Roß herunter, sonst gibt's in den Betrieben Zunder!"* Die Gespräche mußten für eine halbe Stunde unterbrochen werden, bevor sie schließlich ganz abgebrochen wurden.

Ähnlich verliefen die Verhandlungen in allen übrigen Bezirken der BRD. Nachdem nun auch in Bayern die Verhandlungen abgebrochen wurden, gibt es lediglich in Hessen noch Gespräche. Auch die Warnstreiks griffen auf die übrigen Gebiete über. In Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern haben inzwischen zehntausende Kollegen ihre Kampfbereitschaft mit betrieblichen Aktionen und Demonstrationen bewiesen (Parole einer Demonstration zum Verhandlungsort in Travemünde: *„Macht uns keinen Kummer, sonst gibt es einen heißen Summer!"*).

Angesichts dieser Aktionen der Metallarbeiter haben die Kapitalisten inzwischen ihre Taktik etwas verändert. Anstatt einen Verzicht auf alle Zusatzforderungen zu verlangen, boten sie an, über ein „beziffertes" Angebot zentral zu verhandeln, das allerdings alle anderen möglichen Forderungen (Urlaub etc.) mit umfassen soll – nur eben „beziffert". Darüberhinaus machten sie vage Andeutungen über mögliche Nachschläge, falls die Konjunktur eine „völlig unerwartete" Entwicklung nehmen sollte ...

Es bliebe nach den Vorstellungen der Kapitalisten dann der IGM überlassen, das „bezifferte Angebot" so in Lohn, Urlaub und Weihnachtsgeld etc. aufzuteilen, wie sie es ihren Mitgliedern am ehesten verkaufen kann. Die Vorstellungen über die Gesamtsumme dürften sich nicht geändert haben.

Es muß an dieser Stelle festgehalten werden, daß die Forderungen der IGM zwischen 7,5 und 8,5% liegen. Diese Forderungen würden selbst bei voller Durchsetzung nicht den Lebensstandard der Arbeiter sichern, sie sind Lohnraubforderungen. Daran ändert sich auch nichts durch den großen Kampfeswillen der Kollegen. Vielmehr entlarvt sich nunmehr die Demagogie der Gewerkschaftsführer, die noch vor kurzem die Lohnraubforderung mit dem Argument in den Tarifkommissionen durchgesetzt hatten, daß in der momentanen Krise wohl kaum Kampfbereitschaft bestehen würde.

Es deutet alles darauf hin, daß die Führer der IG Metall die deutlich gewordene Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten nicht einmal zur Durchsetzung der erbärmlichen Ausgangsforderung von durchschnittlich 8% einzusetzen gedenken, sondern die Warnstreiks lediglich als ‚Begleitmusik' ihrer Verhandlungstaktik dulden und in gewissem Sinne sogar fördern. Bisher ist noch in keinem einzigen Tarifgebiet offiziell das Scheitern der Verhandlungen erklärt worden – trotz der fortgesetzten Provokationen, die sich die Kapitalisten geleistet haben. Und nach dem Scheitern der jetzigen Gespräche würde noch die „Schlichtung" folgen, die sich über drei Wochen hinziehen kann.

Aber irgendeinen Dreh werden die „Sozialpartner" ja bis dahin wohl noch finden. ... ●

Metaller-Genossen
KB-Gruppe Hamburg

Kripo ermittelt gegen Streikende!

„Scharf protestiert hat die Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleitung am Donnerstag (12.2. – AK) *beim baden-württembergischen Innenminister Karl Schieß, weil nach ihren Feststellungen die Kriminalpolizei ermittelt, ‚wo und wie lang gestreikt wurde und wo weitere Streiks denkbar wären'* " („Frankfurter Rundschau", 13.2.76).



„Rückkehr der Arbeitgeber an den Verhandlungstisch ohne Vorbedingungen" forderten ca. 1.000 Kollegen des Sel-Werkes in Stuttgart-Zuffhausen mit einem einstündigen Warnstreik.



Metaller demonstrieren vor dem Verhandlungslokal in Freiburg

Übersicht der bestreikten Betriebe (unvollständig)

Baden-Württemberg:

SFW, Kino-Bauer (zus. 4 000), Zahnradfabrik Friedrichshafen (3 100), Bosch (6-7 000), in dem Zuffenhausener Betrieb des Metall-Kapitalistenverbandes 500 Kollegen, Südd. Kühlerfabrik (500), Neff, WMF, Daimler (20 000 in drei Betrieben), BBC, Metallfabrik Ness, John Deere, Eltro, Harvester (200), Teldix (100), Magirus-Deutz (9 000), Druckmaschinen AG (3 000), Voith (3 000), Motoren- und Turbinen–Union (3 500), Motorenwerke (2 000), Pfaff (1 700), Böhringer (1 000), Bauknecht (1 000), Werner + Pfleiderer (1 000), Elring (250). Bis zum 6.2. streikten 60 000 Kollegen in 26 Betrieben.

Nord-Rhein-Westfalen:

Holstein + Kappert (1 800), Rothrist, Gutehoffnungshütte (1 200), Demag (200), Otto Heppner, Miele (800), Industrie- und Stahlbau Rheinhausen, Hoesch/Bad Salzuflen.

Niedersachsen:

VAW Leichtmetall, Westinghouse (zus. 1 300).

Bayern:

MAN, Grundig.

Insgesamt streikten bis zum 14.2. über 200 000 Metaller.

Letzte Meldung:

Am Freitag, (13.2.) fand nunmehr auch in Hamburg der erste Warnstreik statt. In der größten Hamburger Maschinenfabrik MAN im Hafen verlängerten ca. 1 700 Kollgen ihre Frühstückspause um ca. 25 Minuten.

Laut „Bild" legten auch mehrere hundert Beschäftigte der Dräger-Werke in Lübeck die Arbeit nieder.

Opel/Bochum:
Scheinerfolg mit Nachwirkungen

In Zukunft sollen an den Bändern zehn Minuten bezahlter Erholungspause eingeführt werden. Darauf einigten sich Unternehmensleitung und Betriebsratsmehrheit. Als Gegenleistung zu diesem Bonbon erhielt die Werksleitung die Zusage für Sonderschichten an acht Samstagen. Für den Betriebsratsvorsitzenden Perschke ist dieses Ergebnis „einer der größten persönlichen Erfolge".

Was steckt dahinter?

Wenige Wochen vor diesem Abschluß hatte eine Kommission von fünf Betriebsräten ein Arbeitspapier vorgelegt, in dem die Situation und Entwicklung bei Opel analysiert werden. Darin wird festgestellt:

– Nach 26 Sonderschichten 1972 und weiteren 21 bis Oktober 1973 folgten über zehn Wochen Kurzarbeit 1974, die Entlassung von mehr als 4.000 Kollegen und starke Lohnverluste. Dann folgten ab März 27 Sonderschichten in 1975, nachdem noch am Jahresanfang fast drei Wochen kurzgearbeitet wurde.
– Zur Zeit werden bis zu 570 Wagen pro Schicht hergestellt, eine Zahl wie im Rekordjahr 1972/73!

Das bedeutet, daß bei gesunkener Belegschaftszahl die Belastung der Kollegen durch gesteigerte Arbeitsintensität enorm gestiegen ist.

Welchen Raubbau die Kapitalisten mit den Kräften der Kollegen treiben, zeigt die Entwicklung des Krankenstands: 1973 – 11,85%; 1974 – 5,5%; 1975 – 9,37%. Der tiefste Krankenstand war also zu einer Zeit, als die Angst um den Arbeitsplatz am größten war.

Dem Umsatzrückgang 1974 (immer noch ein Plus) folgte 1975 ein etwa 27-prozentiger Umsatz-Anstieg und die Hoffnung auf Rekordumsätze 1976.

Fazit des Papiers: Opel hat in guten wie in schlechten Zeiten das Optimale aus den Kollegen rausgeholt.

Gegen die Willkür der Kapitalisten, mal Kurzarbeit, mal Entlassungen und dann wieder Überstunden zu verfügen, wird die Forderung aufgestellt:

„Arbeitszeitverkürzung von sechs bis 14 und 14 bis 22 Uhr mit bezahlter Pause. Angesichts der wachsenden Arbeitsintensität und der wachsenden Belastung durch Mehrarbeit wird in der Belegschaft die Forderung nach verbesserter Arbeitszeit immer dringender erhoben (die Forderung ergibt eine effektive Arbeitszeitverkürzung auf 7 1/2 Stunden) ...". Die Verwirklichung der Forderung wird als *„ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum sieben-Stundentag"* angesehen.

Außerdem wird gefordert:

– **voller Lohn bei Kurzarbeit;**
– **eine Klima-Anlage;**
– **Verbesserung der Wasch- und Umkleideräume;**
– **mehr Prozente beim Kauf von Opel-Neuwagen**
– **und die Erfüllung der Forderung für die Tarifrunde: 220 DM linear.**

Gegenüber dem Versuch, diese Forderungen der Belegschaft, vor allem die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen, schreibt die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in einem Flugblatt:

„Was bringen die zehn Minuten???
– Die halbe Belegschaft hat gar nichts davon!
– Die andere Hälfte soll früher oder später dieselbe Stückzahl bringen.

Für diese Kollegen und Kolleginnen wird dann die zehn-Minuten-Pause dazu da sein, um zum nächsten Spiegel zu rennen und zu gucken, ob sie noch leben.

Die zehn Minuten sollen unsere wichtigste Forderung nach Arbeitszeitverkürzung abwiegeln. Sonst hätte die Geschäftsleitung mit dem Gesamtbetriebsrat ja zehn Minuten eher Feierabend einführen können".

Die zwölf Betriebsräte der GOG und zwei weitere BR verweigerten die Zustimmung zu der zehn-Minuten-Regelung. ●

Wohin steuert die IG-Metall?

Teil 3

Die örtliche Führung der Industriegewerkschaft Metall (IGM) hat ein neues *„Ortsstatut für die Verwaltungsstelle Hamburg"* formuliert und am 13.November 1975 von der Vertreterversammlung beschließen lassen. Eine Bestätigung dieser Neufassung durch den IGM-Vorstand steht offenbar noch aus.

So ein *„Ortsstatut dient u.a. dazu, die Wahl von Vertretern festzulegen, die Anzahl der Ortsverwaltungsmitglieder zu bestimmen, den räumlichen Bereich der Verwaltungsstelle mit allen dazugehörenden Orten abzugrenzen und Grundsätze für die Anstellung von Mitarbeitern zu regeln.*

Das Ortsstatut soll die Beziehungen zwischen Ortsverwaltung, Vertreterversammlung bzw. allgemeiner Mitgliederversammlung und den übrigen Organen innerhalb der Verwaltungsstelle regeln, damit die Wechselwirkung der Rechte und Pflichten im Zusammenhang übersehen werden können" (zit. nach „Kommentar zur Satzung", Ffm. Mai 1975).

Mit anderen Worten: Bei diesem Satzungsteil (dessen Grundzüge in der allgemeinen Satzung der IGM vorgeschrieben sind) geht es vor allem auch um die Stellung der Mitglieder und einfachen Funktionäre innerhalb der Metallergewerkschaft.

Wenn es in dem oben zitierten Satzungskommentar heißt, daß das „Ortsstatut" dazu diene, die Rechte und Pflichten der Mitglieder und Funktionäre zu *„ü b e r s e h e n"*, so kann das nur in des Wortes doppelter Bedeutung gemeint sein: denn die Betroffenen bekommen in der Regel das „Ortsstatut" überhaupt nicht zu Gesicht.

Die jetzt von der Hamburger IGM-Ortsverwaltung vorgelegte Neufassung des „Ortsstatuts" bietet eine gute Gelegenheit, interessierte Gewerkschafter mit den wesentlichen darin enthaltenen Bestimmungen bekannt zu machen und (durch einen Vergleich mit dem bisherigen Statut) herauszuarbeiten, wohin die IGM von ihren Führern gesteuert wird.

Weitere drastische Einschränkungen der Mitgliederrechte

Als *„beschlußfassendes Organ der Verwaltungsstelle"* bezeichnet die IGM-Satzung die *„Vertreterversammlung"*. Der Satzungskommentar spricht allen anderen, von den Gewerkschaftsmitgliedern gebildeten Gremien (wie Mitgliederversammlungen, Branchenversammlungen, Vertrauenskörpern) ausdrücklich jedes **Entscheidungs**recht ab und läßt nur gelten, daß *„sie ... ihre Meinung als Anregung (!) zum Ausdruck bringen."* („Kommentar", S.107).

Nach dem bisher geltenden Hamburger „Ortsstatut" (AO) wurden die Mitglieder der Vertreterversammlung (Vertreter) *„in Vertrauensleute- bzw. Mitgliederversammlungen"* gewählt. Nach dem neuen „Ortsstatut" (NO) werden die Vertreter *„grundsätzlich (!) in Vertrauensleuteversammlungen "* gewählt.

Während bisher in der Hamburger IGM-Verwaltungsstelle galt, daß *„auf je 150 Mitglieder ... ein Vertreter (entfällt)"*, soll künftig die Ortsverwaltung aus eigenem Ermessen (*„unter Berücksichtigung des vom Vorstand vorgegebenen Verteilers"*) über *„den Mitgliederschlüssel für die Wahl der Vertreter"* entscheiden.

Daß die M i t g l i e d e r noch weiter als bisher aus dem Diskussions- und Entscheidungsprozeß herausgedrängt werden sollen, wird auch dadurch unterstrichen, daß die Vertreter nach dem Stattfinden von Vertreterversammlungen nicht mehr wie bisher *„in den Vertrauensleute- bzw. Mitgliederversammlungen ihres Beschäftigungsbereiches, in dem sie gewählt wurden, Bericht zu erstatten"* haben (AO), sondern nach dem NO lediglich angehalten werden, im Vertrauenskörper *„bzw. betrieblichen Wirkungsbereichen"* zu berichten.

Versammlungen der Mitglieder sind offenbar nicht mehr vorgesehen!?

Nach dieser Konzeption von Gewerkschaftsarbeit reduziert sich die Tätigkeit unter der Kollegenschaft und unter den Mitgliedern darauf, *„gezielte Maßnahmen ... zur Steigerung des Organisationsgrades und zur satzungsgemäßen Beitragsleistung"* einzuleiten und durchzuführen (Punkt 7.3b des NO). Nach dem AO wurden die Funktionäre immerhin noch darauf orientiert, *„Agitation in den Fachbereichen zu betreiben"* (VII.2).

Ein deutliches Signal in Richtung Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie setzt das NO auch unter der Rubrik *„Vertrauenskörper"*: Die Bestimmung aus dem alten „Ortsstatut", *„für jeden Betrieb, jeden Betriebsteil, jede Werkstatt und jedes Büro der Metallindustrie und des Metallhandwerks ... genügend Vertrauensleute zu wählen"* wird in der Neufassung ersatzlos gestrichen!

War die Ortsverwaltung bisher verpflichtet, *„jährlich mindestens zwei Versammlungen aller Funktionäre durchzuführen"* (AO), so soll in Zukunft die unverbindliche Formel gelten, *„alle Funktionsträger der Verwaltungsstelle ... bei wichtigen gewerkschaftspolitischen Anlässen (?) zu einer gemeinsamen Versammlung einzuladen"* (NO).

Formierung der leitenden Funktionäre

Während die „Basis"-Demokratie – wie wir zeigten – weiter eingeschränkt wird und die Vollmachten der Ortsverwaltung erweitert werden, soll in den Reihen der Vertrauensleute und Vertreter ein stärkerer Ausleseprozeß stattfinden: Die Ortsverwaltung (das leitende Organ einer Verwaltungsstelle) zieht sich Leute ihres Vertrauens aus den Reihen der „einfachen" Funktionäre zu besonderen Ausschüssen und vor allem zur *„erweiterten Ortsverwaltung"* heran.

Zwar gab es diese Gremien auch schon nach den alten Statuten, jedoch sollen nach dem NO deren personelle Zusammensetzung und Aufgabenstellung erweitert werden.

Hieß es bisher, daß es Aufgabe der *„erweiterten Ortsverwaltung"* sei, die örtliche Leitung der IGM *„in besonderen Gewerkschaftsangelegenheiten"* zu beraten, soll das nach dem NO *„ständig"* geschehen. Und zur Präzisierung und Erläuterung dieser Aufgabenstellung wurde in das neue „Ortsstatut" geschrieben: *„Die Tätigkeit der erweiterten Ortsverwaltung soll zur Aktivierung der Organisation (?!) und bei bestimmten Anlässen der Ortsverwaltung (!) eine größere Basis und damit eine größere Durchschlagskraft nach außen geben(!)"*. Diese „Funktionäre erster Klasse" werden *„je nach Bedarf von der Ortsverwaltung"* zusammengeholt (NO), haben Bericht zu erstatten und werden mit neuen Instruktionen wieder in die Betriebe geschickt.

Rekrutiert wird dieser willfährige Funktionärstypus vornehmlich aus den Leitern der Vertrauenskörper und den gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten.

Mit der Verabschiedung des neuen *„Ortsstatuts"* durch die Hamburger IGM-Ortsverwaltung sind die Gewerkschaftsführer wieder einen Schritt weiter gekommen bei ihrem Bemühen, die innergewerkschaftliche Demokratie abzubauen, Leute ihres Vertrauens zu „Hilfssheriffs" zu rekrutieren und die Herrschaft der Vorstände auszubauen.

Es wird immer klarer, was die Führung der IG Metall meinte, als sie zur künftigen Satzungsgestaltung im Jahre 1969 erklärte: *„Die Gefahr besteht, daß Beschlüsse und Weisungen des Vorstands im Sande verlaufen. Deshalb ist der Ansatz ‚mehr Demokratie' in Fragen der inneren Organisation mißverständlich (?!) ... Der meinungsbildende Strang der Gewerkschaft (von unten nach oben) müßte gestärkt werden, z.B. durch mehr Vertrauensleute- und Betriebsrätekonferenzen zu wichtigen Fragen, wobei der Aussprachecharakter (!) vordergründig sein sollte. Der hierarchische, d.h. hauptamtliche Strang sollte dagegen stärker zentralisiert werden (!)"*. •

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Hinweis

Wir möchten interessierte Kollegen und Genossen auf den zweiten Teil der Artikelfolge „Wohin steuert die IG Metall?" hinweisen, der in AK Nr.40 erschienen ist und die gesamte Problematik der Vertrauensleutearbeit in der Metallergewerkschaft behandelt.

+Streikberichte

Syro-Hydraulik/Aachen

Am Montag, den 2. Februar, streikten erneut die Kollegen der Syro-Hydraulik in Aachen gegen die geplante Stillegung ihres Werks. Sie streikten von morgens um acht bis zwölf Uhr, um Druck auf die Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und IG Metall-Führung auszuüben. Die Geschäftsleitung hatte damit gedroht, die Streikzeiten nicht zu bezahlen. Außerdem werde sich ein Streik schädlich auf den Sozialplan auszuwirken. Ein Ergebnis ist z. Zt. nicht bekannt. •

VW Wolfsburg: Widerstand gegen Akkordkürzungen

Vor etwa vier Wochen streikten die CO_2-Schweißer der Halle 4 gegen eine Kürzung ihrer Akkordlöhne um ca. 50 Pfennig. Ihre Kollegen aus Halle 2, die die gleiche Arbeit machen, hatten erfahren, daß diese eine halbe Lohngruppe höher bezahlt werden und daraufhin verlangt, in die gleiche Lohngruppe zu kommen. Die Geschäftsleitung wollte daraufhin die Kollegen aus Halle 4 eine halbe Lohngruppe herunterstufen, um die „Gleichheit" wiederherzustellen. Dies wurde durch den Streik verhindert. •

Roth/Frankfurt: 30 Pfg. mehr

Am 22.1. konnten 200 Kollegen von Roth in Frankfurt durch einen Streik ihrer Schicht eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 30 Pfennig durchsetzen. •

Bochumer Stahlwerke: Streik gegen Entlassungen

Anfang Februar streikten knapp ein Drittel der 335 Kollegen der Bochumer Stahlwerke (Thyssen-Konzern) gegen ihre geplante Entlassung, die mit „schlechter Auftragslage" begründet wurde. •

Metaller-Genossen
KB/ Gruppe Hamburg

Schlechte Zeiten für HDW!!! ... ... aber nur für die Belegschaft

Auf der letzten Betriebsversammlung wurde den Kollegen ein grobes Bild davon gegeben, was sie demnächst alles erwartet:



Die HDW-„Sparschweine": Es ist doch ganz einfach, wir müssen Lohnkosten sparen, damit wir mehr verdienen!

- 650 Entlassungen im „Gemeinkosten-Sektor" (d.h. Angestellte)
- 150 Entlassungen im „produktiven Bereich"
- Einrichtung auf eine „Durststrecke" von 4-5 Jahren
- Abbau von Fertigungs- und Überstunden
- Senkung der Produktionskosten
- Anhebung der Produktivität

dies alles bei voller Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens!

Die ersten Kündigungen

Die Rationalisierung im größten Umfang seit der Schließung von Finkenwerder wurde eingeläutet durch die ersten Kündigungen und „Freistellungen" im RC-Bereich (Rechnungswesen). Entlassen wurden vorerst:

- Neun Kolleginnen und Kollegen zum 31.3.76, ca. 20 weitere wurden „freigestellt", d.h. zur Entlassung vorgeschlagen!
- Vier ältere Kollegen sollen mit 63 Jahren in Rente gehen.
- Nur zwei Kollegen haben bisher einen anderen Arbeitsplatz durch Umsetzung bekommen.

Dabei hieß es im August – als den Kollegen bekanntgegeben wurde, daß die Abteilungen nach Kiel verlegt werden: „Es wird v e r s u c h t , Härten zu vermeiden, indem man z u n ä c h s t alle innerbetrieblichen Möglichkeiten ausnutzt." Damit waren gleichzeitig die jetzt ausgesprochenen Kündigungen in Aussicht gestellt, obwohl Betriebsratsvorsitzender W. Peters frech log: „Wir haben der Umverlegung nur zugestimmt, wenn's keine Entlassungen gibt!"

Eine besondere Schweinerei ist dabei, daß dieser BR a l l e n Entlassungen zugestimmt hat, sogar der von einer Vertrauensfrau und Ersatz-Betriebsrätin (obwohl ihr Arbeitsplatz in HH bleibt!). Diese Vertrauensfrau war durch ihr konsequentes Eintreten für die Forderungen der Kollegen (im VK und auf BR-Versammlungen) bei der Geschäftsleitung und auch bei den rechten Betriebsräten unbequem geworden – welche gute Chance, sie im Rahmen der Rationalisierung gleich mit zu feuern!

Das ist der „Anfang vom Ende!"

Inzwischen berichtete die Mopo (12.2.), daß hinter der Hand bereits von 3 000 Entlassungen die Rede ist.

Wenn dies vorerst noch Gerüchte sind, können wir davon ausgehen, daß die HDW-Kapitalisten es nicht bei Rationalisierungen im Angestelltebereich belassen werden. Vorstandsmitglied Scholz' Versprecher auf der letzten Betriebsversammlung von der „Schließung des Werkes Reiherstieg" erscheint in diesem Zusammenhang gar nicht so abwegig.

Die 150 Arbeiter, die entlassen werden sollen, sind wohl „Startzeichen"..,weitere Entlassungen wegen sog. „Leistungsschwächen" wurden von Scholz schon angekündigt.

Ein bezeichnendes Licht auf die Politik des Betriebsrates und der IGM (die bisher keine einzige offizielle Stellungnahme zu den Kündigungen abgegeben hat) wirft die letzte VK-Sitzung, in der BR-Vorsitzender W. Peters meinte: „In der Verwaltung wird ja auch teilweise mehr verwaltet als gearbeitet" !!

Da wundert's einen nicht mehr, daß nur noch 1/4 der Vertrauensleute für Änderung der Tagesordnung stimmten, um den Punkt Entlassungen etc. nochmal zu besprechen.

Umso notwendiger ist es, bereits jetzt einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Angestellten dagegen zu entwickeln. •

HDW-Angestelltenzelle
KB-Gruppe Hamburg

Streiks der Sitzwachen abgebrochen

An der Uniklinik Hannover wurde der Streik der Sitzwachen am 29.1. abgebrochen. Mit erzwungenen Überstunden des Pflegepersonals und Streikbrechern wurden die Studenten gezwungen, ihre untertarifliche Bezahlung hinzunehmen.

An der Uniklinik Göttingen beschloß die Vollversammlung der Sitzwachen nach acht Wochen Streik am 6.2. mit knapper Mehrheit (56 : 45) den Abbruch des Streiks und die Annahme der Lohnkürzung von 16 DM pro Wache. Abgelehnt werden die von der Landesregierung vorgelegten Rahmenverträge, die den Verzicht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis, Lohnfortzahlung, geregelte Arbeitszeiten und Urlaub beinhalten und jederzeit eine fristlose Entlassung ermöglichen. Eine Personalversammlung der Nervenklinik hatte sich mehrheitlich mit dem Streik solidarisiert und die Einstellung aller Sitzwachen zu den alten Bedingungen gefordert. •

Metaller-Genossen
KB / Gruppe Hamburg

Daimler – Benz: Zusätzlicher Lohnabbau

Bei Daimler-Benz in Untertürkheim ist jetzt eine Richtlinie für den *„befristeten Lohnausgleich bei Veränderungen und Umgestaltung des Arbeitsplatzes"* in Kraft getreten. Danach sollen bei Umbesetzungen im Betrieb die Kollegen eine Zeitlang noch den Lohn des vorherigen Arbeitsplatzes erhalten, bevor sie neu eingestuft werden. Diese Richtlinie wurde von der Betriebsratsmehrheit bei fünf Gegenstimmen der oppositionellen Betriebsräte angenommen. Die Betriebsratsmehrheit betrachtet die Regelung als einen Erfolg, da es ihr gelungen sei, in einzelnen Fällen die Fristen gegenüber der bisherigen Regelung zu verlängern.

In Wahrheit bedeutet diese Richtlinie aber, daß zukünftig auf viele Kollegen ein zusätzlicher Lohnabbau zukommt. Verstärkt in der jetzigen Krisensituation benutzen die Kapitalisten die Gelegenheit, durch Rationalisierung und Automation Kollegen an schlechter bezahlte Arbeitsplätze zu setzen. Wenn in der Richtlinie zwar ganz allgemein von Umbesetzungen die Rede ist, so ist doch klar, daß kaum ein Kollege einen besser bezahlten Arbeitsplatz bekommt.

Die oppositionellen Betriebsräte protestierten auch dagegen, daß die Belegschaft und die Vertrauensleute vorher von dem Vorhaben der Unternehmensleitung nicht unterrichtet wurden.

Der neuen Richtlinie setzen sie die Forderung nach voller Sicherung des Lohns entgegen (nach einem Flugblatt der oppositionellen Kollegen). •

+ Streikberichte

Siemens – das „schwierigste Jahr" ... der dicken Profite!

Siemens hat das „schwierigste Jahr der Nachkriegszeit", so Vorstandssprecher Plettner mit einer 10-prozentigen Umsatzsteigerung auf 18,9 Milliarden DM abgeschlossen. Für das laufende Jahr erwarten die Kapitalisten einen Umsatzanstieg auf über 20 Mrd. DM.

Der von der Verwaltung errechnete Gewinn pro 50-DM-Aktie stieg von 22,50 auf 22,70 DM. Aus diesem Grund konnte es sich der Siemens-Konzern erlauben, die Eigenkapitalbasis mit einer einmaligen Erhöhung der sogenannten Pensionsrückstellungen um 415 Mill. DM sogar noch zu erhöhen. Eine Summe, die man auch auf fünf Jahre hätte verteilen können.

Das „Krisenjahr" hat den Siemens-Kapitalisten ein dickeres Kapitalpolster und hohe Liquidität gebracht, so daß die Aktionäre auch wieder mit einem unveränderten Dividendensatz von 16% rechnen können.

Getroffen von der Krise wurden einzig und allein die Arbeiter und Angestellten. So wurde im Geschäftsjahr 74/75 die inländische Belegschaft um 14 000 (6%) auf 207 000 verringert. Im ersten Quartal des laufenden Jahres sank diese Zahl um weitere 4 000 Beschäftigte und eine Kurzarbeiterzahl , die zeitweise über 30 000 stieg. •

Ausländische Arbeiter

3.400 Ausnahmefälle!!!

Am 1. April 1975 hat die Bundesregierung den Zuzug ausländischer Arbeiter in allen Gebieten, wo der Anteil von Ausländern innerhalb der gesamten Bevölkerung 12 % überschritten hatte, gesetzlich verboten.

Dies gilt inzwischen für eine Reihe Großstädte, wie z. B. in Westberlin und in allen Gebieten von Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Wie mit den bürgerlichen Gesetzen nach den Bedürfnissen der kapitalistischen Produktion gehandhabt wird, kann man sehr gut aus folgendem ersehen (nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20.1.):

In Rüsselsheim hat Opel zwischen September 1973 und Februar 1975 aus „konjunkturellen Gründen" die Belegschaft von 38.000 Arbeitern auf 27.600 reduziert. Von 10.000 ausländischen Kollegen wurden mehr als 6.000 gekündigt. Da aber seit März letzten Jahres die Nachfrage nach Autos wieder gestiegen ist, mußten nun die Kapitalisten wieder Arbeiter einstellen. Sie stießen dabei auf ein kleines Problem. Rüsselsheim liegt nämlich innerhalb der Gebiete, über die die Zuzugssperre verhängt worden ist; daher konnten keine ausländischen Kollegen eingestellt werden. Durch die Einstellung von westdeutschen Arbeitern sind die Probleme der „armen" Opelkapitalisten aber noch schwerer geworden, denn wie die „FAZ" schreibt, *„viele der durchaus qualifizierten deutschen Arbeitskräfte hielten der Monotonie der Fließbandarbeit nicht stand; andere, die allein in den Wohnheimen saßen, kamen wegen der Trennung von Freundeskreis und Familie nicht zurecht. So mancher kehrte um, selbst wenn ihm das Arbeitslosengeld auf begrenzte Zeit gesperrt wurde .... Mehr als 30 % der neu eingestellten deutschen Arbeiter wanderten in kurzer Zeit wieder ab"*. Dies hat natürlich nichts zu tun mit der mehr oder minder großen Fähigkeit der deutschen oder ausländischen Kollegen, der Monotonie der Fließbandarbeit standzuhalten, sondern mit den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen bei Opel. Nur sieht es eben so aus, daß die ausländischen Arbeiter gezwungen sind, die schlimmsten Bedingungen zu akzeptieren, da sie im Moment ohnehin viel größere Schwierigkeiten als westdeutsche Arbeiter haben, Arbeit zu finden.

Inzwischen wurden bei Opel ungefähr 3.400 ausländische Kollegen innerhalb neun Monaten eingestellt. Die Ausländerbehörde lehnte strikt ab, daß damit die Zuzugssperre zugunsten Opel aufgehoben worden wäre, da sowieso folgende Sperrklausel vorgesehen ist: *„In Härtefällen, die in der Person des Ausländers liegen, können unter Anlegung strenger Maßstäbe Ausnahmen von der Zuzugsbeschränkung zugelassen werden"*. Demnach handel es sich hier um ungefähr 3.400 „Ausnahmefälle"!

Abgesehen davon, daß wir alle Kollegen grüßen, die auf diese Weise Arbeit und Wohnung in Rüsselsheim bekommen haben, zeigt sich hier nochmal ganz deutlich, wie die Kapitalisten mit den bürgerlichen Gesetzen umgehen, wenn es darum geht, die Produktion zu steigern und dadurch dicke Gewinne zu sichern. ●

Emigrantenzelle Hamburg

HBV

Coop Hamburg

Hamburg: 10. Kündigung gegen Betriebsgruppe Iduna

Beurteilungswesen bei Iduna

Das Kapital will ein fast lückenloses Beurteilungssystem

Coop Hamburg

Rationalisierungen erreichen neuen Höhepunkt – Todesstoß für die Hamburger Zentrale

Zum 30.6. 1975 wird die Coop-Zentrale das Haus am Besenbinderhof räumen. Ca. 800 Kollegen wissen dann noch nicht, was mit ihnen passiert.

Das dann leerstehende Gebäude wird die ebenfalls gewerkschaftseigene „Volksfürsorge" beziehen. Damit wird Wirklichkeit, was der Vorstand seit Jahren planmäßig vorbereitet hat: die Zerschlagung der Hamburger Coop-Zentrale. Allein in den letzten beiden Jahren wurde das Personal in den HamburgerBetrieben um schätzungsweise 900 Kollegen verringert! Damit wird ein weiterer Punkt der sogenannten „Programmbereinigung" erledigt sein. Im Rahmen dieser „Programmbereinigung" sind die ehemals zum Coop-Konzern gehörenden Produktionsgesellschaften verkauft oder geschlossen worden.

Ausverkauf der Coop-Fertigungsbetriebe

- Versand Kamen – stillgelegt im Frühjahr 1973. Ca. 800 Kollegen entlassen
- Konservenherstellung Meldorf – stillgelegt 1973. Ca. 250 Kollegen entlassen.
- Zweigniederlassung der Coop-Zentrale in Frankfurt und Hannover aufgelöst.
- Fleischwarenfabriken Köln und Wuppertal – stillgelegt 1975. 100 Kollegen entlassen.
- Feinkostbetriebe in Bremerhaven und Ratingen – verkauft mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Mannheimer Nadler Werke Feinkostfabriken GmbH.
- Zündholzfabrik in Lauenburg – verkauft.
- Weberei in Leupoldsgrün – verkauft.
- Verpackungswerk in Mannheim – geschlossen, zur „Sicherung der Arbeitsplätze": Gründung einer neuen Gesellschaft in Alzey.
- Distribution (Vertrieb) der Tiefkühlkost – abgegeben an Langnese.
- Teigwarenfabrik – verpachtet.
- Mühlenwerke – in eine neue Gesellschaft eingebracht, an der Coop nur noch beteiligt ist.
- Schokoladenfabrik in Dortmund – Kooperationsvertrag mit skandinavischen Coop-Genossenschaften. ●

Betriebszelle Coop
KB-Gruppe Hamburg

Betriebsgruppe Iduna

Am 11.2. beantragte die Geschäftsleitung beim Betriebsrat gegen einen Kollegen der HBV-Betriebsgruppe die fristgerechte Kündigung zum 31.3.; es ist bereits die 10. seit August 1975!

Damals waren drei amtierende Mitglieder des Betriebsrats, drei Ersatzmitglieder und ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann mit dem Vorwurf „Störung des Betriebsfriedens" der „Treuepflichtverletzung", der „Verleumdung" etc. fristlos entlassen worden, nachdem die beiden von der Ständeorganisation DAG beherrschten Firmen-BRs zugestimmt hatten.

Alle sieben Kollegen erreichten durch einstweilige Verfügungen ihre sofortige Wiedereinstellung.

Am 27. November kündigten die Iduna-Kapitalisten einem Vorstandsmitglied der Betriebsgruppe. Die Begründung ist, daß er für die „inkriminierten" Flugblätter „mitverantwortlich" sei; allerdings wählte man hier den langsameren, aber leichteren Weg der fristgerechten Kündigung (zum 31.3.76). Auch dieser Kollege verklagt die Iduna.

Im Januar erhielt ein weiteres Mitglied der Betriebsgruppe wegen angeblicher „Minderleistung" seine fristgerechte Kündigung. Es erübrigt sich beinahe hinzuzufügen, daß der Betriebsrat der Filialdirektion beiden Kündigungen (der 8. und 9.) ausdrücklich zustimmte.

Die jetzt erfolgte 10. Kündigung trifft nun ein Ersatzmitglied des Betriebsrats Iduna-Leben, dem schon im August fristlos gekündigt war.

Die Iduna-Kapitalisten haben bisher alle Prozesse verloren und werden vermutlich auch nach der am 16.2. ergehenden Entscheidung auf der „Verliererstraße" bleiben. Mit völlig unverhüllter Dreistigkeit versuchen jetzt die Kapitalisten, ein halbes Jahr später dem Kollegen aus demgleichen Anlaß zu kündigen wie bereits im August, denn die Begründung dieser fristgerechten Kündigung entspricht in vollem Umfang der zur fristlosen Entlassung im August!

Es wird sich zeigen, ob das Arbeitsgericht der Rechtswillkür der Kapitalisten folgen wird. Eine kleine Unterstützung für den gekündigten Kollegen hat der BR gegeben, der immerhin – entgegen aller sonstigen Praxis – „Bedenken" gegen die Kündigung geltend gemacht hat.

Es besteht die Gefahr, daß der Kampf an der juristischen Front die Betriebsgruppe politisch im Betrieb lähmt. Dieser Gefahr muß begegnet werden; denn nach dem August '75 hat sich die Betriebsgruppe publizistisch offiziell im Betrieb bis heute nicht geäußert. Dieses ist als Alarmzeichen zu werten. ●

Betriebszelle Iduna

Das Kapital will ein fast lückenloses Beurteilungssystem durchsetzen. Wie nicht anders zu erwarten, mischen die rechten Mehrheiten der Iduna-Betriebsräte kräftig mit.

Mit Argumenten wie: „Wenn endlich die Leistung richtig beurteilt wird, sind Gehaltserhöhungen etc. für viele Mitarbeiter möglich", soll die regelmäßige Beurteilung verkauft werden. Wie zynisch das ist, beweisen Festlegungen in der geplanten Betriebsvereinbarung. Zur „objektiven" Feststellung der Leistung soll jeder Mitarbeiter an einer sog. Normalleistung gemessen werden. Um die Normalleistung zu ermitteln, werden Leistungs- und Zeitkontrollen aller Kollegen einer Arbeitsgruppe notwendig. Hinführen wird dies zu einer Arbeitsplatzbewertung und ständigen Überwachung der Kollegen (was ansatzweise von einem rechten Betriebsrat auch gefordert wurde).

Damit wird realisiert und ausgebaut, was jetzt schon üblich ist. Über ein sog. Aktensuchverfahren (Modacom) werden heute wöchentlich EDV-Listen erstellt, aus denen abgelesen wird, welcher Kollege wieviel Akten in welcher Zeit bearbeitet hat. Die Einführung dieser Kontrollmaßnahme ging still und leise vor sich, der BR wurde nicht einmal informiert! ●

Betriebszelle Iduna,
KB/Gruppe Hamburg

Co op Hamburg
Betriebsrat verteidigt Recht auf freie Meinungsäußerung

Der Betriebsratsvorsitzende der hageba, Teil des co-op-Konzerns, erhielt am 22.12.75 ein Schreiben der Geschäftsleitung, in dem ihm vorgeworfen wird *„während der Arbeitszeit"* mit Kollegen ein Gespräch geführt zu haben *„dessen Inhalt im wesentlichen politische Themen waren". „Darüber hinaus haben sie ihr (der Kollegin) eine Ausgabe des ARBEITERKAMPF sowie eine Beilage des ARBEITERKAMPF über Portugal ausgehändigt mit der Bitte, diese zu lesen".*

Im weiteren gibt die Geschäftsleitung bekannt, daß sie ein solches Verhalten – *„und das gilt für jeden Beschäftigten"* – *„nicht bereit ist, weiter zu dulden".*

Aus Anlaß dieses Vorfalls bezog der Betriebsrat in einem Informationsblatt vom 10.2.76 zur kommenden Betriebsversammlung Stellung. Der Versuch, *„das unverzichtbare Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit der Kollegen zu beschränken"*, indem man Kollegen aushorcht und die *„unsichere Lage des Einzelnen ausnutzt"* wird verurteilt.

Es wird weiter der Zusammenhang mit der jetzigen Rationalisierungswelle hergestellt und der Versuch der Geschäftsleitung, die Spaltung unter den Kollegen voranzutreiben, verurteilt: *„Uneinigkeit in der Belegschaft ist nützlich für die Geschäftsleitung, um ihre Ziele durchzusetzen. Unverzichtbar für die Kollegen, ihre Interessen wahrzunehmen, ist jedoch die Einheit der Belegschaft, das uneingeschränkte Recht auf Erörterung jeder Frage und auf jede Information, die die Interessen der Lohnabhängigen betreffen"* (Info des BR).

Der Betriebsrat besteht daher auf diesem Recht, und zwar *„für die gesamte Belegschaft und wird es weiter ausüben".*

Bravo, dieses Recht der Kollegen sollte auf der nächsten Betriebsversammlung gleich vor den Kollegen manifestiert werden! ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna Hamburg Bestechungsversuch

Wurde kürzlich noch der Vorstand der linken Betriebsgruppe Iduna vom HBV-Sekretär Krause als „Supra-Kommunisten" und „Schweine" beschimpft (AK 73), so macht man nunmehr wieder „tolle" Angebote. Hintergrund ist, daß in diesem Frühjahr die Mitglieder des Fachgruppenvorstandes gewählt werden sollen. Nach den neuen Richtlinien werden diese ab einer bestimmten Größe in den Betriebsgruppen gewählt.

Nun befürchtet die Gewerkschaftführung zu Recht, daß die ihr genehme Kandidatin, übrigens die einzige „genehme" in der Iduna-Betriebsgruppe, M.W., nicht gewählt wird, sondern ein Linker.

Zwar hatte man sich einige Tricks einfallen lassen, etwa die Sitzung direkt in der Induna einzuberufen, damit mal mehr als nur die Linken kommen, aber dieser Plan mußte wegen der brisanten Situation – Kündigungen von gewerkschaftlichen Kollegen – fallengelassen werden. Die Möglichkeit also mit Stimmenmehrheit die genehme Kandidatin durchzubekommen, schien daher der Gewerkschaftsführung ausweglos.

Deshalb trat Sekretär Jaenisch an den Betriebsgruppen-Vorstand mit folgendem „Vorschlag" heran: *„Wählt ihr einen Linken, fliegt er aus der Gewerkschaft!"*

Verzichtet man aber auf einen eigenen Kandidaten, so würde man die Betriebsgruppe in Frieden lassen, d.h. sie könne Sitzungen machen, wann und mit welcher Tagesordnung sie wolle. Man höre und staune, bis dato sollte die Betriebsgruppe in einem solchen Fall aus dem Gewerkschaftshaus geschmissen werden (AK 73). Doch dieser Plan ist gescheitert. Der Betriebsgruppenvorstand veröffentlichte sofort diese Erpressung und siehe da, die genehme Kandidatin ist nun auch nicht mehr bereit diesen Kuhhandel mitzumachen.

Man wird gespannt sein können, was die Herren sich nun noch alles ausdenken! ●

Betriebszelle Iduna,
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg-Mannheimer
Auszubildende werden verschaukelt

Die Kollegen, die jetzt ihre Lehre beenden, stehen wieder einmal vor dem Problem, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Die Frage nach einem Arbeitsplatz der eigenen Wahl steht schon lange nicht mehr.

Viele Kollegen sind bei der Feilbietung ihre Ware Arbeitskraft schon abgewiesen worden. Das Frechste ist jetzt aber, daß für eine Reihe von Abteilungen, in denen die Auszubildenden nicht aufgenommen werden, per Announce *„wegen des überdurchschnittlichen Wachstums der Hamburg-Mannheimer" „junge Versicherungskaufleute, die ihre Versicherungsausbildung abgeschlossen haben oder im Sommer 76 beenden"* gesucht werden.

Gegen diese Politik hat jetzt die Mehrheit der Jugendvertretung der Hamburg-Mannheimer in einem Informationsblatt für die Kollegen vom 9.2.76 protestiert. Desweiteren läuft eine Unterschriftensammlung für eine Betriebsversammlung, worin eine Betriebsvereinbarung über die Übernahme aller Auszubildenden gefordert wird. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Witz und Wirklichkeit – Frauengleichberechtigung bei der Iduna

Über 50% der Kollegen bei der Iduna sind Frauen. Das Gros arbeitet im Großraum und macht sog. einfache Massenarbeit. Bezahlt wird nach den untersten Tarifgruppen. Der rechte Betriebsrat diskutierte kürzlich fast 1 Stunde über das Problem der Benachteiligung der Frauen im Betrieb. Wer aber glaubt, daß anhand der konkreten Probleme diskutiert wurde, hat Unrecht.
Die Frage war:
Immer noch wird bei den Frauen in der Anrede unterschieden zwischen Frau und Fräulein. Das ist diskriminierend und muß geändert werden. „Problematisch" für die rechte BR-Mehrheit war nur noch, ob durch die Änderung von „Frl." in „Frau" die Heiratschancen evtl. sinken könnten.

Aber man rang sich durch und beschloß: *„Alle Frauen sind nur noch mit ‚Frau' anzureden".*
Die Kolleginnen hatten nur einen Kommentar übrig: „Sind die verrückt geworden?" Wahrlich, denn die Benachteiligungen der Frauen bleiben bestehen in der Unterbezahlung, in der Ausnutzung der Doppelbelastung der Frau, wie in der Abendschicht, wo die Kolleginnen ab 16.30 bis 22.00 Uhr in niedrigen Gehaltsklassen arbeiten müssen, weil sie tagsüber die Hausarbeit zu verrichten haben. ●

Gleicher Lohn für Frau und Mann!

Betriebszelle Iduna,
KB/Gruppe Hamburg

Illegale Geschäfte der Commerzbank

Ganz aufschlußreich im Zusammenhang mit der „sauberen Empörung" der Großbanken über die Geschäftsmethoden einiger kürzlich pleite gegangenen Privatbanken liest sich eine Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") vom 3.2.76.
Darin wird von einem der größten Wirtschaftsprozesse der Nachkriegszeit berichtet, in dem die *„Commerzbank eines illegalen Gold- und Devisengeschäfts in Milliardenhöhe beschuldigt worden"* ist.
Einer der Angeklagten behauptete, *„die Commerzbank habe im Frühjahr 1973 mit Hilfe der ‚Banca di Roma' und der ‚Credit Suisse' 250 Tonnen Gold im Wert von rund 950 Millionen Dollar aus Italien über die Schweiz in die BRD importiert".* Nach italienischen Bestimmungen ist eine solche Transaktion strafbar. Der Goldpreis in Italien lag damals etwa 5% unter dem Weltmarktniveau während er in der BRD um einiges darüber lag.
41 Millionen hatten dann allerdings leitende Angestellte der Commerzbank, darunter ein ehemaliger Prokurist, in ihre Privatschatulle fließen lassen.
Es zeigt sch eben immer wieder: „Was Hans darf, darf (und kann) Hänschen noch lange nicht." ●

HBV-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Die Verluste aus der Pfalz-Pleite haben nun die ohnehin schon dürftige Finanzkraft der Dierks-Bank gesprengt.
Der geschäftsführende Vollhafter, Viktor Rittler, ist in Bezug auf Pleiten jedoch kein unbeschriebenes Blatt:
– Er war Aufsichtsratsvorsitzender der Bansa-Bank KG, deren Schliessung wegen strafbarer Geschäfte u.a. zur Verurteilung von Franz Xaver Ortner geführt hatte.
– Die kürzlich in Konkurs gegangene Handels- und Finanz-Bank GmbH, München, war einige Zeit Mitkomplementär bei Dierks.
– Ein weiterer Komplementär und Kompagnon Rittlers ist der ehemalige Chef der im Sommer letzten Jahres geschlossenen Handelsfinanz GmbH Norbert Kammerloher.
– Laut „Spiegel" ist Rittler noch in Schließungen weiter Münchener Finanzinstitute verwickelt gewesen: Südbank AG, Effekten- und Kreditbank AG und Bankhaus Findorff.
Für die Abwicklung seines eigenen Instituts hat er sich etwas besonderes ausgedacht:
Er ließ bereits beim Registergericht München die Firmenbezeichnung „Bankhaus" löschen. Dies bedeutet den Versuch, die Kompetenz des Bundesaufsichtsamtes für das Kredit (un) wesen zu umgehen, d.h. sich einen Abwickler seiner Wahl und seiner Interessen auszusuchen, darüberhinaus als „Nichtbanken-Gläubiger" aus der Pfalz-Kredit-Abwicklung besser herauszukommen und sich für die Zukunft die Möglichkeiten offenzuhalten, als Kreditvermittler zu arbeiten.
Gegenüber solchen Bank- und Kredit-Haien ist jeder gewöhnliche Bankräuber ein harmloser Gimpel. ●

HBV-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Zynischer gehts nimmer

Der Chef der gewerkschaftseigenen(!) Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Walter Hesselbach, machte wieder einmal sein „soziales Engagement" deutlich: Für die Kolleginnen und Kollegen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind und die somit statt des bis dahin erhaltenen Arbeitslosengeldes (= 68% des bisherigen Arbeitslohnes) nur noch die Arbeitslosenhilfe (= 58% des vorher verdienten Geldes) bekommen, schlägt er vor, einen Solidaritätsfonds einzurichten, damit diese nicht auf den Status eines Empfängers von Fürsorgeunterstützung absinken. Einzahlen in diesen Fonds sollen seiner Ansicht nach alle „natürlichen Personen", d.h. alle Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen ca. 0,5 bis 1% ihres Bruttoeinkommens, Unternehmen und Staat sollen von einer Zahlung ausgenommen sein!! Die Arbeiterklasse soll also die Last der Krise nocheinmal bezahlen! Welch ein Zynismus, wenn man bedenkt, daß es auch gerade die BfG ist, die sich u.a. auch durch ihre Kredite zur Förderung von Rationalisierungsinvestitionen eine (laut „Frankfurter Rundschau") „goldene Nase verdient hat". ●

HBV-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Weitere Bankpleite




Nach der Pleite der Pfalz-Kredit-Bank Mitte Januar hat am 2.2.76 eine weitere Bank, das Bankhaus Otto Dierks & Co KG seine Schalter geschlossen und seine Lizenz zum Betreiben von Bankgeschäften an das Bundesaufsichtsamt zurückgegeben.
Bereits im letzten Jahr, als der Dierks-Bank Zahlungsunfähigkeit drohte, war die Pfalz-Kredit-Bank mit einer Zahlungsgarantie eingesprungen. Die Dierks-Bank trat ihr daraufhin einen Teil ihres Kreditgeschäfts und knapp 3 Mio. DM Einlagen ab und erwarb im Gegenzug eine stille Beteiligung an der Pfalz-Kredit-Bank in Höhe von 2,5 Mio. DM. Eine baldige Übernahme durch die Pfalz-Kredit war geplant.

GEW

GEW Hamburg: Referendare fordern Warnstreik

Zum 1.2. sind in Hamburg 110 voll ausgebildete Referendare nicht in den Schuldienst übernommen worden. Von den eingestellten haben über 2/3 nur einen Halbjahresvertrag mit halber Stundenzahl erhalten. Von 1.436 Bewerbern für das Referendariat ist die Hälfte abgewiesen worden, einige darunter schon zum dritten Mal. Zusätzlich hat die Behörde die Bewerbungstermine für die Aufnahme in den Schuldienst jetzt so gelegt (1.März und 1.September), daß künftig jeder fertige Referendar erst einmal ein halbes Jahr arbeitslos sein wird. Die Schulleiter sind außerdem angewiesen worden, in Zukunft verstärkt darauf zu achten, daß die Beurteilungen von Referendaren durch die anleitenden Lehrer nicht mehr *„überwiegend positive Aussagen"* enthalten (Schulleiterkonferenz vom 10.2.76).

Referendare wehren sich

In dieser Situation haben die Referendare die Initiative ergriffen und auf ihren Vollversammlungen am 16.12. und 27.1 die GEW aufgefordert, einen Warnstreik aller Lehrer und Erzieher gegen die Lehrerarbeitslosigkeit zu organisieren. Gleichzeitig wird über selbständige Protestaktionen diskutiert, falls die GEW zu Kampfmaßnahmen nicht bereit ist. Deshalb hat der Referendarvorstand auch gemeinsam mit Schüler-, Jugend- und Studentenvertretungen zur Hamburger „Demonstration aller Auszubildenden" (13.2.) aufgerufen.

Vertrauensleuteversammlung einberufen

Auf Antrag von über 30 Vertrauensleuten mußte der GEW-Vorstand satzungsgemäß eine außerordentliche Vertrauensleuteversammlung für den 4.März einberufen. Auf ihr soll über die Einleitung einer Urabstimmung für einen Warnstreik entschieden werden. Während die Durchführung einer Urabstimmung noch in der Entscheidungsbefugnis des Landesverbandes Hamburg liegt, ist die letzte Entscheidung über einen Warnstreik seit der Annahme der Bundessatzung durch die Hamburger GEW (Landesvertreterversammlung vom 26.11.75) von der GEW-Bundesführung zu treffen.

Reaktion hetzt gegen Streik

Schon jetzt hetzt die CDU gegen den auf einer Pressekonferenz der GEW vom 2.2. bekannt gewordenen Streikvorschlag: *„Der von der GEW angedrohte Lehrerstreik wäre ungesetzlich".* Die Lehrergewerkschaft wird aufgefordert, *„alle Streikvorbereitungen abzublasen"* (Welt, 6.2.76).
Der GEW-Landesvorstand freilich hat nichts getan, um die Forderung nach einem Warnstreik, zu unterstützen oder gar die Kollegen dafür zu mobilisieren. Ein Vorschlag der „linken" Sozialdemokraten für ein „Aktionsprogramm" trägt vielmehr den Charakter einer Beschäftigungstherapie für die Mitglieder.
Demgegenüber sind in Versammlungen auf Schulkreisebene Beschlüsse gefaßt worden, in denen Urabstimmung und Warnstreik gefordert werden. Diese Forderungen gilt es auf allen Ebenen in der GEW durchzusetzen. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerarbeitslosigkeit: Dem GEW-Boß gehen die „Argumente" aus

In beredten Worten hat GEW-Vorsitzender Frister Klage über die Lehrerarbeitslosigkeit geführt – in einem Brief an die Sparschweinriege Schmidt und alle Länder-Ministerpräsidenten. Frister rechnet (zu-recht) mit 10.000 arbeitslosen Lehrern Ende dieses Jahres. Frister hat nun nichts am kapitalistischen System auszusetzen, das diese Sauerei produziert – und ihn dabei als Stadtschulrat bestens bezahlt.
Ganz im Gegenteil: er fürchtet, daß dieses Gesellschaftssystem an Kredit einbüßt. In seinem Brief heißt es: *„Für die von der Arbeitslosigkeit der Lehrer direkt Betroffenen wird die Behauptung extremistischer Kräfte über die Bedeutung ethischer Werte in der Politik der großen bundesrepublikanischen Parteien zum bohrenden Verdacht."*
Bei manchen gehe das sogar soweit, daß sie annähmen, die Arbeitslosigkeit von Lehrern sei politisch gewollt, um auf ein kritisches Engagement der Lehrer dämpfend einzuwirken, schreibt Frister dann weiter. Er, Frister, sei zwar sicher, daß dieser Verdacht unbegründet sei (wen wundert's!), aber ihm fehlten langsam die Argumente, ihn zu entkräften (nach einem Artikel der FR, 28.1.76).
Vielen Dank! Deutlicher kann man die Aufgaben von Gewerkschaftsführern eigentlich nicht entlarven. Sie haben die Aufgabe, politische Kritik der Gewerkschaftsmitglieder abzuwürgen und ihnen die Argumente kapitalistischer Politik „schmackhaft" zu machen.
Wir fürchten allerdings für Frister, daß selbst Helmut Schmidt ihm keine Argumente liefern kann, die die „Behauptungen extremistischer Kräfte" entkräften können. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Bremen: GEW-Führung will linke Personalrats-Kandidaten ausschalten

In nächster Zeit finden in Bremen die Wahlen zum Personalrat der Schulen statt. Dafür wird es wahrscheinlich zwei Listen geben: Eine vom reaktionär-ständischen Philologenverband und eine von der GEW.
Bei der Kandidatenaufstellung für die GEW-Liste leisteten sich die Gewerkschaftsführer wieder mal ein besonders übles Ding: Nach der Satzung steht den GEW-Bezirken das Recht zu, Vorschlagslisten zu erstellen. Das passierte auch. Die Bezirksdelegierten setzten nach ausführlichen Diskussionen vorrangig Kandidaten auf die Listen, von denen sie annehmen konnten, daß sie als Personalräte die Interessen der Kollegen und nicht der Behörde vertreten würden. Dabei spielten folgende Anforderungen eine entscheidende Rolle:
– Der Personalrat (PR) soll sich gegen jede Form der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen an den Schulen wehren;
– Der PR soll die Friedens- und Schweigepflicht extensiv auslegen: d.h. betroffene Kollegen über die gegen sie laufenden Anschuldigungen und Verfahren informieren;
– Der PR soll sich entschieden für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in und außerhalb der Schulen einsetzen.
So weit, so gut. Die Gewerkschaftsführer scherten sich aber einen Dreck um die Beschlüsse der Mitglieder. Formal haben sie auch die Möglichkeit dazu: Im Juni letzten Jahres hat der Landeshauptausschuß sich selbst das „Recht" verliehen, über die Kandidaten zu den Personalratswahlen zu entscheiden (§ 36,3).
Die von ihm verabschiedete Liste hat mit den Vorschlägen der Bezirke absolut nichts mehr zu tun: Auf den ersten Plätzen sitzen jetzt plötzlich gestandene und bekannte Reaktionäre, die in ihren Bezirken – wenn überhaupt – nur sehr wenige Stimmen erhalten hatten. Die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl tauchten auf der endgültigen Liste nur ganz unten auf, oder sind gar nicht mehr auf der Liste drauf. Begründung der Gewerkschaftsführer: Die GEW-Listen sollen *„für möglichst viele Bedienstete wählbar werden"* (Bremer Lehrerzeitung, 1/76).
Wen will man durch eine solche reaktionäre Liste ködern? Offenbar den Philologenverband, dessen Mitglieder allerdings nicht so blöd sein werden, statt ihrer eigenen Rechten die GEW-Liste zu wählen!
Es gibt viele demokratische GEW-Kollegen, die nicht bereit sind, diese Liste zu unterstützen. Den Wunsch der GEW-Führung nach einem „möglichst hohen Wahlsieg" könnte so ein klassisches Eigentor werden. Denn die Interessen der Reaktionäre hat der Philologenverband noch immer besser vertreten als die GEW. ●

KB/Gruppe Bremen

Aufruf: Von den französischen Druckern lernen!

Veranstaltung am 28.2. um 16.00 Uhr in Hannover im Audi-Max der TU

Aufruf:

Unter dieser Parole hat die Betriebsgruppe „Argumente" bei Broschek/Hamburg die Initiative französischer Drucker aufgegriffen, am 28.Februar in Hannover eine Veranstaltung durchzuführen, auf der von den Kämpfen der französischen Druckarbeiter ausführlich berichtet werden soll. Dazu wurde ein Aufruf erstellt, der mittlerweile den verschiedensten Gruppen aktiver Betriebsräte, Gewerkschaftern und Jugendgruppen in westdeutschen und Westberliner Druckbetrieben zu geschickt wurde, verbunden mit dem Vorschlag diese Veranstaltung gemeinsam zu einem Ort der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches zu machen. Diese Initiative wird z. Zt. aktiv mitgetragen von den Delegationen der französischen Betriebe:
– IMRO
– Caron-Ozanne
– Avenir-Graphique
– Chaix
– Collectif de Lutte d'imprimerie
sowie von
– Kollegen-Gruppe „Hannoversche Allgemeine Zeitung" HAZ
– fortschrittliche Journalisten-Gruppe SOLIDARITÄT in Hamburg
– den Blocksprechern der Druckerklassen an der Berufsschule G 5 in Hamburg
Die Betriebsgruppe beim „Münchner Merkur" hat die Veranstaltung begrüßt und eine Delegation angekündigt. ●

CHEMIE

Betriebe

Wie wir im letzten AK berichteten, haben auf eine Initiative von ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen 120 Arbeiter des *Hamburger Werkes der Hoechst AG* gegen die Entlassung von 88 Kollegen protestiert und die Gewerkschaftsführung aufgefordert, eine Versammlung zu machen. an der jeder Kollege die Möglichkeit haben sollte teilzunehmen. Diese vorbildliche Initiative von Ausgeschlossenen, in die Gewerkschaftsarbeit einzugreifen, hat einen ersten Erfolg gezeigt: Die sozialdemokratische Leitung des Vertrauensleutekörpers hat beschlossen, eine Mitgliederversammlung durchzuführen! Dies ist die erste Mitgliederversammlung seit gut einem Jahr. Die Ausgeschlossenen haben in ihrer Betriebszeitung „Meinung" gegen die Spaltung der Belegschaft in Gewerkschaftsmitglieder und Nichtmitglieder scharf protestiert.

• • •

Auch im *Hoechst-Werk Bobingen* (Augsburg) fährt der Rationalisierungszug. Von 1970 bis '75 sind durch „natürlich Fluktuation" 1.150 Kollegen „freigesetzt" worden. Für dieses Jahr ist die Freisetzung von weiteren 230 bis 260 Kollegen geplant (lt. Betriebsversammlung vom 17.12.75). Trotz der weiteranhaltenden Kurzarbeit (seit 18 Monaten!), sind neun von zehn Bandstraßen in Betrieb. Wie auf der Betriebsversammlung gesagt wurde, wird dieser Zustand auch noch bis Mai oder Juni anhalten.

• • •

Wie uns mitgeteilt wurde, muß nun doch die fortschrittliche Jugendvertreterin des Hoechst-Werkes Bobingen, Erika Gumper, weiterbeschäftigt werden (vergl. AK 73). Eine entsprechende Entscheidung fällte das Landesarbeitsgericht und nahm damit das Urteil aus erster Instanz (Nichtübernahme) zurück.

• • •

Mit einer einstweiligen Verfügung gegen *Colgate-Palmolive* hat die Betriebsrätin Anna W. erreicht, daß sie, solange der Rechtsstreit um ihre Weiterbeschäftigung andauert, zumindest an den Betriebsratssitzungen teilnehmen darf.

Als die rechten Betriebsräte – die ja mit einem Antrag auf Amtsenthebung demonstriert haben, wie sie zu einer weiteren Zusammenarbeit mit der linken Kollegin stehen – per Gerichtsvollzieher über die gerichtliche Entscheidung unterrichtet wurden, ließen sie vor Schreck eine angekündigte Sitzung erstmal ausfallen.

Mit der billigen Ausrede, es seien ja so viele BR-Mitglieder krank und es stünde im übrigen nichts Wichtiges an, wurde die Sitzung auf unbestimmte Zeit verschoben.

Klarer können die rechten Betriebsräte nicht demonstrieren, daß die Probleme der Kollegen ihnen nichts und ihre eigenen Machenschaften ihnen alles bedeuten.

• • •

Nach den Vertrauensleutewahlen im Hamburger Betrieb von *Noblee & Thörl* setzte der zuständige Sekretär der IG-Chemie, Kleefeld, seine Vorstellungen von „solider" Vertrauensleute-Arbeit durch. Zuerst schloß er die VK-Sitzungen für Gäste, dann ließ er den bisherigen, fortschrittlichen VK-Vorsitzenden „abwählen" und einen neuen Vorstand in Amt und Würden heben. Interessant, daß nun im fünfköpfigen VK-Vorstand allein drei Mitglieder der CDU sitzen. Der jetzige VK-Vorsitzende, vom IG-Chemie-Sekretär lanciert, ist Kassenwart der CDU in Heimfeld!

• • •

Seit dem 16.7.75 arbeiten die Kollegen der *VAW-Elbewerk* und bei *Aluminium-Oxid-Stade (AOS)* kurz. Von dieser Kurzarbeit waren anfangs ca. 90% aller Kollegen betroffen. Das Ziel der Kapitalisten dabei war klar: Volle Produktion mit weniger Kollegen! So wurden nach der Einführung der Kurzarbeit alle vier Anlagen gefahren, während vorher im Schnitt nur zwei Anlagen gefahren wurden!

Das Ergebnis: Die Kurzarbeit wurde zu umfassenden Rationalisierungen benutzt.

In der Materialprüfung z.B. muß heute ein Kollege die Arbeit machen, die vorher drei gemacht haben. Es gibt ganze Schichten, die in der Personalplanung zwar noch mit 22 Mann Besetzung vorgesehen sind, die aber jetzt mit nur 13 Kollegen arbeiten müssen! Allein im Jahr '75 wurde die Belegschaft um ca. zehn Prozent verringert. Selbst um einen „Sozialplan" kamen die Kapitalisten herum, da jede einzelne Kündigung nach und nach mit Vorwänden wie „Alkoholgenuß", „zu spät kommen" etc. ausgesprochen wurde.

Die Betriebsräte machten dieses Spiel in ihrer Mehrheit mit!

Gleichzeitig haben die AOS-Kapitalisten beim Gewerbeaufsichtsamt einen Antrag auf Produktionserweiterung gestellt: Die Produktionskapazität soll von bisher 600.000 t Aluminiumoxid auf 1.050.000 t erweitert werden. Diese Erweiterung würde nicht nur eine enorme Arbeitstemposteigerung für die Chemiearbeiter bringen, sondern auch eine weitere Belastung der Bevölkerung und der Umwelt im Stader Raum bedeuten. Erpresserisch machten die Kapitalisten deutlich, was passiert, wenn das Gewerbeaufsichtsamt den Antrag nicht genehmigen wird – es kommt zu Massenentlassungen!

• • •

Trotz Gejammers auf Betriebsversammlungen, daß die „weltweite Krise auch *Beiersdorf* nicht verschont habe", nimmt Beiersdorf seit einigen Wochen Neueinstellungen größeren Stils vor. So schlimm scheint's also doch nicht zu sein!

Das Üble an diesen Einstellungen ist jedoch, daß meistens zuerst lediglich Verträge mit einer Laufzeit von drei Monaten mit den Kollegen abgeschlossen werden. So können es sich die Kapitalisten noch wesentlich besser aussuchen, ob diese Verträge mal umgewandelt werden in normale Arbeitsverträge oder ob man nach drei Monaten sagt: sie haben nicht genug malocht – auf Wiedersehen.

• • •

H.S., Arbeiter bei der „*Gerro-Karton*" in Hilden, wurde wegen einer Verletzung am Daumen vom Arzt krankgeschrieben. Nach fünf Tagen tauchten zwei Werkspitzel (davon ein Betriebsleiter) bei dem Kollegen auf und pochten recht heftig gegen die Haustür. H.S. dachte nicht daran zu öffnen. Auch das Herumkrakelen dieser Spitzel nutzte nichts. Dann brachen sie – von H.S. unbemerkt – nach Gangstermanier ins Haus ein und beschwerten sich obendrein noch darüber, daß H.S. nicht geöffnet habe! Nach einem kurzen „Verhör" verschwanden die beiden Spitzel. Doch das dickste kommt noch: H.S. erhielt einige Tage später ein Schreiben von der Geschäftsleitung, in dem zu lesen war: „*Ihr unerklärliches* (!!!) *Verhalten und die nach Meinung der Herren* (!) *geringfügige Verletzung* (!!!) *geben uns Veranlassung, Ihre Arbeitsunfähigkeit zu bezweifeln* (!!!)". Die Kapitalisten bescheinigten dem Arzt von H.S. zwar, daß er eine richtige Diagnose gestellt habe, bezweifelten aber, daß der Arzt über die Bedingungen am Arbeitsplatz Bescheid wisse. Folglich könne der Arzt objektiv gar nicht beurteilen, ob H.S. arbeitsunfähig sei oder nicht!
(nach: „Gewerkschaftspost", 2/76)

• • •

Die *Texaco*-Kapitalisten ziehen ihre Rationalisierungen (siehe auch AK 72 – Chemie) im Labor Wilhelmsburg mit Erpressermethoden durch. Auf der Abschußliste stehen 20 Laboranten und Arbeiter.

Als der Betriebsrat allen Kündigungen widersprach und beim Arbeitsgericht darauf klagte, rechtswirksam einen Interessenausgleich und Sozialplan für die Kollegen abschliessen zu können, rannten Leute der Personalabteilung auf die Kollegen los. Sie besuchten die Kollegen selbst zu Hause, um ihre Einwilligung zum Rausschmiß zu erpressen und damit die Anstrengungen der Betriebsräte zu unterlaufen. Man bot ihnen schriftlich eine Abfindungssumme an und erklärte gleichzeitig: „*Die Leistungen gemäß dem o.a. Sozialplan* (ein nicht mit dem Betriebsrat vereinbarter – AK) *können nur gewährt werden, wenn Sie uns bestätigen, daß Sie keine weiteren Ansprüche an uns stellen*".

Die Bestätigung zur eigenen Entlassung beinhaltete auch einen ausdrücklichen Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht. Andernfalls gebe es halt kein Geld und der Kollege würde auch so rausfliegen. Es ist noch nicht einmal klar, ob die Arbeitsämter eine solche Erklärung nicht dazu ausnutzen, den Kollegen eine Sperrfrist aufzubrummen, in der sie kein Arbeitslosengeld erhalten.

Eingeschüchtert willigte eine ganze Reihe von Kollegen ein. Einige lehnten ab und reichen Kündigungsschutzklage ein.

• • •

Auf Initiative der DAG-Betriebsräte kündigte die *Texaco* der Betriebsrätin Heike B. Kollegin B. war von 1972 bis 74 Betriebsrätin des Hamburger Texaco-Bereichs Hauptverwaltung/Wilhelmsburg und arbeitete schon während dieser Zeit als BR-Sekretärin.

Nachdem drei DAG-ler und eine IG-Chemie-Betriebsrätin die Freigestellten-Positionen besetzten, bemühten sich besonders die DAG-Vertreter ständig, Kollegin B. abzuschießen, weil sie nicht bereit war, ihren reaktionären Kurs zu unterstützen. Zeitweilig übten diese Leute einen regelrechten Terror aus, indem sie beispielsweise eine DAG-Frau ins Betriebsratsbüro holten, die sich auf ihrem neuen Arbeitsplatz umsehen sollte. Sie boten Kollegin B. in Abständen neue Arbeitsplätze an, obwohl sie ausdrücklich erklärt hatte, ihren Platz behalten zu wollen.

Jetzt nahmen die Freigestellten-Betriebsräte einen angeblichen Fehltag zum Anlaß, bei der Personalabteilung im Stile eines partriarchalischen Abteilungsleiters ihre Kündigung zu beantragen. Und das, obwohl Kollegin B. noch an dem besagten Tag mit einem Freigestellten telefonisch einen Urlaubstag abgesprochen hatte. Es war nur leider nicht der Betriebsratsvorsitzende, ihr „eigentlicher" Vorgesetzter.

Die Personalabteilung konnte genüßlich in die Kündigung hineinschreiben, daß der Betriebsrat mit ihrer Arbeitsleistung nicht zufrieden war.

Dies ist die zweite politische Kündigung bei der Texaco in einem Monat.

Der Rausschmiß des oppositionellen Betriebsrates Wolfgang H. scheiterte vorerst am Widerspruch des Betriebsrates. Die Texaco reichte ein Kündigungsverfahren beim Arbeitsgericht ein.

• • •

Bei der *Goldschmidt AG* in Essen wird die Kurzarbeit ausgedehnt: Seit Dezember haben 200 Kollegen eine Drei-Tage-Woche; ab Februar sind sogar 380 Kollegen davon betroffen.

• • •

Bei *Schering* in Westberlin sollte der fortschrittliche Betriebsrat N.D. dadurch gemaßregelt werden, daß er für seine Betriebsratstätigkeit nicht mehr freigestellt wurde. Dagegen wurde eine Unterschriftensammlung und Informationsveranstaltung durchgeführt. Diese Aktionen haben jetzt zum Erfolg geführt: N.D. wird halbtags freigestellt, zusätzlich noch für Gespräche mit dem Vorstand über Ausbildungsprobleme (er ist Vorsitzender des Ausbildungsausschusses des Betriebsrates), für Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung über Ausbildungsfragen und für außerordentliche Betriebsratssitzungen. Allerdings werden die Angriffe auf den Kollegen N.D. damit noch kein Ende haben, denn nach der Geschäftsleitung meldet sich jetzt die Gewerkschaftsführung zu Wort: Der Oberdemagoge Kolitsch (Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Westberlin und zugegebenermaßen Bezieher von Informationen über oppositionelle Kollegen durch den „Verfassungsschutz") deutete die Möglichkeit eines Ausschlußverfahrens bereits an; weil der Kollege mit Ausgeschlossenen zusammenarbeitet und weil er einen Antrag gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften mit unterstützt.

• • •

Enka-Glanzstoff plant die Entlassung von 850 Arbeitern und eine unbestimmte Anzahl von Angestellten aus der Verwaltung und der Forschung für das Jahr 1976. Das geht aus einem Gespräch des Vorstandsvorsitzenden Dr. Zempelin mit Journalisten hervor. Er meinte weiter, daß wieder Gewinne gemacht werden sollen: durch Lohnkürzungen, Personalabbau und Betriebsstillegungen. Deshalb ist auch die Stillegung des Werkes Waldniel und ein Produktionsabbau um 60.000 Tonnen geplant. Zur Gewinnmaximierung sind auch Preiserhöhungen bis zu 20% nötig und niedrige Lohnforderungen der Gewerkschaften. Außerdem müssen 2.500 Arbeiter bei Enka kurzarbeiten.

• • •

Die *Girmes Werke AG*, bedeutender Chemiefaserproduzent, wird für 1975 eine Dividende von 20% plus einem Bonus von zwei Prozent an die Aktionäre auszahlen. Diese Meldung ist deswegen so interessant, weil angeblich die Krise besonders die Faserproduzenten getroffen haben soll.

• • •

Frauenkonferenz der IG Chemie

Am 22. bis 24.1.76 fand in Mainz die zentrale Frauenkonferenz der IG Chemie statt. Das Motto: „Humane Arbeitswelt durch Reformpolitik", Humanisierung der Arbeitswelt und Krankheitsgefahren. Die besondere Rolle der Frau im Kapitalismus kam nur am Rande zur Sprache: Hauenschild (IG-Chemie-Chef) meinte, es „*sei volkswirtschaftlich unvernünftig* (!!), *die Frauen als Arbeitsmarktreserve zu betrachten*".

Liesel Winkelsträter, Leiterin der Hauptabteilung Frauen, stellte fest, daß die Frauen besonders von der Krise betroffen sind; in der chemischen Industrie sind 6,8% aller Frauen entlassen worden! (Schnitt in der chemischen Industrie insgesamt: 1,5%).

Zum Thema „Lohngleichheit" stellte Frau Winkelsträter fest: „*Die Leichtlohngruppen sind entweder ganz oder nahezu beseitigt. Nicht verwirklicht ist der Grundsatz, nach dem für Männer und Frauen bei gleichwertiger Arbeit der gleiche Lohn zu zahlen ist*".

Von einem Verschwinden der Leichtlohngruppen kann keine Rede sein: zwar sind sie formal abgeschafft worden, dafür rangieren die Frauen nun in den niedrigsten Lohngruppen. Das Ding nennt sich nur nicht mehr „Leicht"-Lohngruppen.

In den Anträgen auf der Frauenkonferenz „*spielte der § 218 die dominierende Rolle*". In mehreren Anträgen „*wurde das konservative frauenfeindliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts bedauert*".

Eine entsprechende Entschließung verbeugte sich dann allerdings vor der „objektiven" Klassenjustiz und trug der „Respektierung vor dem Gesetz" Rechnung. Kampfmaßnahmen usw. wurden auf dieser Konferenz – wie könnte es anders sein – nicht beschlossen.

Damit kommt natürlich auch die politische Strömung auf dieser Konferenz zum Ausdruck: Von den über 90 Delegierten bestand die Mehrheit der Frauen aus sozialdemokratischen Parteimitgliedern. Fortschrittliche Frauen waren auf der Konferenz kaum zu finden, sie wurden durch einen Delegiertenschlüssel der Gewerkschaftsführung schon vorher herausgefiltert. (Informationen und Zitate nach: „Gewerkschaftspost" 2/76).

Wie ernst übrigens die Gewerkschaft die Frauenfrage nimmt, geht schon daraus hervor, daß im gewerkschaftseigenen Betrieb Co-op in Kamen die Frauen bei gleicher Arbeit 1,57 DM weniger in der Stunde bekommen, als die Männer.

Weiterhin erhalten die männlichen Kollegen nach dreijähriger Betriebszugehörigkeit einen fünf-prozentigen Zuschlag zum Stundenlohn, die Frauen erst nach zehn (!) Jahren („Extra-Dienst", 30.1.76).

• • •

Bundesjugendkonferenz der IG Chemie

Vom 8. bis 10.1.76 fand in Leverkusen die 10. Bundesjugendkonferenz der IG-Chemie statt.

Nachdem Hauenschild und Rappe vom Hauptvorstand gegen die „Reformgegner" schimpften und zum Thema Jugendarbeitslosigkeit Stellung nahmen, gab es eine Podiumsdiskussion mit Wieczorek-Zeul (Jusos), Dr. Schiller (Jungdemokraten) und Brok (stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union – CDU!!!). Nach dieser Podiumsdiskussion verabschiedete die Konferenz eine Reihe von Anträgen und Entschließungen. Die wichtisten davon sind:

- die Beseitigung der Stufenausbildung,
- die generelle Übernahme der Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis,
- die Aufstellung einheitlicher Forderungen für alle Lehrlinge,
- mindestens 36 Werktage bezahlter Urlaub,
- nicht nur für die Jugendfunktionäre, „*sondern auch für die Basis sollen größere Einflußmöglichkeiten innerhalb der Gewerkschaft gewährleistet*" sein,
- eine einhellige Ablehnung der Berufsverbote!

(Zitat und Bericht nach: „Gewerkschaftspost" 2/76).

Die fortschrittlichen Anträge zumindest im Jugendbereich sind schon als Ausnahmeerscheinung innerhalb der IG-Chemie zu werten. Die Umsetzung in die Praxis wird schon allein daran scheitern, daß die Gewerkschaftsführung diese Entschliessung sabotiert wie auch den Kampf gegen die kapitalstische Krisenpolitik insgesamt.

• • •

Neue Schlichtungsordnung in der IG Chemie

Die in Geheimverhandlungen mit den Kapitalisten führende IG-Chemie vereinbarte mit dem Kapitalistenverband „Arbeitsring Chemie" eine neue Schlichtungsordnung. Die Schlichtungsordnung, die rückwirkend vom 1.1.1976 in Kraft getreten ist, beinhaltet im wesentlichen zwei „Neuerungen":

- Zum einen wird es künftig nur noch e i n e Schlichtungsinstanz geben, die „paritätisch" mit Kapitalisten und Gewerkschaftsführern besetzt ist. (Die alte Regelung beinhaltete zwei Instanzen). Einen „neutralen Schlichter" sieht das Abkommen nicht vor – man einigt sich eben auchso.
- Zweitens sieht das Abkommen „*bei regionalen Tarifstreitigkeiten in einzelnen Landesbezirken vor, daß nach einem Scheitern der Lohnverhandlungen innerhalb von drei Wochen nach Eingang eines entsprechenden Antrages bei der Schlichtungsstelle nunmehr in einer Instanz der Versuch der Beilegung des Tarifstreites gemacht werden soll. Die Verantwortung für die Besetzung der Schlichtungsstelle tragen jeweils die beiden Bundestarifparteien* ..." („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 31.1.76).

Mit dieser Regelung wollen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung auf höchster Ebene nun auch per Abkommen (in der Praxis haben sich die obersten Vorstände schon immer in regionale Tarifauseinandersetzungen eingemischt und auch entschieden!!) s ä m t l i c h e Lohn- und Manteltarifabkommen „verantworten".

Dies Abkommen ist ein weiterer Schritt der „Burgfriedenspolitik" der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten.

• • •

Pharmaindustrie

Die Hoffman-La Roche AG, der größte Pharma-Produzent der Welt, muß nach einem Beschluß des Kartellsenats des Westberliner Kammergerichts nun seine Preise für die beiden Beruhigungsmittel Valium und Librium um 28% senken. Vorausgegangen ist eine Verfügung des Kartellamtes, die Preise um 40 bzw. 35% zu senken. Dem Konzern wird vorgeworfen, auf dem Markt für diese speziellen Mittel (Transquilizer) eine marktbeherrschende Stellung innezuhaben. „Hoffroche" wird mit Sicherheit zum Bundesgerichtshof gehen, um dieses Urteil revidieren zu lassen. Diese Preissenkung bedeutet nicht viel, wenn man bedenkt, daß die Pharmapreise in der BRD die höchsten der Welt sind.

• • •

Die mit der „Selbstbeschränkung" der westdeutschen Pharmaindustrie beim Verteilen von kostenlosen Ärztemustern angekündigte „Preisstabilität" auf dem Pharma-Markt (wir berichteten im letzten AK darüber), wurde jetzt vom Bundesverband der pharmazeutischen Industrie relativiert. Der Verband erklärte, daß ein genereller Preisstopp nicht zu erwarten sei, und dies vor allem nur mit mäßigen Lohn-Tariferhöhungen und allgemeiner Preisstabilität zu schaffen sei. Man kann also getrost davon ausgehen, daß auch dieses Jahr die Pharmapreise steigen werden.

• • •

Wie wir im letzten AK berichtet haben, wurde auf Grund dringenden Krebsverdachtes in den USA der Lebensmittelfarbstoff (Dye No. 2) für die weitere Verwendung verboten. Besonders betont wurde dabei, daß der Farbstoff eine unerhört weite Verbreitung erfahren hatte.

Mit einer lächerlich kleinen Notiz in der bürgerlichen Presse wird die Bevölkerung im europäischen Raum jetzt darüber informiert, daß auch

sie sich ihrer Gesundheit nicht so sicher sein kann („Frankfurter Rundschau", 29.1.). Denn der gleiche Farbstoff – aus Kohlenteer gewonnen – erfreut sich bei den europäischen Kapitalisten ebenfalls großer Beliebtheit. Hier wird er nur anders genannt – Amarant oder kurz E 123 (vgl. EG-Liste).

Dieser Farbstoff ist in der Sowjetunion schon länger verboten, in Amerika, wie gesagt, einige Wochen lang. Die europäischen Kapitalisten scheinen durchaus vorerst keine praktischen Konsequenzen ziehen zu wollen. Die Europäische Kommission muß nämlich noch erst die ganze Frage „prüfen" – wahrscheinlich wollen sie – wie in so vielen Fällen – erst durch Menschenopfer großen Stils „bewiesen" haben, daß das Verbot gerechtfertigt ist.

•.•.•

Umweltverschmutzung

Hoechst droht mit der Gefährdung von 12.000 Arbeitsplätzen, wenn die Großdeponie für Chemie-Müll geschlossen werden soll. Diese Deponie stand 1974 im Mittelpunkt des hessischen Giftmüllskandals, wo nachgewiesenermaßen stündlich bis zu 70 Kubikmeter hochgiftiges Sickerwasser ins Grundwasser floss! In dem Sickerwasser, das von Hoechst stammte, wurden u.a. große Mengen Arsen und Cyanide gefunden. Statt der Schließung der Deponie fordert Hoechst die Erweiterung um einen Hektar! •

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Conti-Gummi Hannover

Selbstständiger Streik, Aussperrungen, Entlassungen

In Geheimverhandlungen hatte die Geschäftsleitung (GL) mit dem Betriebsrat ein 5-Punkte-Programm erarbeitet, das für viele Kollegen einen Lohnabbau von 200DM und mehr zur Folge hat. So sind u.a. vorgesehen:

- Kürzung der betrieblichen Schichtzulage auf die Hälfte (80 bis 150DM weniger).
- Voraussichtlicher Zwangsurlaub am 30.4., 24. und 31.12.76.
- Neuregelung der Arbeitszeit mit Streichung der bezahlten Pausen (pro Tag 1/2 Std. weniger Lohn!).

Dieser ganz offene Lohnraub geschieht auf dem Hintergrund gefüllter Auftragsbücher, was die sozialdemokratischen Betriebsräte natürlich nicht davon abhält, das Abkommen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Am Freitag, 30.1. kam es dann zu den ersten Streikaktionen in zwei der drei hannoverschen Werke (Vahrenwald und Stöcken). Der Streik erfaßte zwar nicht alle Abteilungen (insgesamt streikten 1.500 bis 2.000 Kollegen), legte aber die

schieht auf dem Hintergrund gefüllter Auftragsbücher, was die sozialdemokratischen Betriebsräte natürlich nicht davon abhält, das Abkommen mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Am Freitag, 30.1. kam es dann zu den ersten Streikaktionen in zwei der drei hannoverschen Werke (Vahrenwald und Stöcken). Der Streik erfaßte zwar nicht alle Abteilungen (insgesamt streikten 1.500 bis 2.000 Kollegen), legte aber die

Produktion weitgehend lahm.

Auf ständigen Streikversammlungen in der Kantine wurde eine Streikleitung gewählt, da IG Chemie und Betriebsrat (natürlich...) es aufgrund ihrer „Friedenspflicht" ablehnten, die Forderungen der Kollegen zu vertreten.

Das erste Manöver der GL bestand darin, „Verhandlungen" anzubieten, wenn der Streik abgebrochen würde. Die Kollegen stimmten dem zu, nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß die GL zu den Verhandlungen, an denen der Betriebsrat und Vertreter der Streikleitung teilnahmen, nur einen entscheidungsunfähigen Strohmann geschickt hatte, brachen die Vertreter der Streikleitung die Verhandlungen ab und riefen dazu auf, am Montag weiterzustreiken.

Dieser Streik kam dann auch zustande, war aber wieder nur auf einige Abteilungen beschränkt.

Das Werk Limmer beteiligte sich nicht am Streik. Lediglich der Vertrauensleutekörper beschloß eine Solidaritätserklärung, in der er die Gewerkschaft zur Unterstützung des Streiks aufforderte.

In Vahrenwald kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten, die sich hier wie schon vorher als treue Büttel der Kapitalisten erwiesen: Sie boten ihre gesamte Redekunst auf, um die Kollegen wieder zur Arbeit zu bewegen, bekamen aber auf der Streikversammlung kein Bein auf den Boden: ihnen wurde ausdrücklich das Mißtrauen ausgesprochen.

Als die GL feststellen konnte, daß der Streik über eine gewisse Breite nicht hinauskam, schlug sie am Dienstag voll zu: Sie sperrte Kolleginnen und Kollegen verschiedener Abteilungen aus, darunter Abteilungen, in denen keine Aktionen gelaufen waren (u.a. eine Frauenabteilung), um die Kollegen gegeneinander aufzubringen. Aussperrungen hat es in Hannover seit über 20 Jahren nicht mehr gegeben. Weiter wurden am Dienstag und Mittwoch sieben Kollegen aus Stöcken und fünf aus Vahrenwald fristlos gekündigt.

Darunter waren Kollegen der Streikleitung. Der Betriebsrat hat diese Kündigungen noch nicht bestätigt, es bleibt abzuwarten, ob er sich auch diese Sauerei noch erlauben kann.

Durch diesen massiven Angriff der GL brach der Streik nach und nach zusammen. Am Donnerstag (5.2.) arbeiteten alle Kollegen wieder.

Die Forderungen konnten nicht

kündigt.

Darunter waren Kollegen der Streikleitung. Der Betriebsrat hat diese Kündigungen noch nicht bestätigt, es bleibt abzuwarten, ob er sich auch diese Sauerei noch erlauben kann.

Durch diesen massiven Angriff der GL brach der Streik nach und nach zusammen. Am Donnerstag (5.2.) arbeiteten alle Kollegen wieder.

Die Forderungen konnten nicht

durchgesetzt werden, auch die Streiktage werden nicht bezahlt – weder von der GL noch von der Gewerkschaftsführung. Eine Reihe von Kollegen trat aufgrund des arbeiterfeindlichen Vorgehens der Gewerkschaftsführung und der Betriebsräte aus der Gewerkschaft aus.

Die gekündigten Kollegen wurden einzeln in mehrstündigen Gesprächen mit GL und BR-Mitgliedern durch die Drohung mit Prozessen und Schadensersatzforderungen fertiggemacht. Es wurde ihnen sogar verboten, untereinander Kontakt aufzunehmen, falls sie eine Klage vermeiden wollten.

Während des Streiks hat die „Gruppe Conti", eine Gruppe fortschrittlicher Kollegen, ständig über den Streikverlauf informiert. Jetzt wandte sie sich mit einem Flugblatt an die hannoverschen Betriebe und Ausbildungsstätten mit der Bitte um Solidarität und der Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung aller zwölf entlassener Conti-Arbeiter. Bisher gibt es mehrere Solidaritätsadressen, u.a. von den Kollegen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung und dem ÖTV-Vertrauensleutekörper an der Medizinischen Hochschule.

Die „Gruppe Conti" plant eine Dokumentation und ruft zu Spenden auf.

Konto: 55/44408 – Deutsche Bank Hannover, Arbeiterbuch, Kennwort Conti-Streikhilfe •

KB/Gruppe Hannover

Conti

V.i.S.d.P.: Gruppe Conti c/o Arbeiterbuch Rehbockstr. 3

SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERN VON CONTI!

Von Freit[illegible], dem [illegible], bis [illegible]woch, den 4.2.76, streikten in den Conti-[illegible] und Stöcken die Kollegen der wichtigsten Abtei[illegible].

Der Conti-[illegible] versucht zur Zeit mit einem brutalen Angriff auf die [illegible] zu nutzen, um Akkorde zu [illegible]

ÖTV

Operation geglückt – Patient tot

Junge starb nach Mandeloperation, aber niemand ist schuld

Ein neuer Fall mörderischer Krankenversorgung wurde jetzt aus München bekannt. Dort fand ein Prozeß gegen einen Belegarzt und zwei Schwestern der Privatklinik Dr. Westrich statt, die der fahrlässigen Tötung eines zehnjährigen Jungen angeklagt waren, der nach einer Mandeloperation 1971 vermutlich an seinem eigenen Blut erstickte.

Alle drei Angeklagten wurden freigesprochen. Die Schwestern, weil sie nur eine einjährige abgebrochene Ausbildung haben; der Arzt, weil man ihm *„nicht die Versäumnisse der Klinikleitung vorwerfen"* konnte („Süddeutsche Zeitung", 4.2.76). Diese hatte ihn nicht über die unzureichende Ausbildung der Schwestern informiert.

Der Freispruch erfolgte, obwohl der Arzt zweimal von den Schwestern um Hilfe angerufen worden war, jedoch nicht erschien. Der Richter begründete diese Entscheidung zynisch: *„Selbst wenn der Arzt nach dem ersten (!) oder zweiten (!) Anruf gekommen wäre, wäre damit keine Gewißheit gegeben gewesen, daß der Bub hätte gerettet werden können. Schließlich sei keinem Arzt zuzumuten, nach einer Operation stundenlang (?!) am Bett des Kranken auszuharren"* („SZ", 4.2.76). Diese schweinische Begründung ist ein Freibrief für die Ärzteschaft.

Ärztliche Gutachter konnten (oder wollten) die entscheidenden Fragen nicht beantworten. Weder die Todesursache noch die Sterbezeit wurden festgestellt (vgl. „SZ", 30.1.76).

Klinikbesitzer gehen über Leichen

Die Klinik gehört Helga Westrich, die keine Ärztin ist und einem verantwortlichen (?) ärztlichen Leiter. Die Klinik wird staatlich unterstützt.

Die staatliche Unterstützung reichte der Klinikchefin jedoch nicht aus. Um noch mehr Geld aus der Klinik zu ziehen, stellte sie nicht voll ausgebildetes und deshalb billigeres Pflegepersonal ein. Nachts war für rund 80 Patienten, darunter bis zu acht Frischoperierten, eine (!) Nachtschwester zuständig (nach „SZ", 4.2.76).

Da der Entzug einer Klinikkonzession eine langwierige Sache ist und bisher auch nicht angestrebt wurde („ ... *in München bisher nicht vorgekommen*", „SZ", 5.2.76), wird man damit rechnen dürfen, daß die Profitgier auf gesundheitliche Kosten der Patienten noch weitergehen wird. Solchen Kliniken muß das Handwerk gelegt werden! •

Grundeinheit Medizin
SSB Hamburg

In privaten Heimen regieren Brutalität und Profitsucht

Am 22.1. des vergangenen Jahres wurde die Leiterin eines privaten Heimes in Waiblingen verhaftet. Jetzt erfolgte das Urteil: Zwei Jahre Freiheitsstrafe und lebenslanges Berufs-

In privaten Heimen regieren Brutalität und Profitsucht

Am 22.1. des vergangenen Jahres wurde die Leiterin eines privaten Heimes in Waiblingen verhaftet. Jetzt erfolgte das Urteil: Zwei Jahre Freiheitsstrafe und lebenslanges Berufs-

verbot. Vorgeworfen wird der Leiterin *„fortgesetzte Körperverletzung und Mißhandlung von Schutzbefohlenen"*; nicht zu Unrecht, denn die Zeugenaussagen sprechen eine deutliche Sprache über die Brutalität, mit der die Leiterin die ihr anvertrauten Schwachsinnigen, Depressiven und Alkoholiker beherrschte.

Einem Beerdigungsunternehmen wurden die Sterbefälle vorausgesagt (!!), manchmal sogar im Beisein der Betroffenen! Dafür kassierte die Heimleiterin 10 Prozent Provision vom Sargpreis. Bei Sterbefällen mußten alle Patienten dem Einsargen beiwohnen und Lieder singen, *„um ihnen die Angst vor dem Tode zu nehmen"*.

Der medizinische Sachverständige im Prozeß bestätigte die Zeugenaussagen, nach denen die Heiminsassen mit Teppichklopfern, Federballschlägern, Holzsandalen und Fäusten verprügelt worden waren. Noch Wochen und Monate nach den Quälereien waren Knochenbrüche und Blutergüsse festzustellen („Frankfurter

mit Teppichklopfern, Federballschlägern, Holzsandalen und Fäusten verprügelt worden waren. Noch Wochen und Monate nach den Quälereien waren Knochenbrüche und Blutergüsse festzustellen („Frankfurter

Rundschau", 7.2.76).

Ein stiller Komplize der Heimleiterin war der 64jährige Hausarzt des Heimes, der jahrelang bei den Patienten keine Wunden entdecken *„konnte"*; *„er hat eine Kartei geführt über Gebühren* (!!), *aber nicht darüber, was den einzelnen Patienten gefehlt hat!"* („FR"; ebenda).

Einen weiteren Teil der Schuld trifft die Behörden, die nur geprüft haben, ob das Heim den technischen Anforderungen genügt. Um alles andere haben sie sich überhaupt nicht gekümmert. Nur so konnte es geschehen, daß diese erschreckenden Verhältnissen drei Jahre lang (!) andauerten. •

Ein Genosse aus dem AK-Altona
KB / Gruppe Hamburg

CDU will mehr staatliche Leistungen abbauen!

Anfang Februar legte eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU ihrer Parteiführung einen Vorschlag für den „Abbau der Aufgaben des öffentlichen Dienstes" durch „Übertragungen auf Dritte", also Privatisierung der Leistungen, vor. Laut Vorstellung der Plänemacher sollen betroffen sein:

- „Daseinsvorsorge", d. h.,
  - Energie- und Wasserversorgung,
  - Abfallbeseitigung,
  - Straßenreinigung,
  - Betreiben von Kläranlagen,
  - innerstädtischer und Nah-Verkehr,
  - Betreiben von Sportstätten, Schwimmbädern, Unterhaltungsbetrieben.
- „Sozialwesen", d. h.
  - Kindergärten,
  - Jugendbetreuung,
  - Altenpflegeheime u. ä.,
  - Versorgung und Betreuung von Behinderten,
  - Krankenhäuser,
  - Sanatorien,
  - Betreuung von sozial gefährdeten Gruppen.

Diese Aufgaben sollen insbesondere wieder in die Verfügung von Kirchen und Verbänden zurückgeführt werden.

- „Bildung", d. h.
  - Schulwesen,
  - Hochschulwesen.
- und „Fremdenverkehr"

(laut „FR", 4.2.1976).

Die „Produktion solcher Leistungen soll nach dem Willen der CDU/CSU nach „wirtschaftlichen Gesichtspunkten" erfolgen, mit sogenannten „kostendeckenden Preisen". Angeblich sei das zur „Entlastung der öffentlichen Haushalte" und „Einsparung von Personalkosten" notwendig.

Die Position der CDU/CSU läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig: *„Die Bedarfsdeckung für sozial schwache Bevölkerungskreise muß durch gezielte Entlastung gesichert werden, d. h. keine politischen* (!) *Niedrigpreise für alle mit Rücksichtnahme auf wenige* (?!) *Bedürftige"*. Wer die „kostendeckenden" Preise nicht mehr tragen kann, soll staatlich, d. h. aus Steuergeldern, unterstützt werden.

Die Pläne der CDU/CSU zielen auf brutalen Abbau des gegenwärtigen Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung. •

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Hessen-Polizei sucht Bewerber

Bei der hessischen Polizei sind die Bewerbungen seit Anfang 1975 im Vergleich zum Vorjahr um über 25 Prozent zurückgegangen! Der Innenminister wies kürzlich darauf hin, daß zum 1. Oktober dieses Jahres *„500 Nachwuchsbeamte zur Einstellung bei der hessischen Bereitschaftspolizei und 25 bei der Kriminalpolizei dringend benötigt werden"* („Frankfurter Rundschau", 6.2.76).

Die stark rückläufige Tendenz in der Zahl der Bewerber macht den Herren Sorgen. Sie haben eine Werbekampagne gestartet, die auf die *„hervorragenden Ausbildungsmöglichkeiten"* hinweist und betont, daß die Polizei auch *„nicht auf Bewerber verzichten kann, die Berufserfahrung der verschiedensten (!) Art mitbringen."*

Wir wünschen dem Innenminister, daß er noch lange auf die Bewerbungen warten muß !

FDP will Essensgeldzuschuß streichen!

Der FDP-Landesvorstand Hamburg hat den Vorschlag gemacht, die Arbeitslosigkeit der Lehrer auf sehr „einfache" Weise zu bekämpfen: Das Geld für die Gehälter der Lehrer soll bei den sozialen Leistungen im Öffentlichen Dienst (ÖD) eingespart werden. Den Beamten und Angestellten soll der Essengeldzuschuß von DM 1,50 pro Tag gestrichen werden. Dies macht im Monat pro Beschäftigten DM 30 aus; im Jahr sind das 18,8 Mio. DM. Es soll den Kollegen im ÖD im wahrsten Sinne des Wortes „der Gürtel enger geschnallt werden"!

Das „Hamburger Abendblatt" (vom 5.2.76) bringt demagogisch als Überschrift zu dieser Meldung: „Beamten-Spende für Lehrer". In der bürgerlichen Presse wurde schon seit langem versucht, glaubhaft zu machen, daß die Privilegien der höheren Beamten abgebaut werden sollen. Tatsächlich aber zeigt dieser Vorschlag, daß hier ein weiterer Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten im ÖD geplant wird! •

Eine ÖTV-Genossin
KB / Gruppe Hamburg

amten-Spende für Lehrer". In der bürgerlichen Presse wurde schon seit langem versucht, glaubhaft zu machen, daß die Privilegien der höheren Beamten abgebaut werden sollen. Tatsächlich aber zeigt dieser Vorschlag, daß hier ein weiterer Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten im ÖD geplant wird! •

Eine ÖTV-Genossin
KB / Gruppe Hamburg

„Freiwilliges soziales Jahr" – das Geschäft mit der Jugendarbeitslosigkeit

Ende Januar teilte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit, daß gegenwärtig ca. 4.000 Jugendliche ein „Freiwilliges Soziales Jahr" machen würden. Diese Einrichtung der Bundesregierung, die u.a. vom Diakonischen Werk, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Deutschen Roten Kreuz unter dem vielsagen Namen „Aktion Gemeinsinn" (!) getragen wird, *„ermöglicht es jungen Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren, für die Dauer von sechs bis zwölf Monaten pflegerische, erzieherische oder hauswirtschaftliche Tätigkeiten vor allem in Krankenanstalten, Altersheimen, Kinderheimen, Kindertagesstätten, Erholungsheimen und Einrichtungen für behinderte Kinder auszuüben"* („Sozialpolitische Informationen", 28.1.1976).

Nach Meinung des Arbeitsministers kommt in der von Jahr zu Jahr steigenden Zahl der Helfer in diesen Einrichtungen die *„Bedeutung des Gesetzes zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres zum Ausdruck"*.

Unserer Meinung nach kommt in der Zahl von 4.000 allein die Not der Jugendlichen zum Ausdruck, die keine Lehrstelle finden.

Im Rahmen der „Aktion Gemeinsinn" bekommen sie keinerlei Ausbildung, arbeiten *„bei freier Kost und Unterkunft"* mindestens 40 Stunden in der Woche, machen meistens die letzten Arbeiten und werden nach Bedarf hin und hergeschoben – und das alles für ein Taschengeld von rund 150 DM monatlich!

Einzelne Krankenhäuser und Pflegeheime haben den Nutzen dieses „Freiwilligen Sozialen Jahres" erkannt: Anstelle der tariflich bezahlten Pflegehelferinnen werden von ihnen jetzt vermehrt die „Freiwilligen" eingestellt. •

Ein Genosse aus dem AK Altona
KB / Gruppe Hamburg

Zweifelhafte Behandlungsmethode fordert fünf Todesopfer

Am 9. und 10. Februar starben 5 Menschen, die bei der „Privatgesellschaft für Regenerative Überdrucktherapie" (GRT) in Hannover in Behandlung waren. Die Ursache für den Tod der Patienten, die an einer Luftembolie starben – an der auch Taucher sterben können, wenn sie aus großer Tiefe schnell auftauchen – war das allzu schnelle Senken des Druckes in der Überdruckkammer. Das war notwendig geworden, weil es einem der 20 Patienten in der Kammer so schlecht ging, daß ein Arzt eingreifen mußte. Dieser Patient und eine 60jährige Frau starben noch in der Kammer! Inzwischen sind noch 3 weitere Patienten gestorben.

Der behandelnde Arzt Dr. Lammert versuchte den Vorfall zu vertuschen, indem er gegenüber dem Leichenbestatter in beiden Fällen „natürliche Todesursache" bescheinigte. Jetzt wird gegen Dr. Lammert von der Staatsanwaltschaft wegen fahrlässiger Tötung in 5 Fällen und wegen fahrlässiger Körperverletzung ermittelt („Frankfurter Rundschau", 12.2.76). Gleichzeitig bzw. kurz nach diesem Unglück wurden die Behandlungszentren in Hannover und Hamburg (Heimhuder Straße 39) geschlossen.

Auf einer Pressekonferenz in Hannover wurde bekannt, daß das „Institut" weder ins Handelsregister eingetragen noch gewerblich gemeldet worden war. Darüber hinaus teilte der Leiter des Technischen Überwachungsvereins mit, daß die Druckkammern nicht abgenommen seien. Ihre Gebrauchsabnahme wurde noch nicht einmal beantragt!



In dieser Kammer wurden fünf Menschen zu Tode „behandelt"

In der Presse wurden die „Unfälle" und die Problematik der „Privatgesellschaft für Regenerative Überdrucktherapie" auf eine fehlende Schleuse vor der Hauptdruckkammer reduziert. Damit hätte sich der behandelnde Arzt zu den Patienten einschleusen können, ohne den Druck insgesamt für alle senken zu müssen. Sicherlich wären damit einige Komplikationen vermeidbar gewesen.

Letztlich ist die „Regenerative Überdrucktherapie", wie sie von Privatgesellschaften betrieben wird, jedoch nur das große Geschäft mit der Unwissenheit und Hilflosigkeit der Kranken und vom wissenschaftlichen Standpunkt umstritten, wenn nicht sogar in höchstem Maße gefährlich.

Eine Behandlungskur, die 10 Sitzungen umfaßt, kostet 650 DM. Hinzu kommen noch 50 DM für die „ärztliche Voruntersuchung" im Behandlungszentrum, obwohl die Patienten *„ärztliche Berichte und Befunde, EKGs und Röntgenaufnahmen vom Hausarzt"* mitzubringen haben (Informationen über die Hyperbare Medizin, GRT/Hamburg). Die fälligen 700 DM sind spätestens 14 Tage vor (!) Behandlungsbeginn zu überweisen (ebenda).

Abgesehen von dem hohen Preis und den merkwürdigen Geschäftsbedingungen der „Gesellschaft", kaufen die Hilfesuchenden auch noch die Katze im Sack, wie ein uns bekannter Fall in Hamburg beweist: Hier war der Zustand einer Patientin mit einem Anfallsleiden schon nach dem ersten Behandlungstag schlechter geworden. Trotzdem wurde die Behandlung fortgesetzt. Nach drei weiteren Behandlungstagen mußte die „Therapie" eingestellt werden, da der Zustand der Frau besorgniserregend war. Trotzdem wird dem Ehemann jetzt die Rückzahlung des Geldes – zumindest für die nicht in Anspruch genommenen Sitzungen – verweigert!

Die Kosten für solche Roßkuren werden von keiner Krankenkasse übernommen.

Bei den Hilfesuchenden werden Illusionen in eine Behandlungsmethode geweckt, die nach bisherigen Erkenntnissen nur für ganz wenige Erkrankungen geeignet ist. Die Wiener Mediziner Kucher und Steinbereithner geben in ihrem Buch „Intensiv-Pflege-Station-Therapie" als „gesicherte" Anwendungsmöglichkeiten für diese Therapie nur an:

- Kohlenmonoxidvergiftung
- Gasbrand-Infektion
- Strahlenbehandlung einiger bösartiger Tumore.

Von ihnen wird die Behandlung mit der Überdruckkammer von Lebererkrankungen, Herzinfarkt und Tetanus stark angezweifelt, bzw. sogar abgelehnt, während in dem Prospekt der GRT in Hamburg selbst für die Therapie dieser Krankheiten Reklame gemacht wird!

Darüber hinaus fordern Mediziner eine strenge Überwachung während der Behandlung der Patienten (optisch, akustisch, EKG und eventuell auch Blutdruckmessung), da die Therapie *„keineswegs als gefahrlos"* (Steinbereithner/Kucher, S. 326) anzusehen ist.

Da weder die notwendigen Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden, noch der therapeutische Nutzen dieser Behandlung für die von der GRT angegebenen Fälle erwiesen ist, fordern wir:

SOFORTIGE SCHLIESSUNG DER PRIVATEN BEHANDLUNGSZENTREN FÜR ÜBERDRUCKTHERAPIE!

ENTSCHÄDIGUNG DER BETROFFENEN BZW. IHRER ANGEHÖRIGEN!

Genossen aus dem UKE und dem AK Altona
KB / Gruppe Hamburg

Ärzte fühlen sich ausgenommen!

„ *(Medizin)Professoren sind doch heute das, was früher die Juden und in den sechziger Jahren die Studenten waren"* (Kultusminister Hahn, Baden-Württemberg) und *„Die Unterdrückung privatärztlicher Tätigkeit ist gleichzeitig eine Unterdrückung der Entscheidungsfreiheit ... Eine Unterdrückung dieser berechtigten Wünsche* (nach Privatbehandlung in Kliniken – d. Red.) *sei von Diktatur nicht weit entfernt"* („Berliner Zeitung" vom 5.12.).

Mit diesen und ähnlichen Wutschreien reagierten der „Verband der Ärzte Deutschlands" und ultrareaktionäre Gesinnungsgenossen (wie Hahn) auf Pläne im Rahmen des „Sparprogramms", die Ende letzten Jahres unter der Überschrift „Mehr Geld für Privatbetten" von den bürgerlichen Zeitungen breit aufgegriffen wurden.

Bisher mußten z. B. die Uni-Klinik-Professoren für jedes Bett, das sie mit einem Privatpatienten belegten, in Westberlin pro Tag 2,75 DM an die Universitätskasse abgeben (in NRW 18,46; HH 15,75; Baden-Württemberg 11 bis 18 Mark; Schleswig-Holstein 5,50 bis 12 Mark; Bayern 5 bis 9 Mark; Hessen 4 Mark – nach „Stern" 48/75).

Dieser Miniatur-Satz soll jetzt auf den immer noch minimalen Satz von 12,50 DM in Westberlin erhöht werden (laut Senatsplan).

Außerdem lassen das Wutgeheul über diese geringe Erhöhung und auch Erfahrungen aus der Vergangenheit darauf schließen, daß die „hohen" Professoren überhaupt nichts bezahlen werden!

So weigerten sich 60 Chefärzte in Baden-Württemberg, die fälligen 6,5 Mio. Mark „Bettengeld" zu bezahlen (nach „Stern", 48/75). Auch in Westberlin, das bisher den niedrigsten „Bettensatz" hatte, mußte der Rechnungshof seit 1963 mehr als 10 Jahre lang die Abgaben anmahnen.

Übrigens liegen die Durchschnittsverdienste westdeutscher Klinik-Professoren zwischen 600.000 und 1,2 Mio. Mark (pro Jahr versteht sich!!). Im „Ausnahmefall" werden auch Spitzen von 1,8 Mio. Mark erreicht! Das sagte ein CDU-Politiker vor einem Untersuchungsausschuß – und der übertreibt ganz bestimmt nicht („Stern", 48/75).

Gesundheitsgruppe
KB / Westberlin

ÖTV-Chef Kluncker: Erst Maßhalten...



...am Ende umfallen!



DRUCK

IG Druck und Papier

Mitglieder wollen mehr als die Gewerkschaftsführer

Hannover:

Auf der Bezirksversammlung der DRUPA am 31.1. wurde mehrheitlich eine Tarifforderung von 200 DM beschlossen. Von etwa 150 Anwesenden stimmten nur 13 gegen diese Forderung. Vergeblich hatte der Landesbezirksvorsitzende Leberecht-Lange versucht, die Kollegen auf eine Forderung einzustimmen, die „für die Wirtschaft zumutbar" und „psychologisch richtig" sei.

Außerdem forderte die Versammlung:

- die Tarifkommissionsmitglieder müssen sich verbindlich an die Beschlüsse der Versammlung halten.
- Veröffentlichung der Forderung in der Gewerkschaftszeitung
- Information an die Kollegen in den Betrieben
- erneute Versammlung im März.

Bereits vor der Versammlung hatte eine „Initiative von Kollegen aus Hannoverschen Druckbetrieben" einen Diskussionsvorschlag vorgelegt, in dem eine Forderung nach 200 DM linear aufgestellt wurde. Dieses Diskussionspapier verschickten sie an

dem eine Forderung nach 200 DM linear aufgestellt wurde. Dieses Diskussionspapier verschickten sie an

verschiedene Druckbetriebe in der BRD. Für die Gewerkschaftsführer war dies „Manipulation" und würde den „demokratischen Willensbildungsprozeß" beeinträchtigen. Das wäre „spalterisch" und letztlich „gewerkschaftsfeindlich". Mit dieser Hetze haben sie sich in Hannover nicht durchsetzen können.

(Nach einem Bericht von Genossen aus Hannover)

Göttingen:

Auf der Mitgliederversammlung am 1. Februar wurde eine Tarifforderung von 150 DM beschlossen. Auf dieser Versammlung hetzte der Landesbezirksvorsitzende der DRUPA, Leberecht-Lange, gegen die 200 DM-Forderung der Kollegen aus Hannover. Dies sei der „Versuch einiger Chaoten (!), eine nicht durchsetzbare Forderung zu erheben."

Demgegenüber lobte er den Beschluß des Ortsvereins Hildesheim von 125 DM linear als „realistisch".

Doch auch in Göttingen hatten die Gewerkschaftsführer keinen Grund zufrieden zu sein. Die Mitgliederversammlung beschloß, eine Anhebung der Lehrlingslöhne auf monatlich 600 DM netto. Göttingens DRUPA-Vorsitzender Schwabe pöbelte: das sei „nicht durchsetzbar und töricht. Vordringlichste Aufgabe" müsse es sein, „neue Lehrstellen zu schaffen"!

(Nach „Göttinger Tageblatt, 2.2.76).

Westberlin:

Auch in Westberlin schlossen sich mehrere BRs und Kollegen der 200 DM-Forderung an, wobei es hier durch ein spalterisches Organisierungssystem noch besonders schwer ist, eine Forderung durchzubekommen. Die Kollegen sind nicht etwa nach Betrieben organisiert, sondern nach Wohnbezirken. So gibt es neun Bezirksversammlungen, in denen Kollegen aus den gleichen Firmen voneinander getrennt diskutieren und abstimmen. Trotzdem haben sich sechs von neun Bezirksversammlungen für eine Festgeldforderung ausgesprochen und 90% der Anwesenden auf der Funktionärsversammlung. Die Initiative ergriffen die Betriebsräte vom Druckhaus Tempelhof, die eine Unterschriftensammlung für die Resolution der HAZ-Kollegen machten, die auch vom größten Teil der

Unterschriftensammlung für die Resolution der HAZ-Kollegen machten, die auch vom größten Teil der

Vertrauensleute unterschrieben wurde. Dennoch wurde noch nicht definitiv über die Höhe der Festgeldforderung abgestimmt.

Ein Springer Betriebsrat, der sich bei der Funktionärsversammlung für eine Prozentforderung stark gemacht hatte, teilte am Schluß mit, er wolle die Ergebnisse an die Medien weiterleiten. Am 4.2. wurde im RIAS die Nachricht bekanntgegeben, daß die Kollegen der Drupa eine Festgeldforderung von 100 DM bis 150 DM aufgestellt hätten. Damit wollte dieser „Kollege" die Mitglieder, die sich nicht über die Gewerkschaftspresse informieren können, auf eine Niedrigforderung orientieren. Dieser „Kollege" scheint sich eine Menge von der Manipulation der Presse bei seinem Chef Springer abgeguckt zu haben.

Broschek, Hamburg:

Auch in der Tiefdruckerei Broschek wurde der Antrag, 200 DM zu fordern, von der Gruppe „ARGUMENTE" unter der Belegschaft zur Diskussion gestellt, sowie im BR zur Abstimmung gebracht. Dies mit dem Ziel, ihn zu veröffentlichen. Nach heißer Diskussion, ob so etwas überhaupt „nötig" sei, wurde die Veröffentlichung mit Mehrheit (6:2) beschlossen.

Daraufhin hatte der rechte stellvertretende BR-Vorsitzende (Sozialdemokrat) nichts eiligeres zu tun, als mit dem Ortsvereinsvorsitzenden der Drupa, Wolf, Rücksprache zu halten.

Von diesem bekam er dann die ihn zufriedenstellende Antwort: der Aushang eines solchen Schreibens stelle eine Amtspflichtverletzung des BR dar, das verletze die „Friedenspflicht" des BR und außerdem stelle das einen „Eingriff in den Aufgabenbereich der Gewerkschaft" dar.

Dies wurde auf der nächsten BR-Sitzung vom stellvertretenden Vorsitzenden vorgetragen. Mit diesen massiven Drohungen wurden die beiden Kollegen, die mit den „ARGUMENTE"-Vertretern für Veröffentlichung waren, „umgestimmt" und die Veröffentlichung wurde in der neuerlichen Abstimmung mit 6:4 abgelehnt.

Bauer-Verlag, Hamburg:

Bauer-Verlag, Hamburg:

Der Vertrauensleutekörper des Bauer-Verlages verabschiedete die HAZ-Forderung in Abänderung zu 50 DM die Woche bei nur einer Enthaltung.

Dennoch wurde dieses Votum von den Betriebsräten auf der Delegiertenversammlung noch nicht einmal bekanntgegeben und nur halbherzig vertreten.

• Der **Springer-Vertrauenskörper forderte 12%, Vertrauensleute bei Gruner und Jahr 13%.**

Die **Delegiertenversammlung** am 9.2. zeigte jedoch, daß kein Kollege bereit ist, sich der Lohnverzichtsforderung der Unternehmer und der Regierung zu unterwerfen. Trotz der vielen positiven Beiträge wurde zuletzt eine 12%-Forderung angenommen mit der Zusatzforderung, die untersten drei Lohngruppen anzuheben. Die erneute Ablehnung einer linearen Forderung veranlaßte mehrere Kollegen dazu, demonstrativ den Raum zu verlassen. •

Druckkomitee
KB / Gruppe Hamburg

Neues Gesetz zur „Kontrolle der Pressefusionen":

Alter Wein in neuen Schläuchen

Im Wirtschaftsausschuß des Bundestages haben sich SPD und FDP darauf geeinigt, daß das Gesetz zur „Einführung einer besonderen Fusionskontrolle für Presseunternehmen" im Februar verabschiedet werden soll.

Danach soll durch Herabsetzung des „Aufgreifkriteriums" erreicht werden, daß auch Pressekonzerne von der Fusionskontrolle erfaßt werden können, *„sofern es bei einem gegebenen Zusammenschluß um eine Auflage von mindestens 70.000 bis 80.000 geht"* („Frankfurter Rundschau", 31.1.76).

Angesichts der sich verstärkenden Konzentrations- und Fusionsprozesse in der Druckindustrie, vor allem aber im Bereich der Zeitungsverlage, wurde die Forderung nach einer wirksamen Fusionskontrolle immer lauter.

Vor allem die im Zuge dieser Fusionen durch Massenentlassungen bedrohten Druckarbeiter und Redakteure fordern Gegenmaßnahmen.

Fusionskontrolle nur auf dem Papier

Das nun unmittelbar vor der Verabschiedung stehende „Fusions-Kontroll"-Gesetz soll nun angeblich der Konzentration im Pressewesen einen Riegel vorschieben.

Tatsächlich aber haben sich SPD und FDP darüber geeinigt, die ohnehin wirkungslosen Kartellgesetze noch weiter zu entschärfen.

Das Kartellamt hat für den Bereich der gesamten Wirtschaft das Recht, Fusionen zu verbieten, wenn *„durch einen Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung entsteht ..."*, wobei diese Verbote natürlich nicht ausgesprochen werden, wenn die Kapitalisten nachweisen, *„daß durch den Zusammenschluß auch Verbesserungen der Wettbewerbsbedingungen eintreten"* (nach „Handelsblatt", 28.10.75).

Bei der Formulierung des Kartellgesetzes für den Pressebereich haben SPD und FDP selbst das „Abwägungsrecht" gestrichen, so daß nicht einmal mehr vom Kartellamt gewisse Auflagen bei der Fusionsgenehmigung erteilt werden können.

Sollten diese Auflagen nicht eingehalten werden, beschränken sich die Maßnahmen des Kartellamtes auf die Veröffentlichung (!) dieses „Tatbestandes". („FR", 23.1.76).

Der CDU/CSU ist selbst das schon zu viel. Mit diesem Gesetz werde *„ein Sonderrecht für deutsche Zeitungen und Zeitschriften statuiert, daß dem Staat vielfältige Eingriffe in die privatwirtschaftliche Struktur der Presse ermögliche und damit gegen Artikel 5 des Grundgesetzes verstoße"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.1.76).

Für die Druckarbeiter kann es dagegen nur heißen:
GEGEN PRESSEKONZENTRATION UND RATIONALISIERUNG – ARBEITERMOBILISIERUNG ! •

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Druckhaus Tempelhof:

Erfolgreicher Kampf gegen Lohnraub

Seit der Anrechnung der Hälfte der Übertarife haben sich die Tiefdrucker fast durchweg geweigert, Mehrarbeit zu leisten. Mehrarbeit heißt, entweder Überstunden machen, oder aber „Ausgleich fahren", d.h. statt vier Mann Besatzung wird mit drei Mann an der Tiefdruckrotation gearbeitet, der fehlende Kollege wird „ausgeglichen". Dafür erhalten die anderen Kollegen eine gewisse Vergütung, bei der die Firma jedoch günstiger fährt, als würde sie einen vierten Mann ranstellen.

Die Personalplanung geht so weit, daß eine Maschine selbst dann unbesetzt ist, wenn alle Kollegen da sind.

Die Tiefdruckkollegen forderten seit Sommer 75: Entweder volle Auszahlung der Löhne oder keine Mehrarbeit!

Die Geschäftsleitung (GL) lehnte ab! Ende des Jahres gerieten die Kapitalisten zunehmend unter Termindruck, eine Reihe von Aufträgen würde nicht fertig werden, wenn nicht alle Maschinen laufen...

Am 5. Januar schließlich fand frühmorgens eine Versammlung aller Tiefdruckabteilungen statt, auf der die GL noch einmal mit den Forderungen der Kollegen konfrontiert wurde:

– Auszahlung des vollen Lohnes wenigstens rückwirkend ab 1. Januar, schriftliche Zusicherung, daß die nächste Tariferhöhung voll ausgezahlt wird!

– Die GL blieb hart.

Da die Kollegen trotz eines nicht unwesentlichen Abgehens von ihrer Ursprungsforderung (rückwirkende Auszahlung vom April, bzw. Herbst 75) keine Kompromißbereitschaft seitens der GL sahen, war die Forderung des Mehrarbeitsstreiks abgemachte Sache.

Im Gegensatz zur Gepflogenheit des alten BR's, die Maßnahmen der GL mit einer eigenen Unterschrift zu stützen, lehnte der neue BR kategorisch seine Zustimmung zur Mehrheit ab.

Er machte seine Zustimmung wie die Kollegen im Tiefdruck von der Erfüllung der Forderungen abhängig.

Wir gewinnen einen Kampf

Die GL gerät in der Woche vom 12. – 16. Januar in eine offensichtlich schwierige Lage:

Nachdem bereits einige Zeit vorher ihr Versuch gescheitert ist, Tiefdrucker von Maul & Co. (Nürnberg) auszuleihen, weil Maul & Co. selber voll ausgelastet war, versucht Hoffmann am Mittwoch dem 14.1. als letzten Strohhalm, aus anderen Westberliner Tiefdruckbuden Kollegen als Streikbrecher auszuleihen. Die termingerechte Abwicklung eines Großauftrages ist mittlerweile so gefährdet, daß die GL mit hohen Konventionalstrafen rechnet.

Tatsächlich finden sich auch sechs Drucker bereit. Die GL vom „Druckhaus" hatte behauptet, der „Druckhaus" – BR wäre mit dem Ausleihen einverstanden. Das wollen die BRs der betreffenden Firmen natürlich genau wissen und rufen beim „Druckhaus" – BR an. Die Folge ist, daß die GL eine halbe Stunde später sehr zu ihrem Leidwesen erfahren muß, daß die Betriebsräte der anderen Betriebe dem „Ausleihen" nicht zugestimmt, und damit das „Projekt Streikbruch" wieder ins Wasser gefallen ist.

Die GL startet nun ihren letzten Coup, sie greift sich drei Tiefdrucker, die noch am schwankensten sind, und läßt sie „Ausgleich" fahren, vor den Augen aller Kollegen, schon fast eine Provokation. Der BR erfährt natürlich sofort davon und droht der GL umgehend, wenn nicht sofort ein vierter Mann dazugestellt werde, habe der BR die längste Zeit über die Mehrarbeit verhandelt.

Die GL verfährt sofort, wie von ihr verlangt.

Am Donnerstag dem 15.1. gibt sie der Belegschaft die schriftliche Zusicherung, bei der nächsten Tariferhöhung keine Anrechnung vorzunehmen.

Vermutlich hätte der BR in dieser Lage auch rückwirkende Auszahlungen durchsetzen können, man ist noch nicht hart genug in der Ausnutzung eines günstigen Kräfteverhältnisses.

Diese Zusicherung ist aber dennoch ein wichtiger Erfolg in einer Situation, wo überall die übertariflichen Zulagen angegriffen werden und die Druckkapitalisten vielerorts Ankündigungen gemacht haben, auch weiterhin anzurechnen.

Der Kampf der Tiefdruckkollegen hat gezeigt, daß durch einheitliches und konsequentes Auftreten der ausgekochtesten Kapitalist auch heute in seine Schranken verwiesen werden kann. •

Druck-Gruppe
KB/Gruppe West-Berlin

Presse-Konzentration, Monopolisierung und Entlassungen

Geradezu täglich schreitet die Konzentration voran und bestimmt hauptsächlich das gegenwärtige Stadium des verschärften Konkurrenzkampfes: Um die Ballungsgebiete Hamburg, Bremen, Westberlin, Köln/Essen, Stuttgart und Hannover haben sich Druck- und Pressemonopole herausgebildet, in deren Umfeld dort konkurrierende Betriebe auf der Strecke geblieben sind. So sind durch den Aufbau des hannoverschen HAZ-Druckzentrums Kirchrode über 600 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden, die Konzentration des Bauer-Konzerns auf Köln kostet ca. 400 Kollegen (davon überwiegend Frauen) in Hamburg den Arbeitsplatz.

Nach der 1974 vollzogenen Fusion der beiden größten baden-württembergischen Zeitungsverlage „Stuttgarter Zeitung" und „Stuttgarter Nachrichten", die zur absoluten Monopolstellung auf dem südwestdeutschen Presse- und Drucksektor führte, trieb der Konzern den Aufbau eines riesigen Druckzentrums voran. Als gleichzeitiger Mehrheitsbeteiligter bei der „Deutschen Verlags-Anstalt" (DVA) liquidierten die Kapitalisten die DVA-Druckerei, wobei 450 Kollegen ihren Arbeitsplatz verloren. Mit Eröffnung der Produktion werden die bisherigen Druckereien der „Stuttgarter Zeitung", der „Stuttgarter Nachrichten" und des „Stuttgarter Wochenblattes" stillgelegt, was für die Kollegen wieder einmal Entlassung bedeutet.

Am 5.Februar meldete die „Frankfurter Rundschau", daß die bisher mit 30% am Stuttgarter Zeitungskonzern beteiligte Herausgeberin der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", L. Madsack, ihre Anteile an die ebenfalls am Stuttgarter Konzern beteiligten Verlage „Rheinpfalz Verlag und Druckerei" in Ludwigshafen und die „Gruppe Württembergischer Verleger" verkaufen wird.

Gruner & Jahr:

Laut Geschäftsbericht des Unternehmens Gruner + Jahr für 1974 konnte die absolute Führungsposition auf dem Anzeigenmarkt mit 25% Anteil gehalten werden. Weiterhin konnte trotz Rückganges der Anzeigen- und Fremdumsätze ein Jahresgewinn von 34,1 Mio. DM (vor Steuern) erzielt werden.

Dieser Gewinn konnte nur dank der umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Beschäftigten realisiert werden, außerdem wurden durch Formatverkleinerungen und andere Kalkulationen noch Materialkosten eingespart. *„Beim Material konnte der Aufwand trotz der gestiegenen Papierpreise sogar um 5,3%, nämlich von 275,4 Mio. DM auf 260,8 Mio. DM gesenkt werden"* („Druck und Papier", 1/76).

Die Rausrationalisierungen der Belegschaft sahen folgendermaßen aus: vom 1972-74 reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten um 1.666; waren es 1972 noch 6.491 Angestellte und Arbeiter, so zählt man am Ende 1974 nur noch 5.325. Ihre Zahl ist im ersten Halbjahr 1975 erneut um rund 200 zurückgegangen. Die Entlassungen wurden hauptsächlich im Rahmen der Schließung der Tiefdruckerei in München und der Zusammenlegungsmaßnahmen in einen zentralen Gebäudekomplex in Hamburg betrieben.

Neben den Entlassungen hatten die Rationalisierungsmaßnahmen für die Kollegen noch den Effekt der Intensivierung der Arbeitshetze und Mehrarbeit. *„So stieg von 1971 bis 1974 der Umsatz des einzelnen Arbeitnehmers bei Gruner + Jahr um 34,1 Punkte... Dem Rückgang der Beschäftigtenzahl stand bis 1973 zumindest ein Anstieg des Umsatzes auf 115,9 Punkte gegenüber, der dann im letzten Geschäftsjahr auf 111,1 Punkte leicht zurückfiel."*

Den Kapitalisten geht es währenddessen blendend: *„So stiegen die Vorstandsbezüge (...) um 6,9% und erhöhten sich damit von insgesamt 3,6 auf 3,9 Mio. DM. Die durchschnittlichen Jahresbezüge eines Vorstandsmitgliedes betrugen 1973 genau 736.828 DM."* (Zitate und Zahlen aus IG Druck Zentralorgan Nr. 1, Januar 1976, S. 13-15).

DRUCK

„Hannoversche Allgemeine Zeitung":

Erfahrungen mit der Pressefreiheit

Die Aktionen der Kollegen der „HAZ"-Technik (Hannoversche Allgemeine Zeitung) am 30.10.75 für Neueinstellungen und gegen Arbeitshetze hat unter den fortschrittlichen Kollegen der Drupa, aber auch darüberhinaus, viel Anklang gefunden. Die Kollegen vom Berliner „Merkator" z. B. erklärten sich schriftlich solidarisch mit der Aktion und begrüßten die Initiative in diese Richtung. Auf der Hamburger Betriebsräteveranstaltung wurde die Darstellung der Aktivitäten der Hannoverschen Kollegen sehr gut aufgenommen.

Ganz anders die Reaktion der Chefradaktion der „HAZ". Wie wir schon im AK 71 berichteten, fand sich am Tag nach der Aktion auf der Titelseite der Zeitung ein entsprechender Kommentar, unterschrieben mit: „Die Redaktion", in dem demagogisch die „Gefährdung der Pressefreiheit" ausgerechnet den „HAZ"-Kollegen vorgeworfen wurde.

Daß dieses Geschmiere pauschal mit „Die Redaktion" unterzeichnet war, löste unter den Redakteuren z. T. Unwillen aus, weil sie weder mit der Meinung der Chefredaktion übereinstimmten, noch nach ihrer Meinung dazu gefragt worden waren. Besonders sauer waren aber mit Recht die Kollegen aus der Montage. In einem Leserbrief wehrten sie sich gegen die Diffamierung durch die Chefredaktion, wo es u. a. heißt: „*Wir Kollegen sind der Meinung, daß Pressefreiheit nur noch die Freiheit einer kleinen, aber mächtigen und kapitalkräftigen Gruppe ist, ihre Meinung mit Hilfe von abhängigen Lohnschreibern (in diese Rolle sind die meisten Journalisten schon gedrängt worden) zu verbreiten.*"

Wie schon fast erwartet, erschien der Leserbrief natürlich nicht. Es gab noch nicht einmal eine Reaktion. Als die Kollegen nachhakten, erhielten sie zur Antwort, daß der Brief wohl angekommen wäre, es würden nur grundsätzlich keine anonymen Leserbriefe veröffentlicht. „Die Kollegen aus der Technik", anonym?

Um diesen miesen Vorwand zu entkräften, schrieben sich alle Kollegen der Montage in eine Unterschriftenliste ein, die umgehend der Chefredaktion nachgereicht wurde. Der miese Vorwand entlarvte sich nun vollends, denn auch jetzt wurde der Brief nicht veröffentlicht. Stattdessen reagierte der Chefredakteur W. Wagner und ließ in einem Brief an die Kollegen die wahren „Gründe" raus. Auf gar keinen Fall könne veröffentlich werden, daß Journalisten zum großen Teil „abhängige Lohnschreiber" im Dienste einer kleinen kapitalkräftigen Gruppe seien. Eine solche Darstellung wäre auch „*schädlich für das Unternehmen, das uns alle beschäftigt*"!

W. Wagner meint weiter: „*die Veröffentlichung eines Leserbriefs aus dem eigenen Hause, der Formulierungen enthält, die für viele unserer Leser von der Ausdrucksweise von Kommunisten kaum noch zu unterscheiden sind, würde den Eindruck verstärken, daß unser Haus nicht mehr imstande sei, sich gegen stark linksgerichtete Tendenzen im eigenen Betrieb zu behaupten* (!?)". Auch sei der Arbeitskampf vom 30.10. eine „*hausinterne Auseinandersetzung*" gewesen, die die Leser möglichst schnell vergessen müßten. Deutlicher konnte schon kaum noch gesagt werden, auf welcher Seite „unsere Freie Presse" steht.

Der Standpunkt der Kapitalisten bedeutet Pressefreiheit. Der Standpunkt der Arbeiter gefährdet diese „kostbare" Einrichtung und wird darum selbstverständlich unterdrückt und diffamiert.

Auf daß sich jeder seine Meinung „frei" bilden kann ...! ●

Drucker-Gruppe
KB/ Gruppe Hannover

Ein Kapitalist bringt es auf den Punkt:

„Man muß der Presse auch die Freiheit geben, Lügen zu verbreiten, denn die Pressefreiheit ist unteilbar."
So Paul Dierichs, Verleger der „Hessischen Allgemeinen".

Hamburger Drupa-Delegierte beschließen: Die Frauen-Versammlung muß stattfinden!

Am 9. Februar stimmte die Delegiertenversammlung (DV) des Drupa-Ortsvereins Hamburg folgendem Antrag mit großer Mehrheit zu:

„*Wir stellen den Antrag, daß die IG Druck und Papier möglichst innerhalb der nächsten vierzehn Tage eine Frauenveranstaltung einberuft, auf der die besondere Unterdrückung der Frauen im Rahmen der Rationalisierung und die Vorstellungen und Forderungen für die bevorstehende Tarifrunde diskutiert werden können.*

Damit die Frauen auch an der Veranstaltung teilnehmen können, organisiert die DV aus freiwilligen männlichen Kollegen für die Zeit der Veranstaltung einen Kindergarten. Die Veranstaltung steht allen Kolleginnen offen.

Für die Veranstaltung wird mit einem Flugblatt vor allen größeren Betrieben unserer Branche mobilisiert. Ein Verteiler wird in dieser DV organisiert. Dieser Antrag wird im Mitteilungsblatt veröffentlicht."

Eingebracht wurde dieser Antrag von der Betriebsgruppe der IG Drupa im „Spiegel", die damit einer Anregung folgte, die auf der zuvor mit relativ großem Erfolg durchgeführten dju-Frauenveranstaltung gegeben worden war (siehe auch AK 73).

Auch die Journalisten-Gruppe „Solidarität" hatte sich bemüht, die Initiativen, die von der dju-Frauenveranstaltung ausgegangen waren, weiterzutragen. In einem vorrangig an die Kolleginnen des Druck- und Pressebereichs gerichteten Flugblatt, das in den Betrieben gut ankam, schlug die „Solidarität" zusätzlich zu der allgemeinen Forderung nach DM 200,– mehr für alle u. a. als besondere Forderungen der Frauen vor:

„– *Abschaffung der beiden untersten Lohngruppen sowie der untersten Gehaltsgruppen. Diese Gruppen werden hauptsächlich dazu benutzt, die Unterbezahlung der Frauen zu verschleiern; sie sind verkappte Leichtlohngruppen!*
– *Einstufung der Frauen in die gleichen Lohn- und Gehaltsgruppen wie die männlichen Kollegen!*
– *Freistellung von der Spätschicht für alle Frauen, d. h. freie Wahl der Schichten bei vollem Lohnausgleich!*
– *Bezahlter Pflege-Urlaub bei Krankheit der Kinder nicht nur für die Mutter, sondern auch für den Vater; und zwar nicht nur für fünf Tage im Jahr, sondern solange kranke Kinder gepflegt werden müssen und unabhängig davon, wie alt die Kinder sind.*"

Drupa-Vorsitzender Wolf beteuerte, daß er schon immer ein besonderes Herz für die Belange der Frauen gehabt habe, aber leider seien vierzehn Tage v i e l zu kurz, um eine „anständige Frauenveranstaltung auf die Beine zu bringen", und im Mitteilungsblatt könne der Beschluß auch nicht veröffentlicht werden, denn das erscheine erst später.

Vergebens beschwor auch die „Frauenleiterin" des Ortsvereins, Gertrud Hopp, die Delegierten, das ganze Projekt doch an den Frauenausschuß zu überweisen, der sich dann Gedanken über eine Frauenversammlung machen könne.

Es half alles nichts. Der Antrag bekam eine große Mehrheit. Viele Kollegen trugen sich in die Listen für den Kindergarten und das Verteilen ein.

Es wird jetzt darauf ankommen, daß die aktiven Drupa-Kollegen unverzüglich daran gehen, gemeinsam mit den Kolleginnen im Betrieb den Inhalt der Versammlung zu planen und bereits jetzt dafür zu mobilisieren. ●

Druck-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

„NRZ":

Betriebsratsentlassung vorerst verhindert

Nach einer Fusion von „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" und „Neue Ruhr Zeitung" am 27. Oktober 1975 ließ WAZ-Geschäftsführer verlauten: „...*daß der Zweck der Fusion unter anderem verlauten, die Sicherung einer optimalen Zahl von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt die Sicherung der publizistischen Selbstständigkeit der ,Neue Ruhr/Neue Rheinzeitung' ist. Die automatische Außerkraftsetzung des ,NRZ'–Betriebsrates gehört nicht zu den Zielen des vorgesehenen Zusammenschlusses*" (nach „Druck&Papier", 2/76).

Nach dem Inkrafttreten der Fusion am 1.1.76 schlug Grotkamp zu: Er untersagte dem „NRZ"–Betriebsrat, weiterhin für die Belegschaft der neugegründeten Verlagsgesellschaft „Zeitungsverlag Niederrhein" tätig zu werden und hob die Freistellung der BR-Vorsitzenden C.B. auf.

Der Betriebsrat der „NRZ" stellte sich diesem Angriff auf die Vertretungsorgane geschlossen entgegen und holte eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht ein, daß der ehemalige „NRZ"-Betriebsrat auch in der neuen Verlagsgesellschaft die Arbeit fortsetzen kann.

Am 9. Januar entschied das Arbeitsgericht zu Gunsten der Kollegen. Am 7. April findet die Hauptverhandlung statt. ●

Belgische Druckarbeiter vor Gericht!

Nachdem der faschistische Zeitungs- mer unterzeichnet, wonach kein ein-

anderem verlauten, die Sicherung einer optimalen Zahl von Arbeitsplätzen und nicht zuletzt die Sicherung der publizistischen Selbstständigkeit der ,Neue Ruhr/Neue Rheinzeitung' ist. Die automatische Außerkraftsetzung des ,NRZ'–Betriebsrates ge-
Er untersagte dem „NRZ"–Betriebsrat, weiterhin für die Belegschaft der neugegründeten Verlagsgesellschaft „Zeitungsverlag Niederrhein" tätig zu werden und hob die Freistellung der BR-Vorsitzenden C.B. auf.
Der Betriebsrat der „NRZ" stellte
der neuen Verlagsgesellschaft die Arbeit fortsetzen kann.
Am 9. Januar entschied das Arbeitsgericht zu Gunsten der Kollegen. Am 7. April findet die Hauptverhandlung statt. ●
Belgische Druckarbeiter vor Gericht!

Nachdem der faschistische Zeitungsbesitzer Amaury seine Pariser Druckerei schließen wollte, um seinen Wisch „Le Parisien Libéré" in der Provinz drucken zu lassen, hatte er erhebliche Schwierigkeiten. Denn überall weigerten sich klassenbewußte Druckerkollegen, für ihn zu arbeiten, nämlich Streikbrecherfunktionen zu übernehmen. Amaury versuchte es dann in Belgien bei der Druckerei HAVAUX in Nivelles. Auch dort traf er auf den Widerstand der Kollegen, die aktiv seinen Plan durchkreuzten. Sie fingen die Autos vom „Parisien Libéré" ab, und verbarrikadierten ihren Betrieb!

Damals wurde ein Abkommen zwischen der belgischen Druckergewerkschaft CSC und dem Unternehmer unterzeichnet, wonach kein einziger Kollege verfolgt und der „Parisien Libéré" auch nicht in Nivelles gedruckt werden sollte.

Allerdings erhob die Handelskammer Klage und am 16. Januar kamen Gewerkschafter der CSC vor Gericht: Sie werden wegen „Gewalt" und „Sachbeschädigung" angeklagt.

Zum ersten Prozeßtermin kamen als Zeugen der Verteidigung Kollegen vom "Parisien Libéré", die ihre volle Solidarität mit den Druckern von HAVAUX bekundeten. Die nächsten Prozeßtermine sollen Ende Januar, bzw. Anfang Februar stattfinden. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

„WAZ":

Neue Entlassungen drohen!

Nach der Fusion der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" mit der „NRZ" fusioniert der Konzern jetzt auch mit der CDU-Nahen „Westfalenpost". Mit einer Gesamtauflage von 1,2 Millionen Zeitungen beherrscht dieses Pressemonopol fast vollständig das Rheinruhrgebiet.

Auf dem Gelände der Westdruck-Druckerei des Westfalenpost-Verlegers will die „WAZ" das größte Druck-Zentrum Nordrhein-Westfalens aufbauen. Die drei bisherigen WAZ-Druckereien sollen geschlossen werden, den Druckereien Springer/Essen und Druckhaus Deutz/Köln werden die WAZ-Aufträge entzogen. Bei Westdruck wird gleichzeitig kräftig rationalisiert. Bereits im Juni letzten Jahres kam es dabei zu Auseinandersetzungen, als die Geschäftsleitung den unbequemen Betriebsratsvorsitzenden entlassen wollte. Dies wurde erfolgreich verhindert.

Erneut findet jetzt ein Angriff auf die Belegschaft von Westdruck statt: die Druckformherstellung des technischen Betriebes soll stillgelegt werden (zum 7.3.76). Die ausfallenden Arbeiten sollen in der ebenfalls zum WAZ-Konzern gehörenden Druckerei Westfalendruck übernommen werden. Dadurch verlieren 138 Kollegen ihren Arbeitsplatz. Die Kapitalisten haben erklärt, daß sie nicht mehr als 60 Kollegen von Westdruck bei Westfalendruck übernehmen werden. ●

Druckindustrie:

Rationalisierung und Massenentlassungen

Seit 1969 fielen 30.000 Arbeitsplätze der Konzentration und den Rationalisierungen in der Druckindustrie und der immer schärferen Monopolisierung der Presse zum Opfer. Allein im letzten Jahr wurden über 5.000 Kollegen von den Druckkapitalisten auf die Straße gesetzt. Für die nächsten drei Jahre planen die Kapitalisten die Stillegung von 900 (!) Betrieben, wobei 38.000 (!!) Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen! Täglich werden Meldungen bekannt, wie die folgenden:

Sülter, Hamburg:

Mitte Januar versuchten sich Kollegen der Offsetdruckerei Gebr. Sülter (Hamburg, ca. 70 Kollegen) gegen drohende Entlassungen und verschärfte Arbeitshetze zu wehren. Nachdem im Oktober und November in der Firma kurzgearbeitet werden mußte und danach eine Schichtregelung festgeschrieben wurde, die es dem Kapitalisten erlaubt, ganz nach seinen Bedürfnissen Schichten an- und abzusetzen, kündigte der Kapitalist im Januar eine Betriebsvereinbarung an, die – günstig für die Kollegen – die Besetzung der Maschinen regelte und den Kollegen bei Unterbesetzung einen finanziellen Ausgleich von 2,50 DM pro Stunde garantierte. Dahinter stand die Absicht, von jeder Maschine einen Hilfsarbeiter (im wesentlichen Frauen!) abzuziehen.

Das war zuviel! Während eines kurzen „Warnstreiks" wurde beschlossen, für die betroffene Abteilung eine Abteilungsversammlung einzuberufen, die einige Tage später stattfand.

Die sehr lebhafte Abteilungsversammlung brachte als Ergebnis, daß eine Verhandlungskommission gewählt wurde, die den klaren Auftrag erhielt, keinen Deut von der alten Betriebsvereinbarung abzugehen, da jeder Kompromiß ein Sieg der Geschäftsleitung wäre. Darüberhinaus wurde beschlossen, den Fall auf der Delegiertenversammlung der IG Drupa vorzutragen. Schließlich wollte man möglichst bald erneut eine Versammlung durchführen.

Einige Tage später fuhr der Kapitalist schweres Geschütz auf: Da sich niemand freiwillig für anstehende Überstunden am Samstag meldete, ordnete der Kapitalist Überstunden an und bedrohte die Kollegen einzeln mit Entlassung, falls sie sich mehrfach weigern würden, Überstunden zu machen. Wuchs durch diese Bedrohungen eher noch die Empörung der Kollegen, so gab das Verhalten der Gewerkschaftsführung dann doch das Signal zum Aufgeben. Diese Leute haben den Kollegen von Sülter dringend angeraten, Überstunden nicht abzulehnen – die Gesetze seien eben so, da könne man nichts machen!

AP, Frankfurt:

Die Geschäftsleitung des Frankfurter Büros der amerikanischen Presseagentur AP, teilte Anfang November 1975 dem Betriebsrat mit, daß es infolge von Sparmaßnahmen unumgänglich sei, 6-7 Kollegen zu entlassen. Dieses geschehe auf Anordnung der New Yorker US-Zentrale.

Bisher waren Entlassungswellen bei AP auch nichts Neues und ohne Widerstand über die Bühne gegangen. Dieses Mal reagierte der BR sofort und rief schnellstens Betriebsversammlungen in der Frankfurter Zentrale und den Außenbüros Bonn und Westberlin ein. Die Versammlungen waren ein voller Erfolg. Alle anwesenden Kollegen widersprachen den Entlassungen. Der BR erhielt einen entsprechenden Auftrag, den Kündigungen zu widersprechen. Später wurde noch eine gemeinsame Resolution aller AP-Büros verabschiedet, in der u.a. festgestellt wurde, daß Entlassungen auch zu Lasten der weiterbeschäftigten Kollegen gehen würden. Aber, so die Resolution, „Eine Mehrbelastung ist nicht mehr zu verantworten..."

Die Entschlossenheit und Einigkeit von BR und Belegschaft veranlaßte die Geschäftsleitung schließlich zum Rückzug. Mitte Dezember wurden alle Kündigungen zurückgenommen, stattdessen wolle man die Sparmaßnahmen jetzt auf „anderen Gebieten" ergreifen. Diese Äußerungen der Geschäftsleitung geben BR und Belegschaft weiterhin Anlaß zu größter Aufmerksamkeit. Der erste Frontalangriff ist abgeschlagen.
(Quelle: ID 111, 7.2.76)

Fürst & Sohn, Westberlin:

Der Buchdruck wird eingeschränkt und der ganze Bleisatz läuft Gefahr, dicht gemacht zu werden. Schon in den letzten vier Jahren haben die Kapitalisten die halbe Belegschaft rausrationalisiert.

HABRA, Darmstadt:

Bei der Tiefdruckerei HABRA in Darmstadt sind mit Hilfe einer Bürgschaft des Landes Hessen scharfe Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt worden, bei denen seit 1972 bis heute von 980 Arbeitsplätzen 360 „eingespart" wurden.

Julius-Springer-Verlag, Westberlin:

Im August letzten Jahres wurden die Pläne bekannt, daß die Kapitalisten einen Teil des Betriebes nach Westdeutschland verlagern wollen. Nachdem die Kollegen in einer Resolution die Aufgabe der Verlagerungspläne gefordert hatten, zog die Geschäftsleitung zurück und erklärte, es sei lediglich daran gedacht, „einige" Beschäftigte nach Heidelberg zu versetzen. Jetzt aber sehen sich die Kollegen vor vollendete Tatsachen gestellt: Die Verlegung ist im Gang: Zwei Abteilungen in Westberlin und Heidelberg werden zusammengelegt.

Gespo-Druck, Westberlin:

Vor zwei Monaten wurde eine Maschinenhalle vom Kapitalisten ausgeräumt und verpachtet. Die Maschinen, so vermuten die Kollegen, stehen zum Großteil im GESPO-Hauptwerk/Hannover. Durch diese Aktion sind akut 20-30 Arbeitsplätze gefährdet. Im Betrieb besteht Einstellungsstop und es ist zu befürchten, daß der ganze Betrieb nach Hannover verlagert wird und alle Kollegen auf die Straße fliegen. ●

Berufsverbote

Politische Verhöre Gesinnungsterror Willkür

Rapider Anstieg der Berufsverbote

Niedersachsen

Nach der jüngsten Bilanz der Verfassungsschutzabteilung des niedersächsischen Innenministeriums wurden von Mitte 1972 bis Ende 1974 „nur" neun Berufsverbote verhängt, 1975 allerdings schon 33. Diese letzte Zahl verschleiert noch das wirkliche Ausmaß der Verfolgung. Denn weiter wurde mitgeteilt, daß 22 Bewerber ihre Bewerbung bei auftauchenden „Zweifeln" an ihrer „Verfassungstreue" zurückgezogen haben und daß über 34 andere Bewerber noch nicht abschließend entschieden worden ist! Alle Verdächtigten müssen in Niedersachsen vor eine „Zentrale Anhörkommission", die „frei" entscheidet. Die tatsächliche Zahl von Berufsverboten in Niedersachsen liegt also selbst nach offiziellen Angaben bei fast hundert (nach „Frankfurter Allg. Zeitung", 24.1.76).

Nordrhein-Westfalen

Von 1973 bis Mitte 1975 gab es in 523 Fällen „Erkenntnisse" des Verfassungsschutzes, die zu 51 Berufsverboten führten („FAZ", 29.1.76). Im gesamten Jahr 1975 gab es schon 1.727 Fälle von „extremistischen Bewerbern", die bei 380 (!) zu „Ablehnungsgründen führten". Erklärung der „FAZ" für diesen Anstieg: *„Immer mehr Linksradikale drängen in den Lehrerberuf"* – sind selber schuld, wenn sie Berufsverbot bekommen! ●



Westberlin

Wahlvorschläge überprüft

Eine massive Einschränkung demokratischer Rechte und ein beispielloser Mißbrauch der bürgerlichen Wahlprozeduren wird aus Westberlin gemeldet. Der Westberliner Senat ließ alle Wahlvorschlagslisten der letzten Senatswahl überprüfen. Dabei wurde nach Angehörigen des öffentlichen Dienstes gefahndet, die Wahlvorschläge von „verfassungsfeindlichen" Parteien unterschrieben hatten. Gegen alle aufgespürten „Staatsfeinde" wurden Disziplinarermittlungsverfahren eingeleitet. Der Abschluß solcher Verfahren kann in der „Entfernung aus dem öffentlichen Dienst" bestehen – also Berufsverbote („TAT", 16.1.76).

Dieses Vorgehen soll die Teilnahme kommunistischer Organisationen an bürgerlichen Wahlen massiv behindern. Denn jeder, der eine für die Wahlbeteiligung notwendige Unterschrift leistet (meistens einige hundert pro Wahlkreis) muß mit öffentlicher Verfolgung rechnen. Auf diese Weise wird das „Grundrecht" geheimer Wahlen für die Linken ausgeschaltet. ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Keine Vertragsverlängerung für linken Arzt

In der letzten Zeit nimmt gerade im Gesundheitsbereich die Zahl der Berufsverbote ständig zu. Mit welchen Tricks und Methoden hier von seiten des Staates gearbeitet wird, zeigt ein Fall am Universitätskrankenhaus Eppendorf, (UKE), Hamburg.

Der Narkosearzt K. Weber bekam im Juli '75 ein Schreiben des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst, in dem er zu einer „Anhörung" geladen wurde.

Konkret wurde ihm vorgeworfen, 1971 auf einer Veranstaltung zur Unterstützung des palästinensischen Volkes ein Referat gehalten zu haben, Mitglied der GIM zu sein und 1975 eine Veranstaltung zur Jugendarbeitslosigkeit besucht (!) zu haben.

K.W. verlangte Einsicht in seine Personalakte, die ihm auch großzügig gewährt wurde. Allerdings war in dieser kein Wort über „Verfassungsfeindlichkeit" zu finden.

Daraufhin klagte K.W. beim Arbeitsgericht Hamburg auf Einsicht in seine vollständige Personalakte und bekam auch Recht. Im Urteil wird ausgeführt, daß K.W. nicht zuzumuten sei, ohne Einsicht in die Materialien des Verfassungsschutzes zu einer Anhörung zu gehen.

K. Webers Anwälte verlangten nun beim Senatsamt die vollständige Personalakte. Diese war zwar dicker geworden, allerdings stellten die Anwälte fest, daß immer noch eine ganze Menge fehlen mußte. Nach und nach rückte das Senatsamt das eine oder andere Schreiben heraus. Bis heute allerdings ist die Personalakte immer noch nicht vollständig!

Solidarität der Kollegen

Im UKE solidarisierten sich fortschrittliche Kollegen aktiv mit K. Weber. Über 30 Kollegen, darunter ein großer Teil aus seiner Abteilung, beschlossen eine Unterschriftenaktion mit dem Ziel, dieses Berufsverbot bekannt zu machen und mit den Kollegen darüber zu diskutieren. Weiter gingen Kolleginnen und Kollegen von W.s Abteilung zu ihrem Chef und drohten mit Kündigung, sollte er das Berufsverbot gegen W. unterstützen. Damit drohte eine Lahmlegung der Renommierabteilung des UKE, Herzchirurgie.



Diese Aktion führte dazu, daß dieser Chef, der Klinikrat und die Verwaltung die weitere Anstellung von K.W. befürworteten, mindestens solange, bis die Stadt Hamburg das Arbeitsgerichtsurteil erfüllt und dann das Anhörverfahren stattgefunden habe.

Rausschmiß durch die kalte Küche

Webers Vertrag ist, wie bei fast allen Ärzten am UKE, zeitlich befristet. Allerdings geht die Verlängerung immer reibungslos über die Bühne. W.s Vertrag lief zum 31.1.76 aus, und das Senatsamt verbot Anfang Januar der Verwaltung des UKE, den Vertrag zu verlängern. Begründung: K.W. habe sich geweigert, zur Anhörung zu erscheinen.

Damit hat das Senatsamt das Urteil des Arbeitsgerichtes Hamburg umgangen!

Dazu kommt noch, daß dieser Fall in der offiziellen Interpretation kein Berufsverbot ist, sondern ein ganz normaler „Routinevorgang": Nichtverlängerung eines Vertrages.

Diese Machenschaften haben vielen Kollegen die Augen über den „Rechtsstaat" geöffnet. Einige von ihnen wollen sich nun regelmäßig treffen und diese Fragen kontinuierlich diskutieren.

Wie dringlich dies ist, wird daran klar, daß vor kurzem gegen eine weitere Ärztin des UKE ein „Anhörverfahren" mit dem Ziel des Berufsverbots eingeleitet worden ist.

Solidarität mit allen von Berufsverboten betroffenen Kollegen! Weg mit den Berufsverboten! ●

Krankenhauszelle UKE
KB/Gruppe Hamburg

Antwort verweigert

In Köln wurden jetzt vier neue Berufsverbote gegen Lehrer verhängt. Konkret vorgeworfen wird einem von ihnen, anläßlich des Breshnew-Besuches in Bonn im Sommer 1973, an einer Kundgebung der DKP teilgenommen zu haben.

Der Besuch dieser Kundgebung dient als Indiz für eine vermutete DKP-Mitgliedschaft.

Dieser Lehrer (N. Kissler) antwortete bei einem Verhör nicht auf die Frage, ob er Mitglied der DKP sei. Ebenso verweigerten die anderen drei eine Aussage über ihre DKP-Mitgliedschaft. Dies war „Beweis" genug für die mangelnde Bereitschaft, mit dem bürgerlichen Staat zusammenzuarbeiten. Ohne jede weitere Begründung wurden die Berufsverbote verhängt (nach einem Bericht der „TAT", 30.1.76). ●

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazis im Öffentlichen Dienst

Wie wir an dieser Stelle schon berichtet haben, richtet sich die Praxis des Radikalenerlasses gegen Linke. Faschisten dagegen treiben weiter ihr reaktionäres Unwesen und machen dabei sogar noch Karriere im öffentlichen Dienst. Damit sie nicht unbemerkt von der fortschrittlichen Öffentlichkeit bleiben, wollen wir an dieser Stelle auch in Zukunft Namen und Funktionen veröffentlichen.

Wir hoffen hierbei auf weitere Informationen von unseren Lesern.

Lauer, Peter
Studienassessor, Hannover, 1971 NPD-Kreisvorsitzender Hannover-Stadt,
Mitglied des Partei- und Landesvorstandes Niedersachsen,
1972 NPD-Bundestagskandidat

Müller, Manfred
Oberstudienrat, Holzheim,
1969 NPD-Kreisvorsitzender Neuss,
1972 NPD-Bundestagskandidat,
1973 NPD-Kreisvorsitzender Heinsberg/Neuss

Schöndorf, Werner
Oberlehrer, Friedrichsthal,
1972 NPD-Bundestagskandidat Saarbrücken-Land,
1975 NPD-Bundesvorstandmitglied,
1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Saarland.

Buyer, Martin
Lehrer, Neckartenzlingen,
1972 NPD-Bundestagskandidat in Reutlingen/Baden-Württemberg,
1974 NPD-Landespropagandareferent,
1974 NPD-Kreisvorsitzender Reutlingen

David-Happach, Eva
Lehrerin, Lübeck,
1970 NPD-Kreisvorsitzende Lübeck, Partei- und Landesvorstandsmitglied,
1972 NPD-Bundestagskandidatin Lübeck,
1975 NPD-Landtagskandidatin.

Deckert, Günter
Oberstudienrat, Weinheim,
1972 NPD-Bundestagskandidat,
1973 NPD–Kreisvorsitzender (stellv.) Heidelberg,
1973 bis 1975 NPD-Bundesvorstandsmitglied

von Wolzogen, Eva-Maria,
Fürsorgerin, Darmstadt,
1972 NPD-Bundestagskandidatin Hessen,
1975 NPD-Vorstandsmitglied LV Hessen

Die hier aufgeführten Informationen sind der Zeitschrift *paed-extra 1/76* entnommen. Alle Personen haben am 9. NPD-Bundesparteitag (18./19. Okt. 75) teilgenommen.

Es folgen noch einige Fälle, die durch die bürgerliche Presse bekannt wurden:

Rheingans, Uwe
Studiendirektor, Neustadt,
1964 NPD-Gründungsmitglied,
1967-1971 stellvertretender NPD-Fraktionschef im Kieler Landtag,
1972 NPD-Abgeordneter im Neustädter Stadtparlament,
im März 1974 zum stellvertretenden Schulleiter befördert.

Braune, Dieter
Berufspraktikant bei der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises,
1969 NPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Montabaur,
1971 übergewechselt zur CDU.

Geiger, Willi
Bundesverfassungsrichter Karlsruhe,
während des II. Weltkrieges Landgerichtsrat in Bamberg, zeitweise auch als Staatsanwalt am NS-Sondergericht tätig.

Dr. Edmund de Chapeaurouge
Richter am 2. Senat des Bundesverwaltungsgerichts,
wirkte 1939 an einem faschistischen Urteil wegen „Rassenschande" mit.

Weber-Lortsch, Rudolf
Richter am 2. Senat des Bundesverwaltungsgerichts,
früher Mitglied der NSDAP und der SA.

Die beiden letzten „Herren" wirkten mit am Berufsverbote-Urteil gegen das DKP-Mitglied Anne Lenhart!

Selbst nach den Einschätzungen und frisierten Angaben des Verfassungsschutzes sind im öffentlichen Dienst nahezu ebenso viel Rechtsradikale wie Linksradikale beschäftigt. Bislang gab es aber nur ganze vier Berufsverbote gegen Faschisten! ●

Berufverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbot für jungen Rechtsanwalt

Der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht Frankfurt hat es jetzt abgelehnt, den Rechtsreferendar Gerhard Knöss nach bestandenem 2. Examen als Rechtsanwalt in Frankfurt zuzulassen. Damit schloß sich das Gericht dem Spruch der Anwaltskammer an, nach dem Knöss' Verhalten in der Vergangenheit mit der „Würde des Anwaltsstandes" nicht vereinbar sei.

Als Begründung für das Berufsverbot dienten folgende Punkte:

Knöss hatte wiederholt die „Neuerungen" der Strafprozeßordnung völlig zu recht als undemokratische Praktiken kritisiert. So war z.B. die Einführung des § 231 a in die StPO – danach kann eine Verhandlung auch ohne den Angeklagten durchgeführt werden – von Knöss in dem Kaiserslauterner „RAF"-Prozeß gegen Jünschke und Grashof als „Teil der konterrevolutionären Politik gegen die Stadtguerilla" bezeichnet worden.

In einem Prozeß gegen Gegner des § 218 hatte der als Faschist bekannte vorsitzende Richter Schwalbe vier Zuhörer aus dem Gerichtssaal heraus verhaften und für mehrere Tage hinter Gitter bringen lassen. Dieses Vorgehen des Gerichts hatte Knöss im Rahmen einer Presseerklärung mit den Praktiken des Nazi-Volksgerichtshofs verglichen.

Nach Auffassung des Staatsanwalts beim Oberlandesgericht, Joachim Fluhrer, sei Knöss aufgrund seines *„hohen Maßes an Intoleranz"* in Frankfurt nicht als Anwalt zu dulden.

Nicht nur geduldet, sondern beschützt und hochgepäppelt werden hingegen faschistische Juristen.

So hatten Knöss und seine Rechtsanwälte vor dem Ehrengericht die Frage aufgeworfen, wie es denn mit der „Würde" jener Anwälte bestellt sei, die bereits im Faschismus tätig waren und heute weiterhin unbehelligt im Amt sind. So sind die Rechtsanwälte Heinrichsohn aus Miltenberg und Ernst aus Leer in Frankreich wegen schwerster NS-Verbrechen zum Tode verurteilt worden. In Westdeutschland laufen sie immer noch frei rum und keine Anwaltskammer ist bislang auf die Idee gekommen, ihre „Würde" in Zweifel zu ziehen.

Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken und die geistige Verwandtschaft der westdeutschen Klassenjustiz. Fortschrittlichen Rechtsanwälten wird durch Verteidigerbehinderung, -ausschlüsse und Berufsverbote die Ausübung ihres Berufs immer mehr erschwert. Nach dem Berufsverbot gegen den linken Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold ist das Berufsverbot gegen Knöss der zweite Fall, wo Staatsanwaltschaft und Anwaltskammer in trauter Eintracht sich eines unliebsamen Kollegen entledigen. Und dies wird nicht der letzte Fall bleiben: Die Frankfurter Anwaltskammer will jetzt dem Rechtsreferendar Düs, wie Knöss' Mitarbeiter in einem fortschrittlichen Frankfurter Anwaltskollektiv, ebenfalls die Zulassung als Rechtsanwalt verweigern. ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Gesinnungsurteil in Sachen Berufsverbote in Hamburg gefällt

Am 11.2.76 wurde vom Arbeitsgericht Hamburg die Klage einer Lehrerin abgewiesen, mit der sie ihre Einstellung in den öffentlichen Dienst als Lehrerin erreichen wollte.

Die Vorwürfe gegen die Lehrerin, die zu ihrer Ablehnung geführt hatten, waren folgende:

- Teilnahme an einer Demonstration gegen die „Sparpolitik" des Hamburger Senats,
- Teilnahme an einer Veranstaltung mit Vertretern der italienischen revolutionären Organisation „Lotta Continua" gegen den faschistischen Bombenterror in Brescia,
- Teilnahme an einer Demonstration für ein „Haus der Jugend" in Hamburg-Harburg,
- Mitgliedschaft im KOMMUNISTISCHEN BUND (KB).

Im Prozeß waren in erster Linie die konkreten Aktivitäten der Kollegin Gegenstand der Verhandlung. Ausschließlich über diese konkreten Aktivitäten ist auch gesprochen worden. Der Hamburger Senat hatte freilich in erster Linie den Antikommunismus mobilisiert: es wurden programmatische Aussagen des KB angeführt, aus denen sich die „Verfassungsfeindlichkeit" der verhinderten Lehrerin ergeben sollte.

Das Gericht schloß sich der Argumentation der rechten SPD-Bürokraten an. In der mündlichen Urteilsbegründung führte der Richter aus: entscheidend für die Abweisung der Klage sei gewesen, daß sich die Kollegin nicht von der Forderung des KB nach „Zerschlagung des Staatsapparates" distanziert, sondern vielmehr diese Ziele ausdrücklich verteidigt haben soll.

Grund des Berufsverbotes also: Keine Distanzierung von Kommunisten!

Dabei hat die Kollegin im Prozeß sich zu den programmatischen Aussagen des KB gar nicht geäußert! Sie hat die Sparpolitik des Senats kritisiert, sie hat den faschistischen Bombenterror verurteilt.

Außerdem hat sie mit Kommunisten zusammengearbeitet.

Das reicht offenbar neuerdings für ein Berufsverbot.

In einer der nächsten Nummern des AK werden wir ausführlicher über diesen Prozeß berichten. ●

IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

4. Partei Jetzt auch in Schleswig-Holstein

Die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP) soll am 14. Februar nun auch in Kiel gegründet werden. Nach Angaben des stellvertretenden Landesvorsitzenden Rohwedder sind seit der Konstituierung des Gründungsausschusses im Oktober 75 bereits 300 Reaktionäre dieser Partei zugelaufen („Kieler Nachrichten", 8.1.76), darunter das ehemalige Landesvorstandsmitglied der CDU, Heinz Köring, und der ehemalige Sprecher der FDP-Fraktion in der Eckernförder Ratsversammlung, Engelbert Esterl.

Die Programmatik dieser Partei wurde bei der Konstituierung des Gründungsausschusses am 30. Oktober im Kieler „Haxen-Hugo" bereits eindeutig festgelegt:

„Ich kann Ihnen versichern, daß er (F.J. Strauß) über alle unsere Schritte unterrichtet ist, und daß wir im ständigen Kontakt zu Herrn Tandler und Herrn Zimmermann stehen. Auf den Rat unserer Freunde haben wir unsere Leitsätze so formuliert, daß spätere Kompromisse mit der CDU möglich sind." („Wir", 11/12-1975).

Nach diesen Worten von Graf Hoyningen-Huene erhob sich Protest unter den Anwesenden (eine Mischung aus holsteinischem Landadel und Gründungsmitgliedern der CDU) Mit den „Weichmännern" von der CDU könne man nicht zusammenarbeiten.

Kurt Meyer (einer der Chefs der AVP) aus Mühlheim stellte diesen „Widerspruch" sofort klar: *„Wir müssen hier taktisch vorgehen. Sonst stellt man uns in der rechten Ecke kalt, wie einstmals die NPD. Wir sind keine Radikalen und Rechtsextremisten. Wir müssen uns ... aus rein taktischen Erwägungen ... als eine bürgerliche Alternative präsentieren, wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen"* („Wir").

Die Kontakte zu Faschisten wurden bereits vor der officiellen Gründung der AVP hergestellt: Derselbe Graf Hoyningen-Huene trat gut einen Monat später als Referent auf einer Veranstaltung des „Bund konservativer Jugend" (BkJ) vor einem Publikum, gemischt aus Anhängern der AVP und der Jungen Union, auf. Der BkJ ist über Personalunion direkt verbunden mit dem militanten faschistischen „Bund volkstreuer Jugend" durch Thomas Günter Lange (Kiel, Hansastr. 12) als stellvertretendem Vorsitzenden des BkJ, mit dem RCDS (CDU-Studentenorganisation) über Ingwert Paulsen und den „Studenten für das Grundgesetz" über Wolfgang Bick.

Das ist das wahre Gesicht der als „bürgerliche Alternative" getarnten Partei.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Kiel

(Nachdruck aus "Blinkfuer", Landeszeitung des KB für Schleswig-Holstein

Vierte Partei auch in Hamburg in Vorbereitung

Vor 80 Besuchern stellte sich am 6.2.76 auch in Hamburg die Vierte Partei auf einer nicht-öffentlichen Versammlung vor. Erschienen waren 80 von insgesamt 150 eingeladenen Gästen.

Etwa die Hälfte der Teilnehmer kam von der NPD, vertreten war ferner das „Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes", der „Zollernkreis", die „Freie Soziale Union", Vertreter des „Weltbundes zum Schutze des Lebens", eine „Senioren-Bürgerinitiative", eine „Bürgerinitiative" von Häuserbesitzern, die sich gegen die Beschränkung der Bodenspekulation einsetzt und andere Vereine.

Nach einem Referat des Parteivizepräsidenten Meyer, das sich in allgemeinem Gerede über die Wahlaussichten der Vierten Partei (angeblich bis zu 9%!), dunkel gehaltenen Andeutungen über Absprachen mit der CSU über Hucke-Pack-Mandate und der allgemeinen Beschwörung der Notwendigkeit der Vierten Partei erschöpfte, kam man in der Diskussion schnell zur Sache:

Hauptpunkt der Auseinandersetzung waren die unterschiedlichen Auffassungen von NPD und AVP über die Frage der Bekämpfung des „roten Terrors". Während die NPD auf der Versammlung die Aufstellung von Schlägertrupps forderte, erklärte Meyer: *„Solche politischen Dummheiten werden wir nicht machen. Wir vertrauen der Polizei"*, was heftige Empörung bei der NPD verursachte.

Auch in der Frage der „deutschen Ostgebiete", der „Zone" usw. war Meyer zu keinem Zugeständnis bereit. All diese Fragen stünden zur Zeit überhaupt nicht zur Debatte, einzig und allein komme es darauf an, zu einem Wahlsieg der CDU/CSU beizutragen: *„Über Danzig reden wir danach"* (Meyer).

Zum zweiten Teil der Veranstaltung, auf der dann Mitgliedsanträge gestellt wurden und die nächsten Schritte besprochen werden sollten, blieben nur noch ca. 30 bis 35 Personen.

Fazit: Trotz großspurig angegebenen 150 Adressen in Hamburg hat die AVP in Hamburg noch nicht viel zu bieten. Es wird sich zeigen müssen, wie sich die NPD und verwandte Kräfte weiter zur AVP stellen bzw. ob hier eine Aufgabenteilung einsetzen kann.

Die offizielle Gründung des Landesverbandes soll am 27.3. erfolgen. ●

Antifa-Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Kurze Meldungen

In einer noch unbekannten Zahl von Fällen ist der Hamburger Senat dazu übergegangen, eine bereits vor allem aus Niedersachsen bekannte Praxis gegenüber Lehramtsbewerbern durchzuführen: den Betroffenen wird die Übernahme in den Schuldienst verweigert, weil ihre Akte „noch nicht vom Verfassungsschutz bearbeitet" sei. Aus Niedersachsen ist bekannt, daß Lehrer aus diesem „Grunde„ bis zu 10 Monaten arbeitslos waren, bis sie einen Bescheid erhielten. Selbstverständlich ginge die „Überprüfung" auch schneller. Hier geht es offensichtlich darum, Druck auszuüben und das allgemeine Klima der Einschüchterung und Angst vor allgegenwärtiger Überwachung zu schüren.

Gegen mindestens vier Bewerber für das Referendariat, denen Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen wird, verhängte der Hamburger Senat Ausbildungsverbote. Darunter ist ein ehemaliges Mitglied des Hamburger AStA. Einer der Betroffenen wird speziell vorgeworfen, in der UZ (Zeitung der DKP) als Korrespondentin über einen Elternkongreß der „Aktion Kleine Klasse" berichtet zu haben.

Mit diesen Ausbildungsverboten geht der Hamburger Senat noch über das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hinaus, das die Ausbildung sogenannter „Radikaler" noch zugesteht. ●

Ehemaliger DGB-Chef fordert Verbot linker Organisationen

Im sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 6.2.76 setzt sich Ludwig Rosenberg (ehemaliger DGB-Vorsitzender) „kritisch" mit der Praxis des „Radikalenerlaßes" auseinander. Seiner Meinung nach „verwirrt" die gängige Handhabung der Berufsverbote die Bevölkerung, denn einerseits darf zum Beispiel die DKP bei Wahlen kandidieren und erhält aus Steuergeldern Wahlkampfunterstützung, andererseits dürfen DKP-Mitglieder nicht in den öffentlichen Dienst. Rosenberg ist da für Klarheit und fordert deswegen die Bundesregierung auf, beim Bundesverfassungsgericht alle diejenigen Parteien und Gruppen verbieten zu lassen, die verfassungswidrig sind. Dann brauche man auch nicht mehr die umstrittene Überprüfung linker Bewerber. Mit einem Verbot kehrt endlich die ersehnte (Friedhofs-) Ruhe in der öffentlichen Diskussion ein.

Wie man sieht, ist die DGB-Führerschaft eine gute Schule für erzreaktionäre Denkweise. ●

„Deutschland Stiftung" propagiert gelbe Gewerkschaften

Mit Blickrichtung auf die Bundestagswahl im Herbst '76 und natürlich auch darüber hinaus kommen gelbe Gewerkschaften wie der „Christliche Gewerkschaftsbund" (CGB) aus ihren Löchern gekrochen. Im „Deutschland-Magazin" Dezember '75 / Januar '76, herausgegeben von der CDU/CSU-nahen „Deutschland-Stiftung", wird in dem Artikel „Die Chance der Union: Arbeitnehmer mobilisieren" die Taktik des CGB dargelegt.

Der CGB wird seit ca. zwei Jahren von der CDU/CSU stärker unterstützt und propagiert.

Als Folge dieser Unterstützung benennt der CGB selbst seine Erfolge bei den BR-Wahlen 1975 und den Sozialwahlen 1974. Bei den letzteren gelang es dem CGB „in Zusammenarbeit mit befreundeten neutralen (?) Organisationen" bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte den DGB und die DAG zu schlagen und die absolute Mehrheit in der Vertreterversammlung zu erobern. Erfolge bei den BR-Wahlen (zwischen 10 und 40 % der BR-Sitze) meldet der CGB bei VW, BASF, Guilini, Grünzweig und Hartmann, Opel und Springer.

Da der CGB anfänglich in der Regel kaum auf eine Verankerung unter den Kollegen zurückgreifen kann, geht er *„nach drei einfachen, aber schlagkräftigen Prinzipien (vor): 1. Publikation, 2. Aktion, 3. Schulung"*.

„Publikation":

„CGB-Gruppen verteilen vor Betrieben, in denen sie noch nicht vertreten sind, mehrmals Flugblätter" und schließlich nach Möglichkeit *„eine betrieblich zugeschnittene Betriebszeitung"*. Politischer Inhalt der Flugblätter : Scharfe Angriffe gegen *„die politische Einseitigkeit des DGB"*. Die „betrieblich zugeschnittene Betriebszeitung" kann dabei offensichtlich nur auf Informationen aus der Chefetage des jeweiligen Betriebes fußen.

„Aktion":

Läßt sich ein Kollege auf den Leim locken und wird Mitglied, dann nutzt der CGB dies dazu, die durch das BVG gegebene Möglichkeit auszuschöpfen, einen Beauftragten des CGB auf der nächsten Betriebsversammlung zu den Kollegen sprechen zu lassen. Angriffsziel: Die „einseitige DGB-Propaganda". (Notfalls tuts auch ein per Absprache mit der Geschäftsleitung in den Betrieb eingeschleustes CGB-Mitglied.

„Schulung":

Gewonnene Mitglieder werden intensiv bearbeitet: *„Ein Betriebsgrup- „pen-Sekretär kümmert sich intensiv um die Mitglieder der Betriebsgruppe, besucht sie in der Firma und nach Feierabend"*.Die gleichzeitig eingesetzte Schulung soll die Kollegen ideologisch auf Vordermann bringen und politisch kontrollieren: *„CGB-Landesvorsitzender Pfeffermann (MdB) aus Hessen: ‚Schulung ist dringend erforderlich. Sonst gleiten die eingeleiteten Aktivitäten womöglich in eine unerwünschte Richtung ab'. Generalsekretär Dr. Bernhard Koch: ‚Wir wollen keinesfalls in linkes Fahrwasser geraten. Unsere Mitgliederstruktur ist eher konservativ"*.

Diese Pseudo-Gewerkschaft will demagogisch an dem berechtigten Unmut vieler Kollegen über die Politik der DGB-Führer anknüpfen, betreibt gezielt die Spaltung und Entwaffnung der Arbeiterklasse und versucht, die Kollegen vor den faschistischen Karren von Dregger, Strauß & Co. zu spannen. ●

Neue Staatsschutzkonzeption: Die totale Überwachung

Im Januar haben sich zwei Staatsschutzprofis zur neuen Konzeption des Bundeskriminalamts (BKA) geäußert: der Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium von Baden-Württemberg, ein Herr namens Stümper (!), sowie der Bundes- (staats-) anwalt Träger.

Beide sind sich darin einig, daß eine „moderne Verbrechensbekämpfung" nicht nur „Strafverfolgung" sein kann. Das gilt nach ihrer Auffassung insbesondere für den „Terrorismus". Stümper hat festgestellt, daß die Methoden des „Terrorismus" sich geändert haben und will nun die Polizeiarbeit diesen veränderten Methoden angeblich lediglich „anpassen". In Wirklichkeit fordert er die Errichtung des totalen Polizeistaates: *„Entscheidend kommt es darauf an, eine kriminalpolizeiliche Gesamtstrategie zu entwerfen, die auch den gesellschaftspolitischen, den ganzen menschlichen Bereich umfaßt."*

In diesem Sinne berät der baden-württembergische Landtag nunmehr eine Neufassung der Gesetzbestimmungen über die Personalienfeststellung und über die Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen. Außerdem wird das Mittel der sog. „ereignisunabhängigen Großfahndung" gesetzlich legalisiert.

Man kann sich ohne weiteres denken, daß diese neuen Gesetze einen wesentlichen weiteren Abbau von Rechten für die Bevölkerung mit sich bringen werden, mal ganz abgesehen von der durch die „neue Konzeption" sicherlich wesentlich verstärkten Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes.

Der Bundesanwalt Träger scheint sich entsprechend seiner Tätigkeit in einer der Zentralen der „Terrorismus-Bekämpfung" (Bundesanwaltschaft) vom gleichen Gedanken ausgehend („der Staatsschutz muß nahezu alle Bereiche des sozialen Lebens erfassen"), allerdings mehr um die letztgenannten Dinge zu kümmern.

Er fordert die umfassende Zusammenarbeit aller „Abwehrdienste" im Dienste des Staatsschutzstrafrechts. Damit orientiert sich die Bundesanwaltschaft offensichtlich an Hitlers Gestapo. ●

IKAH,
Initiativkomitee Arbeiterhilfe

Faschistenkneipen In Hamburg

Im Zusammenhang mit den von Nazi-Eckart provozierten „NSDAP/AO"-Schmierereien sind im Hamburger Stadtteil St. Georg einige offensichtliche Faschisten-Kneipen unangenehm aufgefallen, in denen sich Provokateure übelster Sorte herumtreiben.

- Bevorzugter Treffpunkt ist die Kneipe „Zum alten Ritter", St. Georgstraße. Hier versammelt sich einträchtig mit den JN auch die rechtsradikale „Wiking-Jugend", frech in Kampfanzug, SA-Stiefeln und Sturmriemen. Ihr „Sieg-Heil"-Geschrei, bei dem der Wirt mit einstimmt, ist bis auf die Straße zu hören. Auch die Freunde der „NSDAP/AO" sind hier heimisch. Auf den Toiletten hinterließen sie ihre Hakenkreuz-Aufkleber. Ein Jungfaschist, begeistert über soviel „Kundschaft", bot kürzlich einen Koffer voll Hitler-Bilder zum Verkauf an.
- Ganz in der Nähe treffen sich im Lokal „Zum Egerländer" Faschisten, die als Zuhälter ihren Mercedes „verdienen". Der Besitzer, dem auch die Absteige „Hotel Baltic" gehört, hat Sinn für faschistisches „Zierrat": So hing längere Zeit ein Hitler-Bild über der Theke, und ein Hakenkreuz-Aufkleber: „NSDAP-Jetzt" „schmückte" seinen Mercedes.
- Dasselbe faschistische Gesindel verkehrt auch in dem Schwulentreff „Götterstuben" (Gurlittstraße).

In solchen Nestern sind schon immer die übelsten terroristischen Provokationen gegen Linke und fortschrittliche Kräfte ausgeheckt worden. Erschweren wir die Zusammenrottung dieser Ratten, indem wir ihre Nester bekannt machen und ein Auge auf sie haben! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wenn wir meinen, daß der Frauenarbeit in der Industrie besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, so vor allem aus drei Gründen:

– Es gibt in der BRD 3,4 Mio. Arbeiterinnen; ein Drittel aller Arbeiter sind weiblichen Geschlechts; an jedem dritten Arbeitsplatz in der BRD schafft eine Frau. „Wenn alle Frauen auf einen Schlag aufhören zu arbeiten, bricht die Wirtschaft zusammen", heißt es.

– Die Frauen erfahren an ihren Arbeitsplätzen tagtäglich in besonderem Maße, was Ausbeutung, Akkordhetze und Entfremdung von der Arbeit bedeuten. 70% aller Arbeiterinnen arbeiten an Fließbändern und Maschinen, im Einzel- oder Gruppenakkord.

– Gerade für sogenannte „Frauenarbeitsplätze" wird besonders wenig getan; gemessen an einer „menschengerechteren Gestaltung der Arbeitsplätze" sind sie besonders weit zurück. Die Auswirkungen der Frauenarbeit sind nicht zu übersehen: Arbeiterinnen erleiden doppelt so viele Fehlgeburten wie „normale" Frauen; Arbeiterinnen sind viermal so häufig frühinvalide!



Frauenarbeit gleich Fließbandarbeit

Frauen arbeiten hauptsächlich in den Industriegruppen der Verbrauchsgüterindustrie (Frauenanteil von 50%), in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (36%) und in der Investitionsgüterindustrie (24%). Besonders hoch ist der Anteil erwerbstätiger Frauen in der Bekleidungsindustrie (82%), Tabakverarbeitenden Industrie (68%) und in der Textilindustrie (58%). Sie stehen da als Montiererinnen, Stanzerinnen, Wicklerinnen in der Metallbranche, als Stepperinnen in den Schuhfabriken, als Näherinnen in der Bekleidungsindustrie und überall in den Industriebetrieben als Packerinnen. Als typische Frauenarbeitsplätze gelten rein manuelle Montagetätigkeiten, nicht mechanisierte Verpackungsverrichtungen, unqualifizierte Bandarbeiten – alles Tätigkeiten, die in hohem Maße arbeitsteilig und extrem zerlegt sind.

So verrichten 70% aller Fabrikarbeiterinnen Tag für Tag immer wieder dieselben Handgriffe in extrem kleinen Zeitabständen. Was in der geschichtlichen Entwicklung begonnen hat als Trennung von Hand- und Kopfarbeit, haben die Kapitalisten und ihre „wissenschaftlichen Assistenten" immer weiter entwickelt. Mit ausgeklügelten Zeitmeßverfahren – das amerikanische MTM-Verfahren oder das deutsche Refa-System beispielsweise – reduzieren sie die einzelnen Tätigkeiten auf immer weniger Handgriffe und auf immer kürzere Zeiträume. Der vollkommenste Ausdruck der kapitalistischen Rationalisierung sind wohl die Fließbandarbeitsplätze der Frauen; es ist keinerlei Unterschied mehr von der Griffolge her – ob eine Frau in einer Brotfabrik oder in einer Seifenherstellung arbeitet. Sie „packt" – hier wie dort. Oft sind die der Arbeiterin zugestandenen Fertigungszeiträume so minimal, daß das Bewußtsein die einzelnen Bewegungen kaum mehr als wirkliche Arbeit registrieren kann. Deutlichere Beispiele für das, was man Entfremdung von der Arbeit nennt, kann es wohl kaum geben. In einer Studie des „Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft e.V." wird dazu ganz lapidar festgestellt: *„Die Zerschlagung ganzheitlicher Produktionstätigkeiten scheint heute für Frauenverrichtungen in der Industrie weitgehend abgeschlossen zu sein".*

Arbeiterin – ein Beruf?

90% aller Arbeiterinnen sind als Un- oder Angelernte tätig. Wenn der Anteil der Facharbeiter unter männlichen Erwerbstätigen 56,2% beträgt, so dürfen sich nur 6,2% aller Arbeiterinnen so nennen.

Weil die Frauen in der Industrie gerade die „unqualifiziertesten" Arbeiten verrichten, sind sie auch am leichtesten austauschbar. Bei der nächsten technischen Umgestaltung werden sie an einen anderen Platz geschoben, in Krisenzeiten werden sie als erste wegrationalisiert und sie haben noch weniger einen Anspruch auf einen festen Arbeitsplatz im Kapitalismus als ihre männlichen Kollegen.

Diese hohe „Flexibilität" innerhalb der Produktion garantiert den Kapitalisten enorme Profite und läßt sie immer wieder neue „saubere, leichtere" Arbeitsplätze für Frauen schaffen.

Das, was die Frauen in die Fabriken treibt, ist allein das Geld. Unter weiblichen Schulabgängern wird man viele typische „Frauenberufswünsche" finden – Friseuse, Näherin, Verkäuferin. „Fließbandarbeiterin" wird allerdings keine als Berufsziel haben, rangiert doch dieser Job in der Stufenleiter der Produktion ganz unten.

Akkord ist Mord

Für den z.T. vergleichsweise besseren Verdienst nehmen die Frauen menschenunwürdige Bedingungen am Arbeitsplatz auf sich. Die körperlichen, nervlichen und seelischen Anforderungen, die täglich an sie gestellt werden, sind enorm hoch.

Von jeder Arbeiterin, sei sie durch das Fließband oder durch die Akkordhetze gebunden, wird ein ungeheures Maß an Konzentration, Schnelligkeit, Griffsicherheit und Ausdauer verlangt. Selbst die bürgerlichen Wissenschaftler reden davon, daß die menschliche Leistungsfähigkeit während des Tages unterschiedlich hoch ist, daß sie bestimmten gesetzmäßigen Schwankungen unterworfen ist („Leistungskurve"). Eingang in den Tagesablauf der kapitalistischen Industrieproduktion hat diese Erkenntnis nicht gefunden. Nicht das Fließband wird dem Menschen angepaßt, sondern die Frau hat ihren Lebensrhytmus der Maschine anzupassen – Müdigkeit, Unwohlsein, Ablenkung durch häusliche Sorgen finden in der minutiösen Planung der kapitalistischen Produktionsgestalter keinen Platz. So gibt es z.B. weder gesetzliche noch allgemeingültige tarifliche Regelungen, wie oft eine Fließbandarbeiterin „mal raus darf". Lediglich in der Metallindustrie hat man gerade die ersten Versuche gemacht, im Manteltarifvertrag pro Stunde acht Minuten festzuschreiben.

Und neben der nervlichen Belastung, dem Kampf gegen Ermüdung, soll die tatsächliche körperliche Anstrengung nicht unterschätzt werden. So gibt es zwar eine gesetzliche Höchstgrenze „zum Schutze der Frau", wieviel sie heben darf. Doch es gibt keine Bestimmung über Häufigkeit und Dauer der Belastung. Und versteckt hinter dem Aushängeschild der „leichten, sauberen Packarbeiten" bewegen viele Frauen im Laufe der acht Stunden etliche Tonnen. Gewerkschafter rechneten aus, daß eine Packerin, die den ganzen Tag zehn-Liter-Kanister stapelt, auf die mittlere Tagesleistung eines Untertage-Bergarbeiters kommt.



So wurde z.B. in einer Befragung „zur Situation der Arbeitnehmerinnen" festgestellt, ob und wodurch sich Fabrikarbeiterinnen an ihrem Arbeitsplatz am meisten überfordert fühlten. Als Gründe nannten sie (in der Reihenfolge der meistgenannten Gründe):

1. zu schnelles Arbeitstempo;
2. Lärm, Licht, Schmutz;
3. familiäre Pflichten;
4. körperliches Unwohlsein;
5. zu schwere Lasten;
6. ständiges Stehen;
7. zu eintönige Arbeit; –

eine exakte Darstellung, wie Frauenarbeit im Kapitalismus aussieht!

Die Gesundheit geht dabei drauf

In einer Untersuchung, die Gewerkschafter und Wissenschaftler über den Zusammenhang von Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß bei Frauen anstellten, wurde deutlich, daß Arbeiterinnen häufiger gesundheitlich geschädigt sind, als ihre Kollegen und auch als nicht-berufstätige Frauen.

So leiden z.B. unter Stoffwechsel- und Ernährungskrankheiten von 1.000 Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren 2,6 Erwerbstätige, aber drei erwerbstätige Frauen; bei Krankheiten des Kreislaufsystems sind es 18 Erwerbstätige, aber 21,5 erwerbstätige Frauen; bei Krankheiten der Atmungsorgane sind es 25,7 Erwerbstätige, aber 27,8 erwerbstätige Frauen.

Verheiratete erwerbstätige Frauen haben 20 mal mehr Magengeschwüre als verheiratete, aber nicht erwerbstätige Frauen. Einseitige Körperhaltung bei monotoner Arbeit schädigt den Stütz- und Bewegungsapparat; die Zwangshaltung bei sitzender Arbeit führt zu Rückenschmerzen, Verdauungsstörungen, Gallenbeschwerden usw.

1969 wurden für Männer 156.390 Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit neu bewilligt, gegenüber 153.390 normalen Altersrenten, bei Frauen betrug das Verhältnis 112.672 gegenüber 75.056!

Das durchschnittliche Sterbealter (ehemals) berufstätiger Frauen beträgt 68,5 Jahre, das der Männer 75,9 Jahre, und das von Frauen, die nicht berufstätig waren, 77,5 Jahre.

Der Zynismus der Kapitalisten kennt keine Grenzen

Um die Frauen bei der Stange zu halten und um die Tatsache zu verdecken, daß Frauenarbeit im Kapitalismus gnadenlose Ausplünderung bedeutet, greifen die bürgerlichen Ideologen zu den widerwärtigsten Theorien. So „erklärt" Helga Laege, Expertin des Arbeitgeberverbandes, warum die Frauen am Fließband stehen:

„Die Frau, die ein bewußt positives körperlich betontes Lebensgefühl besitzt, hat meistens eine besondere Freude am leichten Ablauf der Griffolgen. Die fließende Bewegung eines Arbeitsganges bereitet ihr häufig geradezu einen ästhetischen Genuß".

Die Rechtfertigungsversuche reichen sinngemäß vom „angeborenen Schwachsinn" der Frau bis zum zweifelhaften „Lob", daß die Frau „von Natur aus zartere, weichere Hände" habe, so daß sie besser für den Umgang mit feinem Material geeignet sei.

Am wenigsten nachprüfbar und darum so beliebt sind die „psychologischen Komponenten" der Frau. In den „Vortragsunterlagen aus den wirtschaftspolitischen Grundinformationen des deutschen Industrieinstituts" Februar 1961 kann man lesen:

„Frauen haben demnach unausgeglichene physiologische Funktionen, sind stark gefühlsbetont und ... monotonieunempfindlich".

Und die kapitalistischen Ideologen gehen sogar so weit: *„Frauen haben eine solche Neigung zur Fließbandarbeit, daß sie natürlich auch die von Männern ausgetüftelten Bemühungen, die Monotonie der Arbeitsplätze aufzulockern, blokkieren". – „Der Fließbandfrau (!!) würde meist schon die Möglichkeit genügen, zwischen stehender und sitzender Tätigkeit zu wechseln."*

So nachzulesen beim Kapitalisten-Personalberater Kroedner-Keneth.

Die Frauen müssen sich an ihren Interessen zu organisieren lernen

Die Ansätze, die von Frauen gemacht werden, sich gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb zur Wehr zu setzen, sind noch gering. Noch gilt der Kapitalistenspruch, daß die Frauen willige Opfer seien.

Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad der Frauen liegt noch deutlich unter dem der männlichen Arbeiter.

Aber immerhin steigt sowohl die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder wie auch die Zahl der Frauen, die sich als Vertrauensleute und Betriebsräte für ihre und die Interessen ihrer Kolleginnen einsetzen wollen, stetig an. Die Zahl der DGB-Betriebsrätinnen stieg z.B. von 1959 bis 1972 von 15.281 auf 23.409 an. Damit sind immerhin 13,5% aller DGB-Betriebsräte Frauen.

Wir haben auch schon die ersten Beispiele kämpferischer Betriebsbesetzungen von Frauen erlebt: Pierburg und Sogantal in Portugal.

– Für das grundsätzliche Recht der Frauen auf Arbeit;
– Für menschenwürdige Arbeitsplätze;
– Rücksicht auf die besondere Belastung der Frauen;
– Gegen die Benachteiligung der Frauen am Arbeitsplatz.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

§ 218

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Hier eine Übersicht der uns bekannten Aktionen anläßlich der 2./3. Bundestagslesung:

Bielefeld

In Bielefeld demonstrierten am 7.2. mehr als 700 Menschen gegen den § 218. Die Demonstration war von der örtlichen ‚Koalition' der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" vorbereitet worden. Die „Aktion..." setzt sich in Bielefeld zusammen aus Mitgliedern der „Falken", der GIM, des SB und der Symphatisantengruppe des KB. Besonders zu erwähnen sind jedoch auch das Frauenzentrum und die vielen Unorganisierten, die in diesem Rahmen hervorragende Arbeit leisten.

Es gelang , für die Demonstration auch die DGB-Jugend und weitere Bielefelder Gewerkschaftsgruppen zu gewinnen. Das wiederum veranlaßte sogar die DKP und die revisionistischen ASten von Uni, PH und Fachhochschule, sich anzuschließen.

DKP und „Falken" bestanden jedoch darauf, daß von den beteiligten Organisationen während der Demonstrationen keine Zeitungen verkauft werden dürften; was die „Aktion..." schließlich unter Protest hinnahm. So entstand die perverse Situation, daß während der Demonstration nur „KPD/ML", „KPD" und KBW ihren Kram feilbieten durften.

Auf der Arbeitstagung der „Aktion...", die am 8.2. in Bielefeld stattfand (siehe Bericht in diesem AK), wurde beschlossen, ein solches ‚Verkaufsverbot' zukünftig nicht mehr zu akzeptieren. Die „Aktion" s t e l l t keine Bedingungen und l ä ß t sich keine stellen.

Nürnberg

200 Menschen demonstrieten am 11.2. in Nürnberg gegen den § 218. Aufgerufen hatten die Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK) und das Frauenzentrum.

11.2. in Nürnberg gegen den § 218. Aufgerufen hatten die Gruppe Nürnberger Kommunisten (GNK) und das Frauenzentrum.

Göttingen

In Göttingen fand am 12.2. eine von einer Aktionseinheit getragene Kundgebung gegen den § 218 statt. Es beteiligten sich der AStA (von Jusos und MSB gebildet), der KB, die GIM und Teile der Sozialistischen Frauengruppe. 250 Menschen nahmen an dieser Kundgeung teil. Der KBW führte mit seinen „Komitees" eine eigene Kundgebung mit etwa 150 Teilnehmern durch.

Kiel

In Kiel demonstrierten am 12.2. etwa 140 Menschen gegen den §218. Aufgerufen hatten der Liberale Hochschulverband (LHV), der persische Studentenverband CISNU und der KBW. Nach der Demonstration hielt der KBW eine Kundgebung ab, für die sich 30-40 Menschen interessierten.

Frankfurt

4-500 Menschen beteiligten sich in Frankfurt am 12.2. an einer Kundgebung, zu der die „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" und der KBW aufgerufen hatten.

Bremen

80 Menschen beteigten sich an einer vom KB durchgeführten Demonstration gegen den § 218.

Frankfurt

Gut 100 Menschen nahmen am 22. Januar an einer Veranstalung der „Aktion gegen den § 218" in Frankfurt teil. Zusammengeschlossen sind darin bislang die Frauengruppen aus den Jugendzentren Eschborn und Königsstein, die Arbeitsgruppe Frauen des KB und die GIM (inzwischen beteiligt sich auch der Spartacusbund daran). In den Referaten wurde ausführlich auf die Vorstellungen der Aktion, die frauen- und kinderfeindlichen Zustände in unserem Land und auf die Kriminalisierung der § 218-Gegner eingegangen. Lieder des BDJ-Chors aus Darmstadt und der JZ-Gruppe aus Königsstein sorgten ebenso wie ein Film über die Situation der Arbeiterfrauen im Betrieb für ein abgerundetes Programm. Die Veranstaltungsteilnehmer verabschiedeten ferner ein Protestresolution gegen die polizeilichen Übergriffe auf Mitglieder der iranischen Studentenvereinigung CISNU, die in der vorangegangenen Woche in mehreren Orten der BRD stattgefunden hatte. Diese Protestresolution wurde später gemäß der Forderung der Veranstaltungsteilnehmer im AStA-Info abgedruckt (die Veranstaltung hatte in der Universität stattgefunden).

Wenige Tage später, am 4. Februar, führten die KBW-beherrschten 218-Komitees ebenfalls eine Veranstaltung in Frankfurt durch, zu der rund 60 Leute kamen.

Bochum

Am 6.2.76 führte der Fachschaftsrat Psychologie der Ruhr-Universität eine Veranstaltung zum §218 durch. Eingeladen waren die Frauengruppe Bochum und die politischen Organisationen am Ort. Anwesend waren etwa 30 Menschen. Zu Beginn der Veranstaltung wurden die Vertreter der politischen Organisationen aufgefordert, ihren Standpunkt darzulegen.

Der KBW stellte den „Volksentscheid" in den Mittelpunkt. Dies wurde von allen anderen Anwesenden abgelehnt, weil der KBW nicht deutlich machen konnte, warum der Umweg über den Volksentscheid notwendig sei und wie er durchgesetzt werden soll. Der Vertreter der Kommunistischen Gruppe Bochum meinte, daß der § 218 nur durch entscheidende Aktivitäten breiter Bevölkerungsteile wie z.B. Massenstreiks zu Fall gebracht werden könne. Heute sei die Bewegung gegen den § 218 aber noch sehr schwach entwickelt.

Die Frauengruppe Bochum berichtete, daß sie Abtreibungsfahrten or-

gegen den § 218 aber noch sehr schwach entwickelt.

Die Frauengruppe Bochum berichtete, daß sie Abtreibungsfahrten or-

ganisiert und sich um Ärzte bemüht, die den Frauen umfassende Hilfe geben. Gegen besonders üble frauenfeindliche Ärzte sollen Aktionen durchgeführt werden.

Von einem Genossen des KB wurde kritisiert, daß die ‚Frauengruppe' wie auch die KG Bochum es ablehnten, heute im Kampf gegen den § 218 gegebenenfalls auch mit Befürwortern einer Fristenregelung zusammenzuarbeiten.

Leider kam es nicht mehr zur Diskussion über eine gemeinsame Veranstaltung. Hierzu war ein Antrag des KB-Genossen eingebracht worden. ‚Frauengruppe' und KG Bochum äußerten sich zu diesem Vorschlag nicht mehr. Der KBW konnte nur angeben, was die ihm nahestehenden „Komitees" planen, aber nicht in ihrem Namen sprechen.

Ein KB-Genosse aus Bochum

Hamburg

In Hamburg fand am 11.2., anläßlich der 2. und 3. Lesung, eine Demonstration gegen den § 218 statt, zu der folgende Organisationen und Gruppen aufgerufen hatten: Alle 5 Untergruppen der Uni-Frauengruppe, Chile Frauengruppe, Frauengruppe Medizin-Soziologie, Frauen- und Mädchengruppen im BDJ, Frauengruppe Bergedorf, Frauengruppe Geesthacht, Frauengruppe der Hochschule für Bildende Künste, Montagsgruppe im Frauenzentrum Hamburg, sowie die in der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" zusammenarbeitenden Organisationen: Arbeitsgruppe Frauen des KB, Frauengruppen der beiden SSB's (Schüler und Studenten), GIM (Trotzkisten)..

Die Hauptparolen waren: *„Weg mit dem § 218", „Für die vollständige Legalisierung der Abtreibung," „Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau."*

Trotz starkem Regen nahmen etwa 2300 Menschen an der Demonstration teil. ●

Frankreich:

Ein Jahr nach Einführung der Fristenregelung

Die fortschrittliche französische Organisation „Planning Familial" (Familien-Planung) ließ eine Untersuchung durchführen, aus der hervorgeht, daß das „Veil-Gesetz" (Fristenlösung) teilweise überhaupt nicht angewandt wird. So ist es zum Beispiel den Frauen in den Großstädten Grenoble und Lyon unmöglich, Schwangerschaftsabbrüche in Krankenhäusern der Stadt durchführen zu lassen.

Durchschnittlich betragen die Kosten für eine im Krankenhaus durchgeführte Abtreibung 1.000 Francs (etwa 700 DM), d. h. knapp unter dem gesetzlich fixierten Mindestlohn, der bei rund 1.300 F. liegt. Da sich zahlreiche Ärzte nach wie vor angeblich aus „Gewissensgründen" weigern, Abtreibungen in ihren Krankenhäusern durchzuführen, hat sich ein lukratives Netz von Privatkliniken errichtet. So werden zum Beispiel in Paris zwischen 95 % und 99 % der Abtreibungen in solchen Kliniken durchgeführt, wobei die Kosten sehr unterschiedlich sind, da Privatkliniken keinerlei Kontrolle unterstehen.

Als in Frankreich noch ein generelles Abtreibungsverbot existierte, hatten französische Ärzte und englische Privatkliniken eine Art Kommissionssystem eingerichtet. Für jede Frau, die sie nach England „vermittelten", kassierten die Aasgeier zwischen 2.000 und 3.000 Francs. Heute schicken sie die Frauen in ihre eigenen Privatkliniken.

Konkret heißt das: Das alte Unrecht ist geblieben. Für die Frauen der Arbeiterklasse heißt das „Veil-Gesetz" nach wie vor Angst und Demütigung. Oft genug passiert es, daß die Frau, wenn sie endlich einen Krankenhausplatz gefunden hat, dann gesagt bekommt: „Tut uns leid, die Frist ist überschritten". Nicht so für die Frauen der Bourgeoisie: Für sie ist der vorherige Zustand nur legalisiert worden, für sie existiert dieses Netzt von Luxuskliniken. Nicht nur dies macht deutlich, daß das „Veil-Gesetz" ein Klassengesetz ist, das bekämpft werden muß, um die tatsächlich freie und kostenlose Abtreibung durchzusetzen. Deutlich wird das außerdem auch durch die Tatsache, daß Ende Januar sechs Frauen einen Prozeßtermin bekommen haben. Grund: Diese sechs Frauen arbeiten beim MLAC (Bewegung für freie Abtreibung und freie Verhütung) in Aix-en-Provence. Sie hatten bei einer minderjährigen Frau eine Abtreibung nach der Karman-Methode durchgeführt. Daraufhin reichten die Eltern Klage ein. Der Prozeß soll demnächst beginnen und wird zweifellos eine große Protestmobilisierung hervorrufen. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

„Gleichberechtigung" in England?

Seit Ende letzten Jahres ist in England ein Gesetz in Kraft, das den Engländerinnen gleiche Rechte in Ausbildung, Beruf und öffentlichem Leben verspricht, Diskriminierung wegen des Geschlechtes soll verboten sein. Stellenanzeigen dürfen nicht auf ein Geschlecht bezogen sein (jedes Wocnenende erscheinen bei uns die Stellenanzeigen getrennt in „männlich" und „weiblich"); es soll keine Diskriminierung im Lohn geben; weder bei der Wohnungssuche noch im Kreditwesen sollen Frauen benachteiligt werden, es soll die gleichen Aufstiegschancen geben.

Fünf Jahre gewährte der Staat den Kapitalisten zur Anpassung an das Gesetz.

Gewonnen haben die Frauen nicht viel.

Weder in der Schule - dort ist der Kochunterricht den Mädchen vorbehalten - noch im Betrieb - von Frauen verrichtete Arbeit wird niedriger eingestuft - wird das Gesetz befolgt.

Allerdings wurden durch das Gesetz einige Frauen ermutigt, ihre Rechte durchzusetzen. So hat es z.B. im Organisationsbereich der APEX, einer Gewerkschaft für Büroangestellte, in der viele Frauen organisiert sind, schon häufig Streiks für gleiche Bezahlung gegeben, die nach Einschätzung eines Sprechers der Gewerkschaft noch zunehmen werden.

Die Kapitalisten nutzten die Übergangszeit, um nach Kräften Methoden ausfindig zu machen, mit denen sie die Lohnspaltung zwischen Männern und Frauen aufrecht erhalten können, z.B. über die Arbeitsplatzbewertung.

Wie ernst die Arbeitsgerichte, die die angezeigten Fälle zu bearbeiten haben, ihre Aufgabe nehmen, zeigte die Stellungnahme eines Sprechers des obersten Rates der Arbeitsgerichte, der auf die Tatsache angesprochen wurde, daß von 1.400 Richtern nur 350 Frauen sind: *„Es ist nicht geplant, das Zahlenverhältnis zugunsten der Frauen zu verändern, ‚das würde gegen dieses Gesetz verstoßen' "* („The Guardian", 29.12.75). Dieser Spruch macht noch einmal deutlich, daß das Gesetz den Frauen nicht viel nützt, sondern es im wesentlichen auf die Kraft der Kolleginnen und Kollegen ankommt, ihre Forderungen nach gleicher Bezahlung und Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen durchzusetzen. ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität bei der Schwangerschaftsunterbrechung

Knappe DM 300,– wurden von Schwesternschülerinnen in einem großen Hamburger Krankenhaus für eine Kollegin gesammelt, die eine Abtreibung durchführen lassen wollte; damit wurde der betroffenen Kollegin ermöglicht, ihre Ausbildung fortzusetzen. Weiter schreiben die Schülerinnen in einem Handzettel, mit dem sie um die Unterstützung warben: „Für die Eltern wäre es viel schöner, ein Baby zu einem Zeitpunkt zu bekommen, wenn man es sich selber wünscht, wenn die häuslichen Verhältnisse geregelt sind und vor allen Dingen, wenn beide Eltern einen Beruf erlernt haben." ●

Weibliche NATO-Soldaten in der BRD stationiert!

„Das ‚Jahr der Frau' ist zu Ende, aber der Vormarsch der Damen fängt erst richtig an, zumindest beim I. Korps der belgischen NATO-Truppen in Köln, wo in diesen Tagen die ersten 75 Soldatinnen anrückten: mit Pistole und Stahlhelm, Puppen und Kosmetikköfferchen. Weitere 200 stehen schon marschfertig in Belgien bereit, und bis Ende 1978 wollen noch etwa 10.000 (?) folgen". („Hamburger Abendblatt", 24.1.76).

Unverholen liebäugeln die BRD-Militaristen mit der Möglichkeit, eines Tages auch hier die Frau durch den Matsch kriechen zu lassen wie die belgischen Frauen:

„Schießen mit Pistole und Maschinengewehr, Tarnung im Gelände, Marschieren, Exerzieren, sogar Taktik haben die Damen gelernt" (s.o.).

KAMPF DER REKRUTIERUNG DER FRAU FÜR DIE IMPERIALISTISCHE ARMEE !!! ●

Italien:

Drei Frauen wegen Abtreibung verurteilt

In Rom standen Ende Januar drei Frauen wegen einer vor a c h t Jahren durchgeführten Abtreibung vor Gericht:

- Die heute 26 jährige Frau, an der die Abtreibung vorgenommen wurde;
- ihre Mutter;
- die Ehefrau des inzwischen verstorbenen Arztes, der die Abtreibung damals durchführte.

Die beiden ersten Frauen wurden zu 10 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt, die Arztfrau zu einem Jahr und 10 Monaten. –

Weitere Prozesse dieser Art sollen in den kommenden Wochen laufen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die von der MLD (Bewegung für die Befreiung der Frau) gesammelten 3000 Selbstanzeigen von Frauen, die abgetrieben haben, „archiviert" , d.h. praktisch eingestellt werden sollen. Verschärfte juristische Verfolgung aber Vermeidung politischen Zündstoffs, das ist offenbar die Taktik des bürgerlichen Staates. ●

Frauenkongreß von Lotta Continua

Am 31. Januar und 1. Februar fand ein Frauenkongreß der italienischen kommunistischen Organisation Lotta Continua statt. 500 Genossinnen nahmen daran teil.

Die „Frauenfrage" hat in Lotta Continua heftige Diskussionen hervorgerufen, die sich auch auf dem Kongreß widerspiegelten. Ganz offensichtlich ist die Entwicklung einer speziellen „Frauenpolitik" bei vielen Genossen von LC zunächst auf Unverständnis und auf – teilweise handgreiflichen! – Widerstand gestoßen. Beschwerden von Genossinnen hierüber waren auch in „Lotta Continua" zu finden.

Über die Diskussion auf dem LC-Frauenkongreß wollen wir im nächsten AK berichten, wenn uns mehr Informationen vorliegen. Schon jetzt läßt sich sagen, daß es sich um eine begrüßenswerte, fruchtbare Initiative gehandelt hat. ●



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Hamburg

Demonstration aller Ausbildungsbereiche

Für mehr Ausbildungsplätze, für die Einstellung aller Lehrer und Erzieher, sowie gegen die Berufsverbote und für freie politische Betätigung, demonstrierten in Hamburg am 13.2. gut 4 000 Schüler, Lehrlinge, Studenten und Referendare. Konkreter Anlaß für diese Demonstration waren scharfe Angriffe von Staat und Kapitalisten in allen Bereichen der Ausbildung:

- **Keine Lehrstellen für ca. 8 000 Hamburger Schulabgänger in diesem Jahr,**
- **1 000 Lehrer mit 1. oder 2. Staatsexamen arbeitslos,**
- **ein neues Schulgesetz in Planung, das den Numerus Clausus an Schulen ermöglichen soll, und einen umfassenden Disziplinierungskatalog gegen Schüler und Eltern beinhaltet,**
- **Angriffe auf das politische Mandat des AStA der Universität.**

Die Initiative zu dieser Demonstration war ursprünglich von Lehrlingen und Berufsschülern ausgegangen.

Schon im November letzten Jahres wurden auf einer Veranstaltung, die vom Schülerrat der Gewerbeschule 1 einberufen worden war, der DGB und die Einzelgewerkschaften aufgefordert, eine solche Demo zu organisieren. Die Kollegen kritisierten, daß der DGB nach einer einmaligen Demonstration am 19.2.1975 gegen die Jugendarbeitslosigkeit nichts mehr unternommen hatte, um den Kampf weiterzuführen.

In der Resolution hieß es ferner: *„Falls DGB bzw. IGM dieser Forderung nicht nachkommen, fordern wir die Hamburger Aktionseinheit auf, diese Demonstration durchzuführen!"*

Bereits im Januar war jedoch klar, daß die DGB-Führung eine solche Aktion nicht „genehmigen" würde. Nicht einmal die DGB-Jugend (Kreisjugendausschuß, von Jusos und SdAJ besetzt) wurde in dieser Richtung aktiv. Daher kam es darauf an, möglichst viele fortschrittliche Vertretungsorgane und Organisationen für die Demo zu gewinnen.

Dies gelang dadurch, daß auf Vollversammlungen der Studenten und Referendare auf Initiative der Linken Beschlüsse in dieser Richtung mit großen Mehrheiten gefaßt wurden. Zwar versuchte der AStA, die Demo auf sein Konto zu verbuchen (nach dem Motto: *„MSB immer in der Initiative"* – bescheidene Überschrift eines MSB-Flugblattes). Tatsächlich war er aber entsprechend der Stimmung unter den fortschrittlichen Studenten schnell auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Seine „Bündnispartner" vom AjLE der GEW hatten unter den Referendaren sogar kräftig (und erfolglos) g e g e n eine solche Demo gewettert, was im nachhinein dann als „Mißverständnis" dargestellt wurde.

Obwohl also die Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten praktisch n i c h t s für das Zustandekommen der Demonstration getan hatten, traten sie auf den vom AStA einberufenen „Bündnisverhandlungen" erneut mit ihrem spalterischen Alleinvertretungsanspruch und ihrer Unvereinbarkeitspolitik auf. Trotz Einigkeit über die allgemeine Stoßrichtung für die Demo verlangten sie von der Hamburger „Aktionseinheit", den linken Fachschaftsräten, dem Referendarvorstand sowie KB, SSB und BDJ, ihren Aufruf bedingungslos zu unterschreiben – andernfalls könnten die Linken ja eine eigene Demonstration durchführen. Ein Redebeitrag auf der Abschlußkundgebung sollte nur dem Referendarvorstand und nur unter der Bedingung einer politischen Vorzensur „zugestanden" werden.

Daraufhin riefen die Linken zur Teilnahme an der Demonstration, aber Durchführung einer eigenen Abschlußkundgebung auf. KBW/SSG erklärten dieses Vorgehen für „schädlich" und „spalterisch" und schlugen sich damit wie üblich auf die Seite von AStA, MSB, KJA etc.

Die Demonstration selbst war fast ausschließlich von den Parolen der Linken geprägt. Kleine Gruppen des AStA und des AjLE nahmen an einer aktiven politischen Prägung des Zuges entweder gar nicht teil oder stimmten ebenfalls zaghaft in die Losungen der „Aktionseinheit" ein. Am „kritischen Punkt", wo sich die Teilnehmer der verschiedenen Abschlußkundgebungen voneinander trennten, folgte dann die kalte Dusche für AStA, Schülerkammer und KJA bzw. MSB und SdAJ.

Nachdem sich die von ihnen gebildete „Spitze" des Zuges (ca. 300) zur AStA-Kundgebung abgesetzt hatte, zog erst einmal ungefähr die Hälfte der Demonstration praktisch geschlossen an ihnen vorbei. Parolen für eine Politik der Aktionseinheit und gegen die Spaltung setzten sich immer stärker durch. Schließlich waren es auch im zweiten Teil des Zuges nur einige Gruppen, die dem Ruf der Revis (*„Hier sprechen die Vertreter der Gewerkschaften und der Hamburger Jugendverbände"*!!) folgten. Die Spalter kamen am Eingeständnis ihrer Pleite nicht vorbei und mußten ihre Kundgebung mangels Beteili-
ihrer Pleite nicht vorbei und mußten ihre Kundgebung mangels Beteili-
gung (ca. 500-600) absagen. (Durch diesen Verlauf der Demonstration waren übrigens auch die ca. 200 KBW'ler nicht weniger überrascht als die Revisionisten: Ein Teil von ihnen setzte sich pflichtgemäß zum AStA ab, andere trabten jedoch der Mehrheit hinterher).

Dagegen nahmen über 3 000 an der Abschlußkundgebung der „Aktionseinheit" und des Referendarvorstandes teil, die von Sprechern derjenigen Bereiche, die in letzter Zeit mit Streiks und Demonstrationen an vorderster Front der Kämpfe gestanden hatten, gestaltet wurde.

Im nachhinein kann man feststellen, daß die eigentliche Unverschämtheit von MSB/SdAJ bzw. Jusos/SHB darin bestanden hatte, die Linken die gesamte Mobilisierungsarbeit für die Demonstration leisten zu lassen, selbst aber mit Hilfe der „einflußreichen (?) Bündnispartner" KJA und Schülerkammer die ausschließliche politische Führung zu beanspruchen. Dieses Manöver wurde nicht nur von den Anhängern der „Aktionseinheit", sondern darüber hinaus von einem beträchtlichen weiteren Teil der Demonstranten entsprechend quittiert.

Daher ist u.a. das Ergebnis der Demonstration ein weiterer deutlicher Schlag gegen die Unvereinbarkeitspolitik und eine Stärkung der Forderung nach solidarischer Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte.

Im Erfolg dieser Kampagne insgesamt sehen wir einen Fortschritt beim Aufbau einer kontinuierlichen selbständigen Kampffront von Lehrlingen, Schülern, Studenten und Referendaren gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik. ●

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg



Demonstration von gut 4000 Schülern, Lehrlingen, Studenten und Referendaren für mehr Ausbildungsplätze, für die Einstellung aller Lehrer und Erzieher, sowie gegen die Berufsverbote und für freie politische Betätigung; am 13.2.76 in Hamburg

„Hamburger Autorenschule"

Geschäft mit der Hoffnung

Hinter den Buchstaben IFS verbirgt sich das Hamburger **„Institut zur Förderung und Ausbildung des Schriftstellernachwuchses"**, Steindamm 35.

Das „Institut" verspricht, durch Fernkurse in Zeiträumen von einem bis drei Jahren Kurzgeschichten-Autoren, Journalisten, Kinderbuch-Autoren, Fernseh-Autoren, Kriminal-Autoren und Schriftsteller „auszubilden". Am billigsten kommt weg, wer es bloß zum Journalisten bringen will: Der etwa einjährige „Kurs" (*„10 Lehrbriefe von jeweils durchschnittlich 36 Seiten DIN A 4"*) kostet bei Barzahlung 750 Mark. Für 858 Mark sollen Kinderbuch-Autoren ausgebildet werden. Wer dagegen das **„Große Schriftsellerseminar"** zu absolvieren wünscht (*„40 Lehrhefte von jeweils durchschnittlich 40 Seiten DIN A 4"*), kann 2.182 Mark (bar) in den Sand setzten. Stottert er diese Summe über drei Jahre ab (etwa so lange dauert der „Kurs"), kommt er auf 2.520 Mark. Das IFS sei dafür freilich auch – so heißt es in den Prospekten – *„in Deutschland die Schule mit der größten Erfahrung und den größten Erfolgen bei der Ausbildung und Förderung von Autoren"*. Versprochen wird *„eine erstklassige Ausbildung, wie sie Ihnen in Deutschland kein zweites Mal geboten wird"*.

Dem umworbenen Kunden wird eingeredet, die hohen Ausgaben würden sich für ihn bald auszahlen, wenn er erst einmal ein erfolgreicher Schriftsteller ist: *„Noch niemals gab es einen größeren Bedarf an Literatur als jetzt ... Es gibt nicht genügend gute Schriftsteller, Schriftsteller also, die sich auf ihr Handwerk verstehen. Sie können es jetzt werden. Durch ein Studium an einem IFS-Schriftsteller-Lehrgang"*. **„Die Unterrichtsgebühr, die Sie bezahlen, um das zu lernen, ist ... eine sinnvolle Investition in Ihre schriftstellerische Zukunft".**

Skrupellos werden Frauen besonders angesprochen: *„Überall redet man von Gleichberechtigung. Und dennoch müssen Frauen in vielen Berufen immer noch gegen Vorurteile ankämpfen. Anders ist es in der Schriftstellerei. Hier haben Frauen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die gleichen Chancen wie Männer. Nicht wenige Frauen haben es in der Schriftstellerei zu Ruhm, Ansehen und Vermögen gebracht. Für Hausfrauen bietet sich eines der schönsten Betätigungsfelder, das ihnen Kraft und Mut für den Alltag gibt und obendrein noch Geld einbringt"*.

Sogar die Ältesten sollen noch geschröpft werden: *„Für die Schriftstellerei sind Sie nie zu alt ... Im Gegenteil : In Ihren Lebenserfahrungen steckt das beste Kapital. Warum sollten Sie das mit 60 oder 70 Jahren nicht mehr ausnutzen ... Sie gewinnen neue Kraft und neues Selbstvertrauen ... Und obendrein verdienen Sie noch Geld"* (lt. Prospekten ist der älteste „Kursteilnehmer" schon über 80!).

Einmal für einen der „Kurse" eingefangen, werden die „Fernschüler" mit kräftigen Gaben aus dem Honigtopf bei Laune gehalten. So heißt es z.B. in einem in den Prospekten abgedruckten Musterbrief eines „Lehrgangsleiters": *„Mit Ihnen zu arbeiten – da hüpft einem alten Lehrgangsleiter das Herz vor Freude! Ihre neuen Hausaufgaben zeigen mir, daß wir uns auf Anhieb verstanden haben"* usw.

„Pädagogischer Leiter" dieses Schwindelladens ist der frühere Schuldirektor Dr. Ludwig Sroka. Als „Lehrgangsleiter" fungieren Professoren, Journalisten, Rundfunkautoren, der Kriminalschriftsteller Frank Arnau, der Bergsteiger und Amateur-Autor Luis Trenker u. a. ...

Sie alle praktizieren eine im Kapitalismus geläufige Art des Geldverdienens – den Verkauf von Illusionen, Hoffnungen, Träumen vom „großen Geld" ... Bei i h n e n dürfte jedenfalls die Kasse stimmen!

P.S. Einige Tage nach Erhalt der diversen IFS-Broschüren flatterte uns vom IFS ein vierseitiges Schreiben an den AK-Presseverantwortlichen, Kai Ehlers, ins Haus. Dem Genossen Ehlers wird darin offeriert: *„Sie wollen die Kunst des Schreibens lernen. Wir wollen, daß Sie diese Kunst bei uns erlernen. Beides setzt voraus, daß wir von Anfang an offen und ehrlich zueinander sind."* Geradezu väterlich ermahnt Ex-Schuldirektor Sroka den Genossen Ehlers: *„Sie können und dürfen sich nicht auf Abenteuer einlassen. Sie müssen und sollen bis ins letzte wissen, wofür Sie Ihr Geld aufwenden und Ihre Zeit."* Dann wird dem Genossen noch der Rat mit auf den Weg gegeben: *„Auch Schreiben lernen kostet Mühe . . ."* ●

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig: 3300 Braunschweig, Postlagerkarte 081378 A

Bremen: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 28 Bremen, Fedelhören 77, Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr, freitags 15 - 19 Uhr, sbds. 10 - 14 Uhr

Bremerhaven: 285 Bremerhaven 1, Postlagerkarte 00 31 60

Eutin: H. Lankau, 242 Eutin, Postlagerkarte A 022854

Flensburg: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 02 25 83

Kreis Pinneberg/Steinburg: 208 Pinneberg, Postlagerkarte A 022926

Frankfurt: Arbeiterkampf-Vertriebsbüro, 6 Frankfurt/M. 90, Kurfürstenstraße 8, öffentl. Bürostunde: Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr, Samstag 14.30 - 16.30 Uhr

Göttingen: KB/Gruppe Göttingen, Kontakt: R. Kruppa über Buchladen Rote Str. 10

Hamburg: ARBEITERKAMPF, Literatur-Vertrieb + Büro, 2 Hamburg 6, Susannenstraße 41, Tel.: 040/439 38 15

Hannover: Arbeiterbuch, z.Hd. KB, 3 Hannover, Rehbockstr. 3

Hildesheim: 32 Hildesheim, Postlagerkarte A 019075

Kappeln: Dagmar Schneider, 234 Kappeln/Schlei, Postlagernd

Kassel: Florian Rohs, 35 Kassel, Goethestraße 31

Kiel: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte 098 831 A

Landshut: SSB (Sozialistischer Schülerbund), 83 Landshut, Postlagerkarte A 041181

Lüneburg: KB/Gruppe Lüneburg, Samstag 11 - 13.00 Uhr in der Bäckerstraße

Lübeck: c/o Arbeiterbuch, 24 Lübeck 1, Hüxstraße 68

Mölln/Ratzeburg: P. Wurzbacher, 2410 Mölln, Postfach 1362

Nürnberg: G.N.K., Thomas Gradl, 85 Nürnberg 16, Postfach 16 03 65

Oldenburg: AK-Vertriebsbüro, 29 Oldenburg, Nadorster Str. 190

Westberlin: A. Radtke, 1 Berlin 21, Thomasiusstr. 2, Freitag 16 - 19 Uhr

Redaktion und Verlag: 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Bochum: CDU-Kampagne gegen linken Buchladen

Die CDU hat einen erneuten Beweis dafür geliefert, daß sie zur reaktionären Ausrichtung und Verhetzung breiter Teile der Bevölkerung gegen jede fortschrittliche Tätigkeit angetreten ist.

In der Stadtteil-Zeitung der CDU „BO-Nachrichten“ wird gegen den einzigen linken Buchladen in Bochum ein ganzer Kübel von Verdächtigungen, Verdrehungen und verleumderischen Behauptungen ausgekippt. Unter der Überschrift *„Querenburger Bombenküche, Anlaufstelle für internationale Terroristen“* wird der Politische Buchladen zur *„bestbekannten Anlaufstelle für Baader-Meinhof-Sympathisanten“* erklärt. Beweise für diese Behauptung liefert die CDU natürlich nicht.

Die CDU-Demagogen lügen, daß man in dem Bochumer Buchladen lernen kann, *„wie man eine Bombe baut oder eine Geiselnahme durchführt“*. Und die Spitze: *„Wer in Bochum Terrorist werden will, der braucht nicht wie in anderen Städten das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Er geht in den Querburger Buchladen“* (Zitate aus „BO-Nachrichten“, 1/76).

Neben der beabsichtigten Verhetzung der Bürger in der unmittelbaren Umgebung der Universität geht es den rechten Schmierfinken letztendlich um die Schließung des Buchladens. Daß dabei auch die SPD in Bochum in die Schußlinie gerät, liegt einfach daran, daß die Vermieter des Buchladens die „Bochumer Heimstätten“ sind. So heißt der letzte Absatz des Artikels: *„Wenn Bochums SPD-Regenten nicht in den Ruf kommen wollen, die erklärten Feinde unseres Staates zu fördern, sollten sie dafür sorgen, daß der Buchladen geschlossen wird.“*

Man darf gespannt sein, wie lange es dauert, bis die SPD demonstrativ „Verfassungstreue“ zeigt ...

Am 9.2.76 brachte der Politische Buchladen eine Stellungnahme heraus, die an die Bewohner in der Umgebung des Buchladens verteilt würde. Darin heißt es: *„Ähnlich wie die Berichterstattung der Springer-Presse gegen die Studentenbewegung in Berlin 1968 zum Attentat auf Rudi Dutschke führte, wird hier wieder versucht, ein K l i m a d e r G e w a l t gegen die fortschrittlichen Kräfte zu erzeugen.“* Das Buchladenkollektiv sieht es richtig, wenn es die Hetzschrift der CDU als einen Angriff auf die Existenz des Buchladens ansieht.

Inzwischen hat das Buchladenkollektiv juristische Schritte gegen die Hetzschrift der CDU eingeleitet. So erhielten die Herausgeber der „BO-Nachrichten“ eine Anzeige wegen Geschäftsschädigung und falschen Anschuldigungen; außerdem verlangt der Buchladen das Recht auf eine Gegenstellungnahme in der Presse.

Doch allein mit juristischen Mitteln ist der Hetze der Rechten nicht zu begegnen. Gegen die Offensive der Rechten müssen sich die fortschrittlichen Kräfte zusammenschließen.

- **Kampf der CDU-Hetze!**
- **Der Reaktion keinen Fußbreit!**
- **Kampf dem Faschismus!**

Ein KB-Genosse aus Bochum

BO-NACHRICHTEN — 1/76 – Februar

CDU-Stadtteilzeitung für Politik und Wirtschaft

Querenburger Bombenküche

Anlaufstelle internationaler Terroristen

Daß es in Bochum einen offiziellen und international bekannten Treffpunkt für Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande gibt, ist bereits ein gräßlicher Gedanke. Daß sich dieser Treffpunkt in einem Haus der Stadt Bochum befindet, sollte unvorstellbar sein. Und doch ist es so: [illegible] Vermißter des [illegible], in dem sich der Buchladen befindet, sind die Bochumer Heimstätten, die im Alleineigentum der Stadt Bochum stehen und von dem SPD-Ratsfraktionsvorsitzenden Heinz Hossiep geleitet werden.

Wollen Sie wissen, wie man eine Bombe baut oder wie man eine Geiselnahme und Straßenkampf durchführt? Im „politischen Buchladen“ können Sie sich darüber informieren und anderes Handwerk aus Terroristenkreisen wie der Baader-Meinhof-Bande erlernen. Wer in Bochum Terrorist werden will, der braucht nicht wie in anderen Städten das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Er geht in den Querenburger Buchladen. Dort findet er ein reichhaltiges Angebot an revolutionären Büchern, Zeitschriften und Broschüren mit genauen Anleitungen zu Terrormaßnahmen. Die Schriften sind — für jedermann einsehbar und käuflich — in Regalen aufgereiht, so daß man nicht darauf angewiesen ist, erst das Vertrauen der bedienenden Kommunisten zu gewinnen, um in den Besitz [illegible] Schriften zu kommen [illegible] liegen sogar in den drei Schaufenstern aus.

Bo-Nachrichten-Redakteure besuchten den Buchladen. Nach dem Lesen der dort gekauften Schriften wissen sie jetzt nicht nur, unter welchen Voraussetzungen man Mitglied der Baader-Meinhof-Bande werden kann. Sie kennen vielmehr auch das Konzept, nach dem die Bande und ihr nahestehende Gruppen operieren und was man in deutschen Terroristenkreisen für die Zukunft plant. All diese Informationen erhielten die Bo-Nachrichten-Redakteure aus Zeitschriften und Broschüren, die insgesamt etwa 13 DM kosteten.

Eine der mitgebrachten Schriften ist eine Zeitung mit dem Titel „Revolutionärer Zorn“, die von der „Revolutionären Zelle“ herausgegeben wird. Dabei handelt es sich um die Organisation, die die Entführung des Berliner CDU-Chefs Peter Lorenz An[illegible] Artikel auf der zweiten Seite des Blattes hat die „Revolutionäre Zelle“ auch bei der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm im April letzten Jahres mitgewirkt, bei der es mehrere Tote gab. Die zweite Seite des „Revolutionären Zorns“ beschäftigt [illegible] mit den Lehren, die aus der Botschaftsbesetzung zu ziehen sind. Es sollen, so das Blatt, in Zukunft verstärkt Handfeuerwaffen wie Revolver und Bomben angeschafft werden. Zur Geldbeschaffung soll das Mittel der Erpressung eingesetzt werden.

Laut „Revolutionärer Zorn“ hat „der große Krisenstab (der bei Terroranschlägen regelmäßig gebildet wird, Anm. d. Red.) keinen Anlaß zu triumphieren“. Denn: „Klar ist, daß jetzt ein anderer Druck erzeugt werden muß, um unsere Genossen rauszuholen.“ Mit den „Genossen“ sind die Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande gemeint, gegen die in Stuttgart gerade der Prozeß gemacht wird. Der „andere Druck“ soll dadurch erzeugt werden, daß man „wie die Genossen in Chile ... mit Revolvern, Bomben, Erpressung und Entführung arbeitet“. Dabei setzt man bewußt darauf, daß es sich die Bundesregierung letzten Endes nicht leisten könne, fortwährend das Leben Unschuldiger aufs Spiel zu setzen.

Auch Tarnschriften kann man in den Regalen des „politischen Buchladens“ finden. So kauften [illegible]

Polizeiüberfälle in Bochum

Im Januar dieses Jahres fand in Bochum eine von 300 Menschen besuchte Veranstaltung der „Initiative zur Aufklärung der Bochumer Polizeiüberfälle“ statt. Die „Initiative“ hatte sich gegründet, nachdem in Bochum und in Wanne-Eickel Polizisten bewaffnete Überfälle auf harmlose Passanten verübt hatten. Insbesondere handelte es sich um drei Fälle, bei denen Bullen in Zivil vorschnell mit der Ballerei Menschen schwer verletzten:

– Am 17.9.75 wurde nachts vor dem Bochumer Schauspielhaus der Angestellte Gerhard Send von fünf Bullen in Zivil aus einem fahrenden Auto heraus ohne Warnruf angeschossen und schwer verletzt. Vorwand für die Zivilbullen war später, daß sie auf der Suche nach einem angeblichen Totschläger in dem Angestellten Send eben diesen zu erkennen glaubten, weil er ähnlich gekleidet war. Insgesamt gaben die Bullen mehr als 20 Schüsse ab (Zeugenaussagen sprechen von einer doppelt so hohen Zahl), von denen eine weitere Passantin einen Oberschenkeldurchschuß erlitt (Der Streuwinkel der Polizeikugeln betrug 90 Grad!)

Das gegen die Bullen eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde nach ca. vier Wochen von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Sie erkannte trotz massiver gegenteiliger Zeugenaussagen auf „Putativnotwehr“.

– Am 20.10.75 wurde ein von zwei Polizeiautos verfolgter Autofahrer an der Bochumer Stadtgrenze durch einen Lungensteckschuß lebensgefährlich verletzt. Das Auto war bereits gestoppt und nach Aussagen mehrerer Zeugen kam die Kugel aus dem Polizeiauto und durchschlug die geschlossene (!) Scheibe des verfolgten Wagens.

– Am 16.10.75 wurde in Wanne-Eickel ein von der Polizei verfolgter 19-jähriger Maler mit der Pistole so schwer am Schädel verletzt, daß er mit einer Schädelfraktur ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte („Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, 18.10.75). Die Polizei behauptete, der Arbeiter wollte sich nach einer Schlägerei durch Flucht der Festnahme entziehen. Wie ein Zeuge später berichtete. hatte ein Bulle auf der Verfolgungsjagd laut geschrien: *„Bleib stehen, sonst schieß ich dich über den Haufen“* („WAZ“, 22.10.75).

Die „Initiative“ schreibt in einer von ihr herausgegebenen Dokumentation: *„Die drei hier geschilderten Fälle stellen die schärfsten Übergriffe der Bochumer Polizei dar. Die Initiative weiß, daß dies nur die Spitze des Eisberges ist, in dem sich eine Vielzahl ‚kleinerer‘ Übergriffe verbirgt“* (Dokumentation, S. 28). ●

Neue Gaswaffe für die Polizei

Für die Ausrüstung der Polizei gegen Demonstrationen, Streiks usw. werden immer neue Waffen entwickelt. Die in Hamburg ansässige Firma Micro-Electronic hat jetzt in einem mit dem Vermerk „vertraulich“ versehenen Brief eine Gaswaffe mit dem Namen „Atomat“ angeboten. In diesem Werbeschreiben heißt es:

„Als Interessent spezieller Erzeugnisse erfahren sie heute als erster, außerhalb behördlicher Instanzen, von dem neuesten Abwehr- und Selbstschutzgerät unserer Firma ... Für Polizei- und andere Sicherheitsbeamte (Werkschutz? ! – Anm. AK) *wurde ein völlig neues Gas entwickelt, das jeden überlegenen Gegner in Bruchteilen von Sekunden kampfunfähig macht, ohne die geringste Körperverletzung hervorzurufen* (das wird natürlich immer gesagt; nicht anders war es bei Chemical Maze, über dessen Wirkstoff CN heute verschiedene Gutachten vorliegen, wonach dieser zu längerdauernden Augenentzündungen bis zur Erblindung führen kann und obendrein Hautkrebs fördert! – Anm. AK) ... *Das ‚Atomat‘ enthält eine Kartusche, die den Gaswirkstoff unter 18 atü Druck bis fünf Meter Entfernung zielsicher an den Gegner schießt. Dieser erblindet (!) sofort durch blitzartig entstehenden Schmerz in der Augenbindehaut, kann die Augenlider nicht mehr öffnen (krampfartiger Augenlidschluß) und hat augenblicklich das Gefühl, ersticken (!) zu müssen, welches durch das Anschwellen der Nasen- und Rachenschleimhäute psychologisch hervorgerufen wird. Der Betroffene wird völlig hilflos und widerstandslos. Nach ca. 15 bis 30 Minuten läßt die Wirkung nach ...“*

Weiter heißt es, daß dieses Gas auch in flüssiger Form geliefert werden könne, um es, so wörtlich, *„z.B. dem Wasser eines Wasserwerfers beizumengen“*.

(Briefzitate nach „links“, Febr. 76) ●

KB/Gruppe Frankfurt

Narrenfreiheit?

Strafanzeige wegen Volksverhetzung

Zwei Karnevalswagen sollen wegen Volksverhetzung aus dem Rosenmontagszug gezogen werden. Ein Kölner Rechtsanwalt und seine 130 Mandanten haben Strafanzeige gegen die verantwortlichen Herren der Karnevalsgesellschaft gestellt, die sich diese Wagen haben bauen lassen.

Die Begründung: Es ist infam, den Arbeitslosen (allein in Köln sind es über 18.000) zu unterstellen, daß sie sich vor der Arbeit drücken und den ganzen Tag im Bett liegen. Dadurch wird gegen eine Minderheit, an deren Lage die Kapitalisten und nicht sie selbst schuld sind, gehetzt und Stimmung betrieben.

Gegen die diffamierende Darstellung der „kinderwerfenden“ ausländischen Arbeiter, die sich – so wird es dargestellt – nur an „unseren“ sozialen Errungenschaften wie Kindergeld bereichern wollen, wurde aus demselben Grund Anzeige erstattet.

Die Initiative der Kölner Bürger legt Wert auf die Feststellung, daß sie keine „Karnevalsmuffel“ sind – im Gegenteil: sie feiern schon seit Jahren begeistert mit! ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)





Christophersen eröffnet Buchladen in Kiel

Ende Dezember 1975 haben Faschisten in Kiel, Rathausstraße 28, den Buchladen „Nordwind“ eröffnet. Laut Namensschild an der Tür gehört der Buchladen Dietmar Munier, dem Kieler Anführer des „Bund volkstreuer Jugend“ und Landesvorstandsmitglied der JN. Vor Eröffnung des Buchladens trafen sich in diesen Räumlichkeiten die „Volkstreuen“. Am 14. 1. 76 erschien dann eine Werbeanzeige in den „Kieler Nachrichten“ für denselben Buchladen – jetzt als „Buchhandlung Thies Christophersen“. Thies Christophersen gehört, zusammen mit dem „Rechtsanwalt“ Roeder, zum radikalen Flügel des faschistischen Lagers. Wieder einmal wird somit die enge Zusammenarbeit zwischen BvJ, der NPD und der Roeder/Chritophersen Bande offensichtlich. ●

Man beachte auf dem Bild den „KPD/ML“ – Aufkleber. Er hängt dort seit Tagen. Christophersen scheint er nicht zu stören. Interessant auch die Agitationsadressate der „KPD/ML“.



Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Christophersen auf Bauernfänger-Tour

Am 6.2. las Thies Christophersen, Begründer der faschistischen „Bauern- und Bürgerinitiative“ im Drathenhof des Freilichtmuseums zu Kiel plattdeutsche Geschichten aus der „Bauernschaft“ vor, veranstaltet vom „Deutschen Kulturwerk.“ Erschienen waren ca. 120 Personen, der Großteil aus Interesse an der plattdeutschen Sprache. Doch die Anwesenheit einer Reihe bekannter Faschisten – z.B. Teschemacher von der Aktion Widerstand und Appelt vom „Bund volkstreuer Jugend“ – ließ schon erahnen, um was es hier ging. Allein die plattdeutschen Stücke waren schon mit reaktionärer Ideologie durchtränkt – so wurde die „Kooperation“ landwirtschaftlicher Betriebe als Mißwirtschaft verdammt und das Privateigentum beschworen: *„Wir verleihen nichts, weder Maschinen noch die eigene Frau!“* Musik, die nicht das *„Geprägte in Volk und Vaterland“* wiederspiegelt, ist für Christophersen *„afrikanischer Nigger-Jazz (!)“*.

Vollendete und unverhüllte Nazi-Propaganda betrieb er dann in den Überleitungen zwischen den Texten. So leugnete C. die Ermordung von Juden in deutschen KZs und wies zur „Vertiefung“ auf sein Machwerk „Die Ausschwitz-Lüge“ hin, das neben anderer faschistischer Literatur auf einem Büchertisch angeboten wurde. Desgleichen wußte er „Rührseliges“ um den 80. Geburtstag des Kriegsverbrechers Rudolf Heß zu berichten.

Unter dem Deckmantel eines niederdeutschen Abends nutzt Christophersen das wachsende Interesse vieler Menschen – vor allem der städtischen Bevölkerung – an der plattdeutschen Sprache schamlos aus, um faschistisches Gedankengut als ursächlich mit diesem Dialekt verbunden darzustellen und an den Mann zu bringen! Auf der gleichen Welle reitet der frühere NS-Führer, Goebbels-Assistent und spätere Rektor (!) der Kieler Pädagogischen Hochschule, Ivo Braak, z.Zt. Referent für niederdeutsche Sendungen im 2. NDR-Hörfunkprogramm, wo kürzlich die Aufnahme eines Drathenhof-Abends mit Ivo Braak gesendet wurde. Das Freilichtmuseum – dazu gehört auch der Drathenhof – scheint offensichtlich als „Umschlagplatz“ für Rassen- und Vaterlandsideologie geplant zu sein. Erinnert sei hier nur an das „Heimattreffen“ des „Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes“ (SHHB) und des „Bund der Vertriebenen“ (BdV) Ende August letzten Jahres ebenfalls im Freilichtmuseum Kiel/Molfsee. ●



Diese Werbeanzeige aus den „Kieler Nachrichten“ verdeutlicht, wie die Faschisten versuchen, Menschen anzulocken. Es wird ersichtlich, daß es sich um eine faschistische Veranstaltung handelt.

Bezirkseinheit KB/Gruppe Kiel



RAF-Prozeß Stuttgart-Stammheim:
Neuer Verteidigerausschluß in Vorbereitung

Gegen den Vertrauensanwalt von Andreas Baader, H. Heldmann, ist von der Frankfurter Staatsanwaltschaft und dem Vorstand der Frankfurter Rechtsanwaltkammer ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet worden.

Heldmann wird vorgeworfen, seine Pflichten im Stammheimer RAF-Prozeß „gröblich verletzt" zu haben. Offensichtlich versuchen Staatsanwaltschaft und Anwaltskammer Heldmanns Widerstand gegen die willkürliche Prozeßführung und gegen die Verunmöglichung einer geordneten Verteidigung zu unterbinden. Heldmann wird zum Vorwurf gemacht *„Verfahrensbeteiligte und staatliche Institutionen immer wieder beleidigt zu haben"* („Frankfurter Rundschau, 9.2.76"). Außerdem habe er *„die Sitzung in Stammheim wiederholt durch eigenmächtige Wortergreifung erheblich gestört, sowie zusammen mit anderen Verteidigern ohne zwingende Gründe den Gerichtssaal verlassen."* Das beanstandete Verhalten von Heldmann war jedoch einzig und allein eine Reaktion darauf daß der Vorsitzende Richter Prinzing ständig Anträge der Verteidigung überging oder versuchte, ihnen das Wort zu entziehen.

Die Begründung des Ehrengerichtsverfahrens macht deutlich, daß alle noch vorhandenen Anwälte des Vertrauens durch ähnliche Verfahren bedroht sind. ●

Einschüchterung der Prozeßöffentlichkeit allzu dreist

Im sog. „Schmücker-Prozeß" in West-Berlin wurden die Personaldaten von allen Zuhörern auf Karteikarten aufgenommen; die Bullen verweigerten die Aussage darüber, ob die Daten an den Computer des Bundeskriminalamtes weitergegeben worden sind!

Der Richter, der vorgab, von diesem Vorgehen nichts gewußt zu haben, ersetzte daraufhin auf Antrag der Verteidigung die überprüfenden Bullen durch Justizbeamte.

In „4.2. – Prozeß" (Margrit Schiller, Christa Eckes u. a.) in Hamburg hatte Mitte Januar die Verteidigung aufgedeckt, daß von den kontrollierten Ausweisen der Prozeßbesucher Fotokopien gemacht worden waren. Wiederum konnte nicht festgestellt werden, wie diese Fotokopien von den Bullen benutzt werden.

Diese Maßnahmen gehen offensichtlich auf zentrale Anweisung den Staatsschutzinstanzen zurück. Sie stellen nicht nur durch ihre einschüchternde Wirkung eine erhebliche Beschränkung des Rechts der Prozeßöffentlichkeit dar. Vielmehr wird hier ein weiterer Versuch gemacht der sog. „Sympathisantenszene" habhaft zu werden, sie zu durchleuchten und damit ihre Kriminalisierung vorzubereiten. ●

Leserbrief:
Auch Gnade ist eine Klassenfrage

In der Strafanstalt Hamburg Fuhlsbüttel sitzen zwei Betrüger ein, die die EG in Brüssel, durch Vorlage falscher Papiere um mehrere Millionen DM, im Rahmen der Grenzausgleichszahlungen für Butter betrogen haben. Sie sollen hierbei ca. 16 Millionen DM erschwindelt haben und sind die ersten „großen" Betrüger, die in der BRD verurteilt wurden und ihre Haftstrafe antreten mußten.

Diese beiden, Ehlers und van Oosterum, hatten nun zu Weihnachten 75, bei der Justizbehörde einen Antrag auf Weihnachtsurlaub im Gnadenwege gestellt. Diese Weihnachtsgnade wird alljährlich durchgeführt.

Das interessante an diesem Fall ist nun, daß die Gnadenabteilung der Justizbehörde die Gnadengesuche der beiden ablehnen wollte, wie sie dies bei schon so vielen „normalen" Strafgefangenen getan hatte, die wegen Einbrüchen, Raub etc. sich in ohnmächtiger Form gegen die kapitalistische Unterdrückung gewandt hatten.

Auf Wunsch von Herrn Justizsenator Klug hin, wurde ihnen dann doch Weihnachtsurlaub gewährt.

Wer wohl dem Senator den Tip gab, hier doch Gnade walten zu lassen??? Hieran kann man sehen, daß auch Gnade eine Klassenfrage ist. ●

Ein AK-Leser aus dem Knast

Nachrichten aus dem Knast

Mannheim:

In der JVA Mannheim, bekannt durch den gleichnamigen Gefängnisskandal, weht noch immer der alte Wind.

Kürzlich berichtete ein Gefangener, wie er und seine Mitgefangenen am 12.1. gegen drei Uhr durch Hilfe-Rufe geweckt wurden. Als sie schlugen mit irgendwelchen Gegenständen an die Gitter, um klarzumachen, daß sie eine Gefangenenmißhandlung vermuteten.

Tagsüber konnte der Briefschreiber mit dem Mißhandelten sprechen. Er war vor einiger Zeit am Magen operiert worden. In der betreffenden Nacht bekam er starke Magenschmerzen, klingelte und verlangte nach einer Tablette. Der „Vollzugsbeamte" Kramer gab ihm eine Tablette gegen Sodbrennen (!). Als die Schmerzen nach einer halben Stunde schlimmer wurden, klingelte der Gefangene noch einmal. Kramer teilte ihm mit, es seien keine anderen Tabletten da und wenn er nochmal klingele, würde er in eine „Beruhigungszelle" gesteckt!

Er klingelte noch einmal... glaubte Kramer aber, als er ihm sagte, er werde ihn ins Krankenrevier bringen. Das sagte er allerdings nur, um die Zellengenossen zu täuschen. Stattdessen warf er ihn die Kellertreppe hinunter und würgte ihn, damit er nicht schreien konnte. Die beiden Zellengenossen wurden außerdem bedroht, als sie sich am Morgen nach dem Verbleib des Mißhandelten erkundigten. ●

Hamburg:

Im Untersuchungsgefängnis wurde der Häftling Henry K. in eine „Beruhigungszelle" gesteckt. Dabei wurden ihm die Fußfesseln derart angelegt, daß ihm ein Fuß brach (!). Als der Gefangene auf das Knacken hinwies, bekam er zur Antwort: „Halt die Fresse!"

Nach ca. fünf Tagen (inzwischen hatten zwei (!) Ärzte sein Bein „untersucht" und eine Röntgenaufnahme selbst auf Kosten des Häftlings(!) verweigert), stellte endlich ein dritter Arzt den Bruch fest, möglicherweise zu spät! Es besteht die Gefahr, daß er zum Krüppel wird.

Zu der „Einweisung" in die „Beruhigungszelle" war es so gekommen: Henry K., ein Student aus Ghana galt als ruhiger Häftling, deshalb wurde er zu einem „Schläger" in die Zelle gelegt, um „mäßigend" auf ihn zu wirken. Allerdings hatte er doppelt Pech: er wurde von seinen Zellengenossen zusammengeschlagen. Als die Wärter von der Prügelei hörten, nahmen sie den verprügelten Henry K. aus Ghana und steckten ihn in die „Beruhigungszelle". In dieser „Beruhigungszelle", der berüchtigten „Glocke", sind in den letzten Jahren bereits mehrere Häftlinge zu Tode gekommen! ●

Schon fünf Jahre in Untersuchungshaft

Jürgen Bäcker befindet sich seit dem 3. Februar 1971 in Untersuchungshaft. Das bedeutet fünf volle Jahre Einzelhaft, jeden Tag davon über 23 Stunden allein in einer acht qm großen Zelle! Durch diese fünf Jahre „Untersuchungs"haft ist die physische und psychische Gesundheit Jürgen Bäckers bereits erheblich angegriffen: *„Neben ein bereits chronisches Nierenleiden und Durchblutungsstörungen treten immer öfter Kreislaufzusammenbrüche, Konzentrationsunfähigkeit und Halluzinationen als psychische und psychosomatische Folgen einer sozialen Isolierung, die selbst die Isolierung von den Mitgefangenen mit einschließt"* (Erklärung von Jürgens Rechtsanwälten Elfferding und Röver, nach Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten (ID), 7.2.76).

Jürgen Bäcker war in der ersten Instanz wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „RAF" und wegen Bankraubs zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, es ist vielmehr nicht unwahrscheinlich, daß es in der Revisionsinstanz aufgehoben wird. So wurde Bäcker mittlerweile vom Vorwurf der Teilnahme an der Befreiung von Andreas Baader rechtskräftig freigesprochen. Die Revisionsentscheidung in der anderen Sache wird bereits seit anderthalb Jahren verzögert.

Für Jürgen Bäcker ist die fünfjährige Untersuchungshaft schlimmer, als wenn er eine Gefängnisstrafe absitzen müßte. Untersuchungshaft, das bedeutet die völlige Isolation von jedem menschlichen Kontakt. Der eigentliche „Sinn" der Untersuchungshaft, das Verfahren und die eventuelle Strafvollstreckung sicherzustellen, ist im Fall Jürgen Bäckers schon lange nicht mehr zu sehen. ●

Haftverschonung für Karl-Heinz Roth erforderlich!

Der gesundheitliche Zustand von Karl-Heinz Roth (siehe AK 69) hat sich weiter verschlechtert. Aufgrund der bei seiner Festnahme erlittenen Schußverletzungen droht jederzeit eine Darmverschlingung. Diese kann zum Tod führen. Roth hat bereits mehrere Operationen hinter sich. Er ist nach wie vor in Einzelhaft, und ihm wird eine ausreichende fachärztliche Betreuung verweigert. Ende letzten Jahres erlitt er wieder einen schweren Rückfall mit Bauchkoliken, Erbrechen, bis zum zeitweiligen Orientierungsverlust. Die notwendige medizinische Betreuung Roths wird durch häufige Verlegungen von einer Justizvollzugsanstalt, bzw. den angeschlossenen Krankenhäusern, in eine andere, unmöglich gemacht. Derzeit ist Roth wieder in Köln-Ossendorf, wo es keine medizinischen und personellen Voraussetzungen gibt, um seine Krankheit zu heilen.

Genaue Informationen über die Haftbedingungen und den Zustand Roths gibt eine Dokumentation („Lebensgefahr durch Isolationshaft – sofort Haftverschonung für Karl-Heinz Roth").

Die Dokumentation ist im linken Buchhandel erhältlich oder bei Maldoror, Von-Melle-Park 17, 2 Hamburg 13, zu bestellen. ●

**IKAH
(Initiativkomitee Arbeiterhilfe)**

Antifaschist verurteilt

Am 3.2.1976 wurde der französische Rechtsanwalt Serge Klarsfeld in Frankfurt festgenommen. Der Anwalt und seine Frau Beate Klarsfeld sind als aktive Antifaschisten bekannt. (Beate Klarsfeld hatte dem Alt-Nazi und Ex-Bundeskanzler Kiesinger eine saftige Ohrfeige verpaßt.)

Serge Klarsfeld wurde aufgrund eines Haftbefehls von 1971 verhaftet. Er hatte damals zusammen mit seiner Frau und weiteren französischen Widerstandskämpfern versucht, den ehemaligen Gestapochef von Paris, Kurt Lischka, nach Frankreich zu entführen.

Klarsfeld, dessen Vater in einem Konzentrationslager von den Nazis umgebracht worden ist, wird als Nebenkläger in einem künftigen Prozeß gegen Lischka auftreten. Anfang Februar kam Klarsfeld mit zwei französischen Beamten nach Frankfurt, um gegen die (ver)schleppende Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik zu protestieren.

Er brachte Material über drei Fälle mit, in denen Faschisten, die in Frankreich zum Tode verurteilt wurden, hier in Westdeutschland immer noch frei rumlaufen und auf ihren Prozeß „warten":

Die beiden Rechtsanwälte
- ▶ Ernst Heinrichsohn (Miltenberg/Odenwald),
- ▶ Hans-Dietrich Ernst (Leer/Ostfriesland) und
- ▶ den ehemaligen Frankfurter Landgerichtsrat Fritz Merdsche.

F. Merdsche war seit 33 NSDAP-Mitglied,
- ▶ während des Krieges Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im besetzten Orleans,
- ▶ als SS-Hauptsturmführer veranlaßte er die Deportation von 67 „abschubfähigen"Juden (davon 24 Frauen und vier Kinder) von Drancy nach Auschwitz (!),
- ▶ weiterhin wurden auf seine Veranlassung am 20.7.1944 35 Juden und Jüdinnen in Guerry lebendig in einen Brunnen geworfen und ertränkt,
- ▶ in Dijon wurde er 1950 und in Orleans 1953 in Abwesenheit zum Tode verurteilt,
- ▶ 1960 (!) legte man dem Landgerichtsrat Merdsche nahe, sein Amt niederzulegen.

Seitdem „ermittelt" die Staatsanwaltschaft und „ermittelt" und „ermittelt"...

Und was macht Merdsche währenddessen? Er ist Schriftführer der im Beck-Verlag erscheinenden „Neuen Juristischen Wochenschrift", die praktisch Pflichtlektüre jedes bundesdeutschen Anwalts und Richters ist!

Die französischen Beamten, die Klarsfeld begleitet hatten, äußerten nach der Verhaftung, es sei in der BRD offenbar schwerer, einen NS-Verbrecher zu verhaften, als honorige Bürger, die NS-Verbrecher anklagen wollten.

Fünf Tage nach seiner Verhaftung, am 9. 2., entledigte sich die deutsche Justiz auf die Schnelle von Serge Klarsfeld. Sie zog den Haftprüfungstermin mit dem Hauptverfahren zusammen und verurteilte den Rechtsanwalt zu zwei Monaten Gefängnis auf Bewährung. Als erwiesen sah die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Köln den Vorwurf der *„gemeinschaftlich begangenen Nötigung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung"* an (Lischka hatte bei dem Entführungsversuch eins über den Schädel bekommen). Beate Klarsfeld war bereits wegen der gleichen Sache zu zwei Monaten o h n e Bewährung verurteilt worden.

So schnell mahlen Justitias Mühlen, wenn es um die Verfolgung von Antifaschisten geht! ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)

Prozeß-Farce wegen „Reichstag zu Flensburg"

Die Hauptakteure des „Reichstag zu Flensburg", Manfred Roeder und Thies Christophersen, die am 23. Mai 1975 die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches" forderten und in einem Flugblatt über die Zeit nach 1945 schrieben: *„Das schreckliche, das führerlose Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror"*, sollen nach langem Zögern vor Gericht.

Vorausgegangen war, daß die Staatsschutzkammer des Landgerichts Flensburg die Eröffnung des Verfahrens gegen die beiden Faschisten abgelehnt hatte.

Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Schleswig hat zwar Einspruch erhoben, aber verhandeltwird wieder vor der Staatsschutzkammer! Wie das Urteil ausgehen wird, liegt auf der Hand, zumal eine Anzeige gegen die beiden Nazis und einem NPD-Bauern W. Carstens, bei dem die Faschisten am 23. 5. in der Scheune feierten, wegen Fortführung einer verbotenen Veranstaltung abgewiesen wurde!

Über den Verlauf des Prozesses werden wir noch berichten.

Übrigens: Christophersen wird wahrscheinlich von dem Rechtsanwalt W. Bross verteidigt. Bross war Assistent des Verteidigers von Hermann Göring in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen.

Christophersen unterhält inzwischen gute Beziehungen zur österreichischen Hochfinanz. Er bekam Ende 1975 von den „Steyr-Daimler-Puch"-Kapitalisten (einer der größten Betriebe in Österreich) eine Einladung zu einer Rundreise – trotz eines fünfjährigen Einreiseverbots! Thies Christophersen reiste mit der österreichischen Polizei ungehindert durch die „Ostmark"; die Spesen zahlten die Kapitalisten.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Flensburg**

Weißwurst-Geschichten

Wegen folgender Äußerungen fühlt sich der bayrische Ministerpräsident Alfons Goppel beleidigt: *„... der ein wenig senile bayrische Weißwurstpräsident Goppel"* und *„... unser Landesvater Goppel ist mit seinen 78 Jahren sicher nicht mehr in der Lage zu reflektieren, was man ihm aufs Rednerpodium fallen läßt."* Der Mitarbeiter der linken Münchner Zeitung „Blatt", Armin Witt, soll dafür 3.300 DM blechen oder 110 Tage in den Knast. Für den „Blatt"-Verantwortlichen W. Stoye stehen 1.800 DM Geldstrafe oder 60 Tage Knast an. In dem Artikel ging's um die Tatsache, daß Goppel behauptet hat, daß Lebenslängliche in Bayern grundsätzlich erst nach mindestens 18 Jahren begnadigt werden. (im Zusammenhang mit einem Gnadengesuch von Vera Brühne.) Die „Blatt"-Leute entlarvten das mühelos als Lüge. Begnadigt wurden in Bayern immerhin: nach sieben Jahren Walter Schmidt, Massenmörder an zahllosen Geisteskranken, nach neun Jahren Hans Zöberlein, Erhängung von acht Einwohnern in Pensberg in Bayern, nach neun Jahren Hermann Schepp, Ermordung eines Jungkommunisten und Egon Zill, KZ-Chef von Dachau, der wegen Massenmordes verurteilt wurde und den man nach 14 Jahren begnadigte.

Die Genossen vom „Blatt" haben natürlich gegen beide Strafbefehle Einspruch erhoben. ●

IKAH



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Gymnasium Johanneum, Lüneburg

Linker Schüler gefeuert

Im Rahmen der Aktionen von Eltern und Schülern in Niedersachsen gegen die staatliche Schulpolitik hatten am Lüneburger Johanneum 500 von insgesamt 1.100 Schülern einen Streik durchgeführt (29.1.).

280 von ihnen hatten sich auch durch die Einschüchterungen der Schulleitung nicht davon abhalten lassen, den Streik durch einen Marsch zur benachbarten Schule weiterzuführen.

Diesen Schülern wurde bereits am nächsten Tag eine *„Verwarnung wegen Teilnahme am Schulboykott"* in das Halbjahreszeugnis gestempelt. Das reaktionäre Lokalblatt „Landeszeitung" diffamierte den Streik als *„Ausstand von etwa 100 Schülern"*.

Durch diese offensichtliche Falschmeldung sollten wohl die Eltern gegen ihre „extremistischen" Kinder aufgehetzt werden.

Zehn Tage später folgte dann auf einer Gesamtkonferenz am Johanneum die Endabrechnung mit dem angeblichen „Aufrührer" (so Direktor Senne) des Streiks. Der skandalöse Beschluß ist der Rausschmiß eines Schülers, dem bereits im Oktober 1975 die Entlassung angedroht worden war, weil er presserechtlich verantwortlich für die Schülerzeitung „Der Rädelsführer" zeichnete. Drei weiteren „Aufrührern" wurde die *„Überweisung in eine andere Schule"* angedroht, was praktisch mit einem Maulkorb gleichzusetzen ist. Die Vorwürfe heißen: Aufruf zu *„illegalem Schulboykott"*, aufwieglerische Reden während des Streiks, Verteilen von Flugblättern, Teilnahme am Streik.

Freund und Feind

Mit diesen harten Disziplinierungen wird auf den relativ breiten Einfluß des „Rädelsführer"-Kollektivs, ein Zusammenschluß Lüneburger Schüler um die linke Schülerzeitung, gezielt. Doch für viele Schüler hat sich gezeigt, daß man im aktiven Kampf um berechtigte Forderungen die echten Interessenvertreter von den Demagogen unterscheiden kann.

- Direktor Senne (SPD) versprach der Schülervertretung vor dem Streik, daß er ihnen helfen wolle, *„dem Kultusminister Dampf zu machen"*. Während des Streiks ordnete er Aussperrungen, danach Disziplinierungen an.
- Der Elternratsvorsitzende Suchau (CDU) drohte im September 1975 (als Niedersachsen noch SPD-regiert war) in der Öffentlichkeit *„massiv"* einen Schulstreik an.

die Schülerzeitung „Der Rädels- einen Schulstreik an.

Auf der Gesamtkonferenz nach dem Streik forderte Suchau immer wieder, man solle doch mit dem „Rädelsführer" kurzen Prozeß machen.

- Im November traute sich die Schülerunion noch, den Schülern demagogisch die Parole *„Kampf dem Lehrermangel"* vorzusetzen. Nach dem Streik trat der SU'ler A. Fiebig (3. Schülersprecher) öffentlich für den Rausschmiß des fortschrittlichen Schülers ein.

Der Direktor, der Eltern„vertreter" und die Schülerunion: reaktionäre Freunde haben sich gesucht – u n d g e f u n d e n !

Die Lüneburger Jungdemokraten, Jusos, GEW, Stadtschülerrat sowie die Schülervertretung der Berufsschule haben in Leserbriefen und Flugblättern ihren Protest gegen die Disziplinierungen bekundet. Anläßlich der Entlassung des fortschrittlichen Schülers soll ein gemeinsames Treffen stattfinden, auf dem hoffentlich weitere Aktionen beschlossen werden. Hier wird sich auch zeigen, ob Judos, Jusos usw. es ernst meinen mit der Parole: *„Schüler sind gemeinsam stärker"*, oder ob, was sehr zu bedauern wäre, die Parteidisziplin (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) stärker ist. ●

KB-Gruppe Lüneburg

THE GUARDIAN Tuesday January 27 1976 7

EDUCATION GUARDIAN

OVERSEAS

THE CENTRE FOR BRITISH TEACHERS IN EUROPE LIMITED

GERMANY

Education

The Authorities in Nordrhein-Westfalen and Bremen require British teachers for the academic year 1976/7 to teach English in secondary schools and Further Education establishments. There are vacancies in Gymnasien in both States, and in Berufsbildende Schulen and Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen.

Qualifications

For all types of school applicants must possess a university degree, a teaching qualification and some teaching experience. All candidates should have a good working knowledge of spoken German.

Salary Range

Gymnasien, Gesamtschulen and Berufsbildende Schulen £290-£370 per month (The Mark has been converted at 5.3 to the Pound). Salaries are free of German or British Income Tax for 12 month periods and upwards. Salaries are paid in German Marks.

Allowances

There are allowances for married teachers with dependants.

Length of Contract

Contracts are for one calendar year from August, 1976. (Exact starting dates vary according to State.) All contracts are renewable.

Fares

Fares and baggage allowances to and from Germany for teachers and their families are paid by the Centre.

National Insurance and Superannuation

The employer's contribution to the British National Insurance Scheme and to the employee's Pension Scheme (where applicable) will be paid in full by the Centre. The employee's contributions to these schemes are the only deductions from the teacher's salary.

Recognition of Service

Service with the Centre in Germany is recognised by the British Education Authorities as full teaching service for incremental purposes on return to the United Kingdom.

Preparation

All teachers appointed are given full information about living and working conditions in Germany. Briefings are held in April and May in Britain, and Orientation Courses in Germany immediately before teachers go into their schools.

Resettlement

The Centre's Resettlement Department gives advice to teachers returning to teach or study in Britain after service with the Centre.

For details and application forms: **The Centre for British Teachers in Europe Limited (G1), Quality House, Quality Court, Chancery Lane, London, WC2A 1HP. Tel.: 01-242 2982/5.**

Mit dieser Anzeige in der englischen Zeitung „Guardian" (27.1.76) wirbt eine

Mit dieser Anzeige in der englischen Zeitung „Guardian" (27.1.76) wirbt eine Gesellschaft für die Vermittlung englischer Lehrer. Es heißt darin (sehr richtig), daß die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bremen Englisch-Lehrer an Gymnasien, berufsbildenden Schulen und Gesamtschulen benötigen. Für Referendare oder Lehrerstudenten in der BRD gilt allerdings das Fach Englisch (ähnlich wie z.B. Deutsch und Geschichte) als nahezu aussichtslos, um in den Schuldienst übernommen zu werden (es sei denn, man erreicht Traumnoten im Examen).

Den englischen Lehrern werden Ein-Jahresverträge (mit Verlängerungsmöglichkeit) ab August 1976 geboten. Auf diese Weise stopft der Staat mit kurzfristigem Flickwerk einige der ärgsten Lücken, ohne auch nur im mindesten seine Bildungspolitik zu verändern (Lehrerarbeitslosigkeit, Numerus Clausus). Zudem sollen die Lehrer der EG-Staaten, wo ja überall „Sparpolitik" betrieben wird, gegeneinander ausgespielt werden.

England-Kommission



Kassel:

Demonstration gegen Bildungsmisere

1.500 Lehrer, Schüler, Eltern und Studenten demonstrierten am 31.1. gegen die Nichteinstellung von Lehrern und die damit verbundene Verschlechterung der Ausbildung. Dem krassen Unterrichtsausfall wegen „Lehrermangels" an den Schulen steht gegenüber, daß zum 1.2. in Nordhessen für Grund-, Haupt- und Realschulen kein Lehrer eingestellt wurde. 304 Lehrer haben ihr Staatexamen für eben diese Schulen gemacht und sind jetzt arbeitslos.

Verschärfen wird sich diese Situation in den nächsten zwei bis drei Jahren, wenn ungefähr 25.000 Lehrerstudenten fertig werden. Denn der „Personalentwicklungsplan für die hessische Landesverwaltung 1971 - 1985" sieht für sie

1976: 683 neue Planstellen
1977: 91 neue Planstellen
und ab 1978: nur noch 4 (!) neue Planstellen vor.



Die Demonstration war von der GEW (Kreisverband Kassel-Stadt) organisiert worden. ●

Hetze gegen Sexualaufklärung

Axel Springers „Bild" vom 5.2. 1976 läßt unter der vielsagenden Überschrift **„Macht Sex-Unterricht in der Schule krank?"** die „Kinderpsychologin" Christa Meves aus Uelzen zu Wort kommen. Die Meves forderte auf der Jahrestagung des „Deutschen Ärztinnen-Bundes", **„daß der Sexualkundeunterricht aus dem Stundenplan der Schulen wieder verschwinden soll"**. Denn bei jüngeren Schülern würde der *„nüchtern-brutale Aufklärungsunterricht"* später *„Angstträume, Hysterie, Gefühlskälte"*, ja sogar *„perverse Sexualpraktiken"* (!) hervorrufen. Besonders geht sie mit den Volksschullehrern ins Gericht, die *„auf Grund eigener sexueller Schwierigkeiten ... sehr oft die Grenze zwischen Aufklärung und Pornographie"* überschritten!!

Aus welcher Ecke diese „Wissenschaftlerin" kommt, wird aus einem Referat ersichtlich, daß sie auf der Jahrestagung der rechtsradikalen **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"** am 13.9.75 in Goslar hielt. Unter dem Thema „Geburtenschwund aus psychologischer Sicht" beschimpfte die Meves in übelster Manier die *„Gebärunwilligkeit"* der Frauen, die *„in der einseitigen Hochschätzung der Berufstätigkeit der Frauen"*, der Pille und der Aufklärung über Verhütungsmittel begründet sei (Zitate nach der NPD-nahen „Deutschen Wochenzeitung", 41/75).

„Leidenschaftlich" („DWZ") rief sie aus: *„Sind wir ein aussterbendes Volk? (...) Sitzen die Bundesbürger mit ihren feschen, emanzipierten, ausgemergelten, kühl berechnenden infantilen Berufsfrauen im Wohlstands-TEE zum Untergang?"*!

„Pflichtbewußte Mütter gehören zu den wichtigsten Grundpfeilern eines Volkes, denn aus der Obhut sorgsamer Mütter wachsen pflichtbewußte, liebevolle, seelisch stabile Erwachsene" („DWZ", s.o.).

Abgerundet wird dieses Bild durch die Forderung der „Gesellschaft ...", zu deren Mitgliedern u.a. auch der berüchtigte Faschist Jürgen Rieger (Gründer eines CSU-Freundeskreises in Hamburg, AKON-Vorsitzender u.a.) und der NPD-Rassenideologe Rolf Kosiek gehören, den Sexualkundeunterricht aus den Schulen zu entfernen und mehr „biologische Anthropologie und Verhaltensforschung", also faschistische Rassenlehre, zu unterrichten!

Anstatt möglichst umfassender Aufklärung über die eigene Sexualität, Verhütungsmittel usw. Propagierung der Mutterschaftsideologie und verstärkte Rassenideologie – das sind die Forderungen der Faschisten.

Und das paßt auch genau in die gegenwärtige frauenfeindliche Kampagne der Reaktion, die in „Bild", „Quick" und anderen faschistoiden Presseorganen einen besonders widerwärtigen Ausdruck findet. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Linke bei studentischen Wahlen erfolgreich

Hamburger Universität

Die Wahlen zum Studentenparlament (SP) der Universität ergaben eine erhebliche Kräfteverschiebung in diesem Vertretungsorgan der Studentenschaft: erstmals seit Jahren gelang es den linken Kräften wieder, Kandidaten durchzubekommen. Die „Liste Demokratischer Kampf" (LDK, auf der auch der SSB, die mit dem KB symphatisierende Studentenorganisation, kandidierte) gewann 7 von 40 zu vergebenen Sitzen.

Die Ergebnisse im einzelnen: SHB 13, Jusos 8, LDK 7, LHV 5, MSB 4 und RCDS 3 Sitze.

Aufgrund des bestehenden Mehrheitswahlrechts gibt diese Sitzverteilung allerdings nur begrenzt Aufschluß über den Gesamtstimmenanteil: SHB 19,3 %; MSB 17,7 %; LHV 17,7 %; LDK 16,4 %; Jusos 12,3 %; RCDS 12,4 %; SSG (KBW) 4,4 %.

Das – wie leicht ersichtlich ist undemokratische Wahlverfahren hatte in den letzten Semestern verhindert, daß die Linken überhaupt im SP vertreten waren. Der „Durchbruch" für die LDK wurde an den in letzter Zeit kämpferischsten Fachbereichen (PI und Biologie) erreicht, wo der MSB klar geschlagen werden konnte.

Der Erfolg der LDK ist das Ergebnis einer seit Semestern aufgebauten konsequenten Fachschaftsarbeit, der erfolgreichen Organisierung des Streiks in diesem Semester (siehe AK 73), des Eintretens für eine Politik der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte, aber auch beispielsweise der besonderen Unterstützung der Frauenarbeit unter den Studentinnen durch die SSB-Frauengruppe.

Die eindeutigen Verlierer dieser Wahl sind die bisher unangefochten dominierenden Organisationen MSB und SHB, die seit langem den Hamburger AStA stellen. Ihre spalterische Unvereinbarkeitspolitik gegenüber allen anderen linken Kräften erhielt von einem großen Teil der fortschrittlichen Studenten eine Absage. So verlor der MSB innerhalb eines Jahres ca. 360 Stimmen, während die LDK im gleichen Zeitraum ca. 800 dazugewann.

Eine weitere wichtige Verschiebung gab es im sozialdemokratischen Lager. Die erstmals kandidierenden Jusos (eine rechte Abspaltung vom SHB) konnten auf Anhieb 8 Sitze gewinnen, die vor allem auf das Konto des SHB gehen.

Im rechten Lager verlor der LHV (FDP) an den RCDS einen Teil seiner Stimmen, wodurch dieser jetzt mit 3 Sitzen im SP vertreten ist. Auch wenn deshalb nicht von einem Rechtsruck gesprochen werden kann, wird die Auseinandersetzung mit den Reaktionären in Zukunft eine stärkere Rolle einnehmen müssen. Bedeutungslos bei diesen Wahlen blieb die SSG(KBW), die es auch dieses Mal wieder schaffte, ihren Stimmenanteil noch zu verringern.

Miese Verlierer

Sieht man sich die Erklärungen der Organisationen nach den Wahlen an, so muß man den Eindruck gewinnen, es gäbe überhaupt keinen Verlierer. SHB und MSB betonen krampfhaft die *„Bestätigung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung"*, wobei sie die Juso-Stimmen schlicht hinzurechnen, obwohl diese ja gerade als rechte Opposition g e g e n MSB/SHB kandidiert hatten. Der SHB bejubelt, daß *„die sozialdemokratischen Studenten als stärkste Gruppierung.... hervorgegangen"* sind. Kein Wort dazu, daß die Jusos angetreten sind, um gerade diesen SHB zu zerschlagen und die sozialdemokratischen Studenten wieder enger an die SPD zu binden. Noch beklopptег führt sich der MSB auf, der – obwohl er die empfindlichsten Verluste hinnehmen mußte – in einer Stellungnahme die Selbstbeweihräucherung auf die Spitze treibt. Er sei *„zu jedem Zeitpunkt"* in der Lage gewesen, *„die richtige Orientierung zu entwickeln"*. Überhaupt sei es für die demokratischen Studenten das wichtigste, sich im MSB zu organisieren: *„Für einen starken MSB-Spartakus"*.

Einig wie nie sind sich Jusos, SHB und MSB darin, daß ihr Hauptfeind links steht, SSB heißt und *„nicht genügend entlarvt"* worden sei (trotz einer wahren Papierflut gegen die Linken, trotz KB-Tribunal am 8.1. mit versammelter DKP-Altherrenriege etc...). Das heißt: Die Unvereinbarkeitspolitik soll natürlich auf alle Fälle weitergeführt werden. In den Reigen der dummfrechen Stellungnahmen zum Wahlergebnis reiht sich auch der KBW ein.

Seit Semestern nimmt sein Einfluß unter den Studenten ab. In seiner Stellungnahme ist davon allerdings nichts wiederzufinden. Schlitzohrig und betrügerisch wie der KBW nun einmal ist, versucht er sogar den Studenten unterzujubeln, er sei der wahre Sieger dieser Wahl.

Den Wahlerfolg der LDK verbucht er gleich mit auf sein Konto: die Studenten hätten bei dieser Wahl den selbständigen Kampf gewählt, dabei hätte die LDK die meisten Stimmen gewonnen, der KBW aber stelle für diesen Kampf das „richtige Programm" zur Verfügung.

Warum das KBW-„Kampfprogramm" für die Studenten genau „richtig" ist, ist natürlich wie immer klar:

„Denn es entspricht ihrer Lage und ist auch in einzelnen Auseinandersetzungen schon verankert" („Rote Presse", 9.2.76). ●

Arbeitsgruppe Studenten
KB-Gruppe Hamburg

Lehrerarbeitslosigkeit steigt rapide

Schleswig-Holstein:

Auch in Schleswig-Holstein gibt es jetzt arbeitslose Lehrer. Zum 1. Februar wurden von 156 Bewerbern für den Realschullehrerberuf nur 33 eingestellt. Die restlichen 123 können somit ihre Ausbildung im Referendariat (2. Ausbildungsphase im Schuldienst) nicht beenden und stehen ohne Arbeitslosenunterstützung auf der Straße. *„Auch im August werden davon nur einige die Chance erhalten, zunächst auf eine halbe Planstelle im Angestelltenverhältnis zu kommen."*

Gleichzeitig teilte das Landesschulamt mit, daß schon im vorigen Jahr 88 Anwärter auf halbe Planstellen angestellt worden waren, die erst jetzt in den Ausbildungsdienst übernommen wurden („Kieler Nachrichten", 7.2.76). Diese Schweinerei hatte man bisher tunlichst verschwiegen. In welchem Maße sich die Ausbildung der Realschüler Schleswig-Holsteins verschlechtern wird, kann man daran ermessen, daß schon heute 19,1 % des Unterrichts an den Realschulen ausfallen („Flensburger Tageblatt", 14.1.76), und die Zahl der Realschüler zum August um 3.500 ansteigen wird („FT", 31.10.75).

Nach Angaben der FDP fehlten schon im Dezember '75 im gesamten schleswig-holsteinischen Schuldienst 1700 Lehrkräfte („FR", 20.1.76).

Hessen:

Die Landesregierung hat beschlossen, *„im Schulbereich keine neuen Planstellen zu bewilligen"*. Das hatte zum Einstellungstermin am 1. Februar als Folge, daß von 2044 Lehrern 1294 (!) nicht eingestellt wurden. Hiervon können 1007 ihre Ausbildung nicht beenden. Daß der bürgerliche Staat hiermit besonders die Kinder der Arbeiterklasse treffen will, zeigt folgendes: Von 516 Gymnasiallehrern wurden 400 eingestellt, von 1379 Bewerbern für die Volks-, Real- und Sonderschulen jedoch nur 208!

Um die Lehrerarbeitslosigkeit und die katastrophalen Zustände an den Schulen zu vertuschen, hat sich Hessens Kultusminister Krollmann (SPD) etwas ganz Besonderes ausgedacht. Ein kleiner Teil der beschäftigungslosen Lehrer soll an Schulen in Frankfurt und Kassel für Nachhilfekurse und Hausaufgabenhilfe eingesetzt werden. Der Knüller aber liegt darin, daß die finanziellen Mittel hierfür nur zum Teil vom Land getragen werden sollen. Den großen Rest sollen die Eltern der Schüler selbst bezahlen! (nach „FR", 16.1.76)

Nordrhein-Westfalen:

Kultusminister Girgensohn brüstet sich damit, daß Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland sei, das allen jungen Lehrern eine Stelle bieten kann. Er tönt, *„an den Grund- und Hauptschulen verbessere sich die Lehrerversorung damit spürbar"* („FR", 20.1.76). Auch hier handelt es sich um eine Verschleierung der wahren Zustände, denn die 3720 Junglehrer sind lediglich mit halber Stundenzahl im Angestelltenverhältnis beschäftigt (ebenda).

Oftmals sind die Angestelltenverträge jedoch nur eine sog. „Teilzeitbeschäftigung" (Lehraufträge von 11 Stunden pro Woche) ohne Arbeitslosenversicherung oder sonstige soziale Leistungen und mit jederzeitiger Kündbarkeit. ●

PH-Zelle KB/Flensburg

Für das Recht auf Ausbildung

Rechtzeitig zum jetzigen Einstellungstermin (1.2.) reichten in Hamburg 16 Kollegen, die nach Abschluß ihres Hochschulexamens aufgrund des Numerus Clausus am Studienseminar den zweiten Teil ihrer Lehrerausbildung (Referendariat) nicht beginnen konnten, bei Gericht eine einstweilige Anordnung auf sofortige Aufnahme ins Referendariat ein.

Diesen Schritt bereiteten die Kollegen selbständig mit zwei Rechtsanwälten vor, nachdem ihnen von der GEW trotz hartnäckigem Drängen über Monate hinweg die Führung eines Musterprozesses versagt worden war. Unterstützt werden die Kollegen von der „Initiativgruppe arbeitsloser Lehrer und Erzieher". Wie alle DBG-Gewerkschaften nimmt auch die GEW Arbeitslose als Vollmitglieder nicht auf und vertritt deren Interessen sehr mangelhaft.

die GEW Arbeitslose als Vollmitglieder nicht auf und vertritt deren Interessen sehr mangelhaft.

Im Fall des anstehenden Prozesses sprangen die GEW-Führer jedoch noch im letzten Moment auf den abfahrenden Zug auf.

Den 12 GEW-Mitgliedern unter den Klägern – einige von ihnen wurden noch schnell als außerordentliche Mitglieder in die GEW aufgenommen – wurde Rechtsschutz gewährt unter den von den Kollegen gestellten Bedingungen, daß sie mit i h r e n Rechtsanwälten den Prozeß s e l b s t führen.

Was den „Umschwung" bei den GEW-Führern bewirkt hat, ist die Tatsache, daß die bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen momentan „großes Interesse" für die Lehrerarbeitslosigkeit zeigen und die GEW-Führer bei ihrer bisherigen Haltung ziemlich im Hemd dastehen würden.

Auch die Revisionisten und KBWler, „interessieren" sich plötzlich verstärkt für die Initiativgruppe, nachdem sie ihr vorher a l l e s a m t ihre Auflösung „empfohlen" hatten. Der „gewerkschaftsfeindliche" Schritt, sich außerhalb der GEW zusammenzuschließen, war jedoch die einzige Möglichkeit, überhaupt etwas für die betroffenen Kollegen zu tun und gleichzeitig die GEW unter Druck zu setzen.

Erpressungsversuch der GEW-Führer

Doch die Kollegen sollten nicht ungeschoren davonkommen. Mit dem Antrag auf Rechtsschutz wurde den Klägern ein Revers mit folgendem Wortlaut zugesandt:

„Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Satzung der GEW an und erkläre ausdrücklich, daß ich keiner Organisation angehöre bzw. unterstütze, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DBG fällt."

Der bereits zugesagte Rechtsschutz soll nur unter der Bedingung einer antikommunistischen Abgrenzung gewährt werden.

Angesichts dieser provokatorischen Haltung der GEW-Führer gegenüber den arbeitslosen Lehrern haben trotz anfänglicher Unsicherheit (fünf Kollegen hatten den Revers zunächst unterschrieben) alle Kläger die Unterschrift verweigert. Auf einer Veranstaltung der „Initiativgruppe" am 6.2. haben die Anwesenden das Vorgehen der GEW-Führer scharf verurteilt.

Innerhalb der GEW ist der Erpressungsversuch der GEW-Führer auf breiten Protest gestoßen. Die Fachgruppe Gymnasien forderte in einer Resolution die Kläger auf, die Reverse nicht zu unterschreiben.

Gerichte auf der Seite der Sparschweine

Bisher ist vom Gericht noch nicht in allen Fällen entschieden worden. Bekannt ist jedoch u.a. ein Urteil, in dem die einstweilige Verfügung abgelehnt wird. In der Begründung wird der Behörde verfassungswidriges Ver-

dem die einstweilige Verfügung abgelehnt wird. In der Begründung wird der Behörde verfassungswidriges Ver-

halten insofern vorgeworfen, als sie gegen die „Chancengleicheit" verstößt, wenn sie als Auswahlkriterien für die Aufnahme ins Studienseminar die Examensnote zugrundelegt. Das Gericht macht der Behörde die Auflage, bis Anfang Mai „gerechtere" Auswahlkriterien vorzulegen. Der Einstellungsstop selbst wird von dem Urteil nicht angetastet. Im Gegenteil dient er dazu, die Einstweilige Verfügung abzulehnen, da im Augenblick für die Kläger keine Aussicht auf Einstellung bestünde und damit eine Klage keine Aussicht auf Erfolg hätte! Mit diesem Urteil stellen sich die Gerichte voll hinter die vom Senat praktizierte „Sparpolitik" und gegen die Interessen der Schüler und angehenden Lehrer.

GEW-Führer wollen Rechtsschutz noch nachträglich streichen

In dieser Situation besitzen die GEW-Führer tatsächlich die Frechheit, den Kollegen den zugesagten Rechtsschutz noch nachträglich zu streichen weil diese den Revers nicht unterschrieben haben!

Wir sind der Meinung, daß die Kollegen jetzt nicht nachträglich durch Leistung der Unterschrift den GEW-Führern zu Kreuze kriechen sollten, damit ihr Prozeß bezahlt wird, sondern in dieser Frage „hartbleiben" gemäß der Plattform der Initiativgruppe, die den Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB enthält.

Die Möglichkeiten, daß diese Schweinerei breiten Protest innerhalb der GEW hervorruft und zurückgewiesen werden kann, sind gut, wie sich an der Stellungnahme der Fachgruppe Gymnasien gezeigt hat.

Die Kläger sollten sich um Solidarität und auch finanzielle Unterstützung an die GEW-Kollegen selbst wenden. ●

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Aufklärungsbuch „jugendgefährdend"

Aufklärungsbuch „jugendgefährdend"

Das Buch „Zeig mal" (Fleischhauer-Hardt/Mc Bride, Jugenddienst-Verlag) – 1974 in der ersten und 1975 in der zweiten Auflage erschienen – wurde am 28.1. durch Gerichtsbeschluß auf den Index gesetzt, d.h. es kann nicht mehr offen verkauft werden. Grund: „Jugendgefährdung", „Beihilfe zur Verführung von Kindern und Jugendlichen zur Unzucht" sowie „Aufforderung zur Unzucht an Kindern".

Dieses Buch ist im Gegensatz zu allen anderen Aufklärungsbüchern über das Bild entwickelt. Auf über 150 Din A4 und Din A3 großen Foto-Seiten wird die Sexualität als Teil der Beziehung unter Menschen dargestellt. Die Photos – als Hauptpersonen Kinder und Jugendliche – sind sehr genau und daher informativ. Bewußt ist auf die graphische Darstellung der Geschlechtsorgane, Befruchtung und der Schwangerschaft verzichtet worden. *„Wir sind der Meinung, daß nur durch eine anschauliche, wirklichkeitsnahe sexuelle Aufklärung den Kindern Angst und Schuldgefühle im Zusammenhang mit der Sexualität erspart wird"*, formulieren die Verfasser ihre Absicht.

Auf unsere Kritik an diesem Buch, darin, was die vertretene bürgerliche Ideologie bezüglich der Sexualität angeht, wollen wir an anderer Stelle eingehen.

Wie kam es zur Indizierung?

Ein Hamburger Grossist hatte 1.000 Exemplare (Verkaufspreis 28.- DM) in Kommission genommen und bereits einige Anzahlungen geleistet, als er jede weitere Bezahlung mit dem Hinweis auf das Grundsatzurteil zur Pornographie – nach dem der Verkauf von Pornomaterial gegen die „guten Sitten" verstößt – ablehnte. Beim Amtsgericht Hamburg erreichte er nach der Vorlage von drei Bildern (!) ein entsprechendes Urteil. Weder der Verlag noch die Verfasser waren von dem Gerichtsverfahren überhaupt informiert, geschweige denn gehört worden! Der Verlag hat Berufung eingelegt.

Ende der 60er Jahre war noch ein Abbau der sexuellen Tabus festzustellen – teilweise der ehelichen, teilweise in der Kinder- und Aufklärungsliteratur. Heute dagegen setzen sich die Reaktionäre gerade auch im schulischen Sexualunterricht durch (z.B. die Absetzung des Buches „Ich bin 13" als Unterrichtsmittel am Niendorfer Gymnasium Hamburg). In München agiert eine „Bürgerinitiative zum Schutz der Menschenwürde", die in Flugblatt-Kampagnen die Absetzung des Sexualkundeunterrichts in den bayerischen Schulen wegen „schwerer Jugendgefährdung und Beihilfe zur Verführung von Kindern und Jugendlichen zur Unzucht" fordert.

Die Darstellung der Brutalität in der Sexualität nimmt immer mehr zu. Filme wie „Der Nachtportier", „Die Geschichte der O" – wo Frauen nur in sadistischen Sexual-Quälereien Lust empfinden – demonstrieren dies in geradezu widerlichster Weise. Daß Derartiges nicht verboten ist, versteht sich von selbst...

Die Darstellung von frauen- und menschenfeindlichen Sexualperversionen (vgl. auch „Exorzist") wird geduldet, ja gefördert. Daß solcherlei Machwerke auch noch kassenfüllend sind, zeigt nur, wie groß tatsächlich die „Gefährdung" breiterer Teile in der Bevölkerung ist...

Die Behandlung der Sexualität als Kommunikationsmittel ohne Unterdrückung und Aggression dagegen ist „Pornographie" – „sittengefährdend". – In einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit (gerade auch für Jugendliche) geht es der Bourgeoisie um eine Erziehung zur „Zucht", „Triebunterdrückung" und Selbstverleugnung. Doch das ist nicht neu: Der Reaktionär Würmeling, CDU-Familienpolitiker und ehemaliger Familienminister forderte schon: *„Es geht um Selbstzucht und Verzicht. Was hier gefordert wird, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß der Mensch sich selbst in die Hand bekommt ..."* (zitiert nach „rororo-Repressive Familienpolitik").

Wir dürfen der Reaktion diesen wichtigen Teil der Erziehung nicht überlassen: Kampf der sexual- und menschenfeindlichen Politik! ●

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

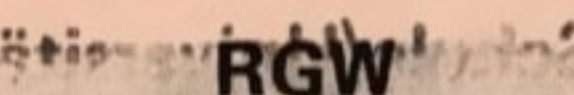
Erpressung mit der Ausbildungs-förderung

Nach dem Bafög-Gesetz (Ausbildungsförderung) bekommen Studenten, die länger als 3 Tage an einem Streik teilnehmen, kein Bafög mehr. Dies hat jetzt das Oberverwaltungsgericht Lüneburg für die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen in einem Urteil bestätigt.

„Der Senat nahm zudem an, daß die Studenten die Unterbrechung (des Studiums – d. Verf.) *durch einen Streik nicht nur in solchen Fällen zu vertreten haben, in denen sie sich aktiv für ihn eingesetzt haben, sondern auch dann, wenn sie ihn lediglich – wenn auch zwangsläufig – befolgt haben"* („Flensburger Tageblatt", 31.1.76). Hierdurch sollen die Studenten gespalten und von Kampfaktionen abgehalten werden.

Studenten, die das Studienfach wechseln wollen, können dies nur noch im 1. und 2. Semester tun. Ansonsten verlieren sie ihren Anspruch auf Ausbildungsförderung und können diese nur noch als Darlehen bekommen, das nach dem Studium zurückgezahlt werden muß. Die Regelung sollte ursprünglich erst Ende 1976 in Kraft treten. Doch jetzt soll sie *„aus Gründen der verstärkten Kosteneinsparung um 9 Monate vorgezogen werden"* („Kieler Nachrichten", 9.2.76). Wenn es darum geht die lernende Jugend anzuscheißen, kann es den Sparschweinen nicht schnell genug gehen. ●

PH-Zelle KB/Flensburg





RGW–Wirtschaftsnotizen

BRD – Neuer Rekord im Osthandel

Der Osthandel der BRD hat im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftskrise und allgemeinem Export-Rückgang neue Höhen erreicht. Importe
vergangenen Jahr trotz Wirtschafts- krise und allgemeinem Export-Rück- gang neue Höhen erreicht. Importe
und Exporte zusammen ergaben 1975 eine Steigerung um 7,4 % auf 26,1 Mrd. DM, woran der Handel mit der UdSSR den Löwenanteil hat. Hier hat das Volumen erstmals die 10-Mrd.-Grenze überschritten. Der Austausch mit der SU stieg um 26,7 %, was ausschließlich beim westdeutschen Export zu Buche schlägt. Dieser stieg um schwindelerregende 45,5 %, während die Importe aus der UdSSR um 0,9 % abnahmen!

Die UdSSR, die 1974 noch als einziges RGW-Land einen Überschuß von 0,46 Mrd. DM aus ihrem Westhandel erzielen konnte, fiel somit einem Defizit von insgesamt 12,65 Mrd. DM 1975 „die Kellertreppen runter". Daneben gelang es der BRD auch noch, gegenüber der VR China (19,4 %) und Bulgarien (33,6 %) hohe Steigerungsraten zu erzielen, während die Exporte nach Polen um 11,1 %, in die CSSR um 5,8 %, nach Rumänien um 12,5 % und nach Ungarn um 19,8 % zurückgingen. Interessanterweise ist dieses Verhältnis bei den mittel- und langfristigen Industrie-Kooperationen gerade umgekehrt: Während die BRD nach Schätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums insgesamt ca. 450 gemeinsame Projekte mit RGW-Ländern angegangen hat, entfallen davon lediglich „knapp 10 Projekte", allerdings „überwiegend größerer Art", auf die UdSSR. Doch nach der massiven Ausweitung des Handels mit der UdSSR wird wohl auch für diesen Sektor bald die alte Kaufmanns-Weisheit „Handel schafft Wandel" zutreffen.

Insgesamt stiegen die Exportüberschüsse der BRD im Osthandel auf 8,8 Mrd. DM, was einen beträchtlichen Teil am Gesamt-Überschuß des westdeutschen Exports in Höhe von 37 Mrd. DM im Jahre 1975 ausmacht. Dies vor allem, wenn man berücksichtigt, daß der Anteil des Osthandels am Gesamtexport zwar mit 7,9 % gestiegen ist (1974: 6,9 %), doch in keinem Verhältnis zur Überschuß-Bilanz steht.

So bleibt also die BRD auch 1975 unangefochten der größte Osthändler, doch die Konkurrenz wächst langsam und stetig: Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums ist der Anteil der BRD am Ostexport der OECD-Länder von 25,3 % 1974 auf 23,6 % im ersten Halbjahr 1975 leicht zurückgegangen. (Angaben nach „Handelsblatt", 6.2.76; „Frankfurter Rundschau", 6.2.76 sowie „Hb", 20.1.76) ●

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Nach Verabschiedung des neuen „Fünf-Jahres-Plans" durch den 7. Parteikongress der „PVAP" im Dezember '75 wurden die Weichen für die weitere Entwicklung Polens gestellt. Im folgenden wollen wir einige wesentliche Planziele und die Ausgangsbasis zu Beginn des Jahres '76 unter die Lupe nehmen.

Ehrgeizige Ziele

Neben dem Vorhaben, das Nationaleinkommen in der nächsten Planperiode um 40 bis 42 % zu erhöhen und die Industrieproduktion um 48 bis 50 % zu steigern, gilt es als vorrangig, die hohe Auslandsverschuldung abzubauen; bis 1980 soll eine positive Außenhandelsbilanz vorzuweisen sein. Dieser lobenswerte Vorsatz wird schon
abzubauen; bis 1980 soll eine positive Außenhandelsbilanz vorzuweisen sein. Dieser lobenswerte Vorsatz wird schon
seit einigen Jahren von den polnischen Revisionisten vertreten, aber ebenfalls schon seit einigen Jahren durch ihre Praxis „ad absurdum" geführt. So erreichte das Defizit der Handelsbilanz allein mit der BRD bis zum Oktober '75 schon wieder die Höhe von 1,1 Mrd. DM, die Überhänge aus den davor liegenden Jahren noch nicht mitgerechnet (siehe AK 68).

Die Verschuldung konnte zwar insgesamt um 400 Mio. Devisen-Zloty (ca. 360 Mio. DM) verringert werden, da der Export in die RGW-Länder stärker anstieg, aber die Auslandsverschuldung gegenüber kapitalistischen Staaten wurde nicht abgebaut. Die Gesamthöhe des Warenimportes aus kapitalistischen Ländern nach Polen lag im Oktober '75 bei ca. 11,8 Mrd. DM gegenüber ca. 9,7 Mrd. DM aus RGW-Ländern. Im Gegensatz dazu beträgt der Anteil der kapitalistischen Staaten am Gesamtexport Polens nur ca. 38 %.

Der Ausgleich der Zahlungsbilanz soll durch mehr Exporte, vor allem in das kapitalistische Ausland, erfolgen. Das erfordert allerdings „Rieseninvestitionen", die auf 260 Mrd. DM in den nächsten fünf Jahren geschätzt werden. Diese Summe soll die polnische Wirtschaft „exportfähig" machen. Zur Erreichung dieses Zieles ist den Revisionisten jedes Mittel recht, auch das der weiteren Auslandsverschuldung.

Welche Ergebnisse die revisionistische Parteiführung mit dieser „Strategie" bislang erzielte, veranschaulicht die negative Zahlungsbilanz für den Zeitraum von Januar bis September '75: Die Verschuldung stieg auf ihren bisher höchsten Stand von ca. 6,1 Mrd. DM gegenüber den westlichen kapitalistischen und den Ländern der „Dritten Welt". Daß dieser Weg auch weiter beschritten wird, zeigen die jüngsten Milliarden-Aufträge an Krupp u.a. (siehe AK 73).

Unter diesen Bedingungen wächst der ökonomische Einfluß der Imperialisten auf die polnische Wirtschaft; gemeinsam mit den Waren importiert die polnische Führung die inflationäre Entwicklung des Kapitalismus, die wiederum die Preissteigerungen im eigenen Land ankurbelt.

Zum „Ausgleich" dieser Tendenzen erhöhen die Revisionisten ihren Druck auf die Werktätigen. Die Parteiführer fordern mehr „Arbeitsdisziplin" und Leistung. Dem „allzu häufigen Krankfeiern" und „unentschuldigten Fernbleiben" von der Arbeit soll zukünftig mit materiellen Einbußen beim Krankengeld zu Leibe gerückt werden. Dazu kommt, daß der Anteil der Akkordzuschläge und Prämien seit Jahren einen immer größeren Anteil vom Lohn der polnischen Arbeiter ausmacht. (siehe AK 71)

Von 84,6 % mehr gefertigten Waren zwischen Januar und September '75 ließen sich nur 15,4 % auf Beschäftigungssteigerungen zurückführen. Der Löwenanteil, nämlich 69,2 %, wurde durch „höhere Arbeitsproduktivität" erreicht, woran die Verschärfung der „Arbeitsdisziplin" wohl ihren nicht zu knappen Anteil hat. Trotz der steigenden Planzahlen in der kommenden Planperiode wird es kaum mehr Beschäftigte in der Industrie geben. So ging der Zuwachs von 1974 (2,5 %) auf 1,8 % im Jahre 1975 zurück.

Trotz dieser Bedingungen gelang es der polnischen Arbeiterklasse 1975, eine Steigerungsrate von 11,7 % der Gesamtwirtschaft und der Dienstleistungen zu erzielen. Die höchste Zuwachsrate meldete das Ministerium für Bauwesen mit 17,7 %, die niedrigste bezeichnenderweise die Nahrungsmittelindustrie mit 9,9 %. Obwohl im neuen Plan ein Investitionsanteil von 30 % für die Landwirtschaft vorgesehen ist,
telindustrie mit 9,9 %. Obwohl im neu- en Plan ein Investitionsanteil von 30 % für die Landwirtschaft vorgesehen ist,
wird sich an den steigenden Preisen und der Verknappung auf dem Lebensmittelsektor vorläufig nichts ändern.

War 1974 die Ernte vor allem bei Kartoffeln und Zuckerrüben enttäuschend ausgefallen, so blieb 1975 die Getreideernte um zwei Mio. t hinter der Ernte 1974 zurück. Bereits 1974 war die polnische Führung gezwungen, ca. 3 Mio. t Getreide einzuführen. Mit den Ernteverlusten des Jahres '75 ist damit nahezu ein Viertel des Ertrages ausgefallen. Das hat nicht nur zur weiteren Verteuerung von Mehl, Mehlspeisen und Brot, sondern auch zur Verknappung von Futtergetreide geführt und damit zur Rationierung und zu steigenden Preisen bei Fleisch und Milch sowie Milchprodukten. (siehe AK 71)

Ist ein Teil dieser Mißernten sicherlich auch auf Wettereinflüße zurückzuführen, so liegt das Hauptübel bei der staatlich subventionierten, kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft der Privatbauern (siehe AK 71).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Aussichten für die polnische Arbeiterklasse zu Beginn des neuen Jahres und der neuen Planperiode trübe sind. Die ehrgeizigen Ziele der polnischen Revisionisten gehen – wie man sieht – weitgehend zu Lasten ihres Lebensniveaus.
(alle Angaben aus „Ost-Wirtschafts-Report", Nr. 1 vom 9.1.76) ●

RGW-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Jugoslawien – Prozesse gegen „Wirtschaftsverbrecher" angekündigt...

Schon bald soll in Jugoslawien „Dutzenden von Wirtschaftsverbrechern" der Prozeß gemacht werden. Das kündigte Staatspräsident Tito in der jugoslawischen Zeitung „Wjesnik" Anfang Februar '76 an.

Seit Jahren kommt es in der Wirtschaft nach Angaben des ZK-Präsidiums des „Bundes der Kommunisten" immer wieder zu „Anomalien", zur „Verletzung gesellschaftlicher Absprachen" und „illegalen Praktiken" („SZ", 11.7.75). Insbesondere im Banken- und Außenhandelssystem, als wichtige Stützen des sogenannten „Arbeiter-Selbstverwaltungssystems", scheint sich tiefer kapitalistischer Morast aufzutun.

Die sechs Banken der jugoslawischen Bundesstaaten haben eine derartige Eigenständigkeit erreicht, daß sie oft das Zünglein an der Waage bei Entscheidungen in den Betrieben sind.

Schon 1972 mußte der kroatische Politiker Bakaric in einem „Spiegel"-Interview (25/72) auf die Frage: „ . . . *und die Produktion war bei Investitionsentscheidungen von diesen Finanzriesen abhängig?*" zugeben: „*Nicht nur bei den Investitionsentscheidungen, auch bei den Produktionsentscheidungen. Die Betriebe sind abhängig von der Kreditvergabe, aber die Kredite wiederum waren abhängig vom Umsatz, Betriebskapital und der Rentabilität des Betriebes*".

Allein die Belgrader Banken hielten seinerzeit schon über 50% des Kredit- und Devisengeschäftes in ihren Händen. Gerade die Kreditvergabe und deren Bedingungen sind auch heute noch immer wieder Anlaß für Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Betrieben, ja ganzen Wirtschaftsregionen untereinander und fördern die sowieso schon vorhandenen nationalen Spannungen des Vielvölkerstaates Jugoslawien. Der sinkende staatliche Einfluß förderte ein Klima, in dem es galt, sich mit den Kreditinstituten gut zu stellen. Das Ergebnis waren und sind Korruption, Vetternwirtschaft, Fehlplanungen und Bereicherung zu Lasten der jugoslawischen Werktätigen.

Allein durch zwei Außenhandelsunternahmen „Unibet" und „Tehnomaterijal" wurde der jugoslawische Staat im letzten Jahr um 270 Mio. Dinar geprellt. Der Direktor dieser Gesellschaft konnte sich leider rechtzeitig in die Schweiz absetzen, wo er unter anderem Besitzer einer Privatfirma war. Ein weiterer Kapitalist, der Serbe Slobodan-Beta Todorovic, hatte es in Westeuropa auf sage und schreibe 30 (!) Firmen gebracht und inzwischen ebenfalls seinen Wohnsitz dorthin „verlegt" („SZ", 11.7.75). So wie bereits Tito in einem „Brief an die Partei" 1972, so ruft heute die Parteileitung zum Kampf gegen die „Wirtschaftsverbrecher" auf. Obwohl die Inspektoren des auf Aufdeckung spezialisierten „Staatskontrolldienstes" (SDK) in den letzten Jahren einige „Kapitalisten" dingfest machen konnten, ist das sicherlich nur die Spitze vom Eisberg gewesen.

Der Nährboden für diese Entwicklung ist jedoch die kapitalistische Restauration, und die ist in den letzten Jahren stärker geworden (siehe AK 67, 73) ●

RGW-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

DDR- Dumping auf britischem Markt

Über eine niederländische Import-Export-Firma sind kürzlich britischen Einzelhändlern 60 000 Herrenanzüge aus der DDR angeboten worden, zu einem Stückpreis von 4,80 Pfund – knapp 25 DM („Welt", 7.2.75)

Auf der Basis dieses Großhandelspreises werden die Anzüge nicht teurer als mit 10 Pfund gehandelt, was „weniger (ist), als ein britischer Schneider für die Knopflöcher und das Futter berechnen würde", kommentiert die rechtsradikale „Sun" (etwa der „Bild" vergleichbar) genüßlich. Der Generalsekretär des gewerkschaftlichen Dachverbandes TUC, Len Murray, nahm dieses Dumping-Angebot zum Anlaß, „sofortige gezielte Importkontrollen" zu fordern. Ein Sprecher der britischen Textil-Kapitalisten erinnerte sich plötzlich seiner „Mitarbeiter" und sprach demagogisch von der „Bedrohung von insgesamt 300.000 Arbeitsplätzen".

Die DDR hatte schon im Herbst 1975 auf BRD-Märkten mit dem Angebot von Oberhemden, Stückpreis 0,65 DM und Anzügen für 7,– DM eine ähnliche Aktion gestartet, was seinerzeit zur Verhängung von Import-Beschränkungen und zu einem offiziellen Protest auf der Leipziger Messe durch die BRD-Regierung führte. Bei ihrem Gezeter über derartige Aktionen haben die Kapitalisten natürlich in erster Linie die Diskreditierung der DDR zum Ziel. Die „Gefährdung" ihrer Absatzmärkte (oder gar von „300.000 Arbeitsplätzen"!) ist bei so geringen Stückzahlen lange nicht so groß, wie die demagogischen Sprüche vorspielen sollen.

Dennoch wirft es ein bezeichnendes Licht auf die Wirtschaftspolitik der DDR-Führung, wenn offenbar die relativ hohe Verschuldung (derzeit ca. 10 Mrd. DM) gegenüber dem Imperialismus dadurch abgebaut werden soll, daß die Früchte der Arbeit des DDR-Volkes zu Schleuderpreisen auf kapitalistischen Märkten verramscht werden. ●

RGW-Kommission, KB/Gruppe Hamburg



Tito: "Ich sehs ganz deutlich, der Aufschwung kommt!"

Jugoslawien – Finanz-Misere wächst

Ende 1975 betrug das Defizit in der Handelsbilanz Jugoslawiens 2,69 Mrd. Dollar. Da die jugoslawische Parteiführung zum Ausbau der Infrastruktur und der Wirtschaft noch jahrelang auf hohe Importe angewiesen ist, wird die Auslandsverschuldung weiter ansteigen. Gleichzeitig sind mit der krisenhaften Entwicklung in den kapitalistischen Ländern jugoslawische Exportchancen gesunken, so daß die Notwendigkeit höherer Kreditaufnahme zur Begleichung der Auslandsschulden immer dringender wird. Ein verhängnisvoller Kreislauf!

Dazu kommt, daß ein großer Teil der jugoslawischen Schulden in den kommenden Jahren fällig wird. Der Präsident der jugoslawischen Nationalbank, B. Colanovic, räumt ein, daß das Land für die Rückzahlung Finanzkredite benötigt. Der Präsident beklagte auch, daß Jugoslawien als Entwicklungsland bei der Kreditvergabe benachteiligt werde und ungünstigere Konditionen für Kredite auf westlichen Märkten hinnehmen müsse.

Darüber hinaus sind Jugoslawiens Währungsreserven weiter gesunken, auf nunmehr nur 1,4 Mrd. Dollar, das ist nur das Doppelte der durchschnittlichen monatlichen Währungszahlungen des Landes. (Angaben nach „Ostwirtschafts-Report", Nr. 1; 9.1.76) ●

RGW-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Liberale – Ruck nach Rechts?

Der Führer der Liberalen Partei Englands, Jeremy Thorpe, hatte sich in den letzten Wochen gegen eine breite Verleumdungskampagne in der bürgerlichen Presse zu verteidigen. Anlaß waren die Aussagen eines gewissen Norman Scott, Thorpe habe zu ihm vor Jahren homosexuelle Beziehungen unterhalten. Innerhalb und außerhalb der Partei wurde offen vom Rücktritt Thorpes gesprochen, da diese „Affaire" dem Ansehen der Partei schaden würde.

Allerdings liegt ziemlich offen auf der Hand, daß diese Anschuldigungen nur ein Vorwand sind, die Untragbarkeit Thorpes an der Parteispitze überzeugend zu untermauern. Der liberale „Guardian" schreibt am 2.2.76: *„Aber inoffiziell stimmen sie* (die liberalen Parlamentsabgeordneten) *darin überein, daß Thorpe ohnehin in der Gefahr war, in diesem Jahr verdrängt zu werden, und daß die Publicity aufgrund der Anschuldigungen durch Scott seine Position nicht gerade gefestigt hätte."*

Es spricht auch eine andere Tatsache dafür, daß der Zeitpunkt der Anschuldigungen nicht gerade zufällig ist, sondern daß hier eine schon lange „kontrolliert" tickende Zeitbombe gegen Thorpe hochgegangen ist: Bereits 1971 hatte Thorpe den Berichten zufolge Parteifreunden gegenüber zugesichert, daß er abtreten würde, falls Scott auspacken würde...

Es gibt wohl in der Hauptsache zwei Gründe, aus denen die Parteifreunde an Thorpes Ast sägen, obwohl er es war, unter dem die Partei bei den letzten beiden Wahlen ihre Wählerzahl verdoppelt (auf runde fünf Millionen Stimmen) hat. Der erste ist der Bankskandal, in den Thorpe verwickelt war: Er war seit 71 Direktor der „London and County Bank", die sich mit Spekulationsgeschäften halblegaler Art einen Namen machte und Konkurs anmeldete. Ein kürzlich veröffentlichter Untersuchungsbericht bezeichnet die Abrechnungen und Bücher als *„ungenügend und irreführend"* und die Geschäftspraktiken des Vorsitzenden des Direktoriums, Caplan, als *„betrügerisch"*. Thorpe habe seinen Namen gegen ein Gehalt von 5.000 Pfund (ca. 33.000 DM – gemeint ist wohl im Jahr) gegeben, und damit dazu beigetragen, *„das Vertrauen der zukünftigen Anleger in solche Banken zu schaffen bzw. zu vergrößern."* („Guardian", 30.1.76)

Der zweite, wesentlich wichtigere Grund für die Kampagne gegen Thorpe aber liegt wohl darin, daß sich die englischen Liberalen neu orientieren. Thorpe führte 74 die Wahlkämpfe unter der Parole der „unabhängigen dritten Kraft", die „grundsätzlich" keine Koalition eingehen würde, sondern nach Änderung des Wahlrechts zur regierungsfähigen Alternative zu Tories und Labour werden würde. (Das englische Wahlrecht benachteiligt extrem die kleinen Parteien, da nur der Abgeordnete das Mandat erhält, der in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, alles andere fällt unter den Tisch, so daß die Liberalen zwar rund 20 % Stimmen erhielten, aber nur ca. 2 % der Abgeordneten stellen.) Diese Linie überzeugte offensichtlich bei der Wahl im Frühjahr 74 viele Wähler, so daß die Liberalen einen steilen Aufschwung nahmen. Bereits im Herbst 74 aber schwächte sich dieser Trend wieder ab. Nachdem nun außerdem sowohl Tories als auch Labour auf ihren Parteitagen im Herbst ausdrücklich erklärt haben, daß sie eine Änderung des Wahlrechts nicht betreiben werden, scheint die Aussicht der Liberalen schlecht.

Dazu kommt, daß sich die Stimmen mehren, die von der Möglichkeit einer Koalitionsregierung sprechen, seit weder Tories noch Labour die für eine Alleinregierung erforderliche stabile Mehrheit aufbringen können.

Für die englische Bourgeoisie wäre es wünschenswert, wieder zu einer rechten Tory-Regierung überzugehen, nachdem Labour unter naturgemäß geringerem Protest wesentliche Stationen auf dem Weg zur Sanierung des britischen Imperialismus genommen hat: z.B. die EG-Mitgliedschaft, das Lohndiktat usw. In einer Koalition zwischen Tory und Liberalen liegt die Chance, die schmale Labour-Mehrheit (von gegenwärtig einer Stimme!) – zu überstimmen und eine stabile Mehrheit für eine noch rechtere Politik zu stellen.

Thorpe – seit seiner Karriere hat er den typisch Liberalen rausgekehrt – wäre für eine solche Wende nicht besonders glaubwürdig. Da bieten sich „bessere" Kandidaten an. So z.B. der bereits offiziell als chancenreicher Nachfolger Thorpes gehandelte John Pardoe. Woher der Wind pfeift, wird klar, wenn man weiß, wer Pardoe ist: Er sprach auf einer Kundgebung der „National Federation of Selfemployment" (Nationaler Bund der Selbstständigen) in London (letztes Jahr – s. dI 18) und sagte dort u.a.:

„Profit ist ein Schimpfwort geworden. Wir müssen den Profit wieder erstrebenswert machen – nicht nur für die Selbständigen und Kleinunternehmer, sondern für jeden." Diese Kundgebung war Auftakt einer antikommunistischen Demonstration von 5.000 aufgeputschten Kleinbürgern, die Schilder mit sich führten, auf denen Hammer und Sichel abgebildet waren, darunter das Wort „Raus". ●

England Kommission
KB/Gruppe Hamburg

England:

Massenarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien hat im Januar den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht: 1,5 Millionen Menschen (= 6,1 % der arbeitenden Bevölkerung) sind nach offiziellen Angaben arbeitslos. Tatsächlich sind es noch mehr, da arbeitslose Arbeiterfrauen nach einer gewissen Zeit als Hausfrauen gezählt werden. Hinzu kommen noch 140.000 Kurzarbeiter.

Arbeitsminister Michael Foot erklärte im Parlament: *„Wahrscheinlich wird es in den nächsten Monaten eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit geben, egal ... welche Maßnahmen auch immer getroffen werden."* („Guardian", 21.1.76)

Ron Hayword, Generalsekretär der Labour Party: *„Sie* (die Arbeitslosenzahlen, AK) *könnten auch 1977 über der Millionengrenze bleiben"* („Guardian", 17.1.76).

Bisher hat es nur auf lokaler Ebene und – gemessen am Ausmaß der Angriffe – sehr vereinzelte Kampfaktionen der Arbeiter gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit gegeben. Einzige Ausnahme war eine Demonstration von 20.000 Menschen in London im November letzten Jahres. Dazu hatten vor allem einzelne Gewerkschaftssektionen, Labour-Linke, trotzkistische Organisationen und die revisionistische KP aufgerufen.

Die Gewerkschaftsspitze tat alles, um die Mobilisierung möglichst gering zu halten. Len Murray, TUC-Boß, erklärte damals: *„Der beste Weg, um mit dem Problem fertig zu werden, ist die Zusammenarbeit des TUC mit der Regierung – nicht aber die Teilnahme an einer Demonstration gegen die Regierung."* („Morning Star", Zeitung der KP, 26.11.75).

Die „International Socialists" gegen die kapitalistische Krise

Die „International Socialists" (IS)

Die „International Socialists" (IS) orientieren gegenwärtig ganz auf die Mobilisierung zu der von ihnen ins Leben gerufenen „National Right to work Campaign" (Nationale Kampagne für das Recht auf Arbeit). Höhepunkt der Kampagne soll eine nationale Demonstration sein, die am 28. Februar in Manchester beginnt und am 20. März in London mit einer „Massendemonstration" und Großkundgebung enden soll. Die lokalen Aktivitäten zur Mobilisierung bestehen den Berichten zufolge in Versammlungen, dem Verteilen von Flugblättern vor Großbetrieben und der Wahl von Delegierten (meist Arbeitslosen), die von den verschiedenen Gewerkschaftsgremien, Mitgliederversammlungen usw. auf den Marsch entsandt werden.

Zur Finanzierung der Teilnahme der Delegierten wird Geld gesammelt usw. IS hat rund 40 Labour-Parlamentsabgeordnete in Briefen aufgefordert, ihre Kampagne zu unterstützen. Fünf – darunter der bekannte Tribune-Abgeordnete Eric Heffer – haben inzwischen ihre Unterstützung zugesagt. (Dies darf man allerdings nicht an westdeutschen Verhältnissen messen, es ist durchaus üblich in England, daß sogar Mitglieder des Labour-Parteivorstandes an Demonstrationen der sozialistischen und trotzkistischen Linken teilnehmen.)

Im „Socialist Worker", der Wochenzeitung der IS, haben wir keinen Hinweis darauf gefunden, daß diese Kampagne von einem breiteren Bündnis getragen würde; offensichtlich sind IS und die von ihnen inspirierte „Rank und File Movement" (soviel wie „Basis-Bewegung") die alleinigen Träger der Kampagne.

Trotzkisten wollen „wirklich sozialistische Politik" der Labour-Party

Eine ziemlich verrückte Linie legt die radikal-trotzkistische Organisation „Workers Revolutionary Party" (WRP) im Kampf gegen die kapitalistische Krise vor. In ihrer Zeitung „Workers Press" schreibt sie am 13.12.75: *„Die Labour-Regierung hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Gegründet, um die Gewerkschaften gegen den kapitalistischen Staat zu verteidigen, wird die Parlamentarische Labour Party jetzt auf dem Kurs geführt, die Gewerkschaften und die Partei zu zerstören (...) Die Angriffe dieser Woche bestätigen ohne allen Zweifel die Forderung der WRP, die koalitionistische Labour Regierung zu zwingen, zurückzutreten und einen Wahlkampf – festgelegt auf ein sozialistisches Programm – zu führen. Dies ist der einzige Weg, die Labour Party zu retten, die Gewerkschaften und die Arbeitsplätze zu schützen und die Tories rauszuhalten."*

Zur Durchsetzung der Forderungen „Zwingt die korrumpierte rechte Labour Regierung zurückzutreten!" und „Fordert Neuwahlen auf der

und „Fordert Neuwahlen auf der

Grundlage eines sozialistischen Programms" führt die WRP eine „Spring Campaign" (soviel wie „Frühlings-Kampagne) mit zahlreichen Veranstaltungen durch.

Um die Labour Party zur Annahme eines „real sozialistischen Programms" (ganz zu schweigen von einer sozialistischen Praxis) zu bewegen, wird empfohlen, die Abhaltung einer „emergency conference" (Notkonferenz) der Labour Party zu fordern.

Über den tatsächlichen Charakter der Labour Party als Partei der englischen Imperialisten, über die absolute Unmöglichkeit, in der Labour Party eine sozialistische Politik durchzusetzen, scheint bei der WRP keine Klarheit zu bestehen. Daher ist die WRP sicher keine große Orientierungshilfe für den Kampf der englischen Arbeiterklasse. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Labour Party in Schottland gespalten

Der Labour Abgeordnete Jim Sillars gründete im Dezember '75 mit einigen anderen Labourpolitikern die „Schottische Labour Party" (SLP). Begründet wurde dieser Schritt mit einer Kritik an den Plänen der Labour Regierung in London für Schottland. Man wolle ein mächtigeres



Marsch der Schottischen Nationalistischen Partei: Nationalismus als „Lösung" der wirtschaftlichen und politischen Probleme Schottlands?

Schottisches Parlament, mit Kontrolle über Handel, Industrie, Arbeitsplätze und vor allem das schottische Nordseeöl.

Dieser Schritt erregte einiges Aufsehen, und die Parteiführung drohte vor allem Sillars und einem weiteren Abgeordneten – John Robertson – den Ausschluß aus der Labour Party an, falls sie ihren Schritt nicht rückgängig machen würden.

Sillars beeilte sich zwar zuzusichern, im Londoner Parlament nicht gegen die Regierungspolitik zu stimmen (die damit ihre Mehrheit verloren hätte!), beharrte aber auf seiner neuen Partei.

Anfang Februar schließlich erklärte der für Schottland zuständige Sekretär der Labour Party, Grandle, die beiden für ausgeschlossen, bzw. stellte fest, die beiden hätten durch ihren Schritt *„ihrer Mitgliedschaft selbst ein Ende gesetzt"*. Außerdem ließ er in allen Wahlkreisen bekannt machen, daß alle Labour Mitglieder, die der SLP beitreten, aus der Labour Party rausgeworfen werden würden.

Was steckt hinter dieser Parteigründung?

Wegen seiner Randlage war Schottland stets das Armenhaus Großbritanniens: Hochland und Inseln sind total entvölkert, im Industriedreieck Glasgow-Dundee-Edinburg ballt sich das Proletariat. Seit Jahrzehnten ist hier die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie in ganz Großbritannien. Unter den miserablen Lebensbedingungen wurden die schottischen Arbeiter einer der fortgeschrittensten Teile der britischen Arbeiterklasse. Das drückt sich aus

* in besonders militanten Streiks, z.B. erzwangen 1971 die Kollegen von Upper Clyde Shipbuilding (Glasgow) durch die Besetzung ihrer von Schließung bedrohten Werft deren Weiterbetrieb gegen den Willen der Tory-Regierung.
* Beim EG-Referendum lag hier der Anteil der Nein-Stimmen weit über dem britischen Durchschnitt.
* Die Faschisten der „Nationalen Front" wagten im Frühjahr 1974, nur in einem von 71 Wahlkreisen zu kandidieren, und holten sich mit ganzen 86 Stimmen eine deutliche Abfuhr. Traditionell ist Schottland eine Hochburg der Labour Party.

Die Entdeckung von Öl vor der Schottischen Nordseeküste gab der Bourgeoisie Ende der 60er Jahre ein willkommenes Mittel zur Spaltung und Irreführung der Arbeiter. Mit der Demagogie „Ausbeutung der Schotten durch England" und der Forderung „Schottlands Öl für Schottland" versprach die Schottische Nationalistische Partei (SNP), die jahrzehntelang auf den Äußeren Hebriden ein Schattendasein gefristet hatte, eine „Lösung" der wirtschaftlichen Probleme durch „nationale Unabhängigkeit".

Wegen der totalen Durchdringung der schottischen Industrie einschließlich der neuen Ölindustrie durch das Londoner und internationale Finanzkapital gibt es zwar keine Grundlage für diesen Nationalismus – für eine rechts-demagogische Ausrichtung der Arbeiterklasse scheint er allemal nützlich.

Mit ihrer Forderung nach autonomen Behörden zur Ankurbelung der regionalen Industrie und sogar einer schottischen Vertretung bei der EG-Kommission in Brüssel („Guardian", 24.12.75) konnte die SNP bereits 11 der 71 schottischen Sitze im Unterhaus erobern. Die Labour Partei, die in Schottland zwei Drittel der dortigen Unterhausabgeordneten stellt, versuchte, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, um ihrer zunehmenden Diskreditierung als Arbeiterpartei zu begegnen. Im November legte die Wilson-Regierung einen Regionalisierungsplan vor. Dieser verspricht ein schottisches Regionalparlament mit unbedeutenden Vollmachten im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen. Damit kann sie der SNP natürlich nicht das Wasser abgraben: eine Umfrage im November 75 ergab, daß 65 % der schottischen Labour-Wähler eine „schottische" Kontrolle über das Nordseeöl verlangen und 30 % von ihnen künftig SNP wählen wollen, wenn Wilsons Regionalisierungspläne unzureichend sind („Newsweek", 24.11.75).



Typisches Beispiel der sozialen Demagogie der Schottischen Nationalistischen Partei (SNP). Text auf dem Plakat: „Es ist ihr Öl. Deshalb – warum müßen so viele alte Schotten frieren und sind sie unterernährt? Warum sterben jedes Jahr 5.000 an Unterkühlung?"

Sillars und seine Freunde haben objektiv die Funktion, die von der Regierungspolitik enttäuschten Labour-Anhänger zu sammeln und sie in nationalistisch-reaktionäre Richtung zu orientieren. ●

England-Kommission
KB/Gruppe Lübeck

Shop-Steward-Wahlen bei British Leyland

Bei mehreren Gewerkschaftswahlen in England gewannen in den letzten Monaten sogenannte „gemäßigte" Kräfte gegen die betriebliche Linke. Beim Cowley-Werk des größten englischen Autokonzerns Britisch Leyland gewannen z.B. die Rechten fünf von sieben Sitzen im zentralen shop-steward-commitee der Gewerkschaft TGWU, das ungefähr vergleichbar wäre einer direkt von den Kollegen gewählten Vertrauensleute-Leitung. Die beiden anderen Sitze gingen an einen politisch unorganisierten „militanten Gewerkschafter" und ein Mitglied der trotzkistischen „Workers Revolutionary Party" (WRP), das aber die ausdrückliche Unterstützung der Rechten hatte. Als besonderen Erfolg werten Geschäftsleitung, rechte Gewerkschafter und die bürgerliche Presse, daß der Linke Alan Thornett mit 562 von 2.642 abgegebenen Stimmen (bei 3.500 TGWU-Mitgliedern) bei der Wahl durchgefallen ist. Auf ihn, früher Mitglied der WRP, jetzt Angehöriger der von ihm gegründeten „Workers Socialist League", hatte sich die rechte Hetze vor den Wahlen konzentriert. Die Konzernleitung hatte erklärt, sie würde Alan Thornett in keiner Funktion oberhalb der Ebene des einfachen Vertrauensmannes anerkennen und an Verhandlungen mit ihm nicht teilnehmen. Dies wurde mit der Rolle, die Alan Thornett als Vertrauensleute-Vorsitzender bei Arbeitskämpfen in Cowley vor zwei Jahren gespielt hatte, begründet. Damals hatte die Konzernleitung weitere Verhandlungen mit ihm abgelehnt, weil er „nicht bereit sei, die Männer an der Arbeit zu halten, solange über die Probleme diskutiert wird". Mit 1.668 Stimmen gewann Reg Parsons eindeutig die Wahlen. Er hatte noch kurz zuvor eine Warnung *„vor subversiven Elementen"* veröffentlicht und Cowley einen *„Bienenstock extremistischer Aktivität"* genannt.

Worum es den Gewerkschaftsführern bei dieser Wahl ging, formulierte ein Gewerkschaftssekretär der TGWU in der Gewerkschaftszeitung „Highway": *„Die Zeichen sind klar für Leyland und seine Arbeiter. Wenn die Produktion nicht gesteigert wird, wenn nicht unnötige Auseinandersetzungen und andere Unterbrechungen ausgeschaltet werden, hat die Investition von Geld keinerlei Sinn"* (!) und weiter in diesem Verräterton: *„Wir (!) können uns bei Leyland keine Arbeitsunterbrechung oder Streiks mehr leisten. Sie brauchen größtmögliche Zusammenarbeit, um das größtmögliche Produktionsergebnis zu erreichen."*
(„Guardian" vom 13.und 14.1.76) ●

England Kommission,
KB/Gruppe Hamburg

Griechenland

Stützpunktverhandlungen mit den USA

Im Januar fanden in Athen nach neunmonatiger Pause erstmals wieder Verhandlungen zwischen den USA und der griechischen Regierung über die Zukunft der US-Militärbasen auf griechischem Boden statt.

Im Juli 1974 stellte die griechische Regierung alle US- und Nato-Basen wegen der Haltung der USA im Zypern-Konflikt und der Verwicklung von USA/Nato in den 67er Putsch unter griechische Kontrolle. Karamanlis gab sich mit der Drohung „Austritt aus der Nato" einen fortschrittlich-antiamerikanischen Anstrich. Diese Parole kam einer sich gewaltig entfaltenden Massenbewegung des griechischen Volkes entgegen.

Inzwischen spricht die Karamanlis-Regierung allerdings schon längst nicht mehr von „Austritt", sondern es wird lediglich über die Umstände einer amerikanischen Präsens und und über die Art der Vorrechte, die den amerikanischen Truppen eingeräumt werden sollen, verhandelt.

Militärverhandlungen mit der BRD

Parallel zu den Stützpunktverhandlungen Griechenland – USA besuchte eine BRD-Delegation der Verteidigungs- und Finanz-Ministerien Athen. Verhandelt wurde über neue Militärhilfe.

„Im vergangenen Jahr hatte Bonn neben einer regulären Verteidigungshilfe von 70 Millionen Mark den Griechen Material aus Überschußbeständen der Bundeswehr zu einem Wert von etwa 100 Millionen Mark kostenlos zur Verfügung gestellt" („Süddeutsche Zeitung", 29.1.76).

Was diesmal konkret zur Debatte stand, wird noch geheimgehalten, wahrscheinlich ist aber der Leopard-Panzer, Exportschlager der BRD-Militaristen, im „Paket" mit dabei.

Geradezu stolz auf diese imperialistischen Geschäfte schreibt die ehemals linke Berliner Tageszeitung „Tagesspiegel" mit unverhohlenem Chauvinismus: *„So ist Bonn an der Südflanke der Nato äußerst aktiv. ... Die BRD ist aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke und wegen ihrer verteidigungspolitischen Leistungen zum zweitwichtigsten Staat in der Nato aufgestiegen. Das führt zu Verpflichtungen, denen sich Bonn nicht entziehen kann"* (5.2.76).

EG – Griechenland

Am 29.1.1976 veröffentlichte die EG-Kommission ihre generelle Empfehlung über den EG-Beitritt Griechenlands. Die EG-Kommission lehnt allerdings eine sofortige Vollmitgliedschaft Griechenlands ab und schlug dagegen einen langfristigen, stufenweisen Beitritt vor.

Das „Hauptproblem" des griechischen Beitritts *„wird in der überwiegend agrarischen und rückständigen Struktur des Landes"* gesehen, wobei die *„Agrarstruktur und die fehlende industrielle Basis besonders aufgeführt werden"* („FR", 30.1.76 und „FAZ", 31.1.1976).

Eine *„zu große Lücke zwischen der EG-Zahlungsbereitschaft starker Mitgliedsstaaten und den ... Ansprüchen einer um Athen ... erweiterten Gemeinschaft"* erschweren die Aufnahme („FR", 26.1.76).

Um *„Griechenland dem Niveau in der EG"* anzunähern, müßten *„nach einer groben Schätzung ... die bisherigen Mitgliedsstaaten ... einen zusätzlichen Nettobetrag zu den EG-Finanzen von einer Milliarde Mark jährlich übernehmen"*.

Argumentiert die EG-Kommission also hauptsächlich mit der angespannten finanziellen Situation einiger EG-Imperialisten, so beeilten sich einige Staatsoberhäupter, insbesondere der BRD und der Niederlande, politische Gründe f ü r eine sofortige Vollmitgliedschaft Griechenlands anzuführen.

„Für die schnelle Aufnahme sprechen vor allem stabilisierende Aspekte für die griechische Innenpolitik. Nach aller Erfahrung sind Demokraten nur lebensfähig, wenn das wirtschaftliche und soziale Gefüge halbwegs stabil ist" („FR", 3.2.1976).

Aegäis-Gespräche abgebrochen

Die vom 31.1. - 2.2.1976 geführten Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei über die Rechte für die Erölausbeutung in der Ägäis sind in Bern ergebnislos abgebrochen worden.

Die Griechen vertraten wie üblich den Standpunkt, daß der Kontinentalsockel der gesamten Ägäis, auf dem über 3.000 Inseln zu Griechenland gehören, ihnen gehört. Die Türkei bestand darauf, daß eine größere Zahl von Inseln auf dem Sockel des türkischen Festlandes aufsitzen und die Bodenschätze dort deshalb auch von der Türkei ausgebeutet werden können.

Es ist durchaus denkbar, daß die griechischen und türkischen Kapitalisten und mit ihnen mächtigere imperialistische Ölkonzerne wegen der profitträchtigen Ölvorkommen in der Ägäis einen lokalen militärischen Konflikt auf dem Rücken der Völker entzünden.

Weitere Verfahren ...

Die Union Demokratischer Rechtsanwälte in Athen hat Anzeige gegen weitere 115 ehemalige Spitzenfunktionäre und Minister der Papadopoulos-Pattakos-Junta erhoben. Ihnen werden verbrecherische Handlungen wie Freiheitsberaubung, Häftlingsfolterungen, grundlose Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nach der faschistischen Machtergreifung 1967 bis Mitte 1973 usw. vorgeworfen.

Darüber hinaus drohen 89 Offizieren Militärgerichtsverfahren wegen Beihilfe zum Hochverrat. Unter ihnen befindet sich auch der Mann, der seinerzeit als Staatspräsident die Amtsgeschäfte „freiwillig" auf Karamanlis übertrug: General Gizikis („FAZ", 23.1.1976).

Wichtig, in diesem Zusammenhang vor eventuellen Illusionen in die „antifaschistische Gesinnung" des Herrn Karamanlis zu warnen: bisher sind fast alle Prozesse gegen die Faschisten auf Initiative der breiten antifaschistischen Bewegung sowie auf Privatklage zustande gekommen.

Strafen für Faschisten weiter heruntergesetzt

In einer Berufungsverhandlung sind die Strafen für 14 ehemalige griechische Offiziere erheblich herabgesetzt worden. Sie waren wegen Verschwörung zum Sturz der Regierung 1967 beschuldigt und auch für schuldig befunden worden. In erster Instanz waren sie noch zu Gefängnis zwischen vier und zwölf Jahren verurteilt worden, diesmal erhielten sie lediglich ein Jahr bis acht Jahre Haft („FAZ", 24.1.76).

Polizei gegen die streikenden Arbeiter

Am 7.12.1975 traten die Arbeiter von Pitsos (Metallbetrieb in Piräus) in den Ausstand. Die Geschäftsführung antwortete auf die Forderungen der Streikenden (u.a. Lohnerhöhungen von 35 % für Arbeiter, 2.000 Drachmen (= DM 200,-) für Angestellte) mit Aussperrung und ließ einige Arbeiter zur berüchtigten Sicherheitspolizei zitieren. Am 14.1.1976 suchte die Geschäftsleitung die Kraftprobe:

Unter Polizeischutz erschienen ungefähr 150 Streikbrecher, die hauptsächlich aus der Gegend von Volos (Tehasslien, Mittelgriechenland) herangeschleppt wurden.

Die Streikenden riegelten daraufhin nach einem Vollversammlungsbeschluß den Weg zum Eingang ab! Daraufhin ging die Polizei mit Erlaubnis der Staatsanwaltschaft auf die Arbeiter vor der Fabrik los.

Die Bullen knüppeln los...

Wild und ohne Rücksicht droschen die Bullen alles blutig, was ihnen unter den Knüppel kam. Zig Verletzte mußten in die Krankenhäuser von Piräus eingeliefert werden.

20 Streikende griff die Polizei heraus, von denen zwölf an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurden.

Sie werden angeklagt wegen:
- Frechheit gegenüber der Behörde (!)
- widerrechtliche Gewaltanwendung, Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung!

Das gegen die Arbeiter eingesetzte Polizeiaufgebot bestand aus 500 Bullen, sechs Tränengaspanzerwagen und drei Wasserwerfern!

Die Geschäftsleitung schickte allen Mitgliedern des Verwaltungsrates und weiteren Arbeitern die Entlassungsschreiben gleich nach Hause.

Doch die Pitsos-Arbeiter ließen sich durch diesen Terror nicht einschüchtern!

Auf einer weiteren Vollversammlung beschlossen sie einstimmig, den Streik fortzusetzen!

Die Bauarbeiter von Piräus solidarisierten sich am 20.1.1976 mit einem 24-stündigen Streik und einer Versammlung im Arbeiterzentrum von Piräus mit den Streikenden von Pitsos.

Die MEL-Kollegen (Papierfabrik in Thessaloniki, s. dl 18) schlossen sich mit einem vierstündigen Streik den Solidaritätskundgebungen an. ●

Griechenland/Türkei-Kommission



Frankreich: Breite Kämpfe der Arbeiter

Alsa-Marine, Cannes:
Seit 13 Monaten kämpfen die 100 Arbeiter dieses Seeschiffahrtsbetriebs gegen seine Schließung. Am 5. Januar wurde die Wiedereröffnung des Betriebes beschlossen, die ersten Arbeiter sind wieder eingestellt worden. Die noch nicht Eingestellten haben für die Überbrückungszeit Umschulungs- und Weiterbildungskurse angeboten bekommen.

Sotracomet, Metz:
Seit dem 25. Oktober kämpfen die 424 Metallarbeiter gegen die Liquidierung ihres Betriebes und halten ihn besetzt.

TSR, Grand Croix:
Seit dem 5. Januar besetzen die 35 Arbeiterinnen diesen Textilbetrieb. Um sie zu vertreiben, ließen sich die Unternehmer was besonderes einfallen: sie setzten weiße Mäuse ein, weil sie wohl auf die sogenannte „angeborene" Angst von Frauen vor Mäusen spekulierten. Das half jedoch nichts. Gemeinsam mit ihren Männern vertrieben die Arbeiterinnen erfolgreich die Mäuse und die Besetzung geht weiter!

Sonodium, Noyon:
200 der 330 Druckarbeiter sind in einen unbefristeten Streik getreten, mit dem Ziel der Erkämpfung von Lohnerhöhungen.

EDF, Troyes:
350 der 478 Angestellten der Elektrizitätswerke von Troyes sind in einen unbefristeten Streik getreten, um gegen Entlassungen zu kämpfen.

Mineurs d'Uranium, La Crôizille:
Seit dem 5. Dezember sind alle 450 Bergbauarbeiter im Streik, für lineare Lohnforderungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Cogeform, La Courneuve:
Seit dem 12. Januar stehen die 630 Metallarbeiter im Streik, sie besetzten den Betrieb, um gegen die geplanten 500 (!) Entlassungen zu kämpfen.

Douvel, Rosporden:
Seit dem 5. Januar wird diese Schuhfirma von den 180 Arbeitern besetzt gehalten. Ihr Ziel ist die Zurückkämpfung von angekündigten Entlassungen.

Olivetti, Pontcharra:
Der Betrieb wird seit dem 12. Januar besetzt gehalten, aus Protest gegen Entlassungen von neun Kollegen!

Griffet, Marseille:
Seit 12 Monaten wird der Betrieb von den 400 Arbeitern besetzt gehalten.

Triton, Bagnolet:
Seit 12 Monaten wird der Betrieb von den 168 Arbeitern besetzt gehalten. Bei Griffet und Triton geht es darum, die Schließung des Betriebes rückgängig zu machen. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Streik der Rechtsanwälte

Zum ersten Mal seit 1930 gingen Ende Januar Frankreichs Rechtsanwälte auf die Straße – sie streikten gegen die Reform der Justiz, die per Erlaß, d. h. ohne Konsultation der Rechtsanwälte-Organisation vom Justizminister Lecanuet vorgenommen worden ist. Konkret bedeutet der neue Artikel 404, daß der Richter wesentlich mehr Macht, bzw. Endscheidungsbefugnis bekommt. Unter Berufung auf den Artikel 404 kann der Richter sich selber für *„genug informiert"* einschätzen – und auf die Anhörung des Rechtsanwalts „verzichten". Dies ist eine sehr bedeutende Beschneidung der Rechte der Verteidigung und dadurch auch der Rechte der Angeklagten.

Vorbild für die erst begonnene Reform der französischen Strafjustiz dürfte dabei die westdeutsche Reform sein – mit dem Endziel der Ausschaltung aller fortschrittlichen Anwälte. ●

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Italien: Repression-Faschismus

In der Nacht vom 26. auf den 27. Februar wurden in A l c a m o (Sizilien) zwei Carabinieri erschossen. Die Täter sind in Kreisen der Mafia zu vermuten.

Dies hinderte den Staatsapparat wie üblich nicht, innerhalb weniger Stunden einen Trupp der „Anti-Terrorismus-Abteilung" nach Sizilien zu schicken und in vielen Orten der Insel mehrere Tage lang „Ermittlungen" großen Stils gegen die revolutionäre Linke und gegen Mitglieder der revisionistischen PCI zu führen.

In Alcamo selbst wurden die Wohnungen von fünf Genossen der PDUP und drei Mitgliedern der PCI, darunter eine Kommunalrätin und der Ortssekretär der Partei, durchsucht.

In Castellamare wurden elf Genossen von Lotta Continua vorübergehend festgenommen und stundenlang ohne Haftbefehl in einer Kaserne gefangen gehalten.

In Cefalu waren Genossen von Lotta Continua und Avanguardia Operaia von Durchsuchungen betroffen.

In Catania wurden Wohnungen führender Genossen von LC und von PDUP-Genossen „nach Waffen und Sprengstoff" durchsucht. In einer Druckerei wurde ein Flugblatt von LC gegen die Polizeimaßnahmen beschlagnahmt.

In Partanna waren Mitglieder von AO und einer „ML"-Gruppe sowie Gewerkschafter von Durchsuchungen betroffen. Nach den Durchsuchungen wurden die Genossen in eine Kaserne verschleppt und dort „verhört" und „erkennungsdienstlich behandelt".

In Messina wurden die Wohnungen von neun Genossen durchsucht – sechs von LC, zwei von der PDUP und einer von der PCI.

Diese willkürlichen Polizeiaktionen sind kein Einzelfall; der italienische Staatsapparat nutzt jeden nur erdenklichen Vorwand, um sich durch ungesetzliche Durchsuchungen Kenntnisse über die Linke zu verschaffen und nach Möglichkeit eine einschüchternde Wirkung zu erreichen.

In der Nacht zum 29. Februar wollten rund 100 Arbeiterfamilien ein im Bau befindliches Haus in Turin besetzen. Noch während die meisten vor dem Haus standen erschien ein Fahrzeug mit Carabinieri, die sofort „Warnschüsse" abgaben. Alle flüchteten in das Gebäude. Während weitere Polizei-Fahrzeuge eintrafen, wurde weiter wild auf Mauern und Fenster geschossen. Daß niemand bei diesen „Warnschüssen" verletzt wurde, ist nur dem Zufall zu verdanken. Schließlich mußten alle Demonstanten mit erhobenen Händen das Haus verlassen, sich an eine Mauer stellen und „nach Waffen durchsuchen" lassen.

In Rom wurde am 28. Januar die Demonstration eines Arbeitslosenkomitees von einer faschistischen Schlägerbande angegriffen, unter der sich mehrere Mitglieder der MSI befanden;

Die Polizei erschien alsbald auf der Bildfläche – darunter Zivilbullen mit gezogener Pistole – . . . und nahm lediglich einen der Arbeitslosen fest.

In Bolzano (Bozen) gaben Faschisten am 1. Februar Schüsse auf Fenster der Büros von PDUP, der Metaller-Gewerkschaft FIM und eines Arbeiterzirkels ab.

In Turin standen Anfang Februar elf Soldaten aus Novara vor Gericht. Ihnen wurde Teilnahme an einer politischen Versammlung vorgeworfen. Sieben von ihnen wurden zu jeweils vier Monaten Haft verurteilt, die anderen freigesprochen.

Mehrere Tausend Menschen nahmen daraufhin an einer von Lotta Continua, PDUP und Avanguardia Operaia organisierten Protestdemonstration teil.

Die revisionistische PCI hatte sich, nach anfänglichen Anbiederungen und Versprechungen gegenüber den demokratischen Soldaten, von den Protesten „distanziert" und in Flugblättern aufgerufen, die Demonstration zu „isolieren".

Dieser Druck bewog offenbar die „Sozialistische" Partei, PSI, und ihre Jugendorganisation, ihre bereits zugesagte Teilnahme an der Demonstration wieder zurückzuziehen. ●

Demirels Schergen weiter im Kampf gegen Antifaschisten

16 Türken wurden in der ersten Februar-Woche in Istanbul zu Freiheitsstrafen von 4 bis 24 Jahren verurteilt. Sie gehören der verbotenen Arbeiter- und Bauern-Partei an.

Anklagepunkt: Beteiligung an Aktionen gegen die Regierung Demirel, was von den türkischen Behörden als „Versuch zum Sturz der Regierung" angesehen wird („FR", 10.2.).

Zusammen mit der Drohung, das Kriegsrecht auszurufen, wurden die Polizeikräfte von 40.000 auf 80.000 Mann erhöht. Aus ihnen sollen „Spezialkommandos" gebildet werden. Die Aufgabe dieser Kommandos ist in den letzten Wochen deutlich geworden. Der Terror der Polizeitruppen geht soweit, daß selbst Studenten, die bei Demonstrationen Verletzten zur Hilfe kommen, verhaftet werden (NDR, Kurier am Mittag).

– In Konya, Trapezunt und Harouniye sind bei Angriffen türkischer Faschisten 17 Studenten verletzt und mehr als 30 verhaftet worden.

– In der osttürkischen Provinz Malatya wurden sieben Genossen, drei Dozenten und vier Studenten wegen „Verschwörung zum Sturz der Regierung und Ersetzung durch ein marxistisch-leninistisches Regime" festgenommen.

– In Istanbul ist bei Demonstrationen ein weiterer Student von der Polizei erschossen worden. Die Demonstration fand statt wegen der Erschießung von drei Genossen in Malatya (s. AK 73).

– In der Provinz Mardin, ein überwiegend von Kurden bewohntes Gebiet, sind fünf Männer von der Polizei erschossen worden („SZ", 30.1.).

Der Vorsitzende der Arbeiter aus der Türkei, Metin Gür, gab bekannt: daß allein in den Großstädten derzeit 3,5 Millionen Menschen ohne Arbeit sind;
von 23 Millionen Türken 16.000 immer noch in Zelten und Höhlen leben;
62% der Bevölkerung keinen Strom erhalten;
280 von tausend Kindern sterben ehe sie ein Jahr alt sind;
70% der Frauen Analphabeten sind („FR", 30.12.75).

Im Gegensatz hierzu:

Der Verteidigungshaushalt der Türkei für 1976 beträgt 6,5 Milliarden D-Mark. Aus dem Fond eines langfristigen Reorganisationssonderprogramms werden weitere 1,3 Milliarden zur Verfügung gestellt („SZ", •

Griechenland/Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kriegsminister Leber in der Türkei

BRD-Imperialismus festigt seine Position als Waffenlieferant

Am 2. und 3. Februar 1976 traf Leber zu Gesprächen in der Türkei ein. Gesprächspartner waren hohe Militärs sowie Repräsentanten der rechtsgerichteten Regierungskoalition unter Ministerpräsident Demirel. Im Zusammenhang mit der Streichung der Militärhilfe für die Türkei durch den US-Senat nannte Leber die Politik der USA *„dumm und töricht"*, während er die militärischen Beziehungen der BRD zur Türkei als *„erstklassig"* bezeichnete.

BRD-Imperialisten bauen Rüstungsgeschäfte aus

Ein Ergebnis der Gespräche in Ankara ist, daß der BRD-Imperialismus verstärkt in das Waffengeschäft mit der Türkei einsteigt. Im Laufe der nächsten vier Jahre wollen die Türken Waffen für mehr als eine Milliarde DM in der BRD einkaufen. Dazu gehören 50 Leopard-Panzer, 100 Marder-Schützenpanzer, 56 deutsch-französische Alpha-Jets, Milan und Hot-Panzerabwehrraketen sowie vier U-Boote. („SZ", 4.2.76)

Allerdings machte Leber klar, daß die Käufe nicht über eine Militärhilfe finanziert werden können, sondern *„alle Abschlüsse seien allein von den finanziellen Möglichkeiten Ankaras und der Abwicklung mit der deutschen Privatwirtschaft abhängig"*. Neben den direkten Waffenlieferungen bauen die westdeutschen Imperialisten auch Rüstungsbetriebe in der Türkei auf. In Arifiye bei Izmet entsteht, vom Bonner Verteidigungsministerium finanziert, das modernste Panzerinstandsetzungswerk im Nahen Osten. Schon in zwei Jahren soll mit der Produktion von monatlich 25 Leopard I Panzern begonnen werden.

An weitere Rüstungsbetriebe ist gedacht. Kriegsminister Leber hat dabei seine Unterstützung zugesagt („SZ", 4.2.76). Die BRD-Imperialisten nutzen das US-Waffenembargo gegen die Türkei aus, um ihrerseits verstärkt in das Waffengeschäft einzusteigen.

Kein Wunder, daß bei diesem Geschäft der Sozialdemokrat Leber die militärischen Beziehungen zur Türkei „erstklassig" nennt. Und – sich seiner Rolle als Waffenlieferant Nr. 1 bewußt – klagt er zynisch den US-Senat an, seinen Bündnisverpflichtungen nicht nachgekommen zu sein.

Der Ausfall amerikanischer Waffenlieferungen könne durch die westeuropäischen Nato-Länder *„nur unzureichend ausgeglichen"* werden („FR", 5.2.76). Das aber wüßten in Washington offenbar einige Politiker nicht, die über „Pennsylvanien nicht hinauszublicken" vermögen. Die Entscheidung des Waffenembargos *„ist kein Zeugnis von politischer Klugheit und Weitsicht"*.

Dadurch sei das *„Nato-Bündnis gefährdet und ein baldiger Cypern-Kompromiß werde dadurch geradezu verhindert"* („SZ", 4.2.76).

Besondere Bedeutung erhält die Kritik auch unter dem Aspekt, daß hier ein Sozialdemokrat (!!) den Hauptfeind der Menschheit auffordert, seine aggressive Vorreiterrolle in der Welt nicht aus der Hand zu geben. *„Die westliche Führungsmacht"* werde bedauerlicherweise von einigen durch den Vietnamkrieg „verängstigten" Senatoren *„gehindert und gehemmt, Probleme zu lösen, die im Interesse der Verteidigungsbereitschaft gelöst werden müssen"*. („SZ", 5.2.76) •

Griechenland-Türkei-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



naher osten

Druck auf die PLO

Vertretungsrecht der PLO für die Palästinenser wird durchlöchert

Da die PLO im Moment noch nicht bereit ist, Israel anzuerkennen, werden nun anscheinend Schritte unternommen, die „Entscheidung" der PLO zu beschleunigen.

So berichtet die „Welt" am 7.2.76 unter der Überschrift **„Hussein rüttelt am Vertretungsrecht der PLO"**, daß Kissinger in Kürze eine weitere Nahost-Reise antreten werde. Ziel dieser neuen Mission soll sein, Hussein wieder als Sprecher der Palästinenser einzusetzen. Damit wäre der Zustand vor dem arabischen Gipfeltreffen von 1974 in Rabat wiederhergestellt. (Dort wurde Hussein die Rolle des Sprechers der Palästinenser aberkannt und der PLO übertragen.)

Hussein setzte nun das 1974 aufgelöste Parlament in seiner ursprünglichen Form wieder ein. Das heißt, 50 % der Abgeordneten und Senatoren repräsentieren die Palästinenser aus den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten Westjordaniens. Das Parlament trat bereits am 5.2.76 zum erstenmal seit 1974 zusammen („Frankfurter Rundschau", 6.2.76).

Die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa (unter Kontrolle der PLO) warf dem jordanischen König vor, mit diesem Schritt die PLO ausschalten zu wollen. Es handele sich dabei um *„ein neues Glied in der Kette der imperialistisch-zionistischen Verschwörung zur Liquidierung der Palästina-Frage"* („Welt", 7.2.76).

Mit Hussein als Sprecher der Palästinenser wäre eine der wichtigsten Bedingungen Israels für die Einbeziehung der Palästinenser in künftige Nahost-Verhandlungen erfüllt: Rabin hat mehrfach betont, daß die palästinensische Frage im Rahmen eines Abkommens mit Jordanien gelöst werden müsse. Falls Israel das Westufer des Jordans aufgebe, dann nur an Hussein.

Natürlich ist den Imperialisten klar, daß die Nahost-Frage zur Zeit nicht ohne die PLO gelöst werden kann. Doch je mehr Hindernisse der PLO in den Weg gelegt werden, die sie zu überwinden hat, desto mehr ist sie zu Zugeständnissen bereit.

Auch der Plan, Hussein statt der PLO an der Genfer Konferenz teilnehmen zu lassen, ist eine Herausforderung der Imperialisten an die PLO, die Anerkennung Israels möglichst rasch auszusprechen, um damit der sogenannten friedlichen Lösung durch einen Teilstaat näherzukommen.

Die Widerstandsorganisationen der Ablehnungsfront haben die PLO aufgerufen, sich von der reaktionären saudi-arabisch-ägyptischen Achse zu lösen und den bewaffneten Kampf gegen den Zionismus und Imperialismus zu verstärken mit dem Ziel, schrittweise und dauernd die Befreiung des gesamten palästinensischen Gebietes zu verwirklichen.

Gleichzeitig hat die Ablehnungsfront die palästinensischen Massen aufgerufen, ihren Kampf zu verstärken.

Saubere Arbeit

Ganze Arbeit leistete eine Gruppe von Unbekannten im Polizeihauptquartier von Tel Aviv: Anfang Januar fuhren die Freunde mit einem Kranwagen zur Hinterfront des Polizeihauptquartiers, kletterten mit einer Leiter über den Stacheldrahtzaun, stiegen an der Regenrinne zum ersten Stock hoch und fuhren dann per Fahrstuhl in den vierten.

Während Polizeibeamte vorne im Gebäude ihren „Dienst" machten, brachen die Freunde einen tonnenschweren Panzerschrank aus seiner Verankerung und transportierten ihn mit einem Rollwagen über den Fahrstuhl auf den Hof, dann mit dem Kranwagen auf ein Auto – und nichts wie weg! Eine schwere Schlappe für die „unfehlbare" zionistische Polizei – zumal sich in dem Panzerschrank Untersuchungsprotokolle und vor allem die Spitzelliste der Tel-Aviver Polizei befanden („FAZ", 16.1.1976)!

Einer weniger

Ende Januar starb Pinchas Lavon, Erzzionist und ehemaliger Verteidigungsminister, in einer Heilanstalt (!) bei Tel Aviv. Lavon war in den 50er Jahren als Verteidigungsminister auch für den Geheimdienst zuständig, der gerade eine Reihe von Bombenanschlägen in Kairo auf dem Gewissen hatte. Der Drahtzieher des Bombenterrors wurde entlarvt und mußte damals gehen. Angeblich wußte Lavon aber nichts von den Anschlägen und versuchte, sich zu rehabilitieren – sein Pech!

Die Wirbeleien Lavons führten erstens zu größerer Öffentlichkeit des Falles und zweitens dazu, daß der damalige Ministerpräsident Ben Gurion zurücktrat. Er hatte offensichtlich allen Grund, seine Rolle bei den Anschlägen zu verbergen.

Demonstrationen in den besetzten Gebieten

Wie Wafa (Nachrichtenagentur der PLO) meldete, fanden Anfang Januar eine Woche lang große Demonstrationen in den von Israel besetzten Gebieten statt. Zentren der Demonstrationen waren die Städte Nablus, Ramallah und Bethlehem. Bei diesen Demonstrationen wurde der Protest gegen die andauernde Besetzung, insbesondere gegen das jüngste Veto der USA im Sicherheitsrat der UN gegen die Palästina-Resolution, zum Ausdruck gebracht. Diese Resolution sollte unter anderem das Recht des palästinensischen Volkes auf Existenz und auf die Errichtung eines Staates beinhalten („Humanité", 3.2.1976).

Wie breit das Verlangen nach Abschüttelung der zionistischen Unterdrückung im Volk Palästina verbreitet ist, erkennt man z.B. daran, daß sich eine große Anzahl von Schülern an den Demonstrationen beteiligten.

Wegen einer Demonstration auf dem Schulhof wurden 23 arabische Schulkinder zu Geldstrafen bis zu ca. DM 1.500,- in Schnellverfahren von Militärgerichten verurteilt („FR", 30.1.1976)!

Südjemen

Kein Interesse an „Terroristen"hatz

Die Tatsache, daß die Behörden fünf „rechtmäßig" verknackte Anarchistengenossen in den Südjemen ziehen lassen mußten, um den entführten Westberliner CDU-Chef Lorenz frei zu bekommen, läßt der Bourgeoisie keine Ruhe.

So setzte sie einerseits eine aufsehenerregende Großfahndung in der BRD an, die mit Gerüchten über die Rückkehr der Genossen und ihre Beteiligung an der Aktion gegen die OPEC-Tagung „begründet" wurde. Gleichzeitig wurde aber von anderer Stelle erklärt, daß sich die „Terroristen" wohl noch in Südjemen befänden, und es wurde ein diplomatischer Vorstoß zu ihrer Auslieferung gemacht.

Die Regierung der VR Südjemen ließ sich zunächst Zeit mit der Beantwortung der Anfrage und erklärte dann nicht ohne Witz: Es gebe zwei Möglichkeiten – entweder die Betroffenen seien nicht mehr in der Volksrepublik Jemen oder sie hätten Asyl erhalten. In beiden Fällen könnten sie nicht ausgeliefert werden.

Bravo, Genossen!

Keine Maus darf raus!

Eine wüste Presse-Kampagne entfachten die Zionisten um das Schicksal zweier Kinder aus geschiedener Ehe, die von ihrer Mutter vor drei Jahren nach Israel entführt wurden. Westdeutsche sowie israelische Gerichte hatten die Kinder dem in Westdeutschland lebenden Vater zugesprochen. Zuletzt wurde das vom Obersten Gericht Israels bestätigt.

Die Kinder wurden – von fünf Polizeiwagen und Hubschrauber eskortiert – wie Schwerverbrecher zum Flughafen gebracht. Kein Wunder, daß sie ausflippten! Die (westdeutschen) Piloten nahmen das zum Vorwand, sich zu weigern, die Kinder auszufliegen.

Bei einem zweiten Versuch, die Kinder zu ihrem Vater zu schicken, wurden die (israelischen) Piloten und ihre Familien mit Morddrohungen unter Druck gesetzt, so daß sie sich ebenfalls weigerten, die Kinder zu befördern.

Nachdem die Stimmung in Israel derart angeheizt war, wurde noch ein Gesetzentwurf vorbereitet, der verhindern sollte, daß die Kinder Israel verlassen. Aus „menschlichen Gründen" versteht sich, denn für die Zionisten ist Israel die „Heimstatt aller Juden", und wer könnte ruhigen Herzens zusehen, wie zwei kleine Juden diese „Heimstatt" verlassen?

„Neue Nahost-Politik" der Bundesregierung?

Ende Januar wirbelten Äußerungen der Bundesregierung, speziell Genschers, insbesondere in der zionistischen Presse einigen Staub auf: Israel müsse alle im Krieg von 1967 besetzten Gebiete räumen, hieß es in Bonn. Frei nach Radio Eriwan wurde hinzugefügt, daß das „prinzipiell" auch für Ost-Jerusalem gelte, daß aber Ost-Jerusalem ein spezielles Problem darstelle („FR", 24.1.76).

Strikt wehrt sich die Bundesregierung jedoch gleich wieder gegen den (unberechtigten) Verdacht, sie wolle mit diesen Äußerungen eine neue Nahost-Politik einschlagen. Tatsächlich muß man den Anlaß sehen, zu dem diese Äußerungen gemacht wurden: Saudi-Arabiens Außenminister Prinz Saud Ibn Feisal befand sich in Bonn – und dem sollte anscheinend politisch „etwas geboten" werden.

Schließlich hat Saudi-Arabien mehr als nur Öl zu bieten: Derzeit laufen Verhandlungen über den Verkauf von 600 „Marder"-Schützenpanzern. Allerdings gestalten sich die Geschäfte nicht gerade einfach, da wegen des Staubs, den gerade die zionistische Presse aufgewirbelt hat, die Bundesregierung jetzt wieder etwas abwarten muß: Es sei nicht daran gedacht, das Ausfuhrverbot für Waffen in sogenannte Spannungsgebiete zu lockern. Der westdeutsche Imperialismus wird sicher nicht mehr lange zögern, mit Waffenlieferungen, auch höchst offiziell Politik zu machen!

Zionisten sehen Gespenster

Für zwei Stunden bestand auf dem israelischen „Ben-Gurion-Flughafen" (Lod) Ende Januar Alarm. Grund war die angebliche Entführung eines sowjetischen Flugzeugs durch einen Juden, der so nach Israel gelangen wollte. Das alles wußten israelische Stellen – jedoch nur sie – aus einem Funkspruch aus der entführten Maschine. Der Alarm wurde abgebrochen, nachdem man plötzlich feststellte, daß das Flugzeug Israel gar nicht ohne Zwischenlandung erreichen könnte und außerdem von sowjetischen Jagdflugzeugen vom Himmel geholt worden sei.

Derlei Storiers werden von den Zionisten in die Welt gesetzt, um zu „beweisen", daß sowjetische Juden zu solchen Mitteln greifen müssen, um nach Israel zu gelangen, und daß sie gern nach Israel auswandern würden, wenn sie nur könnten.

In Wirklichkeit sind die Ausreisebedingungen von den sowjetischen Behörden erleichtert worden! Der Rückgang der Auswanderungszahlen von ca. 30.000 (1973) auf ca. 8.000 (1975) erklärt sich ganz natürlich durch die – gerade für sowjetische Juden – schlechten Lebensbedingungen in Israel (s.a. AK 73). •

afrika aktuell

West Sahara: Kämpfen um zu überleben – überleben um zu kämpfen

Nach dem Überfall marokkanischer Truppen auf algerische Einheiten, die einen Versorgungskonvoi eskortierten, der Lebensmittel und Medikamente für die saharischen Flüchtlinge bringen sollte, begann eine hektische Entfaltung diplomatischer Aktivitäten.

Der ehemalige marokkanische Ministerpräsident Lamranie traf mit US-Außenminister Kissinger zusammen, der anschließend erklärte, die Waffenhilfe für Marokko werde fortgesetzt („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.2.76).

Marokko kann sich also weiterhin der Unterstützung der USA für seine Intervention sicher sein. Ägyptens Sadat legte einen „Drei-Punkte-Plan" vor, der unter völliger Ausschaltung des Selbstbestimmungsrechtes der Saharoui ein Gipfeltreffen zur „Lösung des arabischen Konfliktes" anstrebt.

UN-Generalsekretär Waldheim schließlich schickte einen Beauftragten, Olaf Rydbeck, auf Reise, der am 8.2. in der Hauptstadt der West-Sahara ankam, um *„die Möglichkeiten zur Durchführung eines Referendums zu prüfen"*.

Währenddessen geht der Terror der marokkanischen und mauretanischen Interventions-Truppen gegen die Zivilbevölkerung weiter.

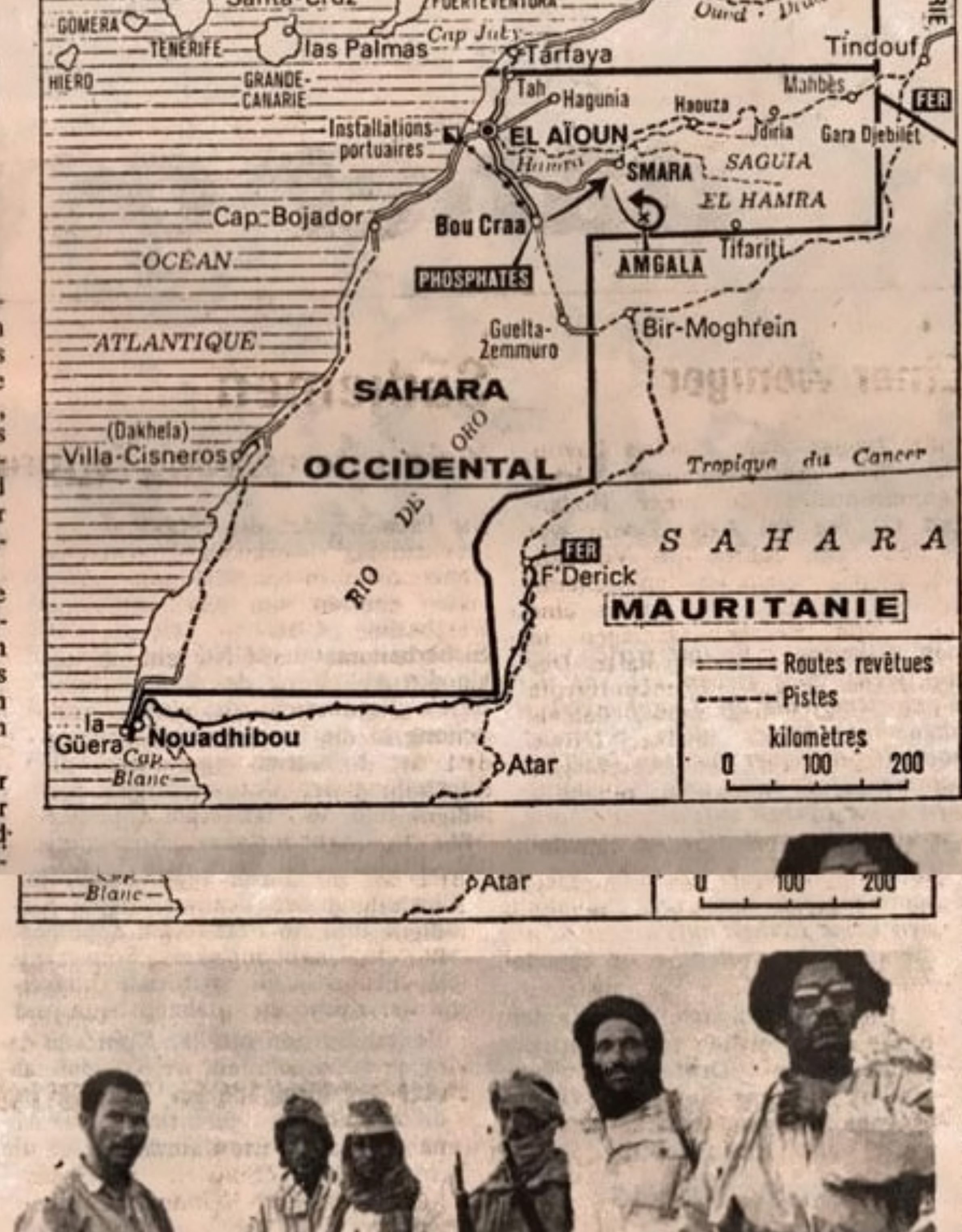
Bis zum 29.2.76, dem Termin des offiziellen Endes der 80-jährigen spanischen Kolonialherrschaft, will Marokko und Mauretanien das Land unter Kontrolle und den Widerstand der Bevölkerung gebrochen haben. Dann soll nach dem Teilungsabkommen von Madrid die „Angliederung" der West-Sahara an Marokko und Mauretanien erfolgen.

Der UN-Sonderbeauftragte Rydbeck wurde bei seiner Ankunft von *„mehreren hundert Demonstranten empfangen, die Fahnen der F. Polisario schwangen"*. Die marokkanische Besatzer-Verwaltung ließ sofort alle verhaften. („El Moudjahid", 10.2.)

Angesichts der offiziellen Präsenz von 30.000 marokkanischen Soldaten in West-Sahara, angesichts von etwa 40.000 Saharauis, die in 14 Lagern auf algerischem Territorium leben, angesichts weiterer 60.000, die auf der Flucht vor den Bombenangriffen von Hassans Mördertruppen in der Nähe der Grenzgebiete umherirren („Süddeutsche Zeitung", 4.2.), erklärte die Frente Polisario, *„man müsse sich fragen, wo das Saharaui-Volk sein angestammtes Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit überhaupt noch wahrnehmen könne, nachdem das Massenmorden einen Flüchtlingsstrom ohnegleichen in Bewegung gesetzt habe"* („SZ", 4.2.).

Zur Zeit konzentriert Marokko seine militärischen Aktionen im Dreiländereck von Mauretanien, Algerien und Marokko mit dem Ziel, der Bevölkerung den einzigen Fluchtweg nach Algerien abzuschneiden. Inzwischen soll die Stadt Mahbes, 50 km von der algerischen Grenze entfernt, von Marokko besetzt worden sein („SZ", 12.2.).

Vergiftung von Brunnen, Erschießung des Viehs und Bombardements auf entstehende Lager im Gebiet der West-Sahara sollen das ihre tun, um das saharische Volk auszurotten.



Doch der Widerstand des Volkes kann nicht gebrochen werden

Die Frente Polisario, die weite Teile des Landes kontrolliert, hat damit begonnen, auch besetzte Städte zu befreien. So wurden sechs Städte und Dörfer angegriffen, ein marokkanisches Militärlager bei Smara wurde mit Mörsern angegriffen und bei Kap Bjador an der Atlantikküste ist ein Militärlager der Marokkaner vollständig zerstört wor-
marokkanisches Militärlager bei Smara wurde mit Mörsern angegriffen und bei Kap Bjador an der Atlantikküste ist ein Militärlager der Marokkaner vollständig zerstört wor-
den („El Moudjahid", 10.2.). Im Süden der West-Sahara ist es der Frente Polisario gelungen, fast sämtliche Truppen Mauretaniens bei Ausert zu binden, wo die Truppen Ould Daddahs vergeblich versuchen, ein Lager der Saharauis zu vernichten („Neue Zürcher Zeitung", 29.1.). Bei Gefechten um die Ortschaft Bir Enzaran, ebenfalls im Süden, sind 60 mauretanische Soldaten getötet und 30 gefangengenommen worden („SZ", 31.1.).

Anfang Januar '76 verabschiedeten die Frente Polisario und die PFLP (Generalkommando), die Mitglied der palästinensischen Ablehnungsfront ist, ein gemeinsames Kommunique, das wir hier auszugsweise wiedergeben. Die Zusammenarbeit mit der Ablehnungsfront sowie die getroffene Einschätzung der Situation verdeutlicht noch einmal die konsequente Haltung der Frente Polisario, die jeder imperialistischen Lösung in der West-Sahara optimalen Widerstand entgegensetzen wird.

„Die beiden Parteien haben die Situation untersucht, die durch die barbarische Aggression erzeugt wird, die der Imperialismus in der Region nach einem Plan durchführt, der in Amman und im Libanon beginnt, über das saharische Teritorium der Sahara geht und in Angola sein Ende findet. Ziel dieses Planes ist es, die nationalistischen und progressiven Regimes anzugreifen, die Befreiungsbewegungen niederzuwerfen und dem bewaffneten Kampf ein Ende zu setzen, damit sich die Lage in der arabischen Welt und in Afrika zugunsten der Interessen des Imperialismus, des Zionismus und der lokalen Reaktion wendet. Und schließlich auch, damit die Plünderung der Bodenschätze der Gegend fortbestehen und um die Repression und Unterdrückung weiter fortzuführen, die eben diese Kräfte zum Schaden der Völker und ihrer Hoffnung auf Freiheit und Selbstbestimmung weiter ausüben.

Die Haltung, die die lokalen reaktionären Regimes in Amman, im Libanon, in Marokko und Mauretanien einnehmen, sind nichts anderes als ein direkter Beitrag zu den imperialistischen Plänen und die Durchführung der in der imperialistischen und kolonialistischen Sphäre getroffenen Entscheidungen. (...)

Es ist unbedingt notwendig geworden, eine Kampfeinheit zu schaffen, in der die progressiven Kräfte vereint sind und die Initiative ergreifen können, um die imperialistischen Pläne in der Region zu durchkreuzen, gleichgültig, ob es sich um Machenschaften handelt, deren Ziel es ist, der arabischen palästinensischen Frage eine politische Lösung aufzuzwingen oder um das Komplott, das auf die Besetzung des arabischen saharischen Teritoriums durch das marokkanisch-mauretanische Einverständnis, oder ob es sich um den Versuch handelt, die arabischen und afrikanischen revolutionären Bewegungen zu ersticken und zu liquidieren. (...)

Heute ist das saharische Volk in der gleichen Situation wie das arabische Volk Palästinas bei der Teilung
(...)
Heute ist das saharische Volk in der gleichen Situation wie das arabische Volk Palästinas bei der Teilung 1947 und beim „Schwarzen September" 1970.

Die Haltung Hassan II in Marokko und Ould Daddahs in Mauretanien ist nur ein anderes Gesicht des gleichen und einzigen Komplotts, das der Zionismus und dessen Speerspitze, König Hussein von Jordanien, ist.

Am zehnten Jahrestag des Beginns der arabischen palästinensischen Revolution erneuern die Genossen in den beiden Fronten den Schwur, den bewaffneten Volkskampf fortzuführen und den Kampf in Palästina und der West-Sahara bis zum Sieg und bis zur Befreiung weiterzuführen".

(Aus: „El Moudjahid", 3.1.76).

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg •

Weitere Morde und Verfolgung in Iran

Mit zwei weiteren Morden an iranischen Genossen hat der Schah in den ersten fünf Wochen des Jahres bereits z w ö l f Oppositionelle „hingerichtet". In Militärprozessen, die nur eine Parodie auf jegliches rechtliche Verfahren darstellen, wurden Mohammad Ali Bagheri und Mahmoud Pahlavan als Mitglieder einer fünfköpfigen „Terroristenbande" bezeichnet.

Die Todesurteile für zwei weitere Genossen wurden vom Schah in lebenslängliche Haft, die des fünften Genossen in zehn Jahre Gefängnis umgewandelt. Die Genossen sollen mitten in Teheran einen Polizisten angegriffen haben.

Die persische Polizei hat weiter kürzlich zwei bekannte Schriftsteller verhaftet, Ali Ashraf Darvichyan und Nasser Karafchar. Ihnen wird vorge-
Die persische Polizei hat weiter kürzlich zwei bekannte Schriftsteller verhaftet, Ali Ashraf Darvichyan und Nasser Karafchar. Ihnen wird vorge-
worfen, sie hätten das Schah-Regime kritisiert. In beiden Fällen handelt es sich um Veröffentlichungen, die zunächst von der Zensur genehmigt worden waren.

Dies meldete der Geheimsender der revisionistischen Tudeh-Partei.

In einem Bericht von amnesty international über die Repression in Iran heißt es, daß es dort 25-100.000 politische Gefangene gebe und daß häufig gefoltert wird. •

Iranische Genossen in Frankreich verurteilt und ausgewiesen

Am 27. Januar hatten in Paris iranische Genossen gegen die faschistischen Zustände im Iran protestiert und dabei das Pariser Büro der iranischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft besetzt. Die Polizei war mit brutaler Gewalt gegen sie vorgegangen und hatte 20 Genossen verhaftet. Jetzt wurde ihnen der Prozeß gemacht: alle 20 wurden zu drei Monaten Gefängnis (Strafe auf Bewährung ausgesetzt) verurteilt wegen „Hausfriedensbruch". Sie erhielten einen Ausweisungsbefehl und wurden am 4. Februar nach England, Österreich und die BRD abgeschoben. Also Hausrecht für das Propagandabüro des Schah-Regimes und Ausweisung für seine Kritiker!

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg •

West Sahara: „Das Lager der Freiheit"

Während Lastwagen und Landrover, mit Frauen und Kindern beladen, ununterbrochen in die befreiten Gebiete strömen, wird das Leben in diesen sicheren Regionen, die zu großen Flüchtlingslagern wurden, immer besser organisiert.

Sie kommen aus El-Ayoun, Smara, Dekhla. Sie laufen lange Tage und harte Nächte hindurch, bevor sie von der F. Polisario aufgenommen werden. Die höllische Flucht endet in den Lastwagen, die täglich das Land durchqueren, auf der Suche nach Frauen und Kindern, die in der Wüste verstreut und verloren sind.

M' Hiris oder „Das Lager der Freiheit", etwa 700 Zelte für ungefähr 9.000 Personen. Die meisten Flüchtlinge hier kommen aus Smara. Das Lager ist in vier Teile geteilt. Es hat Komitees für den Empfang neuer Flüchtlinge, für die Verwaltung, für das Gesundheitswesen und für die Wirtschaft, welches für die Lebensmittelversorgung der Flüchtlinge sorgt.

In M' Hiris, wie überall, ist das Wasser rationiert. Jeder darf drei Liter pro Tag verbrauchen. Die Lebensmittelration für einen Monat ist zur Zeit: 2,5 l Öl, 2 kg Zucker, 3 kg Mehl, 2 kg Reis und 250 g Tee.

Es fehlen in M' Hiris 4.500 Decken. Die Männer sind über die Einrichtungen der Volksmiliz, die direkt mit der Verwaltung zusammenhängt, für die Bewachung des Lagers eingeteilt. Die Kinder gehen zur Schule. Es gibt zwei Schulen in M' Hiris unter freiem Himmel. Arabisch und spanisch wird unterrichtet.

Die Frauen sind in ihren eigenen Komitees organisiert. Sie haben die Aufgabe der politischen Erziehung übernommen. Darüber hinaus sind sie eine große Hilfe für die Männer der F. Polisario, denen sie Bekleidung herstellen.

Dies alles machen sie neben den üblichen täglichen Aufgaben im Haus.

M' Hiris hat auch sein Krankenhaus aus Zeltbahnen. Ein Arzt, zwei Krankenschwestern und drei Sanitätsgehilfen sorgen regelmäßig für das Wohl der Kranken. Die häufigsten Krankheiten hier sind Tuberkolose und Asthma.

In allen befreiten Gebieten ist die Bevölkerung mobilisiert. In einem Land, das für seine Unabhängigkeit kämpft, tragen alle, die saharischen Kinder, Frauen und Männer, jeder durch die Erledigung seiner täglichen Aufgaben, trotz der tragischen Bedingungen, den Kampf der nationalen Befreiung. So lautet ihre Parole: „Kämpfen, um zu überleben, überleben, um zu kämpfen", und „Das Volk ist der Garant der Revolution"!

(Nach einem Bericht des Präsidenten des „Provisorischen saharischen Nationalrates", Ould Ziou in „El Djoumhouria", 17.1.76). •

Djibouti: Französische Kolonialisten richten Blutbad an

Am 3.2. entführte die militante Befreiungsbewegung Djiboutis FLCS (Befreiungsfront der französischen Küste der Somalis), in der letzten französischen Kolonie auf afrikanischem Festland, einen Bus mit 30 Kindern französischer Kolonialsoldaten.

Mit dieser Aktion wurde die propagandistische Forderung nach vollständiger Unabhängigkeit mit der Forderung nach Annullierung des gefälschten „Referendums" (siehe hierzu AK 72) verknüpft, sowie konkret die Freilassung von sechs inhaftierten Genossen gefordert.

Die Reaktion des französischen Kolonialismus zeigt seine Entschlossenheit, mit jeder erdenklichen Repression dem Streben nach Unabhängigkeit entgegenzutreten.

Am 4.2. wurde der im Grenzgebiet zu Somalia stehende Bus von Spezialeinheiten überfallen; dem von Scharfschützen vorgetragenen Angriff fielen alle Freiheitskämpfer zum Opfer. Bei dieser im großen Stil vorgetragenen militärischen Aktion wurde ein somalisches Dorf zerstört und mehrere somalische Bürger getötet („Le Monde", 6.2.). Über Djibouti wurd eine Ausgangssperre verhängt. Weitere französische Truppen (800 Mann) wurden eingeflogen. 2.200 auf Korsika stationierte Fremdenlegionäre wurden in Alarmbereitschaft gestellt („SZ", 7./8.2.). Weitere Kriegsschiffe wurden in den Indischen Ozean beordert („FR", 6.6.).

Die Ereignisse haben schlaglichtartig die Herrschaftsmethoden und Instrumente des französischen Imperialismus sowie den wachsenden Volkswiderstand beleuchtet.

Nach der neuesten Truppenverstärkung, hält Frankreich mit 7.000 Soldaten und Söldnern seine Herrschaft im Überseeteritorium aufrecht, über zehn Prozent seiner Kriegsflotte befindet sich im Indischen Ozean. Die Ausrüstung der Kolonialtruppen besteht aus Panzern, Boden-Luft-Raketen, Boden-Boden-Raketen, 165-er Kanonen usw., als gilt es, eine riesige militärische Macht zu schlagen („Afrique-Asie" – „AA" – Nr. 100). Das Volk der Afar und Issa (die Bevölkerung Djiboutis) umfaßt gerade 100 bis 150.000 Menschen.

Nachdem Frankreich seinen Stützpunkt auf Madagaskar verloren hat, ist Djibouti für die Kontrolle des Indischen Ozeans und des Roten Meeres besonders wichtig, zudem besteht die Möglichkeit, über Djibouti den Suezkanal zu sperren. Mit Nachdruck erklärte der französische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, B. Destremau, Frankreich habe „seine Interessen in Afrika zu schützen" („FR", 6.2.).

Durch umfangreiche Unterdrückungsmaßnahmen versucht man, die Herrschaft aufrecht zu erhalten. Zwangsdeportationen und Razzien finden täglich statt („Le Monde", 6.2.). Über ein Drittel der Bevölkerung leben in Elendsquartieren, diese sind durch einen zwölf Kilometer langen elektrifizierten Zaun, der mit Minen gesichert ist, von der restlichen Hauptstadt getrennt („FAZ", 15.1.76). In sogenannten Sanierungsmaßnahmen wird das Viertel gesperrt, die Bewohner müssen sich einzeln registrieren lassen. So versucht man, die gesuchten Revolutionäre ausfindig zu machen („Le Monde", 4.2.).

Die Marionette des französischen Imperialismus

Der Statthalter des französischen Imperialismus in Djibouti – Ali Aref – bedankte sich postwendend für die Entschlossenheit der französischen Regierung, bedauerte den Tod eines ebenfalls erschossenen Mädchens und sagte: *„Ich bin entschlossen, mein Land nicht in die Hände dieser Kriminellen fallen zu lassen"* („Le Monde", 6.2.).

Ali Aref war Ende Dezember nach Paris gereist, um über die „Unabhängigkeit" zu verhandeln. Er behauptete, den „Anstoß zur Unabhängigkeit" gegeben zu haben und gleichzeitig forderte er die weitere Stationierung der französischen Truppen („AA" Nr. 100). Dazu erklärte er: *„Ich bin gegen eine Unabhängigkeit mit verminderter Wirkung, (?) ohne Zukunft: die Aufrechterhaltung des militärischen Schutzes Frankreichs ist die einzige Bedingung einer wirklichen Unabhängigkeit"* („AA" Nr. 101). Seine Demagogie findet allerdings kaum Widerhall, eine von seiner „Partei" (UNI – Nationale Union für die Unabhängigkeit) organisierte Demonstration zur neokolonialistischen Variante, hatte nur 3.000 Teilnehmer („AA" Nr. 101). Seit 1967 entging er zehn Attentaten und muß sich seitdem von einer massiven Leibgarde schützen lassen („AA" Nr. 101).

Die Antiimperialisten

Die Befreiungsfront FLCS begründete die Geiselnahme folgendermaßen:

„Was wir wollen, ist die bedingungslose Unabhängigkeit, die keinerlei ausländische Beteiligung zuläßt, die Zerstörung des gesamten Kolonialsystems hier und die Freilassung aller politischen Gefangenen ... Man soll uns nicht wie Wilde behandeln, denn Zehntausende von uns sind von den Franzosen getötet worden, ohne daß sie als Wilde betrachtet wurden" („Le Monde", 5.2.).

Die FLCS hat ihren Sitz in Mogadiscio (Hauptstadt der VR Somalia) und wird von Somalia unterstützt. Sie wurde 1963 gegründet, ihre Basis hat sie in beiden Stämmen, den Afars und Isars.

Die FLCS hat ein loyales Verhältnis zur legalen Opposition LPAI (Afrikanische Volksliga für die Unabhängigkeit), beide Organisationen ergänzen sich nach eigenen Aussagen und wollen gemeinsam einen unabhängigen Staat führen („AA", 101). Die LPAI ist die größte Organisation von Djibouti, sie mobilisierte für die Unabhängigkeit 30.000 Menschen auf die Straße, also zehnmal so viele, wie die Kompradoren-Partei. Ihre Basis ist in beiden Stämmen. Sie fordert bedingungslose Unabhängigkeit und demokratische Wahlen, ihre Führer haben sich zum Sozialismus bekannt. Allerdings scheint diese Entwicklung auch teilweise ein demagogischer Reflex auf den Aufschwung der radikalen Volksbewegung zu sein; so forderte z.B. Sozialistenchef Mitterrand, die Anerkennung der LPAI durch Frankreich als Abwehrmaßnahme gegen die revolutionäre FLCS, *„ ... denn, indem die französische Regierung die LPAI nicht als ihren Hauptgesprächspartner anerkennt ... führt sie einen beträchtlichen Teil der Meinung des Teritoriums den aufständlerischen Bewegungen zu!"* („Le Monde", 8./9.2.).

Die LPAI verurteilte zwar die Geiselnahme von Kindern, zeigte aber jedesmal auf, wo die Schuldigen zu suchen sind. So verurteilte sie

„ ... das kriminelle Abwarten (Übergabe der Unabhängigkeit – AK) *der französischen Autorität"* („Le Monde", 6.2.). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wahlfälschung auf den Komoren: 99% für französischen Kolonialismus?

Wahlfälschung auf den Komoren: 99% für französischen Kolonialismus?

Am 8.2. fand auf der zur Inselgruppe der Komoren gehörenden Insel Mayotte eine Volksabstimmung statt. Die OAU lehnte diese, ebenso wie ihre Ergebnis, ab. Die Abstimmung war von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich inszeniert und von den lokalen Kompradoren durchgeführt worden. Sie sollte eine Entscheidung darüber herbeiführen, ob die Insel wieder zu Frankreich „zurückkehren", d.h. den Stutus eines französischen Departements erhalten soll.

Die Abstimmung selber und die voraufgegangenen Ereignisse stinken nur so nach Manipulation und Korruption. Die Bevölkerung der Komoren, zu denen vier einzelne Inseln, darunter Mayotte, gehören, vor der mozambikischen Küste gelegen, hatte sich im Dezember '74 in einer Volksabstimmung für die Unabhängigkeit ausgesprochen, die ihr im Juli '75 gewährt wurde. Bei dieser Abstimmung war bereits eine fragwürdige Differenz zwischen Mayotte und den übrigen Inseln deutlich geworden: Während allgemein 99% für die Unabhängigkeit stimmten, waren es auf Mayotte nur 36%. Dieses Ergebnis wurde sogar von der bürgerlichen französischen Presse äußerst abfällig kommentiert: *„Sind die Mahoris* (Mayotte-Bewohner) *nicht ganz richtig im Kopf?"* und *„Liebe zu Frankreich ist es nicht"* („Spiegel", 22.9.75).

Der erste Premierminister der unabhängigen Komoren, Abdallah, wurde am 3.8.75 gestürzt. *„Abdallahs Fall riecht nach neokolonialistischer Manipulation. So vermutet Tansanias 'Daily News' französische Kolonialisten und einheimische Agenten. Auch 'Le Monde' mochte nicht ausschließen, daß die 'Franzosen etwas mit der Angelegenheit zu tun hatten'"* („Spiegel").

Wegen der offensichtlich breiten Ablehnung der französischen Herrschaft unter der Bevölkerung und der – bisher allerdings nur wenig konkreten – Gefahr einer Volksbewegung gegen das neokolonialistische Regime, versuchte Frankreich nun, auf einheimische Marionetten gestützt, durch die Abspaltung der Insel Mayotte einen sicheren Militärstützpunkt zu errichten. Die strategische Bedeutung der Insel für den Indischen Ozean und den Einsatz gegen fortschrittliche Staaten an der Ostküste Afrikas ist offensichtlich!



Mit welch zynischer Offenheit die Imperialisten das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker je nach Gutdünken und eigenen Machtinteressen definieren, wird an den Stellungnahmen Giscard d'Estaings vom 24.10.75 deutlich: *„Die Bevölkerung der Komoren ist homogen ... wäre es vernünftig sich vorzustellen, daß ein Teil der Inselgruppe unabhängig wird, während ein anderer einen anderen Status behält, wie auch die Gefühle seiner Bewohner sein mögen? Die Komoren sind 'unteilbar"*. Jetzt ließ er durch seinen Delegierten bei den Vereinten Nationen verlauten: *„Er unterstrich, daß die sechs oder sieben Prozent der Komorianer, die die Unabhängigkeit abgelehnt hatte, nicht verstreut, sondern auf einer einzigen Insel zusammengefaßt seien, und daß man ihnen keine Einheit aufzwingen könne, die sie nicht wollen"* („Le Monde", 7.2.75).

Die Ankündigung des Referendums stieß bei den fortschrittlichen Ländern der „Dritten Welt" auf große Empörung. So brachten Benin, Guyana, Libyen, Panama und Tansania eine Entschließung in den Sicherheitsrat der UNO ein, in der sie die Abhaltung des Referendums durch Frankreich als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Komoren verurteilten, die Einstellung der Vorbereitungen forderten und an Frankreich appellierten, die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und teritoriale Integrität der Komoren zu akzeptieren und Verhandlungen mit den Komoren darüber aufzunehmen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um diese Einheit zu garantieren. Die Annahme dieser Entschließung, für die elf Länder im Sicherheitsrat stimmten (bei drei Enthaltungen von Italien, USA und Großbritannien) scheiterte am Veto Frankreichs.

Das Ergebnis der Volksabstimmung, die am 8.2. durchgeführt wurde, von 99,4% für die französische Staatszugehörigkeit (!!), wird selbst von „Le Monde" nicht ernst genommen. So haben angeblich sogar Wahlkreise, die für ihre frankreichfeindliche Haltung bekannt sind, mit 100% für Frankreich gestimmt! („Le Monde", 10.2.).

Während die Jugend den Kampf gegen die neokolonialistische Herrschaft Frankreichs aufzunehmen scheint, mit der Parole „Nieder mit dem französischen Kolonialismus und seinen lokalen Knechten", hat die Opposition bisher lediglich zu einem Boykott des Referendums aufgerufen, der teilweise bis zu 33% befolgt wurde.

Die großen Probleme der Insel – 80% Analphabetismus, eine Gesundheitsfürsorge, die zuläßt, daß Anfang dieses Jahres viele Kinder an einer Keuchhustenepidemie (!) sterben mußten etc. – und ihre Ursachen, die koloniale Ausbeutung durch den Imperialismus, werden aber nur durch den bewaffneten Kampf gemeinsam mit den Bewohnern der drei anderen Inseln zu bewältigen sein. ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Tunesien: Studentenkämpfe halten an

In einem zweiten Gerichtsverfahren wurden Anfang Januar die Terrorurteile gegen die fünf Studenten der Universität Tunis, die in dem Streik vom 10.12.75 das Büro des Fachbereichsvorsitzenden besetzt hatten (wir berichteten darüber in AK 72), bestätigt: Sie reichen von zwei Jahren und vier Monaten bis zu sechs Jahren und zehn Monaten Haft. Der Student Hedi Jilani z.B. bekam drei Jahre Haft und 1.000 Dinar (6.000 DM) Geldstrafe für den „Angriff auf die Würde des Präsidenten" (Bourguiba), ein Jahr für „Diffamierung", zwei Jahre für „Rebellion" und vier Monate für „Sachbeschädigung" („L'action", 19.12.75).

Der Antrag der Verteidiger auf Anhörung des einzigen (unbekannten!) Zeugen, auf den das Gericht seine Urteile stützt, wurde von den Richtern auch im zweiten Prozeß abgelehnt!

Einen Tag vor der zweiten Verhandlung beschlossen über 3.000 Studenten auf einer Vollversammlung, am nächsten Tag ihren Protest vor dem Gerichtsgebäude zum Ausdruck zu bringen und für die Freisprechung ihrer Kommilitonen zu demonstrieren. Das Bourguiba-Regime mobilisierte seinen gesamten Unterdrükkungsapparat und ließ die Hauptstadt hermetisch von Bullen abriegeln. Trotzdem führten die Versammelten vom Gerichtsgebäude aus mehrere Demonstrationen zu zentralen Punkten der Stadt durch, die einige Stunden lang anhielten.

Mit Tränengasgranaten, die sie wahllos in die Menschen warfen und mit Überfällen auf Studentenheime, wo bis in die Zimmer hinein Tränengas geworfen wurde, versuchten die Bullen, den Protest zu zerschlagen. 14 Studenten wurden verhaftet und zwölf von ihnen gleich am nächsten Tag (!) zu drei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt („Le Monde", 17.1.76).

In wilder Hetze versuchte das Regime, in seiner Presse den Kampf der Studenten zu diffamieren: „Grüppchen von Kriminellen", die „vom Ausland gesteuert" sind, hätten an diesem Tag 26 Polizisten verletzt.

Dies alles reichte jedoch nicht, um die „Disziplin" an der Universität wieder herzustellen, die Bewachung der Universität von innen und außen wurde verstärkt. Beim Betreten des Geländes werden alle Ausweise kontrolliert, bislang wurden 64 Studenten durch ministerielle Erlasse relegiert (von der Uni geworfen), ohne daß sie die Möglichkeit eines Einspruchs dagegen hatten. In den Gebäuden wurden zusätzliche „harmlose Ordner" eingestellt. Die Harmlosigkeit mußten die Studenten erleben, als sie für eine Versammlung einen Raum besetzen wollten: Plötzlich wurden sie von den „Ordnern" mit Messern angegriffen. Einer wurde in den Rücken gestochen und schwebt in Lebensgefahr, ein anderer ist so schwer verletzt worden, daß er starb, einem weiteren wurde ein Auge ausgestochen, eine schwangere Studentin hatte kurz darauf eine Fehlgeburt.

Trotz dieses Terrors ließen die Studenten sich nicht einschüchtern; auf einer Vollversammlung am 22.1. beschlossen sie die Fortführung des Streiks. In mehreren anderen Städten organisierten Studenten Solidaritätsdemonstrationen, an denen sich auch viele Schüler und Arbeiter beteiligten.

Das faschistische Regime Tunesiens scheut, wie diese Ereignisse zeigen, vor nichts zurück, um den Widerstand gegen die totale Unterdrückung zu zerschlagen. Es rechtfertigt sein Vorgehen mit dem Argument, die „Mehrheit vor einer kriminellen Minderheit schützen zu müssen". Wie diese Mehrheit aussieht, zeigten die Ende letzten Jahres durchgeführten Wahlen an der Universität Tunis zu den studentischen Vertretungsorganen: Die Liste der „Destouriens" (offizielle Regierungspartei) wurde nirgendwo von mehr als neun Studenten gewählt.

(Nach Informationen Tunesischer Genossen). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Sambia: Kaunda will Opposition ausschalten

Seit Ausrufung des Ausnahmezustandes am 28.1.76 durch die Kaunda-Regierung (vgl. AK 74) haben bereits Verhaftungen in größerem Umfange stattgefunden („Guardian", 9.2.76). Insbesondere die Universitäten sind von dieser Verhaftungswelle betroffen. Denn in den letzten Wochen demonstrierten viele Studenten *„für die Anerkennung der MPLA, sie warfen der Regierung kriminellen Verrat vor ..."* (Kaunda unterstützt die faschistische Unita).

Staatschef Kaunda über diese Demonstrationen: *„Einige unserer Bildungseinrichtungen sind infiltriert worden. Einige Studentengruppen sind wie ein Orchester mit einem unsichtbaren Dirigenten, der auf der Lohnliste einer sozialimperialistischen Macht steht (!!)"* („Süddeutsche Zeitung", 30.1.76). Für uneingeweihte Leser: Kaunda wird gemeinhin nicht dem „ML"-Lager zugerechnet.

Mit dieser – für Sambia neuen „Sozialimperialismustheorie" soll der Vorwand geliefert werden, alle fortschrittlichen Kräfte in Sambia auszuschalten, während die Kaunda-Regierung auf der anderen Seite immer enger mit den RSA-Faschisten und reaktionären afrikanischen Staaten zusammenarbeitet! (Ausweisung oder Verhaftung aller ZANU-Mitglieder, Verhaftung von 90 SWAPO-Mitgliedern, Auflösung eines ihrer Camps, Ausweisung des legitimen ANC von Zimbabwe. Im weiteren ist der südafrikanische ANC von der Ausweisung bedroht und darf in den Massenmedien von Sambia nicht mehr genannt werden. „Extradienst". 3.2.)

Ein Sprecher der ZANU, Genosse Mutumbuka, zur Politik Sambias: *„Kaunda ist inzwischen zum Komprador und Lakai des Imperialismus geworden. Er ist ein Erzfeind des sambischen Volkes. Es wird Aufgabe der sambischen Massen sein, die Kaunda-Bourgeoisie mit der bewaffneten Revolution hinwegzufegen".*

(Aus den KB – ZANU-Gesprächen vom 31.1./1.2.76. Eine ausführliche Broschüre hierüber wird demnächst erscheinen.)

Die jüngsten Pressemeldungen sprechen von Streiks, die zur „gegenwärtigen Regierungskrise in Lusaka" (Hauptstadt Sambias) geführt hätten („SZ", 14./15.2.). – Inzwischen hat Kaunda die Universitäten schließen lassen (ebenda). ●

Afrika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Mozambique
Revolutionäre Innenpolitik und proletarischer Internationalismus

Die revolutionäre Umwandlung schreitet in Mozambique trotz reaktionärer Störversuche (siehe AK 73) sprunghaft voran.

Nach den 1975 eingeleiteten Verstaatlichungen und Umwandlungen von Missionsstätten und Kirchen in Krankenhäuser, kündigte Präsident Samora Machel weitere Enteignungen an. Privater Hausbesitz wird enteignet, die Bevölkerung wurde aufgefordert, Häuser, die von ihren ehemaligen portugiesischen Besitzern verlassen wurden, zu besetzen.

Ehemalige Ausbeuter wurden dazu verdonnert, drei Jahre ohne Lohn zu arbeiten.

Die katholische Kirche, die besonders eng mit dem portugiesischen Faschismus zusammengearbeitet hat, wurde in einer von der katholischen Nachrichtenagentur veröffentlichten „Anweisung" der FRELIMO als „reaktionäre Organisation" bezeichnet, die es zu „zerschlagen" gelte („FAZ", 5.2.).

Gegenwärtig halten sich bis zu 31.000 ZANU-Kämpfer in Mozambique auf (AK 73). Samora Machel hat alle wehrfähigen Mozambiquaner aufgerufen, sich bereit zu halten, um an der Seite der ZANU-Kämper für die Befreiung Zimbabwes zu kämpfen („NZZ", 10.2.).

In einer Rundfunkrede forderte er alle Bürger auf, einen Tageslohn im Monat für die Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu spenden („FAZ", 5.2.).

Mit diesen Maßnahmen macht die FRELIMO praktisch deutlich, daß sie den bewaffneten Kampf für die einzige Möglichkeit der Besiegung der Faschistenherrschaft und der Errichtung der Volksdemokratie hält. ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Revolutionäre Frauendemonstration in Mosambik

Angola:
FNLA-Führer Chipenda mit 50 Millionen Dollar durchgebrannt!

Daniel Chipenda, einer der führenden Faschisten des Söldnerverbandes FNLA (und vor seiner Enttarnung als Agent des portugiesischen Geheimdienstes PIDE leitendes MPLA-Mitglied) hat sich mit einer Beute von 50 Mio. Dollar aus Angola abgesetzt!

Chipenda hatte die „FNLA-Einheiten" (die von 3.000 weißen Söldnern unterstützt wurden – siehe „SZ", 2.2.76) in Südangola befehligte. Diese Einheiten hatten allerdings nach Aussagen von UNITA-Sprechern schon die letzten zwei Monate nicht mehr die MPLA bekämpft, wie es seine imperialistischen Brötchengeber von ihm verlangten, sondern stattdessen lieber gleich auf eigene Faust regelrechte Raubzüge durch Südangola unternommen, Ortschaften und Kleinstädte geplündert, Banken überfallen etc.

Die Raubzüge Chipendas sind auch der Hintergrund der in letzter Zeit häufiger in der bürgerlichen Berichterstattung auftauchenden (und bislang unerklärbaren) bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen UNITA- und FNLA-Einheiten – so behauptete UNITA kürzlich, 400 FNLA-Soldaten vernichtet zu haben („SZ", 30.1.76).

Spätestens seit Mitte 1974 stand fest, daß Chipenda bereits seit Anfang der sechziger Jahre Agent der portugiesischen Geheimpolizei war, entsprechend ausgebildet in die MPLA geschleust wurde und dort schließlich als einer der fünf Hauptleute der MPLA mit dem Auftrag arbeitete, die MPLA im rechten Augenblick durch Spaltung zu schwächen. Dies geschah in einer entscheidenden Phase der angolanischen Revolution, kurz nach dem Zusammenbruch der portugiesischen Faschistenherrschaft. Damals gelang es Chipenda kurzfristig, 3.000 MPLA-Militante zum offenen Bruch mit der MPLA-Führung zu bringen („Revolte des Ostens"). Seine Methode war es, sich als besonders harter, unnachgiebiger Kämpfer gegen Imperialismus und Kolonialismus wortradikal darzustellen; seine Spaltungsrede war mit Mao-Zitaten gespickt!

Wichtiger noch, als die vorübergehende militärische Schwächung der MPLA, war es für die Imperialisten, die „Spaltung" der MPLA propagandistisch für ihre neo-kolonialen Ziele auszubeuten. Die MPLA wurde als „zerstrittener Haufen" hingestellt, der bestenfalls „beschränkt geschäftsfähig" ist und dem ein unabhängiges Angola nicht überantwortet werden könnte.

Nach Plan der Spinola-Regierung – und des hinter ihr stehenden US-Imperialismus – sollten ursprünglich die Unabhängigkeitsverhandlungen mit der FNLA, der UNITA und der „MPLA" des Herrn Chipenda geführt werden, was zwar noch verhindert werden konnte, aber dennoch zu den bekannten Abkommen zwischen der MPLA und den Söldner-Horden von FNLA und UNITA führte (die von der MPLA in der damaligen Situation extremer Schwäche akzeptiert werden mußten).

Die Trumpfkarte der Imperialisten – mit der zu damaliger Zeit leider auch einige „Linke" freudig winkten – hat nun ihr „standesgemäßes" Ende gefunden: Als gewöhnlicher Bandit und Räuber am angolanischen Volk: still und heimlich aus dem Staub gemacht. Die bürgerliche Presse hat diesen Vorfall mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt und darüber geschwiegen. Nun denn, Chipenda war i h r Mann. ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Namibia:
Sechs SWAPO-Genossen von Todesurteilen bedroht



Eine Einheit der Volksbefreiungsstreitkräfte von Namibia, SWAPO, auf dem Marsch

RSA bereitet militärischen Einsatz

Eine Einheit der Volksbefreiungsstreitkräfte von Namibia, SWAPO, auf dem Marsch

Am 16.2. findet in Swakopmund ein Prozeß gegen sechs Genossen der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO statt, darunter ist der nationale Organisator der SWAPO und drei Frauen. Sie sind angeklagt, den von den Rassisten ausgehaltenen und in ihrem Auftrag arbeitenden Bantustan-„Führer" Filemon Elifas am 16.8.75 „ermordet" zu haben. Angesichts der brutalen Entschlossenheit des südafrikanischen Rassistenregimes, seine Herrschaft über Namibia aufrechtzuerhalten und die Befreiungsbewegung SWAPO zu liquidieren, erwartet die Genossinnen und Genossen das Todesurteil.

Gemeinsam mit diesen sechs waren im August 75 über 200 Kämpfer in einer großangelegten Aktion festgenommen worden. Die Verhaftungen waren von Brutalität und Quälereien begleitet. Sie wurden z. T. von schwarzen Kollaborateuren der „Stammespolizei" vorgenommen.

Als die sechs am 1.12.75 zum ersten Mal vor Gericht vorgeführt wurden, waren zwei so schwer mißhandelt worden, daß sie ärztlich behandelt werden mußten.

Ein SWAPO-Mitglied, das nach zwei Tagen Haft entflihen konnte, schrieb folgenden Brief aus Südangola: *„Ich will euch mitteilen, wie ich und die anderen im Gefängnis behandelt wurden ... Unsere Arme und Beine wurden gebunden, wir wurden an die Decke gehängt und gefoltert. Mal wurden wir an den Armen, mal an den Beinen an der Decke aufgehängt und gefoltert. Wir bekamen nur um 12 Uhr mittags eine Tasse Wasser.*

Die südafrikanische Regierung versucht, die Namibier physische und geistig zu zerstören. Die Leute im Gefängnis werden von Soldaten bewacht, sodaß sie keine Möglichkeit haben zu schlafen. Die Soldaten wechseln sich ab. Um die Wahrheit zu sagen, und ich sage das aus eigener Erfahrung, nicht rein theoretisch, wenn die anderen so behandelt werden, wie ich es während der Zeit im Gefängnis wurde, so werden sie sterben oder ihren Verstand verlieren. Ich kann mit gar nicht vorstellen, was mit jemandem passiert, der Tag und Nacht daran gehindert wird zu schlafen und sei es nur eine Sekunde" („namibia news", 9.12..75). ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

RSA bereitet militärischen Einsatz in afrikanischen Ländern vor

Neben der allgemeinen Bedrohung, die das faschistische Rassistenregime in Südafrika gegen die Völker Afrikas darstellt, ist jetzt ein neuer Schritt zur konkreten Kriegsvorbereitung hinzugefügt worden.

Unter dem Vorwand, angebliche *„terroristische Aktivitäten gegen Südafrika"* auch im Ausland bekämpfen zu können, wurde von den Faschisten ein neues Gesetz erlassen, das es den Streitkräften ermöglicht, *„über die Landesgrenzen hinaus"* jederzeit *„eingreifen zu können"*!!

Dieses Gesetz macht es den Faschisten der RSA (Republik Südafrika) leichter, jederzeit den Einsatz ihrer Knechte in anderen afrikanischen Ländern (insbesondere Angola, Namibia, Zimbabwe und Mozambique) zu befehlen. Es findet dann Anwendung, *„wenn eine gegen Südafrika gerichtete terroristische Aktivität nach Meinung des Staatspräsidenten eine Bedrohung für das Staatsgebiet darstelle oder darstellen könnte* (!!)" („Welt", 29.1.76).

Unseres Wissens ist die RSA damit das erste Land, das eine Aggression gegen ein anderes Volk direkt in der Verfassung verankert hat. Das macht die besondere Gefährlichkeit der weißen Rassisten und Imperialisten deutlich.

Interessant dabei ist, daß die RSA-Armee im wesentlichen von den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD ausgerüstet ist und zu diesen Nato-Ländern die engsten Beziehungen bestehen (z. B. Rall-Besuch).

Während Großbritannien, die USA und Frankreich im Juni 75 ein Waffenembargo der UNO gegen die RSA ablehnten, enthielt sich die BRD demagogisch der Stimme, um es nicht mit anderen afrikanischen Staaten zu verderben. Gleichzeitig liefert die BRD – mit finanzieller und politischer Unterstützung der SPD/FDP-Regierung – an die RSA das Material, um Atomwaffen herstellen zu können!! ●

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

„Bild" wieder beim Lieblingsthema:
Sowjetische Geister-„Stützpunkte"

Wie das „Ungeheuer von Loch Ness" und die „Fliegenden Untertassen" machen von Zeit zu Zeit immer wieder angebliche Stützpunkte der Sowjetunion die Spalten der bürgerlichen Presse unsicher.

So erfand beispielsweise die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ohne weiteres n e u n angebliche sowjetische Stützpunkte im Indischen Ozean, von denen selbst nach einem offiziellen Untersuchungsbericht der UNO n u r e i n e r existiert. (Zum Vergleich: Derselbe UNO-Bericht gab 16 Stützpunkte der USA, Großbritanniens und Frankreichs im Indischen Ozean an!!). Die Phantasien der „FAZ" wurden seinerzeit dankbar von Zeitschriften wie der „Kommunistischen Volkszeitung" des KBW und dem „Roten Morgen" der „KPD/ML" übernommen ...! (vgl. AK 58, S. 18).

Ein neues Meisterstück leistete sich die „Bild" am 6. Februar mit der nebenstehend abgedruckten Karte, zu der es hieß: „So ‚erobert' Moskau den schwarzen Kontinent". Die Geister-„Stützpunkte" in Algerien, Mali, VR Kongo (Brazzaville), Tansania und Kenia sind sozusagen „Premieren", da sie bisher noch auf keiner Karte und in keinem Artikel aufgetaucht sind. Besonders originell ist der angebliche „Stützpunkt" in Kenia, einem der Eckpfeiler des Neokolonialismus in Afrika!

Was Guinea und Somalia angeht, so erfreuen sie sich traditionell für die Plazierung sowjetischer „Geister"-Stützpunkte großer Beliebtheit. A n B e w e i s e n freilich scheint es zu fehlen.

So entpuppte sich beispielsweise



(aus "Bild", 6.2.1976)

ein angeblicher *„riesiger sowjetischer Raketenstützpunkt"* („Bild", 12.6.) in Berbera (Somalia) zunächst als *„Reparatur- und Versorgungs- und Lagerstätte"* für sowjetische Schiffsraketen („FAZ", 8.7.). Schließlich stellte sich gar heraus, daß die imperialistischen Späher nicht mehr gesehen hatten, als einen Kran, eine Kiste (in der angeblich ganz bestimmt eine sowjetische Schiffsrakete war) und irgendwo e i n e n russischen Soldaten ...

Was den „sowjetischen Stützpunkt" in Angola angeht, so wird er auch durch ständiges Wiederholen nicht wahrscheinlicher ...

Wenn dann noch neben Angola (und Somalia) auch Algerien als einer der „wichtigsten Ausgangspunkte für kommunistische Infiltration" bezeichnet wird, so ist die Absicht eindeutig – es geht gegen die Unterstützung Algeriens für das Volk der Westsahara gegen die Aggression Marokkos und Mauretaniens!

Und der Zweck? *„Wenn wir nichts tun, wird Moskau bald ganz Afrika beherrschen"*, wird ein „US-Militärberater" zitiert. Der Imperialismus will seine Einmischung in Afrika verstärken, dafür soll mit Schauermärchen wie in der „Bild" Stimmung gemacht werden!

Zimbabwe
Mobilmachung der Rassisten

Seit Mitte Januar verstärken die weißen Faschisten ihren Kampf gegen die Selbstbestimmung der schwarzen Mehrheit in Zimbabwe.

Obwohl die Rassisten und ihre schwarzen Kollaborateure (Nkomo) in „Verfassungsgesprächen" versuchen, einen „friedlichen Übergang" für die Bourgeoisie zu garantieren, hat sich der Befreiungskampf unter Führung der ZANU weiter verstärkt!

Auf diesen verstärkten Kampf antwortet die Faschisten-Regierung mit einer groß angelegten Kampagne zur Einberufung aller weißen Reservisten („SZ", 3.2.76).

Damit schwinden die Möglichkeiten auch einer vorübergehenden „Regelung" auf dem „friedlichen" Verhandlungswege und ZAPU-Chef Nkomo dürfte demnächst seine Funktion für die weißen Rassisten verloren haben. Allgemein wird angenommen, *„daß Smith nur verhandle, um Zeit zu gewinnen. Kaum ein Rhodesier glaubt daran, daß eine Einigung am Verhandlungstisch erreicht werden kann."* („NZZ", 30.1.1976).

Afrika-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Thailand: Ein weiterer „Domino" wackelt!

Nachdem vor kurzem das thailändische Parlament vom König aufgelöst wurde und die derzeitige Regierung damit ohne den geringsten Schein einer parlamentarischen Kontrolle regiert, wurde zu zwei weiteren Schlägen ausgeholt:

– Im Gegensatz zu sämtlichen vorherigen Vereinbarungen etc. werden die US- Truppen nicht vollständig abziehen, sondern mindestens 3000 Mann in Thailand bleiben. Auch die hochtechnisierten Kommando- und Überwachungseinrichtungen der US-Truppen (wie das Kommunikationsnetz ICS, der Stützpunkt Ramasun usw.) bleiben bestehen. Dies alles, weil *„kommunistische Untergrundbewegungen, unterstützt von den roten Laoten und Nordvietnam"* (so die „FAZ" vom 6.2.) Thailand bedrohen;

– der Militärhaushalt Thailands' wurde aus denselben Gründen um 24% angehoben;

– für die Entwicklung paramilitärischer, faschistischer Gruppen – wie „Village Volunteer" – sind pro Jahr 1 Mill. US-Dollar vorgesehen (lt. „Far eastern econimic review", 9.5.75).

Dies alles fällt zusammen mit zunehmenden Aktivitäten der Kommunistischen Partei (CPT) und der bewaffneten Befreiungsfront (TPLAF). In einem Report der thailändischen Sicherheitsorgane werden deren Aktionen als *„sehr gefährlich"* eingeschätzt und insbesondere wird die Ankündigung der CPT, *„die16 thailändischen Nordostprovinzen bis 1977 zu befreien"*(„FAZ",5.2.), mit großer *„Besorgnis"* registriert.

Diese eindeutige Ausrichtung der thailändischen Regierungspolitik auf die inneren Kämpfe kennzeichnet offensichtlich auch das Ende der scheinbar „liberalen", „reformistischen" und „unabhängigen" Politik des amtierenden Premierministers, Kukrit Pramjoi.

Die Schärfe der Klassenauseinandersetzungen in Thailand kann nur verstehen, wer die Lage der werktätigen Massen kennt:

Thailand: Armenhaus für's Volk

– Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt in der Landwirtschaft für 4 Mio. Bauernfamilien ca.

– Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt in der Landwirtschaft für 4 Mio. Bauernfamilien ca.

100 US Dollar, im Nordosten Thailands haben 40 % der Familien sogar nur ca. 35 US-Dollar pro Jahr zur Verfügung!!!

Selbst in den fruchtbaren Gebieten, wie in der Menam-Ebene, übersteigt das Jahreseinkommen keine 440 US - Dollar (zum Vergleich: Griechenland – das das niedriegste Pro-Kopf-Einkommen im engeren EG-Kreis hat – hat ein Durchschnittseinkommen von 1.800 US-Dollar). Die Industrielöhne zählen zu den niedrigsten in ganz Südostasien. Ein Fabrikarbeiter erhält heute z.B. einen Tageslohn von DM 3,40 (das sind pro Monat ca. 80 bis 100 DM!).

– Gleichzeitig steigen die Preise für Konsumgüter ins Unermeßliche. Allein in den letzten Jahren stieg der Verbraucherpreisindex um 200%! Allein der Reispreis (Grundnahrungsmittel verdoppelte sich von 1973 bis 1974. Der Fleischpreis hat sich ebenfalls verdoppelt.

– Katastrophal ist die Lage der Landbevölkerung und der Kleinbauern. Waren in den 50-er Jahren noch ca. 80% der Bauern Eigentümer ihres Landes, so sieht es heute so aus, daß der absolut größte Teil der Bauern Pachtland bewirtschaftet. In der fruchtbaren Menam-Ebene sind bereits 80% des Landes Pachtland. Die Pachtsätze betragen in der Regel 50 (fünfzig!) Prozent des Ernteertrags. Um überhaupt noch existieren zu können, sind viele Bauern immer wieder gezwungen, Kredite aufzunehmen (bei 20% Zinsen), die sie noch weiter in die Hände der Wucherer und Großgrundbesitzer treiben.

– Katastrophal soll auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt sein – genaue Zahlen sind leider nicht verfügbar. Insbesondere Schüler und Studenten sind nach Abschluß ihrer Ausbildung von Arbeitslosigkeit bedroht. Aus einigen Schulen gehen z.B. bis zu 50% der Schüler zurück auf's Land, weil sie eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit nicht finden!

– Total finster sieht es bei den sozialen Einrichtungen (deren Ausbau die Regierung Pramjoi seinerzeit versprochen hatte) aus. Während in Bangkok noch ein Arzt auf 1.000 Einwohner kommt, liegt das Verhältnis auf dem Land bei 1:200.000. In der nördlichen Nan-Provinz gibt es nur fünf Ärzte. Insgesamt arbeiten von den 12.000 thailändischen Ärzten 6.000 im Ausland; 4.000 haben sich in Bangkok niedergelassen und nur 2.000 dort, wo 90% der Bevölkerung leben – auf dem Lande!

Allein diese unvollständigen Zahlen machen bereits deutlich, in welchem Elend das thailändische Volk zu leben gezwungen wird!

Auf der anderen Seite haben die versammelten Imperialisten in Thailand uneingeschränkte Ausbeutungsrechte. Sie dürfen unkontrolliert investieren und ihre Gewinne weitgehend ohne Abzug ins Ausland transferieren. Ein Beispiel macht die Sache wohl sehr deutlich: Thailand muß Öl importieren, obwohl in den Gewässern vor Thailand riesige Ölvorkommen sind – nur sind diese an fünf US-Firmen verscherbelt worden! (Daten nach „3.-Welt-Magazin", Juli/Sept. 1975; „Neue Zürcher Zeitung", August 1974 und „Neues Deutschland", Sept. 1971).

Der Volkswiderstand wächst

Nicht zuletzt aufgrund der elenden Lage hat sich der Kampf der Bevölkerung für grundsätzliche politische und wirtschaftliche Umgestaltungen, gegen die Regierungspolitik und gegen den US-Imperialismus in den letzten Jahren verstärkt.



Von Kämpfern der Thailändischen Volksbefreiungsarmee erbeutetes feindliches Militärfahrzeug

Von Kämpfern der Thailändischen Volksbefreiungsarmee erbeutetes feindliches Militärfahrzeug

In sämtlichen Bereichen der thailändischen Gesellschaft fanden seit dem Sturz der Militärdiktatur Kittikachorn – 1973 – Kämpfe statt. Im folgenden gehen wir im wesentlichen auf den Kampf der Arbeiter, den Kampf der Landbevölkerung und den bewaffneten Befreiungskampf ein.

Die zwar zahlenmäßig kleine Arbeiterklasse kämpft seit Jahren sehr militant für politische Rechte und die Verbesserung ihrer materiellen Lage.

Nach dem Sturz Kittikachorns setzte eine ungeheure Streikwelle ein. Allein innerhalb von zwei Monaten fanden 200 Streiks statt. Erreicht wurde über diese Streiks ein begrenztes Streikrecht, Einführung eines Arbeitsschutzgesetzes und Erhöhung der Mindestlöhne von umgerechnet 2,80 DM auf 3,40 DM pro Tag. Kurze Zeit später wurde das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung ebenfalls begrenzt durchgesetzt!

Die Kampfformen der thailändischen Arbeiter sind vielfältig und bewegen sich ganz sicher nicht in den sogenannten „geordneten Bahnen". Die Arbeiter des Dusit Thani Zoos drohten z.B. bei Nichterfüllung ihrer Forderung mit der Freilassung der Löwen und Tiger im Zoo, die Arbeiter der Bangkoker E-Werke drohten mit totaler Stromsperre und streikende LKW-Fahrer stellten ihre Lastzüge zur Bekräftigung der Forderung in der glühenden Sonne ab – es waren leichtverderbliche Waren drin!

Auch bei den jüngsten Kämpfen gegen die Erhöhung der Reispreise (wir berichteten darüber in AK 72) standen die Arbeiter an vorderster Front. 300.000 Kollegen erstreikten die Rücknahme der Preiserhöhungen!

Für eine tatsächliche Landreform!

Die Bauern kämpfen aktuell besonders um eine tatsächliche Landreform. Am 17. Januar 1975 verabschiedete die thailändische Nationalversammlung ihren Plan einer Landreform. Hiernach sollte der Landbesitz pauschal auf acht ha beschränkt werden. Das Gesetz kann jedoch nur auf Antrag der lokalen Behörden Anwendung finden!

Sollte dies tatsächlich einmal geschehen, so ist die „Reform" selber gar nicht durchführbar, da der Landbesitz kaum irgendwo schriftlich fixiert ist und infolgedessen den Großgrundbesitzern – rein formal, wie sowas dann ja läuft – gar nicht nachzuweisen ist, wieviel sie besitzen.

Im weiteren berücksichtigt die pauschale Festlegung auf acht ha nicht, daß in den verschiedenen Regionen unterschiedlich viel Land zur Ernährung einer Bauernfamilie notwendig ist!

Der Vizepräsident der „Förderation der Bauern Thailands" (FFT) erklärte entsprechend zu dieser Land„reform": *„Wenn wir vereint sind und sich uns eine große Zahl von Bauern anschließt, werden wir weiterkommen. Von jetzt an werden wir für die Landreform kämpfen, so daß jeder Bauer Land bekommt. Das derzeitige Landreformsystem kann nicht funktionieren, da diejenigen, die seine Durchführung überwachen, alles reiche, von den Beamten selbst ausgewählte Leute sind"* (nach „Blätter des iz3W" Nr. 50).

Speziell unter der Landbevölkerung (aber nicht nur hier) wüten auch faschistische Terrorbanden wie die „Red Bulls" oder die „Village Volunteers", um die jetzigen Zustände aufrechtzuerhalten und die Unterdrückung der Landarbeiter und Bauern zu steigern. So wurden allein von Mai 1975 bis Jahresende 21 Bauernführer ermordet, darunter auch der oben zitierte Vizepräsident der FFT.

Der bewaffnete Befreiungskampf

Der Befreiungskampf wird seit 1965 mit unterschiedlicher Schärfe geführt. 1964 rief die CPT mit ihrem 10-Punkte-Programm zum Volkskrieg für ein demokratisches Thailand auf. Zwei Monate später wurde die „Thai Patriotische Front" gegründet, aus der offensichtlich später die TPLAF entstand. Der Kampf wurde – wie in Vietnam, Kambodscha und Laos mit sehr primitiven Waffen begonnen, mit *„Messern, Gewehren und verfügbaren Schußwaffen"*, wie die „Far Eastern Economic Review" berichtet. Das wesentliche Aktionsfeld befand sich in Thailands Nordosten, im sog. „Goldenen Dreieck", wo sich die Provinzen Loei, Phitsanoulak und Petchabun treffen. Heute hat sich der Kampf soweit entwickelt, daß ganze Regionen unter Volksherrschaft stehen (wesentlich im „Goldenen Dreieck"). In diese Regionen wagen sich selbst nach Angaben der bürgerlichen Presse keine Regierungsbeamte und wenn, dann nur mit militärischer Eskorte. In den befreiten Gebieten wurde das gesamte Verwaltungswesen, die Landwirtschaft usw. neu organisiert.

Insgesamt hat sich der Befreiungskampf mittlerweile von 38 auf 77 Provinzen Thailands ausgedehnt (nach „Vietnam – Kultur und Befreiungskampf", Nr. 24). Im Süden, wo die Genossen der CPT in enger Zusammenarbeit mit der CP Malaysias die Kämpfe führen, bereitet die Situation den Machthabern bereits erhebliche Schwierigkeiten. Militärisch hat sich die Befreiungsarmee zu einer ernsthaften Macht entwickelt. Die bürgerliche Presse rechnet ihnen zwischen 10 und 16.000 reguläre Soldaten zu („Far Eastern Economic Review" zählt 10.000 Soldaten und ca. 8.000 „zivile" Kämpfer; der „Stern" 22/75 nennt 16.000 Soldaten). Durch die solidarische Unterstützung Vietnams, Laos' und Kambodschas ist die TPLAF heute auch besser bewaffnet. Bereits 1972 berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 11.2. davon, daß die „Guerillas" mit Granatwerfern, Maschinengewehren, Panzerabwehrkanonen etc. ausgerüstet seien.

Heute ist die TPLAF in der Lage, nicht nur die befreiten Gebiete zu verteidigen, sondern auch thailändische Armeeeinheiten anzugreifen. Ein Beispiel für die Stärke der TPLAF ist die Auseinandersetzung um den Bau von mehreren strategischen Straßen im „Rebellengebiet". (Wozu diese benutzt werden sollten, dürfte klar sein): Bis heute sind die Straßen nicht gebaut, da die Befreiungskämpfer dies konsequent unterbunden haben.

Auch in den thailändischen Metropolen, wesentlich in Bangkok selber, ist die Befreiungsfront und die CPT anwesend. So schreibt der „Far Eastern Economic Review" vom 9.5.75, daß es *„Grund zu der Annahme gibt, daß die CPT in Bangkok selbst aktiv ist, wahrscheinlich im Bereich der Logistik, Versorgung und Information."* Die CPT selber gibt an, daß ihre Arbeit in Bangkok dem *„Wiederaufbau der politischen Front ... durch Gewinnung von Gewerkschaftlern, Akademikern und Armeeangehörigen"* dient (nach „3. Welt-Magazin").

Es ist anzunehmen, daß die Befreiungskräfte durch die solidarische Unterstützung durch Vietnam, Laos und Kambodscha wesentlich erstarkt ist und daß ihre Ankündigung, die 16 Nordprovinzen Thailands bis 1977 zu befreien, eine ernstzunehmende und realistische Zielvorstellung ist.

Amis raus aus Südostasien! Für den Sieg im Volkskrieg!

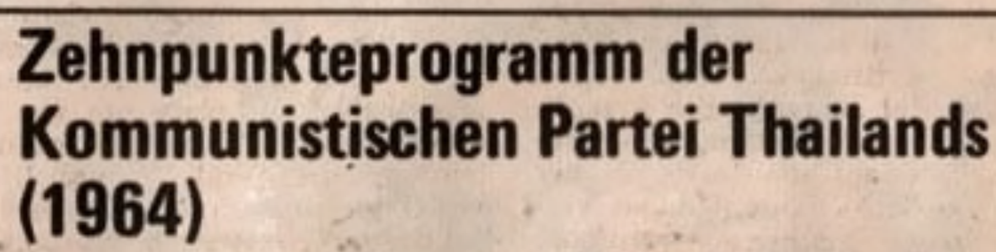
Der Befreiungskampf des thailändischen Volkes gewinnt insbesondere dadurch an Bedeutung, daß er den Sturz eines Regimes zum Ziel hat, das (neben Südkoreas) die letzte Bastion des US-Imperialismus auf dem asiatischen Festland darstellt.

Der „Fall" Thailands hätte fraglos enorme Rückwirkungen auf die gesamte Region (insbesondere auf Malaysia und Burma) und wäre ein weiterer großer Schritt zur vollständigen Befreiung Südostasiens von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Imperialisten wissen, was hier auf dem Spiel steht und werden ihre Positionen niemals freiwillig preisgeben. Bereits vor einigen Jahren bombardierte der US-Imperialismus thailändische Befreiungskämpfer mit B-52-Bombern. Die weitere Anwesenheit der 3.000 US-Soldaten in Thailand deutet auf ein auch weiterhin verstärktes Eingreifen des US-Imperialismus hin. Für die fortschrittlichen Kräfte hier kann das nur heißen, dem thailändischen Befreiungskampf die gleiche Solidarität entgegenzubringen wie den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha. ●

Indochina-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Anm.:
Wesentliche Daten aus
„3. Welt Magazin", Juli/Sept. '75
„Far Eastern Economic Review", 9.5.75
„Blätter des iz3W" Nr. 50



Zehnpunkteprogramm der Kommunistischen Partei Thailands (1964)

In Anbetracht der gegenwärtigen Lage in unserem Land legt die Kommunistische Partei Thailands hiermit unseren Landsleuten ihre gegenwärtige Politik dar:

1. Entschlossen den Volkskrieg durchzuführen, um den US-Imperialismus aus Thailand zu vertreiben und die faschistische diktatorische und verräterische Thanom-Clique zu stürzen, die das Volk und das Land ruiniert. Eine Volksregierung einrichten, die sich aus Vertretern der Ar-

Thanom-Clique zu stürzen, die das Volk und das Land ruiniert. Eine Volksregierung einrichten, die sich aus Vertretern der Ar-

beiterklasse, der Bauern, des Kleinbürgertums, der Nationalen Bourgeoisie und der patriotischen und demokratischen Persönlichkeiten zusammensetzt und die ernsthaft eine Politik der Unabhängigkeit und Demokratie durchführt.

2. Alle Gesetze, Bekanntmachungen, Befehle und Anordnungen, die für das Volk und das Land abträglich sind, abschaffen. Das Volk hat das Recht der Freiheit der Meinungsäußerung, der Presse, der Veröffentlichung, der Versammlung, der Bildung von Zusammenschlüssen, des Abhaltens von Demonstrationen, auf eine sichere Anstellung, des religiösen Bekenntnisses und der Beibehaltung der Sitten und Gebräuche und der Formen des Lebensunterhalts, soweit sie nicht schädlich für das Volk und das Land sind.

3. Einziehung allen Eigentums und allen Grundbesitzes der US-Imperialisten, der Thanom-Clique, der Konterrevolutionäre und tyrannischen Grundherren und Verteilung zum Nutzen des Volkes und der Nation. Entschlossene Bestrafung von Konterrevolutionären und Reaktionären, die Untaten gegen das Volk begangen haben, je nach Schwere ihrer Verbrechen; die Gelegenheit, ein neues Leben zu beginnen, wird denen gewährt, die Untaten begangen haben, sie jedoch zugeben und bereit sind, sie zu bereuen.

4. Abschaffung aller verräterischen und ungerechten Abkommen und Verträge; Vereinigung mit allen Ländern, die die Revolution des thailändischen Volkes unterstützen; gemeinsam mit den Revolutionären der ganzen Welt Widerstand gegen den Imperialismus, den modernen Revisionismus und alles Reaktionäre; Unterstützung des gerechten Kampfes der unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt; Förderung freundschaftlicher Beziehungen zu verschiedenen Ländern auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung für Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen.

5. Die verschiedenen Nationalitäten sollen das Recht der Autonomie innerhalb der großen Familie Thailands genießen; sie sollen gleiche Rechte haben, einander achten und einander unterstützen und helfen; Religionen, Sprachen, Kultur sowie Sitten und Gebräuche, die nicht schädlich für das Volk sind, sollen geachtet werden. Widerstand gegen die Unterdrückung von Nationalitäten und rassische Diskriminierung; Wirtschaft, Kultur, Erziehung und öffentliche Gesundheit sollen umfassend in den Gebieten aller Nationalitäten entwickelt werden.

6. Schrittweise Abschaffung des feudalen Ausbeutungssystems; Verminderung der Pacht und der Zinsen; Streichung aller ungerechten Schulden; die

feudalen Ausbeutungssystems; Verminderung der Pacht und der Zinsen; Streichung aller ungerechten Schulden; die

Agrarrevolution soll in Übereinstimmung mit den Bedingungen in den verschiedenen Gebieten durchgeführt werden, so daß Bauern Land erhalten, mit dem sie ihren Lebensunterhalt verdienen können. Entwicklung der Bewässerungsanlagen, Verbesserung der Produktion, Hebung des Lebensstandards, sowie volle Entwicklung der Rolle des Bauern in der revolutionären Bewegung.

7. Förderung und Entwicklung staatlicher Industrie- und Handelsunternehmen; Schutz privater Industrie- und Handelsunternehmen, die der nationalen Wirtschaft nicht abträglich sind; Unterstützung von Handwerk und kleinen Geschäftsunternehmen, die weiterhin von Nutzen für das Volk sind.

8. Für Arbeit, Lohn und Sicherheit der Arbeiter sorgen; Arbeiter, die dieselbe Arbeit mit derselben Produktivität durchführen, sollen denselben Lohn erhalten, ungeachtet ihres Geschlechts, Alters oder ihrer Nationalität; volle Entwicklung der Rolle der Arbeiterklasse in der revolutionären Bewegung.

9. Frauen sollen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur, Ausbildung und des Berufes gleiche Rechte genießen wie die Männer. Volle Entwicklung der Rolle der Frauen in der revolutionären Bewegung und der Revolution. Volle Garantie der Wohlfahrtsarbeit für Frauen und Kinder; Sicherung von Ausbildung und Arbeit für die Jugend; Förderung der Liebe zum Vaterland, zur Demokratie, zum Volk und zur Arbeit bei der Jugend sowie ihrer aktiven Teilnahme an der Revolution und des Geistes der Aufopferung für die Gemeinschaft.

10. Ausrottung der reaktionären und zersetzenden US-imperialistischen und feudalen Kultur, die den Geist des Volkes vergiftet; kritische Übernahme der kulturellen Erbschaften der Nationalitäten Thailands und anderer Länder; Förderung und Entwicklung einer Erziehung, die patriotisch, demokratisch und wissenschaftlich ist sowie Massencharakter trägt; Förderung und Entwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere in den ländlichen Gebieten. ●

(Übersetzt aus: Peking Review, Jan. 17, 1969, S. 19-20).



lateinamerika aktuell

Argentinien

Argentinien verstärkt Anspruch auf die Falklandinseln



Die Falklandinseln, eine Inselgruppe an der Südküste Argentiniens, sind seit 1832 britische Kolonie. Schon in den 60-iger Jahren stellte Argentinien seinen berechtigten Souveränitätsanspruch auf die Inseln in der UNO; seit sechs Jahren finden Verhandlungen zwischen Argentinien und Großbritannien statt. England setzt sich dabei für eine „freie Volksabstimmung" auf den Inseln ein – es leben dort rund 2.300 Menschen, alle englischer Herkunft!

Die Auseinandersetzung gewann an Bedeutung, als Ende 1973 vielversprechende Erdöllager in den Gewässern der Falklandinseln entdeckt wurden („Süddeutsche Zeitung", 15.1. und „Frankfurter Rundschau", 27.1.).

Mitte Januar spitzte sich der Konflikt so weit zu, daß beide Länder ihre diplomatischen Beziehungen einfroren. Beide Botschafter wurden vorläufig von ihren Posten zurückgerufen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 15.1.). Konkreter Anlaß war die Entsendung einer britischen „Studienkommission", die die Bodenschätze der Inseln erforschen soll. Argentinien fordert, an diesem Projekt beteiligt zu werden. Anfang Februar gab ein argentinischer Zerstörer Warnschüsse gegen ein britisches Forschungsschiff ab, das in die Hoheitszone der Inseln – und auch des argentinischen Festlandes – eingedrungen war („FR", 6.2.).

Argentinien wird in seinem Vorgehen gegen Großbritannien von der OAS (Organisation Lateinamerikanischer Staaten) unterstützt. Argentinien habe ein *„unveräußerliches Recht auf die Souveränität"* über die Inseln, heißt es in einer OAS-Erklärung („SZ", 20.1.).

Für die argentinische Regierung ist der Falklandkonflikt ein willkommener – und möglicherweise bewußt zugespitzter – Anlaß, um von den innenpolitischen Problemen abzulenken und dem Volk – endlich mal wieder – eine „antiimperialistische Maßnahme" vorweisen zu können. Der Konflikt bietet die Möglichkeit, die „Einheit aller Argentinier" zu beschwören. Eine Pressekampagne, die die *„nationalistischen Gefühle anheizt"*, ist jedenfalls schon angelaufen („FR", 27.1.). ●

Lopez Rega – Gründer der AAA

Für die inzwischen kaum noch bezweifelte Vermutung, daß Lopez Rega persönlich die faschistische Bande AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) gegründet und gefördert hat, tauchen jetzt auch die Beweise auf.

Der ehemalige Leutnant Paino sagte vor dem Korruptions-Untersuchungsausschuß des Kongresses aus, daß der frühere Pressereferent Lopez Regas ihn mit der Schaffung einer *„dynamischen Sicherheitsorganisation zur Bekämpfung der linken Terroristen"* betreut habe. Diesen Auftrag habe er übernommen, und daraus sei die AAA hervorgegangen. Außerdem hätten zwei Mitarbeiter Lopez Regas den Kauf von zwölf Kisten ausländischer Maschinengewehre für die AAA genehmigt („SZ", 7./8.2. und „FAZ", 6.2.). ●

Weitere Aktionen von ERP und Montoneros

- Ende Januar griff ein Kommando von 15 Guerilleros eine US-Firma (eine Tochter der Bendix) an. 13 Männer und zwei Frauen drangen in die Büroräume ein, Personalchef und Produktionsleiter wurden erschossen („SZ", 31.1.). Hintergründe dieser Aktion werden in der bürgerlichen Presse verschwiegen. Diese Aktionen werden aber fast immer zur Unterstützung der konkreten Arbeitskämpfe der Arbeiter durchgeführt (siehe z.B. die Entführung des Mercedes-Managers Metz, AK 73).
- Am 1. Februar griff ein Kommando eine Polizeischule in der Nähe von Buenos Aires an. Nach Angaben der Polizei wurde der Angriff zurückgeschlagen, drei Genossen wurden ge-do eine Polizeischule in der Nähe von Buenos Aires an. Nach Angaben der Polizei wurde der Angriff zurückgeschlagen, drei Genossen wurden ge-tötet, ein Polizist verletzt („SZ", 3.2.).
- Mitte Januar stoppten die Montoneros in der Nähe von Buenos Aires einen Zug. Alle Fahrgäste konnten aussteigen, anschließend wurde der Zug gesprengt. In einer Erklärung, die die Montoneros an verschiedene Zeitungen richteten, wurde diese Aktion als Vergeltung für die Verhaftung des Montoneroführers Quieto bezeichnet. Weitere Aktionen würden folgen, wenn Quieto nicht sofort auf freien Fuß gesetzt würde („SZ", 15.1.). (Quieto war Ende Dezember von der Straße weg, im Beisein seiner Frau verhaftet worden, sein Aufenthaltsort ist bisher unbekannt; vgl. AK 72.)
- Der Pressechef des Sozialministeriums, ein Vertrauter von Lopez Rega und Vertreter des rechtsextremen Flügels der peronistischen Partei, wurde von Montoneros erschossen („SZ", 7./8.2.). ●

Faschisten ermorden Arbeiter

Faschisten ermorden Arbeiter

Die Morde und Terroranschläge von Seiten der faschistischen Banden und auch von Polizei und Militär nehmen immer mehr zu; sie richten sich immer zahlreicher auch gegen solche Personen, denen man beim besten Willen keine Verbindungen zu „Linksextremisten" nachweisen kann. Hier ein Ausschnitt aus den letzten vier Wochen:

- Mitte Januar wurden 14 Menschen in Cordoba von Faschisten entführt. Die Entführten sind bis heute noch nicht wieder gefunden worden („ND", 13.1.).
- In Villa Constitucion – bekannt geworden durch den langen und kämpferischen Streik der Stahlarbeiter im vorigen Jahr (vgl. AK 63) – wurden acht Stahlarbeiter von Faschisten auf offener Straße entführt und kurze Zeit später ermordet aufgefunden („SZ", 10.1.).
- Das Büro eines Parlamentsabgeordneten der Radikalen Bürgerunion UCR (bürgerliche Oppositionspartei) wurde durch einen Brandanschlag von Faschisten völlig zerstört („SZ", 31.1.).
- Ende Januar wurden bei einer sogenannten Straßenkontrolle drei angebliche Terroristen von Polizisten erschossen („SZ", 31.1.).
- In Cordoba nahm die Polizei den führenden Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei und früheren Vizepräsidentschaftskandidaten Jose Paez fest. Er stehe unter dem Verdacht, Kontakt zu Linksextremisten unterhalten zu haben („ND", 13.1.). ●

Wieder Kabinettsumbildung und breite Streikbewegung

Am 4.2. wurden zwei weitere Kabinettsmitglieder, der Arbeits- und der Wirtschaftsminister, ausgewechselt. Die Regierungsumbildung vom Januar (vgl. AK 73) wurde damit fortgesetzt („Neue Zürcher Zeitung", 6.2.). Der abgelöste Wirtschaftsminister Cafiero hatte seinen letzten Kredit verspielt, als er einen 18%-igen Teuerungsausgleich für die Arbeiter genehmigte und den Plan bekanntgab, die Mindestlöhne um 31% zu erhöhen („FR", 4.2.).

Verschiedene Unternehmerverbände riefen daraufhin den „Notstand" aus. Einer der Kapitalisten-Dachverbände, Apege, kritisierte Cafieros Wirtschaftspolitik als „kollektivistisch und sozialisierend". Man drohte mit einem Steuerboykott, der Einstellung der Unternehmerbeiträge für die Gewerkschaften und kündigte für den 16.2. die Schließung der Betriebe an („FR", 4.2. und „SZ", 5.2.). Zu diesen Maßnahmen kam es bisher durch die rechtzeitige Ablösung Cafieros nicht.

Die weitere Rechtsausrichtung des Kabinetts – die neuen Minister sind ein kapitalistentreuer Bankfachmann und ein altgedienter Rechtsperonist – wirkt sich jedoch auf die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse aus. Schon im Januar entwickelte sich eine Streik- und Protestbewegung gegen die Inflationsrate (400% im Jahr 1975, 14,6% allein im Januar dieses Jahres) und die Senkung der Reallöhne um über 50%. Diese Bewegung nimmt weiter zu:

Es gibt Streiks bei verschiedenen Fluggesellschaften und den Bäckern. Die Arbeiter der Zeitungsbetriebe streiken gegen die Entlassungen, die eine Morgenzeitung in Buenos Aires aussprach. Arbeiter und Angestellte der U-Bahn streiken unbefristet, falls vier verhaftete Streikende nicht umgehend freigelassen werden („NZZ", 6.2. und „SZ", 5.2.). Die Bourgeoisie nimmt diese Entwicklung aber nicht tatenlos hin: *„Der Februar, der traditionelle Ferienmonat ... scheint diesmal zum Komplottmonat zu werden; man weiß, daß die geheimen Kontakte zwischen Uniformierten und Business-Leuten in jüngster Zeit intensiviert worden sind"* („FR", 4.2.76).



Die Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel in Argentinien liegen zwischen 400% und 900%. Im einzelnen: Der Preis für 1 l Milch wurde 1975 um 700% erhöht,

1 kg Zucker um	500%
Reis	400%
Käse	900%
Butter	700%
Nudeln	900%

(Angaben nach „Chile-Nachrichten" 33/1976) ●

Panama:

Politik zwischen Bauern und Bourgeoisie



Anfang Januar erhielt der panamesische Präsident Omar Torrijos von der kubanischen Regierung – in Anwesenheit von Fidel Castro – den „Jose Marti-Orden" (Marti war ein lateinamerikanischer Freiheitskämpfer). Die kubanische Regierung verlieh diese hohe Auszeichnung, um damit Torrijos *„entschlossenen Kampf für echte nationale Unabhängigkeit und militante Integration in den internationalen Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus"* zu würdigen („Monitor-Dienst", 12.1.)

Tatsächlich bemüht sich Torrijos um eine selbständige, nationale Politik. Gegenüber den USA vertritt er hartnäckig die Forderung nach Rückgabe des Panamakanals und spielt dabei auch die antiimperialistischen Strömungen im panamesischen Volk aus. Erst Ende '75 erklärte er, daß die USA sich zu einer Einigung, spielt dabei auch die antiimperialistischen Strömungen im panamesischen Volk aus. Erst Ende '75 erklärte er, daß die USA sich zu einer Einigung, die der *„nationalen Würde"* Panamas entspricht, bereitfinden müsse. *„Man könne nicht ewig mit der Geduld eines Volkes spielen, ... diese Geduld habe jetzt ihre Grenze erreicht"* („Monitor-Dienst", 1.12.75).

Andererseits laufen die Kanalverhandlungen mit den USA aber bereits seit acht (!) Jahren, seit Regierungsantritt Torrijos', und Torrijos selbst bekämpfte in den 60-iger Jahren als führender Offizier in blutigen Auseinandersetzungen die Guerillagruppen, die Souveränität über den Kanal forderten mit US-Hilfe (vgl. dazu: DIE INTERNATIONALE Nr. 17).

Weiter plant die Regierung Torrijos, die Tätigkeit des US-Bananenkonzerns United Brands bis Ende 1977 in Panama zu beenden, nachdem die Gesellschaft bereits 13.000 ha Land an den Staat zurückgeben mußte. Panama hat als Mitglied der „Union Bananen exportierender Länder" – ein Kartell, das die USA zuletzt in Honduras mit ungeheuren Bestechungssummen zu unterlaufen versuchte – eine Bananensteuer für die Imperialisten durchgesetzt („Horizont", 27.11.75).

Durch diese Maßnahmen ist die Macht der imperialistischen Plantagenbetriebe und der einheimischen Großgrundbesitzer aber nicht prinzipiell gefährdet. 86% des Volkes besitzen kein Land, die Lebensmittel reichen zur Versorgung der Bevölkerung nicht aus, Tausende wandern vom Land in die Städte ab und vergrößern dort die Elendsviertel. Eine gesetzlich festgelegte Landreform gibt es nicht, aber zahlreiche Bauern und Landarbeiter nehmen sich ihren Boden selbst: Landlose Bauern und Bananenarbeiter siedeln sich auf Ländereien an, die die Großgrundbesitzer brach liegen ließen, schließen sich in sogenannten „asentamientos" zusammen und beginnen eine kollektive Bewirtschaftung des Bodens. Es gibt in Panama inzwischen 200 solcher asentamientos, in denen rund 6.000 Bauernfamilien mitarbeiten. In ähnlicher Weise haben sich kleine und mittlere Bauern zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen, von denen es ungefähr 60 gibt. In ähnlicher Weise haben sich kleine und mittlere Bauern zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen, von denen es ungefähr 60 gibt. Die Regierung geht gegen diese Landbesetzungen nicht vor, sondern unterstützt teilweise die Interessen der Bauern – zum Beispiel in Gerichtsprozessen mit den Großgrundbesitzern („Horizont", 27.11.75).

Das heißt, die Regierung hindert die Bauern nicht an der Landnahme – wobei es sich allerdings meistens um schlechten, unfruchtbaren Boden handelt. Sie vermeidet aber zugleich die Durchführung einer gründlichen Landreform und einer allgemeinen Enteignungspolitik, weil sie die Macht der Imperialisten und der herrschenden Klasse in Panama nicht grundlegend antasten will.

Zur Unterstützung der Regierung gegen zunehmende Angriffe von Seiten der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie werden seit kurzem *„Komitees zur Verteidigung der Revolution in Panama"* gebildet („ND", 27.1.). Gleichzeitig hat die Regierung zehn *„prominente Bürger"* festgenommen und nach Ecuador ausgewiesen, weil sie *„auf wirtschaftlichem und landwirtschaftlichem Gebiet Pläne zur Unterminierung des Staates geschmiedet"* hätten („Neue Zürcher Zeitung", 23.1.). ●

Lateinamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Brasilien: Häufig Epedimien

Im Nordosten Brasiliens erkrankten Ende letzten Jahres 180 Menschen an der *Beulenpest*. Dieses Gebiet gehört zu den *„ärmsten Gegenden der westlichen Hemisphäre"* („Financial Times", 13.1.76). Die hygienischen und sanitären Verhältnisse sind katastrophal, der Hunger alltäglich: *„Hier ist jeden Tag Biafra, jahraus, jahrein,"* („Spiegel", 36/70).

Jetzt ist dort eine Lungenentzündungsepidemie ausgebrochen und forderte bereits Todesopfer. („Frankfurter Rundschau", 30.1.76). An der Meningitis-Epidemie (Gehirnhautentzündung) des Jahres '74 starben über 3 000 Menschen. Damals empfahl die Regierung zynisch, *„gut und regelmäßig zu essen, peinliche Hygiene zu wahren und sich von Massenansammlungen fernzuhalten .."* („Spiegel" 23.9.74). 1974 mußte die zensierte Presse über die Seuche schweigen. Die spärlichen Informationen über den Verlauf der Pest-Epidemie lassen ähnliches vermuten. ●

Die Todesschwadron mordet weiter

Seit Jahren schwafelt die brasilianische Regierung davon, „streng gegen die Todesschwadron vorzugehen, deren Lynchjustiz sie verurteile" („Welt", 9.7.75). Dennoch kann die Todesschwadron, die sich aus ehemaligen und aktiven Polizisten zusammensetzt, ungehindert ihren Mordterror weiter ausüben. Allein in den ersten 8 Tagen des neuen Jahres fielen ihr 15 Männer zum Opfer. Angeblich handelt es sich dabei stets „nur" um Kriminelle, Autodiebe usw., die von der Regierung zu „lasch" bestraft worden seien. Insgesamt sollen der Todesschwadron bereits über 15 000 Männer zum Opfer gefallen sein. ●

Forts. S. 44

Forts. von S. 39

Französischer Geheimdienst DST hilft den Faschisten in Brasilien

Dem Informationsbulletin Nr. 1, 11/75 des „Komitees für Generalamnestie in Brasilien", Paris, entnahmen wir folgende Notiz: *„Im Rahmen der Untersuchungen zum Fall „Carlos"* (der „internationale Terrorist" aus Lateinamerika) *haben Offiziere der DST* (Französischer Inlandsgeheimdienst), *begleitet von zahlreichen Polizeikräften, verstärkt Verhöre und Verhaftungen von brasilianischen Emigranten vorgenommen. Diese Verhöre haben offenkundig nichts mit der Affaire „Carlos" zu tun, denn die betroffenen Brasilianer wurden ausschließlich über ihre Aktivitäten bezüglich ihrer Heimat befragt. Es ist klar, daß die DST in dieser Frage in direkter Verbindung mit der brasilianischen Polizei arbeitet. So kommt es, daß brasilianische Touristen, die sich zufällig in der Wohnung ihrer im Exil lebenden Landsleute aufhielten, am Ende der Verhöre darüber informiert wurden, daß sie sich bei ihrer Rückkehr bei der brasilianischen Grenzpolizei melden müßten. Es scheint, als ob die polizeilichen Hausdurchsuchungen auf der Basis von Adressbüchern vorgenommen werden, die bei den ersten Durchsuchungen beschlagnahmt wurden."* ●

Brasilien-Kommission Gruppe Lübeck

Puerto Rico

Yankees wollen Kolonialstatus vertuschen!



Massendemonstration in Puerto Rico: „Yankee go home"

Puerto Rico ist seit 1898 Kolonie der USA. Vor kurzem wurde die Insel als „Freier Assoziierter Staat" zum zusätzlichen Bundesstaat erklärt. Allerdings stellte sogar der Entkolonisierungsausschuß der UNO fest, daß sich am Kolonialstatus Puerto Ricos nichts geändert hat.

Seit 1973 arbeitet im Auftrag des US-Kongresses ein „Ad-hoc-Komitee", das „Reformen" ausarbeiten soll, die die Beziehungen zwischen den USA und Puerto Rico betreffen. Im Januar gab das Komitee seine Arbeitsergebnisse bekannt, die in der bürgerlichen Presse der USA und Puerto Ricos unter der Parole „Vertrag für die permanente Union zwischen Puerto Rico und den USA" breit herausgestellt wurden. In dem

(Spiegel – Anzeige, Nr. 8/75)

Die zollfreie Einfuhr in die Vereinigten Staaten ist nur ein Grund, warum Sie Ihr neues Zweigwerk in Puerto Rico/USA errichten sollten.

„Vertrag ..." heißt es u.a.:

„Das puertoricanische Volk ist eine autonome politische Körperschaft, die durch eigenen und freien Willen und in allgemeiner Übereinstimmung mit den USA unter der juristischen Struktur und dem offiziellen Namen, ‚Freier assoziierter Staat' Puerto Rico organisiert ist. Das puertoricanische Volk, eine kulturelle Gemeinschaft mit spanischer Sprache und Tradition, Bürger der USA ebenso wie Bürger von Puerto Rico, hat wiederholt entschieden und die Absicht zum Ausdruck gebracht – in ihrer Verfassung und in Volksabstimmungen speziell zu diesem Zweck –, daß es in permanenter Union mit den USA auf beiderseitig zufriedenstellender und gerechter Grundlage leben will." („Granma" 5/76).

Die Zusammensetzung des „Ad-hoc-Komitees", daß diese Lügen in die Öffentlichkeit brachte, ist folgende: fünf Abgeordnete des US-Kongresses (darunter zwei, die vor Jahren offen die Annexion Puerto Ricos verteidigten), fünf Mitglieder der Kolonialen Regierung Puerto Ricos, zwei Bankiers aus den USA sowie zwei Bankiers aus Puerto Rico (ebenda).

Die Ablehnung des „Vertrages" unter den Puertoricanern ist groß. Sogar die Vereinigung der Rechtsanwälte auf der Insel wandte sich mehrheitlich dagegen. Die Sozialistische Partei (SP) auf der Insel lehnte in Flugblättern den „Vertrag" als *„Manöver, das gegen die Interessen des Puertoricanischen Volkes gerichtet ist"*, ab. Flugblattverteiler der SP wurden auf offener Straße in St. Juan (Hauptstadt) angeschossen und schwer verletzt (ebenda).

Die USA haben daher bisher auch darauf verzichtet, den Schein von demokratischer Zustimmung der Puertoricaner zu ihrem kolonialen Joch sich geben zu lassen: Freie Wahlen hat es in diesem Land nie gegeben. Das Volk fordert:

YANKEE GO HOME ●

Mexiko

Völliger Rückzug in der Zionismusfrage

Mexiko hatte der Zionismus = Rassismus-Resolution in der UNO zugestimmt. Daraufhin äußerten die USA, Israel und die zionistischen Organisationen in den USA schärfsten Protest gegen diese Haltung der mexikanischen Regierung (vergl. AK 73). Die Zionistenorganisationen der USA verhängten einen recht wirksamen Tourismusboykott gegen Mexiko: unmittelbar nach dem Boykott-Beschluß wurden über 120.000 Hotelbuchungen rückgängig gemacht, was für Mexiko eine Einbuße von mehreren Mio. Dollar an Devisen ausmacht („Neue Zürcher Zeitung", 29.1.).

Der mexikanische Außenminister, der seine Stimme in der UNO für die Resolution abgegeben hatte – mußte bereits zurücktreten; und jetzt hat Präsident Echeverria in einem Treffen mit Vertretern der zionistischen Organisationen versichert, daß er den Zionismus für durchaus *„ehrenvoll"* halte („NZZ", 29.1.)

Die Zionistenorganisationen haben daraufhin ihren Boykottbeschluß aufgehoben und mit dieser Aktion auf's Neue unmißverständlich deutlich gemacht, wie begrenzt der Spielraum für eine – wenn auch noch so vorsichtige – unabhängige Außenpolitik der lateinamerikanischen Staaten ist. ●

Militärtreffen in Montevideo „Der Marxismus – unser gemeinsamer Feind"

Anfang November 1975 berichtete das Sprachrohr der chilenischen Junta „Mercurio" von einer Zusammenkunft führender Militärs südamerikanischer Länder.

Als der oberste Befehlshaber des Generalstabes der chilenischen Streitkräfte, General Gustavo Alvarez Aguila aus Montevideo, dem Tagungsort, zurückkam, berichtete er:

„Bei der Zusammenkunft der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte war man sich darin einig, daß der Marxismus-Leninismus unser gemeinsamer Feind ist, der durch unsere gemeinsame Anstrengung bekämpft werden muß."

Als Vereinbarung der Tagung wurde beschlossen, daß die Geheimdienste der teilnehmenden Länder noch enger und besser zusammenarbeiten wollen. Folgende, von Chile bzw. Brasilien vorgeschlagene Themen wurden behandelt:

„Analyse der politisch-militärischen Beziehungen innerhalb des Interamerikanischen Sicherheitssystems" und *„Die Stadtguerilla auf dem amerikanischen Kontinent und Sicherheitsfragen."*

Chile forderte außerdem noch, daß der „Inter-Amerikanische Verteidigungsrat" mit den entsprechenden Rechten ausgestattet werden solle, um die „Organisation der Amerikanischen Staaten" als beratendes Gremium integriert zu werden.

Die Länder, die an diesem Faschistentreff nicht teilnahmen, waren: Kuba, Mexiko, Jamaica, Costa Rica und Trinidad Tobago.

Gegen die Stimme Perus wurde ein Antrag Chiles angenommen, wonach Streitkräfte, die von marxistischen Regierungen abhängig sind, aus dem kontinentalen Sicherheitssystem auszuschließen sind.

(Informationen aus „Mercurio" und „Chile-Nachrichten" 33, vergl. auch die im AK 73 abgedruckte Erklärung der Revolutionären Koordinationsjunta zum Treffen der Militärs). ●

Bolivien

Wiedereinstellung von Entlassenen erzwungen

Mitte Januar hatten die Arbeiter der größten Schuhfabrik des Landes, Manaco in Cochabamba, zehn Tage lang gestreikt, da der Kapitalist abgeschlossene Verträge nicht einhielt. Ende Januar wurde der Streik von der Regierung als „subversiv" bezeichnet und der größte Teil der Belegschaft, 820 Arbeiter, entlassen.

Daraufhin traten 25.000 Bergarbeiter in einen Solidaritätsstreik.

Dieser breite Protest zwang die Regierung, die Entlassungen zurückzunehmen. Alle 820 Arbeiter wurden wieder eingestellt. Schon 1974 war es zu größeren Kampfaktionen der Arbeiter von Manaco gekommen. Als die Regierung Preiserhöhungen von mehr als 100 % beschloss, besetzten die Arbeiter die Fabrik und das Stadtviertel, in dem sie liegt. ●

Kolumbien

Auch weiterhin Ausnahmezustand



Patrouille der Militärpolizei in Bogota

Präsident Alfonso Lopez hatte neben vielen anderen Versprechen anläßlich der letzten Wahl im Winter 1974 zugesagt, daß er im Falle seiner Wahl den Ausnahmezustand im Gegensatz zu den meisten früheren Regierungen nicht gebrauchen würde. Im August 1975 wurde der Ausnahmezustand verkündet und trotz zahlreicher gegenteiliger Beteuerungen bisher nicht aufgehoben.

Der Ausnahmezustand erklärt jeden Streik für illegal, verbietet jede Demonstration, Regierungs-oppositionelle Versammlungen gelten als „subversiv" und werden bestraft. Die nicht-regierungsfreundlichen Zeitungen gelten als „Anstifter zur Gewalt" – dieses Gesetz wird in Kolumbien vom linken und revolutionären Widerstand mit dem spanischen Anti-Terror-Gesetz verglichen.

Mitglieder des Obersten Gerichtshofes des Landes, die der Regierung ansonsten wohlwollend gegenüberstehen, haben das Dekret 1533, das massivst die Verteidigerrechte einschränkt, als „faschistisch" verurteilt („Informationsdienst nicht verbreiteter Nachrichten" Nr. 102 vom 22.11.75).

Der Ausnahmezustand, der die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung weitgehend dem Militär überträgt, ist für Kolumbien eine „erprobte Maßnahme, unzufriedene Arbeiter, Bauern, Lehrer oder Studenten im Zaum zu halten" („NZZ" vom 6.2.76).

Insgesamt ist die Einführung und Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes wohl nur das letzte Versprechen, was Präsident Lopez gebrochen hat.

Von der breiten Liberalisierung und Reformierung, die Präsident Lopez vor seiner Wahl angekündigt hatte, ist nichts übrig geblieben: die Reallöhne sinken, Korruption breitet sich aus, selbst ein ziviles Scheidungsrecht (bisher war praktisch nur die katholische Ehe anerkannt) wurde nicht eingeführt – stattdessen wurde das Konkordat „reformiert", so daß die katholische Kirche heute über mehr Rechte verfügt als vorher.

Die eigentliche Macht liegt bei den Militärs

Der Ausnahmezustand garantiert den Militärs nicht nur materielle Vorteile, wie z. B. doppelte Anrechnung der Dienstjahre, sondern wesentlich eine erhebliche Ausweitung der Machtbefugnisse. Alle wichtigen Entscheidungen innenpolitischen Charakters werden von den Militärs getroffen. Allerdings präsentiert sich die Militärführung nicht als politisch einheitlicher Block, vielmehr gibt es gewisse Differenzen über die Durchführung und den Charakter des Ausnahmezustandes. Dieses wird besonders deutlich am „Guerilla-Problem". Der frühere Oberkommandierende der Armee, General Valenvia, trat für eine „politische Lösung" ein, während der heutige Verteidigungsminister, General Varon, die militärische Vernichtung der Guerillas forderte. Varon konnte Valencia im Mai 1975 ausbooten, samt dessen Offizierschargen. Dieses Manöver dürfte seinen Ursprung weniger in persönlichen Rivalitäten haben, sondern ist vielmehr als Erfolg der „harten Linie" zu werten. Die Ausrufung und Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes sind ebenfalls wesentlich auf die Militärclique zurückzuführen, dessen Hauptfigur eben Varon ist.

Zum Anlaß einer noch konsequenteren Terrorherrschaft nahm die in der Regierung führende Militärclique die Erschießung des Generalinspekteurs der Armee im vergangenen September, für die sich die ELN, die Nationale Befreiungsarmee, verantwortlich erklärte.

Die Militärs, in deren Händen auch die Verwaltung der Justiz liegt, organisierten einen Schauprozeß gegen die angeblichen Täter, wie es aus faschistoiden Ländern bekannt ist.

Der Hauptangeklagte widerrief im Prozeß sein im Untersuchungsverfahren geleistetes „Geständnis" – dieses war ihm durch Folterungen und Drohungen erpreßt worden. Der ins Feld geführte „Kronzeuge" belastete einen der Angeklagten so widersprüchlich, daß selbst der Staatsanwalt auf Freispruch plädierte. Nichtsdestotrotz dienten die Aussagen dieses „Zeugen" als Beweis für einen anderen Mitangeklagten, der mit Gefängnis bestraft wurde.

Dazu der Staatsanwalt, ein Major: „Es sei besser, einen Unschuldigen zu verurteilen, als einen Schuldigen laufen zu lassen" (ebenda).

Das Urteil lautete folgerichtig für vier Angeklagte auf 24 bis 28 Jahre Gefängnis!

Die „Neue Zürcher Zeitung" vermutete sogar zu den Hintergründen dieses Prozesses, daß Teile der Armee selbst in den „Mordfall verwickelt" seien: *„Die Verteidigung behauptete, es sei dabei zu der Beteiligung hoher Offiziere am Drogenhandel, Waffenschieberei und anderen Delikten gekommen"* („NZZ", 6.2.76).

Man darf gespannt sein, was über die Regierung der zivilen Gallionsfigur Präsident Lopez' noch alles ans Licht kommen wird. ●

Lateinamerika-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Uruguay

Weitere Verhaftungen – Wahlen „verschoben"

Auch im Januar und Februar sind in Uruguay zahlreiche Regimegegner verhaftet worden. Darunter auch so bekannte Persönlichkeiten wie Liber Seregni, der Vorsitzende der „Frente Amplio" (Zusammenschluß aller bürgerlichen politischen Parteien, einschließlich der KP). Die Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen in Uruguay – ebenso in Chile und Brasilien – erfolgte im Anschluß an die XI. Konferenz der Amerikanischen Streitkräfte, die unter Regie des Pentagon Ende Oktober 1975 in Montevideo stattfand (siehe Artikel in diesem AK). In Uruguay sind seit Beginn der Kampagne über 600 Regimegegner verhaftet worden („Neues Deutschland", 20.1.).

Die im November anstehenden allgemeinen Wahlen in Uruguay sollen auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da die Militärs keine „politische Agitation" in diesem Jahr wünschen. („Süddeutsche Zeitung", 23.1.76). ●

Chile
Pascal Allende im Asyl

Der Generalsekretär des MIR, Pascal Allende, seine Freundin, die Genossin Mary Anne Beausire, die sich in die Botschaft von Costa Rica geflüchtet hatten, Nelson Guiterrez, Mitglied der Politischen Kommission des MIR, dessen Freundin, die Genossin Maria Elena Bachmann und vier weitere Genossen, die in der päpstlichen Nuntiatur Zuflucht gesucht hatten, haben von der Junta Ausreisegenehmigungen erhalten („Süddeutsche Zeitung", 27.1.). Pascal Allende und Anne Beausire sind inzwischen schon in Costa Rica eingetroffen („Tagesspiegel", 3.2.).

Gleichzeitig wurde bekannt, daß weitere Genossen, die sich in die Botschaften von Österreich (sechs Genossen), Venezuela (zehn Genossen), Ecuador und der Dominikanischen Republik (Zahlen sind nicht bekannt) geflüchtet haben, demnächst ausreisen können („SZ", 27.1.).

Zur Ausreisebewilligung schrieb die „Süddeutsche Zeitung" am 27.1.: *„Politische Beobachter vermuten darin einen Versuch, das Ansehen der Militärregierung in der Welt etwas zu heben".* Diese Entscheidung dürfte Pinochet nicht leicht gefallen sein, handelt es sich bei Pascal Allende doch um den „Staatsfeind Nr. 1" der Faschisten, der als „gemeiner Krimineller" abgeurteilt werden sollte.

Die Freilassung der Genossen ist damit vor allem ein Sieg der weltweiten Proteste gegen die Junta, die inzwischen zu solchen Manövern gezwungen ist. ●

Wieder Kredite für Chile

Auch in diesem Jahr wird es wieder breite Wirtschafts- und Militärhilfe für Chile geben. Während in der bürgerlichen Presse groß getönt wurde, daß der außenpolitische Ausschuß des US-Repräsentantenhauses jede Militärhilfe untersagt hat, solange die Menschenrechte in Chile nicht respektiert würden, wurde die Gewährung eines 30-Millionen-Dollar-Kredits der USA bekannt („Neues Deutschland", 24.1.76). Die US-Regierung beabsichtigt zudem, Waffen (!) im Werte von 102 Mio. an Chile zu liefern („Welt", 26.1.76).

Gleichzeitig wurden Angaben über die US-Kredite des letzten Jahres gemacht. Die Finanzhilfe lag insgesamt bei etwa 1.165 Milliarden Dollar und hat damit eine „Rekordhöhe" erreicht!

Aber das ist noch lange nicht alles! Auch die Weltbank rückt zum zweiten Mal in kurzer Zeit mit einem Millionenkredit heraus. Bereits im Mai letzten Jahres waren 25 Mio. Dollar gewährt worden. Jetzt kommen noch mal 33 Mio. dazu. Mit diesem Geld soll die Kupferproduktion und -verarbeitung entwickelt werden. Auch eine „soziale" Begründung wurde parat gehalten: Durch Ankurbelung der Kupferproduktion schaffe man Arbeitsplätze in Chile.

Die Zustimmung der Weltbank kam zustande, weil sich die westeuropäischen Länder, u.a. wohl auch die BRD, der Stimme enthielten und nicht dagegen stimmten. Der Imperialismus von seiner „sozialen" Seite! Welch ein Zynismus, wenn man weiß, daß dieses Geld nur Verlängerung des faschistischen Terrors und damit der Not, des Hungers und der Unterdrückung für die Bevölkerung bedeuten kann!

Gegen die Kredite halten sich sogar mehrere US-Kongress-Mitglieder, mehrere internationale Organisationen sowie Amnesty International ausgesprochen. ●

Junta verstärkt Repression gegen legale Gewerkschaften



... gejagt, verhaftet und gefoltert. Häftlingsdrill im KZ Chacabuco im Norden.

In den letzten Monaten hat sich die Repression der Junta auf noch legale Gewerkschaften und auch auf christdemokratische Gewerkschaftsführer verstärkt. Der Grund hierfür ist die durch die enorme Verschlechterung der Lebenslage hervorgerufene Radikalisierung der Arbeiterklasse. Gelbe und christliche Gewerkschaften sind durch massiven Druck der Basis immer häufiger gezwungen, ökonomische Forderungen zu stellen.

So provozierten weitere Massenentlassungen im staatlichen Bereich, wie z.B. von über 2.000 Arbeitern und Angestellten der staatlichen Eisenbahngesellschaft sowie von 3.500 Arbeitern der Nationalen Elektrizitätsgesellschaft immer offenere Proteste. Dabei erkennen die Arbeiter die bestehenden Gewerkschaftsführer keineswegs an, wie z.B. ein Kommunique der im Untergrund organisierten Arbeiter der Elektrizitätswerke Chilectra zeigt. Darin heißt es: *„Die Gewerkschaftsführer repräsentieren nicht die Arbeiter, da sie nicht von ihren Gewerkschaftskollegen gewählt, sondern von der Unternehmensleitung ernannt worden sind, deren Sprachrohr sie sind"* („Chile-Nachrichten" Nr. 33).

Die Junta reagierte im November mit dem Verbot von 16 Einzelgewerkschaften!

Die Radikalisierung der Gewerkschaften führt aber auch zu einer Spaltung der legalen Gewerkschaftsbewegung. Einerseits hat ein Teil der Einzelgewerkschaften ein „Koordinierungskomitee der Gewerkschaften" gegründet, das die Funktion des aufgelösten Dachverbandes CUT übernehmen soll und sich damit hauptsächlich gegen ein bereits ausgearbeitetes Arbeitsgesetz der Junta richtet, das eine Schwächung der organisierten Gewerkschaftsbewegung zugunsten von übergreifenden branchenspezifischen Syndikaten vorsieht.

Andererseits versichert der faschistische Teil der Gewerkschaften mit Gründung einer „Arbeitsfront der Nationalen Einheit" der Junta ihre bedingungslose Unterstützung (nach „Chile-Nachrichten" Nr. 33).●

Gesinnungsbrüder: Kai Uwe v. Hassel – Pinochet

Bundestagsvizepräsident und Faschistenfreund K.U.v. Hassel (CDU) ist über *„die immer noch laufende Kritik an Chile sehr besorgt".* Die Kritik muß weg, die Folter kann bleiben. Sie kommt, nach v. Hassel, wenn überhaupt, nur *„noch vereinzelt vor"* (!!!).

Daß man nach dem Putsch „Untergrundkämpfer" aus Argentinien, Kuba und den La Plata-Staaten (v. Hassel meint anscheinend die zahlreichen politischen Flüchtlinge in Chile während der UP-Zeit, die vor dem faschistischen Terror in anderen lateinamerikanischen Ländern geflohen waren), die *„von Allende mit Hilfe Kubas bewaffnet worden waren, schleunigst wieder des Landes verwiesen hat, ist absolut verständlich. Aber Chilenen aus ihrem Land ausweisen? Das ist wieder die Menschenrechte; die so aus ihrer Heimat Vertriebenen werden zu Zentren des Widerstandes gegen Chile. Sie veröffentlichen Schwarzbücher, sie machen von sich reden. Im übrigen kennen wir sie aus Deutschland (!!); sie kommen von der extremen Linken, und von hier aus agieren sie gegen eine Regierung, die dem Kommunismus und dem Marxismus das Wirkungsfeld genommen hat"* („Deutsches Allgem. Sonntagsblatt", 16.11. 75).

Aus ähnlich „humanem" Grund kritisiert v. Hassel die Ausweisung von Bischof Frenz: Frenz hätte jetzt Gelegenheit, in der BRD gegen Pinochet & Co. Stimmung zu machen.

In der Junta-Presse („La Tercera" und „Mercurio") war folgendes zu lesen: *„Deutschland: Rechtfertigung der Ausweisung von Helmut Frenz. V. Hassel leugnete ... daß er anläßlich seiner kürzlichen Begegnung mit General Pinochet wegen des gegen den deutschen Bischof verhängten Einreiseverbots protestiert habe. Er sagte, Frenz sei ausgewiesen worden ‚wegen seiner pro-kommunistischen Aktivitäten' und nicht wegen seiner karitativen Arbeit. Nach v. Hassel habe der deutsche Bischof der Weltöffentlichkeit ‚ein nicht objektives Bild' der chilenischen Wirklichkeit gegeben".*

Nach CDU-Todenhöfer ist es jetzt v. Hassel zusammen mit seinem Bruder, dem Kanzler der westdeutschen Botschaft in Santiago, und dem neuen Botschafter Strätling (die drei sauberen Herren stammen allesamt aus Südafrika!) darum zu tun, das Image der Junta kräftig aufzupolieren! ●

Pinochet gegen „Demokratisierung"

Pinochet hat nochmals erklärt, daß die Junta keine politischen Parteien mehr zulassen wolle. Damit reagierte er auf die Kritik, die der Christdemokrat Frei an der Junta mit der Forderung nach „Wiedererrichtung der Demokratie" geübt hat: „Diese Kerenskis", die sich auf die Machtübernahme vorbereiten, würden Chile nicht wieder „zum Marxismus" fortreißen. ●

Chile: Nachfolger des „Friedenskomitees" unter „Schirmherrschaft der Junta"

Nachfolger des illegalisierten „Friedenskomitees", das in diesen Tagen seine Arbeit vollkommen einstellen wird, ist das „Vikariat für Solidarität", das allein von der katholischen Kirche getragen wird und der Pinochet-Clique direkt untersteht. Im „Friedenskomitee" arbeiteten außer der katholischen Kirche Lutheraner, Methodisten, protestantische Sekten, die orthodoxe Kirche und die jüdische Gemeinde mit. Es wurde durch das UNO-Hochkommissariat und das Rote Kreuz gegründet. Neuer Chef des Vikariats ist der katholische Priester Christian Precht Banados. Kardinal Silva Henriquez, auf dem Höhepunkt des Kirchenkonflikts (Nov. 75, vgl. AK 70) in Opposition zur Junta, arrangierte sich bereits Ende Dezember wieder mit den Faschisten und „verspricht" nunmehr, daß auch das neue „Vikariat" sich um die Verfolgten kümmern werde. Wie das im einzelnen aussehen wird, kann man sich lebhaft vorstellen. Zum einen wird die Arbeit des „Vikariats" dezentralisiert, so daß eine Übersicht über das tatsächliche Ausmaß der Verfolgung unmöglich sein wird, zum anderen hängt das Engagement für die politisch Verfolgten von den politischen Maßstäben des jeweils zuständigen Bischofs ab. Und da gibt es mehr als genug, die die Arbeit für die Verfolgten unter die direkte „Schirmherrschaft" der Faschisten stellen werden.

(Informationen nach: Bischof Frenz – Veranstaltung in Westberlin –, „Horizont" Nr. 5/76, „Chile-Nachrichten" Nr. 33). ●

Lateinamerika-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Chile si – Junta no" Aktionen gegen die Mörder-Junta

Bielefeld

Eine Aktionseinheit der KB-Sympathisanten, der GIM, des KBW und SB in Bielefeld hat am 6.2. den Auftritt des faschistischen deutsch-chilenischen „Singkreises Castilla 171-2" in der Aula des Bavink-Gymnasiums verhindert. Dieser Singkreis war unter dem Chorleiter Artur Junge aus den Kindern nach Chile ausgewanderter Faschisten (nach dem 8. Mai 45) gebildet worden. Kurz vor Beginn der Veranstaltung wurde mit Transparenten und unter „Chile si – Junta no!"-Rufen der Saal und die Bühne gestürmt und durch das Megaphon eine gemeinsame Erklärung verlesen. Nach einiger Zeit erschienen 30 Polizisten. Aufgrund der großen Zahl der Junta-Gegner, darunter auch Falken und DKP-Mitglieder, konnten sie nichts anderes, als die Auflösung der gesamten Veranstaltung, verkünden.

Das „Bielefelder Tageblatt" (SPD-nahe!!) jammerte über den verloren gegangenen Kunstgenuß: „... *Mit pseudo-plakativen Sprechbandparolen skandierten* (d.h. auf deutsch: im Versmaß vortragen) *die Protest-Organisierten eine mögliche Diskussion nieder. Schade. Chorleiter Artur Junge wäre schon ein interessanter Gesprächspartner gewesen ... Indes: Es kam nicht dazu. Dagegen wurde die lapidare Mitteilung eines Polizeibeamten, ‚die Veranstaltung findet nicht statt', mit infantilem Gejubel begrüßt ... Die wenigen sachlich eingestimmten Besucher, bedauerten diesen unsinnigen Eklat. Zu Recht: Man hätte vielleicht mehr über das Chile von heute erfahren können"* („BT", 7.2. und Bericht der Bielefelder KB-Sympathisanten).

Hannover

Auch in Hannover hatten der KB und in ähnlichem Sinne der KBW dazu aufgerufen, die geplante „Singkreis"-Veranstaltung am 4.2. zu einer Protestveranstaltung gegen den chilenischen Faschismus umzufunktionieren. Daraufhin sagte der Veranstalter lieber gleich den gesamten „Kulturabend" ab. Ein schöner Erfolg. (Nach dem Bericht des KB/Gruppe Hannover.)

Triests Docker boykottieren chilenische Schiffe

Die Hafenarbeiter von Triest haben in einer Solidaritätsaktion zwei Frachter der faschistischen Junta boykottiert und zum Auslaufen gezwungen. Die Aktion wurde von den Hafenarbeitergewerkschaften CGIL und CISL organisiert („Neues Deutschland" vom 23.1.76).

Kirchenbesetzung in Essen

Mit einer Kirchenbesetzung haben etwa 80 Chilenen, spanische Arbeiter sowie Einwohner aus Essen gegen die „unmenschlichen Verhältnisse in Chile", besonders gegen die Verhaftungen von Geistlichen, die sich im Rahmen der Friedenskomitees für die unterdrückte Bevölkerung einsetzen, protestiert. Transparente mit der Aufschrift „Münsterkirche in Essen besetzt, um das Friedenskomitee zu retten" wurden von der Polizei entfernt! ●

Journalisten kritisieren diffamierende Berichterstattung über Portugal

Im Kölner DGB-Haus fand Mitte Dezember letzten Jahres eine Öffentliche Veranstaltung mit Podiumsdiskussion und Film über Portugal statt, zu der die Deutsche Journalisten-Union und der Verband der Schriftsteller (beides Berufssparten in der IG Druck und Papier) sowie die Rundfunk–, Film- und Fernseh-Union (Berufssparte in der Gewerkschaft Kunst) aufgerufen hatten, und an der rund 150 Kollegen teilnahmen. Die gewerkschaftlich organisierten Journalisten und Schriftsteller wollten damit zur öffentlichen Auseinandersetzung über die reaktionäre Stoßrichtung der Berichterstattung der BRD-Presse über die politische Entwicklung in Portugal beitragen.

Als Grundlage für die Diskussion wurde zunächst ein Film gezeigt, den zwei Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks gerade abgedreht hatten: „Boavista: ein Dorf erwacht". In dieser Dokumentation berichten Landarbeiter im Alentejo, wie sie unter der faschistischen Diktatur leben mußten, wie sie aber nach dem 25. April 1974 daran gegangen waren, die Bewirtschaftung des Bodens kollektiv in die eigenen Hände zu nehmen.

Daß derartige Dokumentationen in der bürgerlichen Presse eine ausgesprochene Rarität sind, konnten die fünf Diskussionsteilnehmer auf dem Podium bezeugen: Eckart Spoo (Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union), Samuel Schirmbeck (Korrespondent des Hessischen Rundfunks), Hans Werner Hübner (Moderator des „Weltspiegel" beim WDR-Fernsehen), der Schriftsteller Günter Wallraff (der inzwischen schon einige Wochen auf der Landkooperative „Einheit macht stark" in Portugal lebt) und der Filmemacher Federico Füllgraf – alle waren selbst in Portugal gewesen und verfügten daher über eigene Vergleichsmöglichkeiten, in welch ungeheurem Ausmaß der revolutionäre Prozeß Portugals in der bürgerlichen Presse der BRD systematisch verteufelt wurde und wird.

Die Art und Weise, in der die BRD-Presse diese Hetze betreibt – so wurde während der Podiumsdiskussion hervorgehoben – sei schlimmer als in jedem anderem NATO-Land. Das gilt auch für Zeitungen mit „liberalem" Anspruch, wie etwa die „Süddeutsche Zeitung" oder die „Frankfurter Rundschau".

Deutlich wird dies durch einen einfachen Vergleich, wie der Rechtsputsch vom 25. November von der westdeutschen Presse behandelt wurde im Gegensatz zur Berichterstattung etwa der französischen Zeitung „Le Monde". So verbreitete die westdeutsche Presse, der allgemeinen antikommunistischen Generallinie entsprechend, es handle sich um einen „Linksputsch" von „kommunistisch gelenkten Abenteurern"; der Vormarsch der Reaktion in Portugal wurde gefeiert als „Normalisierung", als „Beseitigung der Gefahr einer kommunistischen Diktatur", und als „Sieg der Demokratie" und ausgemachte Faschisten wie der berüchtigte Oberst Jaime Neves, der seinerzeit maßgeblich an Massakern im Kolonialkrieg beteiligt war und in Portugal als „der Schlächter von Jaminga" bekannt ist, wurde von dem dpa-Korrespondenten in Lissabon als „freiheitlich-demokratischer Militärführer" bezeichnet. Dabei ist nur zu offensichtlich, daß sich die westdeutsche Presse einen Dreck um die „journalistische Sorgfaltspflicht" schert und sich im Interesse der Bourgeoisie bereitwilligst auf die Beteuerungen und Lügen des vom CIA bezahlten Mario Soares und anderen Konterrevolutionären verläßt.

Anders die französische Tageszeitung „Le Monde", die gleichwohl über jeden Verdacht erhaben ist, eilinke Zeitung zu sein.

Gleich nach den Ereignissen v. 25. November schickte „Le Monde" eigens einen Reporter zu den Fallschirmjägern nach Tancos, um Informationen aus erster Hand zu beschaffen. Überhaupt war die Zeitung bemüht, durch detaillierte Recherchen und Gespräche mit der Bevölkerung ein bis in die Einzelheiten genaues Bild von den Vorgängen um den 25. November zu zeichnen und die Gründe für den erfolgreichen Vormarsch der Reaktion zu rekonstruieren. Dabei kam das Blatt zu dem Schluß, daß Soares Behauptung, die PCP und die revolutionäre Linke hätten einen Putschversuch unternommen, nicht der Realität entspreche. Auch wies „Le Monde" sehr ernsthaft auf die Gefahr eines neuen Rechtskurses in Portugal hin.

Daß die westdeutsche Presse an einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung gar nicht interessiert ist, verdeutlichten Beispiele, die während der Podiumsdiskussion enthüllt wurden. So war der Kollege Samuel Schirmbeck, der nicht nur als Korrespondent für den Hessischen Rundfunk arbeitet, sondern auch für die „Frankfurter Rundschau", nach dem 25. November extra nochmals für einige Tage nach Lissabon geflogen. **Als er nach seiner Rückkehr der „liberalen „Frankfurter Rundschau" einen ausführlichen Bericht anbot, lehnte Chefredakteur Werner Holzer diesen mit der Begründung ab, Schirmbecks portugiesische Informanten, „redeten alle so emotional", und das bringe die ganze Sache in eine falsche Richtung!**

Diese eindeutige politische Absage war kein Einzelfall: seit dem gescheiterten Rechtsputsch vom 11. März '75 hat die „Frankfurter Rundschau" keinerlei Portugal-Artikel von Schirmbeck mehr angenommen.

In diesem Zusammenhang sei nur noch einmal an ein ähnliches Beispiel aus jüngster Zeit erinnert: als die faschistische GNR vor dem Gefängnis in Porto das Feuer auf Demonstranten eröffnete und dabei drei Demonstranten, darunter den Hamburger Günter Bruns, erschoß und mehrere andere lebensgefährlich verletzte, weigerte sich der dpa-Korrespondent in Lissabon, eine wahrheitsgemäße Schilderung der Vorfälle bei der Demonstration entgegenzunehmen mit der Begründung: „Solche Geschichten verkaufen sich in der BRD nicht gut." Stattdessen verbreitete er über seine Fernschreibleitung die sattsam bekannten Lügen von einem angeblichen „Sturm der Demonstranten auf das Gefängnis" und einer angeblichen „Notwehrsituation" für die faschistische Killer-Truppe GNR. dpa-„Nachrichten" werden von der gesamten BRD-Presse bezogen und verwendet.

Angesichts derartiger, sich häufender Erfahrungen und der Funktion, die die bürgerliche Presse mit ihrer diffamierenden Berichterstattung für die Interessen der Bourgeoisie erfüllt, kamen die Kölner Journalisten-Kollegen am Ende ihrer Portugal-Veranstaltung zu dem Schluß, daß es Aufgabe aller „demokratisch-kritischen" Journalisten sein müßschaffen und „für eine bessere, den Realitäten gerecht werdende Berichterstattung zu kämpfen".

Einen solchen Ansatz kann man nur unterstützen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, eine rege Enthüllungsarbeit über die Schweinereien der bürgerlichen Presse zu entfalten. Nur so wird ein breiter Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte unter den Journalisten zu erreichen sein und sich die Erkenntnis durchsetzen, daß der Kampf um eine Presse, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, nur an deren Seite gewonnen werden kann. Diese Erfahrung hat gerade das Beispiel Portugal wieder bestätigt. ●

(Fakten nach IDN 17.1.76)

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

BRD-Presse diese Hetze betreibt – so wurde während der Podiumsdiskussion hervorgehoben – sei schlimmer als in jedem anderem NATO-Land. Das gilt auch für Zeitungen mit „liberalem" Anspruch, wie etwa die „Süddeutsche Zeitung" oder die „Frankfurter Rundschau".
Deutlich wird dies durch einen einfachen Vergleich, wie der Rechtsputsch vom 25. November von der westdeutschen Presse behandelt wurde im Gegensatz zur Berichterstattung etwa der französischen Zeitung
einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung gar nicht interessiert ist, verdeutlichten Beispiele, die während der Podiumsdiskussion enthüllt wurden. So war der Kollege Samuel Schirmbeck, der nicht nur als Korrespondent für den Hessischen Rundfunk arbeitet, sondern auch für die „Frankfurter Rundschau", nach dem 25. November extra nochmals für einige Tage nach Lissabon geflogen. Als er nach seiner Rückkehr der „liberalen „Frankfurter Rundschau" einen ausführlichen Bericht anbot,
Nur so wird ein breiter Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte unter den Journalisten zu erreichen sein und sich die Erkenntnis durchsetzen, daß der Kampf um eine Presse, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert, nur an deren Seite gewonnen werden kann. Diese Erfahrung hat gerade das Beispiel Portugal wieder bestätigt.
(Fakten nach IDN 17.1.76)
Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Protestaktionen gegen das faschistische Schah-Regime

Die Morde an Antifaschisten im Iran sind in den letzten Tagen auf mittlerweile 19 gestiegen! Wie bereits in der letzten Ausgabe des AK gemeldet, wurden acht Genossen und eine Genossin Ende Januar „standrechtlich erschossen". Nach Berichten der CISNU wurden diese Genossen wahrscheinlich sogar zum Tode gefoltert, was schon häufiger die Hinrichtungsmethode des Schah-Regimes war.

Innerhalb einer Woche wurden inzwischen fünf weitere Antifaschisten (darunter zwei Frauen) auf offener Straße in Teheran erschossen – sowie fünf weitere auf den Straßen von Täbriz. Diese 19 Morde sind vom Schah-Regime selbst bekanntgegeben worden; bei der totalen Pressezensur im Iran ist unbekannt, ob weitere Genossen möglicherweise noch „inoffiziell" umgebracht wurden.

Die CISNU hat in mehreren Ländern Protestaktionen gegen diesen abscheulichen Terror organisiert. In Bonn wurde am 28. Januar die iranische Botschaft besetzt; in Paris einen Tag vorher das Informations- und Propagandazentrum des Schahs, von wo die Besetzer dann per Telex Protestaufrufe um die Welt funkten. Die Pariser Polizei ging schließlich brutal gegen die Besetzer vor: Als diese das Gebäude wieder verließen, wurden 20 von ihnen festgenommen, darunter zwei iranische Studenten aus Gießen. Die Festgenommenen wurden auf dem Polizeirevier derart zusammengeschlagen, daß zwei von ihnen ins Krankenhaus transportiert werden mußten!

In Gießen wurden daraufhin an der Universität 1.541 Unterschriften unter eine Protestresolution gegen die Inhaftierung der iranischen Antifaschisten in Paris gesammelt. Der AStA und die ESG gaben des weiteren eine Presse-Erklärung heraus, in der die sofortige Freilassung der Festgenommenen gefordert wurde. In Frankfurt war einige Tage zuvor auf einer Frauenveranstaltung von KB, GIM und zwei Jugendzentrumsgruppen eine Protestresolution gegen die Hinrichtungen im Iran und gegen die Polizeiüberfälle auf Wohnungen von CISNU-Mitgliedern in der BRD verabschiedet worden (siehe AK 72; die noch in Haft behaltene persische Antifaschistin aus Offenbach wurde inzwischen wieder freigelassen.).

Diese Resolution, in der auch der Schutz persischer Antifaschisten vor den Verfolgungsmethoden des SAVAK in der BRD gefordert wurde, wurde anschließend über das AStA-Info an der Frankfurter Universität verbreitet.

In mehreren Ländern gab es auch andere militante Protestaktionen: in die Büros der iranischen Fluggesellschaften in Paris und Mailand sowie in die iranischen Botschaften in San Franzisko und im Vatikan flogen Molotow-Cocktails.

Auch von seiten einiger bürgerlicher Politiker gab es Proteste. In der BRD wandten sich Bischof Scharf und die Frau des ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann gegen den Terror des Schah-Regimes. Im britischen Unterhaus gab es von seiten eines Labour-Abgeordneten eine Anfrage an die britische Regierung, was diese gegen den Schah zu unternehmen gedenke – eine Reaktion der Wilson-Regierung darauf ist uns unbekannt.

In Schweden haben alle vier Parlamentsfraktionen in einer Resolution gegen die erneuten Morde protestiert; sie schickten ferner eine Delegation in die iranische Botschaft in Stockholm. In Holland gab es ebenfalls eine Debatte darüber im Parlament. Ferner protestierten 19 UNO-Delegationen (aus welchen Ländern, ist uns ebenfalls unbekannt) offiziell gegen das Schah-Regime.

Die Proteste einiger bürgerlicher Politiker können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies A u s n a h m e n sind und daß die imperialistischen Staaten, darunter die BRD, nach wie vor das Mörder-Regime des Schahs diplomatisch, politisch und materiell stützen. ●

nach einem Informationsgespräch mit der CISNU
KB/Gruppe Frankfurt

Veranstaltung mit der SUV in Kassel und Frankfurt
Relativ schlecht besucht waren politische Veranstaltungen mit der portugiesischen SUV (Linker Soldaten-Verband) in Kassel (am 3.2.) und Frankfurt (12.2.).
In Kassel kamen gut 50 Genossen, in Frankfurt gerade 120. Beide Städte zeichnen sich durch eine gewisse Dominanz der sogenannten „Sponti-Bewegung" innerhalb der Linken aus. Der portugiesische Rechtsputsch vom 25. November und die in seinem
Gerade mit den „Spontaneisten", die während der Zeit rascher politischer Erfolge in Portugal die Solidaritätsarbeit sehr stark mitgetragen haben, macht sich die Resignation am stärksten breit. So kamen auf die KasslerVeranstaltung bloß zwei Vertreter der „Spontis", um sich „das ganze mal anzuschauen". Für die „Sponti-Bewegung" verstärkt sich derzeit die Gefahr einer weiteren Entpolitisierung und des Abdriftens

Veranstaltung mit der SUV in Kassel und Frankfurt

Relativ schlecht besucht waren politische Veranstaltungen mit der portugiesischen SUV (Linker Soldaten-Verband) in Kassel (am 3.2.) und Frankfurt (12.2.).

In Kassel kamen gut 50 Genossen, in Frankfurt gerade 120. Beide Städte zeichnen sich durch eine gewisse Dominanz der sogenannten „Sponti-Bewegung" innerhalb der Linken aus. Der portugiesische Rechtsputsch vom 25. November und die in seinem Gefolge weitgehende Liquidierung revolutionärer Errungenschaften in Portugal hat inzwischen sehr stark in Form lähmender Resignation auf die westdeutsche Solidaritätsbewegung durchgeschlagen, wie die schwache Besucherzahl nicht nur dieser beiden Veranstaltungen zeigt (vergl. dazu auch SUV-Veranstaltung in Bremen mit gut 70 Genossen – AK 74).

Gerade mit den „Spontaneisten", die während der Zeit rascher politischer Erfolge in Portugal die Solidaritätsarbeit sehr stark mitgetragen haben, macht sich die Resignation am stärksten breit. So kamen auf die KasslerVeranstaltung bloß zwei Vertreter der „Spontis", um sich „das ganze mal anzuschauen". Für die „Sponti-Bewegung" verstärkt sich derzeit die Gefahr einer weiteren Entpolitisierung und des Abdriftens nach rechts.

Auf der Kassler Veranstaltung wurden 70,–DM für landwirtschaftliche Kooperativen und 81,– DM für den MES (eine kommunistische Organisation) gesammelt. In Frankfurt waren es 200,– DM für die politischen Gefangenen. ●

(Nach Berichten unserer Ortsgruppen in Kassel und Frankfurt)

MPLA-Solidarität in Bochum

Am 6.2.76 organisierte der „Bund Afrikanischer Studenten" (BAS) eine Solidaritätsveranstaltung für den Kampf des angolanischen Volkes. Es waren schließlich 120 Menschen anwesend. Sowohl in einem Film eines holländischen Fernsehteams als auch in der Berichterstattung von Roshan Dhunjiboy (eine fortschrittlichen pakistanischen Journalistin) wurde eindeutig für die MPLA Partei ergriffen. Roshan Dunjiboy, die sich selbst längere Zeit in Angola aufgehalten hatte, setzte sich ausführlich mit den bekannten Positionen von KBW und „KPD" auseinander und erreichte es, daß deren Positionen im Publikum völlig isoliert waren. Auch die anwesenden afrikanischen Genossen ergriffen eindeutig für MPLA und gegen KBW und „KPD" Partei. Deren Standpunkte zum „Sozialimperialismus" erzeugten immer wieder den Unmut der Versammelten. Gegen die Störmanöver des KSV wurde mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der die BRD-Regierung aufgefordert wird, jede Unterstützung für FNLA und Unita zu unterbinden und die VR Angola anzuerkennen.

Die gesammelten Spenden sollen der MPLA zugute kommen. ●

Ein KB-Genosse aus Bochum

Organización Revolucionaria de Trabajadores

(O.R.T.)

Comité Central

Kommunistischer Bund 25.1.1976

Susannenstr. 41

2000 Hamburg 6

Queridos camaradas:

Una y otra vez hemos podido comprobar la solidaridad con que el "Kommunistischer Bund" apoya a las fuerzas revolucionarias en la lucha de los pueblos de España contra el fascismo, contra la oligarquía y el imperialismo.

Hay que resaltar los atentos análisis con los que seguiis y dais a conocer desde vuestra prensa el desarrollo de la lucha de clases en España, la generosa ayuda organizativa que de vosotros recibe en muchas actividades nuestra organización y varios grupos españoles antifascistas en la República Federal de Alemania, y también vuestras movilizaciones en acciones de solidaridad con la lucha de nuestro pueblo.

Vuestro apoyo ha hecho posible que la O.R.T. exponga por primera vez en una gran asamblea fuera de nuestro país en público sus posiciones políticas. Y también por primera vez hemos recibido en ese acto una ayuda en dinero de fuera de nuestras propias filas. 7.000 marcos muestra de la solidaridad de vuestros camaradas y de todos los que acudieron al acto.

Camaradas del Kommunistischer Bund: La lucha de clases en España avanza de año en año. Va a haber batallas decisivas.

Estrechemos nuestras relaciones políticas!

Unidad entre los comunistas!

L. Perez E. Rojo

Spendenbestätigung von O.R.T., Spanien

An den Kommunistischen Bund 25.1.1976

Liebe Genossen,

immer wieder haben wir die Solidarität erfahren können, womit der Kommunistische Bund die revolutionären Kräfte unterstützt in dem Kampf der Völker Spaniens gegen den Faschismus, gegen die Oligarchie und den Imperialismus.

Insbesondere wollen wir hier die aufmerksamen Analysen hervorheben, mit denen Ihr in Eurer Presse die Entwicklung des Klassenkampfes in Spanien verfolgt und bekannt macht, die großzügige organisatorische Unterstützung in vielen Tätigkeiten unserer Organisation sowie verschiedener antifaschistischer Spaniergruppen in der BRD und auch Eure Mobilisierungen bei Solidaritätsaktionen mit dem Kampf unseres Volkes.

Durch Eure Unterstützung hat die O.R.T. in einer Großveranstaltung in Hamburg zum ersten Mal vor der Öffentlichkeit ihren politischen Standpunkt vorbringen können. Auch zum ersten Mal überhaupt haben wir in dieser Veranstaltung eine Geldunterstützung außerhalb unserer eigenen Reihen erhalten. DM 7.000,–, die die Solidarität Eurer Genossen und aller Teilnehmer der Veranstaltung verkörpern.

Genossen des Kommunistischen Bundes: Der Klassenkampf in Spanien schreitet Jahr für Jahr voran. Entscheidene Schlachten stehen bevor.

Vertiefen wir unsere politischen Beziehungen!
Einheit unter den Kommunisten!

L. Perez E. Rojo

Spendenbestätigung

Genossen, Lissabon, 22. Januar 76

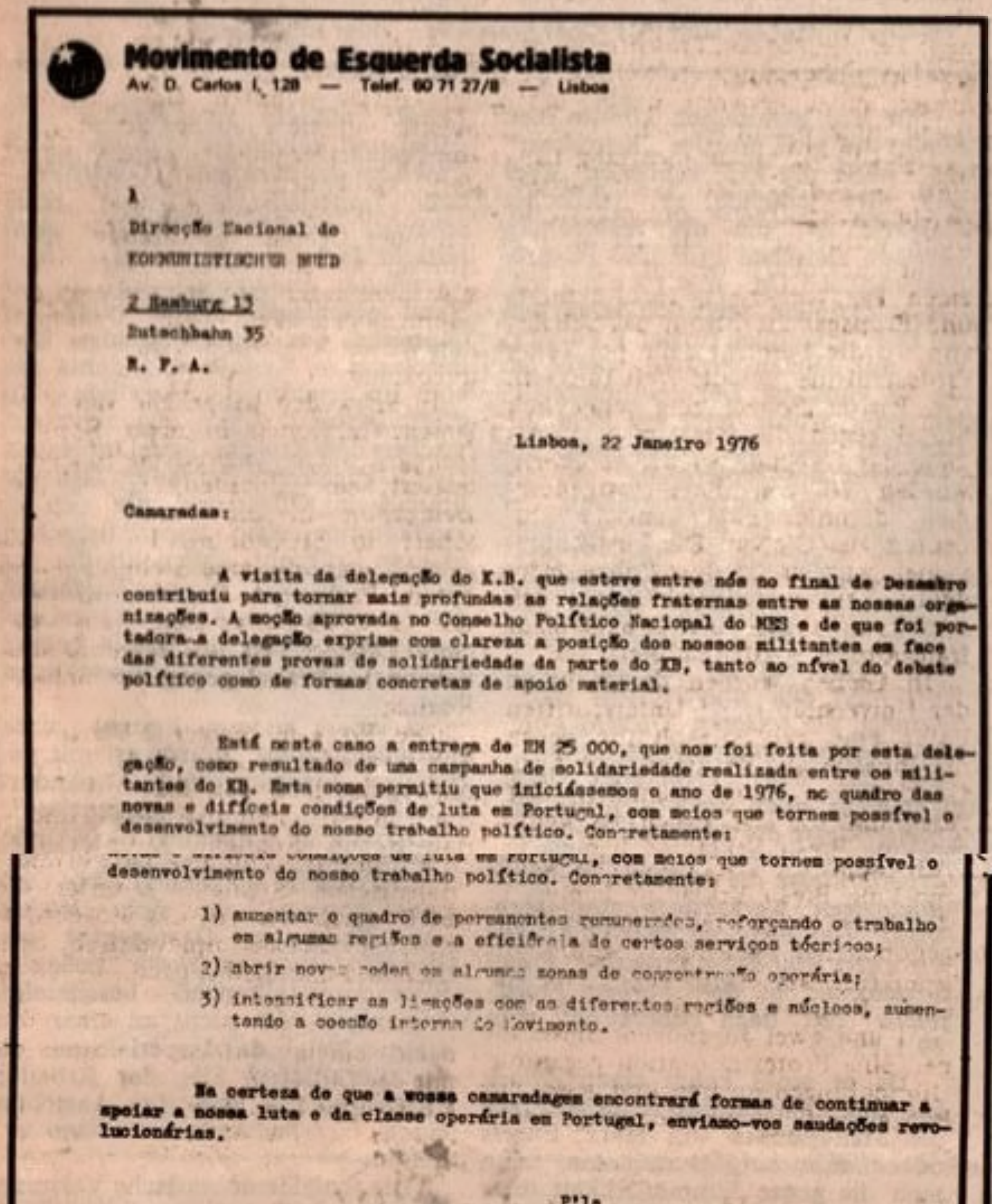
Der Besuch der KB-Delegation Ende Dezember bei uns hat dazu beigetragen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Organisationen zu vertiefen. Die Grußadresse der Nationalen Politischen Rats des MES, die die Delegation bei sich hatte, drückt klar die Haltung unserer Militanten gegenüber den verschiedenen Solidaritätsbeweisen des KB aus, sowohl auf der Ebene der politischen Auseinandersetzung wie der konkreten materiellen Unterstützung.

In diesem Fall geht es um die Übergabe von DM 25.000,- durch Eure Delegation, einer Spendensammlung unter den Genossen des KB. Mit dieser Summe konnten wir im Jahr 76, unter den neuen und schwierigen Kampfbedingungen in Portugal, unsere politischen Aufgaben angehen. Im einzelnen:

1.) die Zahl der freigestellten Kader erhöhen, unsere Arbeit in einigen Regionen verstärken und die technischen Anlagen verbessern;
2.) neue Büros in einigen Arbeitervierteln aufzumachen;
3.) die Verbindungen zwischen den verschiedenen Regionen und Zellen stärken, indem der innere Zusammenhang der Bewegung erhöht wird.

In der Gewißheit, daß Eure Genossen-Solidarität Formen finden wird, um unseren Kampf und den der Arbeiterklasse in Portugal zu unterstützen, senden wir Euch revolutionäre Grüße

Nationale politische Kommission



Movimento de Esquerda Socialista
Av. D. Carlos I, 128 — Telef. 60 71 27/8 — Lisboa

À
Direcção Nacional do
KOMMUNISTISCHER BUND
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
R. F. A.

Lisboa, 22 Janeiro 1976

Camaradas:

A visita da delegação do K.B. que esteve entre nós no final de Desembro contribuiu para tornar mais profundas as relações fraternas entre as nossas organizações. A moção aprovada no Conselho Político Nacional do MES e de que foi portadora a delegação exprime com clareza a posição dos nossos militantes em face das diferentes provas de solidariedade da parte do KB, tanto ao nível do debate político como de formas concretas de apoio material.

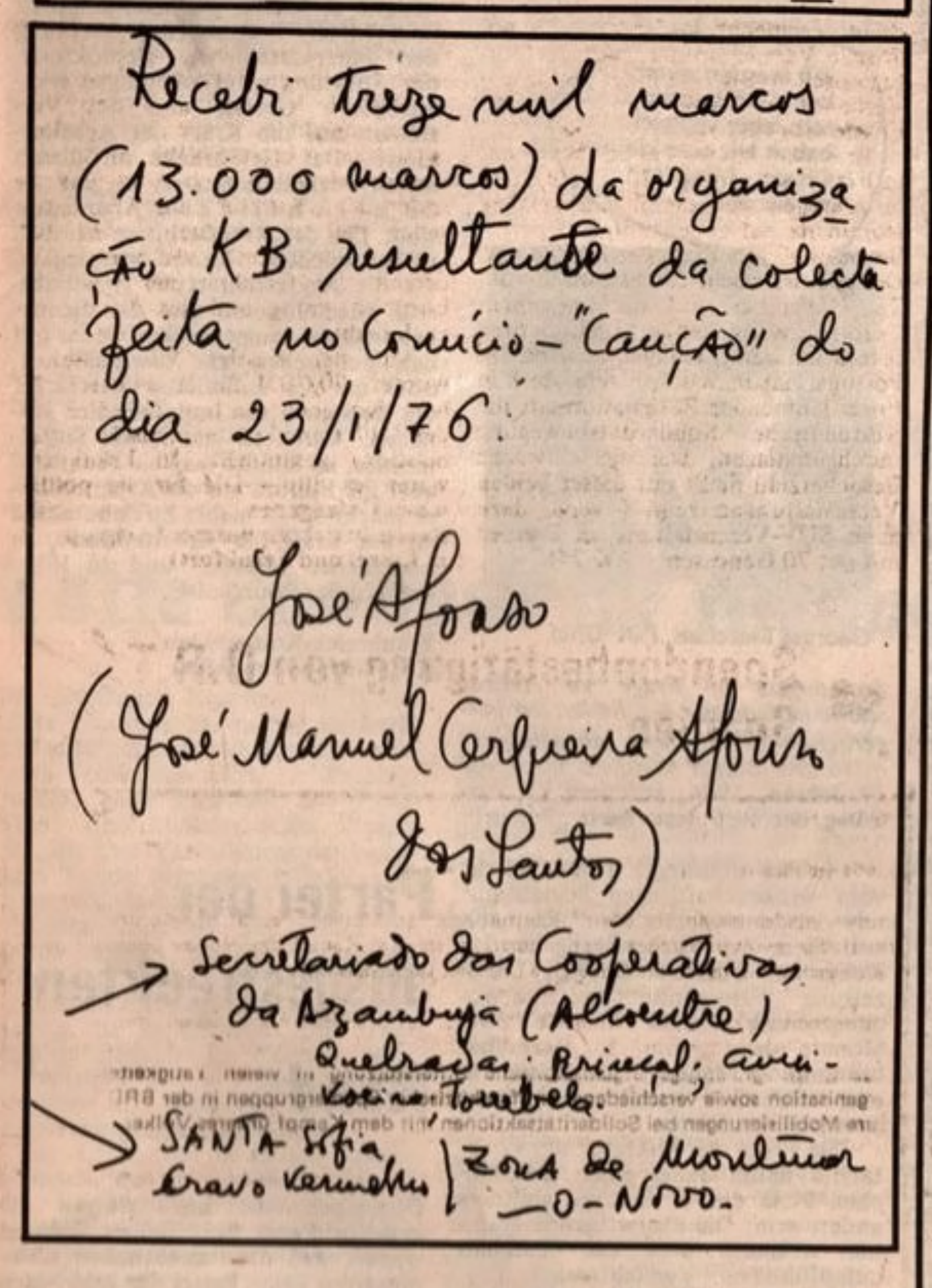
Está neste caso a entrega de DM 25 000, que nos foi feita por esta delegação, como resultado de uma campanha de solidariedade realizada entre os militantes do KB. Esta soma permitiu que iniciássemos o ano de 1976, no quadro das novas e difíceis condições de luta em Portugal, com meios que tornem possível o desenvolvimento do nosso trabalho político. Concretamente:

1) aumentar o quadro de permanentes remunerados, reforçando o trabalho em algumas regiões e a eficiência de certos serviços técnicos;
2) abrir novas sedes em algumas zonas de concentração operária;
3) intensificar as ligações com as diferentes regiões e núcleos, aumentando a coesão interna do Movimento.

Na certeza de que a vossa camaradagem encontrará formas de continuar a apoiar a nossa luta e da classe operária em Portugal, enviamo-vos saudações revolucionárias.

P'la
Comissão Política Nacional

Nuno Teotónio Pereira



Recebi treze mil marcos (13.000 marcos) da organização KB resultante da colecta feita no Comício-"Canção" do dia 23/1/76.

José Afonso
(José Manuel Cerqueira Afonso dos Santos)

→ Secretariado das Cooperativas da Azambuja (Alcoentre)
Quebrada; Brincal, Ameixoeira, Torrebela
→ SANTA Sofia
Cravo Vermelho | Zona de Montemor-O-Novo.

Wir drucken hier die Spendenbestätigung von Jose Afonso über eine erste Abschlagsumme von 13.000 Mark ab. Das Geld wurde auf der Hamburger Portugalveranstaltung vom 23.1.1976 gesammelt und ist für die verschiedenen Landkooperativen in Portugal bestimmt, nämlich:

1.) Für das „Sekretariat der Kooperativen von Azambuja" (Alcoentre) und die in ihm vereinigten vier Kooperativen Quebrada, Brincel, Ameixoeira und Torrebella
2.) Für die beiden Kooperativen Santa Sofia und Cravo Vermelho im Gebiet von Montemor-O-Novo.

Solidaritätsveranstaltung mit der MPLA in Frankfurt

Am 4. Februar 1961 begann in Angola der bewaffnete Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Imperialismus. Zur 15-jährigen Feier dieses Tages fand in Frankfurt eine Solidaritätsveranstaltung statt, zu der eine breite Aktionseinheit von CISNU, GIM, KB, Lotta Continua, MIR-Vertretung in der BRD, Portugal-Nachrichten, RK und SZ aufgerufen hatten. Vertreter der MPLA sowie ein westdeutscher Genosse, der längere Zeit auf Einladung der MPLA in Angola gewesen ist, berichteten vor rund 500 Teilnehmern über die Entwicklung des Befreiungskampfes und über den Aufbau einer neuen Gesellschaft in der heutigen Volksrepublik Angola. Diese Berichte wurden durch einen Film ergänzt, der in den Tagen vor der Proklamation der Volksrepublik gedreht wurde, und der u.a. grauenhafte Dokumente über die Massaker der pro-imperialistischen Söldnerheere FNLA und Unita enthielt.

Neben Grußadressen von Vertretern des MIR, der palästinensischen Ablehnungsfront und der CISNU drückten die beteiligten westdeutschen Organisationen ihre Solidarität mit der MPLA in einer gemeinsamen Erklärung aus. In dieser Erklärung wurde auch das Verhalten derjenigen Länder und Organisationen verurteilt, die sich als fortschrittlich bezeichnen, in Angola aber für FNLA und Unita Partei ergreifen. Von der Bundesregierung wurde die Anerkennung der VR Angola gefordert. Ausdrücklicher Beifall kam von den Veranstaltungsteilnehmern, als in der gemeinsamen Erklärung die hervorragende internationalistische Solidarität der kubanischen Genossen mit der MPLA erwähnt wurde.

Diese begrüßenswerte Begeisterung für einen *praktischen* Internationalismus zeigte sich aber leider noch in gewissem Widerspruch zum *eigenen* internationalistischen Engagement: das Spendenergebnis für die MPLA auf dieser Veranstaltung (durch Sammlung und Überschuß der Eintrittspreise!) erreichte gerade nur 800 DM. Ein von unserer Organisation durchgeführter Getränkeverkauf sowie Plakat- und Plattenverkauf konnte dem auch nicht mehr als 360 DM hinzufügen. An dieser Front des Internationalismus werden die Antiimperialisten, gerade in Frankfurt, noch einiges zu lernen haben.

Auf der Veranstaltung wurde ferner eine Grußadresse an die ZANU verabschiedet, in der der gemeinsame Kampf der Völker von Angola und Zimbabwe hervorgehoben wurde. Diese Grußadresse wurde einen Tag später auf einer vom KBW durchgeführten Veranstaltung verlesen und dort dem Genossen Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, übergeben. Dort nahmen ca. 400 Genossen teil und es wurden rund 5.000 DM für die ZANU gespendet. Fragen an den Vertreter der ZANU, insbesondere über deren Einschätzung der Situation in Angola (die der KBW beharrlich verschweigt, weil sie natürlich absolut nicht mit seinem Unsinn auf einen Nenner zu bringen sind), durften „aus Zeitgründen" leider nicht mehr gestellt werden. Immerhin wies der KBW-Ortschef in seinem Schlußbeitrag darauf hin, daß er auch „einige Meinungsverschiedenheiten" mit der ZANU über die „Situation im südlichen Afrika" hätte – ohne dies allerdings näher zu benennen, obwohl auch viele KBW-Genossen kaum darüber informiert sind. •

KB/Gruppe Frankfurt

Spenden-Kampagne

Wir werden zukünftig an dieser Stelle regelmäßig die bei uns neu eingetroffenen Solidaritäts-Spenden veröffentlichen. Diese Veröffentlichung schließt an die letzte Spenden-Liste in unserer Zeitung DIE INTERNATIONALE an.

Wir sind grundsätzlich bereit, an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt Geldspenden zu überweisen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich erkennbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir ihm den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MPLA, Angola

Spender	DM
M. u. H., Eimsbüttel, Hamburg	121,50
Wohnung L., H., H., Hamburg-Wandsbek	150,00
BO Eimsbüttel, Bez.Gr. Harv.	400,00
BO Harburg/Wilhelmsburg	20,00
Plakatverkauf Öff. Dienst	32,50
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	80,00
Fete Metallbereich, Hamburg	155,00
Betriebszelle Beiersdorf, Hamburg	30,00
Post-Zelle, Hamburg	76,50
BO Eimsbüttel, Lesekreis I u. II	30,00
KB/ Gruppe Kiel	70,00
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	320,00
Geburtstagsfeier Pinneberg	80,00
Chemie, Hamburg	90,00
KB-Flensburg	38,00
Arbeiterbuch Hamburg, Sammeldose	200,00
Genossen aus Harburg	40,00
M.P., Wuppertal	20,00
A.B., Kaiserslautern	30,00
KB-Oldenburg	133,00
B. St.	31,00
ESG, Bochum	256,11
KB-Oldenburg	27,60
Ch.H., Westberlin	20,00
KB-Göttingen	913,56
Wohnkollektiv Moabit, West-Berlin	188,62
Genossen aus Kiel	600,00
V.S., Hannover	200,00
Veranstaltung Heidelberg	40,00
Arbeiterbuch Bremerhaven	49,56
unbekannt aus Hamburg	200,00
M., BO-Barmbek, Hamburg	50,00
H.F., Landshut	20,00
V.S., Hannover	200,00
unbekannt Westberlin	100,00
Sylvesterfeier, KB Frankfurt	135,00
A.N., München	200,00
Sozialistische Basisgruppe, Clausthal	39,00
J.M., München	50,00
B.C., München	50,00
J.L., Marburg	225,00
M.J., Marburg	30,00
Wohngemeinschaft, Hamburg	50,00
A.D., München	30,00
C.R., München	60,00
H.B., Westberlin	10,00
J.S., München	263,00
H.K., Eggenfelden	10,00
K.K., München	90,00
H.H., München	25,00
R.M., München	120,00
Verkaufserlös aus Verkauf der Portugal-Kalender, JZI-Harburg	2.000,00
S., Marburg	4.000,00
M.L., Bremerhaven	100,00
R.S., München	79,00
M.H., Westberlin	40,00
J.K., Saarbrücken	20,00
R.R., Westberlin	50,00
H.R., München	60,00
KB-Göttingen	250,00
J.M., München	200,00
W.S., Marburg	1.000,00
U.v.R., Marburg	110,00
H.M., Göttingen	100,00
W.v.B., Westberlin	30,00
M.R., Göttingen	45,00
Summe	14.483,95

(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf DM 94.843,95)

Für O.M.A., Angola

Spender	DM
SSB Hamburg, Hamburg	11,50
SSB Reinbek	18,50
SSB Bez. Wandsbek/Billstedt	54,00
SSB GE Bergedorf, Hamburg	17,00
SSB Bez. Eimsbüttel, Hamburg	11,58
SSB Bez. Nord, Hamburg	11,00
SSB Bez. Altona, Hamburg	20,00
SSB Bez. Mitte, Hamburg	10,00
§218 Veranstaltung in Hamburg-Harburg	208,00
U.F., Hamburg	15,00
Summe	376,58

Für MIR, Chile

Spender	DM
Ohne Namen	50,00
Betriebszelle Nordd. Affi., Hamburg	100,00
Sammeltopf Arbeiterbuch, Hamburg	415,00
Straßenverkauf Frauengruppe in Barmbek	5,00
SSB-Gen. aus Hamburg-Eimsbüttel	70,00

Spender	DM
Sammeltopf Kneipe Dionysos, Hamburg	530,00
St.K., Lichtenfels	157,00
Chemiebereich, Hamburg	50,00
T.H., Hamburg	100,00
W.K., München	20,00
M.K., Westberlin	250,00
M., BO-Barmbek, KB Hamburg	50,00
H.F., Landshut	20,00
O., Frankfurt	100,00
M.L., Westberlin	100,00
I.B., Hamburg	200,00
Summe	2.217,00

Für PFLP, Palästina

Spender	DM
BO Eimsbüttel, Lesekreise I u. II	30,00
K.Z., Hamburg	50,00
Wohnkollektiv Moabit, Westberlin	92,94
KB Westberlin	100,00
A.C., Hamburg	3.500,00
Summe	3.772,94

Für FNL, Vietnam

Spender	DM
Geburtstagsfeier Pinneberg	70,00
Bezirksgruppe Schöneberg, Westberlin	70,00
Summe	140,00

Für Kambodscha

Spender	DM
unbekannt aus Hamburg	50,00
F.F., Göttingen	260,00

Für ORT, Spanien

Spender	DM
GEW Flensburg	250,00

Für F.U.R., Portugal

Spender	DM
KB-Gruppe Cuxhaven	101,71
Feier KB-Gruppe Kiel	154,69
Skat-Runde Kieler Genossen	35,00
Erzieherzelle „Vereinigung" II, Hamburg	101,00
Wohnung L.H.H.	150,00
Genossen und Sympathisanten aus Hamburg St. Pauli	150,00
AK Lesekreis Kieler Studenten	25,00
Sammlung Kollegengruppe Hoechst, Hamburg	36,50
Kontakte der Bezirksgruppe Hamburg Hoheluft	38,48
Straßensammlung Harburg	5,00
Betriebszelle Beiersdorf Hamburg	62,50
Gründungsversammlung „Aktion gegen das Abtreibungsverbot, Frankfurt	98,00
Pokerrunde KB/Frankfurt	17,25
B.K, Hamburg	10,00
F.S.R., Architektur, Hamburg	200,00
N.N., Hannover	10,00
Kneipe Plumecke, Hannover	56,00
KB/Gruppe Oldenburg	106,00
Jugendzentrum, Niebüll	70,00
H.M. Göttingen	100,00
Summe	1.327,13

(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die F.U.R. auf insgesamt: 65.091,54 DM*)

Für MES, Portugal

Spender	DM
Sammlung Eimsbüttel, Hamburg	8,50
SV-Versammlung, Kiel	38,78
Geburtstagsfeier Pinneberger Genossen	70,00
Bereichs-VV, KB-Gruppe, Kiel	100,00
KB-Gruppe, Reinbek	100,00
Betriebszelle Beiersdorf I, Hamburg	100,00
KB / Gruppe Eutin	138,00
M.L., Westberlin	310,00
SSB, Landshut	200,00
Portugal-Veranstaltung, Frankfurt	50,00
KHB-Sowi, Göttingen	40,00
Portugal-Veranstaltung, Hildesheim	71,00
Summe	1.226,28

(Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für den MES auf insgesamt: 70.652,25 DM* – Das bisherige Spendenergebnis hat damit 155.482,72 DM erreicht.)

*) Bei der vorletzten Portugal-Spendenliste (AK 72, Beilage) wurden Spenden zweier ÖTV-Zellen der F.U.R. zugerechnet, obgleich sie für den MES bestimmt waren, wie inzwischen reklamiert wurde. Wir haben dies korrigiert. – Bei der letzten Spendenliste für Portugal (AK 73) wurde ein Betrag für die CLARP (politische Gefangene) in Höhe von 280 Mark verbucht, der angeblich von der „KB, Gruppe Westberlin" gespendet wurde. Dies ist falsch. Tatsächlich wurde das Geld auf einer gemeinsamen Portugal-Veranstaltung von GIM, KB, RK, LC, SAG und SZ in Frankfurt gesammelt.

SPENDENKONTO: J. Reents, Konto-Nr. 240595-203, Postscheckamt Hamburg

Frankreich: Der Weg zum blau-weiß-roten „Sozialismus"

Vom 5. – 8. Februar fand der 22. Kongreß der „Französischen Kommunistischen Partei" (PCF) statt, der alle zwei Jahre fällig ist. Das bedeutendste Ergebnis dieses Kongresses war die öffentliche Abkehr von der Diktatur des Proletariats. Das stellt einen neuen Höhepunkt im Bemühen der PCF-Führung dar, sich für die Teilnahme an der Regierung „akzeptabel" zu machen – akzeptabel für bürgerliche Wähler und vor allem für die französischen Kapitalisten. Der PCF-Führung geht es darum, ihr an die PS verlorengegangenes Terrain durch Anpassung an antikommunistische Vorurteile wieder aufzuholen.



PS-Chef Mitterand und PCF-Chef Marchais oder umgekehrt ???

Nach eigenen Angaben zählt die PCF heute 600.000 Mitglieder. Sie stellt 1.000 Bürgermeister und 26.000 Stadträte; sie rekrutiert ihre Mitglieder zu 60 % aus der Arbeiterklasse und aus der Landarbeiterschaft. Darüberhinaus hat sie über die mit ihr verbundene größte Gewerkschaft, CGT (1973: 2,3 Mio. Mitglieder), den bedeutendsten Einfluß in der Arbeiterklasse.

Ihren höchsten Stimmenanteil erlangte die PCF 1946, unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs vom Nazi-Faschismus, mit 28,6 %. Damals hatte sie 800.000 Mitglieder und 142 Abgeordnete. Ihr tiefster Stand bei parlamentarischen Wahlen war 1958 (Militärputsch von de Gaulle) mit 18,9 % der Stimmen.

1972 erfüllte sich der lang gehegte Wunschtraum der PCF-Führung, das Wahlbündnis mit der PS. Dies allerdings nur, weil die PCF gegenüber den Sozialdemokraten Mitterands zu erheblichen Konzessionen bereit war:

– Während die PCF nach 1958 eine Kampagne zur Aufhebung des von de Gaulle eingeführten Präsidialregimes durchführte, akzeptierte sie im „Gemeinsamen Regierungsprogramm" mit der PS den Rahmen des „starken Staates" und ging sogar so weit, daß sie die Forderung der PS annahm, wonach bei einem eventuellen Wahlsieg der „Linksunion" sehr wohl ein Giscard als Präsident geduldet werden könne (die Wahlen zum Parlament, die für die Regierungsmehrheit entscheidend sind, und die Wahl des Staatspräsidenten, der faktisch die Politik bestimmt, sind getrennt).

– Die „Europäische Gemeinschaft", die von der PCF zuvor noch als *„Block der monopolistischen Trusts"* bezeichnet wurde, transformierte sich im Programm der Linksunion nun zu einer *„Organisation, an deren Aufbau mitgearbeitet werden soll"*.

– Während die PCF vor 1972 das völlige Ausscheiden Frankreichs aus der Nato forderte, spricht das von der PCF unterzeichnete „Gemeinsame Programm" nunmehr von *„Respektierung der aktuellen Allianzen Frankreichs"*.

– Die PCF verzichtete schließlich von vornherein auf die wichtigsten Ministerposten zugunsten der PS-Mannschaft.

Dem „Linksbündnis" gaben im Mai 1972, bei den Parlamentswahlen, 11 Millionen ihre Stimme; das waren 46,5 %. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1974 stimmten 13 Millionen, das waren 49 %, für den PS-Chef Mitterand.

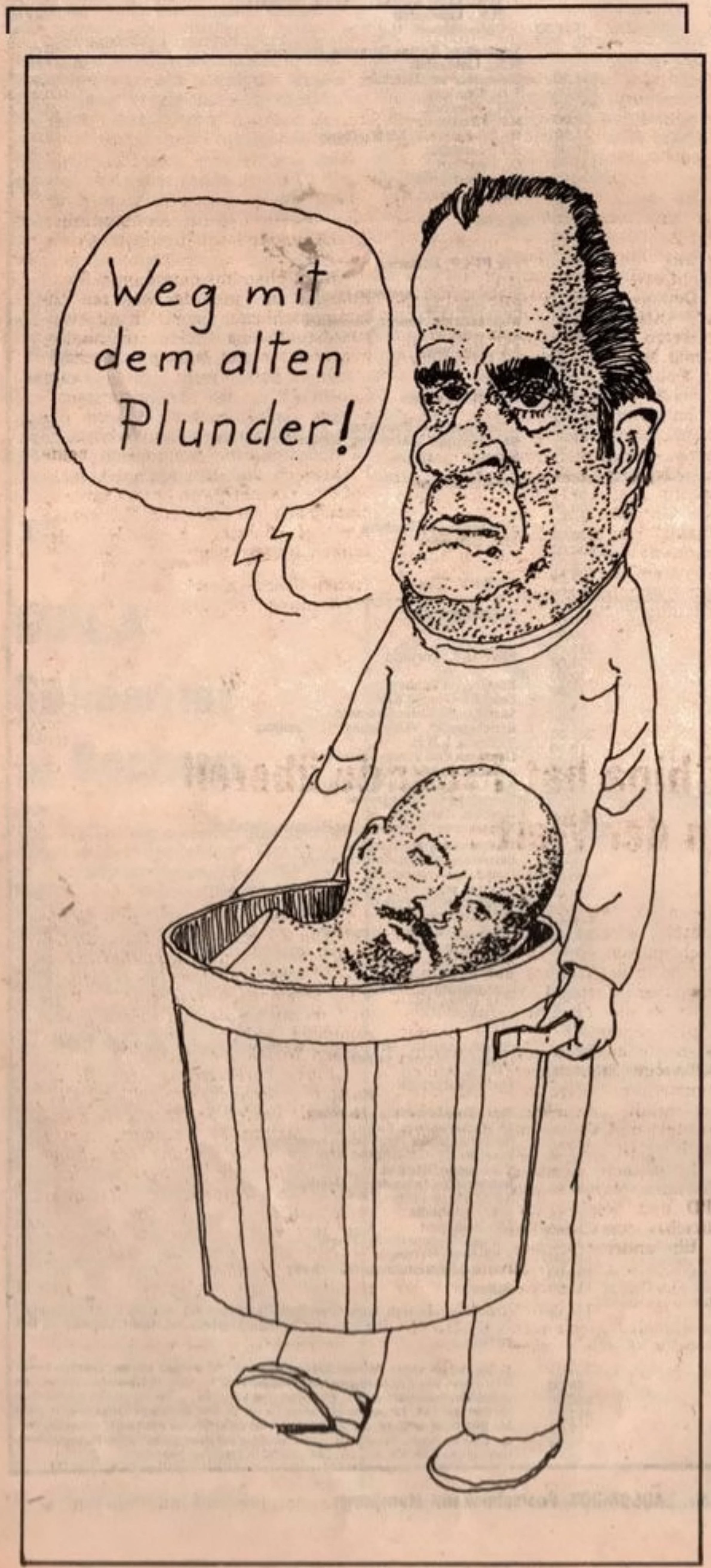
Während das „Linksbündnis" damit insgesamt einen Erfolg errang, entwickelte sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses immer mehr zuungunsten der PCF.

Die Mitterand-Partei war bis zur Herstellung des Linksbündnisses in der „Wählergunst" eindeutig im Nachteil gegenüber der PCF.

Bei den Parlamentswahlen 1962 erhielten die „Sozialisten" (die damals noch den Namen SFIO trugen) nur 12,6 % der Stimmen gegenüber 15,7 % 1958 (2,5 bis 3,2 Mio.), während die PCF ihren Stimmenanteil auf über 4 Mio. vergrößerte. Bei den nächsten Parlamentswahlen 1967 erreichten die „Sozialisten" im Bündnis mit dem linken Flügel der Radikalen Partei 19 % – die PCF allerdings 22,5 %, d. h. über 5 Mio. Stimmen. Infolge ihrer opportunistischen Politik während der Mai-Kämpfe 1968 und infolge der einhergehenden nationalistischen Aufstachelung der Bevölkerung durch die Gaullisten, ging der Stimmenanteil beider Parteien gleichermaßen um ca. 2,5 % zurück. Die PCF blieb aber bei allen Wahlen die bedeutendere der beiden Parteien.

Das änderte sich Schritt um Schritt seit der Herstellung des „Linksbündnisses". Die PS-Führung verstand es, den Stimmenzuwachs in erster Linie für ihre Partei auszunutzen.

Dies fiel ihr nicht allzu schwer, da die PCF um der „Einheit" willen immer mehr von ihren eigenen Positionen aufgab. Sie nahm Mitterand wider besseres Wissen und gegen-
immer mehr von ihren eigenen Positionen aufgab. Sie nahm Mitterand wider besseres Wissen und gegen-
teiliger Erfahrung gegenüber Zweifeln an seiner „sozialistischen Gesinnung" in Schutz (immerhin hat Mitterand zeitweise mit dem pro-nazistischen Vichy-Regime kollaboriert, war u. a. Innenminister, als der französische Imperialismus 1954 den beginnenden algerischen Befreiungskampf niederzuschlagen versuchte, und unterzeichnete als solcher 1957 sogar das Todesurteil gegen einen PCF-Genossen, der in den Reihen der algerischen Befreiungsfront mitgekämpft hatte!), und gab mehr und mehr den Erpressungsversuchen der PS nach, sich von der „Unterdrückung in der Sowjetunion" zu „distanzieren" (was jetzt auf dem 22. Parteitag offiziell gemacht wurde).



Eine Partei, die sich derart auf die schiefe Bahn begibt, kommt natürlich ins Rutschen. Die PCF-Führung hat mittlerweile offenbar gemerkt, daß ihr politisches Gewicht innerhalb des Bündnisses immer mehr abnimmt. Gleichzeitig weiß sie, daß sie im parlamentarischen Wettlauf um die Regierungsmehrheit nur dann weiter von der PS als Bündnispartner akzeptiert wird, wenn sie ihren Anpassungskurs nicht aufgibt, sondern fortsetzt. Die Konsequenz, die die PCF-Führung daraus zieht, besteht aus zweierlei: Zum einen eine öffentlich sichtbare Distanz gegenüber der PS herzustellen, d. h. nicht mehr ausschließlich von der „Einheit" zu sprechen, sondern mehr von der eigenen Partei als „Garanten der Einheit"; zum anderen durch eine weitergehende Anpassung an antikommunistische Vorurteile, sich auch für PS-Anhänger „wählbar" zu machen – d. h. die PCF als die „bessere" sozialdemokratische Partei zu profilieren.

Mitte 1975 veröffentlichte die PCF plötzlich das Buch „Die Einheit ist ein Kampf", in dem die bislang geheime Rede von Marchais vor dem ZK seiner Partei 1972 abgedruckt wurde (zum Zeitpunkt also, als damals das gemeinsame Programm mit der PS ausgehandelt wurde). Damit wurde die bislang nur auf interne Diskussionen verbannte Kritik an der PS wieder in die öffentliche Politik eingeführt. So heißt es z. B.:

„Es wäre gefährlich, sich die kleinste Illusion über die Aufrichtigkeit oder die Entschlossenheit der PS zu machen" – und weiter steht dort zu lesen: *„Wir suchen nicht und wir wünschen nicht, uns ideologisch an die Sozialistische Partei anzunähern. Das Wesen der heutigen Ideologie der PS ist prinzipiell reformistisch; sie bleibt dem wissenschaftlichen Sozialismus fremd; sie lehnt es ab, alle Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu beleuchten"* („L'union est un combat", 1975).

Für sich genommen könnte man daraus auf eine positive „Korrektur" der Politik der PCF schließen. Aber daß dies lediglich ein taktisches Manöver ist, um die verwischten Grenzen zwischen PCF und PS propagandistisch (in Worten) wieder herzustellen, zeigt sich daran, daß die PCF tatsächlich (in der Praxis) sich mit Meilenschritten weiter an die PS annähert. Der deutlichste Beleg dafür wurde jetzt auf dem 22. Parteitag mit der Streichung der „Diktatur des Proletariats" aus der Präambel des Parteiprogramms der PCF geliefert. In einer Fernsehrede erklärte Marchais zu dieser Frage: *„Ich werde meinen persönlichen Standpunkt darstellen: Heute entspricht das Wort ‚Diktatur' nicht mehr dem, was wir wollen. Dieses Wort trägt eine unerträgliche (!)Bedeutung, die unseren Thesen, unseren Wünschen entgegengesetzt ist ... Auch das Wort ‚Proletariat' paßt nicht mehr, denn wir wollen mit der Arbeiterklasse die Mehrheit der lohnabhängigen Werktätigen zusammenfassen. Das bedeutet aber nicht, daß*
abhängigen Werktätigen zusammenfassen. Das bedeutet aber nicht, daß
wir unser Ziel dabei vergessen: Einen Sozialismus in den Farben Frankreichs" (zit. nach „liberation" vom 29.1.1976).

Da es wohl kaum einen Zweck hat, den Revisionisten in dieser Frage die Standpunkte von Marx, Engels oder Lenin entgegenzuhalten, kann man die ganze Jämmerlichkeit ihrer heutigen Ideologie am besten wohl an ihren eigenen, früheren Erklärungen demonstrieren: *„Das Konzept von der Diktatur des*



Georges Marchais, PCF-Chef

Proletariats in Frage zu stellen, würde heißen, auf den Boden der bürgerlichen Demokratie abzugleiten" – so der Bürger Marchais noch vor 12 Jahren, 1964, auf dem 17. Parteitag der PCF (zit. nach „Spiegel" 7/76).

Die PCF-Führung hat ihre Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus mit viel „demokratischem" Klamauk vollzogen. Zur Vorbereitung des 22. Kongresses öffneten die PCF-Tageszeitung „L'Humanité" und ihre Wochenzeitung „France Nouvelle" zwei Monate lang (vom 1. Dezember bis zum 28. Januar) ihre Seiten für eine öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der Partei.

Die Frage der Diktatur des Proletariats nahm dabei einen wesentlichen Platz ein – und wie sollte es anders sein: Die überwiegende Mehrheit stimmte dem von Marchais „empfohlenen" Verzicht zu.

Die Befürworter des Verzichts brachten dabei „Argumente" vor, die an Idiotie und Wirklichkeitsfremdheit kaum noch zu überbieten sind und die ein „eindrucksvolles" Bild von der allgemeinen Versumpfung der PCF zu einer sozialdemokratischen Partei widerspiegeln. Da wurde in einem Beitrag einer Betriebszelle der *„Text von Lenin"* schlicht als *„veraltet"* abgetan und behauptet, daß die *„Entwicklung der friedlichen Koexistenz"* dem Imperialismus heute *„seine schärfste Waffe, die direkte militärische Intervention in innere Angelegenheiten anderer Länder"* aus der Hand geschlagen habe – und das angesichts der imperialistischen Einmischung in Angola, angesichts des vom Imperialismus organisierten Militärputsches in Chile, angesichts des wachsenden Kriegstreiberei im Nahen Osten, angesichts der kolossalen militärischen Aufrüstung, die sich in ausnahmslos allen imperialistischen Staaten vollzieht, angesichts der gar nicht „veralteten" eigenen Erfahrung der französischen Arbeiterklasse aus dem Mai 68, als de Gaulle bereits Panzer rings um Paris aufmarschieren ließ usw.

In einem anderen Beitrag „eines Betriebsgenossen" wurde gar mit nationaler Arroganz und Ausländerfeindlichkeit „argumentiert": Frankreich sei schließlich nicht Chile oder Portugal, die sich *„leichter von Illusionen, Demagogien und*
Frankreich sei schließlich nicht Chile oder Portugal, die sich *„leichter von Illusionen, Demagogien und*
Abenteurertum verführen" ließen! – Eine Angestelltenzelle bescheinigte denjenigen, die nicht an einen Zusammenbruch des Imperialismus ohne militärischen Sieg der Arbeiterklasse glauben, daß ihre Ansichten einen *„romanhaften Charakter"* hätten.

Die sozialdemokratische Versumpfung der PCF hat eine lange Tradition und ist, wie überall in den revisionistischen Parteien, Produkt des Opportunismus ihrer Führung, Produkt der Degradierung des Klassenkampfs zu einem parlamentarischen Schachspiel, Produkt der Abtötung der innerparteilichen Demokratie, der Abtötung eines lebendigen revolutionären Geistes und des Vertrauens auf die Kraft der Arbeiterklasse. Das Gefährliche an diesen neuen Sozialdemokraten ist, daß sie die eigentlichen Abenteurer sind: Die der Arbeiterklasse nämlich einen „leichten" Kampf vorspiegeln, die die Aggressivität des Imperialismus bagatellisieren und die die Arbeiterklasse demgegenüber weder mit den politischen und ideologischen, noch mit den materiellen Waffen für die Besiegung des Imperialismus ausrüsten. Wären sie damit nur Selbstmörder, so könnte man sie bedauern; aber ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse macht sie zu mehr: Zu Saboteuren an der Kraft der Arbeiterklasse, zu „nützlichen Idioten" und zu Hilfsdienern der Bourgeoisie. ●

Frankreich-Kommission
KB / Gruppe Frankfurt

Partei der ausgestreckten Hand

Diejenigen, die beim Singen die geballte Faust hochhielten, müßten wissen, daß die französischen Kommunisten keine Partei der erhobenen Faust seien – bemerkte PCF-Chef Marchais gegenüber Radio Luxemburg nach dem Parteitag. *„Wir sind eine Partei der ausgestreckten Hand, eine Partei der Union. Wir strecken die Hand den Christen, den Sozialdemokraten und den Gaullisten hin, wenn es sich darum handelt, die Freiheit zu verteidigen"* (zitiert nach „FAZ", 10.2.76). ●

„KPD" mit Hetzsendung zufrieden

Am 2. Februar lief im Fernsehen die Hetzsendung „Moskaus Spione". Der berüchtigte Antikommunist und Märchenerzähler Gerhard Konzelmann zog alle Register, u. a. „enttarnte" er einen Botschaftsrat und einen Ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bonn als angeblichen Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Zufrieden registrierte Springers „Bild" nach der Sendung „**Riesenwirbel um Moskaus Spione**", „**Bestürzung in der Bevölkerung**", „**wütende Proteste der Sowjets**" (4.2.).

Weniger zufrieden waren die 150%igen Vaterlandsverteidiger der „KPD". Der „*KGB-Apparat*" sei, so bemängelte die „KPD" „*insgesamt... in einem relativ harmlosen (!!) Licht*" erschienen. „*Zwei zentrale Schwerpunkte der KGB-Tätigkeit blieben unerwähnt*", nämlich „*die terroristische Unterdrückungstätigkeit...in Rußland (?!) selbst*", „*sowie die ungezählten bezahlten und freiwilligen Hilfs– und Denunziantendienste von Mitgliedern der prosozialimperialistischen Parteien, bei uns der DKP und SEW*". Konzelmann habe sich zwar redlich „*bemüht*", „*aber die wahre Funktion des KGB als Vollzugsorgan kriegstreiberischer Pläne und faschistischer Unterdrückung vermochte er nicht darzulegen*" („Rote Fahne", 4.2.).

Weiter erzählt der Artikel der „Roten Fahne" eine Zusammenstellung imperialistischer Propaganda–Zahlen über angebliche KGB–Agenten in aller Welt. Nicht fehlen dürfen „natürlich" auch Behauptungen wie: „*In Ländern wie Portugal und Angola beteiligen sich KGB-Agenten offen an militärischen Auseinandersetzungen und bereiten Putschpläne vor*".;

Den Imperialisten geht es heute darum, mit Schauermärchen über „Moskaus Spione" die Kriegshetze zu verschärfen, bei den von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Massen das Gefühl einer massiven Agententätigkeit – siehe insbesondere die Enthüllungen über den CIA – abzulenken.

Hierbei zieht die „KPD" nicht bloß voll mit; vielmehr ist sie stets bestrebt, ihre „150%igkeit" zu demonstrieren und die bürgerliche Hetze noch zu übertrumpfen. •

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



1. Kongreß der PDUP

Ende Januar / Anfang Februar fand in Bologna der 1. Kongreß der PDUP, formal zugleich deren „Gründungskongreß", statt.

Die PDUP – „Partei der Proletarischen Einheit" – entstand 1974 durch den Zusammenschluß zweier Organisationen:
- „il manifesto", um die gleichnamige Tageszeitung, hervorgegangen aus einer Abspaltung von der revisionistischen PCI;
- die alte PDUP, hervorgegangen aus der Auflösung der kleinen linkssozialistischen Partei PSIUP; die Mehrheit der PSIUP trat der PCI bei.

Mehr als 400 Delegierte nahmen jetzt am 1. Kongreß der PDUP teil; sie vertraten rund 15.000 eingeschriebene Mitglieder. Zahlreiche Vertreter anderer Organisationen nahmen als Gäste teil. So waren aus Italien u. a. die PCI, die PSI, Lotta Continua, Avanguardia Operaia, die ACLI und die „Cristiani per il Socialismo" (linkskatholische Gruppen) sowie die UDI (der PCI nahestehender Frauenverband) vertreten. Aus dem Ausland nahmen die Delegation von FRELIMO (Mosambik), MPLA (Angola), PLO (Palästina), der Eritreischen Befreiungsfront, der syrischen Baath-Partei, der „KP" Spaniens (zu dieser auf dem rechten Flügel des Revisionsmus stehenden Partei unterhält die PDUP recht enge Beziehungen!), der trotzkistischen Ligue Comuniste Revolutionaire (Frankreich), des MES (Portugal) und der MAPU (Chile) sowie westdeutscher und dänischer Organisationen (aus der BRD wahrscheinlich insbesondere das SB) teil. Der KB hatte gleichfalls eine Einladung erhalten, konnte sie aber aus Zeitgründen nicht wahrnehmen.

Die eigene Berichterstattung der PDUP über den Kongreß fiel recht triumphalistisch aus. So sprach Rossana Rossanda von einem „**großen Moment für die Linke und nicht nur für die italienische**". Die PDUP habe „*ihre Lebenskraft bewiesen*", die PDUP sei „*eine anerkannte Kraft, mit der man rechnen muß*". die PDUP habe „*einen qualitativen Sprung innerhalb der Linken*" gemacht usw. („il manifesto", 4.2.).

Demgegenüber betonte insbesondere Lotta Continua das offene Hervortreten von Differenzen und Fraktionen als wesentliches Kennzeichen des Kongresses.

Schon auf den regionalen und örtlichen Vorkongressen waren diese Differenzen sichtbar geworden. Fast überall standen sich zwei oder manchmal auch drei Hauptresolutionen alternativ gegenüber. Außerdem hatte die Gruppe um die Zeitschrift „Praxis" von Mario Mineo die PDUP verlassen; rund 50 Mitglieder sollen in diesem Zusammenhang allein in Rom ausgetreten sein (lt. „Lotta Continua", 29.1.). Die Differenzen verliefen im wesentlichen entlang der beiden Organisationen, aus denen die PDUP hervorgegangen ist, d. h. auf der einen Seite die alte PDUP und auf der anderen Seite die „manifesto"-Gruppe.

Auf dem Kongreß von Bologna standen sich gleichfalls zwei Hauptresolutionen gegenüber – die eine von aus der alten PDUP kommenden Kadern, die andere von der alten „manifesto"-Gruppe (u. a. von Rossana Rossanda unterschrieben). Luigi Pintor (auch von „il manifesto") hatte in einer eigenen Erklärung das Gegenüberstehen zweier Alternativ-Resolutionen als schädlich verurteilt und zur Stimmenthaltung aufgefordert.

Das Abstimmungsergebnis war: 181 Stimmen für die erste Resolution, 194 Stimmen für die zweite Resolution (Rossana Rossanda u. a.), 38 Enthaltungen.

Den genauen Inhalt der Differenzen auszumachen, ist nicht ganz leicht, da der Meinungsstreit innerhalb der PDUP weitgehend in abstrakten, scholastischen Formeln und Begriffen geführt wird, wie sie bereits für die früheren „Thesen" der „manifesto"-Gruppe bezeichnend waren.

Abzuzeichnen scheint sich jedenfalls bei den alten Führern der „manifesto"-Gruppe eine Tendenz, sich in einzelnen Fragen r e c h t s von der PCI zu bewegen (Verhältnis zur spanischen „KP", Kritik an der portugiesischen „Republica" und Schwankungen gegenüber der PS von Mario Soares, opportunistisches Verhalten gegenüber den reaktionären „sowjetischen Regime-Gegnern" u.a.). Diese Gruppe setzt auf eine Annäherung an die PCI und auf die Hoffnung einer baldigen „Linkswendung" der PCI.

Dagegen betonen die aus der alten PDUP kommenden Kader, die eng mit dem linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung verbunden sind, stärker den Gegensatz zur PCI, da deren Politik des „historischen Kompromisses" und der „Opfer" und Zugeständnisse bei den Tarifkämpfen ihnen direkt zuwiderläuft (lt. „Lotta Continua").

Offen blieb auf dem Kongreß von Bologna die Frage des weiteren Zusammenschlusses der PDUP mit Avanguardia Operaia (beide Organisationen arbeiten seit langem eng zusammen); jedoch scheint – lt. „Lotta Continua" – die alte „manifesto"-Gruppe darauf zu bestehen, der AO i h r e Bedingungen für die „Einheit" zu diktieren. Einig waren sich beide Fraktionen auf dem Kongreß, nicht auf den Vorschlag von Lotta Continua einzugehen, im Falle von Neuwahlen eine gemeinsame Kandidatur der Linken anzustreben. •

Itatien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD wertet „KPD"-Wahlergebnisse auf

NPD wertet „KPD"-Wahlergebnisse auf

In Westberlin fanden Ende Januar in den Wahlbezirken Zehlendorf 2 und Zehlendorf 3 Wiederholungswahlen statt, die in erster Linie der SPD und auch der FDP ziehmliche Verluste brachten (SPD etwa – 7 %, FDP etwa – 3,3 %).

Über das Abschneiden der "KPD" wußte die rechtsradikale „Nationalzeitung" vom 30. 1. folgende Mär zu berichten: „... *Die fünfte Position errang die chinafreundliche (!) KPD mit 1,1 bzw. 1,2 Prozent, während die sowjethörige (!) SEW auf 0,8 bzw. 0,7 Prozent total abgeschlagen wurde*".

Da lacht das Faschistenherz. Nur schade, daß die Meldung n i c h t s t i m m t! Richtig wiedergegeben ist zwar das Ergebnis der SEW, das einen relativ starken Rückgang zeigt (1,9 bzw. 1,7 % bei den Wahlen am 2.3.75). **Dagegen erhielt die „KPD" jedoch in Wahrheit nur jeweils 0,3 %.** Das stellt gleichfalls einen Rückgang gegenüber den Wahlen vom 2.3.75 dar, wo die „KPD" 0,8 bzw. 0,6 % erhalten hatte (Ergebnisse lt. „FAZ", 25. 1.).

Ist es Zufall, daß die Wahlergebnisse der „KPD" in der „Nationalzeitung" derart verfälscht und aufgewertet wurden?

K e i n Zufall ist jedenfalls, daß in derselben Ausgabe des Faschistenblattes ausführlich die Rede von Ulli Lenze („ZK der KPD") vor Gericht gewürdigt wird (siehe auch AK 73), in der Lenze die Stärkung der „Verteidigungsbereitschaft" der Bundeswehr forderte.

Die „Nationalzeitung" stellt hoffnungsvoll die Frage: „*Folgen jetzt endlich die deutschen Maoisten dem Kurs der Pekinger Führung, der darauf hinausläuft, die Front gegen den Sozialimperialismus weltweit zu stärken – ohne Rücksicht auf ideologische Unterschiede auch im Bündnis mit 'kapitalistischen' Staaten und deren Zusammenschlüssen?*". Diese Frage kann man nur mit einem eindeutigen JA beatworten. •

Antifa–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Lotta Continua für Wahlbeteiligung

Das „Nationale Komitee" (CN) von Lotta Continua hat zu den im Frühjahr anstehenden örtlichen und regionalen Teilwahlen sowie für die Möglichkeit einer Neuwahl des Parlaments eine Stellungnahme abgegeben, die eine Veränderung der bisherigen Taktik beinhaltet (Abdruck in „Lotta Continua" vom 3.2.76).

Lotta Continua hat bisher die Taktik verfolgt, bei den Wahlen zur Stimmabgabe für die PCI aufzurufen.

Nunmehr schlägt das CN vor, selbständig zu kandidieren. Und zwar nach Möglichkeit im Rahmen einer Einheitsliste a l l e r dazu bereiten örtlichen und nationalen Kräfte der (nichtrevisionistischen) Linken.

Das CN betont in diesem Zusammenhang, daß in den letzten Monaten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken sich eher verstärkt als abgenommen hätten. Daher könne es derzeit um nicht mehr gehen als um ein genau begrenztes Wahlabkommen auf der Grundlage einiger Hauptpunkte.

In der Begründung für die Änderung der Wahltaktik erklärt das CN, daß sich in Italien seit dem 15.Juni 1975 (Regionalwahlen, bei denen LC die Wahl der PCI empfohlen hatte) vieles geändert habe. An erster Stelle sei die Entwicklung der Wirtschaftskrise und als Antwort darauf der Arbeiterkämpfe zu sehen. Die Bedingungen für selbständige Kämpfe und Organisationsformen hätten sich verbessert. Die Konfrontation (der Arbeiterbewegung) mit der PCI-Führung habe sich entwickelt; die PCI habe teilweise die Kontrolle über die Bewegung verloren und die „revolutionäre Linie" habe zugenommen.

(Wir hatten im letzten Jahr, vor den Wahlen vom 15.Juni, mit zwei Genossen von LC diskutiert und ihren Verzicht auf eine Kandidatur - selbständig oder auf einer gemeinsamen Liste mit anderen Organisationen - kritisiert).

Eine erste Antwort auf den Vorschlag des CN von Lotta Continua gab die PDUP auf ihrem Kongreß Ende Januar/Anfang Februar (siehe Notiz in diesem AK). So heißt es in der von Rossana Rossanda u.a. eingebrachten, mehrheitlich angenommenen Hauptresolution des Kongresses: „*Wir halten ein Wahlkartell, das auch die Genossen von Lotta Continua einbezieht, weder für nützlich noch für möglich*" („il manifesto",3.2.).

Die PDUP hatte zu den Wahlen vom 15.Juni 1975 eine Einheitsliste mit Avanguardia Operaia unter dem Namen „Democrazia Proletaria"(DP) gebildet. Dieses Vorgehen wurde vom PDUP-Kongreß bekräftigt. Bei den Regionalwahlen am 15.Juni hatte die DP (bzw. teilweise die PDUP allein) im Durchschnitt 1,4 % erhalten.

Zustimmend ging die Lega dei Communisti, eine der mittelgroßen Organisationen der revolutionären Linken, auf den Vorschlag von LC ein. Die Lega dei Communisti hatte am 15.Juni meist die Wahl der PCI empfohlen, jedoch örtlich auch die DP unterstützt, wo sie deren Kandidatur für richtig hielt.

Nunmehr schlägt die Lega dei Communisti eine gemeinsame Kandidatur der revolutionären Linken auf der Basis eines gemeinsamen politischen Programms vor (Stellungnahme abgedruckt in „Lotta Continua" vom 5.2.). •

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

China hat Freunde überall in der Welt . . .

Wie in AK 73 (S.42) bereits kurz berichtet, scheint sich nach dem Rechtsputsch vom 25.November ein Wandel in der Haltung der VR China gegenüber Portugal zu vollziehen. Hatte es die VR China zuvor abgelehnt, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, so konnte inzwischen M.Ferreira, Staatssekretär im Außenministerium, öffentlich verkünden, jetzt sei die „*Annäherung*" zwischen Portugal und China „*auf dem richtigen Weg*" (lt. „A Capital",10.1.76).

Inzwischen bereitet angeblich PS-Führer Mario Soares, Zögling der SPD und Wegbereiter des Rechtsputsches, eine China-Reise vor.

Ein anderer könnte ihm jedoch möglicherweise noch zuvorkommen: Sá Carneiro, Generalsekretär der weit rechts stehenden PPD. Entsprechende Meldungen wollte Sá Carneiro kürzlich weder dementieren noch bestätigen. Er sagte lediglich, daß i m M o m e n t keine Reise nach China vorgesehen sei. Er meinte jedoch, daß eine Reise dorthin „sehr interessant" sein würde.

Lobend hob der PPD-Chef hervor, „*daß die Politik Chinas - die Unterstützung für die EG und für die Schaffung einer verselbständigten politischen und wirtschaftlichen europäischen Union - realistisch und pragmatisch erscheint.*" „*Positiv*" sei auch „*die von diesem Land erhobene Anklage gegen den sowjetischen Sozialimperialismus.*"

„*Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Portugal und China würde beiden Seiten zugute kommen*", meinte Sá Carneiro, „*umso mehr, da offensichtlich die chinesische Erfahrung - abgesehen von natürlichen ideologischen Meinungsverschiedenheiten - positive Aspekte hat, wahre Anhaltspunkte für eine Neubesinnung um eine realistische und fortschrittliche Politik der nationalen Unabhängigkeit ...*" (lt. „A Capital", 31.1.76).

Es zeigt sich hier wieder einmal, daß die VR China für die Sympathien, die sie mit ihres Außenpolitik in der internationalen Arbeiter- und Befreiungsbewegung verspielt, sich neue Freunde in anderen gesellschaftlichen Schichten erschließt. Ob das ein g u t e r Tausch ist, dürfte allerdings zu bezweifeln sein! •

Gespräche Arbeiterbund – KB
Keine Annäherung der politischen Positionen

Nach fast vierjähriger Unterbrechung ist es am 8.2. wieder zu einem Treffen zwischen Leitungsmitgliedern des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (ehemals „Arbeiter-Basis-Gruppen, München) und unserer Organisation gekommen. Voraus liefen diesem Gespräch zahlreiche Angebote des Arbeiterbundes an unsere Organisation für eine Zusammenarbeit, allerdings sozusagen auf „unterer Ebene", d.h. unter Umgehung einer Kontaktaufnahme mit der Leitung des KB (vergl. dazu AK 74).

Unser Abbruch von politischen Beziehungen zum Arbeiterbund 1972 war Reaktion auf die Veröffentlichung der berüchtigten „Trotzkisten-Broschüre", in der der Arbeiterbund (damals noch ABG) den Kommunistischen Arbeiterbund Hamburg – eine der Gründungs-Organisationen des KB – in einer Weise angegriffen hat, die jeder Form von sachlicher, geschweige denn solidarischer Auseinandersetzung ins Gesicht geschlagen hat und in der sich die damaligen ABG-Führer eines Stils bedient haben, der bei ihnen sogar gegenüber dem Klassenfeind unüblich war. Diese „Trotzkisten-Broschüre" markiert einen der schlimmsten Tiefpunkte in der Polemik innerhalb der sich kommunistisch nennenden Bewegung in Westdeutschland.

„Schon vor längerer Zeit" sei, wie man uns jetzt erklärte, diese Broschüre auf Beschluß des Arbeiterbundes zurückgezogen worden. Die Verbreitung der Broschüre sei eingestellt worden und man will demnächst (vermutlich in etwa vier Wochen), dazu eine „selbstkritische Anmerkung" veröffentlichen. Die Broschüre sei Ausdruck des damaligen „unreifen Zustands" der ABG gewesen. Allerdings wolle man „inhaltlich an der Kritik" (??) festhalten, wenngleich man zugestehe, daß die „Polemik" der Broschüre „eindeutig unter die Gürtellinie" ziele.

Das erste Gespräch sollte dem Abstecken politischer Differenzen ebenso dienen, wie dem Sondieren von Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit in Bereichen, in denen dies beiden Seiten möglich erscheint. – Gewisse politische Übereinstimmungen (bei Differenzen untergeordneter Natur) bestehen in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, der Einschätzung der DGB-Gewerkschaften und des allgemeinen Standes der westdeutschen Arbeiterbewegung. Hierzu wollen wir nicht verschweigen, daß der Arbeiterbund in seiner praktischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit u.E. häufiger zu rechtsopportunistischen Anpassungen an die Gewerkschafts-Führer, Sozialdemokraten etc. neigt. Dennoch stellten beide Seiten im Gespräch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Sektor fest und es wurden auch konkrete Vereinbarungen getroffen, über die später noch zu berichten sein wird.

Alle anderen erörterten politischen Fragen brachten zumeist keine Übereinstimmung, sondern z.T. sehr weitgehende Differenzen. Wir wollen dies hier kurz – im Telegrammstil – kennzeichnen:

Einigkeit bestand in der Notwendigkeit, in der BRD die Kommunistische Partei wieder aufzubauen und daß dies sowohl ein politisch-theoretischer als auch ein praktischer Prozeß (Kaderbildung) sei. Differenzen bestanden dem gegenüber in der Einschätzung von Wert und Aufgabe der sogenannten "Programme", die verschiedene Organisationen – zumeist vor längerer Zeit – für sich ausgearbeitet haben. Ebenfalls völlig unterschiedlich wurde dabei die Aufgabe der politischen Propaganda und Agitation, der Wert der kommunistischen Presse eingeschätzt, wie ein Vergleich unserer Zeitung (Arbeiterkampf) mit der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" (KAZ) des Arbeiterbund anschaulich zeigt. Unserer Meinung verbreitet die KAZ - abgesehen von politisch differierenden Einschätzungen – bloß „leichte Kost", „seichte Agitation" und ist deswegen nicht in der Lage, die politisch fortgeschrittensten Arbeiter wirklich zu „fesseln", an die Anschauungen der Kommunsten heranzuführen etc. Die KAZ ist u.E. kein Spiegel für das Fortschreiten der politischen, theoretischen und analytischen Arbeiten der Kommunisten und kann deswegen auch nicht Aufgaben einer „Richtschnur" (Lenin) beim Parteiaufbau erfüllen.

Übereinstimmend schätzen unsere Organisationen die „besondere Aggressivität" des BRD-Imperialismus nach innen und außen ein und in diesem Zusammenhang auch die Gefahr eines neuen Faschismus in der BRD. Übereinstimmend halten auch beide Organisationen am antifaschistischen Kampf als besonders wichtige politische Aufgabe der westdeutschen Kommunisten fest. Keine Übereinstimmung gab es in der Frage, wie der antifaschistische Kampf mit dem Kampf gegen den Reformismus in der Arbeiterklasse (SPD) zu verbinden sei.

Ebenfalls gab es keinerlei Übereinstimmung in der sog. „nationalen Frage" (der Arbeiterbund setzt sich für eine „Wiedervereinigung" mit der DDR ein, sozusagen unter „sozialistischen Vorzeichen", während u.E. alle „Wiedervereinigungs"-Parolen – egal wie sie verbrämt werden – derzeit nur der westdeutschen Reaktion und dem Imperialismus dienen). Die sogenannte „nationale Frage" scheint für den Arbeiterbund von besonderer Wichtigkeit zu sein, weswegen er auch um „gründliche Diskussion" dieses Themas mit uns bat.

Ebenfalls keine Übereinstimmung gab es in der Beurteilung der chinesischen Außenpolitik. Die Arbeiterbund-Vertreter erklärten zwar, daß sie zu jeder Kommunistischen Partei, also auch zur KPCh, ein „kritisches Verhältnis" hätten und sie stehen auch in der Angola-Frage mehr oder weniger „vorsichtig" hinter MPLA-Positionen, versuchen ansonsten aber auch die krausesten Verlautbarungen der chinesischen Außenpolitiker doch irgendwie zu rechtfertigen. Der Arbeiterbund vertritt die „Sozialimperialmus" - und „Supermächte" - Theorie ebenfalls, wenn auch nicht so kraß wie der KBW. In seiner Presse hat sich der Arbeiterbund zur chinesischen Außenpolitik seit langem ausgeschwiegen und bezeichnete uns gegenüber die Differenzen in dieser Frage als „nicht erheblich". Auch diesen Punkt beurteilen wir natürlich anders.

Das Gespräch insgesamt machte unseres Erachtens vor allem deutlich, daß die zum Teil erheblichen politischen Differenzen doch im Vergleich zu bestimmten Übereinstimmungen überwiegen. Wenn wir dennoch mit dem Arbeiterbund zu konkreten Vereinbarungen über praktische Zusammenarbeit gekommen sind, so tun wir das einerseits ohne Illusionen (über eine „rasche Annäherung" etc.) und andererseits in der Erwartung, daß die öffentliche und gesprächsweise Auseinandersetzung möglicherweise langfristig eine Änderung der Verhältnisse bringen wird. ●

KBW

Abschied von Angola
... Kommt jetzt die Westsahara?

In Angola hat, zugleich mit den proimperialistischen „Befreiungsbewegungen" FNLA und Unita, auch der KBW sein letztes Pulver verschossen. Bei seinen ungeordneten Rückzugsgefechten hat der KBW offenbar genauso den Kopf verloren wie die scharenweise türmenden Banden und „weißen" Söldnern der FNLA und UNITA.

So schrieb die „Kommunistische Volkszeitung" am 5.2.: **„Um im Kampf bestehen zu können, ist die MPLA auf die Lieferungen des russischen Sozialimperialismus angewiesen".** Über die Richtigkeit dieser These kann man geteilter Meinung sein (sicher würde die DKP darin der „KVZ" zustimmen!). Jedenfalls ist dies das offene Eingeständnis, daß der KBW, indem er eine Hetzkampagne gegen die sowjetische und kubanische Waffenhilfe für die MPLA führte, bereit war, die Niederlage der MPLA und den Sieg der pro-imperialistischen Banden zumindest in Kauf zu nehmen.

Noch ein weiteres Mißgeschick ist dem KBW bei seiner kopflosen Flucht passiert: In der „KVZ" vom 5.2. wird behauptet, das Zaire Mobutus sei **„stets (!) gegen die Einmischung der beiden Supermächte und vor allem der Sowjetunion aufgetreten".** – Ausgerechnet Zaire, Hinterland und Stütze der faschistischen FNLA, Hauptumschlagsplatz für Waffenlieferungen der Imperialisten an die FNLA und Unita, Zwischenstation und Werbeagentur der faschistischen „weißen" Söldnerbanden ...!

Da ist plötzlich dem KBW die Biedermanns-Maske des unparteiischen Schiedsrichters im angolanischen Bürgerkrieg und des Advokaten für die Unabhängigkeit der afrikanischen Nation runtergerutscht! Aber das kann schon mal passieren, wenn auf der Flucht alles drunter und drüber geht!

In Angola ist für den KBW jetzt also erst mal der Ofen aus. Einiges spricht dafür, daß er nach der Anerkennung der MPLA durch die OAU sehr schnell die Kurve kriegen könnte, seine Hetze gegen die MPLA einzustellen und über sein erbärmliches Geschreibsel und die demagogischen Reden der letzten Monate den Mantel des Vergessens zu breiten.

Möglich ist auch, daß sich der KBW nach dem „traurigen" Finale in Angola nun ein neues Opfer suchen wird. Schließlich lassen sich seine „Thesen" zu Angola – Hetze gegen von der Sowjetunion unterstützte nationale Befreiungsbewegungen, Beschönigung konterrevolutionärer Banden als „gleichberechtigte Befreiungsbewegungen" usw. – auch auf andere Gebiete der Welt übertragen.

Anbieten würde sich derzeit vor allem die Westsahara. Orientieren könnte sich die „KVZ", wenn ihr eigene „Argumente" fehlen sollten, am „Vorwärts" der SPD vom 5.2.

„Alle Sturmzeichen sprechen dafür", schreibt der „Vorwärts", daß die Westsahara ***„nach Angola ... zu einem Aufmarschfeld der beiden Großmächte, genauer: ihrer lokalen Handlanger"*** werden könnte. Das wäre doch als Ansatz für den KBW schon sehr brauchbar? (statt „Großmächte" natürlich „Supermächte" schreiben!) Die Befreiungsbewegung Polisario spielt dabei, laut „Vorwärts", **„immer deutlicher eine an die angolanische MPLA gemahnende Rolle".** Die Polisario erhält lt. „Vorwärts" *„sowjetische Lenkraketen neuester Bauart"* (typisch „sozialimperialistische Einmischung"!), während man die armen Würstchen von der mauretanischen Aggressionsarmee wohl eher bedauern soll, die nur *„Wegwerfmaterial der alten französischen Kolonialarmee"* haben („Vorwärts").

Um das Modell zu vervollständigen, heißt es weiter: **„Die Position Kubas als Mittelglied zwischen Moskau und Angola hat im Fall der Westsahara Algerien zu erfüllen, dessen Intervention ... immer klarere Formen annimmt"** („Vorwärts").

Hier findet der KBW also alles vor, was er für eine neue Verleumdungskampagne gegen den nationalen Befreiungskampf der Völker der „3. Welt" braucht. Was hält den KBW davon ab, gegen die „sozialimperialistische Einmischung" in der Westsahara loszulegen, die Polisarion als verlängerten Arm der Sowjetunion zu diffamieren, die „Intervention" Algeriens mit der marokkanisch-mauretanischen Aggression auf eine Stufe zu stellen usw.? – **Angst vor einer neuen Blamage?!** ●

„Roter Morgen" jetzt auch in der DDR?



Der „Rote Morgen" vom 7.2.76 überraschte mit froher Kunde: **„KPD/ML in der DDR gegründet"**, hieß es in Riesenlettern auf der Titelseite. Die gesamte zwölfseitige Ausgabe war diesem Ereignis gewidmet.

Gleich zu Beginn erfährt der verblüffte Leser, daß dies *„ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus"* sei. *„Die deutsche Arbeiterklasse"* – soweit sie den „Roten Morgen" liest – bekommt mitgeteilt, daß dies für sie *„ein großer Fortschritt"* sei *„in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten"*.

Es folgt dann der bekannte selbstherrliche Schmus: Die „KPD/ML" sei *„die Avantgarde des Proletariats"*, sie stehe *„fest auf dem Boden der revolutionären Theorie von Marx, Engels"* etc. ... Diese Orgie von Selbstbeweihräucherung schließt angemessen mit der Parole **„Es lebe das ZK der KPD/ML!"**

Dem „Roten Morgen" war bisher noch n i e etwas über konkrete Aktivitäten in der DDR zu entnehmen. Offenbar verfügt die „KPD/ML" in der DDR noch nicht einmal über einen regelmäßigen Korrespondenten, da sie bei ihrer gesamten „Berichterstattung" über die DDR stets nur die westliche Presse zugrunde legt.

Auch der im „Roten Morgen" abgedruckte zweiseitige „Gründungsaufruf" der angeblichen „Sektion DDR der KPD/ML" enthält außer allgemeinen Schnacks (*„Nieder mit dem sozialimperialistischen Besatzerregime", „Nieder mit der revisionistischen Vasallen-Clique in der DDR"* usw.) k e i n Wort über Aktivitäten oder auch nur über konkrete Ziele und Aufgaben.

Demnach liegt es auf der Hand, daß die gesamte „Sektion DDR der KPD/ML" nichts weiter ist als ein Schreibtisch-Produkt des schon immer phantasiebegabten „ML"-Vorsitzenden Ernst Aust. Schon einmal, vor mehreren Jahren, hatte er belgischen „ML"-Freunden den Bären aufgebunden, er habe „Zellen in der DDR". Dieses Märchen wurde prompt in deren Zeitschrift „Clarte" nachgedruckt, erschien aber damals nicht im „Roten Morgen".

Diesmal hat Aust die Windbeutelei gleich im größeren Stil angelegt, und der Zweck scheint offensichtlich: Sein Phantasie-Produkt soll ihm Pluspunkte in Peking und Tirana gegenüber der scharf konkurrierenden „KPD" verschaffen.

Krankhafter Größenwahn und Geltungssucht gehen hier fließend in Provokateurstum über. Die Bourgeoisie kann sich zur Herabsetzung und Verunglimpfung der Kommunisten gar nichts besseres wünschen, als diese prahlsüchtigen, ständig in Hoch-Rufe auf sich selbst ausbrechenden Schießbudenfiguren.

Kräfte wie die KBW-Führer, die solche Leute als politisch ernstzunehmend anpreisen, sie als „Marxisten-Leninisten" bezeichnen und sie mit Bündnisangeboten umwerben, verfolgen offenbar finstere Absichten. Der letztmögliche Zeitpunkt für eine eindeutige Distanzierung von der „KPD/ML" scheint jetzt wohl gekommen! ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW Eine Politik, die auf Spaltung aus ist

Wie im letzten AK berichtet, haben der KBW und die von ihm dominierten „Komitees gegen die § 218" Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen mit der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" (in der u.a. der KB mitarbeitet) an der Forderung scheitern lassen, daß Befürworter einer „Fristenregelung" an den Demonstrationen nicht teilnehmen dürften.

Unmittelbar danach hat der KBW den 21. Februar als zentralen Aktionstag für die „Komitees" festgesetzt, um die erreichte Spaltung sogleich zu zementieren.

Im Gegensatz zu seinem bisherigen Vorgehen hatte der KBW bei den Verhandlungen mit der „Aktion ..." nicht seine „Volksentscheids"-Parole zur Voraussetzung einer Aktionseinheit gemacht. Anscheinend war er mit diesem spalterischen Vorgehen inzwischen auch in Teilen der „Komitees" auf Widerspruch gestoßen.

Stattdessen hat der KBW diesmal die Frage einer möglichen Beteiligung von Befürwortern der „Fristenregelung" zum Anlaß der Spaltung genommen. Der A n l a ß ist neu, aber Taktik und Z i e l sind gleich geblieben: Unter irgendeinem hergesuchten Vorwand die Bewegung zu spalten, um sich dann als Führung aufzuspielen.

In der „KVZ" vom 5.2. behauptete KBW-Chef Schmierer, wir würden dem KBW und den „Komitees" vorwerfen, **„daß sie nicht bereit sind, irgendwelche Abstriche von der Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 zu machen"**. Das ist eine eindeutige Verdrehung der Tatsachen. Nicht hatten wir vom KBW gefordert, als Voraussetzung für eine Aktionseinheit irgendwelche „Abstriche" zu machen. Vielmehr hatten KBW und „Komitees" gefordert, die ersatzlose Streichung als verbindliche Grundlage einer Aktionseinheit festzulegen, und Befürworter einer „Fristenregelung" von vornherein von der Teilnahme auszuschließen. Ausdrücklich war gefordert worden, **„daß die Forderung nach Fristenlösung weder mitgetragen, noch sonst propagiert werden darf"** (Brief des Hamburger „Komitees", siehe AK 73, S. 44).

Mit dieser sektiererischen Einschränkung waren wir nicht einverstanden und daran ließ der KBW die zentralen Verhandlungen mit der „Aktion ..." platzen – obwohl die „Aktion ..." zu dieser Frage schon lange ihren Standpunkt öffentlich dargelegt hat und dieser wohl auch den KBW-Führern nicht unbekannt war.

Wir setzen zwar keine großen Illusionen in die Möglichkeit eines Bündnisses mit Befürwortern der „Fristenregelung", da deren wichtigste Organisationen (DKP, Teile der SPD) den Kampf gegen den §218 in Wirklichkeit schon fast völlig eingestellt haben. P r i n z i p i e l l lehnen wir aber in der jetzigen Phase eine Aktionseinheit mit Befürwortern der „Fristenregelung" nicht ab, soweit sie am Kampf gegen das BVG-Urteil und gegen die „Neuregelung" des § 218 teilnehmen wollen.

Schmierer behauptet, es ginge uns dabei um eine **„A n p a s s u n g an die Sozialdemokratie und den Revisionismus"**. Das ist offenkundig eine Verleumdung, die Schmierer völlig aus der Luft gegriffen hat. Dieser Quatsch liegt auf derselben Ebene wie die vom KBW seit fast einem Jahr hartnäckig wiederholte Behauptung, wir würden den Kampf gegen den § 218 aufgeben wollen.

Es ist eindeutig, daß wir den Befürwortern einer „Fristenregelung" keine inhaltlichen Zugeständnisse machen. Wir bleiben bei der Forderung nach v o l l s t ä n d i g e r L e g a l i s i e r u n g der Abtreibung und damit natürlich auch bei der Ablehnung jeder „Fristenregelung".

Umsonst hält uns Schmierer schulmeisterlich vor, man müsse den sozialdemokratischen, revisionistischen Einfluß *„unter den Massen schonungslos bekämpfen"*.

D a s ist überhaupt kein Streitpunkt. Neu ist allerdings, daß Schmierer aus diesem Grund Aktionseinheiten mit Sozialdemokraten und Revisionisten ausschließen will. Damit ist er auf das Niveau der „KPD/ ML" herabgestiegen.

Für K o m m u n i s t e n hingegen stellt es keinen Widerspruch dar, den sozialdemokratischen und revisionistischen Einfluß zu bekämpfen – und t r o t z d e m prinzipiell eine Politik der Aktionseinheit zu betreiben.

Besonders übel ist, daß Schmierer das alles sehr wohl weiß, aber aus Gründen der Demagogie das Gegenteil behauptet. So hat er erst kürzlich in der „KVZ" lang und breit gegen die „KPD/ML" polemisiert, weil sie Aktionseinheiten mit der DKP

lich in der „KVZ" lang und breit gegen die „KPD/ML" polemisiert, weil sie Aktionseinheiten mit der DKP

und linken Sozialdemokraten ablehnt. Nun möchte Schmierer den Lesern zur Abwechslung einmal das Gegenteil weismachen.

Aber wie kann er rechtfertigen, daß er Aktionseinheiten mit der DKP im demokratischen Kampf (Berufsverbote, Maulkorb-Paragraph etc) für zulässig hält, aber nicht im Kampf gegen den § 218? So etwas k a n n man eben nicht rechtfertigen, weil es völlig widersinnig ist! Denn mit Sicherheit sind unsere Widersprüche zur DKP in Fragen der politischen Demokratie weitaus größer als in der speziellen Frage des § 218.

Sicher ist jedenfalls, daß wir in einer Situation, wo die DKP und die linke SPD insgesamt gar nicht mehr bereit sind, aktiv den § 218 zu bekämpfen, eine große sektiererische Dummheit begehen würden, wenn wir v o n u n s aus Schranken gegen eine Teilnahme von Befürwortern der „Fristenregelung" am Kampf errichten würden.

Die Frage der ersatzlosen Streichung

Im AK 73 (S.21) hatten wir erklärt, warum wir die Forderung „Ersatzlose Streichung des § 218" nicht für a u s r e i c h e n d halten und warum wir stattdessen für die Forderung nach vollständiger Legalisierung der Abtreibung eintreten.

Uns geht es darum, daß bei einer e r s a t z l o s e n Streichung des § 218 der bürgerliche Staat nicht gehindert wäre, andere Tötungs-Paragraphen trotzdem in Anwendung zu bringen, da der Fötus nach bürgerlichem Recht als „werdendes L e b e n " etc. betrachtet wird. Außerdem läßt eine e r s a t z l o s e Streichung die Frage offen, unter welchen B e d i n g u n g e n abgetrieben wird – während wir hierzu bestimmte Forderungen haben, wie z.B. Zahlung durch die Krankenkasse, Verpflichtung der Ärzte zur Abtreibung etc.

Es wäre verblüffend gewesen, wenn der KBW diese von uns aufgeworfene Frage nicht benutzt hätte, um wieder Verwirrung zu stiften und demagogische Vorwürfe gegen uns zu richten.

Schmierer behauptet, das sei ein weiterer Beweis, daß wir *„nach rechts, in Richtung DKP und Sozialdemokratie"* gehen wollen. *„Das ist ungefähr so"* – schreibt Schmierer – *„als wolle man nicht die Einschränkungen der politischen Freiheiten beseitigen, sondern diese Freiheiten durch den bürgerlichen Staat im einzelnen garantiert bekommen. Eine seltsame Auffassung des bürgerlichen Staates."*

Das klingt sehr „rrrradikal". Aber Tatsache ist, daß der bürgerliche Staat in der Verfassung gezwungenermaßen eine Reihe politischer Freiheiten garantiert und daß wir natürlich auch jeden Versuch bekämpfen, diese Garantie weiter einzuschränken.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, das Demonstrationsrecht. Hier könnte uns das bloße Fehlen eines direkten Demonstrationsverbots im Strafgesetzbuch keinesfalls ausreichen. In diesem Fall würde es nämlich dem bürgerlichen Staat offenstehen, unter Berufung auf andere Vorschriften und Gesetze (Straßenverkehrsordnung, ruhestörender Lärm usw. usf.) t r o t z d e m gegen Demonstrationen vorzugehen. Daher ist es wichtig, daß der bürgerliche Staat in der Verfassung und im Strafgesetzbuch ausdrücklich das Demonstrationsrecht garantiert. Es ist klar, daß wir diese Garantie nö-

gerliche Staat in der Verfassung und im Strafgesetzbuch ausdrücklich das Demonstrationsrecht garantiert. Es

tigenfalls verteidigen und daß wir uns nicht etwa heute auf den Standpunkt stellen, uns liege sowieso nichts an den Garantien, da wir den bürgerlichen Staat ablehnen. Ein derartig „rrradikaler" Standpunkt würde nur dem bürgerlichen Staat und der Bourgeoisie nützen und den Abbau demokratischer Rechte des Volkes erleichtern.

Auf die Spitze getrieben wurde diese Art von kleinbürgerlicher „Rrradikalität" in einem Flugblatt des Hamburger „Komitees gegen den § 218".

Darin wurde behauptet, die Bewegung gegen den § 218 sei bereits jetzt (!) stark genug, um den bürgerlichen Staat an der Anwendung des § 218 zu hindern. Daher sei es ein *„beamtenmäßiger Vorschlag"*, wenn wir vom Staat die ausdrückliche L e g a l i s i e r u n g der Abtreibung fordern. Der bürgerliche Staat dürfe mit der Abtreibung gar nichts zu tun haben (also sie auch nicht legalisieren!), sondern das müsse *„vom Volk selbst geregelt werden"*.

Hier verhält sich der KBW wie der Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt: Er erklärt, daß ihn der bürgerliche Staat nicht interessiere und tut so, als reiche das aus, um den Staat verschwinden zu lassen.

Entweder stellt man sich auf den Standpunkt, daß die Bewegung im Volk wirklich schon stark genug sei, um sich um die bürgerliche Gesetzlichkeit einen Dreck zu scheren. Dann muß man doch fragen, warum der KBW überhaupt die „überflüssige" Forderung nach Streichung des § 218 an den bürgerlichen Staat richtet?!

Oder man gibt vernünftigerweise zu, daß der bürgerliche Staat vorerst die Macht hat, seine Gesetze noch anzuwenden, und dann ist die Forderung nach Legalisierung der Abtreibung richtiger und eindeutiger als die Forderung nach „ersatzloser Streichung ", die dem bürgerlichen Staat noch Spielraum läßt. Wir fordern vom bürgerlichen Staat nicht nur die Streichung des § 218, sondern wir fordern gleichzeitig Garantien, daß er keine anderen Gesetze benutzen wird, um durch die Hintertür weiterhin Abtreibungen zu kriminalisieren.

Die Forderung nach „ersatzloser Streichung" ist in der Bewegung gegen den § 218 seit langem verankert und wir selbst haben sie – ohne sie mit allen Konsequenzen zu durchdenken – früher vertreten. Die Ersetzung dieser Forderung durch die „vollständige Legalisierung" ist für uns eigentlich auch mehr eine Verständnisfrage als eine Prinzipienfrage. Wir wissen auch, daß viele, die „ersatzlose Streichung" fordern, inhaltlich dasselbe meinen wie wir. Kritisch wird es erst, wenn man – wie der KBW – dies zum prinzipiellen Streitpunkt macht und sich ausdrücklich g e g e n eine Legalisierung stellt, da die Abtreibungsfrage den Staat gar nichts angehe. Ausdrücklich s o interpretiert, ist die Forderung nach „ersatzloser Streichung" im Grunde noch schlechter als die Forderung nach „Fristenregelung", da diese immerhin innerhalb eines gewissen Zeitraums die Straffreiheit garantiert, während die vom KBW interpretierte „ersatzlose Streichung" g a r k e i n e Garantien fordert, sondern darauf vertraut, daß sich „das Volk" gegen den Staat auch ohne Garantien durchsetzen möge. Hier zeigt der KBW anschaulich, wie der kleinbürgerliche „Rrrradikalismus" in Wirklichkeit zur Bemäntelung des Zurückweichens vorm bürgerlichen Staat dient. ●



"Änderung" der Frauenforderung durch den KBW

Der KBW lügt... und lügt... und lügt...

Getreu der in der „Kommunistischen Volkszeitung" („KVZ") ausgegebenen „Generallinie" („etwas bleibt immer hängen") sind mittlerweile auch einzelne Ortgruppen des KBW bemüht,

(„etwas bleibt immer hängen") sind mittlerweile auch einzelne Ortgruppen des KBW bemüht,

uns mit Lügen und Gerüchten der Preisgabe des Kampfes gegen den § 218 zu bezichtigen.

Den „Rekord" an Dummdreistigkeit dürfte dabei vorläufig das KBW-„Komitee" in O l d e n b u r g halten. In einem Flugblatt des „Komitees" heißt es: *„Der KB Nord trägt Verwirrung (?!) in die Bewegung herein, er sagt auf der einen Seite: Der Paragraph muß weg und im nächsten Atemzug: Man (?) könne aber auch für die Fristenregelung eintreten".*

Ist dies schon ziemlich unverschämt, so kommt der Gipfel erst noch: *„In der heutigen Situation, wo der Staat die Reaktion und Unterdrückung umfassend verstärkt, treten einige ‚Gegner' des § 218 ans Tageslicht.* **So die DKP und der KB (Nord).** *Sie versuchen, den Kampf gegen den § 218 in die Sackgasse zu führen.* **Sie sagen, man muß jetzt kleine Schritte machen und für die Fristenregelung eintreten".** ●

W e r b i e t e t m e h r ?!



Vorwort

Voraussichtlich noch im Februar wird der Bundestag die „Neuregelung" des § 218 beschliessen. Diese „Neuregelung" bringt auf dem Papier kaum Vorteile, in der Praxis wird offenbar sogar eine V e r s c h l e c h t e r u n g der Lage der Frauen, die abtreiben müssen und wollen, angestrebt. Fälle juristischer Verfolgung nehmen wieder zu, die Möglichkeiten zur Abtreibung werden weniger usw. Auch die Polizei-Überfälle auf Frauen-Zentren in Frankfurt und erst jüngst in Bremen kennzeichnen das Klima.

Obwohl die Bewegung gegen den § 218 im vergangegen Jahr einen merklichen Aufschwung nahm, scheint es gegenwärtig ganz ausgeschlossen, den § 218 bzw. seine frauen- und volksfeindliche „Neuregelung" zu Fall zu bringen.

Die Bewegung gegen den § 218 muß sich auf einen langfristigen Kampf einrichten und darf nicht auf spektakuläre Augenblickserfolge rechnen. Der Kampf gegen den § 218 kann am besten zum Erfolg geführt werden, wenn er eng verbunden wird mit dem g e s a m t e n Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrukkung der Frau und mit dem Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse allgemein.

In diesem Kampf gilt es, falsche Vorstellungen zu überwinden und Organisationen in ihre Schranken zu weisen, die die Bewegung gegen den § 218 sektiererisch ausnutzen und ihr ihre Konzepte aufzwingen wollen. In der Bewegung gegen den § 218 ist das zur Zeit vor allem der KBW mit den von ihm gegründeten und kontrollierten „Komitees". Der KBW und die „Komitees" vertreten nicht nur falsche und sektiererische Vorstellungen, wie der Kampf gegen den § 218 zu führen ist, sie arbeiten auch mit dem Mittel des politischen Betrugs und der bewußten Irreführung.

Mit den Thesen des KBW und mit seinen praktischen Methoden wollen wir uns in dieser kleinen Broschüre kritisch auseinandersetzen.

**Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg**

Des weiteren Nachdrucke aus dem ARBEITERKAMPF

Verlag Arbeiterkampf -,30

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw.
Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 18.000
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 24o 595, J. Reents.

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

China
Deng Hsiao-ping weg vom Fenster ?

Vier Wochen nach dem Tod des chinesischen Ministerpräsidenten Tschu En-lai ist im Rätselraten um seinen Nachfolger zumindest eine Zwischenentscheidung gefallen. Neuer Ministerpräsident wurde nicht Tschu's Erster Stellvertreter Deng Hsiao-ping, der schon seit Monaten faktisch die Amtsgeschäfte geführt hatte, sondern Hua Guo-feng, der unter den zwölf stellvertretenden Ministerpräsidenten nur den sechsten Platz erhielt.

Allerdings gilt Hua Guo-feng nur als ‚Ministerpräsident ad interim', d.h. er übt dieses Amt möglicherweise nur vorübergehend aus, bevor eine längerfristige Regelung der Nachfolge Tschu En-lai's getroffen werden kann.

Hua Guo-feng ist etwa Mitte der fünfzig. Er hat seine „Karriere" als Funktionär in der Provinz Hunan begonnen, aus der auch Mao stammt. In erster Linie war er mit Fragen der Wirtschaft befaßt. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution 1966/67 spielte er nach den vorliegenden Einschätzungen keine aktive Rolle – weder wurde er angegriffen, noch fiel er als Vertreter der Linken auf.

Der IX. Parteitag der KP Chinas im April 1969 wählte Hua Guo-feng zum Mitglied des ZK und des Politbüros. Der VI. Nationale Volkskongreß im Januar 1975 machte ihn zu einem der stellvertretenden Ministerpräsidenten und zum Minister für öffentliche Sicherheit. Diesem Ministerium unterstehen unter anderem Polizei, Justiz und Strafvollzug.

Daß er nach wie vor stark auch mit wirtschaftlichen Fragen befaßt blieb, wird daran deutlich, daß er im Herbst 1975 den 1976 beginnenden neuen Fünf-Jahr-Plan vorlegte.

Die bürgerliche Presse spekuliert zur Zeit, daß Hua Guo-feng ein „Kompromißkandidat" in den Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Linken in der Führung der KPCh sei.

Sicher scheint jedenfalls, daß es mit Deng Hsiao-ping bergab geht. In den letzten Wochen wurde eine Wandzeitungs-Kampagne gegen „kapitalistische Machthaber" geführt, die sich nicht wirklich gewandelt haben. Die Kampagne soll sich nach neueren Meldungen direkt gegen Deng Hsiao-ping richten, dem vorgeworfen wird, er sei ein „kapitalistischer Rechtsabweichler" und er widersetze sich der Linie Mao Tsetungs.

Deng Hsiao-ping war bis 1966 Generalsekretär der KP Chinas. In der Kulturrevolution wurde er als „bürgerlicher" Machthaber gestürzt. Seit 1973 wurde er zügig und außerordentlich rasch wieder „rehabilitiert" und in eine neue Karriere geschoben. Die Imperialisten hatten gehofft, in ihm den Nachfolger Tschu En-lai's zu finden.

Deng Hsiao-ping war ihnen vor allem auf außenpolitischem Gebiet weit entgegengekommen: Während Tschu En-lai bereits schwer krank war, hatte Deng Hsiao-ping als faktischer Ministerpräsident die Außenpolitik der VR China weiter nach rechts orientiert. Er war es, der z.B. die Meinung äußerte, von „einsichtsvollen" Leuten wie CSU-Chef Strauß gäbe es „leider viel zu wenige" auf der Welt. Vor allem in Afrika erntete die VR China die negativen Folgen der anscheinend auf das Konto Deng Hsiao-pings gehenden abenteuerlichen Politik der „Annäherung" an die Imperialisten. Diese Politik brachte die VR China immer stärker in Gegensatz zu den Nationen der „Dritten Welt". Vor allem Angola spielte dabei eine Rolle.

Ob die Nichtberücksichtigung Deng Hsiao-pings als Nachfolger Tschu En-lai's und die Meldungen über eine Kampagne gegen Deng Hsiao-ping auch mit dem Mißerfolg seiner Außenpolitik zusammenhängen, kann nur die Zukunft zeigen. Vorerst gab z.B. Außenminister Tjiao Guan-hua noch anläßlich des Besuchs von CDU-Dregger in China Sprüche im alten Stil aus der rechten Ecke von sich. Hoffen wir, daß die chinesischen Genossen recht bald auch diesen Herrn auf die Abschußrampe schieben!



Die „drei Chrutschows" in brüderlicher Umarmung: Liu Schao-tschi, (†) Nikita (†) und Deng Hsiao-Ping (?) (v.l.n.r.)

Inhalt

II. Kongress des MES

Für die Volksmacht, für die Revolution

Vom 13. bis 15. Februar fand in Lissabon der II. Kongress des MES statt. Für den MES stand dieser Kongress im wesentlichen unter zwei Aspekten
- **Seine Taktik der neuen, nach dem Rechtsputsch vom 25. November entstandenen Situation anzupassen.**
- **Eine Konsolidierung der Organisation zu ermöglichen.**

Bilanz und Selbstkritik

In einem Interview sagte uns Genosse Nuno Pereira, Mitglied des ZK des MES: „... *Bekanntlich hatten wir interne Probleme. Man kann sagen, daß unsere Organisation in einer Krise steckte. Durch die gemeinsame Anstrengung, durch die gemeinsame Diskussion auf dem Kongress, war es uns möglich, diese Krise offenzulegen und zu überwinden.*

Von größter Wichtigkeit war dabei die ehrliche Selbstkritik, die wir geleistet haben ...".

„*Einige Genossen unserer Organisation hatten gefordert, daß die Politische Kommission und die Bewegung sofort nach dem 25. November diese Selbstkritik hätten leisten sollen.*

Wir fanden, daß unter diesen Umständen die Selbstkritik zu oberflächlich ausgefallen wäre. Daher hielten wir es für richtig, sie auf dem Kongress zu leisten. Wir sind der Ansicht, daß diese Selbstkritik dort sehr überlegt und unter Teilnahme sämtlicher Genossen und Basisstrukturen vorgenommen wurde".

Die Selbstkritik war ein wesentlicher Bestandteil des fünfstündigen Berichts („relatorio") der Politischen

Die Selbstkritik war ein wesentlicher Bestandteil des fünfstündigen Berichts („relatorio") der Politischen

Kommission an den Kongress, der in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar vorgetragen wurde. Dieser Bericht soll veröffentlicht werden und wir werden dann sicher noch einmal darauf eingehen. (siehe vorerst Zusammenfassung des Berichts in diesem AK nach „Poder Popular").

Zusammengefaßt wurde die Selbstkritik insbesondere noch einmal in der Rede des Genossen Eduardo Graca, Mitglied des ZK, auf der Abschlußkundgebung am Abend des 15. Februar (siehe leicht gekürzter Abdruck in diesem AK).

Bei der Selbstkritik ging es u.a. um „Triumphalismus" bei der Einschätzung der Situation vor dem 25. November; um eine Überschätzung der antifaschistischen Aktivität der PCP; die Annahme, die PCP könnte bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe *„zu revolutionären Positionen mitgerissen werden"* (Graca); Vernachlässigung der Kritik am Revisionismus, insbesondere auf ideologischer Ebene; „Auflösung der Führung in der Einheit" (Graca), d.h. konkret Vernachlässigung der politisch-ideologischen Diskussion insbesondere innerhalb der Einheitsfront FUR; Vernachlässigung der konkreten Aufgaben des Parteiaufbaus u.a.m.

In einem Widerspruch zu der u.E. insgesamt richtigen Einschätzung begangener Fehler scheint uns jedoch das Festhalten an der Behauptung zu stehen, daß vor dem 25. November **„die Machtfrage effektiv auf der Tagesordnung stand"** (Graca). Diese Frage scheint auch beim MES noch nicht zuende diskutiert zu sein. Insbesondere konnte über die Formel der **„Revolutionären Übergangsmacht"** keine Klärung erzielt werden. Klar wurde, daß der MES sich vor dem 25. November nicht genügend oder gar nicht öffentlich von den jetzt für „abenteuerlich" erklärten Parolen der PRP („bewaffneter Aufstand") abgegrenzt habe und daher die Verwechslung seiner Positionen mit denen der PRP zugelassen habe. Nicht klar wurden jedoch die alternativen Vorstellungen des MES selbst.

Nach dem Kongress diskutierten wir mit Genossen des ZK über den politisch-ideologischen Kampf, insbesondere auch gegenüber Strömungen der revolutionären Linken (PRP,

politisch-ideologischen Kampf, insbesondere auch gegenüber Strömungen der revolutionären Linken (PRP,

UDP usw.), den der MES u.E. bisher sehr vernachlässigt hat. Darauf wurde uns geantwortet, daß die Bedingungen in Portugal andere seien. Es gebe bei den linken Organisationen ein großes Sektierertum. Wenn der MES offen z.B. die UDP kritisieren würde, würde das die Entwicklung einer Zusammenarbeit (um die sich der MES z.Z. stark bemüht) von Anfang an sehr behindern. Die Genossen sagten aber auch, daß sie in Zukunft den politisch-ideologischen Kampf doch stärker als bisher führen wollen.



Konsolidierung des MES

Die Genossen des MES betrachten ihren II. Kongress als einen wichtigen Punkt ihrer Entwicklung. Der MES („Bewegung der Sozialistischen Linken") hat eine Entwicklung von einer recht breiten, politisch-ideologisch diffusen Bewegung zu einer kommunistischen Organisation genommen. Es war bezeichnend, daß die vor allem von den Genossen beim Kongress und auf der Abschlußkundgebung gerufene Parole immer wieder war: „M-E-S! Movimento Communista!", k o m m u n i s t i s c h e Bewegung! Es gab auch verschiedene Vorschläge, den MES umzubenennen, um klarzumachen, daß der MES seinen Charakter als ‚Bewegung' überwunden hat.

Der II. Kongress des MES sollte den demokratischen Zentralismus stärken. So wurde anstelle der alten Politischen Kommission (18 Mitglieder) jetzt ein Zentralkomitee gewählt (35 Mitglieder). Bis zum II. Kongress waren nur Mitglieder der Lissabonner Regionalorganisation in der Politischen Kommission, während im neuen ZK auch Genossen aus Porto, Nordportugal etc. vertreten sind.

Der MES hatte in der Zeit nach dem 25. November verschiedene Austritte zu „verdauen", insbesondere im kleinbürgerlichen Bereich (Lehrer, Bankangestellte), aber auch in Porto. Auch wenn dabei noch andere Aspekte teilweise mitspielten, sind doch diese Austritte offenbar insgesamt im Zusammenhang der Entwicklung des MES zu einer kommunistischen Vorhut-Avantgarde-Organisation und des Herausfallens kleinbürgerlich-opportunistischer Kräfte zu sehen.

Zahlreiche linke Organisationen aus Portugal und dem Ausland nahmen am Kongress des MES (abgesehen von ganz internen Fragen, wie Wahl des ZK) als Beobachter teil oder hatten Grußadressen geschickt (vgl. Übersicht in diesem AK), die auf einer sehr kämpferischen Abschlußkundgebung am Abend des 15. Februar verlesen wurden (etwa 2.000 Teilnehmer).

Proletarischer Internationalismus

Am 16. Februar fand eine Veranstaltung („comicio") des MES zum Proletarischen Internationalismus statt. Es sprachen Vertreter der spanischen Organisation Bandera Roja (Rote Fahne), der Befreiungsfront der Westsahara POLISARIO, der französischen Organisation Revolution! (zugleich für die französische Organisation OC GOP und den schwedischen Förbundet Komunist) und vom KB. Genosse Nuno Pereira vom MES hielt das Hauptreferat über den „Klassenkampf im Weltmaßstab".

Aus der Rede des KB veröffentlichen wir die wesentlichen Teile in diesem AK. Um die Rede von Revolution! wollen wir uns bemühen. Das Referat von Nuno Pereira ist in „Poder Popular" (19.2.76) abgedruckt, und wir werden demnächst eine Übersetzung veröffentlichen (wahrscheinlich in der INTERNATIONALE).

Gemeinsam kam in den Reden das Bestreben zum Ausdruck, die Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Organisationen auszubauen und zu verdichten und konkrete Schritte zum Aufbau einer neuen kommunistischen Internationale zu tun.

Diesem Ziel – im weitesten Sinne – dienten auch zwei Gespräche, die wir nach dem Kongress mit Genossen von Bandera Roja und von den dänischen ‚Linkssozialisten' führten. Wir informierten uns dabei gegenseitig über die Situation in den jeweiligen Ländern, sowie über Herkunft und Politik unserer Organisationen. Diese Kontakte sollen vertieft werden, u.a. durch Austausch von Publikationen. (vgl. Notizen in diesem AK über Bandera Roja und ‚Linkssozialisten').

Die Zeitung des MES, „Poder Popular", machte mit uns ein Interview über die Situation in der BRD, über den Zustand der Arbeiterbewegung, über die Politik unter den portugiesischen Arbeitern in der BRD und über den proletarischen Internationalismus. Dieses Interview wurde auf der zweiten Seite der „Poder Popular" vom 19.2. zusammen mit unserer Grußadresse veröffentlicht, unter dem Symbol des KB. ●

Grußadressen an des MES-Kongress

1. PRP (Portugal)
2. PLO (Palästina)
3. MAPU (Chile)
4. PAIGC und Regierung von Guinea-Bissao
5. Uniao do Povo Galego (Volksunion von Galizien/Spanien)
6. Gruppen um die revolutionäre brasilianische Zeitung „Brasil Socialista"
7. MIR (Chile)
8. Bandera Roja (Spanien)
9. Zeitung „Politique Hebdo" (Frankreich)
10. Lotta Continua (Italien)
11. Förbundet Komunist (Schweden)
12. PSU (Frankreich)
13. Komunistisk Förbundet (Dänemark)
14. FSP (Portugal)
15. MCE (Spanien)
16. KB
17. Revolutionäre Koordinationsjunta (Lateinamerika)
18. Venstresocialisterne (Linkssozialisten, Dänemark)
19. Revolution! (Frankreich)
20. Big Flame (Großbritannien)
21. POLISARIO (Westsahara)

Die PSP der Niederlande schickte ein Grußtelegramm, Avantgardia Operaia (Italien) schickte nachträglich eine Grußadresse.

Portugal

Grußadresse des KB

Genossinnen, Genossen,

Der KB übermittelt Eurem II. Kongreß solidarische und herzliche Grüsse. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen sind noch kein Jahr alt, aber in dieser Zeit hatten wir so viele und so freundschaftliche Kontakte, daß man trotzdem von einer festen Beziehung der Solidarität und des kritischen Meinungsaustausches reden kann.

Immer, wenn es Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, haben wir sie freimütig diskutiert; so wollen wir es auch in Zukunft halten.

Dieser Kongreß und die Gespräche, die wir mit den Genossen des MES führen konnten, haben unser Verständnis von Eurer Politik vertieft und wir hoffen, noch weitere Diskussionen führen zu können.

Möge Euer II. Kongreß, wie schon der I., ein neuer wichtiger Meilenstein auf Eurem Weg sein!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Solidarität zwischen KB und MES!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch! ●

Grußadresse des MIR (Chile)

Genossen des MES,
Genossen Vertreter der revolutionären Organisationen,
Genossen auf diesem II. Kongreß,

Die Verschärfung des Klassenkampfs in der ganzen Welt, die bestimmt ist von der gegenwärtigen Krise des Imperialismus und von den Kämpfen des internationalen Proletariats und der ausgebeuteten Völker, widerspiegelt sich heute im fast schon siegreichen Kampf der FAPLA und des angolanischen Volkes, das von seiner einzigen Avantgarde organisiert wird, der MPLA.

Wir vergessen auch nicht, daß eine der Ursachen dieser Krise die Niederlage ist, die der Imperialismus gegenüber der Intelligenz, dem Mut, der Kampfkraft und dem Schöpfergeist des heldenhaften Volkes von Vietnam erlitten hat, das klug geführt wird von der Partei der Arbeit Vietnams und von der Nationalen Befreiungsfront.

Wenn gegenwärtig der nordamerikanische Imperialismus keine politischen Voraussetzungen hat, um direkt in der Volksrepublik Angola zu intervenieren, dann wegen der inneren Widersprüche, die von seinem Scheitern in Indochina und von der Einheit des angolanischen Volkes gegen die Söldner und Marionetten der FNLA/UNITA und Südafrikas bestimmt werden.

Die internationale Solidarität mit diesem Kampf kommt beispielhaft im internationalistischen Verhalten der kubanischen Revolution zum Ausdruck, die heute in Angola wie früher in Lateinamerika und anderen Kontinenten an der Spitze der der militanten Unterstützung für die kämpfenden Völker steht.

Die Identifizierung, die wir mit diesen Kämpfen fühlen, stellt ein wesentliches Element der Beziehungen zwischen unseren Organisationen dar.

Aber wir dürfen nicht die Gegenangriffe der Imperialisten in Chile, und nicht bloß dort, unterschätzen. Die Repression setzt ihren zum Scheitern verurteilten Versuch fort, den Widerstand zu vernichten. Andere Völker, die sich auf den Marsch machen, wie das portugiesische, sind durch die vom Imperialismus unterstützte innere Reaktion von Putschen bedroht.

Wir können uns, Genossen des MES, keinen begeisternderen Meilenstein für Eure revolutionäre Kampfkraft denken. Der Sieg ist möglich und läßt sich schon auf vielen Gebieten sehen, aber der Kampf wird hart und lang sein.

Wir sind gewiß, daß die Fortsetzung des Kampfes gegen die gemeinsamen Feinde die internationalen Verbindungen stärken wird, die uns vereinen, und daß er uns darauf vorbereiten wird, zum Sieg voranzuschreiten.

Wir grüßen mit erhobener Faust den II. Kongreß des MES!

Es lebe der revolutionäre Kampf des portugiesischen Proletariats!

Der chilenische Volkswiderstand wird siegen!

Hasta la Vitoria siempre! ●

(Übersetzung nach „Poder Popular", 19.2.).

BILANZ UND

Rede des Genossen Eduardo Graca, Mitglied des ZK vom MES, auf der Abschlußkundgebung des II. Nationalcongresses

Dieser II. Congress war ein wichtiger Schritt für die Vertiefung unserer Linie und für die Stärkung unserer Einheit und Organisation – ausgehend von der Kritik und Selbstkritik unserer politischen Arbeit bis heute.
Mit größerem Zusammenhalt und größerer Einigkeit werden wir den Weg zum Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse beschreiten, für die Stärkung der Einheit der Massen und der Revolutionäre, in dem ruhelosen Kampf gegen Faschismus, Kapitalismus und Imperialismus.

Mit dem reaktionären Putsch vom 25.November haben die revolutionären Kräfte und die Bewegung der Volksmassen eine schwere Niederlage erlitten. Die Volksbewegung sieht sich vor der Zerstörung ihrer militärisch revolutionären Komponente, die bis zum 25.November den revolutionären Kräften erlaubte, mit einer offensiven Taktik vorzugehen und die Machtfrage auf die Tagesordnung zu setzen. **Mit dem 25.November verlieren die revolutionären Kräfte an politischer Kraft und sind gezwungen, ihre Taktik und ihre Aktionsmethoden grundlegend zu revidieren.**

Die Wichtigkeit unseres II. Congresses erklärt sich also aus der dringenden Notwendigkeit für die Revolutionäre, ihre Taktik der neuentstandenen Situation anzupassen.

Die Niederlage für eine revolutionäre Organisation wie den MES ist nie endgültig. Im Gegenteil, die Niederlage öffnet uns einen Weg und nur einen: Die Fehler zu analysieren, keine Angst zu haben, sie auf sich zu nehmen, und die Arbeit aufnehmen, die die Bedingungen vorbereitet, die uns aus einer ungünstigen Situation in eine neue günstige Situation bringen (...).

Der MES – kommunistische Bewegung

Wir haben die moralische und politische Kraft, einen Weg für den Kampf und für die Organisierung des Volks und der Volksmassen aufzeigen zu können. Diese Kraft entsteht aus unserer Geschichte als revolutionäre und kommunistische Bewegung und durch die Lehren Hunderter von Kämpfen, in denen wir aktiv waren und sind. **Die Bedeutung und die politischen Verantwortlichkeiten,die wir innerhalb des Prozesses seit dem 25.April 1974 errungen haben, sind nicht aus dem Zufall entstanden. Unsere Bewegung hat eine Tradition und eine Geschichte, auf die wir stolz sind.**

Unsere Praxis heute ist dieser Geschichte und dieser Tradition nicht fremd. Unsere Bewegung findet ihre Bedeutung und ihren Weg in den sechziger Jahren, wo unsere Geschichte sich eng verbindet mit dem Aufbau einer Alternative zur Politik der Reformisten und Revisionisten. Diese haben jahrelang den gesamten Kampf des Volkes auf den Antifaschismus beschränkt. Die Niederlage des kolonial-faschistischen Regimes überstürzte sich in der Zeit des verschärften Kampfes zwischen 1969 und 1974; das Proletariat und die Werktätigen widersetzten sich mit großer Entschlossenheit der Intensivierung der Ausbeutung und der Repression. Gleichzeitig führte das unaufhaltsame Voranschreiten des bewaffneten Kampfes der Völker der Kolonien zum Zerfall der alten Kolonialarmee.

Der MES entsteht und wächst in dieser Zeit, in den Kämpfen der Avantgarde des Proletariats und der Werktätigen und im demokratischen Kampf von breiten Sektoren des radikalen Kleinbürgertums. Er entsteht in Verbindung mit konkreten Kampfprozessen. Von unten nach oben. Seine Erfahrung nährt sich aus den Erfahrungen der Klassenkämpfe, verbunden mit der neuen antikapitalistischen Phase des Arbeiter- und Volkskampfes.

Entwickeln wir uns von einer ideologischen Avantgarde zu einer Klassenkraft!

Die politische Kraft, die der MES heute darstellt, hat ihre Wurzel in dieser Zeit. Die Linie, die er seit dem 25.April vertritt, ist durch die Umstände seiner Entstehung gekennzeichnet.

Als eine politische Agitationsfront bis zum I. Congress im Dezember 1974 – und nicht als eine Klassenavantgarde – wurde unsere Bewegung dazu gebracht, die spontanen Ausdrücke der Arbeiter- und Volksbewegung überzubetonen und ihre dauerhafte und stabile Organisation zu mißachten.

Eine ganze Zeit lang, die durch den 25.April brutal beschleunigt wurde, waren wir eine antikapitalistische Basisfront, die um sich herum Militante verschiedener Sektoren mit einer schwachen Koordinierung zwischen sich versammelte. Das bedeutet, daß wir am Anfang keine Einheit parteilicher Art zwischen uns hatten.

Hier ist unsere Stärke und unsere Schwäche zu sehen. Unsere Stärke, weil die Sektoren der Avantgarde, die sich um unsere Vorstellungen organisieren, eine umfassende Fähigkeit zur Einflußnahme in den Kämpfen bekommen, indem sie das Streben der Massen nach Einheit korrekt beantworten. Unsere Schwäche, weil die Fähigkeit, den konkreten Kampf und die unmittelbare oder politische Forderung zu vereinen, nicht kraftmäßig organisiert wird und fast immer vom Reformismus und vom Linksradikalismus wieder wettgemacht wird. Heute sind wir uns über diese Tatsache voll im Klaren. Unsere Ideologie und unsere revolutionäre Theorie wurden aus dem Fortschritt der Arbeiter- und Volksbewegung geschmiedet. Aber diesen Fortschritten auf der ideologischen und theoretischen Ebene entsprachen keine Fortschritte auf der organisatorischen Ebene und auch nicht die Fähigkeit zur Einbeziehung der Massen oder gar ihrer fortgeschrittenen und bewußteren Sektoren.

Dies ist die Ursache für viele unserer Fehler. Heute sind wir fest dabei, sie zu korrigieren **damit wir aufhören, eine ideologische Avantgarde zu sein, die wohl beeinflussen aber nicht siegen kann, und uns zu einer Kraft der Avantgarde entwickeln, die in der Lage ist, zu vereinen und zu kämpfen, um zu siegen ...**

Damit wir uns zu dieser Kraft der Avantgarde entwickeln können, müssen wir die Lehren der Niederlage des 25. November ziehen. **Aber für uns bedeutet das nicht, das Wesentliche unserer Linie zu verlassen, da sie in den Hauptsachen richtig ist.** Das zu tun hieße eine enorme Quelle an siegreichen Erfahrungen des Kampfes des Proletariats und des Volkes wegzuschmeißen und unsere politische Autonomie zu verleugnen. Kurz gesagt, würden wir die Aufgaben, von denen wir uns vorgenommen haben, sie zu Ende zu führen, aufgeben.

Die Rolle des MES im revolutionären Prozeß

Während des gesamten revolutionären Prozesses, vom I.Congress bis zum 25.November, waren wir eine Kraft, deren politischer Einfluß und deren Aktivität viele der wichtigsten Schritte kennzeichnen, die das Proletariat und das Volk im Kampf gegen die Herrschaft des Kapitalismus und Imperialismus gemacht haben.

Eine der wesentlichen Fragen, wo wir uns sehr früh von den Reformisten und Linksradikalen abgegrenzt haben, war die des MFA.

Sehr früh haben wir den Charakter des MFA und die Rolle verstanden, die seine verschiedenen Strömungen im revolutionären Prozeß spielen würden. So konnten wir dort die Ebene der Intervention herausfinden, die die Kampfbedingungen von den revolutionären Kräften forderten.

Man kann sogar sagen, daß wir die einzige politische Kraft waren, die das MFA und seine Rolle korrekt analysiert hat.

Trotzdem, der wesentliche Aspekt, der dieser Art der Intervention volle Wirksamkeit verleihen könnte, nämlich der organisatorische Aspekt und die korrekte Verbindung mit den Massen, hat sich nicht dem Minimum angenähert, das für eine umfassende revolutionäre Intervention notwendig gewesen wäre. Ausgehend von den objektiven Grenzen, vor denen wir standen, wäre das ja nicht das Schlimmste gewesen, wenn wir uns darüber systematisch bewußt gewesen wären. Das war aber nicht der Fall. D.h. unser immer wachsender politischer und ideologischer Einfluß bei den fortschrittlichen und revolutionären Strömungen des MFA hat uns sehr oft die Illusionen gemacht, daß wir kurz vor einer grossen Verankerung waren und daß wir in kurzer Zeit breite Sektoren der Massen der Kontrolle und dem Einfluß der PCP entziehen könnten. Unseren Einfluß haben wir durch die unnachgiebige Verteidigung von korrekten und konsequenten Vorschlägen in den entscheidenden Momenten des Prozesses bekommen, die in späteren Phasen durch den Zwang der objektiven Realität angenommen wurden. Das ist der Fall bei den Verstaatlichungen, bei der Agrarreform und später beim „Plano GUIA“. Unsere Positionen haben tatsächlich sehr oft eine breite Unterstützung der Massen gehabt. Aber nicht, weil wir mit ihnen eng verbunden gewesen wären, sondern weil sie von einem fortschrittlichen und politisch glaubwürdigen MFA vertreten wurden, oder von der PCP, die sich durch die objektive Entwicklung des revolutionären Prozesses oft gezwungen sah, dem MFA taktisch zu folgen.

Aus den Niederlagen lernen – die Fehler korrigieren – im Kampf voranschreiten!

Die Unfähigkeit, diese Realität zu verstehen, hat dazu geführt, daß der Triumphalismus sich bei uns breit machen konnte, was wiederum zwei wesentliche Konsequenzen gehabt hat:

– Einerseits **eine gewisse Verzerrung unserer Intervention;**
andererseits **eine objektive Mißachtung der parteilichen und Massenorganisationen – eines Einflusses, der real, aber zeitbedingt war.**

Ohne zu vergessen, daß organisatorische Sorgen sehr oft auf der Tagesordnung waren und daß sogar wichtige Fortschritte gemacht wurden, haben wir eine subjektive Neigung geschaffen, die uns dazu brachte, das, was nur ein Schein war, als Realität anzunehmen. Wir haben vergessen, daß die Fähigkeit, über die Interessen und Hoffnungen der Massen intern zu reflektieren, unbedingt verbunden ist mit ihren Organisationen und mit unserer Anwesenheit dort, sowie mit der Möglichkeit, die Fortschritte, die durch das Einverständnis mit den gemachten Vorschlägen erreicht worden sind, organisatorisch umzusetzen.

Als Beispiel hierfür nehmen wir einige Fälle, die dies aufzeigen. **Gegenüber der Gewerkschaftsfrage** korrigieren wir die Aussage, daß „der MES nie eine Linie für diesen Interventionssektor definiert hat“. Die Wahrheit ist, daß wir in den rückständigsten Sektoren der Werktätigen keine konsequente Politik der Organisierung und der Verankerung geführt haben, und daß wir uns darauf beschränkt haben, wenn auch in einer korrekten Weise, die großen Fragen aufzuzeigen, die sich auf dieser Ebene stellen.

Gegenüber der Entlarvung der Sozialdemokratie, insbesondere der PS – und diese Entlarvung war eine der wichtigsten und korrektesten Aufgaben, die wir durchgeführt haben – **haben wir es nicht verstanden, gleichzeitig eine Verankerungs- und Organisationsarbeit bei den sozialen Sektoren zu machen**, deren Antikommunismus von jener Kraft als Instrument benutzt wurde (...).

Durch das Fehlen einer soliden und organisatorischen Verbindung mit den Massen und durch das Fehlen eines korrekten Verständnisses, wie auf dieser Ebene die großen Fragen des portugiesischen revolutionären Prozesses sich widerspiegeln, haben wir es sehr oft nicht geschafft, eine korrekte, aber eingeengte Sicht dieser Fragen zu überwinden, und dementsprechend auch nicht die Schlußfolgerungen ziehen können, die ihre praktische Verbindung erlaubte und forderte. Auf diese Weise entstand ein großes Mißverhältnis zwischen unserem politischen Einfluß und der organisatorischen Fähigkeit, intern und auf der Massenebene. (...)

„Die Volksoffensive zum Sieg führen“ – eine richtige Parole

Der Moment ist gekommen, um über den 25.November und die Zeit,

Bericht ('Relatorio') der Nationalen Politischen Kommission (CPN) des MES an den II. Kongress

Die CPN, die jetzt ihre Funktion aufgegeben hat, hat dem Kongreß einen detaillierten Bericht über ihre Aktivität und die Rolle des MES im revolutionären Prozeß vorgelegt. Darin wird die politische Situation analysiert und die großen Aufgaben aufgezeigt, die sich den Revolutionären stellen. Der Bericht besteht aus sechs wesentlichen Teilen.

1. Im ersten Teil wird der Prozeß der Entstehung und der Entwicklung der antikapitalistischen politischen Linie, nach der der MES sich gebildet und organisiert hat – vor und nach dem 25. April – analysiert.

Die beiden wesentlichen Punkte dieses ersten Teils sind: – die „frontistische“ Natur des MES, die auf dem I. Kongreß lediglich in Frage gestellt wurde und die erst auf d i e s e m Kongreß endgültig überwunden werden sollte, – die Charakterisierung des MES als eine mit dem revolutionären Prozeß organisch verbundene Avantgarde, die sich jetzt auf dem Weg befindet, eine politische Klassenkraft zu werden.

2. Der zweite Teil bestand aus der Analyse der Klassenkämpfe und des politischen Kampfes seit Dezember 1974 (Datum des I. Kongresses) bis jetzt.

Die zentralen Aspekte dieses Teils sind die Rolle des MES in der Entwicklung des revolutionären Prozesses, die Bestätigung der Richtigkeit der taktischen Linie, die während dieser Monate von der Organisation praktiziert wurde und die entscheidende Analyse über den Sieg des reaktionären Putsches vom 25. November. Darin wird klargemacht, daß die Niederlage der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes im wesentlichen zustande kam, weil die Revolutionäre es nicht geschafft haben, mit der notwendigen Schnelligkeit gegenüber der Zuspitzung der Klassenkämpfe eine organisierte Alternative der politischen Führung aufzubauen, die in der Lage gewesen wäre, der revisionistischen Linie der Paktbildung und der Versöhnung die Führung der Volksoffensive zu entreißen (...).

3. Der dritte Teil besteht aus einer selbstkritischen Analyse eines Zusammenhangs von Fehlern und Grenzen in der politischen Praxis des MES, die – auch wenn sie sekundär waren im Verhältnis zu der Richtigkeit unserer allgemeinen Linie – doch eine aufmerksame Reflexion verdienen.

Grundsätzlich wurden Fragen aufgeworfen wie: Die Unterschätzuung der parteilichen Organisierung; ungenügende Arbeit in den Gewerkschaften; ein gewisser Triumphalismus, der daraus entstand, daß die Grenzen einer Organisation der ideologischen Avantgarde, die keine Klassenkraft war, nicht erkannt worden waren: eine Unfähigkeit bei der Propagandaarbeit; die Unterschätzung der Kräfte der Faschisten, der Bourgeoisie und des Imperialismus; die Mißachtung der Notwendigkeit einer rigorosen Kritik der revisionistischen Linie auf Massenebene; die Nichtstellung der Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse (...).

Andererseits wurden, was die internen Fragen der Organisation angeht, folgende Punkte selbstkritisch betrachtet: Fehler des „Basismus“, Liberalismus, Ultrademokratismus, Zentralismus bürokratischer Art, Dogmatismus und Praktizismus – alles Fehler, die die Entwicklung des MES und seine Verankerung behindert haben; die Notwendigkeit, den Parteigeist zu stärken, eine korrekte Verbindung mit den Massen zu schaffen, die politische Debatte in Verbindung mit der Praxis zu intensivieren, die Wichtigkeit der Übernahme des demokratischen Zentralismus als organisatorisches Prinzip.

4. Der vierte Teil befaßt sich mit der aktuellen Phase des Klassenkampfs im Weltmaßstab und mit der Stellung Portugals in diesem Zusammenhang.

Es wurde eingeschätzt, daß die aktuelle Tendenz ungünstig für den Imperialismus ist und daß sich eine Wendung abzeichnet; diese besteht darin, daß der Hauptwiderspruch im Weltmaßstab in der jetzigen Phase (der die unterdrückten Völker der Dritten Welt gegen die Vorherrschaft des Imperialismus stellt) bereits das alte Europa erreicht hat, um sich dort immer mehr mit dem Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu verschmelzen, und der vor allem die kapitalistischen Länder Südeuropas berührt. Wir gehen davon aus, daß der Hauptfeind der proletarischen Revolution und der Befreiung der unterdrückten Völker der nordamerikanische Imperialismus ist. Die revisionistische Politik der Sowjetunion wird als eine starke Bremse für die konsequente Entwicklung des antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampfes im Weltmaßstab aufgezeigt.

Ein weiterer erwähnter Punkt ist die Krise des internationalen Kapitalismus und ihre Widerspiegelung in der Krise der bürgerlichen Herrschaft in Portugal.

5. Der fünfte Teil behandelt die Aufgaben der Revolutionäre und die Organisierung des Volkswiderstands. Hier werden zwei zentrale Fragen definiert: Die Position, die die Kommunisten des MES in Bezug auf die Notwendigkeit vertreten, die Politik der Einheit in der jetzigen Phase des Kampfes zu stärken – zentralisiert auf die Einheit der Bewegung der Volksmassen und auf die Einheit der Revolutionäre; der Weg, der verfolgt werden muß, um eine antifaschistische und antikapitalistische Massenfront aufzubauen, als ein unentbehrliches Instrument für die Organisierung des Volkswiderstands auf solider Grundlage.

6. Der letzte Teil des Berichts behandelte den Weg des MES in seiner Entwicklung als Organisation der Avantgarde. Dabei werden Widersprüche, die in der Entwicklung des MES aufgetaucht waren und die Art und Weise, wie sie überwunden wurden, analysiert; es wird der Weg aufgezeigt, der zu gehen ist, damit der MES sich in eine Klassenkraft umwandelt, in eine Organisation, die ihre Wurzeln in der einzigen konsequent revolutionären Klasse, der Arbeiterklasse, hat.

(Übersetzung nach „Poder Popular“, 19.2.)

SELBSTKRITIK

die ihm unmittelbar vorausging, zu sprechen.

Wir gehen davon aus, daß die Machtfrage effektiv auf der Tagesordnung stand. D.h. die Bourgeoisie war unfähig zu regieren, nicht nur durch die eigene Zerrüttung, sondern hauptsächlich durch die Aktivität der Volksmassen, insbesondere innerhalb ihres wesentlichen Apparates, den Streitkräften. Entweder würde sie mit einem Gewaltschlag gegen die entscheidenden Punkte der revolutionären Organisation und der Volksbewegung die Bedingungen für die Wiederherstellung ihrer Herrschaft schaffen, oder in Kürze wäre ihre Macht endgültig erschüttert. (...)

Es ist klar, daß den revolutionären Kräften nur eine sehr deutliche Alternative übrig blieb: Entweder mit dem Voranschreiten der Rechten und konsequenterweise mit ihrem Sieg zu paktieren oder die Notwendigkeit der Einigung und der Organisierung der Instrumente der politischen Führung und der Massenorganisation zu verkünden, um „die Volksoffensive zum Sieg zu führen."

Das war keine romantische Parole, um bloß einfach das taktische Programm der Revolutionäre zu schmükken. Dieser Vorschlag entsprach einem laufenden Prozeß. Ein Prozeß, der noch nicht herangereift war und der mit der Vorwegnahme des 25.November zum Scheitern kam.

Unsere Vorstellungen hatten nichts zu tun mit den Positionen, die in der objektiven Situation vor dem 25.November alle Bedingungen für die Verwirklichung des Volksaufstandes sahen und die meinten, man müßte nur den bloßen militärischen Aspekt konkretisieren.

Die Fehler, die wir begangen haben

Ein Punkt, wo wir als Führung versagt haben, bezieht sich auf die Unfähigkeit, den Volksmassen und unserer eigenen Bewegung als ganzes die Aspekte der Parole „Die Volksoffensive zum Sieg führen" klar zu machen. Dies führte dazu, daß innerhalb der Organisation Widersprüche auftauchten, die nicht vollkommen geklärt wurden, und daß auch außerhalb der Organisation unsere Positionen mit abenteuerlichen Positionen verwechselt wurden.

Die Natur der Widersprüche, die nicht klar zum Ausdruck kamen und die in unserer Bewegung in verborgener Form existierten, brachte uns zu einigen triumphalistischen Erwägungen.

Diese Unfähigkeit und ihre Konsequenzen auf der politischen Ebene kamen in der relativen Zweideutigkeit gegenüber zwei wesentlichen Fragen zum Ausdruck:

1. Die Beziehung zwischen Partei und Front und als logische Folge, die Beziehung zwischen der politischen Führung und revolutionären Einheit.
2. Die Natur und Rolle der PCP.

Angesichts des Fehlens der organisierten politischen Avantgarde der Werktätigen, der Revolutionären Partei der Arbeiterklasse, und gegenüber der Notwendigkeit, die Instrumente der revolutionären Führung zu vereinheitlichen – ein Gebiet, wo wir uns durch korrekte Bemühungen ausgezeichnet haben – **haben wir eine gewisse subjektive Tendenz zur Auflösung der Führung in der Einheit geschaffen. Dies hat sich sehr deutlich in der FUR gezeigt.**

Indem wir die Richtigkeit und die Notwendigkeit unserer Vorschläge für eine Einheit bestätigen, müssen wir die Fehler des Voluntarismus bei deren Umsetzung in die Praxis einsehen. D.h., wir haben die Grenzen der Zusammenarbeit mit den politischen Kräften, die sich mit uns in der FUR zusammengeschlossen haben, nicht realistisch eingeschätzt. Wir haben aus der FUR ein Instrument zur Führung der Massenkämpfe machen wollen, ohne daß die ideologische Diskussion und die organisatorische Praxis eine reale Einheit außerhalb der formalen Einheit ermöglicht hätten. **Eine politische Führung unter bestimmten Bedingungen und gefordert durch eine objektive Situation des Kampfes der Werktätigen darf man nicht mit einer organisierten politischen Avantgarde verwechseln.** Wir haben es nicht immer verstanden, diese Behauptung bis zu den letzten Konsequenzen zu führen. Von daher haben wir uns oft zu anderen Positionen mitreißen lassen und haben nicht die Fähigkeit gehabt, den Reformismus systematisch zu kritisieren und ihn vor den Massen zu entlarven.

Übrigens, unsere Tradition in der Behandlung des Reformismus, obwohl sie auf einem richtigen Prinzip basierte, verdient einige Bemerkungen. Ohne in Frage zu stellen, daß nur im Kampf die falschen Positionen isoliert werden, müssen wir die Notwendigkeit und die Rolle des i d e o l o g i s c h e n Kampfes gegen solche Positionen begreifen. Obwohl wir auf der Ebene der Propaganda immer klare und richtige Positionen eingenommen haben, haben wir nicht immer die Fähigkeit gehabt, sie mit den Aufgaben der Agitation korrekt zu verbinden (...).

Insbesondere was den Kampf der Fallschirmjäger angeht, (...) haben wir nicht verstanden, die Ziele der PCP und ihre wahre Natur entschlossen zu entlarven. **So war es möglich, daß in einigen Sektoren und sogar bei uns selber die Überzeugung sich verbreitete, daß gegenüber einer objektiven Situation der Zuspitzung der Klassenkämpfe die PCP zu revolutionären Positionen mitgerissen werden würde.** (....)

Es ist uns auch nicht gelungen, klar zu machen, daß die PCP nicht „verraten" hat, sondern im Gegenteil, sehr konsequent mit ihre Natur und mit ihren strategischen Entscheidungen war. Trotzdem kann dieser Mangel an Klarheit nicht verwechselt werden mit Propagandaakionen bei den breiten Massen, die von der PCP beeinflußt sind, wo es notwendig ist, den verräterischen Charakter einer Kraft, die sie für revolutionär halten, zu zeigen.

Ein letzter Punkt und nicht weniger wichtig als die vorherigen, muß hervorgehoben werden.

Es handelt sich um unsere Position gegenüber der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. (...)

Einerseits halten wir die einfache Aussage, daß wir die Frage der Partei nicht richtig gestellt haben, für unkorrekt. Diese vereinfachende Aussage kann zu der Schlußfolgerung führen, daß ohne Existenz der Partei nur eine strategische Zurückhaltung am Rande der objektiven Entwicklung der Realität uns eine richtige Perspektive bieten würde.

Andrerseits, indem wir in der Praxis die Führungsaufgaben in den Einheitsaufgaben aufgelöst haben, haben wir nicht die notwendigen Schritte gemacht, um den Massen gegenüber die Notwendigkeit des Aufbaus der Partei – mit der Dringlichkeit, die sie in der Tat hatte – zu stellen. In der Praxis sah dieser Fehler so aus, daß wir nur die Aussage über die Notwendigkeit der politischen Avantgarde der Arbeiterklasse für die Durchführung der sozialistischen Revolution machten, ohne sie zu begleiten mit dem organisatorischen Einsatz, der uns in die Lage versetzen könnte, tatsächlich für diesen Aufbau einen Beitrag zu leisten.

Zum Schluß ist es wichtig, folgende Frage zu beantworten:

– Führt uns die Feststellung der begangenen Fehler zu der Schlußfolgerung, daß unsere zentralen Positionen hätten andere sein sollen?

Die Positionen, die wir eingenommen haben, waren im wesentlichen richtig

Wir antworten mit Nein. Wir sagen, daß die Fehler und Unzulänglichkeiten, die wir gezeigt haben, sekundär sind in bezug auf die objektive Entwicklung des Prozesses. Das heißt, in bezug auf die Vertiefung des Widerspruchs zwischen dem schnellen Heranreifen der objektiven Bedingungen für den Bruch mit der Bourgeoisie und der revolutionären Fähigkeit, die Arbeiter- und Volksoffensive zu organisieren.

Wir sagen, daß die Fehler des Triumphalismus, die Überschätzung der antifaschistischen Aktivität der PCP, die Unterschätzung der politisch-militärischen Fähigkeit der Offensive der Bourgeoisie und des Imperialismus und das Fehlen an Vorbereitung, um einer Situation entgegenzutreten, die nicht durch unsere Initiative herbeigeführt worden ist, uns nur geschadet haben. (...)

Unser Triumphalismus zeigte sich im wesentlichen darin, daß wir nicht verstanden haben, eine Position der revolutionären Verteidigung einzunehmen, die unserer eigenen parteilichen Fähigkeit angepaßt gewesen wäre. Diese Position hätte weder mit Klassenversöhnung zu tun noch mit strategischer Enthaltsamkeit. (....)

(Übersetzung nach „Poder Popular", 19.2.)



MES: PCP (R) mit schlechten Methoden der Kritik

Auf die Polemik der PCP (R) in „Bandeira Vermelha" (s.o.) antwortete der MES in „Poder Popular" vom 25.2. Wir werden diesen Text demnächst vollständig in der INTERNATIONALE veröffentlichen und geben hier nur einige zentrale Punkte wieder.

1. Zum Proletarischen Internationalismus und zur Schaffung einer neuen Internationale: Der MES erklärt, daß die Schaffung einer neuen kommunistischen Internationale *„ein Ziel für alle Revolutionäre, für alle Marxisten, für alle wirklichen Leninisten ist, für die der proletarische Internationalismus kein leeres Wort ist"*. Der MES betont, daß die Schaffung einer neuen Internationale „**keine Aufgabe für heute oder morgen**" ist, sondern daß sie nur aufgebaut werden kann auf der Grundlage der Solidarität zwischen den revolutionären Parteien aller Länder. *„Die Selbst-Proklamation der Existenz einer Kommunistischen Internationale ohne wirkliche Grundlage und Inhalt hieße, den kindischen Fehler zu vervielfachen, den auf nationaler Ebene die Selbstproklamation der ‚wirklichen' Kommunistischen Partei darstellt – ein Fehler, der dem MES und den Organisationen, zu denen wir Beziehungen unterhalten, fremd ist, aber von dem die PCP (R) das konkrete Abbild ist"*.

2. Zur chinesischen Außenpolitik: *„Für den MES ist die Außenpolitik der VR China eine schwankende Politik, wobei die internationalistische Unterstützung der Revolution an einigen Punkten des Erdballs oft begleitet ist von konterrevolutionären Positionen gegenüber anderen Ländern"*. Der MES nennt in diesem Zusammenhang die Unterstützung der VR China für die EG-Bourgeoisien, für die FNLA in Angola und für das ‚Gorilla'-Regime in Chile.

Diese Außenpolitik ist nach Ansicht des MES Ausdruck der Schwierigkeiten des chinesischen Volkes bei seinem revolutionären Prozeß und der inneren Widersprüche der KP Chinas. *„Für den MES ebenso wie für andere revolutionäre Organisationen ist die Kritik an der Politik der VR China kein verleumderischer Angriff, sondern ein fester Bestandteil des Kampfes für den Kommunismus, gegen die alte Theorie der ‚Vaterparteien', der ‚unantastbaren Sozialistischen Staaten', die dazu führte, daß der Revisionismus in der UdSSR in den letzten Jahrzehnten stark an Boden gewann, ohne daß die Marxisten rechtzeitig Kritik an der Entwicklung dieses Prozesses übten"*.

3. Der MES bekräftigt sein Bemühen um Einheit im gemeinsamen Kampf gegen die Feinde des Volkes, unabhängig von bestehenden Meinungsverschiedenheiten. *„Aber damit diese Einheit real ist, ist es notwendig, daß Klarheit in den Kritiken herrscht, Wahrhaftigkeit in den Behauptungen, revolutionäre Richtigkeit in den Prinzipien". „Wir wollen, daß die Beziehungen zwischen dem MES und der PCP (R) enger werden, ohne Mißverständnisse und Provokationen".*

Interview mit dem MES
Mit Genosse Nuno Teotonio Pereira
Mitglied des ZK

Frage: Wie sieht der MES die gegenwärtige politische Situation und ihre Entwicklung?

Ihr wißt, daß seit dem 25. November die Reaktion in Portugal in allen Sektoren auf dem Vormarsch ist. Der Repressionsapparat drückt dabei besonders auf die Volksmachtorgane. Die Verstärkung des militaristischen Geistes in den Streitkräften macht die Armee wieder zu einem wichtigen Repressionsinstrument, und der Demokratisierungsprozeß in der Armee hat sich seit dem 25. November in sein Gegenteil verkehrt.

Andererseits führt das Einfrieren der Löhne und das sprunghafte Ansteigen gerade der Preise für die Grundnahrungsmittel zu einer schnellen Verschlechterung der Lebensbedingungen nicht nur für die am meisten ausgebeuteten Schichten der Gesellschaft, sondern in zunehmenden Maße auch für die kleinbürgerlichen Schichten.

Diese Maßnahmen sind ein Mittel, um Privatinvestitionen insbesondere aus dem imperialistischen Ausland zu erleichtern. Sie fanden auf massiven Druck seitens der amerikanischen und europäischen Imperialisten statt und hängen eng mit den ausländischen Krediten der letzten Monate zusammen. In dieser Situation hält die Bourgeoisie zwei Alternativen bereit:

Die Faschisierung, bei der der Repressionscharakter immer ausgeprägter wird, und die „demokratische Lösung" der „gemäßigten Kräfte".

Wir sind jedoch der Ansicht, daß eine solche „demokratische Lösung" aufgrund der ganzen Situation in Portugal nicht von langer Dauer sein kann. Sie wird vielleicht einige Monate dauern, aber sie kann nicht Fuß fassen.

Gerade jetzt kommt es für die Revolutionäre darauf an, die Arbeiterkommissionen, Einwohnerkommissionen und die anderen Organe der Volksmacht zu sammeln und sie zu stärken, damit sie allen Auflösungsversuchen Widerstand leisten können.

Wir wissen, daß der Faschismus nur ein bestimmtes Gewand des Kapitalismus ist, und deshalb darf ein solcher Widerstand nicht beim antifaschistischen Kampf stehen bleiben, sondern er muß als antikapitalistischer Kampf geführt werden. In diesem Kampf ist es unsere Aufgabe, eine Massenfront aufzubauen, die es erlaubt, vom Widerstand zur Volksoffensive überzugehen.

Der Kongress diskutierte diese Fragen besonders ausführlich auf der Grundlage einer Vorbereitung, die in der gesamten Organisation bereits seit Wochen geführt wurde.

Besonders wichtig war dabei die Diskussion um unsere Gewerkschaftspolitik und um die Arbeit auf dem Lande, wo gerade jetzt sehr harte Angriffe gegen die Agrarreform geführt werden.

Frage:
Könntest Du die wichtigsten Gesichtspunkte der Aktion auf dem Lande und der Gewerkschaftsarbeit ein bißchen schildern!

Auf dem Lande müssen wir zwei verschiedene Regionen unterscheiden, den Süden und den Norden. Im Süden, im Alentejo, der Region des Großgrundbesitzes, machte die Agrarreform mit der Enteignung von Ländereien und der Bildung von Genossenschaften die größten Fortschritte.

Hier handelt es sich heute darum, die verschiedenen Initiativen zu vereinen, die Isolierung zu überwinden und Organe zur Unterstützung und Koordinierung zu schaffen.

Die grundlegende Aufgabe besteht jedoch darin, die Verbindung der Kooperativen mit den Volksmachtorganen in den Städten herzustellen.

Eine vorrangige Aufgabe dabei ist es, Koordinations- und Verteilungsmechanismus zu schaffen, die in der Lage sind, den Zwischenhandel auszuschalten.

In der ländlichen Zone mit Kleinbauern, also im Norden und im Zentrum des Landes, müssen wir langsamer vorgehen. Hier wollen wir unser Eingreifen folgendermaßen entwickeln: Den armen Kleinbauern müssen wir die Bedingungen und Gründe für ihre Ausbeutung aufzeigen und besonders, welche Rolle dabei der Zwischenhandel spielt. Wir müssen dabei auch mit den Erfahrungen der Genossenschaften im Süden arbeiten. Deswegen ist es besonders notwendig, daß die Genossenschaften untersützt werden, damit diese Erfahrungen positiv ausfallen.

Was die Gewerkschaften betrifft, so geht es heute darum, mit allen Mitteln das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu verteidigen, das heute besonders bedroht ist. Wir müssen allen Versuchen entgegentreten, die Arbeiter durch die Gründung von Parallelgewerkschaften zu spalten. Solche Versuche werden mit Sicherheit stattfinden.

Dieser Kampf um die Einheitsgewerkschaft muß begleitet werden vom Kampf um die Vertikalisierung der Gewerkschaften, denn heute gibt es manchmal in einem Betrieb mehr als dreißig verschiedene Berufsgewerkschaften, und dadurch wird die Kampfkraft natürlich geschwächt.

Weiterhin führen wir den Kampf um die Demokratisierung der Gewerkschaften, des internen Lebens der Gewerkschaften, um die Arbeiter stärker am Gewerkschaftsleben zu beteiligen.

Natürlich müssen diese Kampfperspektiven dazu dienen, eine gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, die nicht im rein ökonomischen Kampf beschränkt bleibt, sondern den Kampf mit einer antikapitalistischen Perspektive führt. Gerade weil wir eine Gewerkschaft ablehnen, die hinter dem politischen Prozeß herhinkt, müssen wir in der Gewerkschaftsfrage Selbstkritik üben. Wir haben die Auseinandersetzung in der Gewerkschaft vernachlässigt, aber wir werden jetzt fähig sein, diesen Fehler zu korrigieren.

Frage:
Ihr habt sicher auch über die Wahlen diskutiert und über die möglichen Bündnisse, insbesondere die Möglichkeit, mit der UDP zu einem Wahlbündnis zu kommen. Wie seht Ihr die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit der UDP?

Wir unternehmen Anstrengungen, gemeinsame Aktionen mit der UDP durchzuführen, ein Beispiel dafür ist das CLARP (Komitee für die Befreiung der verhafteten Revolutionäre und Antifaschisten) und die gesamte Volksbewegung zur Befreiung der inhaftierten Revolutionäre.

Für die Wahlen scheint es jedoch schwierig zu sein, diese Zusammenarbeit durch die Bildung einer gemeinsamen Front fortzusetzen, denn die UDP versteht sich selbst als Wahlfront und hat bereits angedeutet, daß sie unter ihrem eigenen Namen ihre Wahlkampagne führen wird.

Diese Position resultiert aus der konsequenten Aufrechterhaltung des Prinzips, daß die PCP(R) als einzige und wahre Partei der Arbeiterklasse ihre eigene Massenfront haben muß, die daher kein Bündnis mit anderen politischen Kräften eingehen kann.

Zwischen dem MES und der UDP besteht aber ein Einverständnis darüber, während des Wahlkampfs in bestimmten Bezirken jeweils die andere Organisation zu unterstützen, wo sie nicht selbst kandidieren.

Der MES seinerseits bemüht sich, mit der PRP und der FSP eine Wahlfront zu bilden, um eine unnötige Spaltung der Linken bei den Wahlen zu vermeiden. Es ist jedoch bereits jetzt abzusehen, daß die Linke sehr zersplittert sein wird.

In einigen Gegenden werden wir Kandidaten haben, die nicht dem MES angehören, jedoch bereit sind, auf einer Liste mit uns zu kandidieren.

Für den Aufbau einer revolutionären Internationale!

Aus dem Beitrag des KB auf einer Veranstaltung des MES zum proletarischen Internationalismus (Lissabon, 16.2.76)

Der Beitrag ging zunächst auf den Kampf gegen die Spaltung zwischen westdeutschen und ausländischen Arbeitern in der BRD ein. Er erwähnte den Tod des Hamburger Genossen Günter Bruns am 1. Januar in Custoias/Porto (von der Polizei während einer Demonstration für die Freilassung der seit dem 25.11.75 inhaftierten fortschrittlichen Militärs erschossen) und die Kampagne der portugiesischen Reaktion zur Schürung von Fremdenfeindlichkeit in Teilen der Bevölkerung. Es wurde dann gesagt:

„Wir glauben, daß es gut und nicht schlecht ist, wenn sich ein Genosse die Sache eines anderen Volkes vollständig zu eigen macht. Die Bourgeoisie hat natürlich einen anderen ‚Internationalismus'. Ihr ‚Internationalismus' besteht z.B. darin, daß die westdeutsche SPD der portugiesischen PS viele Millionen Mark für ihre antikommunistische Kampagne bezahlt. Ihr ‚Internationalismus' besteht darin, daß die VI. Regierung die ausländischen Monopole zu Investitionen in Portugal einlädt. **Der ‚Internationalismus' der Kapitalisten heißt Nato, EG, CIA!!**

Genossinnen und Genossen, in einem Text-Entwurf zum II. Kongreß des MES ‚Über die internationale kommunistische Bewegung' heißt es: ‚Das Prinzip des proletarischen Internationalismus, das in der Praxis von den zwei größten Mächten des sozialistischen Lagers abgelehnt wird, muß auf's Neue von den Proletariern aller Länder in die Praxis der militanten Solidarität aufgenommen werden.

Darin sehen wir eine wesentliche Aufgabe, die heute vor den Revolutionären und Kommunisten aller Länder steht!

Nach der großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland wurde unter Führung Lenins die Kommunistische Internationale gegründet. Sie war die Plattform für einen engen und umfassenden Meinungsaustausch und für eine kämpferische Solidarität zwischen den revolutionären Arbeitern aller Länder.

Bereits in den 30-er Jahren begann die Komintern zu degenerieren. Die Diskussion verflachte. Anfang der 40-er Jahre wurde die Komintern formal von Stalin aufgelöst, als ein Geschenk an die kapitalistischen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition. Die Entwicklung des modernen Revisionismus seit dem 20. Parteitag der KPdSU hat der Komintern auch in der Praxis den Todesstoß versetzt.

Viele Revolutionäre und Kommunisten haben danach ihre Hoffnungen auf die VR China gesetzt. Aber die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik steht im Widerspruch zu diesen Hoffnungen:

Die These, daß der sogenannte ‚Sozialimperialismus' der ‚Hauptfeind der Menschheit' sei, bringt die chinesische Außenpolitik vor allem in Angola in einen direkten Gegensatz zu den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Auch die geradezu freundschaftlichen Beziehungen der VR China zu den chilenischen Faschisten stehen im Gegensatz zum proletarischen Internationalismus. Und die ‚neue Internationale', die die VR China um sich gesammelt hat, besteht aus verkommenen Kleinbürgern im Dienste der Bourgeoisie – wie die Gruppe Vilar in Portugal und die Gruppe Aust bei uns (...).

Die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker haben heute kein ‚sozialistisches Vaterland', auf das sie ihre Hoffnungen setzen können, und nach dem sie sich orientieren können.

Das ist nicht nur schlecht, sondern hat auch eine gute Seite: Es lehrt uns, mit dem blinden Vertrauen in die Politik einer ‚Vaterpartei' restlos zu brechen. Es lehrt uns, daß wir uns auf unsere eigenen Kräfte stützen müssen!

Dabei vergessen wir durchaus nicht die große historische Bedeutung der Oktoberrevolution und der chinesischen Revolution für den Fortschritt der ganzen Menschheit. Wir vergessen nicht die wertvollen und heroischen Beiträge, die die Völker der Sowjetunion und Chinas für die Befreiung anderer Völker geleistet haben – vor allem mit der Zerschlagung des deutschen Faschismus und mit dem Sieg über die US-Aggressoren in Korea. Wir vergessen nicht die wesentlichen Lehren, die uns die chinesische Kulturrevolution überliefert hat!

Wir meinen, daß es heute eine ganz konkrete und aktuelle Aufgabe der revolutionären und kommunistischen Organisationen ist, mit dem Aufbau der Keimformen für eine neue Kommunistische Internationale zu beginnen. Der ‚Internationale' der Imperialisten und der ‚Internationale' des Revisionismus müssen wir die Einheit der Revolutionäre entgegenstellen!

Dabei stellen sich für uns im Wesentlichen zwei Aufgaben: 1. die materielle Solidarität und 2. die politische Solidarität, die sich auch ausdrückt in einer grundlegenden und gegenseitigen Information und Diskussion über die Kämpfe in den verschiedenen Ländern und über die internationale Lage".

Hierzu wurden in dem Beitrag einige konkrete Ausführungen und Vorschläge gemacht, insbesondere:

Gemeinsame Stellungnahmen verschiedener Organisationen zu internationalen Fragen, wie z.B. EG, Solidarität mit Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt", Politik der Sowjetunion, Politik der VR China u.a.

Überlegungen über das Projekt einer internationalen theoretischen Zeitschrift, mit Ausgaben in verschiedenen Sprachen.

Schrott zu Schrott

PCP (R) bekennt Farbe

Wie an anderer Stelle ausführlicher berichtet, fand am 16.2. in Lissabon eine Internationalismus-Veranstaltung des MES statt, auf der u.a. Vertreter der französischen Organisation „Revolution!" und des KB sprachen.

Gegen diese Veranstaltung polemisierte „Bandeira Vermelha" („Rote Fahne"), Zeitung der PCP (R)/UDP vom 19.2. (siehe Abdruck in diesem AK!). Bereits die Überschrift **„Der MES in schlechter Gesellschaft"** verrät die lächerliche Absicht, den MES gegen die mit ihm befreundeten Organisationen auszuspielen. Vorgeworfen wird uns, daß wir die chinesische Außenpolitik kritisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären, kommunistischen Internationale für notwendig halten.

Wo die PCP (R) s e l b s t sich jetzt ansiedeln will, scheint die „Bandeira Vermelha" auch sonst zu offenbaren. So ist bereits auf der ersten Seite eine Grußadresse der „KPD/ML" zur Gründung der PCP (R) abgedruckt; auf Seite 7 findet sich die Schwachsinnsmeldung über die Gründung der **„Sektion DDR der KPD/ML"** wieder, mit dem Kommentar, daß dieses Phantasieprodukt von Aust *„ein weiterer Schritt nach vorn"* sei und daß die „KPD/ML" der *„Fortsetzer"* der KPD Ernst Thälmanns sei ...

Diese Verbindung hat etwas Kurioses: Die „KPD/ML" erfreut sich einer Art „offizieller Anerkennung" durch die KP Chinas. Dagegen unterhält die KP Chinas überhaupt keine Beziehungen zur PCP (R), sondern protegiert die offen pro-faschistische „PCP/ML" (die z.B. den Rechtsputsch vom 25. November begeistert feierte!), deren Vertreter letztes Jahr zweimal in den Genuß einer China-Reise kamen. Die PCP (R) bezeichnet die „PCP/ML" als eine Bande von Provokateuren. Umgekehrt behauptet die „PCP/ML", daß die PCP (R) eine **„Agentur der Cunhal-Clique und des Sozialimperialismus"** sei. Die „KPD/ML" versucht hier also Beziehungen zu knüpfen, von denen man ohne weiteres sagen kann, daß sie nicht denen der KP Chinas entsprechen, sondern ihnen eindeutig zuwiderlaufen.

Für die PCP (R) bedeutet die Verbindung mit der „KPD/ML" einen gewissen Zugang zur „großen, weiten Welt" der „ML-Internationale". Andererseits löst sich für die „KPD/ML" das Problem, daß sie bisher nicht über eine „Bruderpartei" in Portugal verfügte, da sie sich an der eindeutig von der KP Chinas privilegierten „PCP/ML" (zu der wiederum die „KPD" engste Beziehungen unterhält) offenbar nicht die Finger schmutzig machen wollte.

Vorerst abgeschlagen scheint der KBW, der sich in den letzten Monaten geradezu rührend bemühte, die PCP (R)/UDP bzw. ihre Vorläufer-Organisationen als eine Art „Bruderpartei" des KBW zu präsentieren. Erst in der letzten Ausgabe der „KuK" („theoretische" Zeitschrift des KBW) finden sich wieder seitenweise PCP (R)-Thesen nachgedruckt. I n h a l t l i c h hat sich der KBW noch nie zu den Thesen und der Politik der PCP (R) bzw. ihrer Vorläuferorganisationen geäußert – abgesehen von einem Sätzchen in der letzten „KuK", daß einige KBWler in Portugal die sozialistische Revolution (und nicht eine „volksdemokratische", wie die PCP (R) meint) für auf der Tagesordnung halten ...

Die ganze Anbiederei hat dem KBW aber nichts eingebracht. Logisch, daß für die PCP (R) die „KPD/ML" mit ihren guten Beziehungen zur KP Chinas einfach attraktiver ist. Der KBW steht ja auch zur KP Chinas nur in der kläglichen Pose des abgewiesenen Liebhabers, der trotzdem unverdrossen seine Loblieder schmettert.

Das vergebliche Liebeswerben des KBW um die PCP (R) ist symptomatisch für das Dilemma dieser Organisation: In die „ML-Internationale" kommt der KBW nicht hinein, und mit den revolutionären, kommunistischen Organisationen kann und will er keine Beziehungen und nicht einmal eine inhaltliche Auseinandersetzung aufnehmen, sondern diffamiert sie stattdessen pauschal im beklopptesten „ML"-Jargon als **„Trotzkistengrüppchen"**.

Was die PCP (R) angeht, so hat sie jetzt offen Farbe bekannt, welchen Weg sie gehen will. Es ist kaum anzunehmen, daß für eine Zusammenarbeit der PCP (R) mit kommunistischen und anderen revolutionären Organisationen (wie MES u.a.) im antifaschistisch-demokratischen Kampf längerfristig Erfolgsaussichten bestehen. Der jetzt ganz offen eingeschlagene Weg kann die PCP (R) nur ins totale Sektierertum und in die Bedeutungslosigkeit führen.

Bedeutungslosigkeit führen.

Bekannt ist allerdings auch, daß diese Politik innerhalb der PCP (R) und mehr noch in der UDP nicht ganz unumstritten ist (z.B. chinesische Außenpolitik, Angola u.a.). Es bleibt abzuwarten, ob sich hiervon irgendetwas auf dem bevorstehenden Kongreß der UDP im März widerspiegeln wird. ●

Gespräch mit Venstresocialisterne (Linkssozialisten) Dänemarks

Die Entstehung der Venstresocialisterne (VS) geht auf eine Abspaltung von der dänischen KP zurück: 1958 traten zahlreiche Mitglieder, vor allem wegen der Ereignisse in Ungarn (1956), aus der KP aus und gründeten die Sozialistische Volkspartei (SFP). Die SFP unterhielt recht enge Beziehungen zur Sozialdemokratie und ging mit diesen viele Kompromisse ein. So kam es 1967 zur Abspaltung eines linken Flügels, der VS.

Die VS sammelten Mitglieder und Gruppierungen verschiedenster Tendenzen, von den Anarchisten bis zu Leninisten. Es gab mehrere Spaltungen und Abspaltungen. Der letzte Kongress der VS brachte eine 2/3 Mehrheit für die Druchsetzung einer neuen Linie. Zur Zeit geht es um den Wiederaufbau der VS von einer breiteren Organisation zu einer mit leninistischen Charakter. Der Gewerkschaftsarbeit, auf die früher weitgehend verzichtet wurde, soll mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Während früher die „Lokalabteilungen" relativ autonom waren und es keine zentrale Planung der Arbeit gab, soll jetzt ein demokratischer Zentralismus durchgesetzt werden. Die programmatische Arbeit, Analyse der Krise und der Klassenkämpfe etc., soll vorangetrieben werden.

Etwa 50% der Mitglieder der VS sind Studenten. Die VS geben ein monatliches „Bulletin" heraus, das in einer Auflage von 2 bis 3.000 erscheint und vor allem der Arbeit nach innen dient. Daneben werden Zeitungen zur Agitation verteilt.

Die VS bekamen bei den letzten Parlamentswahlen 2 % und haben jetzt vier Vertreter im Parlament.

Gespräch mit Bandera Roja (Rote Fahne) Spaniens

Bandera Roja entstand 1968 aus einer Abspaltung der PSCU (KP in Katalonien).

Ihre erste grundlegende Kritik bezog sich auf die liquidatorische Politik der KP (PCE) in der Gewerkschaftsfrage, die darin bestand, die Comissiones Obreras (Arbeiterkommissionen) mehr oder weniger „legal aufzuziehen", mit der reformistischen Illusion dadurch „Freiheitszonen" zu schaffen. Die Tatsache war, daß sie der Repression ausgeliefert wurden und eine große Resignation entstand. Der These der Revisionisten daß der Hauptwiderspruch in Spanien zwischen Monopolbourgeoisie (Oligarchie) und „Volk" verläuft (auch vertreten von der ORT, FRAP und PCE/ML), stellt Bandera Roja die These entgegen, daß große Teile der Bourgeoisie an der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit der Oligarchie und dem Faschismus interessiert sind.

Bis 1974 gab es in der Bandera Roja zwei Fraktionen. Die eine baute auf Illusionen über die Natur der PCE und sah die Rolle der Organisation als die der bloßen Korrektur der Politik der Revisionisten. Die andere meinte, man müßte sich organisieren mit dem Ziel des Parteiaufbaus und eine selbständige Politik entwickeln. 1974 gab es eine große Spaltung und die erste erwähnte Fraktion, bestehend vor allem aus Lehrern, Studenten und mehreren Kadern der alten Führung, ist ausgetreten. Nachdem sie versuchten, als neue Gruppe zusammenzubleiben, sind sie letzten Endes in die PCE zurückgegangen.

Seit der Spaltung entwickelte sich BR zu einer Arbeiterorganisation mit relativ großem Einfluß in der Arbeiterklasse. Sie basiert ihre Politik auf folgende Punkte:

1. Kampf für eine demokratische Etappe, begleitet von einer revolutionären Perspektive, die keine Allianzen ansteuert, die die Ziele der Arbeiterklasse kompromittieren.
2. Autonomer Organisationsaufbau, ideologische Stärkung, Entwicklung von Antworten auf alle Fragen.
3. Im Gegensatz zu denjenigen, die rausgegangen sind und die der Meinung waren, daß in Chile und Portugal die KP eine progressive Rolle gespielt habe, eine revolutionäre Alternative zu entwickeln.

BR plant einen Kongreß, wo die Diskussion über die Frage des politischen Generalstreiks zur zentralen Debatte stehen soll.

Bandera Roja hat Beziehungen zu folgenden Organisationen: In Frankreich zu Revolution! und OC(GOP) – Org. communiste (Gauche Ouvriere Populaire). Diese Organisation entstand aus einem Zusammenschluß dreier Abspaltungen der PSU, darunter „Pour le Communisme". Sie soll eine relativ große Bedeutung bei den Bauern haben.

In Italien ist die stärkste Zusammenarbeit und Identifizierung mit Avanguardia Operaia, obwohl Differenzen über die Einschätzung der internationalen Zusammenarbeit bestehen. Avanguardia Operaia steure mehr ungezielte Kontakte an, während BR nur mit e i n e r Organisation in jedem Land zusammenarbeiten möchte.

Sie möchte die revolutionären Organisationen kennenlernen und dann nur diejenigen „ansteuern", mit denen sich Gemeinsamkeiten auf marxistisch-leninistischer Basis herausstellen.

Kommentar der „Bandeira Vermelha", Zentralorgan der PCP (R), vom 19.2.

Der MES in schlechter Gesellschaft

Der MES benutzte seinen Kongreß, um in Lissabon eine Reihe von Gruppen aus Europa und Lateinamerika zu versammeln, von „Lotta Continua" aus Italien bis zu den „Tupamaros" aus Uruguay. Auf einer öffentlichen Veranstaltung, die am 16. stattfand, starteten verschiedene Vertreter dieser Gruppen, im Namen des Marxismus-Leninismus und der Schaffung einer neuen „kommunistischen" Internationale, eine Reihe verleumderischer Angriffe gegen die Länder der Diktatur des Proletariats, gegen China und seine Außenpolitik.

Der Plan dieser neuen Trotzkisten, die jetzt nicht von Trotzki reden, aber alle seine reaktionären Positionen verteidigen, ist der Versuch, die Revolutionäre zu verwirren, das Anwachsen der marxistisch-leninistischen Parteien in der Welt aufzuhalten, sie von der KP Chinas zu trennen.

Sie behaupten, daß sie die „wesentlichen Prinzipien" des Leninismus anerkennen, aber sie sind gegen die führende Rolle der leninistischen Partei, der organisierten Vorhut der Arbeiterklasse, sie sind gegen den großen Stalin, sie sind gegen die grossen kommunistischen Führer unserer Zeit, die Genossen Mao Tse-tung und Enver Hodscha.

Ihre „Internationale" würde, wenn es so weitergeht, die schändliche Rolle der trotzkistischen IV. Internationale wiederholen, die niemals irgendeine Revolution auf der Welt unterstützt hat, sondern die nur dazu diente, Klassenverräter und Saboteure unter „ultra-revolutionären" Phrasen zu sammeln.

Wir meinen, daß der MES einen falschen Weg geht, wenn er sich mit diesem Schrotthaufen von „Bünden", „Bewegungen" und „Avantgarden" verbindet. Der MES spricht stets vom Marxismus-Leninismus und vom Kommunismus, aber er dient dem Trotzkismus.

Wir werden uns weiterhin um einen Weg des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes mit den Mitgliedern und Führern des MES bemühen, aber wir werden uns nicht versöhnen mit deren neo-trotzkistischen Positionen, die den Kampf der Massen gegen den Faschismus, den Imperialismus und den Revisionismus sabotieren. ●